

Barbara Guttman

*Den weib-
lichen
Einfluss
geltend
machen...*

*Karlsruher
Frauen
in der
Nachkriegszeit
1945 - 1955*

Veröffentlichungen des
Karlsruher Stadtarchivs

Band 21

*Den weib-
lichen
Einfluss
geltend
machen...*

Veröffentlichungen
des Karlsruher Stadtarchivs

Herausgegeben von
Susanne Asche
Ernst Otto Bräunche
Manfred Koch

Barbara Guttman

*Den weib-
lichen
Einfluss
geltend
machen...*

*Karlsruher
Frauen
in der
Nachkriegszeit
1945 - 1955*

Badenia Verlag
Karlsruhe

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Guttman, Barbara:

Den weiblichen Einfluss geltend machen ...:

Karlsruher Frauen in der Nachkriegszeit

1945 – 1955 / Barbara Guttman.

[Hrsg. von: Stadtarchiv Karlsruhe.] – Karlsruhe :

Badenia-Verl., 2000

(Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs;

Band 21)

ISBN 3-7617-0325-2

Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs,
Band 21

Herausgegeben von:
Stadtarchiv Karlsruhe

Redaktion: Susanne Asche
Ernst Otto Bräunche

Umschlaggestaltung: Herbert Kaes

Copyright 2000
by Badenia Verlag GmbH, Karlsruhe
Stadtarchiv Karlsruhe
Alle Rechte vorbehalten, auch die des
auszugsweisen Abdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung

Herstellung: Badenia Verlag GmbH,
Karlsruhe

Gestaltung: Werner Münkler/Manfred Braun

Printed in the Federal Republic of Germany

ISBN 3-7617-0325-2

INHALT

Geleitwort	Oberbürgermeister Heinz Fenrich	9
Vorwort	Susanne Asche/Ernst Otto Bräunche	10
Einleitung		12
Kriegsende und unmittelbare Nachkriegszeit in Karlsruhe – Die Situation der Frauen		17
<i>Eine Begleiterscheinung des Krieges ...</i>		
Besatzungsmacht, Besiegte und die Frauen		17
Wohnungsnot und Nahrungsmangel – Der Nachkriegsalltag		24
<i>Überlebenssicherung – Frauen in karitativen Einrichtungen und Organisationen</i>		
<i>Arbeiterwohlfahrt und Karlsruher Notgemeinschaft</i>		28
Die Mitarbeit von Frauen beim Wiederaufbau der Verwaltung		33
Die Kampagne der Stadtverwaltung gegen <i>Doppelverdienertum</i>		37
Frauen in Beruf und Bildung		39
<i>Männer und Frauen stehen bei Wahl und Ausübung des Berufes gleich ...</i>		
Frauenarbeit in der Verfassungsdiskussion von Württemberg-Baden 1946.		43
<i>Als der Krieg vorbei war, hatte ich keine Lust, mich mit den Nazis rumzuschlagen ...</i>		
Schwierigkeiten der Frauenbewegung mit der Vergangenheitsbewältigung		46
Ein bislang ungeschriebenes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte:		
Frauen und Entnazifizierung		46
<i>Die Mitarbeit von Antifaschistinnen in den Entnazifizierungsorganen</i>		47
<i>(Mit-)Täterinnen im Prozess der Entnazifizierung</i>		52
Die Vermeidung einer Auseinandersetzung –		
Bürgerliche Frauenbewegung und Nationalsozialismus		53
Auflösung oder Gleichschaltung? –		
Der <i>Deutsche Akademikerinnenbund</i> und seine Vergangenheit		56

*Ist die Politik ein Reservatrecht der Männer?*¹

Frauen in Parteien, Gewerkschaften und Gemeinderat.	64
<i>Nicht abgesondert, sondern in enger Zusammenarbeit mit den männlichen Kollegen ...</i>	
Frauen in den Gewerkschaften	64
Verhältnisse und Verhinderungen:	
Die (wieder-)gegründeten Parteien und die Frauen	71
<i>Und die Frauen? – Genosse!</i> Die SPD	72
<i>... wo die Frau wirklich zur Geltung kommen kann</i> Die CDU	79
<i>... breite Frauenschichten aus der Indifferenz herausreißen</i> Die KPD	87
<i>... nur geringes Interesse an der Mitarbeit der Frauen</i>	
Die liberale Partei (FDP/DVP)	93
Nur Sanftmut der Frauen im Gespräch der Männer	
Frauen im Gemeinderat 1946–1956	101
<i>Wenn die weiblichen Wähler wollen, können sie Geschichte machen ...</i>	
Parteien, Kandidatinnen und Wählerinnen	101
<i>Die ersten Stadträtinnen</i>	111
Frauen in städtischen Ausschüssen und Kommissionen	117
Der demokratische Neuaufbau – <i>Frauenpolitischer Aufbruch</i> oder Restaurierung traditioneller Geschlechterverhältnisse?	
	120
Karlsruher Frauen organisieren sich.	
Die überparteiliche Karlsruher Frauengruppe – ein Versuch, neue politische Wege zu beschreiten?	121
<i>Den weiblichen Einfluss geltend machen</i>	
Protagonistinnen und Programmatik der <i>Karlsruher Frauengruppe</i>	121
Sozialarbeit und politische Schulung – Aktivitäten der <i>Karlsruher Frauengruppe</i> .	123
Die ganze Arbeit auf den Schultern von einigen wenigen –	
Mitgliederentwicklung und Probleme der Arbeit	127
<i>Vereint über die Schranken von Partei, Konfession und Beruf –</i>	
Die <i>Karlsruher Frauengruppe</i> im politischen Spektrum der Stadt	128
Regionale und überregionale Kontakte	130
Der Anschluss an den <i>Deutschen Frauenring</i>	133

Eine neue (alte) Frauenbewegung? – Karlsruher Frauenverbände nach 1945	136
<i>... eine kraftvolle und sachkundige Vertretung der kulturellen, rechtlichen und sozialen Interessen der Frau</i>	
Der Deutsche Akademikerinnenbund (DAB)	137
<i>... da sitzt man mit der Sekretärin oder mit der Geschäftsfrau und all diesen anderen Frauen zusammen.</i>	
Der Deutsche Verband berufstätiger Frauen	145
Eine <i>Berufsorganisation der Hausfrau</i>	
Der Karlsruher Hausfrauenverband (KHV) e. V.	149
Die GEDOK – eine Vereinigung von Künstlerinnen und Kunstfreundinnen	153
Die konfessionelle Frauenarbeit – Jüdinnen und Christinnen	158
Frauen in der jüdischen Gemeinde	158
<i>Hertha Nachmann</i>	158
Aus der katholischen Frauenarbeit	161
<i>Anna Leimbach und der Katholische Deutsche Frauenbund, Zweigverein Durlach</i>	161
<i>Gisela Walter – eine Vertreterin der katholischen Jugendarbeit und des Sozialdienstes katholischer Frauen</i>	162
Aus der evangelischen Frauenarbeit	164
<i>Der Deutsche Evangelische Frauenbund</i>	164
<i>Gertrud Hammann – erste Vorsitzende der evangelischen Frauenarbeit in Baden</i>	166
Das Ende eines traditionsreichen Verbandes – Der <i>Badische Frauenverein</i>	168
Der <i>Demokratische Frauenbund Deutschlands</i> (DFD)	170
Zwischen alter und neuer Frauenbewegung	
Die Karlsruher Frauenverbände 1945–1955 – Versuch einer Einschätzung	175
<i>Die Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenorganisationen (AKF)</i>	179
<i>...teaching German women how to take an active part in community affairs¹</i>	
<i>Die Frauenpolitik der US-amerikanischen Besatzungsmacht</i>	182
Militärregierung und Frauenpolitik	182
Die <i>Women's Affairs Section</i> bei der amerikanischen Militärregierung von Württemberg-Baden	184

Frauenpolitik im Bereich des Liaison and Security Office Karlsruhe	189
---	-----

Frauen und Politik in der Nachkriegszeit – <i>Aufbruch oder verpasste Chance?</i> Zusammenfassung	196
--	-----

Anmerkungen	203
------------------------------	-----

Quellen- und Literaturverzeichnis	226
--	-----

Abkürzungen	232
------------------------------	-----

Ortsregister Katja Schmalholz	233
--	-----

Personenregister Katja Schmalholz	235
--	-----

Sachregister Ernst Otto Bräunche	239
---	-----

Geleitwort

Diese neue Publikation des Stadtarchivs beleuchtet ein lange Zeit vergessenes Kapitel der Karlsruher Geschichte – die Beteiligung der Frauen am Wiederaufbau der Demokratie und der Stadt nach 1945. „Den weiblichen Einfluss geltend machen“ – das war das Ziel der Politikerinnen der ersten Stunde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus. Was sie leisteten, zeichnet dieses Buch sehr anschaulich nach. Es zeigt sich, dass das Bild der „Trümmerfrau“, das wir gewöhnlich mit dieser Zeit assoziieren, für Karlsruhe nicht zutrifft. Die Frauen leisteten mehr, als die Trümmer des Krieges fortzuräumen. Sie organisierten das Überleben in den harten Nachkriegsjahren und gründeten eigene Organisationen sowie einen Karlsruher Dachverband, den Arbeitskreis Karlsruher Frauenverbände, der heute noch für die Kommunalpolitik von Bedeutung ist. Zudem engagierten sie sich sofort in den neu gegründeten demokratischen Parteien und knüpften auch damit an die Zeit vor 1933 an.

Karlsruhe war schon lange vor der Durchsetzung der politischen Gleichberechtigung der Frauen 1918 eine Stadt, die auf der Ebene der Kommunalpolitik nicht auf die Mitarbeit der Frauen verzichten wollte. Die Stadt war damit im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert eine Schrittmacherin auf dem Weg der weiblichen Emanzipation. Das zeigte die Publikation des Stadtarchivs „Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte“ aus dem Jahr 1992, an die Dr. Barbara Guttmanns Buch anknüpft. Ihre Untersuchungen wurden zum großen Teil aus dem „Förderprogramm Frauenforschung Baden-Württemberg“ der Landes-

regierung finanziert, die damit auch die Vorleistungen der Stadt Karlsruhe auf dem Gebiet der Frauenforschung anerkannte. Für uns war es eine Selbstverständlichkeit, diese Arbeit ebenfalls zu unterstützen und die Ergebnisse zu veröffentlichen.

Wie sehr die Stadt Karlsruhe inzwischen die Leistungen ihrer Bürgerinnen und Politikerinnen würdigt, beweist sie u. a. durch die Verleihung der Ehrenbürgerrechte 1965 an Kuni-gunde Fischer und 1993 an Hanne Landgraf und Toni Menzinger. Alle drei Politikerinnen finden in diesem Buch ihren Platz und werden damit Teil der historisch gewachsenen Identität von Karlsruhe, das auf den weiblichen Beitrag zu seiner Entwicklung nicht nur nicht verzichten kann, sondern ihn auch nicht vergessen wird.

Heinz Fenrich
Oberbürgermeister

Vorwort

Wer historische Forschung betreibt, befasst sich mit der Vergangenheit und bewahrt diese für die Zukunft. Historikerinnen und Historiker genießen damit eine gesellschaftliche Definitionsmacht, die für die Identitätsfindung einer Gesellschaft prägend wirken kann. Das betrifft ebenso die Arbeit der Archivare und Archivarinnen, denn diese entscheiden, was aufbewahrt und gesammelt wird, welche Zeugnisse des gegenwärtigen Lebens als aussagekräftig für die Zukunft gelten.

Im Interpretieren der Vergangenheit und im archivierenden Bewahren der Gegenwart spiegeln sich jedoch immer die jeweils zeitgenössischen politischen Vorstellungen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse.

So schrieb das 19. Jahrhundert vorrangig die Geschichte der Fürstenhäuser, während die Zeit nach 1945 z. B. die Geschichte des kleinen Mannes entdeckte. Die Geschichte der Frauen blieb dagegen verborgen und ungeschrieben. Zwar gab es im ausgehenden 19. Jahrhundert im Zuge der damaligen Frauenbewegung erste Anstrengungen, den weiblichen Beitrag zur historischen Entwicklung festzuhalten, doch setzten sich diese Bemühungen in der Historikerzunft nicht durch. Das war natürlich ein Reflex auf die gesellschaftliche Situation der Frauen in dieser Zeit. Sie waren ausgeschlossen aus der öffentlich-politischen Macht, aus der öffentlichen Rede, aus den Parlamenten und ohne Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Sie galten nicht als Trägerinnen gesellschaftlicher Prozesse und damit aus der Sicht der Historiker als ahistorisch. Die Überlieferung der Geschichte der Frauen und damit des Geschlechterverhältnisses wurde daher lange Zeit von der

Archivars- und Historikerzunft vernachlässigt, sie galt als unbedeutend für die historische Entwicklung. Erst der Aufbruch der Frauenbewegung seit den 1970er Jahren brachte neue Fragestellungen und Ansätze in die Geschichtswissenschaft, man begann diese Konstruktion der allgemeinen Geschichte als eine männliche Geschichte zu begreifen und zu kritisieren.

Seit vielen Jahren bemühen sich Wissenschaftlerinnen an Universitäten, in Archiven und Museen, manchmal auch unterstützt von ihren männlichen Kollegen, dieses Versäumnis nachzuholen. Bei den nun einsetzenden Forschungen an Universitäten, an Archiven und in zahlreichen freien Projekten entdeckte man zudem viele vergessene Politikerinnen und Heldinnen der öffentlichen Rede. Auch die Stadt Karlsruhe beteiligte sich an diesen Arbeiten.

Vor acht Jahren legte das Stadtarchiv Karlsruhe die erste Geschichte der Karlsruher Frauen vor. Es schloss das von Stadträtinnen aller Fraktionen initiierte Projekt „Karlsruher Frauen 1715–1945“ mit einer Ausstellung im Prinz-Max-Palais und einer Publikation ab, die programmatisch den Untertitel „Eine Stadtgeschichte“ trug. Damals kamen viele neue Archivalien in das Archiv, seit dieser Zeit sind wir um die Ergänzung der Unterlagen zur Geschichte der Frauen und des Geschlechterverhältnisses besonders bemüht.

Das Stadtarchiv Karlsruhe verfolgte auch nach Erscheinen des Buches und nach Beendigung der Ausstellung dieses Ziel weiter. Die Arbeit bewegt sich dabei auf mehreren Ebenen: zum einen werden gezielt Materialien gesucht,

welche die weibliche Vergangenheit der Stadt überliefern. Darüber hinaus werden beim Verzeichnen der Archivalien Kategorien der Geschlechtergeschichte angewendet, so dass zukünftige Benutzer und Benutzerinnen einen leichteren Zugang zu einer bisher eher verborgenen Geschichte erhalten.

Dennoch gab es für die Fortsetzung der Frauengeschichte in der Nachkriegszeit nach wie vor Überlieferungslücken. Sie konnten z. T. mit Unterlagen aus Privatbesitz oder von Vereinen gefüllt werden, die in manchen Fällen auch dem Stadtarchiv zur Archivierung überlassen wurden. Auch hier bestätigte sich also, dass Forschungsprojekte immer die Bestände eines Archivs durch die Schenkung privater Unterlagen in willkommener Weise ergänzen. Die Anstrengungen, die Geschichte der Frauen zu überliefern, werden fortgesetzt, sie sind fester Bestandteil des Dokumentationsprofils des Stadtarchivs Karlsruhe.

Vor allem aber bemüht sich das Stadtarchiv in seinen Publikationen, gleichgültig zu welchem Thema, die Frauen- und Geschlechtergeschichte als integralen Bestandteil der Historie zu begreifen und darzustellen. Das allerdings ist nur möglich, wenn die Geschichte der Frauen in all ihren Facetten erforscht ist. Barbara Guttmanns Buch legt dafür einen weiteren wichtigen Beitrag.

Die 1992 erschienene Darstellung umfasste den Zeitraum von 1715, d. h. seit der Gründung der Stadt bis zum Ende des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges 1945. Die Nachkriegszeit und die Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik warteten noch auf ihre Erforschung und Beschreibung.

Gerade die ersten Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bedeuteten für die Frauen und für das Verhältnis der Geschlechter aber einen tiefen Einschnitt, da spätestens mit Verabschiedung des Grundgesetzes die Gleichberechtigung festgeschrieben war.

Doch ist die Geschichte der Frauen nicht nur in Gesetzestexten verwahrt, sie liegt in der Alltags-, Kultur-, Sozial-, Wirtschafts- und Politikgeschichte, d. h. sie umfasst alle Bereiche des menschlichen Lebens. Sie zu entdecken und zu beschreiben verlangt einen hohen Aufwand an Gespür für Quellen, für aussagekräftiges Material auch außerhalb der offiziellen Archive und für die Bedeutung von Zeitzeuginnen.

Dass die Autorin sich explizit der Ebene der Politikgeschichte widmet, sprengt schon vom Ansatz her die überlieferte Arbeitsteilung der Geschlechter, welche den Männern die Politik, den Frauen das traute Heim zusprach. Damit leistet dieser Band einen weiteren Beitrag zur Herstellung einer zivilen Bürgergesellschaft, in der alle Mitglieder ihre historischen Wurzeln und damit eine geschichtlich fundierte Identität erhalten können. Wir danken den an diesem Projekt Beteiligten, allen voran der Autorin Dr. Barbara Guttmann. Herbert Kaes hat in bewährter Weise das Titelbild gestaltet, Katja Schmalholz hat Orts- und Personenregister erstellt und die EDV-Arbeiten übernommen. Frau Rita Dahm hat Korrektur gelesen. Manfred Braun und Werner Münkkel, Badenia-Verlag, haben das Buch betreut.

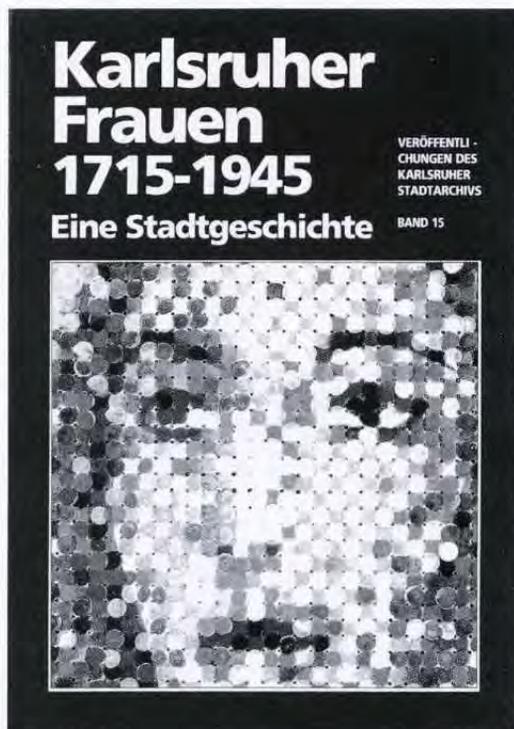
Susanne Asche
Stadthistorikerin

Ernst Otto Bräunche
Stadtarchivdirektor

EINLEITUNG

„Den weiblichen Einfluss geltend machen...“ *Karlsruher Frauen in der Nachkriegszeit 1945–1955* knüpft an die 1992 veröffentlichte Publikation *Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte* an.¹ In den Mittelpunkt der Darstellung wurde ganz bewusst das gesellschaftliche Engagement von Frauen im Karlsruhe der Nachkriegszeit gerückt. Mehr als 50 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland liegt es nahe zu fragen, welchen Anteil Frauen am Aufbau dieses Staates hatten. Meist wurden die Leistungen von Frauen in der Nachkriegszeit unter dem Begriff *Trümmerfrau* abgehandelt, ihre Beteiligung beim Wiederaufbau des Gemeinwesens, der Verwaltung, der politischen Parteien und Gremien, der Verbände und Interessenorganisationen wurde darüber oft übersehen.

Karlsruher Frauen 1715–1945 hat gezeigt, dass sich Karlsruherinnen bereits vor Erlangung der politischen Gleichberechtigung 1918 Zugang zu politisch-gesellschaftlichen Entscheidungsstrukturen verschaffen konnten. Den Schritt in die gesellschaftlich-politische Öffentlichkeit vollzogen die Akteurinnen der lokalen Frauenbewegung, indem sie die in der privaten Sphäre geübten sozialpflegerischen Tätigkeiten zu einer öffentlichen Sache umformten. Entgegen den programmatischen Abgrenzungen, die die Parteipolitik sowie auch die Politik der in das bürgerliche und sozialistische Lager gespaltenen Frauenbewegung auf Reichsebene bestimmten, saßen in Karlsruhe Frauen der Verbände des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF), Sozialdemokratinnen und Mitglieder des konservativ-bürgerlichen *Badischen Frauenvereins* vor dem Ersten Weltkrieg in erstaunlicher Eintracht in den städtischen Sozialkommissionen. Aus den Reihen dieser Protagonistinnen der alten Frauenbewegung kamen dann auch die ersten, 1919 gewählten, weiblichen Stadtverordneten. Sie waren keine politischen *Anfängerinnen*, sondern konnten durchaus kommunalpolitische



1

Erfahrungen aufweisen. Bestimmt wurde ihre Arbeit in erster Linie nicht durch (parti-)politische Richtungen, sondern durch ihre Verortung in den jeweiligen kommunal- und fürsorgepolitischen Netzwerken. Diese kommunalpolitische Praxis der alten lokalen Frauenbewegung wurde durch die nationalsozialistische Machtergreifung unterbrochen. Der vorliegende Band will nun der Frage nachgehen, inwieweit in Karlsruhe nach 1945 eine Anknüpfung an die vor 1933 gesammelten Erfahrungen gelang und die politische Praxis von Frauen eine Weiterentwicklung erfuhr. Dabei werden vor allem die Entwicklungen der Jahre 1945 bis 1955 betrachtet und im Hinblick auf ihre Auswirkungen bis in die jüngste Zeit diskutiert.

Gerade die Kommunalpolitik erscheint hinsichtlich der politischen Partizipation von

Frauen in der Nachkriegszeit aus verschiedenen Gründen interessant. Zum einen ist dies der Bereich, in dem Frauen die größte Erfahrung und längste politische Tradition aufzuweisen hatten. Zum anderen waren die Kommunen bei Kriegsende die Basis, an der das Überleben gesichert wurde. Hier fielen Alltagsbewältigung und Politik zusammen, hier bildeten sich am frühesten politische Strukturen heraus. Dies auch, weil die amerikanische Besatzungsmacht, zu deren Hoheitsgebiet Karlsruhe ab Juli 1945 gehörte, das Ziel einer Demokratisierung von der Basis her verfolgte und die Bildung politischer Parteien und Institutionen zunächst auf kommunaler Ebene zuließ.

Der vorliegende Band will zum einen die politischen Aktivitäten von Frauen und ihre Leistungen beim Aufbau des demokratischen Gemeinwesens nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Karlsruhe überliefern und dokumentieren. Zum anderen geht es darum, die spezifische Karlsruher Entwicklung weiblicher Politikbeteiligung in allgemein historische Zusammenhänge zu stellen und im Hinblick auf die politische Entwicklung der Nachkriegszeit einzuschätzen. Schließlich soll ein Vergleich mit anderen Städten und Regionen ermöglicht werden. Die amerikanische Besatzungszone war keineswegs ein politisch, wirtschaftlich und kulturell einheitlich strukturiertes Gebilde. Daher sind eine Reihe kommunaler Studien notwendig, die dann in der Zusammenschau verallgemeinernde Aussagen zulassen werden. Über einen Beitrag für die Karlsruher Stadtgeschichte hinaus versteht sich diese Arbeit somit als Baustein zu einer noch zu schreibenden Geschichte weiblicher politischer Partizipation nach 1945.

Die Geschichte der Beteiligung von Frauen am Wiederaufbau nach 1945 kann noch immer als ein Desiderat der historischen Forschung bezeichnet werden.² Untersuchungen, die Frauen als politisch Handelnde in den Mittelpunkt stellten, bezogen sich zunächst auf Akteurinnen der überregionalen Politik, die *Mütter des Grundgesetzes*. Eine Ausnahme bildete ein

1985 veröffentlichter Beitrag zu Frauen in der Kommunalpolitik der frühen Nachkriegszeit am Beispiel der Stadt Unna, der sich jedoch in erster Linie auf die Politik der SPD konzentrierte.³ Erste Ergebnisse zu lokalen politischen Frauenzusammenschlüssen wurden für Bremen, Hamburg-Harburg, Hannover und Stuttgart vorgelegt.⁴ Als einigermaßen gut erforscht kann bislang lediglich die Geschichte von Frauen in der Nachkriegszeit in Berlin⁵, in Hamburg⁶ und Bremen⁷, gelten. Verallgemeinernde Aussagen über die kommunalpolitische Praxis von Frauen in den verschiedenen Besatzungszonen lassen sich noch nicht treffen. Ein 1994 veröffentlichter Beitrag trägt zwar den Titel *Geschlechterpolitik in der US-Besatzungszone unter besonderer Berücksichtigung der Kommunalpolitik*, zieht jedoch etwas voreilig, ausgehend von München, generalisierende Schlüsse für die gesamte US-Besatzungszone.⁸ Als erstes Bundesland ließ Hessen die Frauenpolitik von 1945 bis 1955 auf Landes- sowie auch auf kommunaler Ebene erforschen.⁹ Eine weitere Studie auf Landesebene liegt bislang nur für Schleswig-Holstein vor.¹⁰

Forschungsarbeiten zur Nachkriegsgeschichte von Frauen in Südwestdeutschland fehlen, mit Ausnahme einiger Arbeiten zu Stuttgart, bislang gänzlich.¹¹ Eine Veröffentlichung zur Situation in Mannheim 1945–1949 widmete beispielsweise der Situation von Frauen ganze neun Seiten (von 176).¹² Dies hat sich auch im Gefolge der Feiern und Veranstaltungen zum 50. Jahrestag des Kriegsendes nicht geändert. Da für das ehemals amerikanisch besetzte Gebiet des heutigen Bundeslandes Baden-Württemberg keine hinreichenden Ergebnisse zur politischen Partizipation von Frauen nach 1945 vorliegen, musste zum Verständnis der Karlsruher Situation manches Mal anhand von Quellen die Entwicklung in Württemberg-Baden recherchiert werden, so etwa im Hinblick auf die Parteien oder insbesondere die Frauenpolitik der US-Besatzungsbehörden. Damit liefert der vorliegende Band auch neue Erkenntnisse zur Landesgeschichte.

In Karlsruhe wurde das Wirken von Frauen

und ihren Verbänden beim demokratischen Neubeginn bislang nicht dokumentiert. Da die üblicherweise zur Rekonstruktion politischer Ereignisse heranzuziehenden Quellen, wie z. B. Akten der städtischen Verwaltung, Tageszeitungen u. ä., aus dem Blickwinkel einer männlich orientierten Politik entstanden sind, tauchen Frauen hier meist – wenn überhaupt – nur am Rande auf.

Um weibliche politische Aktivitäten zu erfassen, wird hier nun von einem umfassenden, über Institutionen hinausgehenden Politikbegriff ausgegangen. Politisches Handeln beschränkt sich nicht auf Parteimitgliedschaften, Wahlbeteiligung, Teilnahme an politischen Versammlungen oder die Wahrnehmung partei- und kommunalpolitischer Ämter, vielmehr wird darunter ein umfassendes Engagement der Bürgerinnen an sozialen Prozessen verstanden. Eine Abgrenzung zwischen politischer und sozialer Partizipation erfolgt bewusst nicht, vielmehr wird die gesellschaftliche Betätigung von Frauen im sozialen Bereich als politisch nachhaltig für den Aufbau des demokratischen Gemeinwesens betrachtet.¹³

Neben dem Wirken von Frauen in Parteien sowie dem Kommunalparlament wird daher der Blick insbesondere auf die Arbeit der Frauenverbände gelenkt. Dies war nur durch die freundliche Unterstützung der Frauenverbände sowie von Privatpersonen möglich, die Einsicht in erhaltene Unterlagen gewährten und diese teilweise dem Stadtarchiv zur Aufbewahrung überließen. So konnte ein weiteres Stück Karlsruher Frauengeschichte gesichert werden. Unverzichtbar war darüber hinaus die Befragung von Zeitzeuginnen. Insgesamt wurden in den Jahren 1994 bis 1997 narrative Interviews mit 20 Frauen geführt, die zwischen 1945 und 1955 in Parteien und Gemeinderat oder gesellschaftlichen Organisationen aktiv waren. Die Gespräche wurden auf Tonband dokumentiert, größtenteils transkribiert und werden nun im Stadtarchiv aufbewahrt, um der lückenhaften archivalischen Überlieferung Informationen hinzuzufügen, die andernfalls unwiederbringlich verloren gegangen wären.¹⁴

Bevor der Blick auf Frauen als politische Akteurinnen fällt, wird zunächst in einem ersten Teil die Nachkriegssituation in Karlsruhe im Hinblick darauf betrachtet, wie sie sich für Frauen darstellte.¹⁵ Das Verhältnis von Besatzungstruppen und Frauen, der von Wohnungsnot und Nahrungsmangel geprägte Alltag, der Wiederaufbau der Verwaltung sowie die Erwerbsarbeitsituation von Frauen sind Bereiche, die beleuchtet werden, um die weibliche Lebenssituation in jenen Jahren zu verdeutlichen. Frauen werden hier allerdings nicht lediglich als passive Objekte einer historischen Entwicklung betrachtet, vielmehr werden auch, soweit die zur Verfügung stehenden Quellen eine Rekonstruktion zulassen, weibliche Initiativen zur Überlebenssicherung sowie beim Wiederaufbau der Verwaltung dargestellt.

Mit der Diskussion um Frauenrechte in der Verfassung des 1946 von den Amerikanern gebildeten Landes Württemberg-Baden wird schließlich über den lokalen Bezugsrahmen Karlsruhes hinaus ein Thema der Landesgeschichte aufgegriffen, um die Standpunkte hinsichtlich einer weiblichen Emanzipation nach Kriegsende aufzuzeigen.

Gerade auch im Bereich der Erwerbsarbeit und der Verwaltungen wurde sehr rasch eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung wieder hergestellt. Dies wirft die Frage auf, ob die unmittelbare Nachkriegssituation tatsächlich als ein *Aufbruch* der Frauen bezeichnet werden kann.¹⁸

Als *Stunde Null* kann das Kriegsende auch im Hinblick auf die gesellschaftlich-politischen Aktivitäten von Frauen keineswegs betrachtet werden. Die Frauen, die sich nach 1945 in Parteien und (Frauen-)Verbänden organisierten, waren größtenteils vor 1920 geboren und hatten die Zeit des Nationalsozialismus bewusst erlebt. Mit diesen Erfahrungen gingen sie an den demokratischen (Wieder-)Aufbau. Bevor die Arbeit von Frauen in Gewerkschaften, Parteien, Verbänden und Frauenorganisationen geschildert wird, geht daher der zweite Teil der Frage nach, ob und wie sich die Politikerinnen

und Protagonistinnen der Frauenbewegung mit den unter dem nationalsozialistischen Regime gemachten Erfahrungen auseinander setzten. Am Beispiel der Karlsruher Entnazifizierungsbehörden und einzelner Verfahren soll das bislang von der Forschung vernachlässigte Thema „Frauen im Prozess der Entnazifizierung“ beleuchtet werden.¹⁷ Schließlich wird ein Blick auf die noch wenig diskutierte Auseinandersetzung der bürgerlichen Frauenbewegung mit dem Nationalsozialismus exemplarisch für den *Deutschen Akademikerinnenbund* geworfen.

Für die meisten Frauen, die sich in den Nachkriegsjahren wieder politisch betätigten, hatte der Neuaufbau Priorität vor der Vergangenheitsbewältigung. Sie sahen in dieser Situation Chancen, einer Gleichberechtigung der Frau in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens näher zu kommen. Gerade diejenigen Frauen, die bereits vor 1933 politisch aktiv gewesen waren, den Nationalsozialismus überlebt hatten und nun wieder zur Stelle waren, hegten große Hoffnungen, die Frauen könnten, auch angesichts ihrer quantitativen Überlegenheit in der Bevölkerung, die Nachkriegssituation für qualitative Änderungen nutzen und nun die Politik entscheidend mitbestimmen.

Ob sich diese Hoffnungen als begründet erweisen, wird im dritten Teil anhand der *klassischen* politischen Organisationen und Institutionen untersucht. Welche Rolle spielten Frauen in den im Sommer 1945 zunächst auf lokaler Ebene wiedergegründeten Gewerkschaften sowie in den Parteien CDU, FDP, KPD und SPD? Konnten sie wichtige Funktionen besetzen? Organisierten sie innerhalb ihrer Parteien frauenspezifische Zusammenschlüsse? Welche Frauenpolitik vertraten schließlich Parteien und Gewerkschaften? Dies sind nur einige der Fragen, denen nachgegangen wird. Hier wird auch deutlich, dass gerade die Parteien bislang die Arbeit von Frauen kaum dokumentiert haben. Einschlägige Darstellungen zur Parteiengeschichte Baden-Württembergs beispielsweise vernachlässigen diesen Aspekt ihrer Politik gänzlich.¹⁸

Bekannt sind meist die Namen der *Männer der*

ersten Stunde, der Politiker, die in Karlsruhe den Wiederaufbau der Stadt maßgeblich mit vorantrieben. Weniger bekannt sind dagegen die Namen der nach 1945 gewählten Stadträtinnen. Die ersten demokratischen Kommunalwahlen nach dem Ende des Nationalsozialismus fanden im April 1946 statt. Nur eine Frau, die Sozialdemokratin Kunigunde Fischer, wurde in das Karlsruher Stadtparlament gewählt. Auch bei den folgenden Wahlen stellten Frauen nur eine kleine Minderheit. Anhand der Diskussionen innerhalb der Parteien, deren Kandidatenlisten und dem Wahlverhalten der Karlsruher und Karlsruherinnen werden mögliche Ursachen hierfür beleuchtet. Schließlich saßen noch eine Reihe gesellschaftlich aktiver Frauen, die nicht im Gemeinderat waren, in den städtischen Ausschüssen. Auch ihre Arbeit wird rekonstruiert, soweit das anhand der einschlägigen Quellen möglich war.

In Parteien und politischen Institutionen waren die männlichen Protagonisten der Weimarer Republik, soweit sie das nationalsozialistische Regime überlebt hatten, tonangebend beim Wiederaufbau. Von einem tatsächlichen Neubeginn kann hier nicht die Rede sein, vielmehr wurde versucht, an die Praxis vor 1933 anzuknüpfen. Frauen, die ebenfalls bereits vor 1933 in Parteien und in der Frauenbewegung aktiv gewesen waren, suchten hingegen auch politisch neue Wege zu gehen. Sie gründeten im Sommer 1946 die überparteiliche, überkonfessionelle *Karlsruher Frauengruppe*. In einem vierten Teil werden deren Protagonistinnen, Programmatik und Arbeit dargestellt und der Frage nachgegangen, ob es ihnen gelang, als Interessenvertretung aller Frauen, an der Nahtstelle zwischen Alltagsbewältigung und Politik, Einfluss auf das kommunalpolitische Geschehen zu nehmen.

Die *Karlsruher Frauengruppe* war die erste nach 1945 gegründete Organisation von Frauen, die die Tradition der alten Frauenbewegung aufgriff und weiterzuentwickeln suchte. In den folgenden Jahren gründeten sich eine Reihe weiterer Frauenverbände und -interessenorganisationen wieder, die bereits in der Weimarer

Republik existiert hatten. Der fünfte Teil dieses Buches widmet sich dem *Deutschen Akademikerinnenbund*, dem *Verband berufstätiger Frauen*, dem *Karlsruher Hausfrauenverband* sowie der *GEDOK*. Des Weiteren wird die konfessionelle Frauenarbeit in Ausschnitten beleuchtet, da eine umfassende Darstellung sämtlicher Aktivitäten von Frauen im kirchlichen Bereich den Rahmen dieser Arbeit gesprengt hätte. Nicht wiederbelebt wurde der traditionsreiche, für Karlsruhe einst so bedeutende *Badische Frauenverein*.¹⁹ Eine – politisch sehr umstrittene – Neugründung war der *Demokratische Frauenbund Deutschlands*. Die Aktivitäten dieses Verbandes in Karlsruhe konnten nur dank einiger Zeitzeuginnen ansatzweise rekonstruiert werden, da schriftliche Unterlagen infolge des 1957 erfolgten Verbots weitgehend verloren gingen.

Diese recht unterschiedlichen Verbände können durchaus als Versuch einer Wieder- bzw. Neubelebung der Frauenbewegung in Karlsruhe nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen werden. Wieso aber in den fünfziger Jahren von „Frauenbewegung“ keine Rede mehr war, obwohl sich doch 1952 mit der *Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenverbände* (AKF) eine Dachorganisation gründete, ist eine der zu klärenden Fragen.

Die politischen Vorstellungen der Akteurinnen in Parteien und Frauenbewegung nach 1945 waren geprägt durch die deutsche Geschichte. Der Wiederaufbau nach 1945 vollzog sich jedoch unter der Befehlsgewalt der Besatzungsmächte, im Falle Karlsruhes unter der der US-Amerikaner. Es stellt sich daher auch die Frage, in welchem Spannungsfeld sich die Vorstellungen der deutschen Aktivistinnen zu denen der amerikanischen Besatzungsmacht bewegten.²⁰ Die amerikanische Militärregierung schuf 1948 eigens eine Abteilung für Frauenfragen. Der sechste Teil sucht diesen bislang insgesamt wenig beachteten Aspekt

der Besatzungspolitik für Karlsruhe aufzuarbeiten.²¹ Dabei wurde die Karlsruher Situation nicht isoliert betrachtet, sondern vor dem Hintergrund der amerikanischen Frauenpolitik in Württemberg-Baden. So können an dieser Stelle erste, über Karlsruhe hinausgehende, landesgeschichtlich relevante Ergebnisse präsentiert werden.

In einem siebten abschließenden Kapitel werden Ergebnisse zusammengefasst und diskutiert, ob die Jahre nach 1945 als politischer Aufbruch für Frauen oder eher als verpasste Chance zu sehen sind.

Die Veröffentlichung dieses Bandes wäre nicht realisierbar gewesen ohne die Förderung durch das Programm Frauenforschung des Landes Baden-Württemberg, das die notwendigen, umfangreichen Recherchen ermöglichte. Durch die Stadt Karlsruhe wurden die Voraussetzungen für Zeitzeuginnen-Befragungen und die Erstellung des Manuskriptes geschaffen. Das Stadtarchiv stellte seine Infrastruktur für die Durchführung des gesamten Vorhabens zur Verfügung. Den Kolleginnen und Kollegen des Stadtarchivs sowie der Frauenbeauftragten möchte ich für die engagierte und kritische Begleitung des Projektes ganz besonders danken. Unverzichtbar für diese Arbeit war auch die Unterstützung durch die Frauenverbände sowie Zeitzeuginnen. Den Vertreterinnen von Verbänden und Parteien, die bereitwillig Materialien zur Verfügung stellten, sei an dieser Stelle ganz herzlich gedankt. Ein besonderer Dank gilt den befragten Zeitzeuginnen, die für mich nicht alleine eine Quelle für wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern insbesondere menschlicher Erfahrungen waren. Ihre jeweils subjektiv geprägten Erinnerungen waren immer wieder Anlass, historische Entwicklungen neu zu überdenken und zu hinterfragen. Sie alle finden jeweils namentlich Erwähnung in den betreffenden Kapiteln.

Kriegsende und unmittelbare Nachkriegszeit in Karlsruhe – Die Situation der Frauen



2 Französische Panzer rücken in Karlsruhe ein, April 1945.

Der von Deutschland entfachte Zweite Weltkrieg endete für die Menschen in Karlsruhe über einen Monat vor der offiziellen Kapitulation. Dank dem unerwartet raschen Vordringen der 7. US-Armee und der 1. Französischen Armee in Nordbaden kam es nicht zu der befürchteten Verteidigung Karlsruhes, die sicher viele weitere Menschenleben gekostet hätte.¹ In der Nacht zum 4. April zog sich die in der Stadt liegende *Bärendivision* an den Rand des Schwarzwaldes zurück. Bereits am 3. April hatten französische Einheiten Neureut und Knielingen besetzt. Am frühen Morgen des 4. April begannen zwei französische Divisionen mit der Besetzung Karlsruhes. Sie stießen nur noch vereinzelt auf spärlichen Widerstand von Volkssturmmännern, Hitlerjungen und Angehörigen der Karlsruher Polizei.

Eine Begleiterscheinung des Krieges...

Besatzungsmacht, Besiegte und die Frauen

Die Zivilbevölkerung, die im letzten Kriegsjahr insbesondere unter dem Luftkrieg zu leiden hatte, nahm mit Erleichterung wahr, dass dieser Schrecken nun ein Ende hatte und keine Fliegeralarme mehr zu befürchten waren. Mit dem Einrücken der *zweiten Welle* der französischen Truppen begannen jedoch für viele neue Schrecken. Entsprechend den Gepflogenheiten von Besatzungstruppen, zogen Soldaten marodierend und plündernd von Haus zu Haus. Doch der Terror galt nicht *nur* allgemein der preisgegebenen Bevölkerung. Die Gewalt der Sieger äußerte sich – wie in Kriegen zuvor und danach – insbesondere auch als Gewalt gegen Frauen.²

Wir wissen nicht, wieviele Frauen im Frühjahr 1945 in Karlsruhe Opfer von Vergewaltigungen durch Besatzungstruppen wurden. Dieses Thema wurde jahrzehntelang tabuisiert oder als *unwichtig* abgetan, und die betroffenen Frauen sind niemals als Opfer von Kriegsverbrechen anerkannt, geschweige denn entschädigt worden.⁵ Fest steht, dass es in der französisch besetzten Zone zu massenhaften Vergewaltigungen kam. In den Berichten von Zeitzeuginnen entsteht oft der Eindruck, als seien Gewalttaten ausschließlich von schwarzen, marokkanischen Besatzungssoldaten ausgegangen. Hier ist jedoch zu fragen, inwieweit Äußerungen über *die Marokkaner* von rassistischen Projektionen überlagert wurden. Rassistische Anschauungen waren in Deutschland nicht erst seit dem Nationalsozialismus weit verbreitet, wenn diese auch mit dem nationalsozialistischen Rassenwahn, der nach der Vernichtung „minderwertigen“ Lebens trachtete, einen Höhepunkt erreichten. Wie tief die Angst vor dem *schwarzen Mann* verwurzelt war, verdeutlicht z. B. der Bericht einer Karlsruherin, die nach dem Ersten Weltkrieg während der Besetzung des Rheinlandes an den Rhein fuhr, um zum ersten Mal einen *Neger* zu sehen – versteckt, aus sicherer Entfernung.⁴

Auch die Tatsache, dass es Ärzte gab, die in Fällen, bei denen Frauen angaben, von Marokkanern vergewaltigt worden zu sein, unbürokratische Abtreibungen vornahmen, mag zu einem verfälschten Eindruck über das tatsächliche Ausmaß der Vergewaltigungen durch schwarze Besatzungssoldaten beigetragen haben.⁵ Der Bericht eines unbekanntes Arztes aus den Wochen nach Kriegsende entkräftet das Bild vom schwarzen Vergewaltiger: *Die Vergewaltiger waren zuerst in der überragenden Mehrheit farbige Truppen (Marokkaner oder andere Kolonialsoldaten), aber von Anfang an waren doch auch weißbrassige Vertreter daran beteiligt und diese haben im Laufe der Zeit an Zahl etwas zugenommen.*⁶

Betroffen waren Frauen jeden Alters. Der be-

reits zitierte Arzt berichtete von einem 11 Jahre alten Mädchen und einer 76-Jährigen.⁷ Eine vage Vorstellung vom Ausmaß der Vergewaltigungen in Karlsruhe mag die Zahl der in deren Folge vorgenommenen Abtreibungen vermitteln. Allein in der Landesfrauenklinik wurden 276 Schwangerschaftsabbrüche nach Vergewaltigungen registriert, die Mehrzahl im April und Mai 1945.⁸

Die gesetzliche Grundlage für Abtreibungen war unmittelbar nach Kriegsende äußerst diffus, und es war zunächst unklar, ob der § 218 noch in Kraft war. Durch provisorische Verordnungen versuchten die deutschen Behörden regional unterschiedlich und unabhängig voneinander, der Abtreibungspraxis einen gesetzlichen Rahmen zu geben. Die im April/Mai 1945 in Karlsruhe vorgenommenen Abtreibungen erfolgten zunächst *nach Übereinkunft der Ärzteschaft*, für den Fall, dass *die Behauptung der erfolgten Vergewaltigung glaubhaft erschien* oder mit *ausdrücklicher Erlaubnis des Gesundheitsamtes.*⁹ Im November 1945 erließ der Präsident der Landesverwaltung Baden eine entsprechende Verordnung, die Schwangerschaftsabbrüche im Falle einer Vergewaltigung ausdrücklich gestattete. Es hieß dort: *[...] in gegenwärtigen Verhältnissen können Folgen der Vergewaltigung für betr. Frau so schwer sein, dass sie einen „übergesetzlichen Notstand“ bedeuten.*¹⁰ Diese Anordnung galt bis zum 31. März 1946. Karlsruhe sollte jedoch zuvor einen Wechsel der Besatzungsmacht erleben.

Nach der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 übernahmen die Alliierten Anfang Juni formell die Regierungsgewalt und legten die Besatzungszonen endgültig fest. Zu diesem Zeitpunkt war der größte Teil Badens noch französisch besetzt. Im Juli zogen sich die französischen Streitkräfte auf ihr endgültiges Territorium südlich der Autobahn Karlsruhe–Stuttgart–Ulm zurück.¹¹ In Karlsruhe wurden die französischen Truppen am 7. Juli 1945 durch amerikanische abgelöst.¹² In einem Bericht vom 11.

**3 Am 8. Juli 1945
übernimmt die US-Armee
in einer Zeremonie
vor der Hauptpost die
Besatzungshoheit.**



August über die Stimmung der Bevölkerung ist zu lesen: *Der Wechsel der Besatzungsmächte hat dahingehend eine gute Meinung verschafft, dass nach dem Abzug der franz. Besatzungstruppen in Karlsruhe selbst wieder Ruhe und Ordnung eingetreten ist. Es herrscht allgemein das Gefühl, dass Übergriffe, wie sie durch die franz. Truppen vorkamen, bei den amerikanischen Truppen nicht in Frage kommen. Schon das äußere Auftreten der amerikanischen Soldaten zeugt von mehr Disziplin, als das bei den vorhergehenden war. Der Umgang mit den Besatzungstruppen der franz. Armee war beim grössten Teil der Karlsruher Bevölkerung größtenteils zurückhaltend, da man stets mit haltlosen Übergriffen rechnen musste. [...] Die administrativen Maßnahmen waren [...] zusammenhanglos und verworren.*¹³ Tatsächlich war insbesondere die erste Zeit der französischen Besetzung durch ein *fast chaotisches Nebeneinander und Gegeneinander von Maßnahmen und Befehlen der Militärregierung* gekennzeichnet gewesen.¹⁴ Noch kurz vor dem Abzug hatte der französische Stadtkommandant eine Anordnung erlassen, die sich in das Gedächtnis der Karlsruher Bevölkerung einprägen sollte. Jede deutsche Familie wurde

aufgefordert, bis zum 25. Juni einen vollständigen Anzug mit Weste, Körperwäsche, Hut sowie einem Paar Schuhe abzuliefern. Bürgermeister Heinrich bemühte sich vergebens, für entlassene KZ-Häftlinge und Fliegergeschädigte eine Befreiung von der Abgabepflicht zu erreichen.

Bis heute ist das Bild von der französischen Besatzungspolitik durch ihre rigiden Ausbeutungs- und Demontagemaßnahmen negativ geprägt. Zu bedenken ist jedoch, dass Frankreich infolge der deutschen Besetzung selbst wirtschaftlich ausgeblutet war und die französische Besatzungsmacht sich im Gegensatz zu Briten und Amerikanern aus der eigenen Zone ernähren musste.¹⁵ Auch Stimmen aus Karlsruhe zeichnen ein durchaus differenzierteres Bild vom Verhalten der beiden Besatzungsmächte. Da berichtete der Leiter der damaligen Ratschreiberei, Emil Mangler, z. B.: *Wir hatten damals den Eindruck, dass die Ablösung der französischen Armee durch die Amerikaner für Karlsruhe in mancher Beziehung nachteilig war. [...] In den Gesprächen mit amerikanischen Offizieren fehlte die menschliche Nähe und Wärme, wie sie bei den Franzosen durchweg üblich war.*¹⁶ Die heute meist positiv erin-

nerter amerikanische Besatzungszeit begann keineswegs reibungslos. Im Zuge rigoroser Wohnungsbeschlagnahmen belegten die Amerikaner zunächst ca. 2.000 Wohnungen, oft Ein- und Zweifamilienhäuser in bester Lage. Die Franzosen hatten z. B. eine Krankenschwester des Vinzentius-Krankenhauses in der ihr nach der totalen Zerstörung ihres Elternhauses zugewiesenen Wohnung in der Welfenstraße, in einem ansonsten geräumten Bezirk, wohnen lassen. Die amerikanischen Besatzungstruppen befreiten sie von dieser Wohnung, und sie musste mit ihrer Mutter vier Jahre in einem kleinen Zimmer unter recht primitiven Verhältnissen leben.¹⁷

Zu Vergewaltigungen kam es auch durch amerikanische Truppenangehörige, allerdings nicht mehr in dem Umfang wie zu Beginn der französischen Besetzung. Im bereits zitierten Stimmungsbericht vom 11. August 1945 heißt es: *Die amerikanischen Besatzungstruppen sind in jeder Form zurückhaltender und den Frauen gegenüber auch zuvorkommender.* Einschränkend wird jedoch hinzugefügt: *Eine Entgleisung in sittlicher Art dürfte bei Kriegszustand oder nach Beendigung desselben in allen Gebieten vorkommen. Dies ist aber eine Begleiterscheinung des Krieges und dürfte als Großes und Ganzes nicht dazu beitragen, die guten Erscheinungen zu verdecken.*¹⁸ Hier wird kräftig das Bild der *guten Amerikaner* gezeichnet, von vorkommenden Vergewaltigungen ist nur verdeckt die Rede.

Es scheint ein männliches Einverständnis zwischen Besiegten und Siegern zu herrschen, gewaltsame Übergriffe gegen Frauen in Kriegs- und Nachkriegszeiten als „Normalität“ abzutun.¹⁹ Die Konsequenzen hatten die betroffenen Frauen zu tragen. In dem Moment jedoch, wo Frauen sich selbst für sexuelle Beziehungen zu Angehörigen der Besatzungstruppen entschieden, war ihnen eine moralische Verurteilung von beiden Seiten sicher. Sie wurden abschätzig als *Ami-Liebchen* bezeichnet. Die *Fraternisierung* deutscher Frauen mit den Siegern wurde als Verrat empfunden. Das mag auch die scharfen Reaktionen gegenüber

Frauen, die Beziehungen zu Besatzungssoldaten unterhielten, erklären. Der Leiter des Bezirksverwaltungsamtes August Furrer etwa kündigte im September 1945 in einer Debatte der Bezirksvorsteher zur Trümmerbeseitigung scharfe Maßnahmen gegen die *Damen der Halbwelt*, wie er sie bezeichnete, an: *Es wäre das Beste, diese Damen zu kennzeichnen und sie zum Schippen einzuteilen.*²⁰ Dies schien dem Sozialdemokraten Furrer, der 1933 selbst mit anderen Sozialdemokraten von den Nationalsozialisten nach einer Schaufahrt durch Karlsruhe in das KZ Kislau gebracht worden war, zu jenem Zeitpunkt vordringlicher, als den Einsatz ehemaliger Nazis bei Aufräumarbeiten in den Trümmern der Stadt zu gewährleisten. Auch der spätere Oberbürgermeister Günther Klotz bemerkte, es würde sehr vielen Frauen gut tun, *wenn ihre Beine nach harter täglicher Arbeit abends weniger tanzlustig wären.*²¹ Und in einem Schreiben der Verwaltung betreffend die Bereitstellung von Quartieren für Besatzungstruppen im September 1945 ist zu lesen: *Zur Reinigung der bereitgestellten Räume sind suspendierte Beamte – also ehemalige Nazis – oder sonst freie Arbeitskräfte (Frauen mit roten Schnuten, die nachts ausgehen) heranzuziehen.*²²

Nach langen, entbehrungsreichen Kriegsjahren erscheint es durchaus verständlich, wenn auch Frauen der Sinn nach Vergnügen, Zerstreuung und Tanz stand. Die schmuckten amerikanischen Besatzungssoldaten und ihre Musik, die in Nazi-Deutschland verfemt gewesen war, strahlten sicher eine gewisse Anziehungskraft aus. Und sie hatten auch Nahrhaftes zu bieten. In einem Bericht der Bezirksverwaltung Innenstadt-Ost vom Februar 1946 ist zu lesen: *Viele Frauen mit Kindern empfangen des Nachts schwarze Soldaten ... Hierbei wird vor allem ein großer Tauschhandel getätigt.*²³ Und aus dem Bezirk Rüppurr-Gartenstadt wurde gemeldet: *Durch die in Rüppurr untergebrachten amerikanischen Soldaten (Neger) werden Frauen und Mädchen von diesen Negern gepflegt bzw. nächtigen in deren Quartiere[n].*²⁴ Als anstößig wurde eine Verbindung mit den



4 Plakat eines katholischen Jugendverbands 1952.

ehemaligen Feinden immer betrachtet, besonders ins Visier der Öffentlichkeit gerieten jedoch Frauen, die Beziehungen zu schwarzen Männern unterhielten. Es häuften sich Klagen von Hausbewohnern und -bewohnerinnen über den *Empfang von fremdländischen schwarzen Soldaten* durch Nachbarinnen.²⁵ Rassistische Denkweisen hatten sich nicht nur in den Köpfen überzeugter Nationalsozialisten festgesetzt und sollten mit dem Ende des nationalsozialistischen Regimes noch lange nicht überwunden sein. Dies zeigt z. B. auch ein Artikel Elisabeth Großwendts, einer Aktivistin der bürgerlichen Frauenbewegung und Mitglied der Demokratischen Partei (s. S. 93), über die Arbeit des St. Antonius-Heimes in den *Badischen Neuesten Nachrichten* (BNN). In diesem Heim wurden alleinstehende Schwangere sowie ledige Mütter und deren Kinder betreut. Unter ihnen befand sich auch ein kleines *Negermädchen*. Großwendt berichtete, die Caritas stehe mit überseeischen Organisationen in Verbindung, ... *damit solche Kinder, die wegen ihres fremdartigen Aussehens und ihrer andersartigen*



5 Auch noch 1954 wurden junge Frauen aus den „Animierbetrieben“ der Altstadt mit Fahrzeugen der Schutz- und US-Militärpolizei zur Untersuchung ins Gesundheitsamt gebracht, Foto 5. Mai 1954.

*Veranlagung in Deutschland nach der Erfahrung aus dem I. Weltkrieg schwierigen Entwicklungsstörungen ausgesetzt seien, nach dorthin verpflanzt werden können – ein kluges, dankenswertes Vorhaben.*²⁶ Hier trat der Rassismus unter dem Mäntelchen der Fürsorge in Erscheinung.²⁷

Die geringschätzigste öffentliche Meinung über die *Ami-Liebchen* sagte nichts über die individuelle Geschichte aus, die sich jeweils dahinter verbarg. Die Bandbreite der Beziehungen reichte von aus der Not erfolgter Beschäftigungsprostitution bis zur in einer Ehe mündenen Liebesbeziehung. Aber nicht alleine von deutscher Seite, sondern auch von Seiten der amerikanischen Militärregierung wurden, zumindest in den ersten Monaten der Besetzung, Frauen, die Beziehungen mit Besatzungssoldaten eingingen, misstrauisch betrachtet. Dem vermehrt auftretenden Problem von Geschlechtskrankheiten begegneten sie mit überzogenen Maßnahmen gegen deutsche Frauen. Nächtliche Militärpatrouillen griffen eine zeitlang junge Frauen auf, die sich durch die bloße Tatsache, alleine unterwegs zu sein, verdächtig machten.²⁸ So berichtete beispielsweise eine junge Rüppurrerin, die sich mit ihrer Tante auf dem Nachhauseweg von einem Krankenbesuch befand, sie seien von einer Militärpatrouille angehalten worden. Während ihre Tante den Heimweg fortsetzen durfte, wurde sie festgenommen, auf das Auto geladen und schließlich in das Gefängnis in die Riefstahlstraße verbracht. Dort musste sie mit neun weiteren Frauen die Nacht in einer Zelle verbringen. Am nächsten Morgen brachte man sie ins Gesundheitsamt in der Blumenstraße. *Immer zehn Mädchen wurden in den Untersuchungsraum geführt und konnten zusehen, als die Untersuchung der anderen stattfand. [...] Einige der Mädchen haben sich gewehrt und wurden mit Zwang auf den Untersuchungsbock gelegt,* schilderte die Rüppurrerin die Ereignisse.²⁹ Eine andere junge Karlsruherin berichtete von 30 bis 40 Mädchen, die samstagsabends festgenommen und bis zur Öffnung des Gesundheitsamtes am Montagmorgen in Haft waren, ohne

etwas zu essen bekommen zu haben. Die Frauen beschwerten sich, wie Verbrecher behandelt worden zu sein. Teilweise waren sie auf offenen Pritschenwagen durch die Stadt gekarrt worden.

Sicher befanden sich unter den zwangsweise einer Untersuchung zugeführten Frauen auch etliche, die mit Geschlechtskrankheiten infiziert waren. Von September 1945 bis September 1946 wurden für den Stadtkreis Karlsruhe insgesamt 2737 Neuerkrankungen an Gonorrhoe und Syphilis registriert. Insgesamt hatte sich in den Landeskommissärbezirken Karlsruhe und Mannheim die Zahl der Infizierten gegenüber dem Jahr 1934 verdreifacht. Allerdings geben die Statistiken nicht an, in wievielen Fällen Frauen oder Männer betroffen waren.³⁰ Das Bezirksverwaltungsamt Karlsruhe jedenfalls hätte die betroffenen Frauen am liebsten *dem allgemeinen Arbeitseinsatz am Samstag und Sonntag zur Abschreckung zugeführt.*³¹

Die Reaktionen der amerikanischen Besatzungsbehörden und der deutschen Verwaltung deuten darauf hin, dass es hier um mehr als ein gesundheitspolitisches Problem ging. Die *nationale Untreue*³² der Frauen konnte nicht einfach hingenommen werden, die *Verräterinnen* waren an den Pranger zu stellen. Vorstellungen, jene Frauen, die mit den *Siegern* verkehrten, zur Trümmerbeseitigung zu verpflichten – und sie damit durch Arbeit zum Besseren zu erziehen – tauchen in den Schriftstücken der Behörden jener Jahre immer wieder auf und waren keineswegs auf Karlsruhe beschränkt. In Mannheim wurde gar ein *Arbeitserziehungslager für die verwahrlosten Frauenspersonen* gefordert und auf Anordnung der Militärregierung im Juli 1947 auch eingerichtet.³³

Von der *anständigen* deutschen Frau wurde erwartet, dass sie klaglos, bescheiden und pflichteifrig helfe, das durch den Krieg in Unordnung geratene Land aufzuräumen. Ein in den Badischen Neuesten Nachrichten 1946 veröffentlichtes Gedicht von Ilse Reicke spiegelt diese Haltung deutlich wider:

[...]
*Der Mann verstört, der Mann in Haft,
Und wir, auf die sie schauen!
Wir sind die Frauen – Frauen!*

*Wir halten, schwächeres Geschlecht,
Dem Schwächeren die Treue*

[...]
*Der große Schmerz seh' uns nicht klein:
Wir müssen leisten, lindern.
Seht, unser Halt heißt: Kraftquell sein
Dem Volk, dem Mann, den Kindern!
Wir: Herz, das schlägt, wir: Hand die
schafft,
Und Not wird Mut und Not wird Kraft.
Wir sind das Weltvertrauen!
Wir sind ja Frauen – Frauen!³⁴*

Hier wurden die Frauen geradezu zur nationalen Treue beschworen. Keineswegs sollten sie ihre gewonnene Stärke und gesellschaftliche Bedeutung gegen die Männer wenden. Vielmehr ging es darum, an der Seite der deutschen Männer die weibliche Pflicht zu erfüllen.

Eine Mehrzahl hat dem durchaus entsprochen. Gerade unter Frauen war eine *Lust an Wiederherstellung von Ordnung* zu konstatieren.³⁵ Allerdings sollten wir uns davor hüten, das Bild der starken, den Wiederaufbau vorantreibenden Trümmerfrau zum Mythos zu stilisieren. Die Realität von Frauen war vielschichtiger.

Der Leiter des Karlsruher Arbeitsamtes Konz klagte im März 1946: *Frauen und Mädchen sind eine Sorge für die Stadt. Sie stehen abseits und wollen nicht arbeiten, weil sie angeblich nie der Partei angehört haben. Darum wurde von mir auch die Arbeitspflicht gefordert, wogegen jedoch die Gewerkschaften waren.*³⁶ Deutet sich hier etwa eine Verweigerungshaltung von Frauen an, eine Verweigerung, die durch den nationalsozialistischen Krieg verursachte Misere wieder auszubügeln? Es liegt eher nahe, dass Konz das Verhalten einiger weniger Frauen etwas sehr verallgemeinernd dargestellt hat. Diese wie bereits erwähnte ähnliche Äußerungen männlicher Verwaltungsmitglieder lassen Rückschlüsse auf Verände-

rungen und Spannungen im Geschlechterverhältnis infolge des Krieges zu. Eine anonyme Berliner Tagebuchverfasserin schrieb: *Immer wieder bemerkte ich in diesen Tagen, dass sich mein Gefühl, das Gefühl aller Frauen den Männern gegenüber geändert hat. Sie tun uns leid, erscheinen uns so kümmerlich und kraftlos. [...] Eine Art vom Kollektiv-Enttäuschung breitet sich unter der Oberfläche bei den Frauen aus. [...] Am Ende des Krieges steht neben vielen anderen Niederlagen auch die Niederlage der Männer als Geschlecht.*³⁷ Die Situation war in der ehemaligen Metropole Berlin nicht nur nach Kriegsende eine andere als in Karlsruhe, dennoch belegen vielfältige Äußerungen, dass auch hier die Stellung des Mannes ins Wanken geraten war.³⁸

Deutschland war besiegt, das Sagen hatten nun die Alliierten Besatzungsmächte. Der verlorene Krieg und die Diskreditierung des nationalsozialistischen Unrechtssystems wurde von vielen auch als Ehrenverlust des deutschen Mannes empfunden. Dies mussten auch die Männer so sehen, die sich im Widerstand gegen Hitler befunden hatten und nun – unter dem Kommando der Besatzungsmächte – Positionen in Verwaltung und Politik übernahmen, war es ihnen doch nicht gelungen, das nationalsozialistische Regime aus eigener Kraft zu beenden. Der Wiederaufbau des in Schutt und Asche liegenden Landes sollte zur Wiederherstellung der Ehre des Mannes reichen. *Ehrendienst* wurden dann auch die in Karlsruhe auf freiwilliger Basis an Wochenenden geleisteten Entrümmerungsarbeiten genannt. Frauen sollten sich daran nicht beteiligen. *Wollen wir zu allem Unglück hin der Welt nun noch vorführen, wie unsere Mütter, Frauen und Schwestern sich mit Schuttabfuhr beschäftigen? Eine Frage der Restbestände an Stolz [...]*, hatte der Leiter der *Aufräumungs-Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe* (AAK) und spätere Oberbürgermeister Günther Klotz 1946 über den Einsatz von Frauen bei der Trümmerbeseitigung bemerkt.³⁹ Auch in Mannheim wurde zumindest eine verpflichtende Heranziehung von Frauen zu Trümmerarbeiten abge-



6 Im Hintergrund der „Schuttexpress“. Die organisierte Trümmerbeseitigung war in Karlsruhe „Männersache“.

lehnt.⁴⁰ In anderen Städten, wie z. B. Hamburg oder Bremen, wurden Frauen durchaus zur freiwilligen Entrümmerung herangezogen, teilweise gar zwangsweise verpflichtet.⁴¹ In Karlsruhe gab es die *Trümmerfrau* nicht. Sicher halfen Frauen unmittelbar nach Kriegsende hier und da bei Aufräumarbeiten am eigenen Haus oder bei Nachbarn mit. So ist z. B. überliefert, dass eine Frau Kohler das Haus in der Zähringerstraße 62 vor dem Verfall rettete. *Unter Einsatz all ihr zur Verfügung stehenden Kräfte* hatte sie stückweise Ziegel aus dem Schutt gesammelt und *unter Lebensgefahr eigenhändig das Dach* wieder gedeckt.⁴² Die organisierte Trümmerbeseitigung wurde jedoch ausschließlich mit männlichen Arbeitskräften durchgeführt. Dabei spielten die freiwillig geleisteten Entrümmerungsarbeiten insgesamt nur eine untergeordnete Rolle. Dass Karlsruhe 1947 als am besten geräumte Großstadt galt, war der im November 1945 gegründeten AAK zu verdanken, die 1947 eine Stammbesatzung

von 900 bis 1000 Männer umfasste.⁴³ Das heißt aber keineswegs, dass Frauen nicht einen immensen Anteil am Wiederaufbau hätten.

Wohnungsnot und Nahrungsmangel – Der Nachkriegsalltag

Neben der Trümmerräumung gehörten Wohnungsnot und Ernährungskrise zu den drängenden Problemen der ersten Jahre nach Kriegsende. In 135 Luftangriffen war etwa knapp ein Drittel der Stadt zerstört worden. Von den vor den Kriegszerstörungen in Karlsruhe zur Verfügung stehenden 57.500 Wohnungen waren 1945 nur noch 22.000 bewohnbar. Bei Kriegsende lebten nur etwa 50.000 Menschen in der Stadt, doch nahm die Bevölkerungszahl rasch zu. Zunächst kehrten die wegen der Bombenangriffe aufs Land Evakuierten zurück, und bis Ende 1947 kamen 17.000 Kriegsgefangene nach Hause.⁴⁴ Schließlich erreichten Flüchtlinge und Vertrie-



7 Evakuierte Frauen und Kinder kehren nach Karlsruhe zurück.

bene die Stadt. Bis Ende 1946 waren es 12.000, bis Ende Juli 1948 wuchs ihre Gesamtzahl im Stadtkreis Karlsruhe auf 19.891 an.⁴⁵ Dabei standen Ende 1947 gegenüber der Vorkriegszeit knapp 14.000 Wohnungen weniger zur Verfügung, und noch im März 1949 waren über 3.000 Wohnungen infolge der Zerstörung unbewohnbar, fast 10.000 weitere galten als unwiederherstellbar zerstört.⁴⁶

Diese Situation führte schon ohne die Neankömmlinge zu einer Überbelegung des Wohnraums. In etwa 45 % aller Wohnungen mussten sich zwei und mehr Parteien Küche, Bad und WC teilen. Das waren keine günstigen Voraussetzungen für eine reibungslose Integration der *Neubürger*, die wie Flüchtlinge und Vertriebene bezeichnet wurden. Da sie nach den Vorstellungen der amerikanischen Besatzungsmacht rasch wirtschaftlich, sozial und politisch assimiliert werden sollten, durften sie nicht länger als zwei Wochen in Auffanglagern verweilen. Angesichts des fehlenden Wohn-

raums bereitete die Einweisung der Neuangekommenen in Wohnungen jedoch beträchtliche Probleme. Oftmals war behördlicher, ja polizeilicher Zwang notwendig, um sie in die zugewiesenen Wohnungen einzuquartieren und mit dem notwendigsten Hausrat zu versorgen.⁴⁷ Das Zusammenleben unterschiedlichster, einander fremder Menschen auf engstem Wohnraum war konfliktrichtig. Der Karlsruher Flüchtlingsreferent Alfred Benle bemerkte: *Erst wenn jede Hausfrau wieder an ihrem eigenen Herd in eigener Küche kochen kann, wird der innere Frieden näher gerückt sein.*⁴⁸ In der Tat waren besonders die Frauen Konflikten ausgesetzt, denn sie mussten sich unter den durch Nahrungs- und Brennstoffmangel schon erschwerten Bedingungen nun auch noch eine Küche teilen.

Die Stellungnahme der Frau zur momentanen Lage ist die, dass sie als Hausfrau nicht mehr in der Lage ist, etwas auf den Tisch zu bringen. Allgemein wird von den Frauen geklagt, dass



8 Die zur Umgestaltung des Platzes zwischen Ettlinger Allee und Schauspielhaus gefüllten Kastanien dienen als Brennmaterial, Foto 9. Februar 1955.

sie ohne Fett und Mehl nichts anfangen können, wusste der bereits zitierte Stimmungsbericht vom August 1945 zu melden.⁴⁹ Hinter dieser eher verharmlosenden Formulierung verbarg sich ein drastischer Nahrungsmangel. Seit dem 8. Mai 1945 gab es Lebensmittelkarten, und die Verteilung sämtlicher Gebrauchsgüter wurde bis Oktober 1949 über Bezugsscheine durch das städtische Wirtschaftsamt geregelt. Die Militärregierung hatte dem Normalverbraucher eine tägliche Kalorienzahl von 1.550 zugestanden. Diese konnte jedoch aufgrund verschiedener Schwierigkeiten nicht erreicht werden. Im Juli/August 1945 gelangte die der Karlsruher Bevölkerung zur Verfügung stehende Tagesration auf den absoluten Tiefstand von 623 kcal pro Kopf.⁵⁰ In den folgenden Monaten besserte sich die Situation etwas, doch wurde die als normal angesehene Tagesration von 2.500 Kalorien auch in den folgenden Jahren bei weitem nicht erreicht.

Die lang anhaltende Minderernährung verschlechterte den Gesundheitszustand der Bevölkerung. Der ehemalige amerikanische Präsident Herbert Hoover berichtete im Februar 1947 über die Ernährungslage in der britischen und amerikanischen Besatzungszone: *Mehr als die Hälfte der [...] Kinder und Jugendlichen, vor allem in der Gruppe mit geringem Einkommen, sind in erbärmlichem Zustand. [...] Ein beträchtlicher Teil der Normalverbraucher [...] befindet sich ebenfalls in erbärmlicher Verfassung. Zu dieser Gruppe zählen diejenigen Arbeiter, die leichte körperliche Arbeit zu verrichten haben, und außerdem die große Mehrheit der Frauen [...].*⁵¹ Das Gesundheitsamt Karlsruhe stellte im Frühjahr 1947 bei Erwachsenen eine je nach Altersgruppe und Geschlecht unterschiedliche Gewichtsabnahme gegenüber dem Vorjahr um zwei bis sechs Kilogramm fest. Der Allgemeinzustand von Kindern wurde nur bei 9 % als gut, bei 37 % als mittelmäßig und bei 54 % als schlecht beurteilt.⁵²

Wer konnte, suchte die schmalen Rationen durch bei Hamsterfahrten aufs Land eingetauschte Lebensmittel aufzubessern. Allerdings war der Weg nach Süden oder über den Rhein durch die französische Zonengrenze versperrt, so dass den Karlsruhern und Karlsruherinnen nur die nördliche Hardt und der Kraichgau blieben. Neben den Hamsterfahrten bot der Schwarzmarkt Möglichkeiten, zusätzliche Lebensmittel zu erstehen, jedoch zu Preisen, die nicht jeder bezahlen konnte. So kostete im ersten Halbjahr 1947 ein Kilogramm Brot 30,- Reichsmark, auf Marken dagegen nur 40 Pfennige, ein Kilo Butter auf dem Schwarzmarkt 340,- Mark, auf Marken 4,- Mark.⁵³ Ohne den Erfindungsreichtum und die harte Arbeit der Frauen wäre die Versorgung der Familien gänzlich zusammengebrochen. Das Kochen erforderte in diesen Notzeiten zeitaufwendige Vorbereitung durch Schlangestehen, Hamstern, Sammeln und Tauschen. Die Beschaffung von Nahrung, Kleidung und Heizmaterial sowie die gesamte Organisation des Haushaltes brachten viele Frauen oft an die



9 Zerstörte Häuserfront in der Kaiserallee. Wer ein Fahrrad besaß, wie die Frau im Vordergrund, konnte sich glücklich schätzen.



10 Viele Frauen, vor allem Kriegerwitwen, gehörten zu den Empfängern der Weihnachtsbeihilfe, Foto 9. Dezember 1954.

Grenzen ihrer Kräfte. Hinzu kam, dass viele ganz alleine für die Versorgung der Familie aufkommen mussten, weil der Mann gefallen, Invalide oder noch in Kriegsgefangenschaft war. 1945 stand im Stadtkreis Karlsruhe einer weiblichen Einwohnerschaft von 80.665 eine männliche von 57.255 gegenüber. In Nordbaden betrug der weibliche Bevölkerungsanteil am 31. 12. 1945 57,4 %.⁵⁴

Von den bescheidenen Renten für Kriegerwitwen konnte kaum eine Familie ernährt werden, so dass die schon durch die tägliche Subsistenzarbeit stark belasteten Frauen darauf angewiesen waren, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Häufig sahen sie sich dann mit dem Vorwurf konfrontiert, ihre Mutterpflichten zu vernachlässigen. Jedoch gab es für berufstätige Mütter kaum Möglichkeiten, ihre Kinder unterzubringen. Im Lagebericht vom August 1945 wurde vermerkt: *Eine Belastung der Frauen ist stets das Erziehen der Kinder, die heute in vielen Fällen sich selbst überlassen sind, weil der Mann entweder gefallen oder sich heute noch in Gefangenschaft befindet.*⁵⁵ Unerwähnt bleibt hier die Tatsache, dass zu diesem Zeitpunkt keine gesellschaftlichen Einrichtungen wie Kindergärten oder -horte zur Verfügung standen, in denen die Kinder hätten betreut werden können. Oft haben sich zur gegenseitigen Unterstützung zwei Frauen, deren Männer noch in Gefangenschaft oder vermisst waren, zusammen in eine Wohnung eingemietet. *Bei der Rückkehr der Ehemänner entstehen dann Probleme,* berichtete das Bezirksverwaltungsamt Innenstadt-Ost im Februar 1946.⁵⁶

Probleme entstanden jedoch nicht nur in diesen Fällen. Oft waren sich die Ehepartner fremd geworden oder hatten sich erst garnicht richtig kennen gelernt, da viele Ehen während des Krieges geschlossen worden waren und man sich nur wenige Tage gesehen hatte. Die Vorstellungen und Träume von der zu Hause wartenden Gattin deckten sich selten mit der Realität einer in Jahren der Abwesenheit selbstständig gewordenen, oft auch vom harten Kriegs- und Nachkriegsalltag erschöpften Ehefrau. Und die Männer kehrten nicht als strah-

lende Helden zurück, sondern waren meist gezeichnet von Kriegererlebnissen, über die viele nicht reden konnten oder wollten. In der in Karlsruhe erscheinenden Jugendzeitschrift *DU* schilderte eine 18-Jährige ihre Beobachtungen von ... *vielen, vielen jungen Frauen, die sich heute mit ihren Urlaubskriegern nicht mehr zurechtfinden können!*⁵⁷ Die Folge war ein Ansteigen der Ehescheidungen. *Die außerordentliche hohe Zahl im Jahr 1946 ist wohl im wesentlichen auf die Tatsache zurückzuführen, dass viele Eheaufösungen aus dem Jahr 1945 nachgeholt wurden, doch ist ihre Höhe auch durch die Kriegsverhältnisse bedingt. Von den 1 825 aufgelösten Ehen sind 918 [...] im Kriege geschlossen*⁵⁸, war im Bericht des Statistischen Landesamtes für Nordbaden zu lesen. Die meisten Eheaufösungen, nämlich 889, entfielen auf den Landgerichtsbezirk Karlsruhe. Auch in den folgenden Jahren nahm die Zahl der Ehescheidungen zu. 1947 wurden in Karlsruhe von 1.000 Ehen etwa 11,34 geschieden, in Heidelberg waren es gar 20,95. Deutlich geringer war die Scheidungsrate in ländlichen Regionen. Während in den nordbadischen Städten durchschnittlich 14,47 Scheidungen auf 1.000 Ehen kamen, waren es in den übrigen Gebieten nur 3,95.⁵⁹ Aus mehr als der Hälfte der aufgelösten Ehen gingen Kinder hervor.

Überlebenssicherung – Frauen in karitativen Einrichtungen und Organisationen Arbeiterwohlfahrt und Karlsruher Notgemeinschaft

Trotz immenser Mehrfachbelastungen, die die meisten Frauen zu tragen hatten, sicherten sie nicht alleine das Überleben ihrer eigenen Familie, auch öffentliche Hilfsaktionen im kommunalen Bereich wurden hauptsächlich durch ihre Arbeit getragen. So wurde auch die Reorganisation des sozialdemokratischen Wohlfahrtsverbandes fast ausschließlich von Frauen vorangetrieben. Die bereits in Kaiserreich und Weimarer Republik aktive Sozialpolitikerin Kunigunde Fischer (s. S. 111) sah es als ihre



11 Kinder-Stadtranderholung im Waldheim der Arbeiterwohlfahrt 1946.

vorrangige Aufgabe, die Not der ersten Nachkriegsmonate zu lindern. Sie, die bereits nach dem Ersten Weltkrieg maßgeblich an der Gründung der *Arbeiterwohlfahrt* (AWO) in Karlsruhe beteiligt gewesen war, ergriff die Initiative zur Wiederbelebung des Verbandes. Die AWO stand 1945 vor einem völligen Neubeginn, war sie doch von den Nationalsozialisten verboten und ihr Verbandsvermögen enteignet worden.⁶⁰ Dies unterschied ihre Situation bei Kriegsende wesentlich von der der katholischen und evangelischen Wohlfahrtsverbände, die in der Zeit des Nationalsozialismus zwar Einschränkungen erfahren hatten, aber dennoch weiterarbeiten konnten. Im übrigen konnte der Wiederaufbau der AWO 1945, im Gegensatz zur Gründung 1919/1920, nicht von einer Zentrale aus erfolgen, sondern war auf die lokale und regionale Ebene beschränkt. Die Frauen, die sich hier der Reorganisation des Verbandes annahmen, suchten dabei auch an die enge Verbindung zwischen sozialdemokra-

tischer Frauenbewegung und AWO während der Weimarer Republik anzuknüpfen.

In Karlsruhe trafen sich Anfang Dezember 1945 die bereits vor 1933 in der *Arbeiterwohlfahrt* aktiven Frauen Kunigunde Fischer, Marta Weiler, Marie Konz, Emma Trinks und Lina Coblenz, um die sozialdemokratische Wohlfahrtsorganisation wieder ins Leben zu rufen. Als einziger Mann nahm Otto Riesterer an dieser Zusammenkunft teil.⁶¹ Die offizielle Gründung erfolgte im Februar 1946 in einer Wärmestube in der Kaiserstraße 101, zunächst, entsprechend dem Verlangen der Militärregierung, unter dem Namen *Sozialistische Wohlfahrt*.

In der amerikanisch besetzten Zone wurden nur Wohlfahrtsorganisationen ohne Bindung an eine politische Partei zugelassen, d. h. die Mitarbeit in der AWO war nun nicht an eine SPD-Mitgliedschaft gebunden. So fanden Mitglieder der KPD ebenfalls Aufnahme. Im Landesvorstand von Württemberg-Baden sollte



12 Essenausgabe der Arbeiterwohlfahrt.

schließlich neben 15 Sozialdemokrat/innen eine Kommunistin vertreten sein.⁶² Auch in Karlsruhe arbeiteten anfangs Kommunistinnen mit. Frieda Reger (s. S. 90) wurde in den erweiterten Vorstand gewählt. Dennoch war der Wiederaufbau der AWO eng mit dem der SPD verbunden. Den Vorsitz des ansonsten aus Frauen bestehenden Hauptvorstandes übernahm bezeichnenderweise ein Mann, der sozialdemokratische Bezirksvorsteher Karl Siebert. Kunigunde Fischer wurde zweite Vorsitzende, Geschäftsführerin des Verbandes Erna Glatzer. Im April 1946 übernahm Hanne Landgraf (s. S. 111) die Funktion der Hauptkassiererin, die sie 25 Jahre ausüben sollte. Eine provisorische Geschäftsstelle wurde in der Kronenstraße 15 eingerichtet.

Es waren vor allem Frauen, die in den folgenden Monaten zu Spendensammlungen unter-

wegs waren. Dies und ein stetiger Mitgliederzuwachs ermöglichte u. a., dass bereits im März 1946 mit dem Wiederaufbau der Wohlfahrtsküche auf dem Sportplatz der Freien Turnerschaft (heute FSSV), die 1933 von den Nationalsozialisten beschlagnahmt worden war, begonnen werden konnte. Im August d. J. konnte ebenfalls auf dem Platz der Freien Turner eine Stadtranderholung für Kinder durchgeführt werden. *Etwa 500 unterernährte und nervöse Kinder zogen [...] erholungssuchend im Waldheim ein*, erinnert sich Hanne Landgraf.⁶³

Am 1. Oktober 1946 konnte die AWO schließlich ihren ersten Kindergarten in der Durlacher Schlosskaserne eröffnen, im Juni 1948 einen weiteren im Weiherfeld und im März 1949 einen dritten in der Kronenstraße 15. 1955 wurde das Haus in der Kronenstraße durch einen

Anbau erweitert und dort ein *Heim für alleinstehende berufstätige Frauen* eröffnet. Damit war ein Treffpunkt für die vielen Frauen geschaffen, die als Folge des durch den Zweiten Weltkrieg bedingten Männermangels ohne Familie lebten. Ein *Mädchenclubheim* öffnete 1960 schließlich seine Pforten in der Kronenstraße. Im Mai 1948 war in der Mathystraße 9 das Seminar für Sozialberufe der Arbeiterwohlfahrt eröffnet worden, das 1951 nach Mannheim verlegt wurde. Trotz Währungsreform, die den Verband, dessen Vermögen 1933 beschlagnahmt worden war, vor große finanzielle Probleme stellte, konnten auch im Sommer 1948 zwei Stadtranderholungen durchgeführt werden. Die Löcher in der AWO-Kasse zu schließen, mühten sich viele Frauen durch die Fertigung und den Verkauf von Kleidung in den Nähstuben.⁶⁴

Im März 1949 bestanden in Württemberg-Baden schließlich 162 Ortsausschüsse der *Arbeiterwohlfahrt*, die 3.300 ehrenamtliche Mitarbeiter hatten.⁶⁵ Wir können davon ausgehen, dass diese ehrenamtlichen Mitarbeiter in der überwiegenden Mehrheit weiblich waren, denn wie schon in der Weimarer Republik galt die AWO allgemein als vorrangiges Arbeitsgebiet von Frauen. Sozialdemokratische Frauen-

politik wurde weiterhin oft mit Wohlfahrtsarbeit gleichgesetzt.

Im Herbst 1945 schloss sich die *Arbeiterwohlfahrt*, zu diesem Zeitpunkt noch *Sozialistische Wohlfahrt*, gemeinsam mit den anderen Wohlfahrtsverbänden – Caritas, Innere Mission, Israelitischer Wohlfahrtsverband und Rotes Kreuz – unter Führung des Sozialdezernenten Bürgermeister Berthold Riedinger (KPD) zur *Karlsruher Notgemeinschaft* zusammen.⁶⁶

Mit der *Karlsruher Notgemeinschaft* wurde auf eine bereits vor 1933 bewährte Organisationsform zurückgegriffen. Schon in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre hatten sich die Karlsruher Wohlfahrtsorganisationen zusammengeschlossen, um in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und privaten Spendern der großen Zahl von Arbeitslosen und Fürsorgeempfängern über den Winter zu helfen. Auch nach Hitlers Berufung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 arbeitete die Notgemeinschaft zunächst weiter. Noch Mitte März 1933 gehörten ihr neben der *Arbeiterwohlfahrt*, dem *Badischen Frauenverein*, der Caritas, der Evangelischen Jugend, der *Israelitische Wohlfahrtsbund* und die *Nationalsozialistische Wohlfahrt* an, die freien und christlichen Gewerkschaften jedoch nicht mehr. Am



13 Näh- und Wärmestube der Arbeiterwohlfahrt 1946.



14 Die Nähstube der Arbeiterwohlfahrt in der Kronenstraße 15 wurde Anfang 1955 nach Renovierung und Neugestaltung wieder eröffnet, Foto 15. Januar 1955.

19. September 1933 erfolgte schließlich die Auflösung der *Karlsruher Notgemeinschaft*, ihr Vermögen wurde dem *Winterhilfswerk* überführt.⁶⁷

Bei der Wiedergründung der Notgemeinschaft im Herbst 1945 lag das Hauptaugenmerk auf der Einrichtung von Großküchen, Speisestellen sowie Wärmestuben. Finanziert wurde die Arbeit, die der Unterstützung der bedürftigen Bevölkerung, insbesondere Not leidenden älteren Menschen dienen sollte, durch Geld- und Sachspenden. In den leitenden Gremien der Wohlfahrtsorganisationen saßen zwar hauptsächlich Männer, die Sammlung von Spenden, Haushaltsgegenständen, Kleidern und Schuhen, die Umarbeitung von Kleidern in Nähstuben, die Zubereitung und Ausgabe von Essen wäre ohne die ehrenamtliche Tätigkeit zahlloser Frauen jedoch nicht möglich gewesen. Alleine die *Arbeiterwohlfahrt* z. B., die die Bezirke Innenstadt-Ost, Oststadt, Hagsfeld und Rintheim betreute, stellte etwa 200 Frauen, die

Spenden sammelten und das in der ehemaligen Volksküche in der Scheffelstraße 37 zubereitete und zu verschiedenen Ausgabestellen gebrachte Essen verteilten.⁶⁸ Im Juni 1947 begann man auf Anregung des amerikanischen Ex-Präsidenten Edgar Hoover, ermöglicht durch Lebensmittelspenden aus den USA sowie einen Zuschuss des Landes für Zubereitung und Organisation, mit der Schülerspeisung. Etwa 17.000 Karlsruher Schülerinnen und Schüler erhielten somit täglich 350 Kalorien zusätzlich.⁶⁹ Auch die Zubereitung und Ausgabe dieser Hoover-Speisung wurde weitgehend von Frauen erledigt. Die Währungsreform sollte jedoch schließlich die Arbeit der *Karlsruher Notgemeinschaft* in beträchtliche finanzielle Schwierigkeiten bringen, ihr Barvermögen schrumpfte von nahezu einer Million Mark auf 100.000 DM. Es wurden Umstrukturierungsmaßnahmen und Entlassungen notwendig, die nun für die ehemals beschäftigten Frauen zu sozialen Härten führten. Im Juli

1949 stellte man den Küchenbetrieb der Notgemeinschaft ein, die Hooverspeisung wurde bis 1950 beibehalten. Auch im Winter 1950/51 gab man noch täglich ein warmes Mittagessen zu verbilligten Preisen aus und führte einige Wärmestuben weiter. Bereits im Sommer 1948 war die Nähstube aufgelöst worden.⁷⁰

Die zahlreichen, von den unterschiedlichsten Wohlfahrtsorganisationen unterhaltenen Nähstuben hätten ohne die Arbeit von Frauen nicht bestehen können. Diese Einrichtungen waren dringend erforderlich, denn Textilien und Schuhe waren ebenfalls Mangelware und Bezugsscheine für dieselben so gut wie nicht zu erhalten.⁷¹ *Es gab nur allzu viele Tage, an denen Mütter in Handtaschen und Einkaufskörben die gänzlich zerrissenen Schuhe, Hosen, Hemden, Strümpfe usw. auf die Bezirkststelle brachten, um so unter Blosslegung der Not die sachbearbeitende Angestellte unter Händeringen und Tränen zur Hergabe von Antragsformularen zu veranlassen,* war im Bericht der Bezirksverwaltung Weststadt für das Jahr 1946 zu lesen.⁷² In den Nähstuben hatten Frauen, die selbst über keine Nähmaschine verfügten, wenigstens die Möglichkeit, Kleidung auszubessern oder – meist aus wiederverwerteten Materialien – neue anzufertigen. Ende 1945 existierten in der gesamten Stadt, einschließlich Durlach 13 Nähstuben.⁷³ Viele dieser Einrichtungen wurden von der *Arbeiterwohlfahrt* getragen, die 1948 in allen Stadtbezirken Nähstuben unterhielt, im gesamten Württemberg-Baden waren es 71.⁷⁴ Die *Karlsruher Frauengruppe* führte eine Nähstube in der Kreuzstraße, eine weitere wurde von *St. Angela* im *Dörfle* wieder eröffnet.⁷⁵ Es war nicht einfach, diese Nähstuben in Gang zu halten, da sie vom Wirtschaftsamt keine Unterstützung durch Nähzeug oder Altmaterial erhielten.

Neben Stoffen, Nähzeug, Schuhen und Haushaltsgegenständen war aber vor allem auch Heizmaterial knapp. Im Dezember 1945 meldete die Bezirksstelle Innenstadt-Ost: *Es ist dringend erforderlich, Wärmehallen zu errichten, denn die Leute erklären, dass sie nicht in der Lage sind, Wäsche und Kleider zu flicken,*

*da sie von der Kälte zu Hause steife Finger bekommen.*⁷⁶ Im folgenden Winter musste jedoch selbst die Nähstube dieses Bezirkes zeitweise geschlossen werden, da sie nicht beheizt werden konnte.⁷⁷ Insbesondere für ältere Menschen, die nicht mehr in der Lage waren, sich selbst Heizmaterial zu organisieren, hatten öffentliche Einrichtungen, in denen sie sich aufhalten konnten, im Winter eine wichtige Funktion. Die Anfang 1946 in der Kaiserstraße 101 für den Bezirk Innenstadt-Ost eröffnete Wärmestuben z. B. wurde täglich von etwa 100 Menschen besucht.

Diese Einrichtungen halfen, das Überleben vieler Karlsruher/innen zu sichern. Ohne die vielfältigen Aktivitäten zahlloser Frauen, die damit auch einen Beitrag zur Wiedererrichtung des städtischen Gemeinwesens leisteten, wären sie jedoch undenkbar gewesen. In den Verwaltungsberichten jener Jahre fand die Arbeit der Frauen allerdings keinen Niederschlag. Berichte und Besprechungsprotokolle der Kommunalverwaltung zeichnen ein Bild vom Alltag und den Problemen in der unmittelbaren Nachkriegszeit, doch vermitteln sie fast den Eindruck, als hätten keine Frauen in der Stadt gelebt. Die spezifischen Probleme der Bevölkerungsmehrheit und ihre Leistungen wurden nicht thematisiert. Von Frauen war meistens nur dann die Rede, wenn sie z. B. durch Beziehungen zu Besatzungssoldaten *auffällig* wurden. Dies mag daran liegen, dass in der wieder aufzubauenden städtischen Verwaltung nur sehr wenige Frauen tätig waren, in höheren Positionen keine.

Die Mitarbeit von Frauen beim Wiederaufbau der Verwaltung

Bereits unmittelbar nach der Besetzung hatten die Franzosen versucht, eine zivile Verwaltung in Gang zu bringen. Am 5. April 1945 setzten sie Josef Heinrich als kommissarischen Bürgermeister ein.⁷⁸ Die Frage war, wie angesichts der zerstörten Kommunikations- und Verkehrswege innerhalb der Stadt Verwaltungsmaßnahmen einheitlich und gleichzeitig in al-

len Stadtteilen durchgeführt werden konnten. Man entschied sich für den Aufbau dezentralisierter Verwaltungseinheiten und teilte am 9. April die Stadt in 16 Bezirke ein.⁷⁹

Die neu geschaffenen Bezirksverwaltungen, in ehemaligen Rathäusern der Stadtteile, in Polizeiwachen oder beschlagnahmten Privatwohnungen ehemaliger NSDAP-Funktionäre untergebracht, wurden zu *Scharnieren* zwischen Zentralverwaltung und Bürgerschaft. Geführt wurden sie jeweils von einem Vorsteher, dem anfangs ein Stellvertreter, ein Dolmetscher, ein Arbeitsvermittler sowie je ein Angestellter zur Erledigung der Aufgaben des Wohnungs- und des Ernährungsamtes zur Seite gestellt wurden. In Anbetracht der zu bewältigenden Aufgabenfülle wuchs die Zahl der Beschäftigten bei einzelnen Bezirksverwaltungen im Lauf der Zeit auf über 20 an. Die Koordination und Weisungsbefugnis der einzelnen Ämter lag beim Bezirksverwaltungsamt, mit dessen Leitung der Sozialdemokrat August Furrer sen. betraut wurde. Um zu gewährleisten, dass die Verwaltungen in den Händen von demokratisch zuverlässigem Personal lag, stellte man überwiegend Angehörige der Arbeiterparteien und Antifaschisten ein. So gehörten von den 16 Bezirksvorstehern 14 der SPD und zwei der KPD an.

Frauen fanden sich unter ihnen nicht, auch ihre Stellvertreter waren allesamt männlichen Geschlechts. Alleine dem zentralen Bezirksverwaltungsamt gehörte mit Erna Klozbieger eine Frau neben sechs Männern an. Ein Verzeichnis sämtlicher Bediensteter des Bezirksverwaltungsamtes und der Bezirksstellen vom Mai 1948 listet 22 Frauen und 60 Männer auf. In der Hauptverwaltung stellten Frauen zwar mit acht von insgesamt 15 Angestellten die Mehrheit, doch waren sie alle als Stenotypistin oder Sekretärin beschäftigt.⁸⁰ Bei den Bezirksstellen verrichteten Frauen Arbeiten als Schreibkraft oder Putzfrau. Verantwortungsvollere Tätigkeiten übernahmen sie bei der Ausgabe und Bearbeitung von Antragsformularen und Bezugschein sowie beim Führen der Meldekartei und der politischen Kartei, in

der die ehemaligen Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen erfasst wurden.⁸¹ Hier erlebten sie die Not der Bevölkerung hautnah mit und sahen sich oft Anfeindungen ausgesetzt.

Angesiedelt an der Nahtstelle zwischen den Anforderungen der Besatzungsmächte, der Stadtverwaltung und den Bedürfnissen der Einwohnerschaft war die Tätigkeit der Bezirksverwaltungen nicht immer leicht. Besonders wenn sie die von den Besatzungsmächten angeordneten Beschlagnahmungen von Wohnungen, Hausrat oder Bekleidung durchzuführen hatten, setzten sich die Mitarbeiter/innen dem Unmut der Bevölkerung aus, so etwa als im September 1945 in der Südweststadt für 1.000 Besatzungssoldaten Quartiere bereitgestellt werden mussten.⁸² Die Tätigkeitsberichte der Bezirksverwaltungen geben einen Überblick über die jeweils drängendsten Probleme sowie die enorme Fülle der zu bewältigenden Aufgaben. Diese waren nicht immer alleine von den hauptamtlich tätigen Verwaltungsbediensteten zu erledigen. Das Ausmaß der sicher in vielen Fällen – von Frauen – geleisteten ehrenamtlichen Arbeit wurde leider nicht dokumentiert und ist in seiner Gesamtheit nicht mehr zu rekonstruieren. Hier kann nur exemplarisch von einem Fall ehrenamtlicher Mitarbeit bei der Bezirksstelle Innenstadt-Ost berichtet werden.

Vorsteher dieses Bezirkes war der Sozialdemokrat und Vorsitzende der *Arbeiterwohlfahrt* Karl Siebert. Er bezog im April 1945 ein Büro im Gebäude des ehemaligen jüdischen Gemeindezentrums in der Kronenstraße. Seine Tochter Hanne Landgraf half mit, die Räume in einen benutzbaren Zustand zu bringen und erledigte Schreibarbeiten, ohne auf der Gehaltsliste der Verwaltung zu stehen. „*Es wurden KZ-Häftlinge und heimkehrende Soldaten betreut, Lebensmittelkarten ausgeteilt, Wohnungen vermittelt, Wohnungseinrichtungen und Kleider verteilt.*“⁸³ Frau Landgraf war zu diesem Zeitpunkt schwanger und gebar Ende Juli 1945 eine Tochter. *Ich habe zu meinem Vater gesagt, dass ich eigentlich einmal frei ha-*



15 Kleiderausgabe an Kinder 1947.

ben müsste, andere Mütter bekämen Wöchnerinnenzeit. Ich bin jeden Tag mit in die Kronenstraße gegangen, erinnert sie sich.⁸⁴ Die rasch mit dem Fahrrad herbei geholte Hebamme Reifenberg und ein gerade wieder aus der Gefangenschaft zurückgekehrter Arzt standen ihr bei der Geburt bei. Da sie in demselben Haus wie die Eltern wohnte und ihre Mutter das Kind versorgte, war es Hanne Landgraf möglich, weiterhin beim Aufbau der Stadt mitzuarbeiten.

Zunächst war es vor allem die Wohnungsfrage, die die Mitarbeiter/innen der Bezirksstellen beschäftigte. Allein in der östlichen Innenstadt waren im Mai 1945 täglich 60 bis 70 Fälle zu regeln, [...] wo es größtenteils hart zugeht, da es sich überwiegend um Fälle handelt, wo Wohnungen belegt sind und die eigentlichen Inhaber wieder zurückkommen.⁸⁵ Erschwerend für die Situation in diesem Stadtteil kam hinzu, dass die französische Besatzungsmacht ein

Haus in der Kapellenstraße geräumt und dort ein Bordell eingerichtet hatte. Dadurch wurden zehn Familien mit über 100 Personen obdachlos, die zuvor dort gewohnt hatten.⁸⁶

Die Unterbringung der im Viertel bereits seit dem 19. Jahrhundert ansässigen Prostituierten war ein Problem, mit dem sich die Bezirksverwaltung Innenstadt-Ost immer wieder auseinandersetzen musste.⁸⁷ Durch die Auflösung des Bordells in der Entenstraße haben sich die meisten der Prostituierten in der Altstadt angesiedelt. Die Mädchen sind nun gezwungen, männliche Passanten auf der Straße anzusprechen, das wirkt sich hauptsächlich in der Markgrafenstraße zwischen Waldhorn- und Kronenstraße, die regen Durchgangsverkehr haben, verheerend aus, meldete die Bezirksstelle im September 1946.⁸⁸ Oft musste sie sich vermittelnd einschalten, da Hauseigentümer oder Vermieterinnen sich gegen die Einweisung von Prostituierten zur Wehr setzten.

Neben der Wohnungsnot war die Bezirksverwaltung immer wieder mit Versorgungsproblemen der Bevölkerung beschäftigt. Im Juni 1946 bereitete beispielsweise der Mangel an Bezugsscheinen für Schuhe sowie Schuhreparaturscheinen Sorge. Die Menschen im Bezirk – *dem ärmsten*, wie die Bezirksverwaltung bemerkte – besaßen meist nur ein Paar Schuhe, deren Sohlen wegen des schlechten Materials immer sehr schnell abgelaufen waren.⁸⁹ Wenn von der Bezirksstelle gleichzeitig darauf hingewiesen wurde, dass Kinder im Alter von ein bis zwei Jahren Lederschuhe benötigten, um beim Laufenlernen einen festen Halt zu haben, können wir davon ausgehen, dass hier eine Frau tätig war, die um die täglichen Nöte der Bewohnerinnen und ihrer Kinder wusste.

An Weihnachten 1945 wurde dann für die Kinder des Bezirks eine Bescherung organisiert. Jedes Kind erhielt ein Kilo Kekse und 400 Gramm Milch, Kinder bis zum Alter von acht Jahren bekamen zusätzlich ein Spielzeug. Die Spielwaren wurden teils von Geschäftsleuten gespendet, [...] *teils von uns selbst gebastelt*, hieß es im Bericht der Bezirksverwaltung. Die Vorstellung, Amtsvorsteher Siebert und seine Angestellten bastelnd in der Amtsstube anzutreffen, entbehrt nicht einer gewissen Komik, die Realität dürfte jedoch anders ausgesehen haben. Viel wahrscheinlicher ist, dass die Spielsachen ehrenamtlich von Frauen des Viertels gefertigt wurden.

In der Tätigkeit der Bezirksverwaltungen fielen Alltagsbewältigung und Politik zusammen. Ihre vorrangigen Aufgaben – die Beschaffung von Wohnraum, Nahrungsmitteln und sämtlichen Dingen des täglichen Bedarfs, die Sicherung des Überlebens – waren ohne die Mitarbeit von Frauen nicht zu bewältigen. Hatten hier während und nach dem Ersten Weltkrieg die Frauenverbände mit ihrer Erfahrung und gut ausgebauten Infrastruktur der Verwaltung unterstützend zur Seite gestanden, waren diese Strukturen nun durch den Nationalsozialismus zerstört.⁹⁰ Dennoch waren viele der bereits vor dem *Dritten Reich* aktiven Frauen wieder zur Stelle.

Im Gegensatz zur Entwicklung in anderen Städten, vollzog sich diese Tätigkeit der Frauen in Karlsruhe zunächst unorganisiert. In Hamburg z. B. hatten sich bereits seit dem Herbst 1945 in den einzelnen Stadtteilen antifaschistische Frauenausschüsse gebildet, um Verwaltungsaufgaben und soziale Dienste, die öffentliche Verwaltung noch nicht zu leisten vermochte, zu übernehmen. Sie verfügten teilweise über eigene kleine Stadtteilbüros, in denen sie soziale Beratungsstellen eröffneten. Im April 1946 schlossen sich die einzelnen Stadtteilausschüsse dann zu einem zentralen *Frauen-Ausschuss Hamburg e. V.* zusammen.⁹¹ In Stuttgart wurde bereits im Frühjahr 1945 eine Frauenabteilung der antifaschistischen Arbeitsausschüsse gebildet, die bei der Entnazifizierung der lokalen Verwaltungen sowie bei der Bewältigung der akuten Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit mitarbeitete. Auch hier wurde die meiste Arbeit von den Frauen ehrenamtlich geleistet. Unter den insgesamt 93 bezahlten Mitarbeitern der Arbeitsausschüsse befanden sich nur 13 Frauen, von denen wiederum nur sieben ganztags beschäftigt waren.⁹² In Berlin schließlich war die Mitarbeit der Frauen bei den Verwaltungsstellen institutionell verankert. Die Berliner Frauenausschüsse waren eine Institution des Groß-Berliner Magistrats, jeweils in den Verwaltungsbezirken unter dem Dach des Bezirksamtes angesiedelt. Sie hatten die Aufgabe, ...*das Bezirksamt in allen Frauenfragen zu beraten, [...] die Frauen des Bezirks zur aktiven Mitarbeit [...] zu gewinnen*. Zwar hatten die Bezirksfrauenausschüsse jeweils hauptamtlich Angestellte, die Fülle der Aufgaben war gleichwohl auch hier ohne eine große Zahl ehrenamtlich arbeitender Frauen nicht zu bewältigen. Die Berlinerinnen verfügten mit den Frauenausschüssen für eine Übergangszeit über eine eigene politische Bühne, eine eigens strukturierte Öffentlichkeit, zwar getragen von der ehrenamtlichen Arbeit der Frauen, doch organisiert von den kommunalen Behörden. Ein vergleichbares Forum bot sich den Karlsruherinnen nicht. Vielleicht war das Fehlen einer institutionell verankerten Or-

ganisation der Frauenarbeit auch mit eine Ursache dafür, dass sich angesichts einer im Herbst 1945 einsetzenden Kampagne gegen so genanntes *Doppelverdienertum* bei den städtischen Behörden kein nennenswerter Widerstand regte.

Die Kampagne der Stadtverwaltung gegen *Doppelverdienertum*

Der am 4. August 1945 von der amerikanischen Militärverwaltung ernannte Oberbürgermeister Hermann Veit⁹³ erhielt Ende September ein anonymes Schreiben, in dem Beschwerde geführt wurde, dass bei der Stadt so viele Frauen Stellen für Kriegsheimkehrer blockieren würden.⁹⁴

schlechts.⁹⁶ Weiblichen Beamten, die verheiratet waren, drohte entsprechend der Paragraphen 63 bis 65 des Deutschen Beamtengesetzes aus dem Jahr 1937, die in der öffentlichen Verwaltung nach wie vor in Kraft waren, die Entlassung, wenn der Ehemann für den Lebensunterhalt sorgen konnte.⁹⁷ Dies dürfte einer der Gründe dafür sein, dass die Zahl der Frauen in qualifizierten Stellen der Verwaltung so gering war. Noch 1950 waren nur 1,2 % sämtlicher Beamter in der Bundesrepublik weiblich, 1939 war es 1 % gewesen.⁹⁸ Damit hatte sich im Bereich der Verwaltung gegenüber der Zeit des Nationalsozialismus für die Frauen so gut wie nichts verändert. Auch im städtischen Wirtschafts- und Beschaffungsamts Karlsruhe befand sich 1945 unter 9 Beamten und 34 Ange-

16 Dieses und das nächste Foto geben die damals verbreitete Vorstellung über die Rollenverteilung wider, Originalbildunerschrift in den Badischen Neuesten Nachrichten vom 28. Januar 1955: „Das Stethoskop am ‚Herzen‘ des Kraftfahrzeugs, dem Motor – so wird der ‚Kandidat‘ untersucht. Die ‚Sprechstundenhilfe‘ notiert die Werte.“



Ein Blick auf die Personallisten der Stadtverwaltung vom Sommer und Herbst 1945 lässt es zu, den Beschäftigungsgrad von Frauen bei den städtischen Ämtern nachzuzeichnen. Unter den 53 Beschäftigten der Hauptverwaltung etwa befanden sich zum 15. August 1945 eine Dolmetscherin sowie sechs weitere weibliche Angestellte.⁹⁵ Beim Personalamt stellten Frauen die übergroße Mehrheit der Aushilfsangestellten. Die 22 dort beschäftigten Beamten waren jedoch allesamt männlichen Ge-

stellten keine Frau, doch arbeiteten 20 weibliche Aushilfsangestellte bei dieser in den Nachkriegsjahren überaus wichtigen Behörde. Das Wirtschafts- und Kontrollamt sowie das Ernährungsamt wiesen eine ähnliche Beschäftigtenstruktur auf. Eine gewisse Ausnahme bildete alleine die städtische Wohlfahrtsverwaltung – ein traditionell weibliches Arbeitsgebiet, wo sich unter den 65 weiblichen der insgesamt 112 Beschäftigten u. a. eine Fürsorgeinspektorin, 21 Fürsorgerinnen, zwei Verwal-



17 Originalbildunterschrift in den Badischen Neuesten Nachrichten vom 20. Januar 1955: „Nicht immer ist der Ehemann, der geborene Cavalier zur Stelle. Darum ist – leider – hin und wieder in unserer Stadt auch ein solches Bild zu sehen. (Übrigens: Wie kann man beim Kohlentragen nur Stöckelschuhe tragen, verehrte gnädige Frau?).“

tungssekretärinnen sowie eine Verwaltungs-Obersekretärin befanden. Bei sämtlichen städtischen Ämtern befand sich keine Frau in einer gehobenen oder höheren Position. Frauen waren in der überwiegenden Mehrheit als Schreibkräfte, dazu oft mit dem Status einer Aushilfskraft, beschäftigt.

Bereits die Erfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg hatten gezeigt, dass von Frauen freigemachte Arbeitsplätze oft gar nicht mit Kriegsheimkehrern besetzt werden konnten, da diese es unter ihrer Würde sahen, „weibliche“ Arbeiten, wie z. B. die einer Stenotypistin zu übernehmen.⁹⁹ Der Karlsruher Oberbürgermeister hielt Anfang Oktober 1945 jedoch das Problem einer *Blockierung* von Stellen in der Verwaltung durch Frauen immerhin für so dringend, dass er – obwohl er versicherte, eigentlich kei-

ne anonymen Schreiben zu behandeln – das Personalamt anwies, festzustellen, *ob Ehegatten städtischer Bediensteter bei der Stadtverwaltung oder anderweitig beschäftigt sind*.¹⁰⁰ Eine Woche später wies er die Dienststellen an: *Ehegatten städtischer Bediensteter haben ihre Arbeitsstellen zu Gunsten von arbeitslosen Volksgenossen freizugeben*. Abgesehen davon, dass der Ausdruck „Volksgenossen“ zeigt, wie sich die nationalsozialistische Terminologie auch in den Köpfen von Sozialdemokraten festgesetzt hatte, war die Intention dieser Anweisung keineswegs so geschlechtsneutral, wie die Formulierung es vorgibt. Die Reaktionen der verschiedenen Ämter belegen, dass dort durchaus verstanden wurde, dass mit „Ehegatten“ die Ehefrauen gemeint waren. Eine zusammenfassende Liste der Verwaltung führte schließlich 43 betroffene Frauen auf. In keinem Fall musste ein Mann um seinen Arbeitsplatz bangen, weil seine Ehefrau berufstätig war. Weibliche städtische Angestellte, deren Ehemänner berufstätig waren, erhielten jedoch wiederholt Kündigungen. Die dadurch frei werdenden Arbeitsplätze waren für kriegsbeschädigte Familienväter zur Verfügung zu halten. Ein Runderlass vom Februar 1946 forderte schließlich gar die Meldung und gegebenenfalls Entlassung von Töchtern, die im Haushalt ihrer Eltern oder Geschwister lebten. Die Stuttgarter Sozialdemokratin Anna Haag schrieb hierzu in der von ihr im Auftrag der Militärregierung herausgegebenen Zeitschrift *Die Weltbürgerin*: *Besonders nachdenklich stimmt die Tatsache, dass nur Töchter, nie aber Söhne verdienender Väter in die Strafkategorie der „Doppelverdiener“ eingewiesen werden*.¹⁰¹ So war in Karlsruhe beispielsweise der Arbeitsplatz einer 23-jährigen städtischen Angestellten bedroht, weil ihr Vater als Straßenbahn-Oberschaffner beschäftigt war. Ein zusammenfassender Bericht vom 19. Juli 1946 kam jedoch zu dem Schluss, dass keiner weiblichen Bediensteten, die im elterlichen Haushalt lebte, zugemutet werden könne, ihren Lebensunterhalt im Elternhaus zu finden. Außerdem wurde bemerkt: *Die meisten von ihnen*

haben der Stadtverwaltung während der Kriegszeit und der Entnazifizierung wertvolle Dienste geleistet. Auch werden die meisten mit Stenografie und Maschinenschriften beschäftigt.¹⁰² Und dies waren Tätigkeiten, die in der Regel kein noch so bedürftiger Mann übernehmen wollte. So wehrte sich das Personalamt auch gegen die angeordnete Kündigung von drei beim Polizeipräsidium beschäftigten Putzfrauen, deren Ehemänner ebenfalls im öffentlichen Dienst standen, da für sie schwerlich (männlicher) Ersatz zu erhalten sei. Auch das Konservatorium wandte sich gegen eine Anwendung der *Doppelverdienerverordnung* auf weibliches Lehrpersonal, da es sich hier um Spezialkräfte handle, die nur schwer zu ersetzen seien. Dessen ungeachtet wurde vorgeschlagen, die sofortige Kündigung der bei der Stadt noch beschäftigten weiblichen Bediensteten zu vollziehen, deren Ehegatten ebenfalls in städtischen Diensten standen. Außerdem sollte eine Genehmigungspflicht für die Beschäftigung von *Ehegatten* (Ehefrauen) eingeführt werden. Bei Neueinstellungen waren Familienväter und Kriegsversehrte zu bevorzugen. *Weibliche Sachbearbeiter werden nur in besonderen Fällen eingestellt.*¹⁰³

Insgesamt wurden von Oktober 1945 bis Juli 1946 über 700 weibliche städtische Bedienstete wegen *Doppelverdienerstatus* überprüft. Obwohl die Bearbeitung sehr aufwendig und der tatsächliche Nutzen im Sinne einer Schaffung von Arbeitsplätzen für Männer fragwürdig war, blieb diese Regelung auch in den folgenden Jahren bestehen. Im August 1950 beantragte schließlich der Vorstand des Betriebsräteausschusses der städtischen Betriebe und Verwaltungen, die Verfügung bezüglich des *Doppelverdienerstatus* aufzuheben und die entsprechenden Formulare aus dem Verkehr zu ziehen. Man berief sich dabei auf das am 23. Mai 1949 in Kraft getretene Grundgesetz, das eine freie Berufsausübung ohne Rücksicht auf das Geschlecht garantiere. Mit einer Verordnung vom 21. 9. 1950 wurde schließlich die Anzeigepflicht für die *mitverdienende Beschäftigung von Ehegatten städtischer Bedien-*

steter aufgehoben.¹⁰⁴ Im November 1949 war es beim zweiten Karlsruher Frauenforum, das sich mit Berufs- und Arbeitsmöglichkeiten für Frauen auseinandersetzte, zu einer lebhaften Debatte über die *Doppelverdienerfrage* gekommen. In den Monaten und Jahren zuvor lässt sich keine Auseinandersetzung von Frauen und ihrer (wieder)gegründeten Organisationen mit dieser eklatanten Benachteiligung oder gar Protest hiergegen nachweisen. Mit dem Hinweis, auf das Grundgesetz, das Frauen gleiche Rechte zubilligte, wurde die Diskussion beendet.¹⁰⁵ Wenn auch in der Karlsruher Stadtverwaltung zumindest offiziell keiner Frau mehr ein Arbeitsplatz verweigert werden konnte, weil ihr Ehemann oder Vater über ein Einkommen verfügte, waren doch Frauen noch weit davon entfernt, gleiche Chancen in Ausbildung und Beruf wie Männer zu haben. Die Vorstellung von der verheirateten Frau als *Doppelverdienerin* entfaltete ihre Wirkung bis in die Gegenwart.

Frauen in Beruf und Bildung

Dass in Karlsruhe bereits im Oktober 1945 wieder Maßnahmen gegen *Doppelverdiener* ergriffen wurden, zeigt schließlich, wie eng begrenzt die Spielräume auch nach dem Ende des Nationalsozialismus im Hinblick auf eine Aufhebung geschlechtsspezifischer Rollenzuweisungen waren. Von einem Neuanfang oder Aufbruch kann im Hinblick auf die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit nicht die Rede sein. Zwar übernahmen Frauen hie und da traditionell Männern zugeschriebene Tätigkeiten, doch selbst in Zeiten des akuten Arbeitskräftemangels wurde ihnen keineswegs zugestanden, neue Arbeitsgebiete dauerhaft zu erobern. Mit einer weitgehenden Einstellung der Produktion bei Kriegsende hatten zunächst auch viele weibliche Beschäftigte ihre Arbeit verloren. In den ersten Augusttagen mussten sich in Karlsruhe alle männlichen Einwohner zwischen 14 und 65 Jahren sowie alle weiblichen zwischen 14 und 45 Jahren zur Erfassung der Arbeitskräfte melden. Ohne eine solche Regist-

rierung waren keine Lebensmittelkarten zu erhalten. Entziehen konnte sich dieser Meldepflicht nur, wer seinen Lebensunterhalt mit Tauschgeschäften oder Hamsterfahrten sichern konnte und somit auf Lebensmittelkarten nicht angewiesen war. Da die für Frauen angebotene Erwerbsarbeit oft schlecht bezahlt und körperlich schwer war, zogen etliche diesen Weg der Unterhaltssicherung vor. Der Leiter des Karlsruher Arbeitsamtes, Konz, sah sich folglich wiederholt zu Klagen über *die Frauen und Mädchen* veranlasst: *Wie oft hören wir: „Wieso soll ich arbeiten, ich habe noch Geld.“*¹⁰⁶ Am 6. September 1945 ordnete die amerikanische Militärregierung eine Registrierung der Erwerbskräfte und Arbeitslosen durch das Arbeitsamt an.¹⁰⁷ Zu Beginn des Monats September waren beim Arbeitsamt Karlsruhe insgesamt 51.915 Personen, darunter 21.123 Frauen registriert. Von ihnen waren 57,75 % beschäftigt, der Rest arbeitslos. Von den Beschäftigten waren nur 29,9 % weiblich. Damit lag der Beschäftigungsgrad von Frauen weit hinter dem Stand der Weimarer Republik.¹⁰⁸ Bei den arbeitslos Gemeldeten stellten Frauen mehr als die Hälfte, nämlich 55,37 %, insgesamt 12.145.¹⁰⁹

Die Produktionstätigkeit kam nur schleppend wieder in Gang. Werkshallen waren zerstört und das Transportwesen zusammengebrochen, Brenn- und Rohstoffmangel trugen ihr Übriges dazu bei. Betriebe, die während des Krieges für die Rüstung produziert hatten, mussten ihre Produktion umstellen. Die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik (DWM), nun Industriewerke Karlsruhe (IWK), in deren Gebäude sich heute das Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) befindet, begannen zunächst mit der Herstellung von Kochtöpfen, Stahlflaschen und Metallschläuchen. Im Juli 1946 waren die Kapazitäten der Karlsruher Industrie nur zu 30 % ausgelastet.¹¹⁰ Zu diesem Zeitpunkt waren 3.971 Frauen arbeitslos gemeldet, was einem Anteil von 47,26 % entsprach.¹¹¹

Zu zwangsweisen Arbeitsverpflichtungen von Frauen, wie sie auf der Grundlage von Erlassen des Alliierten Kontrollrats in vielen anderen

Städten erfolgten, kam es in Karlsruhe offensichtlich nicht. Dies mag vor allem daran gelegen haben, dass der Arbeitskräftemangel in Karlsruhe lange keine solchen Ausmaße annahm wie im gesamten Land. Während im Dezember 1947 in Württemberg-Baden 71.553 offenen Stellen 33.276 *verfügbare Arbeitslose* gegenüberstanden, kamen in Karlsruhe 3.934 registrierte Arbeitslose auf 3.795 offene Stellen.¹¹²

Einer der Gründe für die spezifische Karlsruher Arbeitsmarktlage mag der starke Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen gewesen sein. 22 % aller in der amerikanischen Zone Angekommenen wurden dem Land Württemberg-Baden zugewiesen. Sie verteilten sich in Nordbaden zwar hauptsächlich auf die ländlichen Kreise. In Karlsruhe stieg ihr Anteil an der zu versorgenden Einwohnerschaft jedoch bis zum 31. Juli 1948 bei einer Gesamtzahl von 19.891 immerhin auf 10,5 %, während er in Mannheim nur 4,4 % und in Pforzheim 2 % betrug. Die *Neubürger* wiesen im Gegensatz zur einheimischen Bevölkerung einen höheren Männeranteil auf.¹¹³

Die Währungsreform vom Juni 1948 führte zu einer grundsätzlichen Wende am Arbeitsmarkt vom Arbeitskräftemangel zu steigenden Arbeitslosenzahlen. Während jedoch im Landesbezirk Württemberg infolge einer Konjunkturbelebung die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahresende 1948 sank, stieg sie in Baden weiterhin an. Ende Februar 1949 kamen in Nordwürttemberg auf 1.000 Erwerbstätige 23 Arbeitslose, in Nordbaden 54, im Arbeitsamtsbezirk Karlsruhe waren es im März 1949 bereits 63. Der Abbau von Arbeitsplätzen ging in Nordbaden jedoch hauptsächlich zu Lasten männlicher Arbeitskräfte, während bei den weiblichen Beschäftigten eine leichte Zunahme zu verzeichnen war.¹¹⁴

In der Karlsruher Industrie war im Januar 1949 mit fast 20.000 Beschäftigten der Vorkriegsstand in etwa wieder erreicht. Insgesamt 222 Betriebe arbeiteten mit mehr als zehn Beschäftigten, 26,8 % der Belegschaft war weiblich.¹¹⁵ Den bedeutendsten Industriezweig stellte der

Maschinen- und Fahrzeugbau dar. Hier waren in absoluten Zahlen gesehen auch die meisten Frauen beschäftigt, nämlich 779, insgesamt stellten sie jedoch an der Gesamtbelegschaft nur einen Anteil von 12,5 %. Der höchste Frauenanteil, 76,2 %, war in Betrieben der Kunststoffverarbeitung zu verzeichnen. Allerdings handelte es sich hierbei insgesamt um nur vier Betriebe. Bis in die Mitte der 50er Jahre pendelte sich der Frauenanteil an der in Karlsruhe beschäftigten Arbeitnehmerschaft zwischen 35,4 % und 36,9 % ein. Bei den gemeldeten Arbeitslosen stellten sie weiterhin rund die Hälfte.¹¹⁶

Die geschlechtsspezifische Aufteilung des Arbeitsmarktes wies nach Gründung der Bundesrepublik 1949 kein wesentliches anderes Bild auf als zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Im gesamten Bundesgebiet lag im Juli 1949 der Anteil der weiblichen Beschäftigten in der Industrie bei knapp 24 %. Während im stark industrialisierten Nordrhein-Westfalen, das 41,7 % aller in der Industrie Beschäftigten stellte, der Frauenanteil gerade 18,2 % erreichte, lag er in Württemberg-Baden bei 31,5 %.¹¹⁷ Dies erklärt sich dadurch, dass im Südwesten Deutschlands nach wie vor Industriezweige angesiedelt waren, die traditionelle Qualifikationen von Frauen verwerten konnten. In Karlsruhe waren das Betriebe der Textil- und Bekleidungsindustrie, Wäschereien, Färbereien und chemische Reinigungen, die Tabakverarbeitung sowie Firmen der chemischen Industrie, wie z. B. Wolff & Sohn, die Seifen, Waschmittel sowie kosmetische und chemisch-pharmazeutische Produkte herstellten. Auch am geschlechtsspezifischen Lohngefüge hatte sich wenig verändert. Zwar ermöglichte die Direktive Nr. 14 des Alliierten Kontrollrates vom 14. September 1946 bei gleicher Arbeit und gleicher Leistung eine Angleichung der Frauenlöhne an die Männerlöhne, doch handelte es sich hierbei um eine reine *Kann-Bestimmung*.¹¹⁸ Im März 1947 erhielt ein Facharbeiter in Nordbaden einen durchschnittlichen Brutto-Stundenlohn von 1,07 Mark, eine Facharbeiterin von 61 Pfennigen, das waren nur

57 % des Männerlohnes, und dies, obwohl die Lohngleichheit 1946 in der Landesverfassung von Württemberg-Baden festgeschrieben war.¹¹⁹

In den 40er Jahren waren es nur wenige, die nach Möglichkeiten suchten, die geschlechtsspezifischen Begrenzungen für Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt zu durchbrechen, wie z. B. durch eine Erschließung neuer Ausbildungsberufe für Frauen, in denen dann entsprechende Facharbeiterlöhne erzielt werden konnten. Anlässlich einer Konferenz zu Fragen des Mädchenbildungswesens am 29. Juli 1946 in Stuttgart wurde erneut diskutiert, *welche Schulformen dem Wesen der Frau am besten entsprechen*.¹²⁰ Höhere Mädchenbildung solle *gleichwertig aber nicht gleichartig* wie die der Jungen sein. Gewarnt wurde vor der *Gefahr der Intellektualisierung* von Frauen. Die wichtigste Aufgabe der Frau sei nach wie vor *Aufbau und Schutz der Familie*. Daneben solle sie in Berufen wirken, die der *weiblichen Eigenart* entsprächen. Gefordert wurde ein Schultyp, der weibliche höhere Bildung vermittele, [...] *aber nicht zu Reifeprüfung und Studium, sondern in die frauliche Ausbildung* hinein führe. Diese Vorstellungen fielen weit hinter die der Frauenbewegung der Kaiserzeit zurück, die zwar auch von einem „wesensgemäßen“ Einsatz der Frauen im Beruf ausgegangen war, aber immerhin dafür gekämpft hatte, dass Frauen in Deutschland das Abitur ablegen und studieren konnten. Die 1946 in Stuttgart formulierten Ansichten zur höheren Mädchenbildung mögen eine extreme Position darstellen, doch die Tatsache, dass sie bei einer Konferenz öffentlich diskutiert und in der Presse verbreitet wurden, wirft ein Licht auf geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen, wie sie in jenen Jahren präsent waren. So ist es nicht verwunderlich, wenn 1948 nur 26 % aller Studierenden weiblich waren. An der Technischen Hochschule Karlsruhe waren zum Wintersemester 1948/49 nur 318 Frauen eingeschrieben, das entsprach einem Anteil von 7,8 % an der Studentenschaft.¹²¹

Auch Volksschülerinnen sollten vorrangig auf



18 Handarbeits- und Werkunterricht an der Haushalts- und Frauenfachschule Karlsruhe, Foto 30. Januar 1954.

ihren *Beruf Hausfrau und Mutter* vorbereitet werden. Da die wenigen verfügbaren Lehrstellen jenen vorbehalten bleiben sollten, [...] *die aufgrund ihrer Lage einen Beruf ergreifen müssen*, empfahl Frau von der Heyden, eine Mitarbeiterin des Karlsruher Arbeitsamtes, den Mädchen, sich bei den Eltern nützlich zu machen und nebenher eine Nähschule zu besuchen.¹²² Ein gründliches Erlernen der Hauswirtschaft sei für alle Mädchen eine Notwendigkeit. Wünsche, wie etwa den, einen Büroberuf erlernen zu wollen, sollten sie sich aus dem Kopf schlagen, diese Arbeitsbereiche müssten den Kriegsversehrten vorbehalten bleiben. Luise Anzlinger, die 1947 für die CDU zu den Stadtratswahlen kandidierte, räumte zwar ein, dass für viele junge Frauen der *natürliche Beruf* unerreichbar bleiben werde, da ein großer Teil der männlichen Jugend auf den Schlachtfeldern geblieben war. *Aber der Mutterberuf ist nicht an die Ehe gebunden; überall wo es zu pflegen und zu behüten gilt [...] kann das Mädchen ein Feld echter weiblicher Betätigung finden.*¹²³

Im Herbst 1948 wurde die Städtische Haushalts- und Frauenfachschule in der Graf-Rheina-Straße wieder eröffnet. Zu derselben Zeit nahm in der Mathystraße 9 das Seminar für Sozialberufe seine Tätigkeit auf. Dieser durch die alte Frauenbewegung professionalisierte Arbeitsbereich von Frauen öffnete sich nun auch Männern. An einem ersten Sonderkurs wurden 37 körperbeschädigte Kriegsteilnehmer, darunter acht Frauen, ausgebildet.¹²⁴

Der sozialpolitische Ausschuss des Länderrates hatte im November 1947 immerhin 100 *Männerberufe* ermittelt, die von Frauen ausgeübt werden könnten. Dies sollte jedoch nur einer vorübergehenden Behebung des Arbeitskräftemangels dienen. Elisabeth Großwendt merkte in den BNN dazu an, dass die berufliche Arbeit von Frauen nicht mehr als *Durchgangsstation zur Ehe* und als bloße Existenzsicherung betrachtet werden könne, sondern auch als Teil eines befriedigenden Lebens zu sehen sei.¹²⁵ Die Situation des Wiederaufbaus nach 1945 bot Frauen jedoch nicht die Chance für positive Veränderungen im Bereich der Er-

werbsarbeit, wie die wie Großwendt in der Tradition der alten Frauenbewegung Stehenden erhofften. Sie wurden schnell wieder in die wenig qualifizierten, schlecht bezahlten *weiblichen* Arbeitsfelder abgedrängt. Die geschlechterpolitischen Grenzen, in denen sich der Arbeitsmarkt nach der Währungsreform gestaltete, waren bereits vor dem Juni 1948 abgesteckt.¹²⁶

Männer und Frauen stehen bei Wahl und Ausübung des Berufes gleich...
Frauenarbeit in der Verfassungsdiskussion von Württemberg-Baden 1946

Die Frage der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung war von grundlegender gesellschaftlicher Bedeutung. Dass jedoch in den Diskussionen um die Verfassung des Landes Württemberg-Baden 1946 die Themen Frauenerwerbsarbeit und Hausarbeit überhaupt eine Rolle spielten, war alleine den weiblichen Abgeordneten zu verdanken.¹²⁷ Der am 30. Juni 1946 gewählten Verfassungsgebenden Landesversammlung gehörten insgesamt sieben weibliche Abgeordnete, drei von der CDU sowie je zwei von SPD und KPD an. Aus Karlsruhe nahm die spätere CDU-Stadträtin Anna Walch an den Beratungen teil, in der Diskussion um

die Bewertung weiblicher Arbeit meldete sie sich jedoch nicht zu Wort. Die Initiative hatte die Juristin und CDU-Abgeordnete Dr. Maria Fritze ergriffen.¹²⁸ Sie sah die gesellschaftliche Stellung der Frau im Kontext der Familie. Folglich beantragte sie die Aufnahme eines Abschnittes über die Familie in die Verfassung und nicht etwa eines Artikels über die Rechte der Frau. Die seit der Industrialisierung gefährdete Familie war ihrer Meinung nach gerade in Zeiten, wo viele nicht nur vor den Trümmern ihrer Wohnungen, sondern auch vor den [...] *Trümmern des Familienglücks* [...] standen, durch gesetzliche, wirtschaftliche und sozialpolitische Maßnahmen besonders zu schützen.¹²⁹ Den Anspruch auf eine neue Stellung der Frau im Berufsleben leitete Fritze aus dem Interesse der Familie ab. Die Frau müsse [...] *entsprechend ihrer Begabung und ihrer Fähigkeiten die Arbeit tun können, die ihr Leben ausfüllen und sichern kann, damit sie nicht in Versuchung kommt, eine sittlich wertlose Versorgungsehe einzugehen*.¹³⁰ Angesichts des *Frauenüberschusses*, sei die Gefahr gegeben, dass junge Mädchen, die keinen befriedigenden Beruf fänden, sich in irgendeine Ehe flüchteten oder der Prostitution ergäben. Um dies zu verhindern, wollte Fritze die Frau im beruflichen Leben dem Mann gleichgestellt sehen



19 Ein Anfang der 50er Jahre eher seltenes Bild: Eine Ärztin in der Franz-Lust-Klinik, Foto 21. August 1952.

und ihr für gleichwertige Leistung gleiche Entlohnung sichern.

Die Forderung nach gleichen Berufschancen und gleichem Lohn für Frauen konnten auch die Sozialistinnen begrüßen. Sie entwickelten ihrerseits jedoch in dieser Debatte keine grundsätzlichen Vorstellungen zur Rolle der Frau in der Gesellschaft. Die Stuttgarter Sozialdemokratin Anna Haag begrüßte lediglich Fritzles Initiative, um sich sodann etwas ausführlicher mit der Frage von Heimerziehung und Elternrechten auseinander zu setzen.¹³¹ Auch die Mannheimer KPD-Abgeordnete Antonie Langendorf setzte sich nicht grundlegend mit dem Emanzipationskonzept der Christdemokratin Fritzle auseinander. Den Worten müssten Taten folgen, erklärte sie, sollte die Gleichberechtigung der Frau nicht eine Phrase bleiben. Langendorf forderte gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die Zulassung von Frauen zu allen Studien sowie zu allen Berufen, [...] die ihrer Fähigkeit entsprechen.¹³² Diese Einschränkung zeigt, wie stark selbst Kommunistinnen einem auf dualistischen Ergänzungsideen basierenden bürgerlichen Geschlechtermodell verhaftet waren. Auch sie gingen von besonderen weiblichen Fähigkeiten aus, denen bei der Berufswahl Rechnung getragen werden müsse und trugen damit zur Stabilisierung eines geschlechtsspezifisch segmentierten Arbeitsmarktes bei.

In Artikel 20 der am 24. Oktober 1946 von der Landesversammlung verabschiedeten und am 24. November von 86 % der Bevölkerung angenommenen Verfassung hieß es, aufgrund des Antrages von Maria Fritzle schließlich: *Jedermann soll durch eigene Arbeit seinen Unterhalt erwerben können. Männer und Frauen stehen bei Wahl und Ausübung des Berufes gleich. Bei gleicher Leistung ist gleicher Lohn zu gewähren.* Damit garantierte die Landesverfassung von Württemberg-Baden, deren Qualität oft gerühmt wurde, ein Recht auf Arbeit, das im Grundgesetz 1949, auf dessen grundlegende Ausführungen sich die baden-württembergische Landesverfassung von 1953 bezieht, keine Aufnahme fand.

Fritzle hatte gleichzeitig für eine Aufwertung der *der Familie gewidmeten* Hausarbeit gesorgt, sie sollte gleich geachtet werden wie die Berufsarbeit.¹³³ Die Juristin verband damit die Hoffnung, dass die zu diesem Zeitpunkt gültige Güterrechtsordnung des BGB, die das in der Ehe erworbene Vermögen allein dem Mann zusprach, eine Änderung erfahren werde. Häusliche Arbeit sei eben auch wirtschaftlich zu werten, somit trage die Frau einen Teil zum familialen Vermögen bei und sei auch daran zu beteiligen.¹³⁴ Eine auch durch das 1949 verabschiedete Grundgesetz gebotene Reform des Eheerbes und des Ehegüterrechtes sollte jedoch noch viele Jahre auf sich warten lassen.

Die Diskussion um eine gesellschaftliche Höherbewertung der Hausarbeit ist darauf zurückzuführen, dass in der gesellschaftlichen Krisensituation nach Kriegsende die lebenssichernde Funktion der Reproduktionsarbeit deutlich sichtbar wurde. Die gestiegene gesellschaftliche Bedeutung der Hausarbeit, die zumindest in den ersten Nachkriegsmonaten für das Überleben eine wichtigere Rolle spielte als Lohnarbeit, führte jedoch keineswegs zu einer grundlegenden Neubewertung gesellschaftlicher Arbeit. Konsequenzen hatte die in der Landesverfassung erfolgte ideelle Höherbewertung der Hausarbeit keine.¹³⁵ In der Praxis sah die „Aufwertung“ der Hausarbeit so aus, dass die Nahrungsmittelzuteilungen für Hausfrauen niedriger waren als für Erwerbstätige. Auch die amerikanischen Sonderzuteilungen von Zigaretten erhielten alle über 18 Jahren, nur die Hausfrauen nicht.¹³⁶

Während die juristische Umsetzung der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung von Frauen nur mühsam voran kam, legten Männer sehr schnell Protest ein, wenn sie eine Bevorzugung von Frauen witterten. Dies zeigte z. B. die Diskussion um dienstfreie „Haushaltstage“. Das Kollegium der Landesbeamtenstelle schlug im Juni 1949 der Regierung vor, folgende Dienstanweisung zu erlassen: *Weibliche Beschäftigte des öffentlichen Dienstes mit eigenem Hausstand erhalten auf Verlangen, soweit dringende dienstliche Geschäf-*



20 Der Haushalt blieb der rein weibliche Zuständigkeitsbereich, Foto 4. Dezember 1952.

te nicht entgegenstehen, in einem Zeitraum von vier Wochen einen dienstfreien Arbeitstag ...¹³⁷ Der Präsident des Landesbezirkes sah in der Gewährung eines Hausarbeitstages eine Bevorzugung der Frau, die nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbaren sei. Männliche Bedienstete mit eigenem Hausstand könnten ebenfalls Anspruch auf einen freien Tag zur Regelung ihrer häuslichen und persönlichen Angelegenheiten erheben.

Die Zeit nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges war im Hinblick auf die Geschlechterrollen eher von Kontinuitäten als von einem Wandel geprägt.¹³⁸ Während die Spitzen von Verwaltung und Wirtschaft in männlichen Händen blieben, leisteten Frauen an der Basis

Überlebensarbeit. Doch boten sich mit dem Aufbau eines neuen, demokratischen Gemeinwesens auch Chancen, einer Gleichberechtigung der Frau in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens näher zu kommen. Die Heidelberger Juristin Dr. Erdmuthe Falkenberg stellte fest, von wirklicher Demokratie sei erst zu reden, wenn beide Geschlechter miteinander die Politik bestimmten. Da Frauen die Folgen männlicher Politik mitzutragen hätten, müssten sie auch in allen politischen Fragen mitentscheiden.¹³⁹ Es stellt sich die Frage, inwieweit Frauen die Situation des Neuanfangs in diesem Sinne nutzen konnten oder wollten und politischen Einfluss geltend machten.

Als der Krieg vorbei war, hatte ich keine Lust, mich mit den Nazis rumzuschlagen...

Schwierigkeiten der Frauenbewegung mit der Vergangenheitsbewältigung

Die Frauen, die sich nach Beendigung des Krieges und der nationalsozialistischen Herrschaft in Parteien, Gewerkschaften, Frauenorganisationen und Wohlfahrtsverbänden engagierten, taten das, um am Aufbau einer demokratischen Gesellschaft mitzuarbeiten. Das Dritte Reich hatten sie meist in mehr oder weniger offener Gegnerschaft zum nationalsozialistischen Regime, im aktiven oder passiven Widerstand überlebt. Einige hatten ins Ausland emigrieren müssen, einige waren in die „innere Emigration“ gegangen, andere hatten unter Bespitzelung und Verfolgung zu leiden gehabt. Sie waren der Meinung, dass gerade die Frauen dazu beitragen sollten, dass von deutschem Boden nie mehr ein Krieg ausgehen und ein Unrechtssystem errichtet werden könne. *Das politische Selbstverständnis vieler Frauen war pädagogisch gefärbt. Unter Politik verstanden sie auch Umerziehung.*¹ Als Adressatin dieser Politik sahen sie vor allem die Frauen als Mütter. In Karlsruhe war es insbesondere die Sozialdemokratin Kunigunde Fischer, die nicht müde wurde, an die Verantwortung der Frau *als Erzieherin der Jugend* für Frieden und Demokratie zu appellieren (s. S. 111).² Gerade Frauen, die schon vor 1933 in der Arbeiterbewegung und sozialistischen Frauenbewegung aktiv gewesen waren, während des Dritten Reichs größtenteils unter Verfolgungsmaßnahmen der Nationalsozialisten gelitten hatten und nun wieder in der SPD oder KPD arbeiteten, legten vorzugsweise an Frauen hohe moralische Maßstäbe an. Eine weit verbreitete Ansicht der politischen Linken war es, dass vor allem Frauen NSDAP gewählt und Hitler an die Macht gebracht hätten.³ Aktivistinnen der bürgerlichen Frauenbewegung und Parteien argumentierten dagegen, der *Männerstaat des Drit-*

ten Reiches habe die Frau aus dem öffentlichen und Erwerbsleben weitgehend ausgeschaltet.⁴ Krieg, Zerstörung, Hunger seien das Fazit dieser einseitig männlichen Politik. Vor diesem Hintergrund griffen sie erneut das bereits von der bürgerlichen Frauenbewegung des Kaiserreichs propagierte Konzept der gegenseitigen Ergänzung der Geschlechter in Familie und Staat auf und begründeten damit die Notwendigkeit einer politischen Partizipation der Frauen.

Die Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Regime prägten die Handlungsweisen der nach 1945 politisch engagierten Frauen wesentlich mit. Ein bruchloses Anknüpfen an die Zeit vor 1933 war nicht möglich. Die Frage ist jedoch, ob der Nationalsozialismus tatsächlich als ein absoluter Bruch in der Geschichte der Frauenbewegung gesehen werden kann oder ob sich nicht auch gewisse Kontinuitätslinien zwischen 1933 und 1945 weiterverfolgen lassen.⁵

Im Folgenden soll nun am Beispiel einiger Protagonistinnen und Verbände der Frauenbewegung näher beleuchtet werden, in welcher Form sich diese nach 1945 mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinandersetzen. Beteiligte sie sich an der Diskussion der Schuldfrage oder verdrängten sie diese? Stellten sie sich der Problematik, dass auch Frauen eine nicht unbedeutende Rolle während des Nationalsozialismus spielten?

Ein bislang ungeschriebenes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte: Frauen und Entnazifizierung

Hannah Arendt, die 1933 aus Deutschland hatte fliehen müssen, schrieb 1950: *Die einzig*

*denkbare Alternative zum Entnazifizierungsprogramm wäre eine Revolution gewesen – der Ausbruch einer spontanen Wut des deutschen Volkes gegen all diejenigen, die als prominente Vertreter des Naziregimes bekannt waren.*⁶ Doch diese Revolution blieb aus. Die in den letzten Kriegsmonaten zu beobachtende Abkehr der deutschen Bevölkerung vom Nationalsozialismus war Zeichen einer allgemeinen Kriegsmüdigkeit und hatte keineswegs zu einer anti-nationalsozialistischen Haltung geführt, die auch in entsprechendes Handeln mündete.⁷ So blieb die *Entnazifizierung* – eine amerikanische Wortschöpfung – Aufgabe der alliierten Siegermächte. Im Folgenden soll nun aufgezeigt werden, welche Rolle Frauen in diesem von den Besatzungsmächten institutionalisierten Prozess der Entnazifizierung in Karlsruhe spielten.⁸

Die Franzosen, die die Stadt am 4. April 1945 eingenommen hatten, verfügten zunächst über kein Konzept zur Entnazifizierung, und die Maßnahmen zur politischen Säuberung waren in den ersten Wochen weitgehend improvisiert. Antifaschistische Komitees, wie sie in anderen Städten, etwa in Rastatt, von Teilen der deutschen Bevölkerung gebildet wurden und die zu einer Entfernung von Nationalsozialisten aus den Verwaltungen beitrugen, konstituierten sich in Karlsruhe nicht. Die Amerikaner, die am 8. Juli die Besatzungsgewalt in Karlsruhe übernahmen, hielten sich strikter als die Franzosen an ihre Entnazifizierungskriterien.⁹ Eine grundlegende Direktive vom 26. April 1945 hatte die Entlassung aller *aktiven* Nationalsozialisten angeordnet. Mit Erlass der UFSET-Direktive vom 7. Juli 1945 wurde die Überprüfung aller Inhaber gehobener Positionen im öffentlichen Leben anhand eines Fragebogens verordnet.¹⁰ Das Militärgesetz Nr. 8 vom 26. September 1945 dehnte schließlich die Entnazifizierung auf alle Bereiche der Wirtschaft aus. Gleichzeitig wurde den Betroffenen erstmals ein Widerspruchsrecht eingeräumt. Deutsche Vorprüfungsausschüsse leiteten nun die Beweisaufnahme und begutachteten erhobene Einsprüche, letzte Entscheidungsinstanz blieb

jedoch die örtliche Militärregierung. Das *Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus* vom 5. März 1946 schuf schließlich veränderte Grundlagen für die Entnazifizierung. Nun mussten alle vor dem 5. März 1928 geborene Deutschen einen Fragebogen ausfüllen. Der grundlegende Unterschied zu den bisherigen Bestimmungen war, dass der Einzelne nicht mehr alleine aufgrund seiner Zugehörigkeit zur NSDAP oder einer nationalsozialistischen Organisation beurteilt wurde. Die Frage nach der tatsächlichen Gesamthaltung und individuellen Verantwortlichkeit spielte von nun an eine wichtige Rolle im Entnazifizierungsverfahren. Geführt wurde das Verfahren durch Spruchkammern, die sich aus einem deutschen Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzern zusammensetzten.

Die Mitarbeit von Antifaschistinnen in den Entnazifizierungsorganen

Damit war die Durchführung der Entnazifizierung weitgehend in deutsche Hände gelegt. Die Bereitschaft der Bevölkerung, am Prozess der Entnazifizierung aktiv teilzunehmen, blieb dennoch insgesamt recht gering. So beklagte der Erste Öffentliche Kläger der Spruchkammer Karlsruhe, dass nur Angehörige der Beteiligten und ehemalige Nazis, die noch auf ihr Verfahren warteten, Interesse an den Entnazifizierungsverfahren zeigten: *Der politisch unbelastete Teil des Volkes aber, also jener, der berufen wäre, den Weg zur wahren Demokratie zu bereiten, steht abseits [...]*¹¹ Dies galt im besonderem Maße auch für jene Frauen, die sich selbst als resistent gegen oder zumindest nicht aktiv beteiligt am Nationalsozialismus erwiesen hatten. Ihre Abwesenheit in den Organen der Entnazifizierung ist augenscheinlich.¹²

Eine Liste der zunächst aus dem Kreis bekannter Antifaschisten in Karlsruhe ernannten Hilfsprüfungsausschuss-Mitglieder vom 7. Mai 1945 führte lediglich eine Frau, Lina Betz (s. S. 91), als Ersatzmitglied auf. Den Entnazifizierungskomitees der Betriebe gehörte keine Frau an, auch nicht dem der Einzelhandelskette

Pfannkuch oder der Verbrauchergenossenschaft, bei denen von einer größeren Anzahl beschäftigter Frauen ausgegangen werden kann. Im Hauptprüfungsausschuss der Handwerkskammer war ein Mitglied der *Karlsruher Frauengruppe* (s. S. 121 ff.) vertreten, die zu diesem Zeitpunkt bei der Militärregierung beschäftigte Juristin Dr. Erika Libal. Sie wurde am 10. 11. 1945 zur stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptprüfungsausschusses der II. Kammer (Handel) ernannt.¹³ Libal blieb neben der 1947 als Vorsitzende der Kammer VIc eingesetzten Professorin Dr. Maria Roth (s. S. 62) die einzige Frau in den oberen Rängen der Entnazifizierungsbehörden.¹⁴ 1948 wurde Roth von Luise Anzlinger, Mitbegründerin der *Karlsruher Frauengruppe* und Mitglied der CDU, als Kammervorsitzende abgelöst.¹⁵ Nach Erlass des *Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus* sollten die politischen Parteien Beisitzer zu den zu bildenden Spruchkammern benennen. Unter den im Juni 1946 von CDU, SPD und Demokratischer Volkspartei jeweils 16 entsandten Mitgliedern befand sich keine Frau. Lediglich die KPD delegierte mit Paula Kurz eine Frau neben 15 Männern.¹⁶ Bis zum Juli 1947 sollte sich das Bild etwas zugunsten der Frauen verändern, nun wurde ein Frauenanteil von rund 15,6 % erreicht. Die SPD benannte fünf Frauen: Doris Liebler, Leonie Müller, Luise Orth, Stefanie Stocker und Maria Wittmann. Von der CDU wurden drei Frauen delegiert: Luise Anzlinger, Ruth Schwarz und Anna Walch, von der DVP zwei, Dr. Hanna Höfer und Leonie Spiess, und von der KPD ebenfalls zwei, Frieda Kästel und Sofie Seitz.¹⁷

Beisitzer/innen zur Spruchkammer Karlsruhe im Juli 1947

Partei	Frauen	Männer
CDU	3	16
DVP	2	16
KPD	2	16
SPD	5	20
insgesamt	12	68

Die relativ geringe Beteiligung von Frauen erklärt sich zum Teil durch die Modalitäten der Ausschuss-Besetzung. Die Parteien konnten für die Spruchkammern Stadträte oder Kandidaten zur Stadtratswahl benennen. Zu den Stadtratswahlen 1946 hatte aber die CDU beispielsweise keine einzige Frau nominiert, alleine Kunigunde Fischer, SPD, war gewählt worden (s. S. 102). Bei den Stadtratswahlen im Dezember 1947 waren dann 12 % aller Kandidaten weiblich, aber nur 4,2 % der gewählten Stadträte waren schließlich Frauen. Von den im Juli d. J. für die Entnazifizierungsausschüsse benannten Frauen fanden sich alleine Leonie Spiess, Luise Anzlinger und Anna Walch, die auch gewählt wurde, auf den Wahlvorschlagslisten. Das zeigt letztendlich, dass die Beteiligung von Frauen an den Entnazifizierungsbehörden auch als Spiegel der Geschlechterverhältnisse innerhalb der politischen Parteien zu sehen ist.

Neben objektiven strukturellen Barrieren dürften jedoch auch eine Vielzahl subjektiver, teilweise mit den während des Nationalsozialismus und des Krieges gemachten Erfahrungen verknüpfter Befindlichkeiten die Frauen an einer Mitarbeit bei der Entnazifizierung gehindert haben. So übte z. B. die nachträglich von der DVP für den Entnazifizierungsausschuss benannte Elisabeth Großwendt diese Funktion nie aus.¹⁸

Die 1920 als erste Frau in eine Amtsleiterposition der Karlsruher Stadtverwaltung berufene Elisabeth Großwendt war der alten bürgerlichen Frauenbewegung zuzurechnen (s. S. 93). Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme hatte ihr Vorgesetzter, der Leiter des Fürsorgeamtes Dr. Franz Fichtl, Zweifel angemeldet, dass sich Großwendt *rückhaltlos für den nationalen Staat* einsetzen werde.¹⁹ Ein mit dem Vollzug des im April 1933 erlassenen *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* beauftragter Ausschuss unter dem Vorsitz des nationalsozialistischen Oberbürgermeisters Friedrich Jäger befand zwar, dass aufgrund dieses Gesetzes zu *einem Einschreiten* gegen die Jugendamtsleiterin kein Anlass



21 Elisabeth Großwendt (Mitte) mit Mutter und Schwester vor dem Ersten Weltkrieg.

bestehe, schlug jedoch einen anderen Weg vor, sie loszuwerden. Es sei zu prüfen, ob Großwendt infolge einer Organisationsänderung entbehrlich sei. So beschloss der Stadtrat schließlich [...] im Interesse des jüngeren Nachwuchses in der Freimachung von Arbeitsplätzen die vorzeitige Zuruhesetzung der zu diesem Zeitpunkt 52-Jährigen. Elisabeth Großwendt hatte zunächst offensichtlich unter Druck ihr Einverständnis hiermit erklärt. Am 16. Oktober 1933 widerrief sie diese Einverständniserklärung, jedoch ohne Erfolg. Ende März 1934 musste sie aus dem Dienst als Leiterin des städtischen Jugendamtes ausscheiden.²⁰ Diese zwangsweise Zuruhesetzung traf sie hart, hatte doch der Verlust der von ihr so geschätzten Arbeit auch erhebliche materielle Auswirkungen. Statt dem bisherigen Gehalt von 455 RM erhielt sie nun nur noch ein Ruhegehalt von 310 RM. Ihre Wohnung in der Jahnstraße konnte sie nicht mehr halten, und sie zog in eine kleinere im Dammerstock um.²¹ Elisabeth Großwendt weigerte sich auch in den folgenden Jahren standhaft, den nationalsozialistischen Apparat in irgend einer Weise zu unterstützen. Im März 1934 erklärte sie dem Winterhilfswerk, dass sie infolge ihrer Zuruhesetzung die Zahlung des bisher gespendeten

Beitrags einstelle, da sie mit den ihr verbleibenden Mitteln andere bedürftige Personen unterstützen werde: *Dabei stehen mir nach der Lage der Verhältnisse bedürftige Frauen am nächsten.*²² Und 1937 erwiderte sie auf eine Aufforderung, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) beizutreten, dass sie kein Interesse daran habe, [...] *Volkswohlfahrt mittels der Partei auszuüben.* Eine solch klare Absage an die nationalsozialistische (Wohlfahrts-)Politik war durchaus mutig, belegt doch die Tatsache, dass diese Äußerungen in Elisabeth Großwendts Personalakte gelangten, dass ihr Handeln auch nach der Entlassung überwacht wurde.

Nach Beendigung des Krieges und der Nazi-herrschaft war diese unangepasste Frau sofort zur Stelle, um am demokratischen Neuaufbau mitzuwirken. Im Juni 1945 bot sie dem städtischen Fürsorgeamt wieder ihre Mitarbeit an. Eben jener Dr. Franz Fichtl, der 1933 Großwendts *nationale Zuverlässigkeit* aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Staatspartei bezweifelt hatte, der über die ganze Zeit des Nationalsozialismus Direktor des Fürsorgeamtes gewesen und schon wieder im Amt war, behauptete nun: *Die Verwaltungsoberinspektorin Großwendt ist bekanntlich nicht entlassen,*



22 Selbstporträt Elisabeth Großwendt in Öl, um 1950.

sondern zur Ruhe gesetzt worden. Grund hierfür war nicht ihre Zugehörigkeit zur demokratischen Partei, sondern ihre Leistungen. Auch der von den Franzosen kommissarisch eingesetzte Karlsruher Oberbürgermeister schloss sich dieser Auffassung an und lehnte eine Wiedereinstellung endgültig ab. Während Elisabeth Großwendt erleben musste, wie ihre politische Haltung und ihre beruflichen Leistungen abqualifiziert wurden, setzte sich die Verwaltung für eine Rehabilitierung des im März 1946 zunächst auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung aus dem städtischen Dienst entlassenen Dr. Fichtl ein. Noch wenige Monate vor seiner Zurrücksetzung wurde er erneut zum Leiter der städtischen Wohlfahrtsverwaltung berufen, dies wohl vor allem, um seine Pension zu sichern.²³ Möglicherweise war die Enttäuschung über ihre nach 1945 nicht erfolgte Rehabilitierung eine Ursache für Elisabeth Großwendts Verweigerung einer Mitarbeit bei den Entnazifizierungsbehörden. Aber auch die Grande Dame der lokalen sozialdemokratischen Frauenbewegung, Kunigunde Fischer, lehnte eine Mitarbeit im Entnazifi-

zierungsausschuss ab. Sie führte an, durch *anderweitige Inanspruchnahme* verhindert zu sein.²⁴ Ebenso arbeitete Hanne Landgraf, die mit ihrer gesamten Familie unter einer existenziellen Bedrohung durch die Nationalsozialisten gelitten hatte, nicht bei der Entnazifizierung mit, obwohl sie im September 1947 auf einer Personalliste der Spruchkammer Karlsruhe geführt wurde.²⁵ Diese Frauen setzten die Prioritäten ihres politischen Engagements in die Wiederaufbauarbeit, in ihre vielfältigen Aktivitäten zur Bewältigung des Alltags. Eine Haltung, die sich bei den meisten der insgesamt wenigen politisch aktiven Frauen jener Jahre feststellen lässt. Die Überlebensarbeit hatte Vorrang vor der Vergangenheitsbewältigung. Auch anderenorts versuchten selbst Verfolgte des Nazi-Regimes sich wieder einzurichten. Die Bremer Sozialdemokratin und überzeugte Antifaschistin Hermine Berthold sprach aus, was offensichtlich viele ihrer Genossinnen angesichts der Entnazifizierungsverfahren dachten: *Ich habe mich da nicht drum gekümmert. Es war ja sowieso schon so viel Elend und Hass unter den Menschen. [...] Als der Krieg vorbei war, hatte ich keine Lust, mich mit den Nazis rumzuschlagen. [...] Und wir hatten genug zu tun, unseren neuen Staat wieder aufzubauen.*²⁶

Angesichts der zerstörten Städte, der schlechten Versorgungslage, der großen Wohnraumprobleme wird die Haltung dieser Frauen durchaus nachvollziehbar, doch wünschte man sich aus heutiger Sicht manches Mal ein Innehalten inmitten der eifrigen Aufräumarbeiten. In der damaligen Situation haben das nur wenige so gesehen. Die Schriftstellerin Ilse Langner formulierte ihr Unbehagen an Aufräumwut und mangelnder Bereitschaft, einen wirklichen radikalen Neuanfang zu wagen.

Ilse Langner: *Das Flickhaus*²⁷
Das Haus zerfiel zur Hälfte nur,
ein Eisen ragt als rostiges Mal
Vom ersten Stockwerk: kümmert's uns?
Wir ziehen blicklos unsern Weg.

*Die Trümmer schrecken uns nicht mehr,
Sind schon gewohnt, sind Teil der Stadt,
Der neuen Stadt, die nie gebaut,
Nur von der alten übrigblieb.*

*Im Reste hausen wir ganz gut,
Notdürftig zwar und eng vertäut,
Doch leben wir und streben wir
Zu aller Wohl, zu eigenem Wohl voran.*

*Voran, doch sehen wir kein Ziel,
Das Herz schweigt still, das Hirn ist leer,
Der Mund nur schwatzt, die Hand nur werkt, –
Gleichmütig irrt das Aug umher:*

*O bräche doch dies Herz entzwei
Und ströme Blut um Schutt und Stein!
O flamme doch der Geist hell auf,
Entzündete das Trümmerhaus!*

*Packt an, zerstört, was übrigblieb!
Den halben Mut, das halbe Haus.
Zerstörtes Leben wird nicht heil:
Der Grundstein muss erneuert sein.*

*Doch Flickwerk ist des Menschen Tun,
Nie rafft er sich zur ganzen Tat,
Er bessert aus und hofft auf Gott:
Ein Flickhaus bleibt des Menschen Heim.*

Ilse Langners Eindrücke decken sich mit den Beobachtungen, die Hannah Arendt bei ihrem Deutschlandbesuch 1949 machte: *Den Anblick, den die zerstörten Städte in Deutschland bieten, und die Tatsache, dass man über die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager Bescheid weiß, haben bewirkt, dass über Europa ein Schatten tiefer Trauer liegt ... Doch nirgends wird dieser Alptraum von Zerstörung und Schrecken weniger verspürt und nirgendwo wird weniger darüber gesprochen als in Deutschland. Überall fällt einem auf, dass es keine Reaktion auf das Geschehene gibt ... Inmitten der Ruinen schreiben die Deutschen einander Ansichtskarten von Kirchen und Marktplätzen, den öffentlichen Gebäuden und Brücken, die es gar nicht mehr gibt [...]* Dieser

*allgemeine Gefühlsangel, auf jeden Fall aber die offensichtliche Herzlosigkeit, die manchmal mit billiger Rührseligkeit kaschiert wird, ist jedoch nur das auffälligste äußerliche Symptom einer tief verwurzelten, hartnäckigen gelegentlich brutalen Weigerung, sich dem tatsächlich Geschehenen zu stellen [...]*²⁸

Das dichte soziale Geflecht lokaler Bindungen scheint in einer *Allianz des Schweigens* Belastete, Mitläufer/innen und selbst Opfer verbunden zu haben. *Es ist eine Zeit, die sie verdrängt haben. Sie wollten nicht darüber reden, denn es hat wahrscheinlich zu sehr weh getan. Das haben sie niemals verarbeitet*, berichtet Frau N. über ihre jüdischen Schwiegereltern, die sich 1938 durch Flucht gerettet hatten, und sofort nach Kriegsende in ihre Heimatstadt Karlsruhe zurückgekehrt waren.²⁹ Auch Edith Dietz, die im Schweizer Exil überlebt hatte, sprach in den unmittelbaren Nachkriegsjahren nicht über ihre Verfolgungserfahrung als Jüdin (s. S. 172), ebenso war selbst engsten Mitarbeiterinnen Gertrud Hammanns lange Zeit nicht bekannt, dass sie aus Nazi-Deutschland hatte fliehen müssen, weil sie einen jüdischen Vater hatte.³⁰ Menschen, die trotz erlittener Verfolgung in Deutschland leben wollten oder mussten, trafen hier auf kein Klima, das eine Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit begünstigte oder gar zu Eingeständnissen von Schuld führte.

Auch der Blick der bereits vor 1933 politisch aktiven Frauen richtete sich, wie sie oft selbst versicherten, nach Beendigung des Krieges *nach vorne*, auf den Wiederaufbau. Anknüpfen wollten sie an die Traditionen der alten Frauenbewegung vor 1933, die Zeit zwischen 1933 und 1945 suchten sie zu vergessen. Eine *rückwärtsgewandte* Auseinandersetzung mit den Tätern und Täterinnen und auch den Opfern erfolgte nicht, ebenso wenig eine Reflexion des eigenen Verhaltens. Begünstigt wurde diese Haltung durch die Aufrechterhaltung der *Legende von der unpolitischen Frau* sowohl im Prozess der Entnazifizierung als auch in der Politik der Besatzungsmächte.

(Mit)Täterinnen im Prozess der
Entnazifizierung

Als die Franzosen wenige Tage nach Einnahme der Stadt versuchten, der Nationalsozialisten habhaft zu werden, richtete sich ihr Blick zunächst ausschließlich auf die männliche Bevölkerung. Alle 14- bis 60-jährigen Männer mussten sich zur Ausstellung eines Ausweises in der Knielinger Kaserne melden. Angehörige der NSDAP und anderer NS-Organisationen wurden sofort interniert. Die Gesamtzahl der von den Franzosen von April bis Juli 1945 verhafteten Personen betrug etwa 1.500. Unter den rund 700 im Knielinger Lager Internierten befanden sich schließlich nur 15 Frauen. Am 12. Juli 1945 saßen ca. 427 politische männliche Gefangene im Gefängnis in der Riefstahlstraße und 98 weibliche im Frauengefängnis in der Akademiestraße.³¹

Insgesamt stellten Frauen aufgrund ihrer geringeren aktiven Teilnahme an der nationalsozialistischen Bewegung einen kleineren Anteil an den von der Entnazifizierung Betroffenen als Männer. Hatten Frauen einer nationalsozialistischen Organisation angehört, konnten sie bei der Durchführung des Spruchkammerverfahrens in der Regel mit milder Beurteilung rechnen.³² Die Diskrepanz zwischen der Einstufung in der Klageschrift und im Spruch war bei Frauen geringer als bei Männern, wurden sie doch meist von vorneherein niedriger eingestuft als Männer in vergleichbaren Funktionen. Dies gereichte zwar den Betroffenen zum Vorteil, zeigt gleichzeitig aber, dass Frauen als politische Akteurinnen nicht ernst genommen und für ihr politisches Handeln nicht in dem Maße zur Verantwortung gezogen wurden wie Männer. Insbesondere im Hinblick auf die Führerinnen der NS-Frauenschaft begegnen wir immer wieder der Argumentation, sie hätten ihr Amt nicht politisch, sondern rein karitativ ausgeübt.³³ Die Auffassung, Frauen seien unpolitisch, ja gar nicht in der Lage, politisch zu denken und zu handeln, war jedoch keine originär nationalsozialistische, sondern hatte ihre Wurzeln in der sich seit dem 18. Jahrhun-

dert herausbildenden geschlechtsspezifischen Segmentierung der bürgerlichen Lebenswelt und sollte auch beim demokratischen Wiederaufbau nach 1945 fortwirken.³⁴ Die kurzen Jahre der Weimarer Republik hatten nicht ausgereicht, eine weibliche politische Kultur zu entfalten. Ein verengter, an den von Männern geprägten Strukturen orientierter Politikbegriff beließ Aktivitäten von Frauen im Dunkel der Geschichte. Die politische Wirksamkeit gesellschaftlicher Betätigung von Frauen, etwa im sozialen Bereich, wurde auch im Prozess der Entnazifizierung nicht reflektiert. Dies veranschaulicht deutlich der Fall der Stellvertreterin der Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink, Else Paul.

Else Paul, die seit 1928 in Karlsruhe lebte, dort 1931 der NSDAP beitrug und als Kreisfrauenschaftsleiterin fungierte, folgte im Januar 1934 der ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt in Karlsruhe für den Nationalsozialismus aktiven Scholtz-Klink nach Berlin.³⁵ Die Übersiedlung sei, so Paul, *aus rein menschlichen Gründen* erfolgt, habe doch die zu diesem Zeitpunkt schwangere Scholtz-Klink der Unterstützung bedurft.³⁶ Das eifrige Bemühen, sich im Nachhinein selbst zu entlasten, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Else Paul in Berlin faktisch als Vertreterin Scholtz-Klinks mit dem Rang einer Hauptabteilungsführerin der *Nationalsozialistischen Frauenschaft* agierte. Ihre Verdienste um die nationalsozialistische Bewegung führten zur Verleihung des goldenen Parteiabzeichens. Im Januar 1945 kehrte sie nach Süddeutschland zurück, wo sie am 24. September 1945 in Ettlingen verhaftet und – nach einigen Tagen im Karlsruher Gefängnis – in das Internierungslager Ludwigsburg verlegt wurde. Die zuständige Spruchkammer stufte sie dort am 1. Dezember 1947 als Hauptschuldige ein und verurteilte sie zu drei Jahren Arbeitslager. Damit hatte die Entnazifizierungsbehörde zunächst eine Strafe verhängt, die im Fall von Frauen selten und nur in besonders schweren Fällen vorkam.³⁷ Angesichts der politischen Funktion Else Pauls innerhalb der nationalsozialistischen Frauenarbeit scheint die-

ses Urteil nicht unangemessen. Die Tatsache jedoch, dass Gertrud Scholtz-Klink lediglich 18 Monate Haft verbüßen musste, zeigt die Problematik der Entnazifizierung und macht das Unbehagen von Zeitgenossen in Anbetracht solch offensichtlicher Ungerechtigkeiten verständlich.³⁸ Scholtz-Klink hatte sich drei Jahre unter falschem Namen versteckt gehalten und trat zu einem Zeitpunkt vor die Spruchkammer, als die Entnazifizierung bereits ihrem Abschluss entgegen ging und mit milden Urteilen zu rechnen war. In dem Urteil zu Scholtz-Klink hieß es: *Mildernd wurde in Betracht gezogen [...], dass sie sich in ihrer politischen Arbeit vorwiegend mit den hauswirtschaftlichen, sozialen und karitativen Aufgaben der Frau befasste ...*³⁹

Vor diesem Hintergrund dürfte schließlich die im Juli 1951 erfolgte Aufhebung des Spruchs der Entnazifizierungskammer gegen Else Paul durch das württemberg-badische Innenministerium und die Wiederaufnahme des Verfahrens zu sehen sein. Begründet wurde dieses Vorgehen damit, dass Paul sich einer politischen Tätigkeit enthalten sowie ein *gutes Gesamtverhalten* und Kirchentreue an den Tag gelegt habe.⁴⁰ Verschiedene Entlastungszeugnissen versicherten ebenfalls, Else Paul habe sich nie politisch betätigt [sic!], stets nur sozial und karitativ gearbeitet, ihr *eigentlicher, ganz unpolitischer Beruf* sei es gewesen, zu helfen und Hilfe zu organisieren. *Nie werde ich deshalb glauben, – so eine mit Paul befreundete Krankenschwester – dass diese Frau, die so alles and[er]e ist als eine „herrschaftige Führernatur“, an Dingen oder Machenschaften beteiligt gewesen sein könnte, die den Idealen der Nächstenliebe und Menschlichkeit [...] zuwiderlaufen.* Solche Aussagen erfolgten in erster Linie mit dem klaren Ziel einer Entlastung und stellten als solche kein Spezifikum im Verfahren gegen weibliche Betroffene dar. Die inhaltliche Begründung der Entlastungen ist jedoch im Hinblick auf geschlechtsspezifische Unterschiede zu hinterfragen. Gertrud Scholtz-Klink hatte durchaus die politische Dimension ihrer Tätigkeit begriffen. 1934 hatte

sie von der Frau gefordert: *Sie muss [...] politisch denken können: nicht parteipolitisch, sondern politisch so, dass sie mitfühlt, mitdenkt, mitopfert aus ihrem Stolz heraus als Erhalterin des Volkes.*⁴¹ Die Entnazifizierungsbehörden entpolisierten jedoch im Rückgriff auf ein im bürgerlichen Geschlechterdualismus begründetes Weiblichkeitsideal die in der nationalsozialistischen Bewegung aktiven Frauen und verhinderten somit eine Reflexion der persönlichen Verantwortung der Einzelnen sowie der Wirkung weiblicher (Un)Taten und ihre gesellschaftlichen Folgen. Gleichzeitig ermöglichte das Beharren auf rein weiblichen *Betätigungsfeldern* den belasteten Frauen eine Rechtfertigung ihres Handelns. So insistierte Else Paul im Nachhinein auf dem karitativen Charakter ihrer Tätigkeit und zog ihre Lebenslinie bruchlos von der im Ersten Weltkrieg an der Front tätigen Rotkreuz-Schwester zur *rein karitativ tätigen* NS-Hauptabteilungsführerin. Das Bemühen, ihre nationalsozialistischen Aktivitäten mit dem Hinweis auf eine 1932 im Rahmen der Karlsruher Winterhilfe erfolgte Zusammenarbeit mit den konfessionellen – auch jüdischen – Wohlfahrtsorganisationen und dem *Roten Kreuz*, zu rechtfertigen, erscheint zunächst ungeheuerlich. Tatsächlich saßen jedoch im Herbst 1932 Vertreterinnen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Frauenbewegung – neben Vertretern der Wohlfahrtsverbände – gemeinsam mit der NS-Volkswohlfahrt in der städtisch unterstützten Winternothilfe. Räume für die Geschäftsstelle dieser *Karlsruher Notgemeinschaft* (s. S. 31) stellte der *Badische Frauenverein* zur Verfügung.⁴² So führt die Auseinandersetzung mit dem Entnazifizierungsverfahren Else Pauls auch zu Fragen hinsichtlich des Verhaltens der Karlsruher Frauenbewegung zum Nationalsozialismus.

Die Vermeidung einer Auseinandersetzung – Bürgerliche Frauenbewegung und Nationalsozialismus

Eine Auseinandersetzung der Karlsruher Frau-

enbewegung mit den Tätern und auch mit den Opfern des Nationalsozialismus fand in den Nachkriegsjahren nicht statt. Noch viel weniger wurde der Umstand reflektiert, dass die [...] *Gesellschaft im wesentlichen aus jenen besteht, die weder „Täter“ noch „Opfer“, sondern „Mitläufer“ waren.*⁴³ Manche, die sich als Gegner/innen des Regimes betrachteten, hatten für sich selbst keine andere Möglichkeit gesehen, als ein begrenztes Mitläufertum zu praktizieren, wie es das Beispiel der bekannten Protagonistin der bürgerlichen Frauenbewegung Luise Riegger veranschaulicht.

Luise Riegger hatte im Juni 1933 die Auflösung des *Badischen Verbandes für Frauenbestrebungen*, dessen Vorsitz sie innehatte, durch die Beauftragte der badischen Regierung und spätere Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink hinnehmen müssen.⁴⁴ Die folgenden Jahre verbrachte Luise Riegger, wie sie es selbst bezeichnete und wie auch im Spruch der Entnazifizierungskammer festgestellt wurde, in *passivem Widerstand*.⁴⁵ *Sie hasste Grundsätze und Methoden der Nazis und jedermann wusste das*, schrieb eine 1941 in die USA emigrierte Freundin.⁴⁶ Unannehmlichkeiten mit der Schulbehörde blieben nicht aus, Luise Riegger durfte keinen Geschichtsunterricht mehr erteilen und nur noch in unteren Klassen unterrichten. Eine ihrer Nichten erinnert sich, dass sich ihre Tante Luise Maßregelungen in der Schule notgedrungen gefügt habe, nicht aber ohne hinzuzufügen, dass sie dieses Regime nicht bejahe.⁴⁷ Auch ein ehemaliger Schüler berichtet, dass sie nur widerwillig die Fahnenappelle absolvierte und immer deutlich gewesen sei, dass sie dem nationalsozialistischen Regime nicht gerade Sympathien entgegenbrachte.⁴⁸ In eindeutigen Worten kritisierte sie die von den Nationalsozialisten eingeführte Jugenderziehung, die sie *anekelte*.⁴⁹ Die Kontakte zu ihren jüdischen Freunden hielt sie bis zu deren Emigration aufrecht und nahm deren Kinder mit auf Urlaubsreisen. Offensichtlich sah Luise Riegger in ihrer Position als Lehrerin auf Dauer jedoch keine Möglichkeit, sich einer Aufnahme in die *Nationalsozia-*

listischen Frauenschaft zu widersetzen. Sie selbst erklärte, sich nicht dagegen gewehrt zu haben, da sie diese Organisation für *politisch unbedeutend* gehalten habe.⁵⁰ Einer Übernahme in die NSDAP trat sie jedoch erfolgreich entgegen. Ihre Mitgliedschaft in der NS-Frauenschaft führte im Entnazifizierungsverfahren zu einer Einstufung als *Mitläuferin*. Wie auch andere, die trotz politischer Gegnerschaft in die Mühlen des nationalsozialistischen Apparates geraten waren, empfand Riegger das Kapitel Entnazifizierung als schmerzlichen Teil ihrer Biographie.

Das schematische, primär an formalen Kriterien orientierte Verfahren bot keinen Rahmen für eine kritische Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit. Raum für Zwischentöne, aber auch für eine Diskussion der persönlichen Verantwortung der Einzelnen blieb kaum. Das Verfahren der Entnazifizierung war durchaus umstritten, unter den politisch aktiven Frauen erfolgte jedoch keine öffentliche Diskussion hierzu. Überliefert ist lediglich die juristische Auseinandersetzung der Stuttgarter CDU-Landtagsabgeordneten und Amtsgerichtsrätin Dr. Maria Fritzle mit dem *Befreiungsgesetz*. Wie Hannah Arendt sah auch Fritzle, dass die einzige Alternative zu einer von den Alliierten durchgeführten Entnazifizierung eine *Gegenrevolution gegen Hitler* gewesen wäre. Diese sei jedoch misslungen, [...] *weil Hitler mit solchem Terror an seiner Macht festhielt, dass der Einzelne nicht dagegen aufkam und größere Gemeinschaften sich nicht bilden konnten.*⁵¹ Diese Haltung verhinderte ein Nachdenken darüber, wer Hitler an die Macht brachte, wie der Terror funktionierte und wer ihn stützte. So kritisierte Fritzle an dem von den Amerikanern erlassenen *Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus*, dass seine Ziele, die für die nationalsozialistische Gewaltherrschaft Verantwortlichen zu erfassen, ihnen ihre Verantwortung zu Bewusstsein zu bringen und sie zu einer Wiedergutmachung verpflichten zu wollen, juristisch nicht zu realisieren seien. Ihre Kritik an der Vermischung politischer und rechtlicher, strafrechtlicher und zivilrechtli-

cher Gesichtspunkte im Gesetz ist vom juristischen Standpunkt aus sicher nicht unbegründet. Doch mit dieser Beschränkung auf eine rein rechtliche Auseinandersetzung wurde die Verantwortung für die Entnazifizierung letztendlich wiederum den Alliierten zugeschoben. Eine Alternative hätte die kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte und eine Reflexion über Verantwortlichkeiten auch in den Reihen der politisch aktiven Frauen sein können. Ein Nachdenken über die Rolle der gesellschaftlich tätigen Frauen im Nationalsozialismus, aber auch über die Rolle der bürgerlichen Frauenbewegung auf dem Weg zur *Gleichschaltung* fand jedoch auch bei denen, die sich als Gegnerinnen des nationalsozialistischen Regimes verstanden, wie etwa Luise Riegger, in den folgenden Jahren nicht statt.⁵² Der Nationalsozialismus blieb hier ein Ergebnis der *bösen* männlichen Welt, der weibliche Werte entgegenzusetzen seien.⁵³

Die Vermeidung einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Vergangenheit prägte auch die erste interzonale Frauentagung, die vom 21. bis 23. Mai 1947 in Bad Boll stattfand. Zwar wurde die Kriegsschuldfrage mehrfach angesprochen, doch auch in diesem Zusammenhang wurde eine grundsätzliche Diskussion des Nationalsozialismus vermieden. Im Tagungsprotokoll wurde erleichtert vermerkt: *Eine Amerikanerin sprach uns aus dem Herzen, als sie ihre ewige Erörterung für fruchtlos erklärte.*⁵⁴ Immerhin kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, als ein Antrag gestellt wurde, der die sofortige Entlassung der in den Internierungslagern inhaftierten deutschen Frauen, d. h. führende Funktionsträgerinnen der Nationalsozialisten, forderte. [...] *man müsse die endlich aus der Internierung 'rausbringen, weil das die führenden Frauen der Frauenbewegung sein könnten, die hätten doch Erfahrungen in der Frauenbewegung,* schilderte eine bei der Tagung anwesende Verfolgte des nationalsozialistischen Regimes die Diskussion: *Und da bin ich aufgestanden und hab' gebrüllt: Ich protestiere im Namen der ehemaligen politischen*

*Gefangenen! [...] Und dann ist eine Frau aufgestanden und hat gesagt, das wäre doch ein großer Akt der Versöhnung, wenn ich mich bereit erklärte, auch für diese Frauen einzutreten [...]*⁵⁵ Die Zeitschrift *Die Welt der Frau* kommentierte diesen Vorfall folgendermaßen: *Abgesehen davon, dass wir es uns nicht leisten können, all diese Frauen, die irgendwann einmal mit dem Nationalsozialismus in Berührung gekommen sind, beim Wiederaufbau auszuschalten, – es ist vornehmstes Gebot der Frau, nicht zu hassen, sondern zu lieben und zu verzeihen.*

Dies war eine Haltung, die offenbar einem breiten Konsens unter den Frauen insbesondere der bürgerlichen Verbände und Parteien entsprach. Gertrud Bäumer, eine der bedeutendsten Protagonistinnen der bürgerlichen Frauenbewegung vor 1933, sah es als Verdienst des Nationalsozialismus – wenn auch dessen politischen Ziele *verhängnisvoll* gewesen seien – den Frauen in den Frauenschaften eine Gemeinschaft gegeben zu haben, [...] *die ihnen zugleich den Weg zum Einsatz für die Volksgemeinschaft erschloss und in der Tausende sowohl die Wärme der Gemeinschaft wie die Befriedigung eines Dienstes am Ganzen erlebten.*⁵⁶ Die sozialen Aufgaben hätten den Frauen den *Durchblick auf die böse Sache* verdeckt.⁵⁷ 1946 unternahm sie schließlich in ihrer Schrift *Der neue Weg der deutschen Frau* den Versuch, die Frauen von einer maßgeblichen Schuld reinzuwaschen. Sie sah es als *Tragikomödie*, [...] *dass man ihnen nun gleichzeitig die Zugehörigkeit zum Nationalsozialismus, in dem sie nichts bedeuteten, als Schuld anrechnet.* Ihre Ausführungen gipfelten in dem Schluss: *Es lohnt sich wirklich nicht, den geistigen Kampf mit dem Nationalsozialismus noch einmal wieder aufzunehmen. Man soll ihm nicht ausweichen, selbstverständlich, wo er noch einen Verteidiger findet, und ihr Bedürfnis nach Auseinandersetzung wird die Jugend schon selbst anmelden. Aber im übrigen: Guarda e passa! (Ein Blick auf sie und weiter.)*⁵⁸ Am Beispiel Gertrud Bäumers, die sich einerseits in vielem von den Nationalsozialis-

ten vereinnahmen ließ, andererseits aber manches Mal auch eine eindeutige Gegenhaltung zum NS-Regime zu erkennen gab, wird deutlich, wie breit die Skala möglicher Verhaltensweisen zwischen Begeisterung und offenem Widerstand war. Dies thematisierte die Frauenbewegung der Nachkriegsjahre nicht. Die Historikerin Angelika Schaser, die sich intensiv mit Leben und Werk Bäumers auseinandersetzte, kommt zu dem Schluss: *Wie viele dämonisierte sie nach 1945 die Zeit des Nationalsozialismus, ohne jemals ihre eigene Rolle kritisch zu reflektieren* – eine Haltung, die auch am Beispiel einer Organisation der bürgerlichen Frauenbewegung in Karlsruhe deutlich wird.⁵⁹

Auflösung oder Gleichschaltung? Der Deutsche Akademikerinnenbund und seine Vergangenheit

*Das Schicksal des DAB unter dem Nationalsozialismus war dem der anderen Frauenorganisationen ähnlich, die sich den Forderungen der Naziideologie widersetzen und zum Beispiel nicht gewillt waren, den sogenannten Arierparagraphen für ihre Mitglieder anzuerkennen. [...] Mit einer Hellsichtigkeit und Standhaftigkeit, die leider nicht alle Akademiker ausgezeichnet hat, hat der DAB der nationalsozialistischen Versuchung widerstanden.*⁶⁰ So stellt sich die Geschichte des DAB während des Dritten Reichs in einer Schrift zum 60jährigen Bestehen des Verbandes dar. Verfasserin dieser Zeilen ist die 1912 geborene Berliner FDP-Politikerin Ella Barowsky: *Einer liberaldemokratischen Geisteshaltung verpflichtet, widerstand die junge Akademikerin nach 1933 jeder Versuchung, sich auch nur zum Schein an die herrschende politische Linie anzupassen. Sie überstand die Zeit des Nationalsozialismus in bescheidenen beruflichen Tätigkeiten, um nach dem Krieg zu den ersten zu gehören, die mit dem Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens begannen.*⁶¹ Barowsky nahm Anfang Mai 1945 ihre Arbeit in der Position eines Rechnungsdirektors in der Finanzverwaltung

des Schöneberger Rathauses auf und war von 1951 bis 1955 Bezirksbürgermeisterin von Schöneberg. Dass das Arbeitspensum jener Nachkriegsjahre der Aufbaupolitikerin keine Zeit für eine Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit ließ, mag noch nachvollziehbar sein. Es stellt sich jedoch die Frage, warum Barowsky, die nach der Neugründung 1949 dem DAB beitrug, noch 1987 die Geschichte dieses Verbandes im Nationalsozialismus so undifferenziert und ungebrochen positiv darstellte. Bis in die jüngste Zeit liest sich das immer wieder so: *1933 löste sich der DAB selbst auf, um der Vereinnahmung durch die Nationalsozialisten zu entgehen.*⁶² Doch diese Darstellung bedarf dringend einer Korrektur, wie die noch erhaltenen Verbandsunterlagen des DAB Karlsruhe aus den Jahren 1927 bis 1937 zeigen.⁶³

Nach dem Amtsantritt Hitlers suchte der DAB zunächst, Proteste gegen die Entlassung von Akademikerinnen aus verantwortlichen staatlichen Positionen zu mobilisieren. Am 28. Februar 1933 forderte der DAB Berlin seine Ortsverbände auf, gegen die Zwangsbeurlaubung Dr. Gertrud Bäumers von ihrem Ministerialratsamt im Reichsministerium des Innern zu intervenieren.⁶⁴ Die Karlsruher Gruppe konnte sich jedoch nicht dazu entschließen, ein entsprechendes Schreiben an den Reichskanzler zu verfassen, da man sich für nicht ausreichend informiert hielt und zudem die Meinung vertrat, Protest sei *unklug*.⁶⁵ Bäumer wurde schließlich nach dem *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* am 21. April 1933 aus politischen Gründen von ihrem Amt entbunden.⁶⁶

Die tiefgreifenden Veränderungen im öffentlichen Leben Deutschlands veranlassten den Vorstand des DAB am 10. Mai 1933 zu einem Rundschreiben an die Ortsverbände, in dem die Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen angekündigt und versichert wurde, man wolle die Organisation vor *Eingriffen von außen* bewahren. Dieses Rundschreiben war von Dr. Marie Elisabeth Lüders, A. Schönborn und Frau

Schlüter-Hermeks unterzeichnet worden. Nur einen Tag später, am 11. Mai 1933, ging ein weiteres Rundschreiben des DAB Berlin an die Ortsverbände. Dieses hatte Dr. Ilse Szagunn, *Leiterin der Ortsgruppenarbeit* des DAB, unterzeichnet, und der Tenor war ein ganz anderer. Dort hieß es: *Die nationale Revolution, die wir erleben, kann an keinem Verbands [...] unbeachtet vorübergehen. Diejenigen Kräfte, die das neue Deutschland freudig bejahen [...] gilt es jetzt zu tätiger und führender Mitarbeit heranzuziehen.* Wiederum zwei Tage später, am 13. Mai 1933, wandte sich Lüders erneut an die Mitglieds- und Ortsverbände des DAB und erklärte nun, ihr Rundschreiben vom 10. Mai sei durch die Ereignisse der letzten Tage überholt. Es werde keine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, sondern für den 18. Mai eine Gesamtvorstandssitzung, die dieselben Befugnisse habe. Ebenfalls vom 13. Mai 1933 datiert ein erneutes Schreiben Szagunns, das darauf schließen lässt, dass sich in der Berliner Verbandszentrale Machtkämpfe um das weitere Schicksal des DAB abspielten. Die Gesamtvorstandssitzung am 18. Mai eröffnete Marie Elisabeth Lüders schließlich mit der Erklärung, dass die *Zeitverhältnisse* es erforderten, eine Nationalsozialistin in den Vorstand zu wählen. Die Forderung der Regierung sei erfüllt, wenn dem bisherigen Vorstand eine Nationalsozialistin als Erste Vorsitzende beigegeben werde. Lüders trat von ihrem Amt als bisherige Erste Vorsitzende zurück. Die Versammlung legte einen gewissen Eigenwillen an den Tag und beschloss mehrheitlich, nicht nur die Vorsitzenden, sondern den gesamten Vorstand neu zu wählen. Agnes von Zahn-Harnack und Dr. Koffka lehnten eine Wiederwahl ab. Statt der gewünschten Nationalsozialistin Matthias wählte man schließlich Johanna Willich zur Ersten Vorsitzenden, Matthias nur zur Zweiten. Daraufhin erklärte die Vertreterin der katholischen Deutschen Studentinnenvereine [sic!] den Austritt ihres Verbandes aus dem DAB, da man der Forderung, eine Nationalsozialistin zur Ersten Vorsitzenden zu wählen, nicht entsprochen habe.⁶⁷

Die Vorgänge im Vorstand des DAB in Berlin im Mai 1933 konnten im Rahmen dieser Regionalstudie nicht näher untersucht werden, deutlich wird jedoch anhand der wenigen in Karlsruhe erhaltenen Rundschreiben und Protokolle des Vorstands, dass die bisherige Verbandsgeschichtsschreibung einer Revision bedarf. Aussagen, wie *Im Mai 1933 trat der Vorstand zurück*, treffen nicht ganz den Sachverhalt.⁶⁸ M. E. Lüders, Zahn-Harnack und Dr. Koffka zogen sich zurück, ihnen folgten viele Mitglieder auf den unterschiedlichsten Verbandsebenen, aber eine Reihe anderer Mitglieder vollzog die „Gleichschaltung“ des DAB mit. Im Rundschreiben an die Mitglieds- und Ortsverbände vom 12. Juni 1933 hieß es, der Vorstand sei nun entsprechend den Forderungen der *Regierung der nationalen Erhebung* umgestaltet, die Zweite und Dritte Vorsitzende sowie die Schriftführerin gehörten der NSDAP an. [...] *alle anderen Mitglieder des Vorstandes stehen hinter den Regierungsparteien, und so ist der Gesamtvorstand aus Überzeugung bereit, für die Entwicklung im neuen Deutschland seine volle Kraft in freudiger Mitarbeit einzusetzen und alle die Bestrebungen zu fördern, die unser Volk zu einer starken, nationalen, in sich geeinten Gemeinschaft führen.*⁶⁹ Die Satzung blieb zunächst unverändert bestehen. Zwar wurde versichert, für die Kolleginnen, welche bereits Mitglieder des DAB seien, gelte der *Arierparagraph* nicht, Einschränkungen wurden jedoch hinsichtlich von Neuaufnahmen gemacht. Hier sei darauf zu achten, dass Mitglieder *nicht arischer Herkunft* nur dann aufgenommen werden können, ... *wenn sie von der Regierung für die Ausübung ihres Berufes anerkannt worden sind.* Das heißt faktisch, dass jüdische Akademikerinnen im DAB keine Aufnahme mehr fanden. Denn nach Erlass des *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* waren Juden vom Beamtenberuf ausgeschlossen, als Arbeiter und Angestellte bei Behörden entlassen worden, ebenso alle jüdischen Honorarprofessoren, Privatdozenten und Notare. Als Rechtsanwälte wurden sie nur noch beschränkt zugelassen, als

Patentanwälte, Kassenärzte, -zahnärzte und -zahntechniker. Der DAB forderte des Weiteren seine Ortsverbände auf, alle Vorstände umzugestalten: *Es ist notwendig, dass alle führenden Stellen [...] volksdeutscher Herkunft sind und die Ziele der nationalen Bewegung bewusst bejahen.* Der Anschluss des DAB-Gesamtvorstandes an die *Frauenfront* wurde als Gewähr für eine *positive Mitarbeit* akademisch gebildeter Frauen ... *bei der Organisation und der Eingliederung der Frauen in dem neuen Volksstaat* begründet. Auch in Karlsruhe vollzog der DAB eine Anpassung an die *Zeitverhältnisse*, entsprechend den Anweisungen aus Berlin. Seit dem Wegzug der bisherigen Vorsitzenden Dr. Freyss nach Berlin führte die Studienrätin Dr. Gertrud Carl kommissarisch die Geschäfte. Carl notierte am 3. Juni 1933, eine Rücksprache mit Gertrud Scholtz-Klink habe ergeben, dass der DAB nach Auflösung des *Badischen Verbandes für Frauenbestrebungen* (s. S. 95), dem er als Dachverband der bürgerlichen Frauenbewegung angehört hatte, nun der *Arbeitsgemeinschaft deutscher Frauen und Mädchen* anzuschließen sei. In der Folgezeit betrieb Gertrud Carl in engem Kontakt mit Scholtz-Klink den Anschluss der badischen Akademikerinnen an die nationalsozialistische *Arbeitsgemeinschaft*. Sie nahm im Auftrag Scholtz-Klinks diesbezüglich Verbindung zu den DAB-Gruppen in Freiburg und Mannheim auf und bat diese, ihre Vorstandslisten an die NS-Frauensschaft in Karlsruhe einzusenden, ... *mit dem Bemerken, ob die Vorstandsmitglieder arischer Abkunft sind.*⁷⁰ Die Freiburgerinnen meldeten am 25. Juli 1933 nach Karlsruhe, ihr Vorstand sei neu gewählt und ... *den Erfordernissen zum Anschluss an die Frauenfront angepasst. [...] Sämtliche Vorstandsmitglieder sind arischer Abstammung.*⁷¹ Dies wurde auch aus Mannheim gemeldet, wo man im Prinzip einen Anschluss des DAB an die der *Arbeitsgemeinschaft deutscher Frauen und Mädchen* begrüßte. Allerdings hielten die Mannheimerinnen eine gemeinsame Vertretung aller badischen DAB-Gruppen durch eine Delegierte für nicht

sinnvoll, vielmehr plädierten sie für eine direkte Vertretung jeder einzelnen Gruppe in der *Arbeitsgemeinschaft*. Gewisse Schwierigkeiten sah man auch angesichts der Tatsache, dass es sich um eine DAB-Gruppe Mannheim-Ludwigshafen handelte, die Mitglieder aus Ludwigshafen zahlreich waren und deren Abspaltung eine starke Beeinträchtigung der Arbeit bedeutet hätte.⁷² Gertrud Carl antwortete im September nach Mannheim, dass nach Rücksprache mit Scholtz-Klink die Gruppe Mannheim und Ludwigshafen der *Arbeitsgemeinschaft* angeschlossen werden könnten, eine Einzelvertretung sei jedoch nicht vorgesehen, vielmehr werde sie selbst die Gruppen Karlsruhe, Mannheim-Ludwigshafen und Freiburg vertreten.⁷³ Damit war der Anschluss des DAB in Baden an die nationalsozialistische Frauenorganisation vollzogen. Doch die Anpassungsleistungen des Akademikerinnenverbandes wurden auf Reichsebene als noch nicht genügend erachtet.

Am 13. Dezember 1933 berichtete die Vorsitzende Johanna Willich nach Rücksprache mit Vertreterinnen des *Deutschen Frauenwerks*, dass der DAB *eine äußere und innere Umgestaltung* erfahren müsse: *Ich bin mir darüber klar, dass bei diesem Anschluss der Deutsche Akademikerinnenbund aus einer Gemeinschaft, welche vornehmlich berufliche und kulturelle Interessen vertrat, nun zu einer Gesinnungsgemeinschaft wird. Dafür ist es notwendig, dass wir die nicht-arischen Mitglieder unseres Bundes ausschließen.*⁷⁴ Es werde eine Änderung der Satzung notwendig, dort müsse es heißen, [...] *dass wir nur solche Mitglieder aufnehmen, die arisch und deutsch sind, also unser Volkstum der Rasse, der Sprache und dem Erleben nach bejahen.* Auch der Verbandszweck bedürfe einer Neudefinition. Es gehe nun nicht mehr um *die Vertretung eigener Interessen beruflicher und ständischer Art, sondern (um) die Pflege kultureller Interessen innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft.* Der Akademikerinnenbund sollte von einem Interessenverband zu einer *Gesinnungsgemeinschaft* umgewandelt werden. Willich

Sehr geehrte Frau Doktor!

Das Deutsche Frauenwerk, die Dachorganisation der deutschen Frauenverbände setzt für alle angeschlossenen Verbände die Anwendung des Arierparagraphen gemäß dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums voraus. Der Deutsche Akademikerinnen-Bund hat infolgedessen den Beschluß gefaßt, den Arierparagraphen in diesem Sinne bei seinen Mitgliedern anzuwenden, was wir Ihnen hiermit zur Kenntnis bringen möchten.

Deutscher Akademikerinnen Bund

Ortsgruppe Karlsruhe

Dr. Gertrud Carl

Abgegangen an:

Adler-Rosenberg

Brückheim

Münzschneiders-Kunde

Dr. Kurt Marx

23 Schreiben der
Vorsitzenden des DAB
Karlsruhe an die
jüdischen Mitglieder,
29. November 1933.

sah durchaus, dass es mit der Akzeptanz einer solchen Satzung durch die *International Federation of University Women* (IFUW), der der DAB angehörte, Probleme geben könnte, doch erklärte sie, diese Frage müsse zunächst gleichgültig sein: *Es kommt darauf an, dass wir zuerst den Anforderungen unseres deutschen Lebens im nationalsozialistischen Staate Genüge tun.* Für den DAB hieß das in der Folgezeit vor allem, seine jüdischen Mitglieder loszuwerden, soweit diese nicht selbst schon Konsequenzen aus der Gleichschaltung ihres Verbandes gezogen hatten und ausgetreten waren. In einer Denkschrift zur Arbeit des DAB im neuen Deutschland betonte Dr. Lore Liebenam-Holzhausen nochmals: *Notwendig für die Mitarbeit des DAB im „Frauenwerk“ ist jedoch, dass unsere Mitglieder arisch sind und möglichst auch in irgendeiner Form der NSDAP angehören.*⁷⁵ Bestandteil der künftigen Arbeit müsse die *nationalsozialistische Schulung* sein.

Als Thema wurde u. a. vorgeschlagen: *Rasse, Vererbung und Eugenik. Die Judenfrage.* Von den Wurzeln des DAB in der bürgerlichen Frauenbewegung distanzierte sich Liebenam-Holzhausen und bedauerte, mit einer [...] *nicht sehr erfreulichen Tradition belastet* zu sein: *Die alte Frauenbewegung überschätzte bekanntlich die Berufstätigkeit der Frau [...] Wir müssen [...] ausdrücklich betonen, dass es uns fern liegt, etwa in kämpferischem Geist die Frauenfrage im neuen Deutschland zu verfolgen. Es geht uns lediglich um eine glückliche Lösung der Frauenfrage, die bei der erstrebten Gesundung und Ertüchtigung unseres ganzen deutschen Volkes von größter Bedeutung ist.* Noch im Oktober 1933 erging aus Berlin die Aufforderung an alle Mitglieds- und Ortsverbände des DAB, die *nicht-arischen* Mitglieder auszuschließen. Der Ausschluss *arischer* Frauen, die mit einem *Nicht-Arier* verheiratet sind, werde nicht verlangt, wenn dieser sich als



24 Dr. Ing. Irene Adler-Rosenberg, Foto um 1915.

Kriegsteilnehmer noch im Staatsdienst befindende. Betont wurde, dass es sich bei diesem Vorgehen um einen freiwilligen Beschluss des DAB handele, um die Mitarbeit im *Deutschen Frauenwerk* zu ermöglichen.⁷⁶

In den handschriftlichen, wahrscheinlich von Gertrud Carl gefertigten Notizen zur Situation des DAB Karlsruhe vom 9. November 1933 wurde vermerkt: *Mitgliederstand durch Ausscheiden Nichtarier dezimiert. Die OG [Ortsgruppe] darf deshalb nicht aufliegen, das wäre Armutszeugnis.*⁷⁷ Am 29. November 1933 schickte Carl ein Schreiben an die jüdischen Mitglieder, in dem sie diese von der Anwendung des *Arierparagraphen* durch den DAB in Kenntnis setzte, und sie damit quasi zum Austritt aufforderte. Bereits ausgetreten waren Dr. Lore Marx und die Ärztin Dr. Johanna Maas. Mit zynischer Gründlichkeit wurde von Johanna Maas, die mit ihrem Austritt am 30. Juli 1933 einem zu erwartenden Ausschluss zuvor-

kam, noch der Mitgliedsbeitrag für das gesamte Jahr 1933 erhoben.⁷⁸

Der DAB hatte mit dem Ausschluss seiner jüdischen Mitglieder am Beginn einer Entwicklung teil, die in Verfolgung und Vernichtung enden sollte. Dr. Johanna Maas wurde wie allen jüdischen Ärzten 1938 die Führung der Bezeichnung *Arzt* verboten, und sie durfte nur noch als *Krankbehandler* in Karlsruhe praktizieren. Nach dem Entzug der Praxiserlaubnis zog sie dann mit ihrer Mutter nach Frankfurt, um dort am jüdischen Krankenhaus zu arbeiten. Sie wurde schließlich nach Theresienstadt deportiert, wo sie wiederum als Ärztin tätig war und vielen Menschen in ihrer Not Beistand leistete. Während des Krieges gelang ihr die Ausreise in die Schweiz, von dort emigrierte sie in die USA.⁷⁹

Unter den ausgeschlossenen Mitgliedern des DAB Karlsruhe befand sich desweiteren auch die erste in Deutschland promovierte Diplom-Ingenieurin. Der 1890 geborenen Dr. Irene Adler-Rosenberg gelang 1938 mit ihrem Ehemann Dr. med. Erich Adler und der Tochter Elise die Flucht über die Schweiz in die USA.⁸⁰ Neben den bereits Genannten, Marx, Maas und Adler-Rosenberg, wurden von Carl als weitere *ausgeschiedene* Mitglieder aufgeführt: Dr. med. Burger-Deimling, Dr. phil. Ebertsheim, Dr. Maria Goldschmidt, Dr. Jaffé, Dr. jur. Marx und Dr. phil. Münzesheimer-Kander.⁸¹

Nicht alle Mitglieder vollzogen den Wandel des DAB und den Ausschluss seiner jüdischen Mitglieder mit. Die Professorin am Fichte-Gymnasium Dr. Maria Roth schrieb am 29. November 1933 an Carl, dass sie *nach reichlicher Überlegung* zu dem Entschluss gekommen sei, aus dem DAB auszutreten: *In einer Zeit, in der sich alle Formen des Zusammenschlusses so grundlegend geändert haben, bleibt mir nicht mehr das nötige Interesse [...] für eine Organisation, die in der Vergangenheit unter ganz anderen Voraussetzungen entstanden war[...].*⁸² Offenen Protest gegen den Ausschluss der jüdischen Mitglieder scheint jedoch niemand geäußert zu haben.

Neben dem Austritt von Einzelmitgliedern

kam es auch zu einem Verlust Einzelner im DAB zusammengefasster Fachverbände, die sich selbst auflösten, wie etwa der Philologinnen- oder der Juristinnenverband sowie die *Vereinigung der Nationalökonominnen Deutschlands*. Der Austritt des *Bundes Deutscher Ärztinnen* im Mai 1934 führte schließlich zu Beunruhigungen, einzelne Ortsverbände wollten ihre Arbeit einstellen.⁸³ Nicht so der DAB Karlsruhe. Unter der Leitung Gertrud Carls fanden sich weiterhin rund zehn Akademikerinnen zu regelmäßigen Treffen zusammen.

Insgesamt hatte sich der DAB durch den Ausschluss jüdischer Mitglieder, die Austritte von einzelnen Mitgliedern und dem DAB angeschlossener Fachverbände erheblich dezimiert. Die Mitgliederzahlen waren schließlich von einstmal fast 4000 auf 400 gesunken.⁸⁴ Dies veranlasste Gertrud Scholtz-Klink, inzwischen Führerin des *Deutschen Frauenwerks* in Berlin, dem DAB im November 1934 mitzuteilen: *In seinem derzeitigen Bestand kann jedoch der Bund, nachdem die überwiegende Zahl der ihm angeschlossenen Organisationen ausgeschieden ist, keine arbeitsfähige Vertretung aller deutschen Akademikerinnen darstellen.*⁸⁵

Um eine Umformung voranzutreiben, mit dem Ziel einer [...] *Zusammenfassung aller der in das Deutsche Frauenwerk eingetretenen akademischen Fachschaften, Verbände und Gruppen*, hatte Scholtz-Klink bereits im Sommer d. J. die gewählte DAB-Vorsitzende Willich abgesetzt und das NSDAP-Mitglied Friederike Matthias mit der kommissarischen Führung des Verbandes beauftragt.⁸⁶ Anfang Oktober wurde dann der restliche gewählte Vorstand seines Amtes enthoben. Scholtz-Klink ordnete an, dass alle Vorstandsmitglieder des DAB, von der Reichs- bis zur Ortsgruppenebene, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen hätten. Alle akademischen Fachschaften und -verbände, die dem *Deutschen Frauenwerk* angeschlossen waren, wurden nun im *Reichsbund Deutscher Akademikerinnen* (RDA) zusammengefasst.⁸⁷ Damit hatte der *Deutsche Akademikerinnenbund* aufgehört zu bestehen.

Gertrud Carl wollte in Karlsruhe jedoch auch

noch diese Umwandlung zum RDA mitvollziehen. Mit einer krankheitsbedingten Verzögerung erklärte sie im Mai 1935, mit der Arbeit, dem Aufbau der neuen Organisation zu beginnen. Sie schickte ihre Beitrittserklärung nach Berlin und bat um die Zusendung 30 weiterer Aufnahmeformulare.⁸⁸ Belege über eine weitere Tätigkeit der Ortsgruppe Karlsruhe des RDA finden sich im Archiv des DAB jedoch nicht, erhalten sind lediglich einige Schreiben Carls aus den Jahren 1936 und 1937, die Schulreform und Situation von Abiturientinnen betreffend.

Diejenigen, die wie Gertrud Carl die Arbeit des Akademikerinnenverbandes unter nationalsozialistischen Vorzeichen und um den Preis des Ausschlusses der Jüdinnen fortführten, waren wohl nicht die Mehrheit der fast 4.000 Mitglieder, die der Verband beim Machtantritt der Nationalsozialisten zählte. Doch es kann keine Rede davon sein, dass der DAB sich 1933 aufgelöst habe, um eine Vereinnahmung durch die Nationalsozialisten zu verhindern. Dies hätte im Mai 1933 geschehen müssen. In Karlsruhe trug ein beachtlicher Teil der Mitglieder – ca. zehn Beitragzahlende, also etwa die Hälfte der ursprünglichen Mitgliedschaft – die Arbeit des *gleichgeschalteten* Verbandes bis 1934 mit.⁸⁹

Gertrud Carl arbeitete ab 1949 im wiedergegründeten DAB (s. S. 137) mit, 1953 wurde sie erneut zur Vorsitzenden gewählt und übte dieses Amt bis 1960 aus.⁹⁰ Im Januar 1946 war sie durch die Militärregierung von ihrem Dienst als Lehrerin am Bismarck-Gymnasium entlassen worden.⁹¹ Sie selbst hatte in ihrem Fragebogen zur Entnazifizierung angegeben, ab 1933 Mitglied des *Nationalsozialistischen Lehrerbundes*, ab 1936 der NS-Frauenschaft, der *Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt* und ab 1940 der NSDAP gewesen zu sein. Verschwiegen hatte sie jedoch, dass sie die Funktion einer *Gausachbearbeiterin* für wissenschaftliche Arbeiten und Mädchenbildung der Ortsgruppe West IV ausgeübt hatte.⁹² Dies veranlasste den öffentlichen Kläger, sie im Entnazifizierungsverfahren in die Gruppe der Belasteten (II) einzustufen.⁹³ Die Spruchkammer

verurteilte sie schließlich als Mitläuferin (IV) zu einer Geldsühne von 600 Mark. Das Ministerium für politische Befreiung von Württemberg-Baden wies daraufhin den Kläger an, Berufung einzulegen, da Carls Amt als Gausachbearbeiterin doch mehr als eine nominelle Unterstützung des nationalsozialistischen Systems gewesen und sie somit keineswegs als bloße Mitläuferin zu betrachten sei. Gertrud Carl dagegen rechnete sich gar dem Widerstand zu und legte ihrerseits Berufung ein, mit dem Ziel, als Entlastete aus dem Verfahren hervorzugehen. Nach dem Befreiungsgesetz sei entlastet, wer sich nicht nur passiv verhalten, sondern [...] *nach dem Maß seiner Kräfte aktiv Widerstand geleistet und dadurch Nachteile erlitten hat.*⁹⁴ Dies treffe auf sie zu, denn sie habe sich stets gegen nationalsozialistische Maßnahmen in ihrem Arbeitsbereich, insbesondere gegen die Schulreform, aktiv eingesetzt. [...] *gegen politische Maßnahmen konnte ich als Frau unter dem Nationalsozialismus grundsätzlich überhaupt nicht Stellung nehmen.* Auch den Vorsitz im DAB habe sie nur beibehalten, [...] *um gegebenenfalls bei den zuständigen Stellen für die Interessen der wissenschaftlichen Frauenarbeit eintreten zu können.*⁹⁵

Es soll hier nicht in Abrede gestellt werden, dass Gertrud Carl versuchte, ihre Meinung zur Schulreform kundzutun und für die Mädchenbildung eine Lanze zu brechen. Dies jedoch als Widerstand zu stilisieren, während sie andererseits die jüdischen Mitglieder zum Verlassen des DAB aufforderte, erscheint in Anbetracht des weiteren Verlaufs der deutschen Geschichte unverfroren, ja beschämend. Mit der schließlich erfolgten Einstufung als Mitläuferin kam sie gut weg. Die Spruchkammer stellte fest: *Dass die Betroffene irgendwelchen aktiven Widerstand geleistet hätte, ist nirgends ersichtlich. [...] Ebensowenig hat sie durch das nationalsozialistische Regime Nachteile erlitten. [...] In ihrer ganzen Dienstakte findet sich kein Anhaltspunkt dafür, dass sie wegen ihrer Ablehnung des NS in der Beförderung oder in sonstigen Dingen zurückgesetzt worden wäre, im Gegenteil hat die Partei keinerlei*

*Einwendungen gegen ihre Beförderung erhoben und ihre pol. Zuverlässigkeit für bedenkenfrei erklärt.*⁹⁶ Bereits im März 1946 hatte Carl ihre Lehrtätigkeit am Bismarck-Gymnasium wieder aufnehmen können.

Es geht an dieser Stelle nicht darum, Gertrud Carl für ihr Verhalten während des Nationalsozialismus zu verurteilen. Zu fragen ist jedoch, warum nach der Wiedergründung des DAB keine Auseinandersetzung über das Verhalten des Verbandes und seiner Vorsitzenden Carl in den Jahren nach 1933 erfolgte. Carl gab wie andere Akademikerinnen, die die Gleichschaltung mitvollzogen hatten, vor, diesen Weg im Interesse der akademischen Frauenarbeit beschritten zu haben. Doch wäre dieser Sachverhalt nicht gerade von Frauen, die eine wissenschaftliche Ausbildung genossen hatten, im Hinblick auf eine künftige Arbeit zu reflektieren gewesen?

Neben Gertrud Carl gehörte auch Maria Roth 1949 zu denen, die den DAB wieder gründeten. Beide waren während der gesamten Zeit des Nationalsozialismus als Lehrerinnen in Karlsruhe tätig gewesen, doch Roth war einen anderen Weg als Carl gegangen. 1933 aus dem *gleichgeschalteten* DAB ausgetreten, wurde sie auch nicht Mitglied der NSDAP oder der NS-Frauenschaft. Ihre Mitgliedschaften beschränkten sich auf NSV, Reichslandbund (RLB) und *Reichs-Nährstand* und dürften tatsächlich nomineller Art gewesen sein. Die Direktion der Fichteschule bescheinigte ihr eine etwas kühle, distanzierte Haltung zum Dritten Reich. 1937 scheint es eine politische Auseinandersetzung innerhalb des Kollegiums gegeben zu haben, in deren Verlauf der BDM eine Beschwerde gegen Maria Roth einlegte. Sie wurde angewiesen, sich künftig auf rein schulische Äußerungen zu beschränken. Die Gestapo-Leitstelle Karlsruhe interessierte sich 1941 aus nicht näher bezeichneten Gründen für die Lehrerin, auf staatspolizeiliche Maßnahmen und die Einleitung eines Strafverfahrens wurde jedoch verzichtet. Es folgten jedoch ihre Versetzung ins Elsaß, eine Maßnahme, die wiederholt gegen politisch nicht genehme Leh-

rer verhängt wurde, und eine Strafversetzung nach Bretten. Nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes wurde Maria Roth im August 1947 unter Weiterführung ihrer Bezüge vom Schuldienst beurlaubt und zur Vorsitzenden einer Entnazifizierungs-Spruchkammer ernannt (s. S. 62). Sie selbst erklärte hierzu, kein Mensch habe das Recht, über andere aus weltanschaulichen Gründen zu Gericht zu sitzen. Nazis würden hierdurch nicht zu Demokraten. Als Nichtbelastete komme sie aber ihrer Pflicht nach, um Voraussetzungen für den Wiederaufbau zu schaffen.⁹⁷ Zu fragen wäre, ob sie den Nationalsozialismus als rein weltanschauliches Problem betrachtete, und ob sie nicht die Frage nach der Verantwortung der Einzelnen in diesem Unrechtssystem stellen

wollte. Hielt sie es nicht für eine unabdingbare Voraussetzung des Wiederaufbaus des DAB, dessen Geschichte der *Gleichschaltung* aufzuarbeiten? Schließlich ist nur schwer vorstellbar, wie die beiden gegensätzlichen Lehrerinnen Carl und Roth nach 1949 im DAB zusammenarbeiteten. Wurde das Einverständnis durch Schweigen hergestellt? Diese Fragen blieben von den politisch aktiven Frauen jener Generation leider unbeantwortet. *Im Verdrängungsprozess der deutschen Geschichte ist gerade auch die unbequeme Frauengeschichte nicht weiter erzählt worden. Kritik oder das Eingeständnis von Schuld galten als destruktiv – [...] ein Sakrileg in der Wiederaufbaugesellschaft.*⁹⁸

Ist die Politik ein Reservatrecht der Männer?¹

Frauen in Gewerkschaften, Parteien und Gemeinderat

*Auf den Feldern, in den Trümmern, in den Fabriken sind es die Frauen, die den Hauptteil des Wiederaufbaus Deutschlands tragen und zu tragen haben werden ... psychologisch gesehen haben sie bessere Voraussetzungen für einen demokratischen Wiederaufbau als die Männer. Sie haben kein Gesicht zu verlieren.*², schrieb die demokratische Kongressabgeordnete Chase Going Woodhouse in einem im Auftrag des amerikanischen Armeeministers 1948 erstellten Bericht. Woodhouse, die am 7. Juni 1946 auch Karlsruhe besuchte (s. S. 187),³ setzte große Hoffnungen in die deutschen Frauen. Sie schätzte deren psychologische Ausgangsbasis günstiger ein, als die der deutschen Männer, die als Verlierer des Krieges auch einen Ehrverlust empfanden. Für Woodhouse war klar, dass die Frauen eine ihrer Bedeutung beim Wiederaufbau entsprechende politische Rolle beim Aufbau der Demokratie spielen mussten.

Erklärtes Ziel der Siegermächte in Deutschland war die Beseitigung von Nationalsozialismus und Militarismus sowie die Erziehung zur Demokratie. Während die von Nationalsozialisten gesäuberte Stadtverwaltung durch die alliierten Truppenkommandeure rasch mit politisch nicht belasteten Persönlichkeiten – in der überwiegenden Mehrzahl Männer – besetzt wurde, erhielten die 1933 vom NS-Regime verbotenen Parteien, denen die meisten neuen Verwaltungsmitglieder angehörten, keineswegs sofort wieder die Möglichkeit zur politischen Betätigung. Politische Aktivitäten waren zunächst unerwünscht. In vielen Städten, so z. B. in Stuttgart, bildeten jedoch schon im Frühjahr 1945 Mitglieder der von den Nationalsozialisten verbotenen Parteien und Gewerkschaften überparteilichen Zusammenschlüsse wie die Antifaschistischen Ausschüsse. In Karlsruhe kam ein solches Bündnis nicht zustande, Mitglieder der vor 1933 existieren-

den demokratischen Parteien und Gewerkschaften kamen jedoch zu informellen Treffen zusammen.

Die Amerikaner erkannten bald, dass die Basis für eine demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung nur gelegt werden konnte, wenn den Deutschen die Möglichkeit gegeben wurde, den Aufbau ihres künftigen Gemeinwesens aktiv mitzugestalten. Am 6. August 1945 signalisierte der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Eisenhower, in seiner *Botschaft an das deutsche Volk in der amerikanischen Besatzungszone* die Bereitschaft zur Zulassung von Gewerkschaften und Parteien.⁴ Ausgehend von den Kommunen sollte über die neu zu bildenden Länder, bis zu einem deutschen Gesamtstaat schrittweise der Aufbau einer Demokratie vollzogen werden. So erlaubten die Amerikaner am 27. August 1945 die Gründung von Gewerkschaften und politischen Parteien auf Gemeinde- und Kreisebene.⁵ Es stellt sich nun die Frage, welche Rolle Frauen in den (wieder-)gegründeten Gewerkschaften und Parteien sowie in dem ab 1946 demokratisch gewählten Gemeinderat Karlsruhes spielten.

*Nicht abgesondert, sondern in enger Zusammenarbeit mit den männlichen Kollegen...*⁶

Frauen in den Gewerkschaften

Die Gewerkschaften, deren Bemühungen um Wiedergründung früher einsetzten als die der Parteien, konnten eine breitere Wirkung entfalten und stießen als überparteiliche Organisation, die auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen und eine Sicherung der Rechte aller Arbeitnehmer zielte, eher auf Vertrauen in der Bevölkerung. Als Interessenvertretung der Arbeitnehmer, und damit eines großen Teils der Bevölkerung, kam den Gewerkschaften in den unmittelbaren Nachkriegsjahren ein nicht

unerhebliches Gewicht in der Diskussion zu, wie die aufzubauende Demokratie und ihr Wirtschaftssystem prinzipiell verfasst sein sollte. Sie setzten sich durchaus mit Fragen der Neugestaltung der Wirtschaftsordnung auseinander, allerdings wurde die Debatte gesellschaftlich grundlegender Fragen immer wieder überlagert von der Beschäftigung mit den alltäglichen drängenden Problemen der Versorgung.⁷

Konnte sich der Gewerkschaftsbund auch zu einer Interessenorganisation der Frauen entwickeln? Fanden die spezifischen Belange von Frauen in der Arbeit und den Forderungen der Gewerkschaften ihren Niederschlag? Und welche Spielräume boten die Gewerkschaften Frauen zur Entwicklung politisch-emanzipatorischen Handelns? Diesen Fragen wurde bislang kaum nachgegangen. Die gewerkschaftliche Geschichtsschreibung berücksichtigte Frauen und ihre Arbeit in den Gewerkschaften höchstens am Rande, Veröffentlichungen über die Frauenarbeit des *Deutschen Gewerkschaftsbundes* (DGB) seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden nur ganz vereinzelt vorgelegt.⁸ Die folgende Darstellung muss sich daher im Wesentlichen auf die wenigen zum Karlsruher Gewerkschaftsbund vorliegenden Informationen stützen.⁹

Bereits am 13. Mai 1945 erschien in Karlsruhe ein Flugblatt, das zur Gründung eines *Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes* aufrief.¹⁰ Ein wenige Tage später, am 18. Mai, erfolgreicher Versuch zweier ehemaliger Funktionäre des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die Genehmigung zur Bildung einer Gewerkschaftsorganisation zu erhalten, stieß bei der französischen Militärregierung auf Ablehnung. So bildete sich die Struktur der neuen Karlsruher Gewerkschaftsbewegung in den folgenden Monaten ohne offizielle Genehmigung der Militärbehörden heraus. Die konstituierende Sitzung des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Karlsruhe und Umgebung* (ADGB) fand am 18. Juli 1945 noch illegal statt.¹¹ Am 27. August erteilte die amerikanische Militärbehörde schließlich die offizielle

Lizenz, ab 10. September gestattete sie auch öffentliche Kundgebungen der Gewerkschaft. Der neue Gewerkschaftsbund sollte die bis 1933 bestehenden Richtungsgewerkschaften überwinden und Anhänger aller demokratischen Parteien und Weltanschauungen integrieren. So bestand dann auch der erste geschäftsführende Vorstand des ADGB Karlsruhe aus dem Sozialdemokraten Karl Konz, dem ehemaligen Zentrums-Abgeordneten im Badischen Landtag und Funktionär der christlichen Gewerkschaften Fridolin Heurich und dem Kommunisten Karl Deck.¹² Des Weiteren war die neue Gewerkschaft, im Gegensatz zum Zusammenschluss der einzelnen Industrieverbände vor 1933, eine alle Berufe umfassende Einheitsorganisation.¹³

Ließ die amerikanische Militärregierung politische Organisationen zunächst nur auf lokaler Ebene zu, intensivierten die Gewerkschaften nach der Proklamierung des Landes Württemberg-Baden ihre Bemühungen um die Bildung einer einheitlichen Organisation für den gesamten Landesbezirk. Am 22. November 1945 trafen sich in Karlsruhe Vertreter der nordbadischen ADGB-Gruppen Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg mit Gewerkschaftern aus Stuttgart, um über die Bildung eines Gewerkschaftsbundes für das neue Land zu beraten. Der Gründungskongress des *Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden* fand vom 29. August bis 1. September 1946 statt.¹⁴ Im Oktober 1949, fast ein halbes Jahr nach Verkündung des Grundgesetzes, wurde schließlich in München der *Deutsche Gewerkschaftsbund* (DGB) gegründet. Unter den knapp 500 Delegierten des Gründungskongresses des DGB befanden sich 14 Frauen.¹⁵ Man kann die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach 1945 durchaus als eine *Organisation älterer Männer* bezeichnen.¹⁶ Die Initiativen zur Neugründung der Gewerkschaften gingen im Frühjahr 1945 fast ausschließlich von alten Gewerkschaftsfunktionären aus der Zeit vor 1933 aus. An der Gründungsversammlung des Ortskartells Neureut im August 1945 z. B. nahmen 75 Männer und keine Frau teil.¹⁷ Von den insgesamt

13.357 Mitgliedern, die der ADGB Karlsruhe Ende Oktober 1945 zählte, waren dann immerhin 1.805, d. h. 13,5 % weiblich.¹⁸ Bereits zwei Monate später, Ende Dezember 1945, war der Anteil der weiblichen Mitglieder auf 15,66 % angewachsen.¹⁹ Diese Entwicklung entsprach einem gesamten Trend in den westlichen Besatzungszonen. Bis 1958 konnte die Gewerkschaft insgesamt einen Mitgliederzuwachs von 16 % verzeichnen, an dem bis 1954 Frauen einen hohen Anteil hatten. Rund 17,3 % aller DGB-Mitglieder waren 1954 weiblich, in Karlsruhe lag der Frauenanteil in diesem Jahr gar bei über 19 %.²⁰

chemische Reinigungen, die Tabakverarbeitung sowie Firmen der chemischen Industrie Frauen beschäftigten, waren 1949 26,8 % aller Industriebeschäftigten Frauen, 1954 33,6 %.²⁴ Am höchsten war der Frauenanteil erwartungsgemäß bei der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, wo er 1954 69,2 % erreichte, gefolgt von Handel, Banken und Versicherungen mit 58,9 %. Die HBV war erst 1949 gegründet worden, nach dem es zur Verselbständigung des Angestelltenverbandes als *Deutsche Angestellten-gewerkschaft* (DAG) gekommen war.²⁵ Auch im Angestelltenbereich war der Frauenanteil relativ hoch. 1949 waren 35,46 % der

Mitgliederentwicklung und Frauenanteil des ADGB, bzw. DGB ²¹

Jahr	Karlsruhe		Bundesebene	
	gesamt	Frauenanteil %	absolut	Frauenanteil %
1945	16.782	15,66	-	-
1946	33.602	16,16		
1947	47.619	16,04	-	-
1948	52.326	16,48	-	-
1949	46.812	16,85	-	14,00
1951	51.604	19,10	1.011.436	17,10
1952	51.990	19,48	1.028.713	17,13
1954	50.773	19,03	1.055.213	17,29
1956	51.987	15,51	1.047.805	17,16

Der Frauenanteil der Gewerkschaft erreichte damit ähnliche Größenordnungen wie der von SPD oder KPD (s. S. 92). Bemerkenswert ist jedoch, dass im Gegensatz zur Entwicklung des weiblichen Mitgliederanteils der Parteien, der Frauenanteil in der Karlsruher Gewerkschaft über dem Bundesdurchschnitt lag. Der DGB Württemberg-Baden erreichte 1952 gar einen Frauenanteil von 24,4 % (Bund: 17,13 %).²² Dies dürfte auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass der Anteil der weiblichen Beschäftigten im deutschen Südwesten über dem des gesamten Bundesgebiets lag. 1949 erreichte er in der Bundesrepublik 24 %, in Württemberg-Baden jedoch 31,5 %.²³ In Karlsruhe, wo insbesondere Betriebe der Textil- und Bekleidungsindustrie, Wäschereien, Färbereien und

DAG-Mitglieder weiblich, doch ein Jahr später waren im Vorstand lediglich zwei Frauen als Beisitzerinnen vertreten: Irma Schmitteckert und Lina Schweitzer.²⁶

Den niedrigsten Frauenanteil hatte die I.G. Bau, Steine, Erden mit 0,07 % aufzuweisen, die I.G. Metall erreichte 12,6 %.²⁷ Interessant ist auch ein Blick auf die Alterstruktur. 87,7 % der Gewerkschaftsmitglieder in Württemberg-Baden waren 1952 über 21 Jahre. In dieser Gruppe stellten die Frauen einen Anteil von 22,2 %. In der Gruppe der unter 21-Jährigen lag der Anteil der weiblichen Mitglieder jedoch bei 40,1 %.²⁸

Ab Mitte der 50er Jahren hatte der DGB insgesamt einen Mitgliederrückgang bei den Frauen zu verzeichnen.²⁹ Der Verlust weiblicher Mit-

glieder des Karlsruher DGB zwischen 1954 und 1956 ist jedoch auffällig hoch. Über 1.500 Frauen kehrten in diesen zwei Jahren der Gewerkschaftsorganisation den Rücken. Die Ursachen für diese Entwicklung dürften vielschichtig sein und sind nicht mehr eindeutig nachzuvollziehen. Zu fragen ist jedoch, welchen Raum die Gewerkschaften Frauen innerhalb der Organisation zugestanden, welches Verhältnis zur Frauenarbeit sie propagierten und welchen Stellenwert schließlich die Frauenpolitik in den Gewerkschaften einnahm.

Wie die Parteien erkannten auch die Gewerkschaften die gestiegene gesellschaftliche Bedeutung der Frauen in der Nachkriegssituation. Es wurde ihnen bewusst, dass viele Frauen, deren Männer aus dem Krieg nicht heimgekehrt waren oder die aufgrund des Männermangels keine Ehe mehr eingehen konnten, ihren Unterhalt selbst verdienen mussten und somit auf Dauer erwerbstätig sein würden. Hierauf mussten die Gewerkschaften als Interessenorganisation der Arbeitnehmer in irgendeiner Form reagieren. *Kollegen, das verpflichtet uns, dass wir uns besonders der Arbeitskraft unserer weiblichen Kolleginnen annehmen und sie unterstützen.*, führte der Karlsruher ADGB-Vorsitzende Karl Flößer in seinem Geschäftsbericht an die Delegierten-Generalversammlung am 11. November 1946 aus.³⁰ Doch er machte auch deutlich, dass die Gewerkschaftsmänner Frauen keineswegs in allen Arbeitsbereichen sehen wollten: *Ich bin der Meinung, dass für Frauen und Mädchen Arbeitsstellen freizumachen sind, die für sie geeignet erscheinen.* An die Stadtverwaltung richtete er die Bitte, für die Ansiedlung von Industrien zu sorgen, [...] *die den Frauen Beschäftigungsmöglichkeiten geben.*

Hier zeichnete sich eine grundsätzliche Haltung der Gewerkschaftsfunktionäre zur Frauenarbeit ab. Einerseits sah man die gestiegene Zahl der berufstätigen Frauen als Mitgliederpotenzial – wollte man die Gewerkschaften stärken, konnte auf ihre Beteiligung nicht verzichtet werden, andererseits war die erwerbstätige Frau stets auch als Konkurrentin im

Kampf um Arbeitsplätze zu sehen. Wenn sie schon auf Erwerb angewiesen war, sollte sie sich doch möglichst in Bereichen betätigen, die für Männer weniger interessant waren. Dies machte auch Gründungsmitglied und Erster Vorsitzender des Karlsruher Gewerkschaftsbundes Karl Konz, der im September 1945 Leiter des Arbeitsamtes Karlsruhe wurde, in einem programmatischen Beitrag *Arbeits-einsatz für den Wiederaufbau* in der ersten Ausgabe der BNN am 1. März 1946 deutlich. Er beklagte, dass Frauen es ablehnten, in Gastwirtschaften oder Haushalten zu arbeiten, dabei würden Hausgehilfinnen in großer Zahl gesucht. Da Arbeitsplätze für Kriegsversehrte geschaffen werden müssten, sollten Frauen in der Hauswirtschaft arbeiten.³¹ Wenige Monate später, inzwischen Abgeordneter der SPD in der Verfassunggebenden Landesversammlung von Württemberg-Baden, forderte Konz immerhin, neue Ausbildungsberufe für Frauen zu erschließen, wie *Maler, Schreiner, Glaser, Feinmechaniker, Fotograf, Optiker, Herrensneider, Polsterer, Dekorateur [...]*.³²

Hinter dieser Haltung verbarg sich kein grundlegender Gesinnungswandel, vielmehr war Konz deutlich geworden, [...] *welch große Rolle die Frau im Berufsleben spielen muss*, da viele der heimkehrenden Männer *nicht oder nur beschränkt einsatzfähig* waren. Er führte des Weiteren an, dass in Stuttgart die Bevölkerungsgruppe der 21- bis 40-Jährigen 63.000 Frauen und nur 35.000 Männer zähle. Es war also ein Mangel an männlichen Arbeitskräften, der den Gewerkschafter und Arbeitsamtsleiter die Erschließung neuer Arbeitsgebiete für Frauen fordern ließ. Zur Regulierung des Arbeitsmarktes wurden in allen Besatzungszonen Arbeitskräfteaustauschprogramme entwickelt.³³ Die Arbeitsämter sollten Frauen in *leichte* Männerarbeitsplätze, wie die oben von Konz vorgeschlagenen, lenken, um Männer in die Schwerindustrie zu dirigieren. Dennoch wurde Zurückhaltung bei der Umschulung von Frauen in Männerberufe geübt und der Übergangscharakter dieser Maßnahmen betont. In den Westzonen galt nach wie vor der Grundsatz,

dass männlichen vor weiblichen Arbeitskräften ein Platz im Erwerbsleben zu sichern sei.³⁴

Die Gewerkschaften setzten damit ihre herkömmliche noch aus der Kaiserzeit stammende Strategie fort: Sie sahen es als ihre vorrangige Aufgabe, so hohe Männerlöhne zu erkämpfen, dass der Unterhalt der gesamten Familie damit bestritten werden konnte und damit Frauenerwerbsarbeit nach Möglichkeit zu vermeiden war. Diese Haltung war auch unter Gewerkschaftsfrauen verbreitet. Maria Weber forderte bei der 3. Bundesfrauenkonferenz des DGB 1959, die gewerkschaftliche Politik müsse dafür sorgen, dass die Väter so viel verdienen, dass die Mütter bei ihren Kindern zu Hause bleiben könnten.³⁵

Der wirtschaftliche Wiederaufbau konnte nur funktionieren, weil die gesamte Reproduktionsarbeit, wie Versorgung und Kindererziehung, weiterhin unentgeltlich von den Frauen geleistet wurde. Die offizielle Anerkennung der Wiederaufbauleistung bezog sich jedoch auf den *heldischen männlichen Arbeiter, der für seine Leistungen mit einer Schwerarbeiterzulage auf der Lebensmittelkarte belohnt wurde*.³⁶ Arbeit außerhalb der Produktion war nach dieser Betrachtungsweise keine Arbeit. *Oft ist es so, dass die Zuteilungen an Wurst, Fleisch und Käse in einer Familie nur für den Mann, der arbeitet, aufbewahrt werden, weil er eben mehr braucht, wie diejenigen, die nicht arbeiten*³⁷, führte das Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes und spätere erste Bevollmächtigte der Fachgruppe Metall, Karl Deck, bei der ersten Generalversammlung des ADGB Karlsruhe am 9. März 1946 aus. Und er fuhr fort, die Aufgaben des Wiederaufbaus könnten nur durch die *Schaffenden*, d. h. Produktionsarbeiter, bewältigt werden. Gerade die Gewerkschaften trugen mit zur Etablierung eines Wirtschaftssystems bei, dessen Leistungen ausschließlich an den Ergebnissen der Produktion gemessen wurden. Die von den Frauen erbrachten Reproduktionsleistungen wurden nicht als unabdingbarer Beitrag zur Gesamtwirtschaft gewürdigt und weiterhin in den Bereich des Unsichtbaren verbannt. Dies sollte

sich auch in der innerverbandlichen Frauenarbeit widerspiegeln.

In der Gründungsphase des Gewerkschaftsbundes von 1945 bis 1952 ist durchaus ein Wille der Gewerkschaftsführer, die erwerbstätigen Frauen in die Gesamtorganisation zu integrieren, zu konstatieren, was sich u. a. in Forderungen zur Frauenarbeit in der Satzung des DGB 1949 niederschlug.³⁸ Die beim Münchener Gründungskongress verabschiedeten *Richtlinien für die Frauenarbeit im Deutschen Gewerkschaftsbund* gingen von einer durch die Industrialisierung und zwei Weltkriege veränderten gesellschaftlichen Stellung der Frau aus. Erwerbsarbeit könne auch für Frauen nicht mehr als zeitlich begrenzte Erscheinung betrachtet werden. Viele Frauen hätten nun die doppelte Last als Berufstätige sowie als Hausfrau und Mutter zu tragen. *Diesen Tatsachen tragen die Gewerkschaften Rechnung, indem sie die Interessen der Frauen in erhöhtem Maße wahrnehmen*.³⁹ Die Sicherung des Rechts der Frau auf Arbeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit sowie einen Ausbau des Arbeitsschutzes waren Forderungen, die der DGB 1949 erhob. Beim Bundesvorstand wurde eine Abteilung Frauen eingerichtet, auf Bundes- und Landesbezirksebene sollten Frauenausschüsse ins Leben gerufen werden. Der Handlungsspielraum der Frauenausschüsse wie auch der Bundesfrauenkonferenz, immerhin das höchste Gremium der Frauenarbeit, wurde jedoch auf eine rein beratende Funktion begrenzt. In den *Richtlinien für Frauenarbeit* hieß es: *Die Frauenausschüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind ein Teil der Gesamtbewegung und bilden keine eigene Organisation innerhalb des DGB. Sie führen ihre Arbeit im Rahmen der Satzung [...] durch und haben beratende Funktion. Ihre Empfehlungen werden den zuständigen Organen des DGB zur Beschlussfassung vorgelegt*.⁴⁰ In Württemberg-Baden nahm der Landesfrauenausschuss im Frühjahr 1948 seine Arbeit auf. Am 1. April d. J. wurde Clara Döhring als hauptamtliche Kollegin für die gewerkschaftliche Frauenarbeit eingestellt.⁴¹

Die unterste Instanz in der gewerkschaftlichen Frauenarbeit bildeten die Frauengruppen auf Orts- oder Kreisebene. Sie sollten Frauen interessieren, informieren und zur Mitarbeit gewinnen. Diese Frauenarbeit an der Basis war allerdings eher lückenhaft, es entstanden keineswegs flächendeckend in allen Orts-, bzw. Kreisverwaltungen Frauengruppen. In Karlsruhe wurde ein Frauenausschuss im Verlauf des Jahres 1948 gebildet, um – wie es im Geschäftsbericht hieß – *die Zusammenarbeit der Frauen aus den einzelnen Gewerkschaften im Ortsausschuss zu intensivieren*.⁴² Den Schwerpunkt der Arbeit wollte man jedoch bei den einzelnen Industrie- und Berufsverbänden sehen, wo *Entlohnung, Arbeitszeit, Freizeit für Hausfrauen usw.* durch Tarifverträge zu regeln sei. *Nur große Fragen auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung, des Frauen- und Jugendschutzes, der Kultur usw. können in gemeinsamer Arbeit behandelt und gelöst werden.* Es wurde ausdrücklich begrüßt, dass sich *schon recht viele Frauen* aktiv in der Gewerkschaftsbewegung betätigten. Abschließend, fast wie eine Ermahnung an den Frauenausschuss, wurde bemerkt: *Nicht abgesondert, sondern nur in enger Zusammenarbeit mit den männlichen Kollegen kann die soziale und wirtschaftliche Lage der berufstätigen Frau gebessert werden.* Zwar postulierte man die *Andersartigkeit* der Frau, gesonderte Wege innerhalb der Organisation zu gehen, gestand man ihr jedoch nicht zu. Die Kollegin wurde als Wesen mit Defiziten gesehen, das es zu belehren galt, das einer Anleitung durch die Männer bedurfte. Im Geschäftsbericht des DGB-Ortsausschusses Karlsruhe für das Jahr 1949 wurde anerkennend bemerkt, [...] *dass auch unsere weiblichen Mitglieder den Gewerkschaftsgedanken sehr gut erfasst haben*, doch bedurften sie *richtiger Führung*.⁴³ Die meisten Äußerungen der Karlsruher Gewerkschaftsfunktionäre zur Frauenarbeit hatten einen solchen belehrenden, gönnerhaften Duktus. Die Frauen begriffen, so Karl Konz, noch wenig die Erfordernisse der Zeit, ihr Wille zur Arbeit sei gering.⁴⁴ Die Problematik der Mehrfachbelastung be-

rufstätiger Frauen wurde durchaus gesehen, jedoch wurde dies eher als Hemmnis für ein gewerkschaftliches Engagement betrachtet, das *in der Eigenart der Frau und ihren häuslichen und mütterlichen Pflichten* begründet liege, so der DGB-Landesvorsitzende Nordmark.⁴⁵ *Trotzdem ist es mehr denn je notwendig, dass sich die Frau im öffentlichen Leben und in der Gewerkschaft einschaltet*⁴⁶, hieß es im Geschäftsbericht des DGB Karlsruhe 1950/1951. *Ohne den guten weiblichen Einfluss in Betrieb, Gewerkschaft und dem ganzen öffentlichen Leben geht es nicht. Die Bekämpfung der Gesundheits- und Unfallgefahr, die Fürsorge für Kranke, Schwangere und stillende Mütter, die Jugend und Körperbehinderte, die alle rufen nach der helfenden Hand der Frau*.⁴⁷, hatte Gewerkschaftssekretär Christian Kölbach 1946 verkündet. Die Frau war nicht alleine als Hausfrau und Mutter in der Familie gefordert, sie sollte darüber hinaus ihre *typisch weiblichen Fähigkeiten*, ihre sozialen Kompetenzen in den Dienst der Gewerkschaften, ja der gesamten Gesellschaft stellen. Sie sollte des Weiteren mitverantwortlich sein, dass *alle Menschen wieder Arbeit und Lohn finden* und schließlich noch als Garantin für den Weltfrieden dienen. Da wurde von den Frauen gefordert, dass sie sich gesellschaftlich interessierten und engagierten, wie dies jedoch angesichts ihrer Mehrfachbelastung möglich sein sollte, bzw. wie sie dafür entlastet werden könnten, wurde nicht thematisiert. Die *häuslichen und mütterlichen Pflichten* wurden gewissermaßen zur unveräußerlichen *Natur* der Frau erklärt, die auch die ihr zugewiesenen Aufgaben und die ihr zugestandenen Handlungsspielräume innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation bestimmte.

An die Adresse der einzelnen Industrie-Gewerkschaften richtete der DGB Karlsruhe die Ermahnung, der Mitarbeit der Kolleginnen mehr Beachtung zu schenken, [...] *als dies in der Vergangenheit der Fall war*. Die gewerkschaftlichen Strukturen boten jedoch für die meisten Frauen keinen Anreiz zur Mitarbeit. Ähnliches ließ sich auch für die politischen Parteien fest-

stellen, doch im DGB wurde selbst die Frauenorganisation im Wesentlichen von Männern initiiert, aufgebaut und kontrolliert. In Schleswig-Holstein wurde beispielsweise die Frauensekretärin nicht von den weiblichen Mitgliedern gewählt, sondern vom (männlich besetzten) Landesbezirksvorstand kooptiert.⁴⁸ Selbst die Besetzung von *Frauen-Funktionen* mit Männern war im gesamten Bundesgebiet keine unübliche Praxis.⁴⁹ Auch in Karlsruhe fungierte z. B. der spätere Erste Bevollmächtigte der I. G. Metall, Walter Pfirmann, ab 1955 als *Frauensekretär* seiner Gewerkschaft.⁵⁰ Die auf Landes- und Bundesebene stattfindenden Frauenkonferenzen hatten keine beschlussfassende Kompetenz. Sie konnten lediglich Empfehlungen aussprechen und Diskussionsvorlagen liefern. Ob diese zur Kenntnis genommen wurden, hing jeweils von der Bereitwilligkeit der männlichen Funktionäre ab.⁵¹

Die gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen waren bis in die Frauenarbeit hinein von Männern dominiert. Frauen mussten sich mit ihren Anliegen stets an die meist älteren, erfahrenen Kollegen wenden, bei diesen Forderungen durchzusetzen, dürfte äußerst schwierig gewesen sein. So mag es nicht verwundern, wenn Frauen innerhalb der Gewerkschaften eine eher passive Rolle einnahmen, nach dem Motto *lasst die Männer machen*, denn diese bestimmten ohnehin die Politik der Organisation.⁵² In gewerkschaftlichen Spitzenpositionen waren Frauen nur äußerst vereinzelt vertreten. Beispielsweise hatten im Landesbezirksvorstand sowie Landesbezirksausschuss des DGB Baden-Württemberg 1951/52 Frauen keine Stimme. Es gab kein weibliches Mitglied und die Frauensekretärin Clara Döhring durfte lediglich beratend an den Sitzungen des Landesvorstandes teilnehmen.⁵³ Aber auch auf der Ebene der Orts- und Kreisorganisationen waren Frauen in gewerkschaftlichen Funktionen im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtmitgliedschaft stark unterrepräsentiert. Selbst der relativ hohe Frauenanteil in Karlsruhe (s. o.) führte zu keiner höheren weiblichen Be-

teiligung an Gewerkschaftsämtern. Dass dem Vorstand der Karlsruher Gewerkschaft unmittelbar nach der Gründung 1945 keine Frau angehörte, mag noch nachvollziehbar sein, war die Gründungsinitiative doch ausschließlich von älteren Männern ausgegangen (s. o.), erstaunlich ist jedoch, dass sich unter den Delegierten zur ersten Generalversammlung des ADGB Karlsruhe 1946 keine einzige Frau befand.⁵⁴ Immerhin waren schon Ende 1945 über 15 % der Gewerkschaftsmitglieder Frauen gewesen. Doch selbst als Anfang der 50er Jahre über 19 % der Mitglieder weiblich waren, sollte sowohl dem geschäftsführenden als auch dem erweiterten Vorstand des Ortsausschusses Karlsruhe keine Frau angehören. Lediglich die erste Vorsitzende des Frauenausschusses, Berta Schmidt, konnte als nicht stimmberechtigtes Mitglied an den Vorstandssitzungen teilnehmen.⁵⁵

Etwas besser sah es bei den Betriebsräten aus. 1948 waren immerhin 414 Frauen unter den insgesamt 2.280 in Karlsruhe gewählten Betriebsräten des Gewerkschaftsbundes, was einem Anteil von über 18 % entsprach. Die Betriebsrätinnen wurden in einer *speziellen Frauengruppe* zusammengefasst. In im Abstand von sechs bis acht Wochen stattfindenden Frauenversammlungen sollten die Kolleginnen über die wichtigsten, die Frauen betreffenden Regelungen informiert werden.⁵⁶ Doch bereits ein Jahr später hatte sich der Anteil der Frauen an den DGB-Betriebsräten halbiert. Nun waren es nur noch 169 Betriebsrätinnen, eine in Relation zu den weiblichen Beschäftigten recht geringe Zahl.⁵⁷ Bis 1950/51 erhöhte sich der Anteil der weiblichen Betriebsräte auf 10,5 %, blieb damit jedoch weit hinter dem von 1948 zurück. 99 Arbeiterinnen und 74 Angestellte und Beamtinnen des DGB nahmen eine Funktion der betrieblichen Interessenvertretung wahr.⁵⁸

Die Bundesfrauenkonferenz des DGB 1952 markierte den Höhepunkt und gleichzeitig das Ende einer Phase, in der Frauen und ihren Belangen im Gewerkschaftsbund noch relativ viel Beachtung geschenkt wurde. Auch in

Karlsruhe erreichte die Frauenarbeit des DGB 1952 ihren Zenit. Nun wurden monatliche Sitzungen des Frauenausschusses durchgeführt, eine Vortragsreihe mit allgemein bildenden, kulturellen, staats- und wirtschaftspolitischen sowie gewerkschaftlichen Themen konnte steigende Besucherzahlen verbuchen und auch das *Interesse der Industrie-Gewerkschaften an der Frauenarbeit* hatte sich verbessert.⁵⁹ Schließlich wurde in diesem Jahr der höchste weibliche Mitgliederstand erreicht (s. o.), was auf eine Korrelation zwischen einer aktiven Frauenarbeit und der Attraktivität einer politischen Organisation für die Frauen hinweist.

In den Jahren nach 1952 verloren Frauenfragen innerhalb des Gewerkschaftsbundes jedoch zunehmend an Bedeutung. Im Vordergrund standen tarifpolitische und tagespolitische Forderungen, denen die Belange von Frauen immer stärker nach- bzw. untergeordnet wurden.⁶⁰ Hierin dürfte eine der Ursachen für den starken absoluten und relativen Verlust weiblicher Mitglieder in Karlsruhe ab 1954 zu sehen sein. In jenen Jahre verschlechterten sich auch die politischen Rahmenbedingungen für gewerkschaftliche Kämpfe insgesamt. Der stark im Auftrieb befindliche Antikommunismus traf nicht alleine kommunistische Organisationen, sondern machte jegliche gesellschaftliche Opposition verdächtig. In den Jahren von Wirtschaftswunder und gesellschaftspolitischer Restauration wurden auch von den Gewerkschaften Ziele, die auf eine längerfristige Umgestaltung der Gesellschaft gerichtet waren, aufgegeben.⁶¹

Die Belange der weiblichen Erwerbstätigen verschwanden hinter dem Anliegen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der gesamten Arbeitnehmerschaft zu verbessern. Bis zum gesellschaftlichen Umbruch Ende der 60er Jahre ging der Frauenanteil im DGB zurück. Erst mit dem Entstehen der neuen Frauenbewegung traten in den 70er Jahren frauenpolitische Anliegen wieder stärker in den Vordergrund des gesellschaftlichen Interesses und schließlich auch der gewerkschaftlichen Arbeit. In Karlsruhe bildete sich Ende der 70er

Jahre der DGB-Kreisfrauenausschuss. Dieser setzt sich aus Vertreterinnen der im Kreis vertretenen Einzelgewerkschaften zusammen, die *von ihrer Gewerkschaft benannt oder – soweit vorhanden – von ihrem Ortsfrauenausschuss als Delegierte gewählt worden sind*.⁶² Als seine Aufgabe sieht der Kreisfrauenausschuss es u. a., die Frauenarbeit innerhalb der Gewerkschaften zu koordinieren sowie auf eine *stärkere Berücksichtigung von Frauen in gewerkschaftlichen Gremien* hinzuwirken. 1990 waren immerhin 24,4 % der DGB-Mitglieder weiblich, doch bedeutet dies, dass der Frauenanteil innerhalb von 40 Jahren nur um rund sieben Prozent gesteigert werden konnte. Karin Derichs-Kunstmann kommt in ihrer Studie über *Frauen in der Männergewerkschaft* zu dem Schluss: *Die Strategien der Gewerkschaftsfrauen haben sich geändert und auch der Stellenwert gewerkschaftlicher Frauenpolitik ist ein anderer geworden. [...] Dennoch ist immer wieder nötig, dass die Frauen in der täglichen gewerkschaftlichen Praxis die Einlösung der frauenpolitischen Programmatik einklagen [...]*⁶³

Mit der Wahl Sabine Leidigs zur Kreisvorsitzenden des DGB Karlsruhe im Jahr 1996 wurde deutlich, dass sich zum Ende des 20. Jahrhunderts auch in den Gewerkschaften einiges zum Vorteil von Frauen verändert hat.

Verhältnisse und Verhinderungen: Die (wieder) gegründeten Parteien und die Frauen

Die Parteiengeschichtsschreibung ist der Frage der weiblichen Partizipation bislang nicht nachgegangen. In kaum einem anderen gesellschaftlichen Bereich des Nachkriegsdeutschlands ist die Beteiligung von Frauen so weitgehend undokumentiert geblieben.⁶⁴ So gestalteten sich auch die Recherchen nach den Aktivitäten von Frauen in den Karlsruher Parteien nicht ganz einfach. Die lokalen Parteiorganisationen von CDU und SPD verfügen über keine Unterlagen aus dieser Zeit, und die Überlieferung in den überregionalen Parteiarchiven setzt für die Kreisorganisationen meist erst in

den 1960er Jahren ein.⁶⁵ Lediglich für die FDP sind Schriftstücke erhalten, die aus der Tätigkeit der Kommunalpolitikerin Luise Riegger hervorgingen.⁶⁶ Am schwierigsten gestalteten sich schließlich die Nachforschungen zur KPD, da diese 1956 verboten wurde. Einige wenige Anhaltspunkte lieferten Recherchen im seit einigen Jahren zugänglichen *Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR*, in dem auch die Aktivitäten der KPD in den Westzonen dokumentiert sind. Ohne die wertvollen Hinweise und Informationen von Zeitzeuginnen wäre die Geschichte der weiblichen politischen Partizipation in Karlsruhe nach 1945 nicht zu schreiben gewesen.

Im Folgenden soll nun vor dem Hintergrund der bislang bekannten Parteiengeschichte die Beteiligung von Frauen am (Wieder)Aufbau von SPD, CDU, KPD und FDP/DVP in Karlsruhe und Nordbaden rekonstruiert werden.⁶⁷

*Und die Frauen? – Genosse!*⁶⁸

Die SPD

Die zunächst zahlenmäßig und auch nach Einfluss stärkste Partei in Karlsruhe war die SPD.⁶⁹ Sie stellte 14 der insgesamt 16 Bezirksvorsteher (s. S. 34) und mit Hermann Veit ab August 1945 den Oberbürgermeister. Die Anfänge sozialdemokratischer Praxis reichten in die Phase vor der offiziellen Lizenzierung der Parteien durch die Militärregierung zurück. Bereits am 12. Mai 1945, nur fünf Wochen nach der französischen Besetzung, war es zu einem ersten Treffen ehemaliger Karlsruher Sozialdemokraten gekommen. Da politische Zusammenkünfte nicht gestattet waren, wurde dieses Treffen im Rathaus an der Beierheimer Allee als Aussprache über die schwierigen Alltagsfragen getarnt. An dieser ersten Beratung nahmen 21 Männer teil, die alle bereits vor 1933 SPD-Mitglied gewesen waren. Ob an einem weiteren, auf Einladung des Bezirksverwaltungsleiters August Furrer sen. am 3. August stattgefundenen Treffen im Rüppurer Gasthaus *Löwen* Frauen teilnahmen, ist nicht überliefert. Die offizielle, nach Zulassung



25 Kunigunde Fischer, Stadträtin 1919–1922 und 1946–1959, 1965 Ehrenbürgerin der Stadt.

durch die amerikanische Militärregierung erfolgte Gründung der Karlsruher SPD fand wahrscheinlich am 21. September 1945 im Gasthaus *Weißer Berg* statt.

Zum Ersten Vorsitzenden wurde Friedrich Töpfer gewählt, Wilhelm Beisel übernahm die Funktion des Parteisekretärs. Im Verlauf des Herbstes 1945 folgte die Gründung von Bezirksvereinen in den Stadtteilen. Am 23. November 1945 erteilten die amerikanischen Militärbehörden schließlich die Erlaubnis zur Bildung von Parteien auf Landesebene. Die Konstituierung des SPD-Landesverbandes fand beim ersten Landesparteitag am 12. Januar 1946 in Stuttgart statt.⁷⁰ Im Dezember 1945 hatte Max Singer, einer der ersten jungen Leute, die sich in der Karlsruher SPD engagierten, für *Die Falken* die Zulassung einer ersten Partei-Jugendorganisation erreicht.⁷¹

Über die Beteiligung von Frauen an diesen Gründungsprozessen und die Frage, inwieweit die spezifische gesellschaftliche Situation von Frauen in dieser Zeit eine Rolle innerhalb der

Karlsruher SPD spielte, geben die vorliegenden Quellen keinen Aufschluss.⁷²

Die erste Frauenversammlung der Karlsruher SPD nach dem Ende des Nationalsozialismus fand am Sonntag, den 3. März 1946, in der Gaststätte *Weißer Berg* statt.⁷³ Initiiert wurde sie wahrscheinlich von Kunigunde Fischer⁷⁴ (s. S. 111), die bereits 1909 an der Gründung der Frauensektion der Karlsruher Sozialdemokratie maßgeblich beteiligt gewesen war.⁷⁵ Fischer war sich der Chance, die die Nachkriegssituation für eine politische Beteiligung der Frauen bot, bewusst. *Wir Frauen sind gegenwärtig bevölkerungsmäßig in der Mehrzahl und geben durch unser Wahlrecht im Wahljahr 1946 den Ausschlag, wie sich das Rad der Geschichte für die Zukunft drehen wird*, stellte sie in ihrer Rede bei dieser ersten, *gut besuchten* Nachkriegsversammlung fest. Sie rief die Frauen auf, *als Frau und Mutter, als Erzieherin der Jugend* in der jungen Demokratie mitzuarbeiten: *Die Frau und Mutter als Hüterin der Familie muss als Sozialistin in der Familie walten und das „Nie wieder Krieg“ in ihr Morgen- und Abendgebet einschließen.*⁷⁶

Fischers Engagement für eine Mitwirkung der Frauen in Politik und Gesellschaft basierte auf einem bereits in der Kaiserzeit entwickelten Geschlechtermodell: Die sozialdemokratische Frau sollte ihrem Ehemann *Kameradin* und ihren Kindern *Erzieherin für [...] den Sozialismus* sein.⁷⁷ Die *andersartige Auffassung der Frau*, ihre Mütterlichkeit und ihr *starkes soziales und pädagogisches Gefühl* müssen im öffentlichen Leben zur Geltung kommen, forderte Marta Schanzenbach als Hauptrednerin einer Veranstaltung der Karlsruher SPD zum Internationalen Frauentag im März 1949.⁷⁸ Schanzenbach, die schließlich beim Bundesparteitag 1958 in den Parteivorstand gewählt werden sollte und das Frauenbüro der SPD übernahm,⁷⁹ machte damit deutlich, dass sich die Vorstellungen der führenden Sozialdemokratinnen von einer weiblichen politischen Partizipation nicht grundlegend von denen der bürgerlichen Frauenbewegung unterschieden. Sie wandte sich gegen eine *öde Gleichma-*

chung der Geschlechter und insistierte auf einer *Betonung des Fraulichen und Mütterlichen.*⁸⁰

Dieses von den Protagonistinnen der alten bürgerlichen Frauenbewegung wie Helene Lange oder Gertrud Bäumer bereits vor der Jahrhundertwende vertretene Konzept einer öffentlichen Aufwertung „weiblicher Werte“ hatte im Kaiserreich immerhin zu einer Erweiterung der politischen Handlungsspielräume von Frauen geführt. Indem sie die in der privaten Sphäre geübten sozialpflegerischen Tätigkeiten zu einer öffentlichen Sache umformten, vollzogen auch die Akteurinnen der Karlsruher Frauenbewegung den Schritt in die gesellschaftlich-politische Öffentlichkeit. Bereits etliche Jahre vor Einführung des Frauenwahlrechts hatten Sozialdemokratinnen, Frauen der Verbände des *Bundes Deutscher Frauenvereine* (BDF) und Mitglieder des konservativ-bürgerlichen Badischen Frauenvereins Sitz und Stimme in den städtischen Sozialkommissionen Karlsruhes erlangt.⁸¹

Es stellt sich jedoch die Frage, ob das Beharren auf einem dualistischen Geschlechtermodell nach 1945 den Frauen in der Politik nicht zur Fessel geriet. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung wurde auch auf politischem Terrain eindeutig festgelegt, wenn etwa der Karlsruher SPD-Oberbürgermeister Günther Klotz 1953 den neu gewählten Stadtrat mit einem *Gruß an die Damen* eröffnete: *Ich hoffe, dass ihre angeborene Sanftmut mit dazu beitragen möge, die Wogen zu glätten, wenn es im Gespräch der Männer einmal hoch hergehen sollte.*⁸²

Die Frauen in der SPD waren stets bestrebt, ihren männlichen Genossen zu beweisen, dass sie ihr *Vertrauen nicht unnötig bekommen haben.*⁸³ Herta Gotthelf, die im Juli 1946 die Leitung des zentralen Frauensekretariats beim Parteivorstand der SPD übernahm, legte in der *Genossin*, dem Informationsblatt für Funktionärinnen, ihre Grundauffassung dar. Für sie existierten keine gesonderten Frauenfragen. Ziel der Frauenarbeit sei es vielmehr, das Verständnis der Genossen für die Frauenarbeit zu

gewinnen und, wenn dies erreicht sei, die Frauenarbeit abzuschaffen.⁸⁴ Von diesem Ziel war man jedoch weit entfernt. Der erste Parteitag der SPD in Hannover im Mai 1946 war jedenfalls nach Auffassung einer Delegierten dazu angetan, den Eindruck zu vermitteln, [...] *dass die Sozialdemokratische Partei eine reine Männerpartei ist.*⁸⁵ Insgesamt nahmen daran 21 Frauen teil, das waren nur 10 % der Delegierten. Im Jahrbuch der SPD 1946 wurde dann auch eingeräumt, dass beim Aufbau der Parteiorganisation seit 1945 [...] *die besondere Frauenarbeit etwas ins Hintertreffen [...] geraten sei.*⁸⁶

Da Frauen jedoch nach dem Kriegsende ca. 2/3 der Wahlberechtigten stellten, war man sich ihrer politischen Bedeutung durchaus bewusst. So appellierte dann auch Kurt Schumacher beim ersten Parteitag an die Frauen mit dem Hinweis, dass die Geschicke Deutschlands nun in ihren Händen lägen.⁸⁷ Zwei Frauen, Anna Beyer aus Frankfurt und Elisabeth Selbert aus Kassel, wurden in den Parteivorstand gewählt. Vorstand und Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verabschiedeten am 21./22. August 1946 in Frankfurt/Main eine EntschlieÙung zur Frauenfrage. Darin hieß es, die SPD trete ein *für die Gleichberechtigung der Frau auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet.* Die Partei wolle Frauen die Möglichkeit schaffen, *Seite an Seite mit den Männern* maßgeblich in Staat und Gemeinde tätig zu sein. Gefordert wurden: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, Anerkennung und Wertung der gesellschaftlichen Leistungen der Hausfrauen und Mütter sowie eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung. Ausdrücklich betont wurde *eine kameradschaftliche Zusammenarbeit von Männern und Frauen in einer starken sozialdemokratischen Partei. Deshalb lehnen die sozialdemokratischen Frauen jede Form einer Frauenpartei oder sogenannter unpolitischer Frauenvereinigungen ab.*⁸⁸

Bei der Reichsfrauenkonferenz in Fürth 1947 hielt mit Erich Ollenhauer ein Mann das

Hauptreferat, was damit begründet wurde, dass die *veraltete Nur-Frauenrechtlerei* nun überwunden sei.⁸⁹ Folglich schaffte der Parteivorstand 1949 auch die Frauenquote ab, die auf dem Heidelberger Parteitag 1925 eingeführt worden war. Diese hatte Frauen einen Anspruch auf Vertretung in Leitungen und Delegationen im Verhältnis ihrer Mitgliedschaft gewährt, war aber auch bei der Reorganisation der Partei nicht erfüllt worden.

Hauptamtliche Frauensekretärinnen gab es zunächst nur in Berlin und Hamburg, fünf weitere Bezirke folgten, darunter Württemberg-Baden. Hier hatte eine Arbeitstagung Ende August 1946 in Stuttgart den Auftakt für eine landesweite Frauenarbeit gebildet. Die Koordination hatte zunächst der Vorstand der Stuttgarter SPD-Frauengruppe übernommen. Am 1. Mai 1947 nahm dann die Genossin Schweikert ihre Tätigkeit als Frauensekretärin auf.⁹⁰ Ende 1947 wurde vom Parteivorstand in Hannover ein Ausschuss für Frauenfragen berufen, dem zwölf Genossinnen und vier Genossen angehörten. Die Frauen begrüßten die Beteiligung von Männern, werde doch damit deutlich, dass so genannte Frauenfragen allgemeine Bedeutung hätten. Doch im Lauf der Jahre verloren die Frauen in der Partei wieder an organisatorischem Rückhalt. Ende 1951 gab es nur noch in vier Bezirken eine hauptamtlich angestellte Frauensekretärin, in fünf Bezirken arbeitete eine Genossin ehrenamtlich, in neun Bezirken wurde die Frauenarbeit von einem hauptamtlich angestellten männlichen Sekretär *mitgeleistet*, in den weiteren wurde sie *nur sehr nebenbei miterledigt.*⁹¹

Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder war insgesamt bis zur Währungsreform kontinuierlich angestiegen und hatte Ende Juni 1948 mit 172.000, das waren über 19 % der Gesamtmitgliedschaft, einen Höhepunkt erreicht.⁹² Für Karlsruhe liegen aus diesem Zeitraum keine Angaben vor, ein Bericht von der Jahreshauptversammlung im Februar 1948 meldete jedoch auch hier ein *stetes Ansteigen der Mitgliederzahl.*⁹³ Im gesamten Württemberg-Baden nahm die Mitgliederentwicklung einen ähnlichen



26 In der Karlsruher Nähmaschinenindustrie fanden zahlreiche Frauen Arbeit, Foto 25. November 1955.

Verlauf. Nach einem stetigen Anwachsen der Partei in den Jahren 1946 und 1947 war ab der Währungsreform eine rückläufige Tendenz zu beobachten. Zählte die SPD Württemberg-Baden Ende 1947 insgesamt noch 35.188 Mitglieder, waren es Ende 1951 nur noch 28.650. Der Frauenanteil war hier deutlich geringer als im deutschen Durchschnitt. Er betrug Ende 1947 15,2 %, das waren insgesamt 5.355 Frauen, ging 1949 auf 14,9 % zurück und lag Ende 1951 bei 15,3 % oder insgesamt 4.399 weiblichen Parteimitglieder. Im französisch besetzten Südbaden erreichten Frauen 1951 nur einen Anteil von 11,2 %, in Württemberg-Hohenzollern gar nur 8,8 %.⁹⁴ Marta Schanzenbach beklagte beim badischen Landesparteitag 1948 in ihrem Bericht über die Frauenarbeit in Südbaden, dass von insgesamt 339 Ortsvereinen nur 108 überhaupt weibliche Mitglieder hätten. Allein Freiburg konnte einen erfreulichen Frauenanteil von 24 % aufweisen.⁹⁵ Dies deutet darauf hin, dass neben einem deut-

lichen Nord-Süd-Gefälle innerhalb des deutschen Südwestens auch ein Gefälle Stadt-Land hinsichtlich des Frauenanteils der Partei eine Rolle spielte. Der geringe Anteil weiblicher SPD-Mitglieder im 1952 gebildeten Südweststaat Baden-Württemberg, der bis zum Anfang der siebziger Jahre nur bei etwas über 14 % lag, dürfte vor allem auf das Konto der südlichen Landesteile gegangen sein. Noch 1971 erreichte die SPD Baden-Württemberg gerade mal einen Frauenanteil, den die Partei reichsweit bereits 1913 aufgewiesen hatte.⁹⁶ Der Rückstand bei der Organisierung weiblicher Mitglieder, den der Südwesten und hier insbesondere die Bezirke Mittel- und Unterbaden bereits im Kaiserreich zu verzeichnen hatte, konnte auch in der Nachkriegszeit nicht überwunden werden. Aber selbst in Landesbezirken, die eine weitaus größere weibliche Mitgliedschaft aufwiesen, tat sich die SPD mit der Gewinnung von Frauen schwer. In Berlin z. B. traten in den Nachkriegsjahren weitaus weni-

ger Frauen der SPD bei als vor 1933, und so blieb der Frauenanteil lange Zeit hinter dem Stand von 1931 mit 25 % zurück.⁹⁷

Die soziale Zusammensetzung der weiblichen Mitgliedschaft unterschied sich in den einzelnen Bezirken kaum. 1948 waren es zu 50 % Hausfrauen, die andere Hälfte verteilte sich zu 25 % auf Fabrikarbeiterinnen, zu 15 % auf Angestellte und zu je 5 % auf Beamtinnen und freie Berufe.⁹⁸ Dies zeigt, dass die SPD, wie bereits vor 1933, den größten Anteil ihrer weiblichen Mitglieder unter den Ehefrauen der männlichen Parteimitglieder gewann. Als infolge der Währungsreform vor allem die Familien von Arbeitslosen, Flüchtlingen oder Rentnern nicht mehr in der Lage waren, mehrere Beiträge zu bezahlen, waren es in der Regel die Ehefrauen, die auf eine Parteimitgliedschaft verzichteten, was zu dem bereits erwähnten Rückgang weiblicher Mitglieder führte.

*Jede Frau, jedes Mädchen muss wissen, dass die Zeit des Abseitsstehens vorbei ist. Theoretisch gesehen könnten die Frauen heute die Weltpolitik bestimmen, da sie in der Überzahl sind. Noch tun es die Männer fast ausschließlich allein! Von 366 Delegierten auf diesem Parteitag hier sind nur 17 Frauen.*⁹⁹, stellte die Vorsitzende der Frauengruppe in der SPD Württemberg-Baden, Martha Giesemann, in ihrem Bericht beim Landesparteitag 1947 fest. Zwar lebe die Arbeit der Frauen in der Partei allerorten auf, doch habe sie mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Allerdings wurden dieses Schwierigkeiten von Giesemann nicht näher benannt. Wenn jedoch die SPD-Frauen wiederholt die Notwendigkeit einer [...] *gemeinsamen Arbeit der Genossinnen und Genossen*, die schließlich die Durchsetzung der *großen Ziele* der Partei garantiere, beschworen, deutet dies darauf hin, dass die Genossen die Mitarbeit von Frauen nicht zwangsläufig für notwendig hielten. Diesen Eindruck bestätigt eine Werbeschrift der SPD-Frauenarbeit in Südbaden mit dem Titel *Und die Frauen? – Genosse!*, die sich an die männlichen Mitglieder wandte. Die Haltung der Parteimänner war nicht selten von einem Misstrauen gegenüber Frauen in der Po-

litik geprägt. Kurt Schumacher etwa bemühte bei einer Versammlung der Karlsruher SPD anlässlich der Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung von Württemberg-Baden im Juni 1946 Napoleon: Dessen Feststellung, dass Frauen überall royalistisch seien, da die Freiheit ein viel schöneres Weib als sie sei, enthalte eine Teilwahrheit. Frauen seien nicht durch rationale Sätze, sondern durch Gefühle und Stimmungen bestimmt.¹⁰⁰ Diesem Bild von der gefühlsbetonten Frau, welche die rationale Politik der Männer bedroht, hatten nicht zuletzt Sozialdemokratinnen selbst Vorschub geleistet, wenn sie die „Andersartigkeit“ der Frau betonten und ihr in der Politik die Zuständigkeit für Soziales zuwiesen.

Dem insgesamt 18-köpfigen Landesvorstand der SPD Württemberg-Baden gehörten 1947 schließlich nur zwei Frauen an: Die Stuttgarter Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Frauenliga für Frieden und Freiheit, Anna Haag, und die Leiterin der SPD-Frauengruppe Heidelberg, Emmy Meyer-Laule, die von 1949 bis 1961 ein Mandat im Bundestag ausübte.¹⁰¹ Die Geschäftsführung des württemberg-badischen Frauensekretariats wurde aus Karlsruhe, wie es im Parteitagprotokoll von 1947 heißt, durch eine Frau *Lieber* unterstützt.¹⁰² Wahrscheinlich dürfte es sich hierbei um Doris Liebler gehandelt haben, die 1948 in der Funktion einer Beisitzerin als einzige Frau im Vorstand der Karlsruher SPD vertreten war.¹⁰³

Zumindest in den Jahren bis 1948 entfaltete die Karlsruher SPD-Frauengruppe trotz aller Widrigkeiten rege Aktivitäten. Beim Landesparteitag 1947 konnte von regelmäßig durchgeführten Monatsversammlungen und Ausschusssitzungen sowie vierzehntägigen Diskussionsabenden berichtet werden.¹⁰⁴ In öffentlichen Veranstaltungen suchte man darüber hinaus neue Kreise von Frauen für die Arbeit in der SPD zu interessieren. So referierte beispielweise Anna Haag im März 1946 in der Gaststätte *Ziegler* zum Thema *Frau und Politik*. Haag leitete die Notwendigkeit weiblicher politischer Partizipation aus dem Mehrheitsstatus der Frauen ab. Von ihnen hänge es nun



27 Plakat zum Internationalen Frauentag 1953.

ab, ob die richtigen Maßnahmen ergriffen würden. Die bevorstehenden kommunalen Aufgaben sah sie als Bewährungsprobe für die Frauen, ob es gelinge, aus Trümmern Vernunft und Gerechtigkeit aufzubauen. Mit dem Hinweis darauf, dass Politik beim Kochtopf beginne und lediglich gesunden Menschenverstand erfordere, suchte sie Frauen für die politische Arbeit zu gewinnen.¹⁰⁵ Doch gerade der Kochtopf musste vielen Frauen als Begründung für ihre politische Passivität herhalten. *Es wäre noch manches zu sagen, aber unsere Haushaltsarbeiten und Besorgungen müssen auch erledigt werden.*¹⁰⁶ schrieb eine Karlsruherin im Auftrag vieler Leserinnen, die keiner Partei angehören, an die BNN. Kunigunde Fischer erwiderte, Sozialdemokratinnen hätten auch einen Haushalt zu versorgen, doch es sei Aufgabe der Frauen, *als Frau und Mutter, als Erzieherin der Jugend* in der jungen Demokratie mitzuarbeiten.¹⁰⁷ Die Mehrheit der Frauen

war davon nicht zu überzeugen. Dennoch suchten auch die Karlsruher Sozialdemokratinnen weiterhin politische Informations- und Überzeugungsarbeit zu leisten. Im Oktober 1946 weilte Anna Haag erneut in Karlsruhe und sprach über die Stellung der Frau im württembergisch-badischen Verfassungswerk.¹⁰⁸ Einen Monat später berichtete der Karlsruher Gewerkschaftssekretär und Abgeordnete der verfassungsgebenden Landesversammlung Karl Konz über Artikel 20 der Landesverfassung, der Frauen freie Berufswahl und gleichen Lohn garantierte (s. S. 44). Konz erinnerte an die Rolle der Sozialdemokratie als Verfechterin des Frauenwahlrechts – allerdings war im badischen Landtag 1918 der Antrag auf Einführung des Frauenstimmrechts nicht von der SPD, sondern von der Freisinnigen Volkspartei gestellt worden¹⁰⁹ – und suchte für die SPD als der Partei zu werben, die die Gleichberechtigung der Frauen auf allen Gebieten sichern wolle.¹¹⁰ Einen festen Platz innerhalb der Aktivitäten der Sozialdemokratinnen nahm der Internationale Frauentag ein. 1948 wurde er in einer gemeinsamen Feierstunde zur Revolution von 1848 begangen.¹¹¹

Als Rednerin der Karlsruher Sozialdemokratie trat meist Kunigunde Fischer auf. Es war jedoch keineswegs selten, dass bei den Frauenversammlungen der Karlsruher SPD Genossen referierten.¹¹² Da Frauen nach landläufiger Meinung in der Politik Defizite aufzuweisen hatten, sollten sie durch erfahrene Politiker geschult werden. Hanne Landgraf,¹¹³ die 1953 für die SPD in den Stadtrat einzog und ab 1959 die Leitung der Karlsruher SPD-Frauengruppe übernahm, schrieb rückblickend: *Wir gingen mit viel Schwung und Elan an die Arbeit, weil wir der Meinung waren, es muss alles getan werden, die Frauen politisch aufzuklären und für die interne Parteiarbeit zu informieren, damit sich die Zahl der aktiven Frauen in allen Parteiämtern und bei allen politischen Mandaten verbessert.*¹¹⁴ Sie meinte, dieses Ziel damals nicht erreicht zu haben, doch seien die Veranstaltungen immer gut besucht gewesen. Und viele jüngere Genossinnen besuchten



28 Grete Vogt, Stadträtin 1959–1989, erste Vorsitzende eines Ortsvereins der Karlsruher SPD.

selbst Wochenend- oder gar Wochenschulungen. Letztendlich fühlten sich nur wenige Sozialdemokratinnen in der Lage oder waren bereit, parteiintern oder gar in der Karlsruher Öffentlichkeit als Rednerinnen hervorzutreten. Zumindest bis Ende der vierziger Jahre trat außer Kunigunde kaum eine Sozialdemokratin öffentlich in Erscheinung. Sie war es dann auch, die Hanne Landgraf, die im sozialdemokratischen Milieu aufgewachsen und 1946 SPD-Mitglied geworden war, immer wieder ermunterte, neue politische Aufgaben zu übernehmen.¹¹⁵

In den fünfziger Jahren scheinen die frauenpolitischen Aktivitäten der SPD zunächst rückläufig gewesen zu sein. Dennoch erhöhte sich der Anteil weiblicher SPD-Stadträte in dieser Zeit (s. S. 106 und S. 119), und 1957 wurde mit Grete Vogt in Beiertheim-Bulach erstmals eine Frau Vorsitzende eines Karlsruher Ortsvereins der SPD.¹¹⁶

Die 1912 in der Karlsruher Südstadt geborene Grete Vogt war bereits 1929 in die Gewerkschaftsjugend und 1930 in die Sozialistische Arbeiterjugend sowie die SPD eingetreten. Die Zeit des Nationalsozialismus konnte die couragierte Frau, die oft kein Blatt vor den Mund nahm, glücklicherweise ohne Inhaftierung überstehen. Während des Krieges arbeitete die ausgebildete Kontoristin bei der Firma Junker & Ruh. 1945, gleich nach der Neugründung, trat sie wieder der SPD bei. Jedoch musste sie in den ersten Nachkriegsjahren ihre politischen Aktivitäten beschränken, da im Juli 1945 ihr erster Sohn geboren wurde, der zweite 1947. Vorrang hatte zunächst die tägliche Überlebensarbeit, dennoch wirkte sie all die Jahre in der Partei mit. Sie war mit dem Kinderwagen unterwegs, um Flugblätter zu verteilen oder klebte abends Plakate. Als dann ihre Kinder größer waren, war sie bereit, politische Ämter zu übernehmen, zunächst den Vorsitz des Ortsvereins Beiertheim-Bulach. 1959 wurde sie in den Stadtrat gewählt, dem sie bis 1988 angehörte. Sie war auch die erste Frau im Kreisvorstand der SPD, begriff sich selbst jedoch nicht als *Frauen-Politikerin*.

Genauere Informationen über die Arbeit der Karlsruher SPD-Frauengruppe liegen mit den Aufzeichnungen Hanne Landgrafs erst wieder für die sechziger Jahre vor. Landgraf übernahm die Funktion der Ersten Vorsitzenden der Frauengruppe 1959 *nicht sehr freiwillig*.¹¹⁷ Wie so oft in ihrer politischen Karriere übernahm sie die Verantwortung, weil *man gebraucht* wurde.¹¹⁸ Sie, die den Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit bei der *Arbeiterwohlfahrt* und im Gemeinderat sah, war sich durchaus bewusst, dass die Partei der Frauenarbeit nicht immer positiv gegenüberstand und diese oft geringschätzig als *Kaffeekränzchen* bezeichnet wurde. So beklagte sie auch die fehlende finanzielle Unterstützung der Frauengruppe durch die SPD: *Einen ordentlichen Saal bekommt man nicht umsonst, und in rauchige Bruchbuden kann man skeptische Frauen, die den Versuch unternehmen, etwas zu tun, nicht locken*.¹¹⁹ Dennoch entfaltete der Vorstand der Frauen-

gruppe, dem in den fünfziger Jahren Venna Fath, Trudel Gosses, Frieda Horch, Liesel Krämer, Sofie Leicht, Elise Mattern, Mathilde Mainhardt, Else Rothweiler, Lina Schilling, Lena Schütz und Maria Corterier als Revisorin angehörten, vielfältige Aktivitäten.¹²⁰ Es wurden Seminare zur Rolle der Frau in Politik, Familie und Gesellschaft, zur Geschichte der Frauenbewegung und zur Frauenarbeit in der SPD durchgeführt. Schulungen zu wirtschaftspolitischen Themen oder zur Europapolitik, für Schöffinnen und Geschworene, für Versammlungsleiterinnen, Rednerinnen sowie für Stadträtinnen boten Frauen Möglichkeiten zur Qualifizierung für Mandate und parteipolitische Ämter. Ein breit angelegtes Vortragsprogramm umfasste Themen wie den § 218, Gesundheits- und Erziehungspolitik, Jugendprobleme und Verbraucherfragen oder auch die Tätigkeit der weiblichen Polizei. Immer wieder weilten Landtags- oder Bundestagsabgeordnete als Referentinnen bei der Frauengruppe. Darüber hinaus wurden auch internationale Kontakte geknüpft. Die Karlsruher Sozialdemokratinnen entsandten Delegierte zu den Landes- und Bundesfrauenkonferenzen der SPD. Im Kreisvorstand bemühten sie sich um die Delegation von Frauen zu Landes- und Bundesparteitagen. Rosel Kern, Liesel Meier, Ruth Gebhardt und Brunhilde Brennecke waren im Lauf der Jahre als Mitglieder im Vorstand der landesweiten Frauenarbeit vertreten. Die landesweite Arbeit gestaltete sich jedoch aufgrund der Entfernungen, die zurückzulegen waren und der Kosten, die dadurch entstanden, für die Frauen nicht einfach. Viele mussten die Erfahrung machen, dass Berufstätigkeit, Familie und überregionale politische Arbeit auf Dauer nicht unter einen Hut zu bringen waren. Es waren in jener Zeit nur wenige, die wie Hanne Landgraf, die 1966 als Nachrückerin in den baden-württembergischen Landtag einzog und dort von 1968 bis 1970 die einzige Frau war, diesen Spagat auf Dauer durchhielten.

Auf der Arbeit aktiver Sozialdemokratinnen und der SPD-Frauengruppen nach 1945 basierte die Gründung der *Arbeitsgemeinschaft Sozi-*

aldemokratischer Frauen (ASF) 1973. Sie bereitete Wege für Frauen in der Partei. Dies mag bei den jungen, in den 70er und 80er Jahren politisch aktiven Frauen manchenmal aus dem Blickwinkel geraten sein, entwickelten sie doch ein anderes politisches Verständnis und eine andere politische Praxis als ihre Mütter- und Großmüttergeneration. Diesen waren sie oft zu laut und zu *feministisch* in ihren Ansprüchen auf volle Gleichberechtigung. Für die *Töchter* war es einfacher, sich auf die sozialistischen Vorkämpferinnen im Kaiserreich, wie Klara Zetkin oder Rosa Luxemburg zu berufen. Erst in den letzten Jahren sind die sozialdemokratischen Politikerinnen der Nachkriegszeit in den Blick geraten. Eine kritische Auseinandersetzung mit ihrem politischen Erbe dürfte nicht nur für die Frauen in der SPD aufschlussreich sein.

*[...] wo die Frau wirklich zur Geltung kommen kann*¹²¹

Die CDU

Bei der ersten Zusammenkunft ehemaliger Zentrumsmitglieder in Karlsruhe noch während der französischen Besatzungszeit war eine Frau lediglich als Zeugin zugegen. Die damals 23jährige Elisabeth Sprauer bewirtete die Gäste, als man in ihrer elterlichen Wohnung, Lehmannstraße 1, die Möglichkeiten der Neugründung einer christlichen Partei besprach. Anwesend waren ihr Vater Franz Sprauer, Wilhelm Baur, Fridolin Heurich, Dr. Siegfried Kühn, Karl Ramstein sowie Stadtdekan Dr. Albert Rude.¹²² Ähnlich wie die Sozialdemokraten trafen sich auch christliche Politiker zu vorbereitenden Gesprächen über Wiedergründung und Struktur einer neuen christlichen Partei lange vor der offiziellen Zulassung von politischen Organisationen. Dank der guten politischen und persönlichen Beziehungen zu den amerikanischen Besatzungsbehörden konnte schließlich die Gründung der christlichen Partei schon etwa zwei Wochen vor der offiziellen Zulassung für den Stadt- und Landkreis Karlsruhe erfolgen. Am 14. August 1945

fand in einem Raum des weitgehend zerstörten Ständehauses, dem ehemaligen Badischen Landtag, die Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Partei (CDP) statt.¹²³ Dies war die erste Parteiengründung in Karlsruhe nach dem Krieg. Anders als bei den Sozialdemokraten, fanden sich hier jedoch anfangs nur wenige Gleichgesinnte. An der Gründungsversammlung hatten lediglich vier Männer teilgenommen. Bereits zwei Wochen zuvor war es in Daxlanden ohne Genehmigung der Militärbehörde zur Gründung der ersten Ortsgruppe einer Nachfolgepartei des Zentrums gekommen, bei der acht bis zehn Personen anwesend gewesen waren. Ob sich unter ihnen auch Frauen befanden, berichten die Chronisten nicht.¹²⁴

Die erste Kreisversammlung der Christlich-Demokratischen Partei Karlsruhe-Stadt und -Land, die am 4. September im damaligen Rathaus an der Beierthimer Allee stattfand, wurde von etwa 40 Versammlungsteilnehmern besucht. Auch hier lässt sich nicht sagen, ob die männliche Bezeichnung geschlechtsneutral verwendet wurde oder ob tatsächlich keine Frauen teilnahmen. Die politischen Funktionen in der neuen Partei wurden jedenfalls ausschließlich mit Männern besetzt. Obwohl bewusst auch schriftliche Einladungen an Protestanten ergangen waren, blieben bei der ersten Kreisversammlung die Katholiken noch unter sich. Ausgehend von den im nationalsozialistischen Regime gemachten Erfahrungen hatte man sich für eine katholische und protestantische Christen vereinende Programmatik entschieden. Dieser Zusammenschluss hat seinen Grund in der gemeinsamen Bedrängnis des christlichen Glaubens unter dem glaubensfeindlichen Druck der letzten zwölf Jahre [...], hieß es in einem im September 1945 veröffentlichten Flugblatt.¹²⁵ Die vier Karlsruher Gründungsmitglieder waren jedoch alle Katholiken, ehemalige Zentrumsmitglieder und Verfolgte des Naziregimes. Prominente protestantische Persönlichkeiten konnten erst Ende 1945 für die Partei gewonnen werden.

Die Gründung der CDP in Mannheim und Hei-

delberg¹²⁶ erfolgte weitaus später als in Karlsruhe und so ist es nicht verwunderlich, dass die Aktivisten der neuen christlichen Partei in Nordbaden in den ersten Jahren überwiegend aus Karlsruhe kamen. Bereits im September 1945 begannen sie mit der Einrichtung eines Generalsekretariats für Mittelbaden und dokumentierten damit einen überregionalen Führungsanspruch. Dem am 10. Februar 1946 in Heidelberg konstituierten 13-köpfigen Vorstand des Landesverbandes Baden (Nordbaden) gehörten sieben Männer aus Karlsruhe an.¹²⁷ Ab 1948 war mit der Mannheimer Stadträtin Maria Scherer eine Frau im CDU-Landesvorstand Nordbaden vertreten, die bis 1951 das Amt der stellvertretenden Landesvorsitzenden ausübte.¹²⁸

Mit der Gründung des Landesverbandes Nordbaden hatte die durch die Aktivität dreier verschiedener, voneinander unabhängig und isoliert sich bildender Zentren gewachsene Entstehungsgeschichte ihren organisatorischen Abschluss gefunden. Entsprechend den Empfehlungen der ersten Reichstagung der Christlichen Partei, die vom 14. bis 16. Dezember 1945 in Bad Godesberg stattgefunden, wurde nun die einheitliche Bezeichnung Christlich Demokratische Union (CDU) angenommen.

Charakteristisch für die nordbadische CDU war zunächst eine Orientierung an der christlichen Gewerkschaftsidee, bzw. am linkem Gedankengut der ehemaligen Zentrumspartei. In den ersten Nachkriegsjahren wurden insbesondere wirtschafts- und sozialpolitische Fragen diskutiert. Man machte sich die von Jakob Kaiser geprägte Formel des *Sozialismus aus christlicher Verantwortung* zu eigen. So mag es nicht verwundern, dass auf programmatisc her Ebene in der nordbadischen CDU während der Anfangsjahre, bis etwa Ende 1947, der Einfluss der Berliner CDU um Jakob Kaiser dominierend war.¹²⁹

Die inhaltliche Nähe zur Berliner CDU schlug sich jedoch offensichtlich nicht in der Beteiligung von Frauen in der nordbadischen Parteiorganisation nieder. In der Berliner CDU organisierten sich besonders viele Frauen. Sie er-

reichten 1947 mit 43,4 % einen Anteil, den keine andere Partei aufzuweisen hatte. Bereits den Gründungsaufwurf der Berliner Parteiorganisation hatten vier Frauen mitunterzeichnet. Hier fanden sich eine Reihe bemerkenswerter, unabhängiger, eigenständiger Frauen zusammen, die bei Kriegsende meist zwischen 40 und 60 Jahre alt waren. Sie kamen aus der alten Frauenbewegung, aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus, unter ihnen befanden sich Anhängerinnen eines christlichen Sozialismus und auch Frauen, die in Gewerkschaften aktiv waren.¹³⁰ Andere Landesverbände der christlichen Partei konnten jedoch solche Frauen keinesfalls in vergleichbarem Maß zur Mitarbeit gewinnen. Die hessische CDU-Bundestagsabgeordnete Pitz-Savelsberg musste 1958 für ihre Partei feststellen, sie sei *in ihren wesentlichen Zügen auf den Mann zugeschnitten*.¹³¹

Die Geschichtsschreibung über die CDU in Karlsruhe und Nordbaden überliefert keine Informationen zur Beteiligung von Frauen. Dies mag zum einen daran liegen, dass die Chronisten weibliche Aktivitäten während der Anfangsjahre der Partei für nicht dokumentierungswürdig hielten. Die Quellenlage zur Organisation der CDU-Frauen ist leider äußerst dürftig.¹³² Zum anderen arbeiteten offensichtlich in jenen Jahren nur wenige Frauen aktiv in der CDU mit. Mit 848 weiblichen Mitgliedern, was einem Anteil von 9,7 % entsprach, lag der Frauenanteil der CDU Baden-Württemberg noch 1957 weit hinter dem schon geringen Frauenanteil der SPD im Südwesten (s. o.) zurück und er sollte weiter sinken. 1964 waren nur noch 8,8 % der baden-württembergischen CDU-Mitglieder weiblich. Bundesweit sank der Frauenanteil in der CDU von 25 % im Jahr 1953 auf 13,3 % im Jahr 1964.¹³³

Alleine in Heidelberg hatte mit Marie Baum, die politische Erfahrungen als DDP-Abgeordnete in der Weimarer Nationalversammlung und im Reichstag gesammelt hatte, eine Frau aus der alten Frauenbewegung kurzfristig der 1946 unter dem Namen CSU formierten christlichen Partei angehört.¹³⁴ In Karlsruhe schlos-



29 Clara Siebert, Landtagsabgeordnete 1919 bis 1933 für das Zentrum.

sen sich die Frauen der alten bürgerlichen Frauenbewegung, wenn überhaupt, der liberalen Partei, der späteren FDP an (s. u.). Nur mit Clara Siebert konnte die CDU eine Frau aus der katholischen Frauenbewegung und eine erfahrene Zentrumspolitikerin in ihren Reihen aufweisen.

Die am 2. August 1873 in Schliengen bei Mühlheim geborene Clara Siebert besuchte nach der Schulzeit das Lehrerinnenseminar in Basel.¹³⁵ 1897 heiratete sie den Oberregierungsrat Albert Siebert und brachte ein Jahr später einen Sohn zur Welt. 1907 ließ sich die Familie in Karlsruhe nieder. Von 1909 bis 1919 war Clara Siebert die Zweite Vorsitzende des Karlsruher *Katholischen Frauenbundes*, ab 1920 dessen Landesausschussvorsitzende. Seit 1911 war sie Mitglied der Karlsruher Krankenhauskommission und arbeitete 1914 bis 1916 in einem Lazarett der Stadt. 1917 bis 1919 übte sie die Funktion einer Frauenreferentin beim Kriegsamt des XIV. Armeekorps in Karlsruhe aus. Ab 1919 saß sie im badischen Landtag als Abgeordnete der Zentrums-Partei, die noch wenige Wochen zuvor die Einführung des

Frauenwahlrecht abgelehnt hatte. Siebert, die im November 1918 ihre erste öffentliche Wahlrede noch mit den Worten eröffnet hatte: *Verzeihen Sie, dass in dieser großen öffentlichen Sitzung eine Frau das Wort ergreift [...]*¹³⁶, wurde im Juli 1932 schließlich in den Reichstag gewählt. Im März 1933 stimmte sie mit ihrer Fraktion für das Ermächtigungsgesetz. Rückblickend schrieb Sie: *[...] ich habe seelisch so unter dem Gedanken gelitten, dass ich die einzige Mutter war, die ihr Votum für das Ermächtigungsgesetz abgab.*¹³⁷ Vom 23. bis 30. August 1944, nach dem im Juli erfolgten Anschlag auf Adolf Hitler, wurde sie wie viele andere, die für ihre ablehnende Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime bekannt waren, für eine Woche in Gestapo-Haft genommen. Nach dem Kriegsende 1945 arbeitete die nun über 70-Jährige in keinen politischen Gremien mehr mit. Auch ihre schriftstellerische Tätigkeit, sie hatte u. a. eine Biographie der Kunstmalerin Marie Ellenrieder verfasst,¹³⁸ beschränkte sie in der Nachkriegszeit auf die Mitarbeit in katholischen Zeitungen und Zeitschriften. Clara Siebert starb am 23. März 1963 in Karlsruhe.

Wenn Clara Siebert auch keine Funktionen mehr in der neuen christlichen Partei übernahm, stellte sie doch ihre Erfahrungen aus der katholischen Frauenarbeit und ihre schriftstellerischen Fähigkeiten in deren Dienste. Im Dezember 1945 wandte sich die CDU Mittelbaden mit der Bitte um den Entwurf eines Textes für ein Flugblatt an die *gesamten christlichen Frauen und Mädchen in Mittelbaden* an sie.¹³⁹ Auch den Männern der christlichen Partei war offensichtlich klar geworden, dass die Frauen in dieser Nachkriegssituation eine entscheidende politische Rolle spielen konnten. Hatte die CDU zunächst mit einem *allgemeinen* Flugblatt die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen gesucht, war man bald der Meinung, dass auch ein Flugblatt für die *Frauenwelt in Stadt und Land* benötigt werde. Clara Siebert wollte mit ihrem Flugblattentwurf die einzelne Frau in ihrer spezifischen Situation ansprechen: *Das Wort das zu Euch gesprochen*

*wird, ist nicht laut! Es ist kein Schreien auf der Straße, es füllt nicht die Räume großer Säle, es ist nicht oberflächliche, billige Propaganda. Davon habt ihr genug gehört in den letzten furchtbaren 12 Jahre [...] Das Wort, das jetzt zu euch gesprochen wird, kommt zu jeder einzelnen [...]*¹⁴⁰ Siebert war klar, dass die Erfahrungen des Nationalsozialismus in weiten Teilen der Bevölkerung zu einem Abwenden von der Politik geführt hatten. Folglich bemühte sie sich, in Inhalt und Form zu verdeutlichen, dass christliche Politik etwas ganz anderes bedeute. Der heutigen Leserin mögen ihre Schriften im Duktus oft pathetisch, sprachlich überfrachtet und inhaltlich unpräzise erscheinen. Clara Siebert war stets bemüht, niemals den Eindruck entstehen zu lassen, sie erhebe Forderungen. Demütig sollte ihre Stimme klingen. *Das Wort, das zu Euch kommt ist kein lautes Wort, es ist ehrfürchtig, treu und (s)cheu, es ist das Wort der Mutter!*¹⁴¹, schrieb sie im Flugblatt vom Dezember 1945 und steckte damit das Feld weiblicher Tugenden ab. Aufgabe der Frau war es ihrer Ansicht nach, in erster Linie zu lieben und der Ordnung Gottes im Staat, im Gemeinschafts- und im Familienleben zum Durchbruch zu verhelfen. Es muss schon ein krasser Missstand gewesen sein, der die in ihren Verlautbarungen eher zurückhaltende Frau nach den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung von Baden-Württemberg im März 1952 zu einem Protestbrief an die CDU veranlasste: *[...] wir stehen vor der Tatsache, dass die CDU in Baden keine einzige weibliche Abgeordnete in die Volksvertretung schickt – und das Volk besteht doch aus Männern und Frauen – Württemberg eine einzige und die durch Landesliste, also sind die badischen Frauen in der gesetzgebenden Landesversammlung nicht vertreten.*¹⁴² Zwar suchte sie der Partei zu versichern, *wenn die Wählerinnen der CDU ihrer bitteren Enttäuschung Ausdruck geben, so soll das kein Ressentiment sein von Frauenrechtlerinnen, sondern dieser Protest kommt aus den wehen Herzen der christlichen Frauen und Mütter Badens [...]*, die Empörung ließ sie jedoch ungewöhnlich deutliche Töne anschla-

Männer und Frauen von Karlsruhe

Urteilt selbst! Ihr werdet sagen, daß wir uns Mühe gegeben haben, die rechten Männer an die rechten Plätze zu bringen.

In dieser Liste brauchen wir jedoch allerdings Leute. Unter unseren Kandidaten ist keiner, dem man den Vorwurf der politischen Reaktion machen könnte! Im Gegenteil, in den ersten 8 Wahlberei-
bern stehen 4 Männer, die der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aktiven Widerstand geleistet haben.

Mit der politischen Zersplitterung soll sich die politische Erfahrung verbinden. Auch dieser Forderung haben wir entsprochen! Von den 10 Spitzenkandidaten unserer Liste haben 5 als Minister, Parlamentarier oder Abgeordnete der verschiedenen parlamentarischen Körperschaften sich bereits ein hohes Maß poli-
tischer Erfahrung erworben, das ihrer künftigen Arbeit in der Leitung der Stadt zugute kommen wird.

Die höchsten Gesichtspunkte, die bei der Ausmittlung der Wahlberechtigen maßgebend sind, sind so-
wohl die berufliche und soziale Schichtung der Bevölkerung, als auch die geographische. Auch hier glauben wir, ganz aktiv geleistet zu haben: Arbeiter, Angestellte, Beamte, Handwerker, Kaufleute und freie Berufe sind an gleicher Stelle vertreten. Bei der sachverständigen sozialen Haltung gerade unserer
jüngeren Männer wird auch der geringere Demagog nicht bezagen können, die Union sei der Hort der sozialen Reaktion.

Weiterhin sollen wir Stadtrat die einzelnen Stadträte und Vertreter der Pflanzgenossen finden. Auch diesen Wünsche haben wir weitestgehend Rechnung getragen. Unsere Kandidaten sind über die ganze Stadt verteilt. Jede kann die besonderen Bedürfnisse und Bedürfnisse seines angereichen Bezirkes und wird die schwebendsten im Rahmen des Möglichen, zu vertreten wissen.

Schlüsselpunkt — und darauf kann es uns ganz besonders an — mußte unser Wahlprogramm das grundsätzliche
Neue ausprägen. Als die Union von den Parteien der Vorgängerzeit abtrat, die Tatsache nämlich, daß es gelang, die altüberlebte konfessionelle Kraft zu überwinden und die Christen aller
Bekenntnisse auf dem Boden der gemeinsamen christlichen Weltanschauung zur politischen Aktion zu
erwecken. Auch nach in Karlsruhe die Union so mit der Zusammenschließung aller christlichen Bekenntnisse
als einziges Mittel, daß sie nicht das veraltete Zentrum ist, das unter der evangelischen Bevölkerung auf
Stützen ruht, daß bei der Gesamtheit der beiden großen Konfessionen gleichberechtigt zum
Vorteil kommt —

— all das beweist unser Wahlprogramm, der unter den 10 ersten Plätzen 4 evangelische Männer aufweist.

Wo aber bleibt die Frau?

Wir wissen, daß diese Frage gestellt wird. Wie erklären damit, daß die parteipolitische Agitation von dem
Vorwurf trage, wir wollten die Frau von politischem Leben aus, möglich gerade die Frauenwelt
unser angestrebte Kulturverfall sei. Wie verstehen es, wenn sogar Frauen, die zu uns gehören, stutzig
und mißtraulich werden.

Hier unsere Antwort!

Wollte man das tatsächliche Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Wahlberechtigten in
Verhältnissen, so müßte man von 10 Sitzen im Stadtrat mindestens 6 die Frauenwelt einnehmen. Daß
das uns sachlichen Gründen nicht möglich ist, wird die Frau nicht bestreiten können. Aber das
wichtigste eine Frau sicher wählen! Weil wir es ablehnen, eine Frau als Ausgleichsmaß in den Wahl
vorschlag aufzunehmen.

Daher werden wir in den städtischen Anstellungen und Kommissionen, wo die Frau wirklich zur Set-
zung kommen kann, die Frauen der Union zur ersten Stelle heranziehen. Auf diese Weise streben
wir dafür, daß die weibliche Gegenwart bei der Gestaltung des gemeindlichen Lebens sich auch frucht-
bar bewährt. Wie unersetzlich Wert für Wert die Güter, in denen der Frauenverband der
Union in seinem Wählerfeld „als die Frauen“ es als ihre wesentliche Aufgabe der Frau betrachtet.
In der öffentlichen Leben kann die Frau nicht als bloßes Objekt und hilflos passiv Minderlichkeit in un-
genügender Weise in den Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft so bitter
vermisst haben!

Und nun: Auf zur Wahl!

Nehmt Gleichgültige mit! Wählt die Männer der Union!

Zeichnet das Kreuz in den Kreis der Liste I.

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION

KARLSRUHE

Stadt- u. Kreiswahlamt

Platz 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20

Abt. Nr. 136/4

Veröffentlicht unter der Zulassung Nr. 136/4 der Reichsdruckerei

Karlsruhe, Karlsruhe 11. 11. 1946

DIE UNION STELLT VOR

Bürgerinnen und Bürger von Karlsruhe!

Am 26. Mai wählt Ihr aus Euren Reihen den Stadtrat. Er wird in
den nächsten Jahren einen großen Teil der Verantwortung für das
Wohl und Wehe unserer lieben Stadt zu tragen haben.

In Wort und Bild stellen wir Euch einige Männer vor, welche auf
der Wahlversammlung der Christlich-Demokratischen Union
Spitzenplätze einnehmen. Ihr sollt wissen, wem Ihr Euer Vertrauen
schenkt.

Dr. Siegfried Kühn, Landgerichtsdirektor

Als Sohn eines Volkswirtschaftlers in Mannheim-Rheinau geboren, wuchs er
im Lebenskreis der verdienstvollen Väter auf und erwarb er die letzten Vor-
kurse für das Jahrgang ausgehört. Am 1. November des Arbeits-
gerichts Karlsruhe. Seine weiteren beruflichen Tätigkeiten waren die
Abteilung und Abrechnung der Arbeitslosenrenten und ihrer Vertreter.
Politisch tätig er in der Widerstandsorganisation eine führende Rolle in der
Gruppe um den Karlsruher Rechtsanwalt Helmhold Frank, der als Opfer des
10. Juli fällt. Seit dem Zusammenbruch arbeitet er als Stadtrat von Wieder-
kulturbildung mit. In besonderer Maße beschäftigt ihn der Wunsch der
sozialen Gerechtigkeit nach den Grundsätzen des Sozialismus aus einer
höheren Verantwortung.



Dr. Erwin Umhauer, Rechtsanwalt

Monatsklausur im Justizministerium, übernahm Anfang Januar 1933 die
Ministerium des Innern. Nach der „Machtergreifung“ Rechtsanwalt. Aus
politischer Gründen 1934 ohne Berufung in den Ruhestand versetzt.
Nach dem Zusammenbruch Rückkehr in den Beruf. In der evangelischen
Kirche trägt hohe Ämter. Bis 1933 Präsident der Ev. Landesynode, 2. Zu-
sammenkunft der Landeskonferenzen der evangelischen Kirchen in Baden und Ver-
ständigung der Landeskonferenzen. Sozialist, ebenfalls Referent für Ju-
gendwohlfahrt und Vorsitzender des Landesjugendrats. 2. Z. Präsident
des Badischen Landesvereins von Rotes Kreuz.



30 Aus dem Wahlaufwurf der CDU 1946.

gen: Indirekt könnte man mit bösem Willen, den wir aber nicht haben (sic!), ein(e) Duldung des N. S. Standpunktes aus diesem Verhalten lesen, der [...] keine Frauen in der Volksvertretung duldete.

Die Empörung Clara Sieberts, die diesen Vorgang auch als eine Kränkung der früheren weiblichen Abgeordneten empfand, denen eine Nachfolge verweigert wurde, hatte sich sicher über viele Jahre angestaut. In der Verfassungsgebenden Landesversammlung von Württemberg-Baden hätte für die CDU aus Nordbaden nur eine Frau gesessen: Anna Walch, die 1947 in Karlsruhe als erste Frau für die CDU in den Stadtrat gewählt werden sollte (s. S. 102). Auch im Landtag von Württemberg-Baden die nordbadische CDU zwischen 1946 und 1950 mit nur einer Frau vertreten: der Heidelberger Rechtsanwältin Juliane von Campenhausen.¹⁴³ Mögliche Hoffnungen, dass sich die Anzahl der christ-demokratischen Mandatsträgerinnen im neuen Land Baden-Württemberg ver-

größern würde, wurden bitter enttäuscht. Auch auf kommunaler Ebene zeigte sich kein anderes Bild. Die Karlsruher CDU hatte zu den ersten Gemeinderatswahlen im Mai 1946 keine Frau aufgestellt. Dies muss selbst in den eigenen Reihen für so viel Unruhe sorgte haben, dass die Partei sich in einem Flugblatt eigens dafür rechtfertigte. Wir rechnen damit, dass die parteipolitische Agitation uns den Vorwurf macht, wir schlossen die Frau vom politischen Leben aus, obgleich gerade die Frauenwelt unser ausgiebigstes Kräfte-Reservoir sei. Wir verstehen es, wenn sogar Frauen, die zu uns gehören, stutzig und misstrauisch werden.¹⁴⁴ Es wurde eingeräumt, dass unter Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen männlichen und weiblichen Wahlberechtigten, von zehn Sitzen im Stadtrat sechs mit Frauen zu besetzen seien. Dass dies aus sachlichen Gründen nicht möglich ist, sieht jede Frau ein. Und so hat man sich gleich entschlossen, gar keine Frau aufzustellen. Doch es wurde versichert, in

den städtischen Ausschüssen und Kommissionen, [...] *wo die Frau wirklich zur Geltung kommen kann*, werde man die Frauen der Union *zur regsten Mitarbeit* heranziehen. Auf der Ebene politischer Entscheidungen blieben die Parteimänner jedoch lieber unter sich.

Hier zeichnet sich ein grundlegendes Charakteristikum der CDU der Nachkriegszeit ab: Zwar wurde die Partei in der Mehrheit von Frauen gewählt, jedoch hatte sie nur wenige weibliche Mitglieder, und während die Zahl der Wählerinnenstimmen wuchs, sank der Anteil der Frauen an den Mandaten.¹⁴⁵ Selbst auf höchster Ebene, wenn es um ausgewiesene Politikerinnen ging, war Druck notwendig, um die Partei zur Nominierung von Frauen zu bewegen. Auch die 1961 als erste Ministerin der Bundesrepublik berufene Elisabeth Schwarzhaupt wäre ohne die starken Bemühungen der CDU-Frauen sicher nicht in Amt und Würden gelangt. Bereits seit 1953 hatten sich diese verstärkt für eine Frau im Kabinett eingesetzt. Schließlich veranstalteten die Frauen der CDU-Fraktion ein *Sit-in*. Unter Führung Helene Webers setzten sie sich vor Kanzler Adenauers Vorzimmer und erklärten, nicht eher zu gehen, bis er sie empfangen und bereit sei, eine Frau ins Kabinett zu berufen. Adenauer bot Elisabeth Schwarzhaupt schließlich das Gesundheitsministerium an, die promovierte Juristin hätte jedoch lieber das Justizministerium übernommen.¹⁴⁶ Die Frau wurde auch hier auf das sozialpolitische Terrain verwiesen.

Um ihren Einfluss innerhalb der Partei zu erweitern, fanden sich in Orten und Kreisen Frauen der Union zu kleinen Arbeitsgruppen zusammen. Im März 1947 bildeten sich in Württemberg-Baden auf Landesebene sechs Fachausschüsse, darunter ein Frauenausschuss.¹⁴⁷ Ihm gehörte ab 1948 u. a. Maria Scherer (s. o.) an.

Die genaue Gründungsgeschichte des Karlsruher CDU-Frauenausschusses ist leider nicht mehr zu rekonstruieren, jedoch dürfte er sich im Laufe des Frühjahrs 1946 gebildet haben. Am 9. April 1946 berichteten die seit 1. März 1946 erscheinenden BNN erstmals von einer

gut besuchten Frauenversammlung der CDU in Karlsruhe.¹⁴⁸ Wahrscheinlich bildete ein Werbenachmittag der CDU-Frauenvereinigung des Kreises am Sonntag, den 22. September 1946, den öffentlichen Auftakt der Partei-Frauenarbeit in Karlsruhe.

Die BNN schilderten die *gelungene* Veranstaltung, die durch einen von Susi Mantel und Elise Hofmann gesprochenen Dialog sowie den Beitrag einer Kammersängerin *künstlerisch umrahmt* wurde.¹⁴⁹ Mit Luise Anzlinger, die auch dem Gründerinnenkreis der *Karlsruher Frauengruppe* angehörte (s. S. 102),¹⁵⁰ und Anna Walch hielten bei dieser Veranstaltung zwei Frauen Referate, die auch in den folgenden Jahren die christlich-demokratische Frauenarbeit wesentlich gestalten sollten. Walch übernahm den Vorsitz der Karlsruher CDU-Frauen. Anzlinger betonte in ihrer Begrüßungsansprache die Notwendigkeit einer Mitwirkung der Frau im politischen Leben. Anna Walch wies auf die in der neuen Verfassung Württemberg-Badens – an der sie mitgearbeitet hatte – verankerten Schutzmaßnahmen für Familie, Frau, Mutter und Kind hin sowie auf die dort erfolgte Aufwertung der Hausarbeit, die gleich geachtet werden sollte wie die Berufsarbeit (s. S. 44). Sie ging auf die aktuellen Probleme der Frauen, die *Berufs- und Ehenot*, ein und forderte eine Erhöhung der Brotration sowie die Gleichstellung der berufstätigen Frau mit dem Mann hinsichtlich der Entlohnung. Eine besondere Verantwortung wies sie den Frauen für die Schaffung des sozialen Klimas zu; sie hätten *besondere Pflichten [...] gegenüber unseren Ostvertriebenen*. Sie schloss ihre Rede mit dem Appell an die Frauen, *Brücken des Friedens über Grenzen hinweg* zu schlagen. Als Vertreterin der evangelischen Frauen in der Union ergriff sodann Ruth Schwarz das Wort, um die Dringlichkeit der Mitarbeit der Frau beim *Neuaufbau von Volk und Heimat* zu betonen. Abschließend dankte der CDU-Kreisvorsitzende, Regierungsdirektor Kühn, dem Frau-



Mutter...
denk an meine Zukunft
wähle CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
UNION

Mit Genehmigung der Medienkommission vom 1. Februar 1999

enausschuss für die geleistete Arbeit *in der politischen Ausrichtung der Frau*. Er erhoffte sich eine *Veredelung der Politik durch die Frau*.¹⁵¹

Dieser kurze Veranstaltungsbericht verdeutlicht einige grundlegende Positionen der CDU-Frauenarbeit. Die Notwendigkeit einer weiblichen Mitwirkung in Gesellschaft und Staat wurde aus der „Andersartigkeit“ der Frauen abgeleitet. Ihnen wurden besondere Kompetenzen und Aufgaben vor allem im sozialen Bereich zugewiesen, und sie sollten das soziale Klima in Partei und Staat kultivieren. Bei einer Versammlung der Karlsruher CDU-Frauen im November 1947 mahnte Frau Dr. Beck, eine Gastrednerin aus Heidelberg, im Vordergrund des Handelns müsse die Sorge um den *Bestand der christlichen Familie* stehen. Frauen sollten das Gebot der Nächstenliebe im Fürsorgewesen in die Tat umsetzen.¹⁵²

Wie auch die Frauen anderer Parteien sahen es die Christdemokratinnen zunächst als eine besondere weibliche Aufgabe, für die Erhaltung des Friedens zu arbeiten. Am 1. Mai 1947 veranstalteten sie eine Friedenskundgebung unter dem Motto *Ohne Liebe kein Frieden*.¹⁵³ Anna Walch wies auf die friedensgestaltende Kraft des Christentums hin und betonte, dass der 1. Mai – der traditionelle Tag der Arbeiterbewegung – auch für christliche Frauen und Mütter Anlass sei, [...] *mit gleichgesinnten Frauen der Welt in Fühlung zu treten*. Anschließend sprach Deta Löw, die Frau des Altstadtpfarrers Hanns Löw, über die *Aufgabe der Frau im politischen Kampf*, die sie vor allem in der Arbeit für den Frieden sah. Auch hier wurde wiederum eine spezifisch weibliche soziale Kompetenz eingefordert: *Die Frau muss den politischen Kampf entgiften und die Verbindung von Mensch zu Mensch, von Volk zu Volk wieder herstellen*. Politik müsse eine *Sache des Herzens* werden. Abschließend gedachte Clara Siebert der Toten der beiden Weltkriege. Frieden konnte für sie nur durch und in Gott gefunden werden. War in den ersten Nachkriegsjahren die Frage der Friedenssicherung noch eines der erklärten vorrangigen Ziele der Frau-

en aller parteipolitischer Couleur, trat sie im Zeichen des Kalten Krieges zunehmend in den Hintergrund. Engagement für den Frieden setzte sich in der jungen Bundesrepublik schließlich dem Verdacht kommunistischer Infiltration aus und wurde diskreditiert (s. S. 93).

Der Karlsruher CDU-Frauenausschuss entwickelte insbesondere im Jahr 1947 eine rege Tätigkeit und führte regelmäßig Versammlungen und Kundgebungen durch. Man traf sich zentral im Kolpinghaus, aber auch in einzelnen Stadtteilen wie Daxlanden, Beiertheim, Grünwinkel oder Rüppurr fanden Veranstaltungen statt.¹⁵⁴ Am 23. November 1947 sprach die Heidelberger Landtagsabgeordnete Juliane von Camphausen zu den Karlsruherinnen und beklagte, dass von insgesamt 100 Mandaten nur acht mit Frauen besetzt seien, obwohl doch Frauen 60–70 % der Wählerschaft ausmachten. Clara Siebert forderte, dass im Stadtrat auch Frauenstimmen zu Gehör kommen müssten, [...] *damit frauliches Denken und Handeln sich im öffentlichen Leben durchsetze*.¹⁵⁵

Als Wählerinnen waren Frauen bei der CDU, wie auch bei anderen Parteien, sehr gefragt, als Mitwirkende in den politischen Gremien jedoch weniger. Während 1948 die Aktivitäten des CDU-Frauenausschusses insgesamt zurückgingen, ist auffällig, dass insbesondere im Vorfeld von Wahlen, so etwa im Bundestagswahlkampf des Sommers 1949, Frauenversammlungen durchgeführt wurden.¹⁵⁶ Wiederholt lud man mit Helene Weber¹⁵⁷ eine bekannte Repräsentantin christlicher Frauenpolitik als Referentin ein.¹⁵⁸ Einfluss innerhalb der Partei konnten die Frauenausschüsse der CDU kaum gewinnen. Sie dienten vor allem als Kontaktstelle zum *vorpolitischen Raum der Frauenorganisationen*, schätzte die hessische Bundestagsabgeordnete Pitz-Savelsberg 1958 die *Situation der Frau in der Partei* ein.¹⁵⁹

Dies bestätigt sich auch für die Arbeit des CDU-Frauenausschusses in Karlsruhe. Die Kontakte und Querverbindungen zu anderen Frauenorganisationen waren vielfältig, und man betätigte sich vor allem auch in karitati-

ver Arbeit. Die im Juli 1948 von der *Karlsruher Frauengruppe* initiierte *Notverkaufsstelle* (s. S. 113) wäre ohne das Engagement Anna Walchs sicher undenkbar gewesen. Neben ihr arbeiteten eine große Zahl weiterer Mitglieder des Frauenausschusses der CDU dort ehrenamtlich mit und praktizierten damit auch eine rege Zusammenarbeit mit Mitgliedern der *Karlsruher Frauengruppe*.¹⁶⁰

Eine eigenständige Landesfrauenvereinigung der CDU entstand erst 1959. Bei der konstituierenden Sitzung waren nur Frauen stimmberechtigt, die von den Kreisvorsitzenden der Partei nominiert worden waren. Dem ersten Vorstand gehörten Frau Dr. Jochmus, Chemikerin aus Heidelberg, die Mannheimer Oberstudienrätin Mayer, Frau Dörzenbach aus Mosbach, Frau Zöllner aus Ettlingen und aus Karlsruhe Luise Naumann (s. S. 113) an, die bereits seit 1950 die Frauengruppe der CDU in Nordbaden geleitet hatte und seit diesem Jahr auch Mitglied des CDU-Landesvorstandes war. Offensichtlich war die CDU-Frauenarbeit etwas eingeschlafen, denn Ziel der Arbeit war es zunächst, die Frauen in den Kreisen zu aktivieren. 1970 schlossen sich die vier Landesverbände Nord- und Südbaden, Nordwürttemberg und Württemberg-Hohenzollern zu einem Landesverband zusammen. Im Februar 1988 erfolgte die Umbenennung der Frauenvereinigung in *Frauenunion*.¹⁶¹

[...] breite Frauenschichten aus der Indifferenz herausreißen¹⁶²

Die KPD

Die KPD konnte, ebenso wie die SPD, bei ihrer Wiedergründung auf Organisationsstrukturen sowie einen festen Mitgliederstamm aus der Weimarer Zeit bzw. der Illegalität zurückgreifen. Allerdings war die Zahl der aktiven Mitglieder durch die nationalsozialistische Verfolgung, KZ- und Zuchthaushaft, durch den Spanischen Bürgerkrieg, in dem viele Kommunisten ihr Leben ließen, aber auch durch die Folgen der Stalinschen „Säuberungen“ sehr reduziert. Im September 1945 konnte die KPD

im Unterbezirk Karlsruhe, der zu diesem Zeitpunkt Parteigruppen in Karlsruhe, Ettlingen, Forchheim, Mörsch, Neureut, Söllingen, Berghausen, Grötzingen und Weingarten umfasste, 375 Mitglieder zählen. *Es sind zum größten Teil alte, bewährten Genossen und Genossinnen. Ein Teil der Neuaufgenommenen hat sich in der Illegalität bewährt, auch stießen Genossen aus der SP (SPD; d. Verf.) zu uns*, hieß es in einem Bericht aus Karlsruhe an die Parteileitung.¹⁶³

Wann genau die offizielle Neugründung der KPD stattfand, lässt sich nicht mehr sagen, möglicherweise war es bei einer Versammlung im September 1945 im Gasthaus *Hirsch* in Daxlanden. Zum Vorsitzenden wurde der aus der Emigration in der Schweiz zurückgekehrte 35jährige Elektriker Adolf Betz gewählt.¹⁶⁴ Im September 1945 bestanden in 15 der insgesamt 16 Stadtbezirke Untergruppen der KPD, die sich wiederum, je nach Stärke in drei bis vier *Zellen* unterteilten. Die engere Leitung des Unterbezirks Karlsruhe bestand aus fünf Männern, in der erweiterten Leitung fanden sich neben zehn Männern drei Frauen.¹⁶⁵ Von den bereits im April durch die französische Militärregierung ernannten Bezirksvorsteher bekannten sich zwei zur KPD. Wie ihre SPD-Kollegen widmeten sie sich den drängenden Problemen zur Sicherung des Überlebens der Bevölkerung (s. S. 34). Anfang August wurde Berthold Riedinger von den Amerikanern als Bürgermeister eingesetzt. Dem Anfang September ebenfalls von der amerikanischen Besatzungsmacht ernannten Stadtrat gehörten drei Kommunisten an: Fritz Aschinger, Karl Deck und Franz Seib. Auch der im Stadtteil Grötzingen von den Amerikanern eingesetzte Bürgermeister Karl Hirschmann hatte vor 1933 der KPD angehört und trat ihr bei der Neugründung wieder bei.¹⁶⁶

Bürgermeister Hirschmann wurde bei seiner Arbeit von seiner Tochter Hilde Wagner unterstützt.¹⁶⁷ Ähnlich wie im Fall Hanne Landgrafs (s. S. 111) und wie in ungezählten anderen Fällen, die nicht überliefert sind, leistete hier eine Frau einen wichtigen Beitrag zum Wiederauf-

bau der Verwaltung, der wie selbstverständlich aus einer Notwendigkeit heraus erfolgte und selten seiner gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend gewürdigt wurde.

Hilde Wagner war gleich nach Einstellung der Kriegshandlungen im April 1945 zu Fuß von Heidelberg, wo sie die Krankenpflegeschule besucht hatte, nach Grötzingen zurückgekehrt.¹⁶⁸ Da sie ursprünglich den Beruf einer Stenotypistin erlernt hatte, wurde sie für ihren Vater, den Bürgermeister, und die übrigen in der Grötzingen Verwaltung tätigen Männer, die weder Maschinenschreiben noch Stenographie beherrschten, eine unentbehrliche Hilfe. Auch gab es unter diesen im Rathaus tätigen Antifaschisten keinen, der der englischen Sprache mächtig war. Die Amerikaner hatten jedoch angeordnet, dass jeglicher Schriftverkehr in Englisch zu erfolgen habe. Zwar konnte auch Hilde Wagner weder englisch lesen noch schreiben, doch man besorgte ihr ein altes Englisch-Lexikon und beauftragte sie, Anträge an die Militärregierung zu formulieren. *Und jetzt saß ich, ich kann guten Gewissens sagen Tag und Nacht, schwitzend über dem Wörterbuch und habe die entsprechenden Anträge formuliert*¹⁶⁹, erinnert sie sich. Da ging es um eine Nähmaschine, die eine Mutter von fünf Kindern dringend benötigte, um mit Schneiderei ihre Familie über die Runden zu bringen, um Ziegel, die für ein Dach fehlten, oder Milchgutscheine für einen kranken Säugling. Die schwierigste Aufgabe kam jedoch auf die junge Kommunistin zu, als die Anträge auf Zulassung der demokratischen Parteien gestellt werden mussten. *Jetzt saß ich und übersetzte in harter Nachtarbeit das Referat, das Programm und Statut für die KPD in Grötzingen.* Und als die KPD zugelassen war, kamen die Sozialdemokraten und baten sie, für ihre Partei dasselbe zu tun, was sie dann, wenn auch *zähneknirschend*, übernahm.

Zunächst übte Hilde Wagner diese Tätigkeit ehrenamtlich aus. Der Vater lehnte eine offizielle Anstellung im Rathaus ab, da er den Eindruck einer *Vetterleswirtschaft* vermeiden wollte. Doch einzelne Gemeinderäte vertraten

eine andere Auffassung und setzten sich schließlich durch. Auch Hilde Wagner wollte *eine reguläre Arbeit haben und Geld verdienen.* Sie war ein Jahr in der Grötzingen Verwaltung beschäftigt. Bürgermeister Hirschmann war letztendlich sehr froh über die Mitarbeit seiner Tochter. Gerade wenn es um Beschlüsse der Besatzungsmacht ging, die er nicht mittragen wollte, war sie ihm eine wichtige Unterstützung. So z. B. als Anweisung gegeben wurde, dass alle Radiogeräte abzugeben seien. *Gegen diese [...] Anweisungen haben wir uns gewehrt. Mein Vater hat erklärt, dass er nicht bereit sei, den Bürgern, die während des Faschismus unter Lebensgefahr ausländische Sender gehört hatten, jetzt das Radio zu beschlagnahmen. Er hätte nichts dagegen einzuwenden, die Radiogeräte der Grötzingen großen Nazis zu beschlagnahmen, aber nicht diejenigen der Antifaschisten oder unpolitischen Teile der Bevölkerung.* Besonders unzufrieden waren sie jedoch mit dem Verhalten der Besatzungsmacht gegenüber den großen Nazis und dem Verlauf der Entnazifizierung (s. S. 54).

1946 beendete Hilde Wagner ihre Tätigkeit in Grötzingen und wechselte in das Kreisbüro der KPD Karlsruhe. Die Politik sollte ihr zum Beruf werden. Aufgewachsen in einer *kommunistischen Familie*, war ihre Kindheit geprägt durch Erfahrungen von Illegalität und Verfolgung während des Nationalsozialismus, von politischen Diskussionen, widerständigem Verhalten und verbotener Lektüre. Insbesondere der Vater hatte ihr Interesse für Politik geweckt. In ihrer Zeit in der Kreisleitung war die junge Frau aktiv am Aufbau einer kommunistischen Jugendorganisation, der *Freien Deutschen Jugend* (FDJ), in Karlsruhe beteiligt. Sie wurde Mitglied des Kreis- und des Landesvorstandes der KPD und somit eine Ausnahmeerscheinung in der Parteienlandschaft jener Nachkriegsjahre.

Alle Parteien hatten Schwierigkeiten, unter der jüngeren Generation der im Nationalsozialismus Herangewachsenen Mitglieder zu gewinnen. Auch die KPD sah sich mit einer desinte-

ressierten, wenn nicht gar feindseligen Haltung der Jugend konfrontiert und bemühte sich, diese zu überwinden.¹⁷⁰ Am 3. November 1946 führte sie im Bezirk Nordbaden eine *Partei-konferenz für Jugendfragen* durch, die beschloss, in jeder Kreis- und Ortsgruppenleitung einen verantwortlichen *Genossen für die Jugend* zu schulen. Außerdem wurden soziale Forderungen für die Jugend formuliert. Angestrebt wurden u. a. ein *Recht auf Bildung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit* sowie eine *allgemeine und vorbehaltlose Zulassung der Mädels zu allen Berufen, die sie ausführen können*.¹⁷¹ Die ehemalige Karlsruher Jugendamtsleiterin und Mitglied der liberalen Partei Elisabeth Großwendt (s. u.) äußerte sich 1947 positiv anerkennend zu den Jugendrichtlinien der KPD.¹⁷² An dieser Jugendarbeit dürfte in den ersten Nachkriegsjahren Hilde Wagner nicht unerheblich beteiligt gewesen sein. War es aber schon außergewöhnlich, wenn Angehörige der jüngeren Generation Funktionen in den Parteien übernahmen, stellte sie gerade als Frau eine Ausnahmeerscheinung dar. Dies zeigen auch die Diskussionen der im November 1946 in Heidelberg tagenden Bezirkskonferenz der KPD Nord-Baden. Dort wurde die Frage gestellt: *Warum haben wir so wenig Frauen in Parteifunktionen?* Man machte dafür auch die Männer der Partei verantwortlich ... *große Teile unserer Genossen meinen, man könne die Frauen nicht für verantwortliche Parteifunktionen brauchen. [...] Diese Auffassung ist grundfalsch. Die Genossin Funktionär erledige ihre Arbeit nicht schlechter als der Mann. Auch müsse die Scheu und Angst der alten Genossen vor den jüngeren überwunden werden*.¹⁷³ Erstaunlich offene Töne, doch konnte auch die KPD das Problem der geringen weiblichen politischen Partizipation nicht lösen. Ende 1945 lag der Frauenanteil unter den KPD-Mitgliedern des Bezirks Nordbaden insgesamt bei nur ca. 10 %. Als *hemmende Faktoren* für eine Beteiligung von Frauen sah man den *Mangel an geeigneten Kräften, das passive Verhalten der Männer gegenüber den Frauen, sie zu verantwortlichen Arbeiten heranzu-*

ziehen sowie eine gewisse Zurückhaltung der Frauen, *sich an dem politischen Leben zu betätigen*.¹⁷⁴ Auch die KPD erkannte, dass Frauen die Bevölkerungsmehrheit stellten und Mitglieder sowie Wählerstimmen nicht ohne sie zu gewinnen waren. *Die Frau spielt in der jetzigen Zeit eine sehr wesentliche Rolle, worauf wir insbesondere unser Augenmerk richten müssen*.¹⁷⁵, hieß es im Januar 1946 in einem Rundschreiben der badischen *Kaderabteilung*, verbunden mit der Aufforderung, Frauenausschüsse zu bilden.

Früher und nachdrücklicher als die anderen Parteien bezog man Stellung zur Gleichberechtigung der Frau. In einer politischen Resolution der Landeskonferenz des Bezirks Baden am 9./10. März 1946 wurde *gleicher Lohn für gleiche Arbeit*, gleiche berufliche Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen sowie die Erschließung neuer Berufe, [...] *auch solche[r], für die bisher der Mann das alleinige Vorrecht für sich in Anspruch nahm* sowie gleiche Bildungsmöglichkeiten an Hochschulen und Universitäten gefordert.¹⁷⁶ Die Karlsruher KPD bezog im April 1946 als einzige Partei in den BNN Stellung zu den aktuellen Problemen von Frauen. Thematisiert wurden Konflikte am Arbeitsplatz zwischen Frauen und aus dem Krieg zurückkehrenden Männern. Viele Frauen seien angesichts der geringen Chancen, einen *Ernährer* zu finden, auf Erwerbsarbeit angewiesen. Vom zurückgekehrten Mann wurde gefordert, in der Frau, die er an seinem Arbeitsplatz finde, den *gleichberechtigten Kollegen* zu sehen. Die Frauen forderte man auf, sich in Gewerkschaften, Betriebsräten, *überhaupt dem öffentlichen Leben dem Manne als gleichberechtigt und gleichbefähigt an die Seite zu stellen*.¹⁷⁷ Nach den ersten Gemeinderatswahlen im Mai 1946 musste man jedoch enttäuscht feststellen, dass die Wähler/innen diese Forderungen nicht honorierten, und die KPD außerstande war, ... *die Aktivierung des politischen Denkens der Frauen, der Heimkehrer und der von Hitler verhetzten Jugend zu erreichen*.¹⁷⁸ Bis April 1946 hatte jedoch der Frauenanteil der KPD Nord-Baden immerhin auf 16,1 %,

das waren insgesamt 1.787 weibliche Mitglieder, gesteigert werden können. Der Bezirksparteitag in Mannheim musste allerdings feststellen, dass es nicht gelungen sei, die Frauen zum aktiven Moment der Partei zu machen. So befanden sich z. B. unter den 19 Heidelberger Delegierten gerade zwei Frauen.¹⁷⁹ Es wurde ausdrücklich betont, die Bedenken der Genossen, Frauen sollten sich nicht so sehr um Politik kümmern, seien falsch. Bei den nächsten Leitungswahlen dürfe in keiner Leitung mehr eine Frau oder ein Mädchen fehlen. Unter den sieben bei diesem Bezirksparteitag gebildeten Ausschüssen befand sich schließlich auch einer für die Arbeit unter Frauen.

Der Landesparteitag Württemberg-Baden beschloss im Juni 1947, sofort auf allen Leitungsebenen Kommissionen für die Arbeit unter den Frauen zu bilden.¹⁸⁰ Von den Frauenausschüssen oder -kommissionen der anderen Parteien sollten sie sich unterscheiden, in dem sie nicht als „Frauenangelegenheit“, sondern als Aufgabe der gesamten Partei zu sehen waren.¹⁸¹ Dieser Sonderweg in der politischen Frauenarbeit bot Chancen und Gefahren. Einerseits erscheint es durchaus begrüßenswert, wenn Interessen von Frauen von der gesamten Partei diskutiert und vertreten werden. Andererseits wurde eine eigenständige Arbeit der Frauen unterlaufen und eine ständige Kontrolle gewährleistet, wenn festgelegt wurde, dass in allen Partei-Frauenkommissionen verantwortliche Genossen mit vertreten sein müssen.¹⁸² Bereits die Geschichte der SPD im Kaiserreich hatte gezeigt, dass die Einschränkung eigenständiger Organisationsformen die Präsenz und den Einfluss von Frauen in einer Partei keineswegs stärkt.¹⁸³ Den Funktionären der KPD ging es in erster Linie darum, den Einfluss der Partei unter den Frauen zu stärken. *Die Masse der Frauen steht der Politik und besonders den politischen Parteien zunächst interesselos oder voller Vorurteile gegenüber*¹⁸⁴, hieß es in den *Richtlinien für die Frauenarbeit* der KPD Hessen 1947. Wie die meisten Männer – aber auch viele Frauen – der anderen Parteien sahen die KPD-Funktionäre/innen weib-

liche politische Defizite als Ausgangspunkt für die Arbeit mit Frauen. Die KPD Württemberg-Baden wollte [...] *breite Frauenschichten aus der Indifferenz und aus der Führung der Reaktion herausreißen, ihr politisches Bewusstsein [...] wecken und sie im Kampf um ihre unmittelbaren Lebensinteressen und ihre Gleichberechtigung [...] erziehen [sic!] zu Kämpferinnen für wirkliche Demokratie und den Sozialismus*.¹⁸⁵ Sollten Frauen nachhaltig für die Arbeit der Partei gewonnen werden, mussten sie durch Schulung umerzogen werden. Dieses Konzept entsprach der Vorstellung von einer besonderen Formbarkeit der Frauen.¹⁸⁶

Auch in Karlsruhe scheint die KPD infolge des Beschlusses des Landesparteitages 1947 (s. o.) die beabsichtigte Schulung der Frauen angegangen zu sein und ihre Arbeit unter den Frauen etwas intensiviert zu haben. Hilde Wagner erinnert sich, dass bereits 1946, als sie beim Kreisvorstand tätig war, relativ viele Frauenveranstaltungen durchgeführt worden seien. *Da haben wir oft an einem Abend fünf, sechs, bis zu zehn Frauenveranstaltungen in allen möglichen Ortschaften durchgeführt. In Bretten, Bruchsal, Söllingen, Berghausen usw.* Sie selbst trat 1946/47 oft als Referentin bei Frauenveranstaltungen auf.¹⁸⁷ In den BNN wurde eine öffentliche Frauenversammlung der KPD erstmals für den 10. Juni 1947 in der *Dammerstockwirtschaft* angekündigt. Zum Thema *Frau und Sozialismus* referierte Friedel Reger.¹⁸⁸

Frieda Reger, auch Friedel genannt, war am 26. November 1903 in Friedrichstal geboren worden, wo sie 1910 bis 1918 die Volksschule besuchte. Anschließend nahm sie eine Arbeit bei den IWK in Karlsruhe auf, die sie nach einem Betriebsunfall, sie brachte die Hand in eine Maschine, beendete. Danach arbeitete sie in einer Buchdruckerei. 1925 heiratete sie den Asphaltteur Rudolf Reger. Der KPD trat sie 1931 bei. Hier engagierte sie sich in der Frauenarbeit und wurde bald in Karlsruhe und Umgebung als Referentin von kommunistischen Frauenversammlungen bekannt. Ab 1932 war sie in der Unterbezirksleitung Karlsruhe für

Frauenarbeit zuständig, im selben Jahr kandidierte sie zu den Reichstagswahlen. Die Leiterin der *Frauenstaffel des Kampfbundes gegen Faschismus* wurde nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 für zehn Tage in *Schutzhaft* genommen. Obwohl man bei ihrer Haftentlassung von ihr eine schriftliche Erklärung gefordert hatte, sich nicht weiter politisch zu betätigen, brachte Frieda Reger den Mut auf, im Widerstand gegen das Hitler-Regime aktiv zu werden. 1934 wurde sie, offensichtlich in Folge einer Denunziation, festgenommen und gemeinsam mit Maria Rosenberg¹⁸⁹ und anderen wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. Sie hatte illegale Druckschriften an ihr bekannte Frauen verteilt. Man fand bei Frieda Reger zehn Pakete zu je 1000 Blatt Papier sowie eine Schreibmaschine aus der ehemaligen KPD-Geschäftsstelle. Des Weiteren wurde sie beschuldigt, unter einer Deckadresse den illegalen Schriftverkehr der KPD befördert zu haben. Das Oberlandesgericht Karlsruhe verurteilte Frieda Reger im September 1934 zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr und acht Monaten.¹⁹⁰ Nach 1945 war sie wieder am Aufbau der Karlsruher KPD beteiligt, für die sie 1947 auf dem allerdings aussichtslosen Listenplatz 21 zum Stadtrat kandidierte.¹⁹¹ Die beim städtischen Fürsorgeamt Beschäftigte gehörte auch dem erweiterten Vorstand der *Arbeiterwohlfahrt* (AWO) an (s. S. 28 ff.), wo in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch Mitglieder der SPD und KPD zusammenarbeiteten.¹⁹² Nach der Gründung des *Demokratischen Frauenbundes Deutschlands* (DFD) in Karlsruhe (s. u.) übernahm Frieda Reger dessen Leitung. Anfang der 50er Jahre zog sie sich jedoch aus gesundheitlichen Gründen aus der politischen Arbeit zurück.¹⁹³ Im Sommer 1947 führte die KPD in Karlsruhe weitere Frauenmitgliederversammlungen in der Festhalle Durlach, in der Gaststätte *Auerhahn* und in Rüppurr durch.¹⁹⁴ Bei einer Veranstaltung der *Karlsruher Frauengruppe* zu den Stadtratswahlen am 12. November im *Ziegler-saal* trat die einzige weibliche KPD-Landtagsabgeordnete aus Nord-Baden, die Mannheime-

rin Antonie Langendorf auf.¹⁹⁵ Die Karlsruher Parteiorganisation hatte keine ähnlich exponierten Frauen vorzuweisen. Neben Hilde Wagner, die nach ihrer Heirat 1948 aus Karlsruhe wegging, und Friedel Reger sind aus jenen Jahren rund ein Dutzend Namen von Kommunistinnen überliefert, die für ihre Partei zu Stadtratswahlen kandidierten (s. S. 102). Eine von ihnen war Irma Schnepf, an die sich Edith Dietz, die Ehefrau von Friedrich K. H. Dietz, dem Vorsitzenden der KPD und Stadtrat, erinnert: *Sie war wesentlich älter als ich und hatte bereits eine klare politische Einstellung: Sie war Kommunistin. Ihr Aussehen faszinierte mich. [...] Jedenfalls hatte sie ungeheuer viel Temperament und verkörperte eine gute Schauspielerin. Bei Veranstaltungen war sie es, die Theaterstücke und Gedichte vortrug.*¹⁹⁶ Edith Dietz wurde selbst nicht Mitglied der KPD. Sie, der, als Jüdin von den Nationalsozialisten verfolgt, die Flucht in die Schweiz gelungen war, kehrte 1946 nur schweren Herzens mit ihrem Mann nach Deutschland zurück.¹⁹⁷ Die aus einem nationalliberal geprägten jüdischen Elternhaus stammende junge Frau, sie war 1946 gerade 25 Jahre alt, engagierte sich im DFD und der *Karlsruher Frauengruppe*. Der Partei stand sie eher distanziert gegenüber, dennoch unterstützte sie ihren Mann im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei seiner Arbeit. Friedrich K. H. Dietz hatte Adolf Betz, der 1947 in Frauenalb die Leitung eines vom Centre Sanitaire Suisse (CSS) geführten Sanatoriums für ehemalige KZ-Häftlinge übernahm, als Vorsitzender der Karlsruher KPD abgelöst. Lina Betz, die Ehefrau von Adolf Betz, leitete eine von der *Süddeutschen Ärzte- und Sanitätshilfe*,¹⁹⁸ der deutschen Sektion des CSS, getragene Betreuungsstelle für Verfolgte des nationalsozialistischen Regimes in Karlsruhe. Auf diese Tätigkeit war sie, die 1936 mit Hilfe von Friedrich K. H. Dietz in die Schweiz fliehen konnte, bereits in Zürich bei Kriegsende vorbereitet worden.¹⁹⁹ Die Betreuungsstelle, die sich in wechselnden Räumlichkeiten, zuletzt an der Hilda-Promenade befand, sollte politisch und rassistisch Verfolgten Beratung und

Unterstützung gewähren und arbeitete hierzu mit städtischen Behörden zusammen. In der KPD wurde Lina Betz, die ihre Jugend im Milieu der Durlacher Arbeiterbewegung verbracht und vor 1933 zunächst der *Sozialistischen Arbeiterjugend* (SAJ) angehört hatte, nicht aktiv. Sie folgte ihrem Mann, der Haft, Moorlager und Strafbataillon der Nazis überlebt hatte, aber 1950 auf tragische Weise bei einem Brand im Sanatorium das Leben verlor, nach Frauenalb. Dort arbeitete sie bis kurz vor ihrer Pensionierung.

Mitgliederstruktur der KPD Nord-Baden, April 1947²⁰⁰

Männer	9266	83,9 %
Frauen	1787	16,1 %
Kreis Karlsruhe	2143	
Kreis Mannheim	6097	
	davon 4370	MA-Stadt
Kreis Heidelberg	2242	
Kreis Pforzheim	800	
Kreis Bruchsal	300	
gesamt	12052	
weitere Kreisorganisationen in Sinsheim, Tauberbischofsheim, Buchen, Mosbach		
Altersstruktur	in % d. Mitglieder	
18	3,1	
19-21	3,9	
22-28	11,0	
29-42	31,9	
43-55	35,4	
über 55	14,9	
Sozialstruktur	in % d. Mitglieder	
gelernte Arb.	36,7	
Ungelernte	25,7	
weibl. Arb.	3,0	
männl. Angest.	12,4	
weibl. Angest.	2,5	
Bauern	1,2	
Selbst., Handw.	9,0	
Invaliden, Rentner	2,9	
Hausfrauen	7,0	

Wenn sich auch der Prozentsatz weiblicher Mitglieder der Partei erhöht hat, so ist es uns doch nicht gelungen, in größerem Ausmaße Betriebsarbeiterinnen, weibliche Angestellte und Angehörige der freien Berufe für den Eintritt in die Partei zu gewinnen.²⁰¹, hieß es in einem Bericht über den Stand der Frauenarbeit der KPD in Württemberg-Baden vom Juni 1946. Den größten Anteil der weiblichen Mitglieder stellten in der kommunistischen Partei, wie auch in der SPD, Hausfrauen. Meist handelte es sich dabei um die Ehefrauen von Parteimitgliedern. 1947 waren 7 % der KPD-Mitglieder in Nord-Baden Hausfrauen, jedoch nur 3 % Arbeiterinnen und 2,5 % weibliche Angestellte.²⁰²

Die KPD Nord-Baden hatte im Oktober 1946 in 146 Gemeinden, das waren ca. 30 % aller Ortschaften, Parteioorganisationen. Ihren Schwerpunkt hatte die Partei wie schon vor 1933 in Mannheim. Der Bezirk Karlsruhe umfasste zu diesem Zeitpunkt 25 Parteigruppen mit insgesamt 1803 Mitgliedern.²⁰³ Offensichtlich hatte man jedoch Mühe, die Parteibasis zu aktivieren. Bei einer Kreiskonferenz im Sommer 1946 waren nur acht der über zwanzig Gruppen vertreten. Genosse Ritter berichtete an den Parteivorstand, in Karlsruhe mache sich eine allgemeine Ermüdung bemerkbar. Auch die Ergebnisse der KPD bei den Kommunalwahlen im Mai waren weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang auch Bürgermeister Riedinger. Er arbeite zu viel und stelle seine Erfolge nicht dar.²⁰⁴ Das angestrebte Ziel, eine Massenbasis zu gewinnen, gelang der Partei weder insgesamt noch in ihrer Frauenarbeit.

Zwar war die KPD die einzige Partei, die mit der Forderung nach Gleichberechtigung der Frau, gleichem Lohn für gleiche Arbeit und Zugang zu allen Berufen sowie nach einer Änderung des § 218 – hier berief man sich auf die bürgerlich-radikale Frauenrechtlerin Helene Stöcker – an die Öffentlichkeit trat, ihr Frauenbild, ihre Vorstellungen von einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung unterschieden sich dennoch kaum von dem der sozialdemokrati-

schen und bürgerlichen Parteien. Ausgangspunkt war die „Andersartigkeit“ der Frau. In die Politik sollte sie ihre spezifisch weiblichen Fähigkeiten einbringen. Dies verdeutlichte z. B. die junge Stuttgarter Kommunistin Strohbach bei einer Veranstaltung zu den Bundestagswahlen 1949 in Karlsruhe: Sie betrachtete die politische Mitarbeit der Frauen als *gesunden Ausgleich* für die *theoretische Einstellung des Mannes*.²⁰⁵ Die Zuständigkeit für die Reproduktionsarbeit, die Führung des Haushaltes und Erziehung der Kinder sah man weiterhin ausschließlich bei den Frauen. Wie die Sozialdemokrat/inn/en forderten auch die Kommunist/inn/en die Verantwortlichkeit der Frau als Mutter und Erzieherin der Jugend ein. *Die Frau ist mehr als alle anderen dazu berufen, die Sicherung des Friedens in ihre Hand zu nehmen*²⁰⁶, wurde daraus beim Bezirksparteitag der (nord-)badischen KPD im April 1947 gefolgert. Letztendlich wurde hier das gegenwärtige weibliche Leistungsprinzip propagiert. Frauen sollten als Mutter und Erzieherin wirken, berufstätig sein, sich sozialpolitisch engagieren und in der Partei aktiv werden. Erst indem sie ihre *Pflicht* erfüllen und ihre *Aufgaben meistern* werde, schaffe die Frau die Grundlage, [...] *als gleichberechtigte Kameradin neben dem Manne durch das Leben zu schreiten*. Frauen wurden auch hier zu Objekten der Parteipolitik, eigenständige Wege zur Politik gestand man ihnen nicht zu.

Dennoch gab es in den ersten Nachkriegsjahren Versuche, innerhalb der KPD eine eigenständige Frauenpolitik zu entwickeln. *Wir sollten uns bemühen, die Schwäche abzulegen, immer nur nach den Weisungen der Parteileitung zu handeln. Die Tätigkeit muss insbesondere hier im Westen vielseitig sein ohne Schematismen [...]*²⁰⁷ Zu diesem Schluss kam die Interzonenkonferenz der verantwortlichen Frauenfunktionärinnen der KPD, die am 9./10. Februar 1948 in Frankfurt am Main tagte. Die Partei bot zunächst ein Forum für kritische und radikale Frauen.²⁰⁸ Im Verlauf des Jahres 1948 endete jedoch die relative Offenheit der KPD/SED gegenüber der Frauenpolitik. Dies

ist auch vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen Entwicklung zu sehen.

Bereits mit der Moskauer Außenministerkonferenz der Siegermächte 1947, der es nicht gelungen war, eine gemeinsame Verwaltung Deutschlands herzustellen, begannen sich die Gegensätze des Kalten Krieges abzuzeichnen. Mit der Blockade Berlins traten sie offen zutage, Verschwörungsängste und Lagermentalität wurden verstärkt. Auch in Karlsruhe verschärfen sich die politischen Auseinandersetzungen. Hatten im Oktober 1945 noch alle vier Parteien eine gemeinsame Veranstaltung im Konzerthaus durchgeführt, waren die ersten Monate noch von dem Willen, gemeinsam einen demokratischen Staat aufzubauen, geprägt, geriet die KPD nun zunehmend ins Abseits.

Im Frühjahr und Sommer 1949 verstärkte die KPD ihre frauenpolitischen Aktivitäten nochmals und führte in den einzelnen Karlsruher Stadtteilen eine recht beachtliche Zahl von Frauenversammlungen durch.²⁰⁹ Als einzige der Karlsruher Parteien bezog sie im ersten Bundestagswahlkampf noch öffentlich zur Gleichberechtigung der Frau Stellung.²¹⁰ Dennoch konnte sie kaum neue Anhängerinnen gewinnen, und auch die in den überparteilichen Frauenorganisationen aktiven Kommunistinnen hatten einen immer schwereren Stand. Die Interzonenkonferenz der KPD am 21./22. Mai 1948 in Frankfurt hatte beschlossen, *keine eigenen Frauenorganisationen zu gründen*.²¹¹ Um möglichst viele Frauen zu erreichen und Einfluss auf *unpolitische* Frauen zu gewinnen, sollten Kommunistinnen sich jedoch in bürgerlichen Frauenorganisationen engagieren.

Als im August 1956 die KPD verboten wurde, fanden sich Menschen, die im Widerstand gegen Hitler gewesen und dann teilweise an maßgeblicher Stelle beim Wiederaufbau mitgewirkt hatten, als *Staatsfeinde* wieder.

*[...] nur geringes Interesse an der Mitarbeit der Frauen*²¹²

Die FDP/DVP

Die Anhänger des politischen Liberalismus

gründeten in Karlsruhe, wie auch landesweit, als letzte eine Partei. Zwar erfolgte am 10. September 1945 neben den anderen Parteien auch die Zulassung einer demokratischen Partei durch die Militärregierung, dies war jedoch zunächst ein rein formaler Akt. Eine entsprechende Parteiorganisation existierte zu diesem Zeitpunkt noch nicht.²¹³ Die liberalen Parteien hatten vor 1933 keineswegs mit anderen demokratischen Parteien vergleichbare Organisationsstrukturen ausgebildet, auf die sie nun hätten zurückgreifen können. Außerdem hatten in liberalen Kreisen zunächst Zweifel geherrscht, ob man sich angesichts der überkonfessionellen Struktur der neugebildeten CDP nicht dieser Partei anschließen sollte. Theodor Heuß, als ein Vertreter des Sammlungsgedankens bürgerlicher Kräfte, riet noch Mitte Oktober 1945, sich bei den Christdemokraten einzureihen.²¹⁴

In Karlsruhe nahm Ende September Albert Keßler Verbindungen zu ehemaligen Parteifreunden auf, um mit ihnen die Lage zu besprechen.²¹⁵ Aus einer zunächst lockeren Gesprächsrunde bildete sich schließlich der spätere Gründerkreis der neuen demokratischen Partei in Karlsruhe. Ihm gehörte als einzige Frau Luise Riegger (s. u.) an. Ihren Vorschlag, eine *große öffentliche Gründungsversammlung* durchzuführen, lehnte Dr. Hermann Kessler mit der Begründung ab, eine solche Veranstaltung könne ein großes Fiasko werden, *wenn wir selbst nicht wissen, was wir wollen*.²¹⁶ Tatsächlich hatte die sich am 9. Oktober 1945 zusammenfindende Gründungsversammlung, an der neben Luise Riegger elf Männer teilnahmen, keine programmatischen Vorstellungen entwickelt. Man nannte sich *Demokratischer Verein* und stellte zunächst eher eine Arbeitsgemeinschaft dar, die sich alle 14 Tage treffen wollte, um in Referaten und Diskussionen zu einer politischen Neuorientierung zu gelangen. In den folgenden Wochen wurden Kontakte zu liberalen Kreisen in Heidelberg sowie auch Pforzheim und Stuttgart geknüpft und Programme ausgetauscht. Erst am 15. Dezember 1945 erfolgte die öffentliche Grün-

dungsversammlung der *Demokratischen Partei* – später *Demokratische Volkspartei* (DVP), an der etwa 80 Personen teilnahmen.²¹⁷

Bereits einen Tag zuvor hatte die Militärregierung Württemberg-Baden die Bildung eines Landesverbandes genehmigt. Der erste Landesparteitag fand am 6. Januar 1946 statt. Am 28./29. September 1946 schlossen sich die liberalen Parteien der US-Zone zu einer Zonenpartei zusammen. Nachdem der Versuch der Gründung einer gesamtdeutschen liberalen Partei im Januar 1948 scheiterte, bildeten die westdeutschen Liberalen am 12. Dezember 1948 die *Freie Demokratische Partei* (FDP) der drei Westzonen und Berlins. In Württemberg-Baden firmierte man weiterhin als DVP, erst beim Dreikönigstreffen am 6. Januar 1952 erfolgte die Namensänderung in FDP/DVP. In der FDP war es erstmals gelungen, die unterschiedlichen Strömungen des politischen Liberalismus zu vereinigen, allerdings unter Verzicht auf eine grundsätzliche Diskussion über Anteil und Bedeutung einer mehr national-liberalen oder vorwiegend liberal-demokratischen Orientierung. Der nördliche Flügel, repräsentiert durch den hessischen Landesvorsitzenden Euler und den Landesverband Rheinland-Pfalz, war engagiert antisozialistisch, betont national ausgerichtet und verfolgte das Ziel einer Erweiterung der Parteibasis nach rechts. Dem stand ein südlicher Flügel unter der Leitung von Thomas Dehler in Bayern und Reinhold Maier in Württemberg-Baden gegenüber, der ein ausgeprägteres soziales Denken praktizierte und jeder Form nationalistischen Denkens eine Absage erteilte.²¹⁸

Der nur schwach ausgeprägte programmatische Einigungszwang mag dazu beigetragen haben, dass in Karlsruhe Repräsentantinnen der alten bürgerlichen Frauenbewegung, die vor 1933 der DDP angehört hatten, es für selbstverständlich hielten, sich gerade hier zu engagieren. Zudem schien die programmatische Offenheit Chancen zu bieten, eigene (frauen-)politische Vorstellungen einzubringen. Für Luise Riegger und Elisabeth Großwendt stellte die *Demokratische Partei* eine unmittelbare An-



32 Luise Riegger, Stadträtin 1964–1965 für die FDP.

knüpfung an ihre parteipolitische Praxis vor der nationalsozialistischen Machtübernahme dar. Luise Riegger²¹⁹ war 1918 in die DDP eingetreten, für die sie von 1919 bis 1930 in der Stadtverordnetenversammlung saß. Die am 7. Januar 1887 geborene Lehrerin war 1909 mit der Jugendbewegung in Berührung gekommen und leitete bis 1913 den Mädchen-*Wandervogel* in Karlsruhe. Während des Ersten Weltkrieges begann sie, sich mit der Geschichte der Frauenbewegung zu beschäftigen, und bald wurde aus der Jugendbewegten auch eine Frauenbewegte. Sie knüpfte Kontakte zu Gertrud Bäumer und Helene Lange und wurde 1931 zur Vorsitzenden des *Badischen Verbandes für Frauenbestrebungen* gewählt, der Dachorganisation der bürgerlichen, dem *Bund Deutscher Frauenvereine* (BDF) angeschlossenen Frauenverbände in Baden.²²⁰ Im Juni 1933 musste sie den Karlsruher Frauenverbänden mitteilen, dass die Beauftragte der badischen Regierung und spätere Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink den *Badischen*

Verband für Frauenbestrebungen aufgelöst habe und somit auch seine Karlsruher Ortsgruppe nicht mehr existiere.²²¹ Die folgenden Jahre verbrachte Luise Riegger im *passiven Widerstand*.²²² Als Lehrerin sah sie auf Dauer keine Möglichkeit, sich einer Aufnahme in die *NS-Frauenschaft* zu widersetzen, einer Übernahme in die NSDAP konnte sie jedoch erfolgreich entgegentreten. Nach Beendigung des nationalsozialistischen Systems hielt sie es für ihre selbstverständliche Pflicht am demokratischen Aufbau mitzuwirken. Neben ihrem Engagement in der neuen demokratischen Partei war sie 1946 maßgeblich an der Gründung der überparteilichen *Karlsruher Frauengruppe* beteiligt (s. S. 121). Die bis ins hohe Alter aktive Frau verstarb am 8. Februar 1985 in Karlsruhe. Für Elisabeth Großwendt²²³ waren die in der DDP der Weimarer Republik *eingereichten Führerinnen der Frauenbewegung* Anlass gewesen, sich vor 1933 dieser Partei anzuschließen.²²⁴ Sie unterhielt Verbindungen zu Marie Baum, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Karlsruhe bei der Badischen Fabrikinspektion als Gewerbeaufsichtsbeamtin sowie nach dem Ersten Weltkrieg als Regierungsrätin beim badischen Arbeitsministerium tätig gewesen war und 1919 für die DDP in die deutsche Nationalversammlung gewählt wurde.²²⁵ Desweiteren war Großwendt mit Elly Heuss-Knapp und Marie-Elisabeth Lüders (s. u.) bekannt. Elisabeth Großwendt war eine jener Vertreterinnen der alten bürgerlichen Frauenbewegung, die das traditionell den Frauen zugeschriebene Feld der sozialen Fürsorge professionalisiert hatten. Am 26. Mai 1881 in Metz geboren, war sie 1906 als erste Frau in den Dienst der Gewerbeaufsichtsbehörde von Elsass-Lothringen getreten. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte man ihr die Leitung der Zentrale für Kriegsfürsorge der Stadt Colmar übertragen, 1916 wurde sie als Referentin für Arbeiterinnenfragen an die Kriegsamtsstelle Straßburg berufen. Nach einer Tätigkeit beim württembergischen Landesamt für Arbeitsvermittlung in Stuttgart und als Geschäftsführerin des städtischen Jugendamtes in

Halle/Saale wurde sie im April 1920 Jugendamtsleiterin in Karlsruhe. Damit übernahm sie als erste Frau in der Stadtverwaltung eine Amtsleiterposition, die sie nach dem nationalsozialistischen Machtantritt im März 1934 niederlegen musste (s. S. 48).²²⁶ Eine berufliche Rehabilitation wurde ihr nach dem Zweiten Weltkrieg verweigert. Großwendt betätigte sich vom März 1946 bis Dezember 1949 als Redakteurin bei den *Badischen Neuesten Nachrichten* (s. S. 122). Auch nach ihrer Pensionierung arbeitete sie weiterhin in der von ihr mitbegründeten *Karlsruher Frauengruppe* (s. S. 123) und in der Frauenarbeit der FDP mit. Sie verstarb am 16. Februar 1960 in Brettach, nahe Heilbronn.

Mit Luise Riegger und Elisabeth Großwendt engagierten sich nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges auch in der Karlsruher liberalen Partei Frauen, die, wie in einer Studie über die Frauen in der Berliner liberalen Partei LDP charakterisiert, durchaus zum Typus der selbstbewussten Persönlichkeiten mit *Neigung zum eigenen Weg* zu rechnen sind.²²⁷ Sie hatten die DDP als politische Heimat der bürgerlichen Frauenbewegung betrachtet und erwarteten dies auch von der neuen liberalen Partei. Als es in den fünfziger Jahren um die rechtliche Umsetzung der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung der Geschlechter ging (s. S. 144), erinnerte Riegger die Bundestagsfraktion der FDP an die historische Verbundenheit der Frauenrechtlerinnen mit dem Liberalismus und suchte sie im Sinne ihrer frauenpolitischen Traditionen auf ein Abstimmungsverhalten im Interesse der Frauen zu verpflichten.²²⁸ In ihrer konkreten Parteiarbeit war es Luise Riegger stets wichtig, die Emanzipation der Frauen voranzutreiben. So führte sie u. a. den Vorsitz der FDP-Frauengruppe Karlsruhe sowie des im März 1954 gebildeten Bezirksfrauenausschusses der FDP Nordbaden. Daneben war sie Mitglied des Landesfrauenausschusses, zu dessen Ehrenvorsitzende sie 1955 gewählt wurde, und nahm in dieser Funktion ein Mandat im Bundesfrauenausschuss der FDP wahr.²²⁹ Vielleicht war es gerade dieses

konsequente Eintreten für Frauenrechte, das eine weitere politische Karriere Luise Rieggers wie Elisabeth Großwendts innerhalb ihrer Partei verhinderte. Die in ihrer Lebensführung und Erscheinung unkonventionellen und ihrer politischen Haltung geradelinigen Frauen dürften als *Exotinnen* im politischen Spektrum wahrgenommen worden sein.²³⁰ Zwar arbeitete Luise Riegger für die FDP im städtischen Fürsorge-, Jugendwohlfahrts- und Schulausschuss mit, wo sie ihre vielfältigen Erfahrungen auf diesen Gebieten einbringen konnte, der Einzug in den Stadtrat gelang ihr jedoch erst 1964 als Nachrückerin.²³¹ Elisabeth Großwendt übernahm in der DVP die Funktion der Schriftleiterin,²³² ein Mandat im Stadtrat konnte sie jedoch nicht erringen.

Frauenpolitikerinnen der FDP, wie auch der anderen Parteien, befanden sich in einem Zwiespalt, der sich deutlich in den Reden Marie Elisabeth Lüders zeigte. Sie sahen auf der einen Seite, dass Frauen Gefahr liefen, im politischen Etablierungsprozess der unmittelbaren Nachkriegszeit zu verschwinden, auf der anderen Seite glaubten sie, ihre Loyalität mit der Partei unter Beweis stellen zu müssen, indem sie auf Sonderrechte, Sonderorganisationen und Sonderwege verzichteten.

Lüders, die u. a. Vorstandsmitglied des BDF gewesen und 1919 für die DDP als Nachrückerin in die Nationalversammlung eingezogen war sowie bis 1932 dem Deutschen Reichstag angehört hatte, wurde 1953 Bundestagsabgeordnete der FDP.²³³ Beim Bundesparteitag in Essen 1952 kritisierte sie, dass die Frauen von der Partei nicht gesehen, ihre Belange nicht wahrgenommen würden. Da sei immer die Rede von vielen zehntausend Heimkehrern und Gefangenen, Millionen Gefallenen, hunderten Kriegsbeschädigten und Millionen wirtschaftlich hilflos Gewordenen. *Aber meine lieben Freunde, all diese Männer, diese Millionen [...] haben Frauen, haben Witwen [...] hinterlassen. Wer ist denn vor allem heimlos, meine Herren? Heimlos ist in erster Linie diejenige, die so gern an Heim und Herd verwiesen wird und ihn heute nicht mehr hat.*²³⁴ Sie

forderte ihre Parteifreunde auf, den Frauen nicht den Weg zum Staat, zum *vollberechtigten Staatsbürger* hin zu versperren. Und sie forderte *Menschenrechte* statt *Frauenrechte*, um gleichzeitig den Parteimännern zu versichern, die *demokratischen Frauen* seien keine *Frauenrechtlerinnen* – *das bilden sich die Männer nur ein [...], sondern wir sind fanatische Menschenrechtlerinnen ...* Sie betonte, die Lösung könne nur *in und mit* der Partei gefunden werden.

In der FDP mussten die Frauen jedoch gleich auf drei Ebenen um ihre Rechte und ihren Einfluss kämpfen: Zum einen, um in den höheren Gremien wie Vorstand und Hauptausschuss angemessen vertreten zu sein, zum anderen, um bei Kandidaturen, insbesondere für das Bundes- und die Länderparlamente auf aussichtsreichen Listenplätzen vertreten zu sein. Schließlich ging es um die Umsetzung des Gleichberechtigungsartikels des Grundgesetzes durch eine Reform des bürgerlichen Rechts. Bezüglich des letzten Punktes könnte man vermuten, dass dies ein zentrales Anliegen liberaler Politik hätte sein müssen. Die Auswertung der Erörterungen in verschiedenen Gremien der Partei, soweit sie durch zeitgenössische Protokolle und der Parteikorrespondenz zu rekonstruieren sind, führt jedoch zu dem Schluss, dass *die Frauen praktisch auf verlorenem Posten* standen.²³⁵ Hanna Katz, die Vertreterin der Frauen im Hauptausschuss der FDP, fragte sich 1949, als für die erste Bundestagswahl keine Frau aufgestellt wurde: *Inwieweit werden die Frauen von der FDP ernst genommen?*²³⁶ Auf dem Bremer Bundesparteitag 1950 brachte sie einen *ganz bescheidenen Wunsch* vor: [...] *wenn jetzt in Bonn das neue Parteibüro bezogen wird [...] wäre es nicht möglich, dass in diesem Haus eine bescheidene Ecke für ein ganz bescheidenes Frauensekretariat eingerichtet werden könnte? [...] einen Tisch mit einer Schreibmaschine und einer Stenotypistin zu haben, die den Kontakt der Frauen untereinander [...] zentral von Bonn aus aufrechterhalten kann.*²³⁷ Trotz aller *bescheidenen* Bitten und ernsthaf-

ten Bemühungen musste der Bundesfrauenausschuss 1953 feststellen: *Die Frauen der FDP haben seit 8 Jahren einen stillen und zähen Kampf um ihre tatsächliche Anerkennung und ihre gleichberechtigte Mitarbeit auch in den führenden Gremien der Partei geführt, dem leider in dieser ganzen Zeit der Erfolg versagt blieb.*²³⁸ Auch angesichts der Versuche, 1954 eine Frauenorganisation der FDP in Baden-Württemberg aufzubauen, wurde geklagt, [...] *dass die Gesamtpartei nur geringes Interesse an der Mitarbeit der Frauen zeige [...]*²³⁹

In der südwestdeutschen FDP gehörte die promovierte Juristin Emmy Diemer-Nicolaus zu den wenigen Frauen in Spitzenpositionen. Sie war Mitglied des Landesvorstandes und Vertreterin im Hauptausschuss der Bundespartei.²⁴⁰ Erst auf ihr Drängen wurde 1955 einer weiteren Vertreterin der Frauen, Lisbeth Bernhard aus Mannheim, ein Platz im geschäftsführenden Vorstand der Landespartei als Beisitzerin eingeräumt.²⁴¹ 1957 war jedoch wiederum Diemer die einzige Frau im Landesvorstand. Zum Bundesparteitag wurden im selben Jahr aus Baden-Württemberg neben 31 Männern gerade drei Frauen delegiert: Emmy Diemer und Hanne Vietzen aus Stuttgart sowie Lisbeth Bernhard aus Mannheim.²⁴² Im Hauptausschuss der Bundespartei saß neben Diemer als einzige Frau aus Baden-Württemberg 1955 die Heidelberger Landtagsabgeordnete Anna Hartnagel, die 1957 von Lisbeth Bernhard aus Mannheim abgelöst wurde.²⁴³ Des Weiteren konnten Mitte der 50er Jahre einige Frauen in die Fachausschüsse der Bundespartei entsandt werden, aus Karlsruhe Melitta Schöpf in den Ausschuss für Gewerbepolitik.²⁴⁴

Eine Frauenorganisation der FDP/DVP etablierte sich in Karlsruhe, wie auch landesweit, erst relativ spät. Anders als für die übrigen Parteien, lassen sich in den unmittelbaren Nachkriegsjahren für die DVP in Karlsruhe keine Frauenversammlungen nachweisen. Die Berichterstattung der BNN hierüber lag in den Händen Elisabeth Großwendts, und wir kön-

nen davon ausgehen, dass sie für Pressenotizen über mögliche Frauenversammlungen der Partei gesorgt hätte. Die in jenen Jahren im Wesentlichen von Riegger und Großwendt getragene liberale Frauenarbeit fand offensichtlich in der *Karlsruher Frauengruppe*, kaum jedoch innerhalb der Partei, ihren Niederschlag. Über die Ursachen hierfür können wir nur mutmaßen, denn schriftliche Äußerungen der beiden Protagonistinnen diesbezüglich sind nicht überliefert. Es lässt sich jedoch feststellen, dass die Parteibindung der liberalen Politikerinnen oft schwächer ausgeprägt war als bei Frauen anderer Parteien.²⁴⁵ Ausgehend von den Erfahrungen einer Spaltung der Frauenbewegung während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik in einen bürgerlichen und einen sozialistischen Flügel, dürften sie zunächst einen überparteilichen und überkonfessionellen Zusammenschluss von Frauen für ein zentrales Erfordernis erachtet haben. Möglicherweise waren es aber gerade auch ihre nicht immer positiven Erfahrungen innerhalb der Partei, die ihnen einen Zusammenschluss von Frauen über die Parteigrenzen hinweg notwendig erscheinen ließ.

Im November 1951 schrieb Lotte Böhne an die Geschäftsstelle der Karlsruher DVP, sie werde immer als Vertreterin einer DVP-Frauenorganisation angesprochen, die es jedoch garnicht gäbe. Nun sei sie von Luise Riegger jedoch zu einer Sitzung des DVP-Frauenausschusses eingeladen worden, und sie bedaure, dass man sie über dessen Existenz nicht informiert habe.²⁴⁶ Es lässt sich nicht mehr nachvollziehen, wann genau sich ein Frauenausschuss der DVP Karlsruhe konstituierte, selbst die einschlägigen Unterlagen aus Luise Rieggers Nachlass geben hierzu keinen Aufschluss. Wahrscheinlich handelte es sich zunächst um einen eher informellen Zusammenschluss der Frauenrechtlerinnen innerhalb der Partei und nicht um einen offiziellen Frauenausschuss. Über die politische Arbeit der Karlsruher FDP/DVP-Frauengruppe liegen bis 1954, abgesehen von Böhnes Anfrage, keine Belege vor. Eine Anwesenheitsliste des FDP-Frauenausschusses Karlsruhe

vom 8. Mai 1954 war dann von acht Frauen unterzeichnet: Elisabeth Großwendt, Resi (Theresia) Bischoff (Heimleiterin), Franzi Bischoff (Gesundheitspflegerin), Ursula Keßler, Emilie Britting (Hauptlehrerin), Melitta Schöpf, Luise Riegger sowie die zu Gast weilende Landesfrauenreferentin Renate Waibel aus Stuttgart (s. u.).

Eine undatierte, höchstwahrscheinlich aus dem selben Jahr stammende, Mitgliederliste der FDP-Frauengruppe Karlsruhe nennt insgesamt 17 Beteiligte. Neben den bereits in der Liste vom 8. Mai 1954 genannten werden dort des Weiteren Lotte Böhne (Geschäftsführerin), Elise Maier, Frau E. Knittel, Leonie Spiess (Oberpostsekretärin), Hannelore May, Rose Heidt, Wilhelmine Lau, Frieda Seul, Elisabeth Schmidt (Oberpostsekretärin), Anni Kessner und Hildegard Richter (Fürsorgerin) geführt. Ursula Keßler fehlt auf der Mitgliederliste.²⁴⁷ Es war also zu Beginn der fünfziger Jahre eine eher kleine Gruppe, die die Frauenarbeit der Karlsruher FDP/DVP trug.

Anfang 1955 übernahm Melitta Schöpf den Vorsitz der Frauengruppe. Melitta Schöpf wurde am 27. Januar 1901 geboren. Sie wuchs in einem demokratisch gesinnten Elternhaus in der Karlsruher Weststadt auf und besuchte das Lessing-Gymnasium. 1931 heiratete sie den Kaufmann Carl Schöpf; aus der Ehe ging eine Tochter hervor. Melitta Schöpf's liberale Einstellung sowie ihre Freundschaft mit Dr. Marie-Elisabeth Lüders führten sie nach dem Zweiten Weltkrieg in die FDP, der sie 1953 beitrug. Bereits drei Jahre später wurde sie als erste FDP-Frau in den Karlsruher Stadtrat gewählt (s. u.). Daneben war sie vielfältig gesellschaftlich und sozial engagiert, u. a. als Kirchenälteste, als Stellvertretende Vorsitzende des Kreisvereins Karlsruhe des Roten Kreuzes sowie als Stellvertretende Vorsitzende des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes. 1967 wurde ihr für ihre Verdienste im Bereich der Kommunalpolitik, der Frauenarbeit und des Sozialwesens das Bundesverdienstkreuz I. Klasse verliehen. Die engagierte Politikerin verstarb am 26. Februar 1989.



33 Melitta Schöpf, Stadträtin 1956–1976 für die FDP.

In den folgenden Wochen konnten *der Partei 13 neue Mitglieder* zugeführt werden.²⁴⁸ Im Geschäftsjahr 1955/56 führte die Frauengruppe acht Mitgliederversammlungen, drei *gesellschaftliche Veranstaltungen* und eine öffentliche Versammlung mit der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenorganisationen (s. S. 179 ff.) durch. Melitta Schöpf wurde als Stellvertretende Vorsitzende in den Vorstand der Karlsruher FDP gewählt, Franzi Bischoff, Marta Cassin und Luise Riegger gehörten neben 11 Männern dem erweiterten Vorstand an.²⁴⁹ Dieser leichte Aufwärtstrend der FDP-Frauenarbeit in Karlsruhe ist zum einen sicher den regen Aktivitäten zu verdanken, die Schöpf entfaltete, zum anderen dürfte sie aber auch vor dem Hintergrund landesweiter Bemühungen zu sehen sein, die Frauenarbeit innerhalb der Partei zu institutionalisieren. Am 1. Januar 1953 war die hauptamtliche Parteisekretärin Renate Waibel nebenamtlich als Frauenreferentin beim Landesverband Baden-

Württemberg eingesetzt worden. Sie suchte insbesondere durch einen Rundbrief, den *FDP-Frauendienst*, regelmäßig über den Stand der Arbeit zu informieren und ein Diskussions- und Informationsforum für die Parteifrauen im Land zu schaffen. *Um die Frauenarbeit im Landesverband zu aktivieren und die persönliche Fühlungnahme noch enger zu gestalten, regte Frau Dr. Diemer die Bildung von Bezirksfrauenausschüssen an [...]*²⁵⁰

Dieser Vorschlag Diemers, die sich im November 1953 auf Bitten der Delegierten – trotz ihres erheblichen Arbeitspensums – bereit erklärte, weiterhin den Vorsitz des Landesfrauenausschusses der Partei zu führen, fand allgemeine Zustimmung. Der Landesfrauenausschuss beschloss, bis zur Wahl von Bezirksvorsitzenden für jeden Landesbezirk eine Vertrauensperson einzusetzen. Für Nord-Baden übernahm dies Frau Gönnewein aus Heidelberg.²⁵¹ Süd-Baden wurde durch Frau Dr. Schmid-Burgk vertreten, Nord-Württemberg durch Frau Vietzen. Eine Vertreterin Süd-Württembergs, wo es auch in den folgenden Jahren schwierig sein sollte, die Partei-Frauenarbeit zu etablieren, war nicht anwesend. Die Etablierung der Frauenorganisation sollte einer innerparteilichen Stärkung der Position der Frauen, aber auch der Gewinnung neuer weiblicher Mitglieder dienen.²⁵²

Die Gründung des Bezirksfrauenausschusses der FDP in Nord-Baden fand am 3. März 1954 in der Heidelberger Gaststätte *Rose* statt. Insgesamt nahmen nur zehn Frauen teil: fünf aus Heidelberg, je eine aus Mannheim und Pforzheim sowie aus Karlsruhe Elisabeth Großwendt, Melitta Schöpf und Luise Riegger. In anderen Orten Nord-Badens existierten zu jenem Zeitpunkt keine Partei-Frauengruppen.²⁵³ Riegger, die Protokoll führte, wurde zur Vorsitzenden des Bezirksfrauenausschusses Nord-Baden gewählt und machte sich mit viel Elan an die Arbeit. Bereits nur wenige Wochen später, am 31. März, traf sich der nordbadische Frauenausschuss erneut, diesmal in Karlsruhe. Luise Riegger berichtete über den Bundesparteitag. Vor allem diskutierte man jedoch *die*

Stellung der FDP zu den Problemen der Frauen und verabschiedete eine Entschlieung zur Steuerreform an die Bundestagsfraktion der Partei, in der eine gemeinsame steuerliche Veranlagung berufstätiger Ehepartner abgelehnt wurde. Bei der nächsten Sitzung des Ausschusses am 2. Juni 1954 in Mannheim berichtete Luise Riegger über die Tagung des Bundesfrauenausschusses am 15./16. Mai d. J. in Nürnberg, an der sie neben Emmy Diemer und Frau Heller aus Aalen den Landesverband vertreten hatte. Als Gast konnten die nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Friese-Korn begrüßt werden. Für die künftige Arbeit nahm man sich vor, die Vorschläge einzelner Frauengruppen zur Sozialrentenerhohung zu diskutieren.²⁵⁴ Die Karlsruher Vertreterinnen trugen die Frauenarbeit auf Bezirks- und Landesebene aktiv mit. 1956 waren sie mit Lotte Böhne, Luise Riegger, die bereits 1955 einstimmig zur Ehrenvorsitzenden dieses Gremiums ernannt worden war, und Melitta Schöpf im Landesfrauenausschuss vertreten.²⁵⁵

Die Frauenausschüsse der anderen drei Landesbezirke hatten offenbar keinen so guten Start wie der nordbadische und entwickelten zunächst keine Aktivitäten in vergleichbarem Umfang. Aus Nord-Württemberg wurde berichtet, man plane noch für Juni d. J. eine Zusammenkunft, an der u. a. über *Fragen der Gestaltung des deutschen Kontingents der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft* (gemeint war die Frage der Wiederbewaffnung, B. G.), *insbesondere aber über den Mangel an Information hierüber* beraten werden solle.²⁵⁶ Während die Nord-Badenerinnen in erster Linie Fragen der rechtlichen Gleichstellung, der Sozial- und Steuerreform diskutierten, fand hier offensichtlich die relativ starke Verankerung der Frauenfriedensbewegung in Stuttgart selbst in den Diskussionen der FDP-Frauen ihren Niederschlag.²⁵⁷ In den anderen Landesteilen waren Fragen der Remilitarisierung zu diesem Zeitpunkt kein Thema. Der sudbadische Bezirksfrauenausschuss hatte sich im Juni 1954 offiziell noch nicht gebildet, sondern bestand aus einem *engeren Kreis von aktiven*

Damen mit Frau Dr. Schmid-Burgk als vorläufiger Vorsitzender. Im FDP-Frauen dienst hieß es, dieser Weg habe *aus organisatorischen Gründen* eingeschlagen werden müssen.²⁵⁸ In Süd-Württemberg-Hohenzollern konnte bis zu diesem Zeitpunkt noch kein Frauenausschuss gebildet werden. Es waren vor allem die eher ländlich geprägten südlichen Regionen Baden-Württembergs, in denen die Frauenarbeit der Parteien nur schwer Fuß zu fassen vermochte, wie auch für die SPD deutlich wurde (s. o.). Die Ursache hierfür mag in einem geringeren politischen Engagement von Frauen im ländlichen Raum zu suchen sein, zum anderen scheint man von seiten der Parteimänner auch wenig Interesse an weiblicher Mitarbeit entwickelt und Organisationsbestrebungen eher verhindert zu haben. Dafür spricht, dass der am 9. Oktober 1954 in Pforzheim tagende Landesfrauenausschuss der FDP schließlich ultimativ die Konstituierung eines Bezirksfrauenausschusses in Süd-Württemberg-Hohenzollern *bis spätestens 15. November 1954* forderte und drohte, andernfalls *die Gründung selbst in die Hand zu nehmen.*²⁵⁹ Aber auch der Bezirksfrauenausschuss Nord-Baden klagte im März 1955, der Gründung neuer Frauengruppen in der Region stehe bei den Parteivorstanden der Kreis- und Stadtverbände ein *bedauerlicher Mangel an Verständnis für die Wichtigkeit der Frauenarbeit* entgegen.²⁶⁰ Auch erhielt die Bezirksfrauenarbeit keine finanzielle Unterstützung durch die Partei, weshalb eine Umlage der Stadt- und Kreisverbände hierfür angeregt wurde. Nach wie vor bestanden nur in ganz wenigen Städten des Bezirks wie *Heidelberg, Mannheim und Karlsruhe* Frauengruppen. Um *der Bedeutung frauenpolitischer Maßnahmen ein größeres Gewicht zu verleihen*, schufen 1978 schließlich einige engagierte liberale Frauen eine neue Organisationsform und gründeten den Arbeitskreis *Frau in der Gesellschaft.*²⁶¹ Wie schon 25 Jahre zuvor ging es um eine Konsolidierung der Einflussmöglichkeiten von Frauen auf kommunaler sowie Landes- und Bundesebene. 1985 gab man sich eine straffere Organisation und die Bezeichnung

Arbeitskreis *Liberale Frauenpolitik* der FDP – Kreisverband Karlsruhe-Stadt.

Nur Sanftmut der Frauen im Gespräch der Männer?

Frauen im Gemeinderat 1946–1956

Politik fange beim Kochtopf an, bemerkte die Stuttgarter Sozialdemokratin Anna Haag im März 1946 bei einer Karlsruher Frauenversammlung und erklärte die bevorstehenden kommunalen Aufgaben zur *Bewährungsprobe* der Frauen.²⁶²

In der Tat setzen die politischen Aktivitäten von Frauen in der unmittelbaren Nachkriegssituation zunächst da an, wo Politik und Alltagsbewältigung zusammenfielen. Die Beschaffung von Nahrungsmitteln, Wohnraum und sämtlichen Dingen des täglichen Bedarfs, die Sicherung des Überlebens waren die vorrangigen Aufgaben der Kommunalpolitik (s. S. 35 f.).

Wie gezeigt werden konnte, waren in den Karlsruher Parteien nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges eine Reihe von Frauen zur Stelle, die bereits vor 1933 als Stadtverordnete oder Stadträtinnen vielfältige kommunalpolitische Erfahrungen erworben hatten. Im Folgenden soll nun der Frage nachgegangen werden, ob es ihnen oder auch jüngeren Frauen gelang, nach 1945 die kommunalen Aufgaben an entscheidender Stelle, nämlich im Gemeinderat, mitzubestimmen, oder was sie daran hinderte, dies zu tun.

Wenn die weiblichen Wähler wollen, können sie Geschichte machen [...]²⁶³

Parteien, Kandidatinnen und Wählerinnen

Wenn die weiblichen Wähler wollen, können sie Geschichte machen und unserer im Werden begriffenen Demokratie den Stempel aufdrücken, verkündete die Karlsruher SPD im April 1946.²⁶⁴ Frauen stellten die Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung. Für die männlich dominierten Parteien war es eine neue Situation, ihr Abschneiden in Wahlen vom Willen der weiblichen Bevölkerung abhängen zu

sehen. So konzentrierte sich das Interesse der Parteien an der Frau auf die Wählerin. Frauenpolitische Aktivitäten billigten sie in erster Linie, wenn sie der Mobilisierung der weiblichen Wählerschaft dienten. Eine Häufung von Frauen-Veranstaltungen der Parteiorganisationen war vor allem unmittelbar vor anstehenden Wahlen zu verzeichnen.

Sie darf wählen – und als Wählerin wirbt man um sie – sie darf auch gewählt werden, nur stellt man fast keine Frauen an aussichtsreicher Stelle zur Wahl auf, konstatierte die Heidelberger Juristin und Frauenvereinsvorsitzende Dr. Erdmuthé Falkenberg nach den ersten Kommunalwahlen 1946.²⁶⁵ Wirklich demokratische Verhältnisse hielt sie erst dann für erreicht, wenn beide Geschlechter – Männer und Frauen – miteinander die Politik bestimmen: *Wenn die Frauen in Deutschland wieder bewusst vom öffentlichen Leben und politischer Einflussnahme ferngehalten werden, gibt es keine andere Erklärung dafür, als dass Deutschland noch weit davon entfernt ist, demokratisch zu denken und zu leben*. Sie erhob die provozierende Frage: *Können wir heute noch einen Männerstaat als Demokratie ansehen?*

In den ersten nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges demokratisch gewählten Stadtrat Karlsruhes zog tatsächlich nur eine Frau ein: die Sozialdemokratin Kunigunde Fischer. Auf welchem Listenplatz sie kandidierte und ob neben ihr weitere Frauen aufgestellt wurden, ist leider nicht mehr nachvollziehbar, da aus diesen Wahlen lediglich die Wahlvorschlagsliste der CDU überliefert ist. Diese hatte 1946 24 Männer und keine Frau aufgestellt, was selbst in den eigenen Reihen für Unruhe sorgte (s. S. 79 ff.).²⁶⁶ Die DVP, später FDP, hatte in den BNN erklärt: *Den Frauen gebührt in der gemeindepolitischen Arbeit genügend Raum*, im selben Atemzug jedoch verkündet, das Gesicht einer Partei werde *durch die Männer bestimmt, die sie leiten*.²⁶⁷ Elisabeth Großwendt, selbst Mitglied der DVP/FDP, bemerkte: *Ein ehemals militärischer, diktatorischer Männerstaat kann sich nicht zu einem demokratischen Staat auf-*

*bauen, wenn darin 70 % seiner Bürgerinnen – die Frauen – als Menschen minderen Grades dastehen.*²⁶⁸

Die kritischen Äußerungen politisch aktiver Frauen etwa ein Jahr nach der Wiedergründung der Parteien deuten darauf hin, dass die Partizipation von Frauen beim demokratischen Wiederaufbau nicht in dem Maße erfolgte, wie sie angesichts ihrer gesellschaftlichen Bedeutung angemessen schien und auch von vielen erhofft wurde. Es war auch nach Beendigung des Nationalsozialismus nicht selbstverständlich, dass Frauen sich politisch engagierten. Dennoch standen in jenen Jahren erfahrene Frauen zur Verfügung, die teilweise schon vor 1933 politische Mandate ausgeübt hatten. Der Frage, warum sie nicht zum Zuge kamen und (Wahl-)Ämter weiterhin in überwiegender Mehrheit in Männerhand blieben, soll im Folgenden am Beispiel der Karlsruher Kommunalwahlen der Nachkriegszeit nachgegangen werden.

Zu den Stadtratswahlen 1947 konnte es sich auch die CDU offensichtlich nicht mehr leisten, keine Frau aufzustellen. Ihre Wahlvorschlagsliste führte unter insgesamt 48 Kandidaten fünf Frauen auf: Anna Walch, Luise Naumann, Ida Scherer, Anna Leimbach und Luise Anzlinger.²⁶⁹

Anna Walch (s. S. 112) war bereits nach dem Ersten Weltkrieg führend in der katholischen Frauenarbeit und Sozialfürsorge Karlsruhes tätig gewesen. Mit Anna Leimbach (s. S. 162) war eine weitere Protagonistin der lokalen katholischen Frauenbewegung auf der CDU-Liste vertreten. Sie hatte 1919 den *Katholischen Deutschen Frauenbund* in Durlach mitbegründet und zahlreiche karitative Initiativen getragen. Die erfahrene Sozialpolitikerin war vor 1933 Vertreterin des Zentrums in der Durlacher Stadtverordnetenversammlung gewesen.²⁷⁰

Luise Anzlinger gehörte 1946 dem Gründerinnenkreis der *Karlsruher Frauengruppe* (s. S. 102) an und fungierte zeitweise als Vorsitzende einer Entnazifizierungs-Spruchkammer (s. S. 48).²⁷¹

Die CDU konnte mit diesen Frauen durchaus

profilierte Kandidatinnen präsentieren, die in der kommunalen Wohlfahrtspolitik erfahren waren und der katholischen oder bürgerlichen Frauenbewegung nahe standen. Aussichtsreiche Listenplätze belegten sie jedoch kaum. Luise Naumann kandidierte auf Platz 19, Ida Scherer auf 25, Anna Leimbach auf 42 und Luise Anzlinger auf Platz 47. Lediglich Anna Walch war an 8. Stelle erfolgversprechender platziert. Sie sollte dann auch als erste Frau für die CDU in den Stadtrat gewählt werden, neben 13 männlichen Fraktionskollegen.²⁷²

Auch die SPD hatte 1947 unter ihren insgesamt 48 Kandidaten fünf Frauen nominiert. Abgesehen von Kunigunde Fischer auf Listenplatz 5, die auch wieder in den Stadtrat gewählt wurde, waren sie auf ähnlich schlechten Listenplätzen positioniert wie ihre Kolleginnen von der CDU: Ida Turek auf Platz 15, Hanne Landgraf auf 23, Grete Storbeck auf 30 und Auguste Maier auf 43.²⁷³ Keiner außer Fischer konnte so der Einzug ins Gemeindeparlament gelingen. Unter den insgesamt 21 sozialdemokratischen Stadträten befand sich weiterhin nur eine Frau. Den höchsten Frauenanteil wies die Kandidatenliste der KPD auf. Von insgesamt 36 Kandidaten waren sechs weiblich (16,6 %). Irma Zöller war auf Platz 6 noch relativ gut positioniert, schaffte dennoch den Sprung ins Gemeindeparlament nicht. Paula Künzler auf Platz 14, Paula Kurz auf 22, Frieda Reger (s. S. 90), die bereits vor 1933 in der KPD aktiv gewesen war, auf Platz 24, Charlotte Teichmann auf 26 und Lina Ritter auf Platz 27 waren ohne reale Chancen, gewählt zu werden. Die KPD konnte schließlich vier Männer in den Gemeinderat entsenden.

Die DVP, später FDP, stellte zu diesen Wahlen, wie SPD und CDU, fünf Frauen auf. Mit Elisabeth Großwendt (s. S. 93) und Luise Riegger (s. S. 95) kandidierten zwei der bekanntesten Protagonistinnen der bürgerlichen Frauenbewegung auf der liberalen Liste. Riegger, die bereits vor 1933 Stadtverordnete der DDP gewesen war, rangierte auf dem relativ aussichtslosen Platz 14. Auch Leonie Spiess (21), Rose Heidt (24) und Dorothea Kößler (31) hatten



34 Die Mitglieder des Karlsruher Stadtrats 1948 – links Anna Walch, rechts Kunigunde Fischer.

keinerlei Aussichten, gewählt zu werden. Die ehemalige Jugendamtsleiterin und Redakteurin der BNN, Elisabeth Großwendt, hatte jedoch mit Platz 4 den besten Rang aller Kandidatinnen sämtlicher Parteien inne. Dennoch wurde sie nicht in den Stadtrat gewählt. Sie landete mit insgesamt 11.522 Stimmen nur an 14. Stelle. Für die DVP zogen insgesamt neun Männer ins Gemeindeparlament ein.

Unter den insgesamt 174 Kandidaten zur Stadtratswahl 1947 hatten sich 21 Frauen befunden, was einem Anteil von rund 12 % entsprach. Von den gewählten 48 Stadträten waren nur zwei oder rund 4,2 % weiblich. Im gesamten Nordbaden waren schließlich nur 12 Frauen in den Gemeindeparlamenten vertreten: neben den beiden Karlsruherinnen sechs in Mannheim und vier in Heidelberg.²⁷⁴

Diese Kommunalwahlen zeigten deutlich die Schwierigkeiten, die Frauen zu überwinden hatten, wollten sie ein politisches Mandat erringen. Nicht alleine die Parteien hatten Vorbehalte gegen politisch aktive Frauen, sondern auch die Wählerschaft. Hatte es eine Kandida-

tin schließlich geschafft, von ihrer Partei auf einem vorderen Listenplatz nominiert zu werden, musste das nicht automatisch bedeuten, dass sie auch von Wählern und Wählerinnen akzeptiert wurde. Eine Auswertung der Kommunalwahlen vom 7. Dezember 1947 in Karlsruhe verdeutlicht, dass die Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens genutzt wurden, um Frauen nicht zu wählen. Außer Frieda Reger (KPD), die von Listenplatz 24 auf Platz 21 hochgewählt wurde und Luise Naumann (CDU), die sich um einen Platz verbessern konnte (von 19 auf 18), landeten sämtliche Kandidatinnen auf hinteren Plätzen. Selbst die bekannte und erfahrene Stadträtin Kunigunde Fischer, die auf der Liste der SPD an fünfter Stelle gestanden hatte, wurde nur auf Rang neun gewählt. Es ist auffällig, dass gerade die bekannteren, bereits in der Politik hervorgetretenen Frauen in der Regel schlechter abschnitten: Anna Walch wurde von Platz 8 auf Platz 13 gewählt, Luise Riegger von Platz 14 auf 23 und Elisabeth Großwendt verschlechterte sich um zehn Plätze. Gerade das schlechte Abschnei-

den der beiden letztgenannten deutet darauf hin, dass insbesondere die liberale Wählerschaft keine Frauen in politischen Ämtern sehen wollte. Betrachtet man das Abschneiden der Kandidatinnen insgesamt, liegt der Schluss nahe, dass Frauen wie die genannten Kandidatinnen, die in vielerlei Hinsicht die gängigen weiblichen Rollenzuschreibungen jener Zeit durchbrachen, von einer Mehrheit der Wählerschaft abgelehnt wurden.

Elisabeth Großwendt stellte in ihrer Einschätzung des Wahlergebnisses fest: [...] für die Masse der Frauen liegen die politischen Probleme abseits ihrer täglichen Interessen. Soweit sie verheiratet sind, überlassen sie dieses Gebiet ihren Männern [...] Diese seien meist federführend beim Ausfüllen der Wahlzettel. Eine Auswertung der Wahlzettel durch das Statistische Amt habe ergeben, dass ganze Familien mit der gleichen Handschrift Änderungen vorgenommen hätten, was sie zu der Vermutung veranlasste, [...] dass die Bearbeitung der Wahlzettel durch das männliche Familienhaupt meist zuungunsten der vorgeschlagenen Frauen ausfiel. Großwendt folgerte: Betrachtet man das Gesamtergebnis der Wahl im Blickpunkt der Frau, so muss man zu dem Schluss kommen, dass noch ein weiter Weg zurückzulegen ist, bis die Frauen dazu gelangen, ihre besonderen Interessen selbst zu vertreten.²⁷⁵

Dabei waren gerade die politisch engagierten Frauen mit viel Elan in den Wahlkampf gegangen. Luise Riegger hatte sich in den BNN an die Frauen gewandt: Politik wird in jedem Fall gemacht. Wenn wir Frauen sie so durchgeführt sehen wollen, wie wir sie für richtig halten, müssen wir mitmachen; sonst wird mit uns Politik gemacht.²⁷⁶ Die Karlsruher Frauengruppe führte eine Kundgebung mit Kandidatinnen aller Parteien durch und startete einen Aufruf: Frauen! Wählt Frauen!²⁷⁷ Die Hauptlast des Alltags ruhe auf den Schultern der Frauen, es sei nun an ihnen, dafür Sorge zu tragen, dass entsprechende Vertreterinnen ihre Rechte wahrten, denn [...] eine Frau weiß am besten, was der Frau nützt.

Bereits zu den Stadtratswahlen 1946 hatte Eli-

sabeth Großwendt an die politische Verantwortung der Frau appelliert. Gerade die Gemeinderatswahl greife tief in tägliche Lebensgebiete ein: Wie stark geht das alles die Frauen, Hausfrauen und Mütter an! Gibt es doch kaum ein städtisches Amt, mit dem sie nicht irgendwo und irgendwann in Beziehung treten muss.²⁷⁸

Hier zeichnet sich deutlich der Versuch ab, den Frauen die politischen Dimensionen des Alltags zu verdeutlichen und die Chance zu nutzen, die gesellschaftliche Bedeutung der Frauen im täglichen Überlebenskampf zumindest auf kommunalpolitischer Ebene in politische Macht umzusetzen. Dies gelang jedoch nicht. Bald machte sich eine auffallende Politikmüdigkeit breit. Dass hierzu auch viele Frauen gehören mit ihrer täglichen Sicht auf zerrissene Strümpfe und schrumpfende Kartoffelvorräte ist nicht verwunderlich, bemerkte Großwendt.²⁷⁹

Es waren wohl viele unterschiedliche Faktoren, welche die Hoffnungen der bereits vor 1933 politisch tätigen Frauen auf eine angemessene weibliche politische Präsenz nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes zu nichte machten. Die Lebensverhältnisse bei Kriegsende, Wohnraum- und Nahrungsmangel, unvorstellbare Mehrfachbelastungen, gerade dann, wenn Frauen alleine für sich und ihre Kinder zu sorgen hatten, weil der Mann gefallen, noch in Kriegsgefangenschaft oder als Invalide zurückgekehrt war, trugen sicher ihren Teil dazu bei. Vielen Frauen dürfte ein darüber hinausgehendes gesellschaftliches Engagement einfach nicht möglich gewesen sein. Entscheidend scheint jedoch, dass das Wirken in der Öffentlichkeit traditionell immer noch den Männern zugeschrieben wurde. Eine Diskussion, die Radio Stuttgart am 17. November 1946 aus dem Karlsruher Konzerthaus übertrug, warf die bezeichnende Frage auf: Sind Frauen fähig, den gleichen Anteil am öffentlichen Leben zu nehmen wie die Männer oder nicht?²⁸⁰ Die Diskussionsleitung hatte der von

SENDEREIHE VON RADIO STUTTGART

Konzerthaus Karlsruhe

in der Beierheimer Allee

Sonntag, 17. November · Beginn 11 Uhr

RADIO STUTTGART'S FORUM

FREIE AUSSPRACHE

über Fragen von unmittelbarem allgemeinem Interesse, gewidmet der
Entwicklung einer aufrechten und anständigen öffentlichen Meinung

THEMA:

**Sind Frauen fähig, den gleichen Anteil am
öffentlichen Leben zu nehmen,
wie die Männer, oder nicht?**

VERNUNFT -

DISKUSSIONSLEITER:

Oberbürgermeister Hermann Veit

Karlsruhe

DISKUSSIONSTEILNEHMER:

Frau Minister Dr. Elfriede Paul

Hannover - Minister für Wohlfahrt und Sozialpflege

Fräulein Dr. Hedi Neumeister

Journalistin

Bürgermeister Dr. Peter Brandenburg

Forzheim

Dr. Fritz Ermarth, Radio Stuttgart

DIE PLÄTZE MÜSSEN UM 10.45 UHR EINGENOMMEN SEIN.
DIE SAALTÜREN WERDEN UM 10.50 UHR GESCHLOSSEN.

ES WIRD UM REGE ANTEILNAHME
DER BEVÖLKERUNG GEBETEN!

REDLICHKEIT-

EINTRITT FREI

TOLERANZ

H. Striecher

UNTERLAGEN STUTTGART STEIN & KOPFERDRUCK

der amerikanischen Militärregierung eingesetzte Karlsruher Oberbürgermeister und spätere Wirtschaftsminister, Dr. Hermann Veit (SPD), inne. Auf dem Podium saßen zwei Frauen und zwei Männer des öffentlichen Lebens. Eröffnet wurde die Diskussion von dem Pforzheimer Bürgermeister Dr. Peter Brandenburg, der die eingangs gestellte Frage weder bejahen noch verneinen wollte, die Frauen jedoch warnte, Politik sei ein *sehr harter Kampf*. Der nächste Diskussionsredner, ein Studienrat Reichel, sah die Gefahr, dass Frauen sich in Kleinigkeiten festfahren und somit für die *letzte größte Verantwortung* nicht geeignet seien. Die niedersächsische Ministerin für Wohlfahrt und Soziales Dr. Elfriede Paul, selbst lebendiger Beweis für weibliche politische Fähigkeiten, konterte mit einer Frage: *Werden die Frauen genau so scheitern wie die Männer, die seit 2000 Jahren die Weltgeschichte regieren und Kriege nicht vermeiden konnten?* Die Ministerin plädierte für das Hineingehen von Frauen in die Politik, um [...] *die nicht ganz zufriedenstellenden Resultate des Mannes zu ergänzen*. Das tiefe Misstrauen gegenüber Frauen in der Politik brachte Kurt Schumacher bei einer Versammlung der Karlsruher SPD zu den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung von Württemberg-Baden im Juni 1946 zum Ausdruck: Frauen seien nicht durch rationale Sätze, sondern durch Gefühle und Stimmungen bestimmt.²⁸¹ Folglich mussten sie politisch unberechenbar sein und ihr Einfluss war daher möglichst gering zu halten. So ist es nicht verwunderlich, wenn sich auch in den folgenden Kommunalwahlen der Anteil von Kandidatinnen prozentual nicht erhöhte.

1951 wurde die Hälfte des Stadtrates neu gewählt. Es traten nun, neben den bereits etablierten, drei weitere Parteien zur Wahl an. Unter den insgesamt 168 Kandidaten befanden sich 22 Frauen (13,1 %). Den höchsten Frauenanteil wies wiederum die Liste der KPD auf, den niedrigsten die der FDP. Kunigunde Fischer, 1947 für sechs Jahre gewählt, und Anna Walch, 1951 als einzige Frau erneut gewählt, blieben weiterhin die einzigen Stadträtinnen.

Kandidatinnen zu den Stadtratswahlen am 28. Januar 1951

CDU

Anna Walch
Dr. Ilse-Maria Erbrich
Maria Weber

SPD

Rosa Hummel
Paula Aichinger
Gertrud Remmele

DVP (FDP)

Luise Riegger

KPD

Meta Paech
Paula Zepp
Karoline Frey
Sofie Seitz

DG – BHE – Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten

Dr. Annemarie Lamberg
Amanda Eistetter

FSU – Freie Soziale Union

Martha Weymann
Anna Jost
Tilly Weiler
Maria Chmiellewski

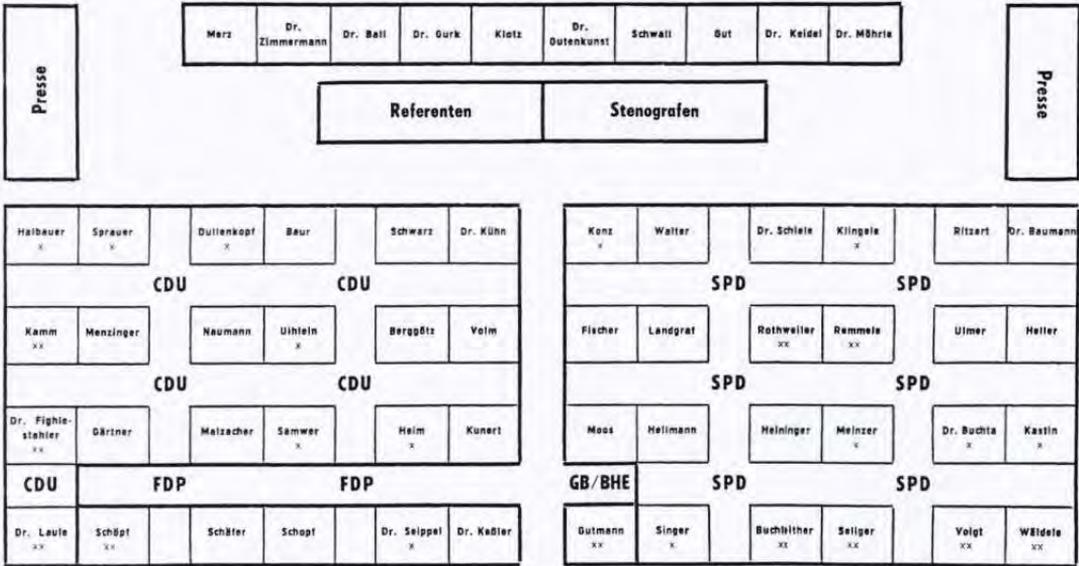
WdH – Wählergemeinschaft der Heimatvertriebenen

Hedwig Schindelka
Martha Sillus
Friedel Wagner
Lina Ritter
Irma Schnepf

Erst die Wahlen vom 15. November 1953 sollten zu einer Erhöhung des Frauenanteils im Gemeindeparlament führen. Für die SPD wurde Kunigunde Fischer wiedergewählt. Sie erhielt in ihrer Fraktion Verstärkung durch Hanne Landgraf, die bemerkenswerterweise den

Vorläufige Sitzordnung des Karlsruher Gemeinderates

Bürgermeisteramt



x = wiedergewählte Stadträte, xx = erstmals im Gemeinderat; nicht gekennzeichnete Namen = im Gemeinderat verblieben.

36 Sitzordnung des Karlsruher Gemeinderats 1956, Badische Neueste Nachrichten vom 4. Dezember 1956. Nach den Kommunalwahlen am 11. November 1956 waren im Karlsruher Stadtrat erstmals acht Frauen vertreten.

Sprung von Listenplatz 12 in den Stadtrat schaffte. Von insgesamt drei sozialdemokratischen Kandidatinnen – auf Platz 13 hatte noch Gertrud Remmele rangiert – waren damit zwei gewählt worden. Die CDU war nun gar mit drei Stadträtinnen vertreten. Neben der bereits 1951 gewählten Anna Walch hielten noch Luise Naumann und Toni Menzinger Einzug. Toni Menzinger hatte ein fast schon sensationell zu nennendes Ergebnis erzielt. Sie war von Listenplatz 11 auf Platz 4 hochgewählt worden.

Nur die großen Parteien setzen Frauen auf die ersten Plätze, [...] Die anderen, die nur wenige Sitze erwarten können, haben Angst, dass Frauen ihnen Sitze wegnehmen. Sie wollen nur ihre Namen darauf als Zugkraft. Die Sitze wollen sie selber und streichen bei der Wahl die Frauen, sodass trotz Panaschierens durch Frauen doch keine gewählt wurden. [...] Kleine Parteien stellen Frauen nur als Zugkraft auf, die Sitze wollen die Männer selber, stellte Luise Riegger, der der Einzug in den Stadtrat erst 1964 als Nachrückerin gelang, mit Blick

auf ihre eigene Partei, die FDP, etwas enttäuscht fest.²⁸² Und in einem Bericht des Landesfrauenausschusses der FDP Baden-Württemberg hieß es: *Gerade die Kommunalwahlen haben doch wieder sehr deutlich gezeigt, dass Vertreter der Frauen nicht genügend berücksichtigt wurden [...]*²⁸³

Mit insgesamt fünf Stadträtinnen im 48-köpfigen Gremium war 1953 ein Frauenanteil von 10,4 % erreicht. Der nun amtierende Oberbürgermeister Günther Klotz begrüßte das neu gewählte Stadtratsgremium: *Die [...] Herren werden es mir nicht verübeln, wenn ich einen ganz besonders herzlichen Gruß den Damen, die nun in größerer Zahl wie bisher im Stadtrat vertreten sind, widme.* Und er machte gleich deutlich, welche Erwartungen die Männer in der Politik an die Frauen hegten: *Ich hoffe, dass ihre angeborene Sanftmut mit dazu beitragen möge, die Wogen zu glätten, wenn es im Gespräch der Männer einmal hoch hergehen sollte.*²⁸⁴

Die fünfziger Jahren waren durch rigide ge-



37



38



39



40



41



42



43

- 37 Hanne Landgraf, Stadträtin der SPD 1953 bis 1969, Ehrenbürgerin der Stadt seit 1993.
- 38 Elisabeth Kamm, Stadträtin der CDU 1956–1980.
- 39 Else Rothweiler, Stadträtin der SPD 1956–1968.
- 40 Gertrud Remmele, Stadträtin der SPD 1956–1968.
- 41 Kunigunde Fischer, Stadträtin 1919–1922 und 1946–1959.
- 42 Luise Naumann, Stadträtin der CDU 1953 bis 1965.
- 43 Toni Menzinger, Stadträtin der CDU 1953 bis 1980, Ehrenbürgerin der Stadt seit 1993.

schlechtsspezifische Rollenverfestigungen geprägt. Dennoch konnten die Karlsruherinnen in dieser Zeit kommunalpolitisches Terrain gewinnen. 1956 waren acht Frauen im Gemeinderat vertreten: Elisabeth Kamm, Toni Menzinger und Luise Naumann für die CDU, Kunigunde Fischer, Hanne Landgraf, Else Rothweiler und Gertrud Remmele für die SPD, und erstmals gehörte mit Melitta Schöpf auch der FDP-Fraktion eine Frau an.²⁸⁵ Mit 16,6 % war der Frauenanteil im Karlsruher Kommunalparlament nun sogar etwas höher als in Frankfurt, wo er zwischen 1952 und 1956 bei 16,2 % lag.²⁸⁶ Bei acht Frauen blieb es zunächst auch in den folgenden Karlsruher Gemeinderäten. 1959 wurde die inzwischen 77-jährige Kunigunde Fischer durch Grete Vogt abgelöst. 1965 erhielt erstmals eine Frau die meisten Stimmen ihrer Fraktion und aller Kandidaten überhaupt. Hanne Landgraf wurde mit insgesamt 50.229 Stimmen auf Position 1 der SPD-Liste gewählt, gefolgt von Grete Vogt, die mit 47.752 Stimmen von Listenplatz 5 auf Platz 2 hochgewählt worden war.²⁸⁷

Anteil der Frauen im Karlsruher Stadtrat

	absolute Zahl	Anteil in %
1946	1	4,16
1947	2	4,16
1951	2	4,16
1953	5	10,41
1956	8	16,66
1962	8	16,66
1975	11	18,33
1980	14	21,87
1989	21	30,88
1994	19	35,20
1999	17	35,42

Die Hoffnungen der nach 1945 politisch engagierten Frauen, dass Frauen ihre zahlenmäßige Überlegenheit bei den Wahlen in die Waagschale werfen würden, sollte sich jedoch erst 1975, im *Jahr der Frau*, erfüllen. *Was (leidgeprüfte) Ehemänner zumindest laut Stammtisch-Witzen schon lange wissen, werden sich die Politiker [...] jetzt endlich ernsthaft auf die Fahnen schreiben müssen: Die Frauen-*

(Wahl)-stimme ist längst nicht mehr „garnierendes Beiwerk“, sondern hat immer stärkere Bedeutung gewonnen, gibt häufig sogar schon den eigentlichen Ton an, kommentierten die BNN den Ausgang der Kommunalwahl im September 1975.²⁸⁸ Erstmals machten die Karlsruher Frauen von ihrem Wahlrecht stärker Gebrauch als die Männer. 60,6 % der insgesamt 112.884 wahlberechtigten Frauen und 60,2 % der 90.878 wahlberechtigten Männer hatten ihre Stimme abgegeben. Frauen stellten mit einem Plus von 13.700 Stimmzetteln also eindeutig die Mehrheit der Wähler/innen, von einer Mehrheit im Gemeinderat waren sie jedoch weiterhin weit entfernt. Das lag sicher auch daran, dass *Frau-Sein* alleine noch kein Programm ist und Frauen nicht automatisch Frauen wählen. *Bei dieser Wahl haben viele Frauen schon eindeutig zunächst einmal ihren Geschlechtsgenossinnen die Stimme gegeben, sind dabei aber (noch) nicht über ihren „Parteischaten“ gesprungen,* analysierten die BNN das Ergebnis.

Entscheidend scheint aber, dass die Parteien insgesamt nur 67 Kandidatinnen (= 18,3 %) aufgestellt hatten, viele davon wiederum auf einem *ohnehin aussichtslosem Listenplatz*. Die FDP hatte keine einzige Frau aussichtsreich nominiert. Auf der CDU-Liste rangierten fünf Frauen auf vorderen Plätzen, die alle gewählt wurden. Die SPD hatte drei Frauen aussichtsreich positioniert, drei weitere wurden von hinteren Plätzen in den Stadtrat gewählt. Eine wesentliche Erhöhung des Frauenanteils konnte im Karlsruher Stadtrat erst 1980 vollzogen werden: Nun waren erstmals 14 Frauen im Kommunalparlament vertreten. Nach den Kommunalwahlen 1994 erreichte der Frauenanteil in den Gemeinderäten Baden-Württembergs 17,9 %. Mit 31,4 % stellten Frauen in den Gemeinderäten der Stadtkreise einen weitaus höheren Anteil als in den Landkreisen, wo sie lediglich auf 17,5 % kamen. Gegenüber 1989 stieg der Frauenanteil immerhin insgesamt um 4,4 %.

So lässt sich zwar seit 1945 ein Aufwärtstrend der Frauen in der Kommunalpolitik verzeich-

nen, doch auch 1994 waren Frauen mit 24,9 % der Kandidaten auf den Listen der meisten Parteien unterrepräsentiert, lediglich auf den Listen der Grünen stellten sie 45,7 %. Der Anteil der gewählten Frauen ist, gemessen an den Bewerberinnenzahlen, weiterhin merklich geringer. Am höchsten waren die Mandatsanteile der Frauen bei den Grünen mit 45 %, am niedrigsten bei der CDU mit 12,9 %.²⁸⁹ Die Partizipation von Frauen in der Karlsruher Kommunalpolitik ist zwar weiter vorangeschritten, eine Besetzung maßgeblicher Ämter durch Frauen ist jedoch noch keineswegs selbstverständlich.

Die ersten Stadträtinnen

Von den vielen Frauen, die sich unmittelbar nach Kriegsende kommunalpolitisch engagierten, indem sie halfen, das Überleben zu sichern, wirkten die meisten eher still im Hintergrund. Den Schritt in die politischen Entscheidungsgremien taten angesichts der vielfältigen Widerstände, die zu überwinden waren, nur wenige. In den ersten zehn Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges übten insgesamt nur fünf Frauen ein Gemeinderatsmandat aus: Kunigunde Fischer und Hanne Landgraf für die SPD, Anna Walch, Luise Naumann und Toni Menzinger für die CDU.

Mit Kunigunde Fischer, die 1946 als erste Frau nach Kriegsende zur Stadträtin gewählt wurde (s. S. 102), betrat eine Frau die kommunalpolitische Bühne, die auf mindestens ebenso reiche politische Erfahrungen zurückblicken konnte wie ihre 23 männlichen Kollegen.²⁹⁰ Unter der Leitung der am 10. November 1882 geborenen Tochter eines Mühlenbesitzers, die nach ihrer Heirat mit dem sozialdemokratischen Schriftsetzer Kaspar Fischer 1904 SPD-Mitglied wurde, hatte sich im Frühsommer 1909 die Frauensektion der sozialdemokratischen Partei in Karlsruhe konstituiert.²⁹¹ Ab 1912 – vor Erlangung des Frauenwahlrechts – saß Kunigunde Fischer im Armen- und Waisenrat der Stadt und konnte somit Sachkenntnis in städtischen Entscheidungsgremien erwerben. 1919 war sie

dann als eine der ersten drei Frauen in das Karlsruher Stadtparlament gewählt worden. Außerdem gehörte sie im Januar 1919 mit insgesamt acht weiteren weiblichen Abgeordneten der badischen Verfassungsgebenden Nationalversammlung an. Bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten übte sie ein Mandat als Landtagsabgeordnete aus. Am 18. März 1933 wurde Kunigunde Fischer, wie alle SPD- und KPD-Abgeordneten des badischen Landtags, verhaftet und bis zum 31. März 1933 im Gefängnis in der Riefstahlstraße festgehalten. Eine erneute Inhaftierung erfolgte nach dem missglückten Hitler-Attentat 1944. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft gehörte Kunigunde Fischer zu den *Frauen der ersten Stunde*. Es war der Sozialpolitikerin vor allem ein Bedürfnis, die Not der ersten Nachkriegsmonate zu lindern, aber auch die Chancen zu nutzen, welche die Nachkriegssituation für eine politische Beteiligung von Frauen bot (erste Frauenversammlung SPD).

Doch erfahrene Politikerinnen wie Fischer hatten es in der Nachkriegszeit schwer, Gehör bei der Masse der jungen Frauen zu finden und diese für ihre Ideen zu gewinnen. Es gelang ihnen aber, für einzelne Frauen der jüngeren Generation zum Vorbild zu werden und sie zu politischem Engagement zu ermutigen. So spielte Kunigunde Fischer eine wichtige Rolle im politischen Werdegang der rund 20 Jahre jüngeren Hanne Landgraf, die 1953 als zweite Frau für die SPD in den Stadtrat gewählt wurde.

Die 1914 geborene Hanne Siebert, seit 1942 mit Rolf Landgraf verheiratet, kannte Kunigunde Fischer von Kindesbeinen an.²⁹² Aufgewachsen in einer sozialdemokratischen Familie und im Milieu der Karlsruher Arbeiterbewegung, war für sie soziales Engagement selbstverständlich, doch sie selbst sagt: [...] *ich wollte nicht in die Politik gehen*.²⁹³ So war es ihr bei der ersten Kandidatur zum Gemeinderat 1947 noch recht, dass ihre Partei sie auf einen hinteren Listenplatz setzte. Eigentlich wollte sie gar nicht kandidieren, doch die SPD brauchte noch eine Frau für die Liste.

Hier wird ein sehr ambivalentes Verhältnis zur Übernahme politischer Verantwortung und Macht deutlich, wie es für viele Frauen jener Generation bezeichnend scheint. Hanne Landgraf war zu diesem Zeitpunkt durchaus politisch aktiv. Sie gehörte als Kassiererin dem Vorstand der *Arbeiterwohlfahrt* an, war Mitglied der SPD und saß für diese bereits im städtischen Jugend- und Schulausschuss. Seit ihrer Kindheit war die Stadträtin und Landtagsabgeordnete Kunigunde Fischer ihr Vorbild, d. h. eigentlich wollte sie ja auch *Politikerin* werden, Verantwortung übernehmen, Mandate ausüben. Doch dies offen einzugestehen, war der damals Anfang 30-jährigen Hanne Landgraf offensichtlich nicht möglich. Diese Selbstbeurteilung mag angesichts der männlich dominierten Strukturen politischer Institutionen und eines öffentlichen Klimas, das politische Fähigkeiten von Frauen prinzipiell in Frage stellte, nicht verwundern. Um so wichtiger waren Frauen in politischen Funktionen, die als Vorbild dienten und ermutigten, denn von Männern war Zuspruch nur äußerst selten zu erwarten. Kunigunde Fischer war es auch, die Hanne Landgraf immer wieder Aufgaben übertrug, mit der Bemerkung: *Du kannst das*. 1953 kandidierte Landgraf schließlich auf Platz zwölf der SPD-Liste. *Ich habe zwar meinen Wahlkampf gemacht, hoffte aber, dass ich noch einmal Glück habe.*²⁹⁴ Das Glück, nicht gewählt zu werden, hatte Hanne Landgraf nicht, aber im Nachhinein schätzte sie es als Glücksfall ein, gewählt worden zu sein. Es war sicher nicht das Glück des Zufalls, das sie in den Stadtrat führte, sondern in langjähriger Arbeit erworbene politische Kompetenz. Rückblickend betrachtete sie es jedoch als beglückend, damit die Möglichkeit gehabt zu haben, ihren politischen Anliegen wenigstens ansatzweise zur Durchsetzung zu verhelfen.

Neben den beiden SPD-Stadträtinnen waren in den ersten zehn Jahren nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges auch drei Frauen der CDU im Gemeinderat tätig.

Anna Walch wurde 1947 als zweite Stadträtin nach Kunigunde Fischer gewählt.²⁹⁵ Sie hatte be-



44 Anna Walch, Stadträtin der CDU 1947 bis 1956.

reits 1925 in der St.-Bernhardus-Pfarrei die ersten Basare für Wohltätigkeitszwecke organisiert. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde sie in der Erholungsfürsorge für Kinder sowie in der Flüchtlingsfürsorge tätig. Als nach der Währungsreform im Juni 1948 viele Familien und allein lebende Frauen infolge des Verlustes von Ersparnissen in finanzielle Schwierigkeiten gerieten, initiierte sie die Einrichtung einer Vermittlungsstelle für Notkäufe in der Durlacher Allee 60, die von der *Karlsruher Frauengruppe* (s. S. 121 ff.) gemeinsam mit den konfessionellen Frauenverbänden und dem Roten Kreuz getragen wurde. Anna Walch war bewusst, dass die soziale Arbeit nur durch eine Verankerung in der Gemeindepolitik erfolgreich abgesichert sein würde. Folgerichtig führte sie ihr Weg in den Gemeinderat. Als katholische Sozialpolitikerin fand sie ihre politische Heimat in der CDU. *Man holte mich ein-*

*fach. Ich wurde geradezu in die CDU hineingeboren*²⁹⁶, bemerkte sie später selbst. Bereits 1946 war sie für ihre Partei in die Verfassungsgebende Nationalversammlung von Württemberg-Baden eingezogen.²⁹⁷ Ihr hauptsächliches Betätigungsfeld sah sie jedoch in der Kommunalpolitik. Erst 1953 sollten ihr zwei weitere Frauen in die Gemeinderatsfraktion folgen.

Luise Naumann,²⁹⁸ die bereits 1947 kandidiert hatte, gelang nun vom aussichtsreichen Listenplatz vier der Sprung in den Stadtrat. Ihre Erfahrungen aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur hatten sie nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges bewogen, politisch tätig zu werden. Die 1901 in Karlsruhe geborene Luise Duppler hatte nach dem Besuch des Mädchengymnasiums in Heidelberg acht Semester Medizin studiert, das Studium jedoch nach ihrer Heirat mit dem Ministerialrat Dr. Ing. Erich Naumann abgebrochen. Da ihr Mann jüdischer Abstammung war, wurde er nach Erlass der Nürnberger Gesetze 1935 von seinem Dienst als Leiter der Abteilung *Salinen und Bergbau* im badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium zwangsweise zur Ruhe gesetzt. In den folgenden Jahren erarbeitete Luise Naumann den Lebensunterhalt für sich, ihren Ehemann und drei Söhne. Als engagiertes evangelisches Gemeindemitglied führte Luise Naumanns Weg 1945 in die neu gegründete christliche Partei, die erstmals beide Konfessionen zu vereinen suchte. Zusammen mit ihrer Parteifreundin Anna Walch unterstützte sie 1948 auch die Notverkaufsstelle. Innerhalb ihrer Stadtratstätigkeit lag Luise Naumann vor allem die Arbeit im Krankenhausausschuss am Herzen. Fragen der modernen Hygiene, des Krankenhausbaus sowie der Müttergenesung beschäftigten sie ebenso wie die Sorge für die Krankenhausbediensteten. *Es ist meine alte Liebe zur Medizin, die hier zum Durchbruch kommt*, begründete sie dieses Engagement.²⁹⁹ Des Weiteren betätigte sie sich im Beirat für die Höheren Schulen sowie im Verwaltungsrat der Musikhochschule.

Schließlich sollte 1953 für die CDU eine weitere Frau in den Stadtrat gewählt werden, die,

ähnlich wie die Sozialdemokratin Hanne Landgraf, im politischen Leben Karlsruhes bis in die Gegenwart präsent blieb. Als Toni Menzinger 1953 von der CDU eine Kandidatur zu den Stadtratswahlen angetragen bekam, war sie in Karlsruhe längst keine Unbekannte mehr.³⁰⁰ Die 1905 geborene Rheinländerin war durch ihre Heirat mit dem Kaufmann Willy Menzinger 1931 in die badische Landeshauptstadt gekommen und engagierte sich seither in der katholischen Gemeindearbeit. Sie wurde bald Vorsitzende der *Frauen-Vinzenz-Konferenzen* Karlsruhes. Die Arbeit in kirchlichen, nicht *gleichgeschalteten* Gruppen war ihr auch in der Zeit des Nationalsozialismus ein wichtiges Anliegen und bildete die Basis für ihre Arbeit nach Kriegsende. Um den Menschen der Stadt *Mut und Hilfe für einen neuen Anfang* zu geben, gründete sie zunächst gemeinsam mit dem Jesuitenpater Fruhstorfer die *Katholische Arbeitsgemeinschaft*.³⁰¹ Aufgrund ihrer zahlreichen Aktivitäten hatte sie einen Bekanntheitsgrad erreicht, der sie als Kandidatin für die CDU interessant werden ließ. Toni Menzinger war zunächst nicht begeistert von der Aussicht, für den Gemeinderat zu kandidieren, denn sie fürchtete, dies könnte sie von ihrer eigentlichen Arbeit abhalten. Doch dann sagte sie sich: *Die Würfel fallen oben*.³⁰² In der Wahrnehmung eines politischen Mandates sah sie eine Möglichkeit, ihrer sozialen und kulturellen Arbeit mehr Nachdruck zu verschaffen. Sie gab der Bitte der CDU nach, fand sich aber auf dem nicht sehr aussichtsreichen Platz elf der Liste wieder. Doch die Karlsruher/innen wählten sie nach vorne auf Platz vier, und so zog sie im Herbst 1953 als dritte Frau für die CDU in den Stadtrat ein.

Von den fünf Karlsruher Stadträtinnen, die in den Jahren 1946 bis 1953 gewählt wurden, waren zwei vor 1900 geboren. Kunigunde Fischer und Anna Walch hatten sich bereits vor der nationalsozialistischen Machtübernahme politisch engagiert, wenn auch in recht unterschiedlichen Bereichen. Während Kunigunde Fischer bewusst den Weg in die sozialdemokratische Partei gewählt und dort bald Funktio-

nen und Mandate übernommen hatte, betätigte sich Anna Walch zunächst im als „vopolitisch“ zu bezeichnenden Raum, im Spektrum der katholischen Frauenbewegung. Darüber hinaus vertraten diese beiden Frauen sehr unterschiedliche Weltanschauungen. Dennoch gab es durchaus Gemeinsamkeiten, was ihre Motivation sowie den Zugang zur Politik betraf. Wie bei fast allen Politikerinnen dieser Generation war ihr Engagement in erster Linie sozial begründet. Fischers vorrangiges Betätigungsfeld war bereits vor dem Ersten Weltkrieg die Kinder- und Jugendfürsorge. Nach dem Ersten Weltkrieg war sie maßgeblich an der Gründung der *Arbeiterwohlfahrt* in Karlsruhe beteiligt, und auch nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sie sich für die Wiederbelebung dieser sozialdemokratischen Wohlfahrtsorganisation ein. Die Überlebens- und Wiederaufbauarbeit hatte für sie, die während des Nationalsozialismus inhaftiert gewesen war, Vorrang vor der Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit. So lehnte sie eine Mitarbeit im Entnazifizierungsausschuss (s. S. 50) mit der Begründung ab, durch *anderweitige Inanspruchnahme* verhindert zu sein.³⁰³ Sie konzentrierte sich in ihrer Arbeit auf die städtischen Sozialausschüsse (s. u.), wie auch ihre Kollegin Anna Walch, die für die CDU im Fürsorgeausschuss, im Krankenhaus-, Wohnungs-, Schul- sowie Jugenderholungsausschuss saß.³⁰⁴ Sah Kunigunde Fischer ihre Mitarbeit in der sozialdemokratischen Partei als eine Möglichkeit, ihren sozialen Zielen politische Kraft zu verleihen, wählte auch Anna Walch den Weg in eine Partei, die CDU, und den Gemeinderat, um eine Basis für ihre soziale Arbeit zu sichern. Auch die 1953 neu hinzukommenden Stadträtinnen hatten ihre Erfahrungen auf dem traditionell Frauen zugeschriebenen Feld karitativer Arbeit gesammelt. *1. Es wurden nur Frauen aufgestellt, die in den Parteien vorher arbeiteten. 2. Es wurden nur Frauen gewählt, die durch caritative Arbeit oder sonstwie vorher bekannt waren in der Stadt,* hatte Luise Riegger über die Wahl berichtet.³⁰⁵ Nach der Jahrhundertwende geboren, waren

auch die 1953 gewählten Stadträtinnen teilweise schon vor 1933 aktiv gewesen. Für Toni Menzinger, Luise Naumann und insbesondere die Jüngste im Bunde, die 1914 geborene Hanne Landgraf, waren es aber gerade die im Nationalsozialismus gemachten Erfahrungen, die ein gesellschaftliches Engagement nach 1945 begründeten. Sie beschränkten sich nicht alleine auf eine Arbeit in sozialen und kulturellen Organisationen. Vielmehr hatten sie erkannt, dass die Weichen für die Rahmenbedingungen sozialer Arbeit in den Kommunen im Gemeinderat gestellt wurden. Sie wurden Stadträtinnen, weil sie an Entscheidungsprozessen teilhaben wollten und damit auch ein Stück Macht für Veränderungen in ihrem Sinne erlangen wollten, wenn dies auch keine so offen formulierte wie Toni Menzinger.

Einen ihrer ersten erfolgreichen politischen Kämpfe focht Hanne Landgraf im Karlsruher Stadtrat um Zuschüsse für Kindergärten aus. Als Kassiererin der AWO wusste sie, welch großen Prozentsatz ihres Gesamtbudgets die Führung der Kindertagesstätte verschlang. Es war kein Geld da zur Eröffnung neuer Kindergärten, die dringend gebraucht wurden, da viele Frauen infolge des Krieges Witwen geworden waren und erwerbstätig sein mussten. Hanne Landgraf forderte, dass die AWO, deren Vermögen ja von den Nazis enteignet worden war, bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben von der Stadt finanziell unterstützt werden solle. Sie erinnert sich, dass der Parteigenosse und spätere Oberbürgermeister Günther Klotz die Meinung vertreten habe, die Kinder sollten lieber ihren Müttern am Rockzipfel hängen, statt in den Kindergarten fortgegeben zu werden. Hanne Landgraf insistierte aber auf der sozialpädagogischen Aufgabe der Kindergärten und erreichte schließlich, dass sämtliche Wohlfahrtsorganisationen, die Kindergärten betrieben, hierfür städtische Zuschüsse erhielten. Dieser Erfolg war für sie eine sehr wichtige Erfahrung, bestätigte er doch ihre Entscheidung, Stadträtin zu werden und die sozialpolitischen Weichenstellungen mit zu beeinflussen. Die ersten Stadträtinnen waren an der Schaf-

fung sozialer Grundlagen der Nachkriegsgesellschaft maßgeblich beteiligt, von denen wir bis heute profitieren. Ihre Konzentration auf die Sozialpolitik hat aus heutiger Sicht jedoch einen durchaus ambivalenten Charakter. Trotz aller erzielten Erfolge barg sie doch auch die Gefahr der Beschränkung. Frauen konnten sich nicht gleichzeitig um andere Politikbereiche kümmern. Während sie, gewissermaßen in Übertragung der familialen Arbeitsteilung, sich den Fragen der allgemeinen Wohlfahrt widmeten, waren die Männer von der Pflicht entbunden, sich mit sozialen Fragen zu beschäftigen und hatten damit den Rücken frei, für die „wichtigen“ Bereiche der Politik: die Frauen im Fürsorge-, Schul- oder Krankenhausausschuss, die Männer im Finanz-, Verwaltungs-, Bau- und Personalausschuss.

Im Lauf der Jahre sollte diese eindeutig geschlechtsspezifische Arbeitsteilung jedoch auch gelegentlich durchbrochen werden. 1958 saßen erstmals drei Stadträtinnen als *ordentliche Vertreter* im Finanzausschuss: Kunigunde Fischer, Hanne Landgraf und Elisabeth Kamm (CDU), schon ab 1954 hatten Landgraf, Walch, Menzinger dem Ausschuss als stellvertretende Mitglieder angehört.³⁰⁶ Dies waren allerdings Ausnahmerecheinungen, die meiste Arbeit wurde von den Stadträtinnen weiterhin in den Sozialausschüssen geleistet. Hatte die badische Gemeindeordnung 1910 mit ihrer Regelung, dass Frauen mit Sitz und Stimme in den städtischen Sozialausschüssen vertreten sein mussten, eine Chance für die Erlangung weiblicher politischer Partizipation dargestellt, bedeutete sie doch auch eine Beschränkung auf Soziales, die nun, knapp 40 Jahre später, eher zu einer Fessel für politisch aktive Frauen geraten war. Da wurde z. B. Kunigunde Fischer 1946 durch Beschluss des Stadtrates zur Pflegerin für die städtischen Alters-, Jugend- und Fürsorgeheime bestellt, obwohl sie bat, davon abzusehen, weil sie befürchtete, dass die hierdurch entstehenden Verpflichtungen zu umfangreich würden und sie von anderen wichtigen Arbeiten abhalten könnten. Oberbürgermeister und Stadtrat setzten sich über die

Bedenken Fischers hinweg.³⁰⁷ Schließlich war sie zu diesem Zeitpunkt die einzige Frau im Stadtrat, und es wurde offensichtlich als selbstverständlich betrachtet, dass solche Aufgaben von ihr übernommen wurden.

Fischer selbst ergriff im Stadtrat auch fast ausschließlich dann das Wort, wenn es um Fragen der Überlebenssicherung oder der Sozialpolitik ging. Im Sommer 1946 setzte sie sich beispielsweise für die Bildung einer Ernährungskommission ein, um Schwierigkeiten bei der Verteilung von Lebensmitteln zu beheben. Von ihrem Parteigenossen und Oberbürgermeister Veit wurde dies mit der Bemerkung abgetan, die Ernährungsschwierigkeiten könnten auch von keiner Kommission behoben werden. Ihren Versuch, einen städtischen Zuschuss für die in Erholungsheimen untergebrachten unterernährten Kinder zu erlangen, wiegelte er ab und verwies sie an die *Karlsruher Notgemeinschaft* (s. S. 31).³⁰⁸ Im Dezember 1946 befürwortete Fischer die Wiedereröffnung der städtischen Haushaltungs- und Frauenfachschule, da ein großer Bedarf an hauswirtschaftlicher Ausbildung für Mädchen bestehe.³⁰⁹ Dies zeigt, wie sehr auch die inzwischen über 60-jährige Sozialdemokratin an einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung festhielt. Als es jedoch im Frühjahr 1947 um die Besetzung der Jugendamtsleitung ging, konnte sie dem Votum ihrer Fraktion und des übrigen Gemeinderates für einen männlichen Bewerber nichts entgegenzusetzen. In die engere Wahl gezogen wurden ein städtischer Angestellter sowie zwei qualifizierte Bewerberinnen. Die Mehrheit des Personalausschusses neigte zum männlichen Bewerber: *Außerdem war man der Auffassung, dass die Stelle mit einem Mann besetzt werden solle.*³¹⁰ Der CDU-Stadtrat Dr. Umhauer wollte die [...] *Auffassung, dass eine Frau auf diesen Posten berufen werden sollte, [...] nicht vertreten. Auch die Beamten und Angestellten des Jugendamtes hätten sich dahingehend ausgesprochen, dass an die Spitze des Amtes ein Mann gehöre.* Die SPD folgte dieser Auffassung.

Wer, wenn nicht die einzige Frau im Stadtrat, hätte hier Partei für die Besetzung der Stelle

mit einer Frau ergreifen können. Kunigunde Fischer tat es, zumindest offiziell in der Stadtratssitzung, nicht. Obwohl sie doch gerade die Arbeit in sozialen Bereichen für eine Aufgabe der Frauen hielt, setzte sie der männlichen Übermacht im Gemeinderat an dieser Stelle nichts entgegen. Dass ihre Stimme nicht ohne Gewicht war, musste der KPD-Stadtrat Dietz 1951 erleben. Als er sich für die Erweiterung des Jugendamtsausschusses um ein jüngeres Mitglied einsetzte, widersprach sie mit dem Hinweis, dass die im Ausschuss vertretenen Frauen sich um die Belange der Jugend kümmern.³¹¹ Sicher hatte Dietz, wenn er von *grauhaarigen und alten Menschen* sprach, die mit der Jugendfürsorge befasst waren, sie ganz persönlich getroffen, und ihre in Jahrzehnten erworbene Kompetenz auf diesem Gebiet wollte sie sich verständlicherweise nicht absprechen lassen. Da Dietz als Mitglied der KPD sich jedoch ohnehin in einer hoffnungslosen Minderheitenposition befand, war es an dieser Stelle einfach, zu widersprechen, während sie sich im Falle der Jugendamtsleitung offensichtlich der Fraktionsdisziplin gebeugt hatte.

Sollte sich die 1953 von Oberbürgermeister Klotz geäußerte Hoffnung bestätigen, die Frauen im Stadtrat mögen sich durch *Sanfmut* im *Gespräch der Männer* auszeichnen? Die anderen Stadträtinnen traten mit Diskussionsbeiträgen im Gemeinderat noch seltener als Kunigunde Fischer in Erscheinung. Anna Walch hatte im März 1949 eine Initiative zum Problem der Arbeitslosigkeit von Frauen ergriffen. Ihr Antrag, die Stadt möge sich zur Behebung des Problems um die Ansiedlung von Textilfirmen sowie die Schaffung von Möglichkeiten zur Heimarbeit bemühen, verdeutlicht, wie sehr auch sie die Frauen weiterhin auf die traditionell ihnen zugeschriebenen Arbeitsfelder beschränken wollte und damit die zu diesem Zeitpunkt bereits wieder eindeutig festgelegte geschlechtsspezifische Segmentierung des Arbeitsmarktes mitrug.³¹² Ihre Fraktionskollegin Toni Menzinger sah sich in erster Linie als Kultur-, weniger als So-

zialpolitikerin. Kultur war für sie jedoch stets eng mit dem sozialen Sektor verbunden, und so betrachtete sie ihr kulturpolitisches Engagement als Ausgangspunkt für das sozialpolitische.³¹³ Im Vordergrund ihrer politischen Arbeit stand stets ihre persönliche Überzeugung. 1955 sprach sie sich gemeinsam mit nur fünf männlichen Gemeinderatskollegen gegen den Bau des Kernforschungszentrums aus. Sie verwies auf den Unsicherheitsfaktor, der bei allen Sicherheitsvorkehrungen noch bestehen bleibe: *Das ist auch der Grund, weshalb ich nach meinen heutigen Wissen den Bau eines Reaktors nicht bejahen kann in solcher Nähe von dicht besiedelten Städten.*³¹⁴ Toni Menzinger beschränkte sich nicht nur auf ihre parlamentarische Ablehnung, sie informierte in einem Flugblatt auch die Öffentlichkeit über ihre Bedenken. *Aktivitäten, die weder bei meiner Fraktion noch bei OB Klotz Freude machten.*³¹⁵

Es kann also keineswegs die Rede davon sein, dass sich die Stadträtinnen entsprechend den von Klotz formulierten Erwartungen nur *sanftmütig* verhielten. Menzingers Eintreten gegen die Ansiedlung des Kernforschungszentrums oder Landgrafs erfolgreicher Kampf um Kindergartenzuschüsse mögen hierfür als Beispiele stehen. Der Wille, an politischen Entscheidungen beteiligt zu sein und etwas im Sinne ihrer Überzeugungen zu bewegen, war für Hanne Landgraf wie auch Toni Menzinger schließlich der Beweggrund, ein Landtagsmandat zu übernehmen. Landgraf, die 1965 bis 1976 – davon zwei Jahre als einzige Frau – im baden-württembergischen Landtag saß, konnte in der Jugend- und Altenhilfe, im Bereich Sport und in der Politik für Behinderte eine Menge anstoßen. Auch Menzinger, die von 1970 bis 1980 Mitglied des Landtags war, prägte als Expertin der CDU-Fraktion für Fragen der Vorschulerziehung das Kindergartengesetz und das Erzieherinnen-Ausbildungsgesetz maßgeblich mit. Wichtige Erfahrungen für diese Arbeit hatten sie als Stadträtinnen gesammelt. Hanne Landgraf hält die Tätigkeit im Stadtrat für eine entscheidende Voraussetzung für eine über den lokalpolitischen Rahmen hinausge-

hende politische Arbeit, die sie bei heutigen Politikern oft vermisst: *Ich wünsche mir eigentlich, dass jeder, der in den Landtag oder in den Bundestag will, unbedingt Gemeinderat sein sollte.*³¹⁶

Frauen in städtischen Ausschüssen und Kommissionen

Es waren nicht viele Frauen, die in den 40er und 50er Jahren die Chance hatten, politische Erfahrungen im Gemeinderat zu sammeln. Allerdings gab die städtische Hauptordnung bis 1956 einer größeren Zahl von Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, kommunale Politik direkt mitzugestalten. War es vor 1933 möglich gewesen, dass sachkompetente Männer und Frauen, die nicht dem Gemeinderat angehörten, in den städtischen Ausschüssen mitarbeiteten, griff man auch nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes auf dieses bewährte Modell zurück.

Bereits bei der zweiten Sitzung des von der amerikanischen Militärregierung ernannten rein männlich besetzten Stadtrates am 1. Oktober 1945 diskutierte dieser über die Bildung von Ausschüssen. Bürgermeister Riedinger (KPD) stellte fest, damit werde eine Art *kleiner Bürgerausschuss* geschaffen. Die Ausschüsse sollten klein genug sein, um gute Sacharbeit leisten zu können, aber nicht zu klein, um als *Sprachrohr für die Bevölkerung* zu dienen.³¹⁷ Man beschloss schließlich acht Ausschüsse mit je acht Mitgliedern zu bilden. Jede der vier vertretenen Parteien sollte je zwei Ausschussmitglieder benennen. Ab etwa 1949 bildeten CDU, FDP und SPD dann im Zeichen des Kalten Krieges einen Block, der es der KPD nicht mehr ermöglichte, Ausschussmitglieder aus ihren Reihen zu delegieren. So versuchte sie beispielsweise 1951, Meta Peach in den Flüchtlingsausschuss zu entsenden, kam mit ihrem Vorschlag jedoch nicht durch.³¹⁸

Die meisten Frauen wurden erwartungsgemäß in den Fürsorgeausschuss delegiert: Kunigunde Fischer, die damit bereits vor ihrer Wahl zur Stadträtin in der kommunalen Fürsorgepolitik

wieder mitreden konnte, die erfahrene Luise Riegger sowie eine Frau Sinner. In den Ausschuss für Schulwesen wurde Elsbeth Maier gewählt. Der Ausschuss für die städtischen Werke, der Kulturausschuss, Wohnungs-, Bau-, Personal- und Entnazifizierungsausschuss blieben zunächst ohne weibliche Mitglieder. Knapp drei Wochen später musste ein Ausschuss, der die Nichtbeschäftigung von Mitgliedern der NSDAP in gewerblichen Unternehmen überwachte, gebildet werden. Ihm sollten zunächst neben zehn Männern zwei Frauen angehören: die bei der Militärregierung tätige Juristin Dr. Erika Libal sowie ein *Fräulein* Schmidt.³¹⁹

Der im Mai 1946 gewählte Gemeinderat verabschiedete im August d. J. eine neue *Gemeindefassung über die Verwaltung der Stadt Karlsruhe*, die hinsichtlich der beschließenden Ausschüsse von der Rechtsgrundlage von vor 1933 ausging und auf dem Gebiet des Schul-, Fürsorge- und Jugendwesens wieder auf die alten gesetzlichen Einrichtungen zurückgriff, die im *früheren demokratischen Staat* entwickelt worden seien und sich *außerordentlich bewährt* hätten.³²⁰ Beschließende Funktion hatten der Schul-, Jugendamts-, Fürsorge-, Wohnungs-, Kraftfahrzeugzulassungs-, Wirtschaftskontroll- und Schätzungsausschuss. Diesen Ausschüssen sollten jeweils für ihr Aufgabengebiet besonders ausgewiesene *Gemeindebewohner* angehören, die das passive Wahlrecht besaßen und durch den Stadtrat gewählt wurden, selbst diesem jedoch nicht angehörten. Die Zugehörigkeit von *mindestens einer Frau* wurde nur für den Wohnungsausschuss ausdrücklich festgelegt. Dieser hatte über Einsprüche gegen Entscheidungen des Wohnungs- und Quartieramtes zu befinden, ein in den ersten Nachkriegsjahren konfliktträchtiges und umfangreiches Aufgabengebiet.

Die beratenden Ausschüsse für das Wohnungs-, Straßenverkehrs-, Ernährungs- und Wirtschaftsamt waren zur Überwachung der jeweiligen Geschäftsführung gedacht und nicht zu verwechseln mit den 1948 gebildeten *Stadtratsabteilungen* – ebenfalls Ausschüsse

genannt – für Verwaltung, Technik, Wirtschaft, Gewerbe und Soziales, denen ausschließlich Stadträte angehörten. Die einzelnen Ausschüsse und ihre Aufgabengebiete unterlagen in den folgenden Jahren wiederholt Änderungen. Nach der im Juli 1948 neu erlassenen städtischen Hauptsatzung bestanden alleine der Jugend- und der Fürsorgeausschuss als beschließende Organe, denen Mitglieder außerhalb des Stadtrates angehörten, weiter. Daneben saßen im Schulausschuss Vertreter/innen der Lehrer- und Elternschaft.

Diese Rahmenbedingungen ermöglichten in den ersten zehn Jahren nach Kriegsende, dass etwa dreißig Frauen, die nicht Mitglieder des Stadtrats waren, in städtischen Ausschüssen mitarbeiteten. Einschränkend ist jedoch zu bemerken, dass die außerparlamentarischen Mit-

glieder der beschließenden Ausschüsse von den Gemeinderatsfraktionen gewählt wurden und somit nur Frauen zum Zuge kamen, die einer der Parteien angehörten oder zumindest nahe standen.

Die von den Fraktionen delegierten Frauen konnten in den Ausschüssen ihre Sachkenntnisse einbringen und bei kommunalpolitischen Entscheidungen mitreden. Auch Frauen wie Luise Riegger oder Elisabeth Großwendt hatten hier ohne Gemeinderatsmandat Mitwirkungsmöglichkeiten. Für andere, wie z. B. Hanne Landgraf, diente die Ausschussarbeit mit als Vorbereitung auf ein späteres Stadtratsmandat.

Eine Auswertung der Ausschussprotokolle der Jahre 1945 bis 1956 ergab, dass die Beteiligung der weiblichen Mitglieder im Lauf der

FRAUEN IN STÄDTISCHEN AUSSCHÜSSEN

Frauen, die zwischen 1945 und 1956 als ordentliche oder stellvertretende Mitglieder städtischen Ausschüssen angehörten³²¹

Aichinger, Paula	Mayer, Gertrud
Anzlinger, Luise	Menzinger, Toni (Stadträtin ab 1953)
Baum, Paula	Müller, Elfriede
Bernardi, Irma	Mußler, Luise
Bischoff, Anneliese	Naumann, Luise (Stadträtin ab 1953)
Deusch, Juliane	Pfalzgraf, Frieda
Fischer, Kunigunde (Stadträtin ab 1946)	Pissowotzki, Erna
Forkert, Emilie	Reger, Friedl
Frank, Annemarie	Remmele, Gertrud (Stadträtin ab 1956)
Geisler, Claire	Riegger, Luise (Stadträtin ab 1964)
Glatzer, Erna	Rothweiler, Else (Stadträtin ab 1956)
Großwendt, Elisabeth	Schmidt, Elisabeth
Henninger, Loni	Schöpf, Melitta (Stadträtin ab 1956)
Jordan, Margarete	Schroth, Erika (später verheiratete Pfitzner)
Kahn, Renate	Schwarz, Ruth
Kamm, Elisabeth (Stadträtin ab 1956)	Seufer (Rektorin)
Kasper, Thusnelda	Sinner
Keussen (Lehrerin)	Stocker, Fanny
Landgraf, Hanne (Stadträtin ab 1953)	Stüber, Lisa
Libal, Dr. Erika	Walch, Anna (Stadträtin ab 1947)
Litwa, Roswita	Weik, Hanna
Maier, Elsbeth	Weis, Ida



45 Luise Riegger – hier mit ihrer Schulklasse 1949 – engagierte sich im städtischen Schulausschuss für die Einführung von Sprachklassen an Volksschulen.

Jahre, d. h. mit zunehmender Erfahrung der Frauen, anstieg und dass die Frauen um so häufiger das Wort ergriffen, je höher ihr Anteil an den Ausschussmitgliedern war. Teilweise bestärkten sie sich gegenseitig über Fraktionsgrenzen hinweg.³²² Dies zeigt deutlich, dass sich für eine weibliche Partizipation förderliche Veränderungen abzeichnen, wenn Frauen in politischen Funktionen keine Ausnahmererscheinung mehr darstellen. Im Schulausschuss z. B., in dem 1951 neben 24 Männern fünf Frauen saßen, setzten sich diese wiederholt für die Besetzung von Lehrer- und Rektorstellen mit Frauen ein. Daneben suchten sie auch auf Bildungsinhalte Einfluss zu nehmen. Luise Riegger, die selbst ihren Schüler/innen auf freiwilliger Basis Sprachunterricht erteilte, sprach sich 1951 vehement für die Einführung von Sprachklassen an den Volksschulen aus. Hanne Landgraf schlug im Februar 1953 vor,

die Arbeit des Ausschusses zu erweitern und die Frage der Ausgestaltung bestehender sowie Schaffung neuer Schulgattungen mit einzubeziehen. Toni Menzinger schließlich sprach sich 1955 im Zusammenhang mit der Schulreform auch für eine Reformierung der *äußeren Schulverhältnisse* aus: *In steifen Bänken könne man keinen Gruppenunterricht durchführen.*³²³ In bezug auf die geschlechtsspezifische Bildung wollte sie weiterhin traditionelle Wege gehen. Sie plädierte für ein *hauswirtschaftliches Volljahr* für Mädchen, sah sie darin doch eine Chance, dass die Mädchen *zu der fraulichen Tätigkeit* eine positive Einstellung gewinnen. Die Professionalisierung der Haus- und Erziehungsarbeit war Menzinger ein wichtiges Anliegen. *Mutter ist der einzige Beruf, für den Sie keine Ausbildung brauchen.*³²⁴ Dies wollte sie ändern, die geschlechtsspezifische familiäre Arbeitsteilung stellte sie jedoch nicht in Frage.

Während Stadträtinnen wie Toni Menzinger oder Hanne Landgraf zunehmend politischen Einfluss entwickeln konnten und schließlich die Landespolitik mitgestalteten, erfuhr die Mitwirkungsmöglichkeit nicht dem Gemeinderat angehörender Frauen in den städtischen Ausschüssen infolge der neuen Hauptsatzung vom 24. Juli 1956 eine Beschränkung. Stimmberechtigte Ausschussmitglieder konnten nun nur noch Angehörige des Stadtrats werden.³²⁵ Im Fürsorgeausschuss z. B. waren außer den Stadträt/inn/en lediglich noch Vertreter der Wohlfahrtsorganisationen zugelassen, diese jedoch nur in beratender Funktion. Die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses verringerte sich folglich von 18 auf sechs. Damit war die Mitarbeit in beschließenden Gremien der städtischen Sozialfürsorge endgültig an ein Gemeinderatsmandat gebunden, was einer strukturellen Zugangsbeschränkung für Frauen gleichkam. Neben der bislang für dieses Amt qualifizierenden Arbeit im sozialen Bereich und der Mitarbeit in einer Partei musste nun auch noch die Hürde der Gemeinderatswahl genommen werden. Das war für die meist mit Berufs- und Familienarbeit mehrfach belasteten Frauen ein nicht zu bewältigendes Pensum.

Der demokratische Neuaufbau – Frauenpolitischer Aufbruch oder Restaurierung traditioneller Geschlechterverhältnisse?

Der von der amerikanischen Beobachterin Woodhouse formulierten Erwartung, dass die Frauen eine ihrer Bedeutung beim Wiederaufbau entsprechende politische Rolle beim Aufbau der Demokratie spielen müssten entsprach die deutsche Realität in keiner Weise. Dies hatte vielfältige Ursachen.

Die Strukturen der demokratischen Parteien, Gewerkschaften und Parlamente waren weiterhin eindeutig von Männern dominiert. Frauen wurden politische Fähigkeiten in Abrede gestellt. Hier entfalteten sicher politische Prakti-

ken des Nationalsozialismus weiter ihre Wirkung. Eine mangelnde politische Partizipation von Frauen in der Nachkriegszeit ist jedoch nicht ausschließlich als Auswirkung des nationalsozialistischen Regimes zu sehen. Gerade der Bereich der Politik ist bis in die Gegenwart, insbesondere durch das bürgerliche Modell des Geschlechterdualismus, determiniert. Bereits die Vordenker der Revolution von 1848/1849 hatten ein auf der Ungleichheit von Mann und Frau basierendes Konzept formuliert. *Sie entwarfen Mann und Frau als sich ergänzende ungleiche Wesen, wobei dem Mann die öffentliche Sphäre der Politik und des wirtschaftlichen Lebens zukomme, der Frau die Sphäre der Familie und des Heimes.*³²⁶ Die Menschen- und Bürgerrechte wurden im 19. Jahrhundert unter Ausschluss der Frauen festgeschrieben, was die Frage aufwirft, ob geschlechtsspezifische Ungleichheit nicht ein konstitutives Moment der bürgerlichen Gesellschaft ist.³²⁷

Dies in der Umbruchsituation nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges aufzubrechen, war die Hoffnung einiger engagierter Frauen. Die von Erdmuth Falkenberg 1946 formulierte Frage – *Können wir heute noch einen Männerstaat als Demokratie ansehen?* – stellten jedoch nur wenige.³²⁸ Viele Frauen interessierten sich nicht für Parteipolitik, sondern für konkrete Schritte zur unmittelbaren Verbesserung der Lebensbedingungen. Die zunehmenden Konflikte der Parteien um weltanschauliche Grundsatzpositionen hatten nach ihrer Ansicht wenig mit den drängenden Problemen wie Hunger und Wohnungsmangel zu tun. Und in dem Maße, wie nach 1945 die Parteizugehörigkeit wieder zum entscheidenden politischen Kriterium wurde, gerieten Versuche, Frauen an der politischen Machtausübung zu beteiligen, in den Hintergrund. In den Vordergrund traten die Kämpfe der Parteien um die Macht.³²⁹ So erfolgte auch in der Politik relativ schnell eine Restaurierung der Geschlechterverhältnisse, Frauen in politischen Funktionen blieben weiterhin eine Ausnahmeerscheinung.

Karlsruher Frauen organisieren sich. **Die überparteiliche Karlsruher Frauengruppe – ein Versuch, neue politische Wege zu beschreiten?**

Es gab jedoch durchaus Versuche von Seiten der Frauen, der von ihnen geleisteten Arbeit an der kommunalen Basis politisches Gewicht zu verleihen, die praktische Überlebensarbeit mit politischen Forderungen zu verknüpfen. In vielen Städten hatten sich bereits unmittelbar nach der Kapitulation überparteiliche und überkonfessionelle Frauenausschüsse gebildet, die die Kommunalverwaltungen bei der Wiederaufbauarbeit unterstützten, Beratungsstellen für Frauen einrichteten und sich für die Gleichberechtigung der Frau in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft einsetzten.¹ Die *Badischen Neuesten Nachrichten* (BNN) berichteten seit ihrer Gründung im März 1946 wiederholt über solche Aktivitäten. Im Oktober 1946 konnten sie schließlich melden: *Karlsruher Frauen organisieren sich.*²

Im Frühsommer 1946 hatten sich auf Anregung Luise Riegers etwa 15 Frauen zusammengefunden, um zu beraten, in welcher Form die durch den Nationalsozialismus zerschlagene Frauenbewegung wiederzubeleben sei und wie die Frauen im neu aufzubauenden Staat Einfluss gewinnen könnten.³ Zu diesem Zweck sollte auch in Karlsruhe eine überparteiliche Frauengruppe gegründet werden. Im Juni 1946 stellten die beteiligten Frauen einen entsprechenden Antrag an die Militärregierung Karlsruhe.⁴ *Karlsruher Frauen aus den verschiedensten Berufskreisen und Hausfrauen halten es für nötig, sich zusammenzuschliessen [...]. Die Karlsruher Frauengruppe will ein überkonfessioneller und überparteilicher Zusammenschluss von Frauen zur Erfüllung sozialer und politischer Aufgaben sein.*⁵ Die Militäradministration bewertete dieses Vorhaben positiv und erteilte am 4. September eine Lizenz zur Gründung.⁶ Am 17. Oktober 1946 fand schließlich im großen Sitzungssaal der Postdirektion am Ettlinger-Tor-Platz die Grün-

dungsversammlung der *Karlsruher Frauengruppe* statt, bei der auch Vertreter der Militärregierung sowie der Kommunal- und Landesbehörden anwesend waren.⁷ Die Versammlung war gut besucht, und innerhalb einer Woche traten über 100 Frauen der neuen Organisation bei.⁸

Den weiblichen Einfluss geltend machen – Protagonistinnen und Programmatik der Karlsruher Frauengruppe

Initiiert und getragen wurde die *Karlsruher Frauengruppe* von Frauen, die größtenteils bereits vor 1933 der bürgerlichen Frauenbewegung angehört hatten und die an deren Traditionen anzuknüpfen suchten. Luise Riegger, Kathinka Himmelheber, Elisabeth Großwendt,



46 Kathinka Himmelheber, erste Vorsitzende der Karlsruher Frauengruppe.

Luise Anzlinger, Dr. Charlotte Anders, Frieda Goldschmidt⁹ und Elisabeth Seufert hatten den Gründungsantrag an die Militärregierung gestellt.¹⁰

Bis heute steht im öffentlichen Bewusstsein vor allem der Name Luise Riegger für die Geschichte der bürgerlichen Frauenbewegung in Karlsruhe. Riegger war jedoch nicht die erste Vorsitzende der *Karlsruher Frauengruppe*, sondern Kathinka Himmelheber.¹¹

Die 1898 geborene Kathinka Herrmann hatte in die Familie der Karlsruher Möbelfabrikanten Gebrüder Himmelheber eingeheiratet. Ihre Schwiegermutter Luitgard Himmelheber war vor 1933 Vorsitzende des Vereins *Frauenbildung – Frauenstudium*, einer bedeutenden Organisation der bürgerlichen Frauenbewegung, sowie eine der ersten weiblichen Stadtverordneten (DDP) Karlsruhes gewesen.¹² Kathinka Himmelheber, die den Beruf der Bibliothekarin erlernt, diesen aber bei ihrer Heirat aufgegeben hatte, führte gegen Ende des Krieges 1945 selbstständig die Geschäfte der Möbelfirma und brachte die Fabrik wieder in Gang, da ihr Mann und dessen Bruder eingezogen waren. Sie hatte im Frühjahr 1945 den festen Willen, am Neuaufbau mitzuarbeiten. [...] *Es sind so viele gute Kräfte da, es gibt so viele wertvolle, gescheite und tatkräftige Frauen, warum sollten sie keinen Einfluss gewinnen können?*, schrieb sie an ihre nach Israel emigrierte Freundin Else Kapp.¹³ Kathinka Himmelheber hielt dann auch die Gründungsansprache der *Karlsruher Frauengruppe*. Als weitere Referentinnen traten während der Gründungsversammlung die Hauptlehrerin Elisabeth Seufert¹⁴ sowie die Juristin Dr. Elena Lange auf.¹⁵

Elena Lange war in Moskau geboren, hatte in Durlach das Gymnasium besucht, um danach in Heidelberg Rechtswissenschaft zu studieren. Eine Stelle im Justizdienst konnte sie erst nach Kriegsende antreten, denn während des Dritten Reichs war dies Frauen verwehrt gewesen. Sie war zunächst als Assessorin beim Verwaltungsgericht Karlsruhe tätig und wurde 1949 schließlich die erste Verwaltungsge-

richtsrätin Karlsruhes. 1955 erfolgte ihre Versetzung nach Freiburg.¹⁶ Neben ihrer Tätigkeit in der *Karlsruher Frauengruppe* arbeitete sie noch im *Deutschen Akademikerinnenbund* (DAB) mit und war bis zu ihrer Versetzung nach Freiburg Vorsitzende der Karlsruher GE-DOK.¹⁷

Dem Gründerinnenkreis der *Karlsruher Frauengruppe* gehörte des Weiteren Dr. Charlotte Anders an, die das Amt der Schriftführerin bekleidete.¹⁸ 1894 geboren, war sie nach dem Studium der Geschichte, Literatur und Staatswissenschaften eine der ersten Frauen in Deutschland, die eine führende Stelle in der Verwaltung einnahmen. Anfang der 20er Jahre baute sie bei der damaligen Karlsruher Landesanstalt für Arbeitsvermittlung eine Berufsberatungsstelle für weibliche Arbeitskräfte auf und wurde stellvertretende Leiterin. Später wurde sie an das Landesarbeitsamt Hessen berufen, wo sie die Abteilung für Frauenarbeit leitete. Von den Nationalsozialisten aus dieser Position entlassen, kehrte sie nach Karlsruhe zurück, wo sie im Rechtsanwaltsbüro ihres Bruders Dr. Reinhard Anders mitarbeitete.¹⁹ Hier lernte sie auch die Gründerin und erste Vorsitzende des *Verbandes berufstätiger Frauen* Dr. Alice Haidinger (s. S. 145) kennen, die in der Kanzlei zunächst als Assessorin tätig war. Charlotte Anders arbeitete daneben als freie Mitarbeiterin in den Bereichen Geschichte, Literatur und bildende Kunst bei den BNN. Ihr verdanken wir auch die Berichte über die *Karlsruher Frauengruppe* in der in Stuttgart erscheinenden Zeitschrift *Die Welt der Frau*.²⁰ Während Luise Riegger und Elisabeth Großwendt wie viele Protagonistinnen der alten bürgerlichen Frauenbewegung vor 1933 Mitglied der Demokratischen Partei gewesen waren und nach 1945 in die FDP gingen, gehörte mit Luise Anzlinger auch ein CDU-Mitglied dem Gründerinnenkreis der *Frauengruppe* an.²¹

Eine wichtige Rolle spielte in den ersten Jahren der *Frauengruppe* Elisabeth Großwendt, die ab März 1946 bei den BNN als Redakteurin tätig war.²² Die in der Anfangszeit der Zeitung be-

merkwürdigen Beiträgen zur Emanzipation der Frau waren ihr zu verdanken. Sie sorgte insbesondere auch für regelmäßige Berichte über die Aktivitäten der *Karlsruher Frauengruppe*. Bereits in der ersten Ausgabe der BNN vom 1. März 1946 eröffnete sie eine Rubrik *Die Frau hat das Wort*. In ihrem programmatischen Leitartikel leitete Großwendt *Die Macht der Frau* – so die Überschrift – aus deren Verantwortung als *Trägerin des Lebens* ab und forderte zu politischem Handeln auf.²³ Auch der am 12. Oktober 1946 in den BNN veröffentlichte Gründungsauftrag der *Karlsruher Frauengruppe* wurde von Elisabeth Großwendt verfasst. Sie berief sich auf die Ideen und Traditionen der alten bürgerlichen Frauenbewegung, die die Notwendigkeit erkannt habe, *die Frauen in die Kultur- und Sozialaufgaben des Staates einzugliedern*.²⁴

Elisabeth Großwendt vertrat wie die anderen führenden Frauen der *Karlsruher Frauengruppe* ein auf der Vorstellung der gegenseitigen Ergänzung von Mann und Frau basierendes bürgerliches Geschlechtermodell, das sie von der Familie auf den Staat übertragen sehen wollte. Helene Lange hatte das 1914 folgendermaßen formuliert: *Wie der Mann als Staatsangehöriger für Erhaltung, Förderung und Verteidigung seines Landes eintreten muss, so hat die Frau als Staatsangehörige für Behagen, Ordnung und Ausschmückung im Staate Sorge zu tragen*.²⁵ Kathinka Himmelheber sah es als Ziel der *Karlsruher Frauengruppe*, in der neu zu gründenden *Staatsfamilie den weiblichen Einfluss [...] geltend zu machen*.²⁶ Auch Großwendt ging von einer besonderen „weiblichen Kulturaufgabe“ aus, d. h. den „weiblichen“ Werten wie Sanftmut, Friedfertigkeit und Kooperationsfähigkeit sollte zu gesellschaftlicher Geltung verholfen werden: [...] *die volle Wirkung des weiblichen und mütterlichen Ethos auf die Volksgemeinschaft [sic!] und ihre Einrichtungen ist erst dann möglich, wenn die Frauen über die Familie hinaus gehört werden, und die Männer zu der Einsicht gelangt sind, dass die Frau die selbstverständliche, notwendige, gleichberechtigte Mitarbei-*

terin beim Aufbau unseres Daseins ist. Die *Karlsruher Frauengruppe* sollte sich als eine *Art Zwischenverwaltung weiblicher und mütterlicher Prägung in die vorhandene männliche Regierung da einschalten, wo zum Besten der Allgemeinheit Anregung und Mitarbeit notwendig ist*. Es gelte, die Anliegen der Frauen *als Hüterin der Familie und Jugend, als Hüterin geistiger und seelischer Lebensgüter und als Hüterin einer auf Frieden, gegenseitiger Hilfe und Achtung gegründeten Lebensgemeinschaft durchzusetzen*.²⁷

Sozialarbeit und politische Schulung – Aktivitäten der *Karlsruher Frauengruppe*

Die Frauengruppe wollte sich zunächst auf vier Aufgabengebiete konzentrieren: Mitwirkung beim Wiederaufbau der Stadt, Mitarbeit in Flüchtlings-, Gesundheits- und anderen sozialen Fragen, Unterstützung in allen Frauenfragen und Hausfrauenangelegenheiten, politische Schulung und Erziehung von Frauen und Mädchen im demokratischen Sinn. Des Weiteren strebte man eine Vertretung von Frauen in Berufsfragen an sowie die Heranziehung von Frauen zu Ämtern, die ihnen bislang verschlossen waren.²⁸

Die Anfangsarbeit stand zunächst jedoch vor allem unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Nöte, welche die Jahre bis zur Währungsreform erfüllten.²⁹ In den Monaten nach der Gründung wurden Arbeitsausschüsse für Wirtschafts-, für Erziehungs- und für soziale Fragen gebildet.³⁰ Ein Hauptausschuss prüfte Anregungen aus dem Kreis der Mitglieder und gab diese gegebenenfalls an die zuständigen Behörden weiter. Es wurden Anträge zu Fragen der Ernährung und Wirtschaft, für die Freilassung deutscher Kriegsgefangener, zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten, zur Wohnungsbeschlagnahme durch die Militärregierung und *anderen wichtigen, Hausfrauen und Berufstätige betreffenden Gebieten* verfasst und weitergeleitet.³¹ Als sich im Sommer 1947 die Ernährungslage drastisch verschlechterte, schickte die Frauengruppe Telegramme an die

zuständigen Stellen in Stuttgart und Frankfurt und forderte Ersatz für die seit Wochen fehlende Magermilch und Kartoffeln. Außerdem bemühte sie sich bei der Militärregierung um Abhilfe.³² Doch die Eingaben bezogen sich nicht alleine auf soziale Notlagen und Missstände. So versuchte die Frauengruppe bei der Auflösung der Sozialen Frauenschule in Mannheim, die Stadtverwaltung für eine Verlegung der Schule nach Karlsruhe zu gewinnen.³³

Ideen, wie die Entwicklung neuer Wohnformen für allein stehende Frauen blieben eine Ausnahmeerscheinung. Die als unkonventionell bekannte Elisabeth Großwendt schlug in den BNN vor, für allein lebende Frauen Wohngemeinschaftshäuser zu errichten. Gedacht war an ein *Großwohnhaus* (in der Art des „*Laubenhauses*“ im *Karlsruher Dammerstock*) mit verschiedenen Gemeinschaftseinrichtungen. Es sollte *größere Gemeinschaftsräume für Kinder verschiedenen Alters* erhalten, wo diese professionell betreut wurden sowie eine Art Kantine für die Versorgung berufstätiger Mütter und deren Kinder, Nähstuben, ein Gemeinschaftshaus und Verkaufsläden in unmittelbarer Nähe.³⁴ Dieses noch heute unter dem Gesichtspunkt einer frauen- und kinderfreundlichen Stadtplanung in einzelnen Aspekten bestechend anmutende Konzept wurde in Karlsruhe nie realisiert. In Berlin dagegen hatte der Berliner Frauenbund bis 1950 sieben Wohnhäuser oder Wohngemeinschaften für allein stehende Frauen eingerichtet.³⁵

Um für Frauen mit ihren Beschwerden und Anregungen erreichbar zu sein, hielt die *Karlsruher Frauengruppe* zweimal wöchentlich öffentliche Sprechstunden ab: montags von 16.00–18.00 Uhr in der Kriegsstraße 25, dem Wohn- und Geschäftshaus der Vorsitzenden Kathinka Himmelheber, dienstags im Gebäude der BNN, bei der *Frauenschrifteleitung* (Elisabeth Großwendt). Ein *Schwarzes Brett* im Gebäude der Münze informierte über die Aktivitäten der Frauengruppe.

Die erste größere öffentliche Veranstaltung war 1946 eine Weihnachtsbescherung für be-

sonders bedürftige Kinder. Des Weiteren wurden für die 360 im Altersheim Durlach untergebrachten arbeitsunfähigen Vertriebenen Unterhaltungsnachmittage veranstaltet und Lese-stoff beschafft. Im März 1947 eröffnete der Verband in der Kreuzstraße 23 eine Nähstube. Ab Januar 1948 wurde im Kindergarten in der Sophienstraße 43 einmal wöchentlich eine Eheberatung durch eine Ärztin und eine Juristin durchgeführt. Die juristische Beratung übernahm zunächst die Rechtsanwältin Dr. Erika Libal, die 1945 bei der Militärregierung beschäftigt und Mitglied des Hauptprüfungsausschusses zur Entnazifizierung war.³⁶ Hier konnten ratsuchende Frauen Unterstützung in Rechtsfragen, bei der Schlichtung von Streitigkeiten, aber auch in Fragen der Kindererziehung erhalten.³⁷ Auch als die im Juni 1948 durchgeführte Währungsreform viele Familien und allein lebende Frauen in finanzielle Schwierigkeiten brachte, war die *Karlsruher Frauengruppe* mit Rat und Tat zur Stelle. Die Eheberatungsstelle half mit Auskünften in den die Währungsreform betreffenden Fragen, und im Juli 1948 eröffnete die Frauengruppe gemeinsam mit den konfessionellen Frauenverbänden, unterstützt vom Roten Kreuz in der Durlacher Allee 60 eine Vermittlungsstelle für Notkäufe. Durch den Verlust von Ersparnissen waren viele Menschen in Not geraten. Ihnen sollte hiermit die Möglichkeit geboten werden, entweder Gegenstände zu verkaufen oder auch dringend Benötigtes gebraucht günstig zu erwerben. Ab Februar 1949 wurden hier auch Heimarbeit und hauswirtschaftliche Gelegenheitsarbeiten vermittelt. Die Einrichtung dieser Vermittlungsstelle war vor allem dem tatkräftigen Handeln der CDU-Stadträtin Anna Walch zu verdanken. Oberbürgermeister Töpfer veranlasste die kostenlose Überlassung geeigneter Räume durch die Stadt.³⁸

Neben diesen praktischen sozialen Aktivitäten wollte die *Karlsruher Frauengruppe* vor allem auch *Aufklärungsarbeit* leisten. Zu diesem Zweck wurden eine Fülle von Vortragsveranstaltungen, sei es zum § 218 oder zum amerikanischen Schulwesen, durchgeführt. Im Mai

1947 referierte Dr. Therese Sanders vom nordbadischen Landeswirtschaftsamt zum Thema *Unsere Kleidorsorgen im Rahmen der allgemeinen Textilversorgung*.³⁹ Einen Monat später sprach der Leiter der Städtischen Ernährungs- und Wirtschaftsversorgung Dr. Hagen über Ernährungsfragen.⁴⁰ Colonel Mead von der amerikanischen Militärregierung und Prof. Dr. Maria Roth (s. S. 138) referierten über das Schulproblem. Die Frauengruppe begrüßte die Einführung einer Einheitsschule und forderte die unverzügliche Einstellung von mehr Lehrkräften, die Bereitstellung von Büchern, Hefen und Arbeitsmaterialien und die Zuweisung von genügend Heizmaterial an die Schulen, um einen geregelten Unterricht zu garantieren.⁴¹ Einen Mangel an Schülerhorten und anderen jugendpflegerischen Einrichtungen in Karlsruhe beklagte die Polizeikommissarin Erna Pissawotzki in ihrem Vortrag bei der Frauengruppe. Sie sah es als besondere Aufgabe, gerade der weiblichen Polizei, auch fürsorgerrisch tätig zu werden und nach den Ursachen der Jugendkriminalität zu forschen, um gemeinsam mit städtischen Behörden und Wohlfahrtsorganisationen Abhilfe zu schaffen.⁴²

Die Auseinandersetzung mit den Problemen des Alltags nahm, entsprechend der schwierigen Lebenssituation in den ersten Nachkriegsjahren, einen breiten Raum ein. Daneben gab es aber auch kulturelle Veranstaltungen. So wurden etwa Gedenkfeiern für Ricarda Huch oder zum 100. Todestag von Annette von Droste-Hülshoff durchgeführt. Diese Abende wurden von der Frauengruppe nahe stehenden Schauspielerinnen und Sängerinnen mitgestaltet.⁴³

Einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit bildeten Vorträge, die sich mit der politischen Partizipation von Frauen auseinandersetzten. Meist konnten hierfür bekannte Referentinnen gewonnen werden. So sprach im Januar 1947 die ehemalige Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine Gertrud Bäumer in einem überfüllten Hörsaal der Technischen Hochschule. Und im Juli referierte mit Marie-Elisabeth Lüders eine weitere Protagonistin der al-

ten bürgerlichen Frauenbewegung über *Die staatsbürgerliche Verantwortung der Frau*. Luise Rinser hielt im Redtenbacher-Hörsaal der TH einen Vortrag über *Die Aufgaben der Frauen*. Die Sozialdemokratin Kunigunde Fischer sprach über *Die Frau in öffentlichen Ämtern*.⁴⁴

Zu den im Dezember 1947 anstehenden Gemeinderatswahlen veranstaltete die *Karlsruher Frauengruppe* schließlich im Zieglersaal eine Frauen-Kundgebung mit Vertreterinnen der kandidierenden Parteien, der sie das Motto voranstellte: *Frauen aller Richtungen haben nur ein Ziel: Das Wohl der Bevölkerung*. Für die CDU sprach Clara Siebert. Lina Betz vertrat die KPD, Kunigunde Fischer die SPD und Elisabeth Großwendt die DVP (später FDP).⁴⁵ Wenige Tage später folgte ein öffentlicher Aufruf der *Karlsruher Frauengruppe*: *Frauen! Wählt Frauen!*⁴⁶ Dort hieß es, die Hauptlast des Alltags ruhe auf Schultern der Frauen. Da wichtige, das Alltagsleben berührende, Entscheidungen in der Stadtverwaltung getroffen werden, sei es notwendig, dass dort Frauen vertreten seien. Sodann wurde das neue Wahlrecht erläutert und die Wählerinnen aufgerufen, durch Kumulieren und Panaschieren dafür zu sorgen, dass die kandidierenden Frauen mehr Stimmen erhalten.

Ein aktuelles Thema der ersten Nachkriegsjahre war die Frage der Schwangerschaftsabbrüche. Infolge der beim Einmarsch der Besatzungstruppen erfolgten Vergewaltigungen war es in den ersten Monaten nach Kriegsende zu einer hohen Zahl ungewollter Schwangerschaften gekommen (s. S. 18). Die rechtlichen Grundlagen des § 218 StGB blieben weiterhin unverändert und wurden in der Öffentlichkeit heftig diskutiert. Anfang des Jahres 1947 veröffentlichte z. B. die Stuttgarter Zeitschrift *Die Welt der Frau* eine breit angelegte Artikelserie.⁴⁷ Die *Karlsruher Frauengruppe* führte zwar eine Veranstaltung zum Thema durch, es lässt sich jedoch nicht mehr rekonstruieren, welchen Standpunkt die Frauen einnahmen.⁴⁸ Insgesamt dürfte die Frage des § 218 in ihrer Arbeit keinen großen Stellenwert gehabt ha-

ben, denn außer dieser einen Veranstaltung sind keine weiteren Aktivitäten überliefert.

Im Frühjahr 1949 veranstaltete die *Karlsruher Frauengruppe* angesichts der bevorstehenden Gründung der Bundesrepublik Deutschland eine Vortragsreihe *über den werdenden Staat und die Fragen, was wir ihm geben, wozu er das Geld verwendet und ob wir damit einverstanden sind*.⁴⁹ Luise Riegger bemerkte, dass Frauen einen beträchtlichen Anteil am Steueraufkommen leisteten und leitete daraus ein Mitbestimmungsrecht ab. Eine öffentliche Diskussion um die rechtliche Gleichstellung von Frauen im Grundgesetz, das am 23. Mai 1949 verkündet wurde, führte die Frauengruppe – soweit dies durch die vorliegenden Quellen zu belegen ist – nicht.

Die folgenden Jahre waren geprägt von heftigen Diskussionen um die Frage einer Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Der Gründungsauftrag der *Karlsruher Frauengruppe* hatte bereits die Frage der Friedenssicherung thematisiert: Die Frau sollte als *Hüterin einer auf Frieden gegründeten Lebensgemeinschaft* gleichberechtigte Mitwirkung in Staat und Gesellschaft erlangen.⁵⁰ Die Satzung vom Juli 1947 nannte die *Mitarbeit bei der Errichtung des dauerhaften Friedens und Förderung aller dem Frieden dienenden Bestrebungen* als einen von insgesamt sechs näher bezeichneten Tätigkeitsbereichen.⁵¹ In der konkreten Arbeit wie in den Veranstaltungen der Gruppe spielte die Friedensfrage während der ersten Monate jedoch kaum eine Rolle. Dies änderte sich um die Jahreswende 1947/1948 und ist vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden Ost-West-Konfliktes zu sehen. Nach dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 veranstaltete die Frauengruppe gemeinsam mit der *Deutschen Friedensgesellschaft* eine Kundgebung unter dem Motto *Frauen im Dienste der Menschheit und des Friedens*. Hier wurde jedoch nicht die aktuelle politische Situation diskutiert. Vielmehr war die Veranstaltung von dem Bemühen geprägt, eine „natürliche“ Disposition der Frau als Erzieherin für den Frieden zu proklamieren. Deta-

Löw, die Ehefrau des Alstadtpfarrers Hanns Löw, sowie Charlotte Anders stellten Frauen gestalten vor, die sich in der Vergangenheit um die *Idee des Friedens* verdient gemacht hatten, wie z. B. Berta von Suttner, Marie Curie oder Käthe Kollwitz.⁵² Tagespolitische Forderungen zur Friedenssicherung wurden auch bei einer weiteren Veranstaltung im Juli 1948 nicht erhoben. Dorothee von Velsen, vor 1933 Leiterin des *Deutschen Staatsbürgerinnen-Verbandes*, hielt einen Vortrag mit dem Titel *Die Internationale des guten Willens*. Velsen kam zu dem Schluss, der Verständigungswille unter den politischen Parteien und verschiedenen Nationen sei heute größer als 1918. Nun komme es auf den Einzelnen an, sich innerhalb des kleinsten Kreises für den Frieden einzusetzen.⁵³

Welche Haltung die *Karlsruher Frauengruppe* zur atomaren Rüstung einnahm, ist aus den vorliegenden Quellen und Erinnerungen der wenigen noch lebenden ehemaligen Mitglieder nicht zu rekonstruieren. Die BNN berichteten lediglich von einem Vortrag *Die Atomenergie und der Frieden*, den die Diplom-Ingenieurin Elisabeth Hofmann bei der Frauengruppe hielt. Sie sprach sich offensichtlich für eine *friedliche Nutzung* aus, über die Haltung zur *kriegerrischen Nutzung* wurde die Leserschaft im Unklaren gelassen.⁵⁴

Dieses indifferente Bild hinsichtlich der Haltung der *Karlsruher Frauengruppe* in Fragen der Friedenssicherung scheint jedoch nicht alleine durch eine entsprechende Berichterstattung entstanden zu sein, vielmehr dürfte es die tatsächliche Arbeit und Haltung der Gruppe widerspiegeln. Die unbestimmte Haltung vieler Frauen der bürgerlichen Frauenbewegung in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung war für die erste Vorsitzende der *Karlsruher Frauengruppe*, Kathinka Himmelheber, schließlich ein Grund, sich aus der Arbeit zurückzuziehen. In einer ihrer letzten Ansprachen in Karlsruhe am 5. März 1952 erklärte sie: *„Das Hauptanliegen der Frauen in den Jahren 1946/47 bei der Gründung der neuen Organisationen war die Schaffung eines dauernden Friedens. [...] Wenn wir heute beim ersten An-*

sturm auf unseren Friedenswillen uns von vorneherein realpolitischen Erwägungen beugen, so müssen wir bekennen, dass wir auf dem Weg sind, Schiffbruch zu erleiden. [...] So ist ein einstimmiges ‚Frauen-Nein‘ gegen den Wehrbeitrag nicht zu erreichen. Aber eine Aufgabe bleibt trotzdem für die Frauen bestehen: Wenn der von der Regierung eingeschlagene Weg ein Weg zum Frieden werden soll, dann müssen die deutschen Frauen wie das mahnende Gewissen ihn begleiten.“⁵⁵

Himmelheber bezog sich hier auf die Zustimmung des 1949 gegründeten *Deutsche Frauenrings* zur Wiederaufrüstung, dem sich auch die *Karlsruher Frauengruppe* anschloss (s. S. 121 ff.). Die unmittelbar nach Kriegsende formulierten Bekenntnisse zum Frieden fanden in der konkreten Arbeit der *Karlsruher Frauengruppe*, wie auch in anderen Frauenorganisationen des bürgerlichen Spektrums, wenig Niederschlag und traten in den 50er Jahren in den Hintergrund. Im antikommunistischen Klima des Kalten Krieges wurde jedes Engagement für die Sicherung des Friedens, gegen eine Remilitarisierung der Bundesrepublik verdächtigt, von Moskau – oder doch zumindest von Ostberlin – gesteuert zu sein. Eine Zusammenarbeit der bürgerlichen Frauenbewegung mit Gruppen, die sich gegen eine Wiederaufrüstung engagierten, fand nicht statt. Auch Kathinka Himmelheber wählte nicht den Weg in die Bewegung gegen Wiederbewaffnung und atomare Rüstung. Sie engagierte sich nun in der GEDOK (s. S. 153 ff.), wo sie die Abteilung *Kunstfreundinnen* einrichtete.

Die ganze Arbeit auf den Schultern von einigen wenigen – Mitgliederentwicklung und Probleme der Arbeit

Die *Karlsruher Frauengruppe* hatte zu Beginn der 50er Jahre den Höhepunkt ihrer Mitgliederentwicklung und Aktivitäten überschritten. Eine Liste vom Januar 1949 weist 150 Mitglieder aus.⁵⁶ Das hatte mehrere Gründe. Seit der Währungsreform im Juni 1948 war eine gewisse Stagnation eingetreten, da sie die Gruppe in

eine schwierige Finanzlage brachte. So mussten die für den Juli 1948 geplanten Veranstaltungen ausfallen. Die Vorsitzende Kathinka Himmelheber appellierte an die Mitglieder, die dazu in der Lage waren, eine Beitragsnachzahlung zu leisten.⁵⁷ Die akute Geldknappheit scheint jedoch in jenen Monaten das geringere Problem gewesen zu sein. Im Oktober 1948 beklagte Himmelheber, dass die Mitgliederversammlungen zu wenig besucht würden und die Veranstaltungssäle zu oft leer blieben. Es gehe nicht länger, dass die ganze Arbeit auf den Schultern von einigen wenigen ruhe. *Wichtig ist [...], dass wir uns wieder einmal klar werden, was die eigentlichen Ziele der Frauengruppe sind. [...] Es geht doch um die Stellung der Frau in der Familie und im öffentlichen Leben und um ihre gleichberechtigte Mitarbeit! Es geht nicht gegen die Männer, [...] sondern nur um die Frauen. Es müssen für sie Vertreterinnen ihrer Rechte da sein, genau so, wie der Mann die seinen wahrnimmt.*⁵⁸ Als Ziele der Arbeit nannte sie, Frauen zu selbstständigem politischem Denken zu ermutigen, die Mitarbeit in Körperschaften des öffentlichen Lebens zu fördern sowie die Zusammenarbeit mit Frauenverbänden des In- und Auslandes zur *Förderung des Friedensgedankens* anzustreben. Himmelheber betonte, dass die *Karlsruher Frauengruppe* keine karitative Organisation sei. Die soziale Fürsorge solle den großen Wohlfahrtsverbänden überlassen bleiben. Im Sommer 1948, zum Zeitpunkt der Währungsreform, waren die schwersten Notzeiten der Nachkriegsjahre überwunden. Die Hoffnung, sich nun verstärkt dem politischen Ziel der Gleichberechtigung widmen zu können, wie sie im Rundschreiben Himmelhebers anklingt, und damit mehr Frauen zur Mitarbeit gewinnen zu können, erfüllte sich jedoch nicht. Kathinka Himmelheber schlug vor, in der Arbeit der Frauengruppe neue Wege zu beschreiten und verschiedene kleinere Stadtteilgruppen ins Leben zu rufen.⁵⁹ Ob dieses Vorhaben realisiert wurde, ist unklar. Insbesondere gelang es nicht, in größerem Umfang jüngere Frauen anzusprechen.

In einem Kommentar der Militärregierung zum Gründungsantrag der *Karlsruher Frauengruppe* 1946 hatte es bereits geheißen, dass die Gründerinnen in einem *reifen Alter*, wenn nicht *älter* seien.⁶⁰ In der Tat hatten die meisten von ihnen bereits das Alter von 50 Jahren überschritten. Edith Dietz erinnert sich, dass sie, 1921 geboren, die jüngste in diesem Kreis war. Die anderen Mitglieder waren größtenteils mehr als 20 Jahre älter.⁶¹ Ihr Vorhaben, die jüngeren, im Nationalsozialismus aufgewachsenen Frauen mit den Zielen der alten Frauenbewegung bekannt zu machen und sie für eine Fortsetzung dieser Tradition zu gewinnen, scheiterte. Dies mag auch an der etwas betulichen Sprache und einem ebensolchen Arbeitsstil der älteren Damen gelegen haben. Immer wieder wurde die Frau in jenen Jahren von den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Kräften als helfende, pflegende, bewahrende Gehilfin des Mannes angemahnt. Auch die in der Tradition der bürgerlichen Frauenbewegung Stehenden stimmten diesen Ton an. Elisabeth Großwendt schrieb z. B. im Juli 1946: *Die Aufgabe der Frau wird wohl darin liegen, zunächst ihren persönlichen Pflichtenkreis mit möglicher Vollkommenheit auszufüllen [...] wobei die Eigenart der Frau ihre besondere Betonung wiederbekommen sollte: Das Zugesendetsein zum anderen und dessen Not. Nicht die eigene Not anstarren, sondern versuchen, die größere Not zu lindern [...]*⁶¹ *Dieses Betonen der weiblichen Pflichten mag bei der jüngeren Frauengeneration auf wenig Begeisterung gestoßen sein. Nach entbehrensreicher Kriegs- und Nachkriegszeit, die an die Frauen tagtäglich hohe Anforderungen stellte, erscheint die Verpflichtung auf weitere Aufgaben als wenig verheißungsvolles Programm. Den Frauen, die ihre Jugend im Krieg verbringen mussten, dürfte viel eher der Sinn nach Zerstreung, Vergnügen und Tanz, weg vom alltäglichen Pflichtpensum, gestanden haben. Angesichts des „Männer Mangels“ mag bei den jüngeren Frauen auch eine gewisse Angst vorgeherrscht haben, durch ein Engagement in Frauenorganisationen die Gunst der*

*Männer zu verlieren. Und selbst die jungen Frauen, die sich gesellschaftlich engagierten, wie z. B. Gisela Walter in der katholischen Jugendarbeit (s. S. 162), empfanden eine Distanz zu den älteren Frauenbewegten und setzten sich mit Fragen der Frauenemanzipation – wenn überhaupt – erst sehr viel später auseinander.*⁶³

Vereint über die Schranken von Partei, Konfession und Beruf – Die Karlsruher Frauengruppe im politischen Spektrum der Stadt

Die *Karlsruher Frauengruppe* wollte, wie vergleichbare Organisationen in anderen Städten, ein *überparteilicher und überkonfessioneller Zusammenschluss* sein.⁶⁴ Dies hatte bereits der *Bund Deutscher Frauenvereine* (BDF) beansprucht, insofern war diese Konzeption keineswegs neu. Zu fragen wäre allerdings, ob es in der Nachkriegszeit gelang, die Spaltung der alten Frauenbewegung in ein bürgerliches und ein sozialistisches Lager zu überwinden und damit wirklich neue Wege zu gehen. In Karlsruhe kamen die Gründerinnen, wie bereits dargestellt, aus dem Lager der alten bürgerlichen Frauenbewegung. Wenn sie einer Partei angehörten, dann der liberalen, einige, wie z. B. Luise Anzlinger, auch der CDU. Anfangs nahm daneben die aus dem Schweizer Exil zurückgekehrte Lina Betz als Vertreterin der KPD an den Zusammenkünften teil. Sie wurde 1949 noch als Mitglied geführt, lebte zu diesem Zeitpunkt jedoch in Frauenalb.⁶⁵ Später beschloss die Kommunistische Partei, dass die 1947 ihrem Mann aus dem Schweizer Exil nach Karlsruhe gefolgte Edith Dietz in der überparteilichen Frauengruppe Mitglied werden sollte: *Einige Funktionäre und auch mein Mann fanden, dass ich den linken Flügel bei den sonst bürgerlichen Frauen vertreten könnte. Sie nahmen an, dass ich, da ich nicht aus dem Arbeitermilieu kam, bessere Voraussetzungen dazu hätte.*⁶⁶ Edith Dietz, die selbst nicht der KPD angehörte, fühlte sich in der *Karlsruher Frauengruppe*

sehr wohl und gewann dort, trotz des Altersunterschiedes, Freundinnen. Insbesondere zu Gertrud Holtzmann, Witwe des Gewerbearztes Dr. Friedrich Holtzmann, die 1949 in Karlsruhe Hauswirtschaftliche Lehrwerkstätten gründete, entwickelte sie ein enges Verhältnis.⁶⁷ Die Mitarbeit in der Frauengruppe war ihr weniger ein politisches als ein kommunikatives Anliegen.⁶⁸ Für sie war die Gruppe *ein eigentlich kleiner, sehr interessanter und sehr intellektueller Verein...., dessen Ausstrahlung auf die breite Masse im Grunde genommen nicht gelungen ist.*⁶⁹

Dietz' Charakterisierung dürfte sehr treffend sein. Einen Querschnitt der weiblichen Bevölkerung, wie die Militärregierung ihn der *Karlsruher Frauengruppe* bei deren Gründung attestiert hatte, repräsentierte diese nicht. Die Mitglieder kamen meist aus bürgerlichen Schichten, hatten für Frauen ihrer Generation eine überdurchschnittliche Bildung und viele – die Gründungsmitglieder alle – waren berufstätig.⁷⁰ Dies mag auch Sozialdemokratinnen den Zugang zur überparteilichen Frauengruppe erschwert haben, rekrutierten sich doch die weiblichen Mitglieder der SPD aus einem anderen sozialen Spektrum.

Der hauptsächliche Grund dafür, dass keine Sozialdemokratin Mitglied der *Karlsruher Frauengruppe* wurde, war jedoch politischer Natur. Man kannte sich zwar – schließlich hatten Kunigunde Fischer und Luise Riegger bereits vor 1933 gemeinsam in kommunalpolitischen Gremien gesessen – und arbeitete punktuell zusammen. So hielt Kunigunde Fischer z. B. im Oktober 1947 bei einer Veranstaltung der *Karlsruher Frauengruppe* einen Vortrag über *Die Frau in öffentlichen Ämtern.*⁷¹ Von einer eigenständigen, überparteilichen Organisation der Frauen hielt Fischer jedoch nichts. Sie machte den Mitgliedern der *Karlsruher Frauengruppe* deutlich, dass sich ihrer Auffassung nach die Frauen *innerhalb* der Parteien engagieren sollten.⁷² Damit verfolgte sie eine sozialdemokratische Frauenpolitik, die den Platz der Frauen stets an der Seite der Männer ihrer Klasse und nicht an der der Frauen ande-

rer Klassen gesehen hatte. Eine „Sonderorganisation“ von Frauen wurde grundsätzlich mit Skepsis betrachtet und als Konkurrenz gesehen.⁷³ Oft wurde sie als „unpolitisch“ diskreditiert. Bereits die erste Reichsfrauenarbeitsstagung der SPD am 5./6. November 1946 in Frankfurt lehnte eine Mitarbeit von Sozialdemokratinnen in *unpolitischen Frauenbünden, Frauenklubs und Hausfrauenverbänden* ab.⁷⁴ In Hessen waren jedoch SPD-Frauen durchaus als Gründungs- und Vorstandsmitglieder an den überparteilichen Frauenausschüssen, wie sie sich hier nannten, beteiligt. So war z. B. die Erste Vorsitzende des Frankfurter Frauenausschusses, die Journalistin Helli Knoll, Mitglied der SPD. Und mit Marie Bittdorf war eine Vertreterin der alten sozialistischen Frauenbewegung an der Konstituierung einer überparteilichen Frauenorganisation beteiligt.⁷⁵ Dies schlug sich auch programmatisch nieder. Der Frankfurter Frauenausschuss forderte gleiches Recht auf Arbeit und gleiche Löhne bei gleicher Arbeit sowie die Berufung von Frauen in alle Berufsvertretungen, auch in Gewerkschaften und Betriebsräte.⁷⁶ Solche eindeutigen Aussagen zur Frauenberufsarbeit fanden sich im Programm der Karlsruherinnen nicht, obwohl der Frankfurter Frauenausschuss, der sich als einer der ersten in den Westzonen bildete, auch hier eine gewisse Vorbildfunktion gehabt haben dürfte.

Die SPD in Karlsruhe nutzte die überparteiliche Frauengruppe als Forum zur Darstellung ihrer Politik. Kunigunde Fischer nahm z. B. als Kandidatin an der Veranstaltung der *Karlsruher Frauengruppe* zur Stadtratswahl am 12. November 1947 um 16.00 Uhr im *Zieglersaal* teil.⁷⁷ Letztendlich betrachtete die sozialdemokratische Partei die Frauengruppe jedoch als Konkurrenzorganisation. So veranstaltete die SPD selbst zur gleichen Zeit am 12. November um 16.00 Uhr eine *öffentliche Frauenversammlung* im *Elefantensaal.*⁷⁸

Wenn es der *Karlsruher Frauengruppe* auch nicht gelang, eine alle politischen Lager umfassende Frauenorganisation zu etablieren, bot sie doch in den ersten Nachkriegsjahren ein

Diskussionsforum für unterschiedlichste politische Richtungen. In ihrer Satzung hieß es: *Mit allen zugelassenen politischen Parteien, insbesondere ihren Frauengruppen, den Frauengruppen des ADGB und der konfessionellen Organisationen sowie etwaigen besonderen Frauenverbänden in Karlsruhe wird enge Zusammenarbeit angestrebt.*⁷⁹ Dieser Anspruch stand keineswegs nur auf dem Papier. Auch mit den Gewerkschaften bemühte man sich um Kontakte. Im März 1949 hielt z. B. Hilde Hust bei der Frauengruppe einen Vortrag *Was muss die Frau von der Gewerkschaft wissen und was hat sie darin zu tun?*⁸⁰ Die hauptsächlichen Beziehungsgeflechte über die Frauengruppe hinaus beschränkten sich jedoch weitgehend auf das bürgerliche Spektrum, wie den *Club berufstätiger Frauen*, den *Deutschen Akademikerinnenbund* oder die *GEDOK*. So wurde z. B. die Eheberatung der Frauengruppe 1951 gemeinsam mit dem *Club berufstätiger Frauen*, unter Beteiligung der *Inneren Mission*, der Stadtverwaltung und des Landkreises Karlsruhe, in eine *Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Vertrauensstelle für Verlobte und Eheleute* umgewandelt.⁸¹

Die *Karlsruher Frauengruppe* wollte, wie schon erwähnt, eine *Art Zwischenverwaltung [...] in die vorhandene männliche Regierung bilden*. Jedoch hatte sie niemals den Status einer Verwaltungsinstitution und auch keine Mitsprache- oder Mitwirkungsrechte. Darin unterschied sie sich von überparteilichen Frauenorganisationen in anderen Städten. Die Berliner Frauenausschüsse beispielsweise wurden angesichts fehlender funktionsfähiger kommunaler Verwaltungen eine Institution des Groß-Berliner Magistrats. Für eine Übergangszeit stellten diese Ausschüsse eine politische Bühne für Frauen, eine eigens strukturierte Öffentlichkeit dar, getragen von der ehrenamtlichen Arbeit der Frauen und organisiert von den kommunalen Behörden.⁸² In Karlsruhe, wo sich die politische Situation der ersten Nachkriegsjahre ganz anders als in Berlin darstellte, gab es kein vergleichbares Forum der Frauenpolitik.

Der *Karlsruher Frauengruppe* blieb alleine die Möglichkeit, auf dem Petitionsweg zu versuchen, Einfluss auf die Verwaltung zu nehmen. Kathinka Himmelheber bemerkte rückblickend: *In zahllosen Eingaben haben wir auf Missstände aufmerksam gemacht und Verbesserungsvorschläge eingereicht. Sehr bald wurden die Behörden auf uns aufmerksam, und ich muss betonen, dass sowohl die deutschen als auch die amerikanischen Stellen unsere Mitarbeit begrüßten und beachtetten.*⁸³ Was diese Eingaben tatsächlich bewirkten, lässt sich nicht mehr sagen. Nur in einem Fall ist eine Stellungnahme der Verwaltung zu einer Beschwerde der Frauengruppe über die unkorrekte Behandlung von Bürgerinnen und Missstände bei der Zuteilung von Dingen des täglichen Bedarfs bei der Bezirksstelle Weststadt überliefert. Das städtische Bezirksverwaltungsamt beschwerte sich beim Oberbürgermeister: *Als uns die Gründung dieser Frauengruppe durch die Zeitung bekannt wurde, dachten wir allerdings, dass sie sich eine andere Aufgabe stellen würde, als Beschwerden über Amtsstellen entgegenzunehmen.*⁸⁴ Dennoch hielt man die geübte Kritik in einigen Punkten für berechtigt, fühlte sich für die Behebung der Missstände jedoch nicht zuständig, sondern verwies auf das Wirtschaftsamt.

Die Möglichkeiten der *Karlsruher Frauengruppe*, auf Verwaltung und Politik direkten Einfluss zu nehmen, dürften äußerst begrenzt gewesen sein. Dennoch kann ihrer Arbeit als vorparlamentarischer, vorparteilicher Aktivität eine gewisse Bedeutung zugemessen werden. Sie diente Parteipolitikerinnen wie Luise Rieger oder Elisabeth Großwendt als Rückhalt. Jedoch gelang es ihr nicht, aus ihrem Mitgliederkreis eine Stadträtin zu stellen.

Regionale und überregionale Kontakte

In den Jahren 1945 bis 1947 entwickelten sich in vielen Städten überparteiliche Frauenorganisationen. Da die Besatzungsmächte zunächst die Bildung politischer und sonstiger Gruppierungen nur im kommunalen Bereich und keine

überregionalen Zusammenschlüsse zuließen, wiesen die Frauengruppen in den einzelnen Städten unterschiedliche Gründungsgeschichten, Programme und Arbeitsweisen auf. Im näheren Umkreis Karlsruhes bildete sich in der amerikanischen Besatzungszone 1946 eine überparteiliche Frauengruppe in Heidelberg, 1947 in Mannheim, Mosbach und in Sinsheim sowie in der französischen Besatzungszone 1947 in Baden-Baden, Freiburg und Überlingen.⁸⁵

Im nordbadischen Raum nahm der *Heidelberger Frauenverein*, der als erster bereits im Juli 1946 gegründet wurde, eine besondere Rolle ein. Bei der Gründungsveranstaltung am 25. Juli in der Aula der Alten Universität hielten Marie Baum und Marianne Weber Vorträge.⁸⁶ Mit diesen beiden bereits im Kaiserreich der bürgerlichen Frauenbewegung Zugehörigen⁸⁷ war eine Kontinuität zur alten Heidelberger und überregionalen Frauenbewegung hergestellt, die sich auch in Zielen und Aktivitäten des neuen Vereins widerspiegelte.⁸⁸ Inwiefern es den Heidelbergerinnen, im Gegensatz zur Karlsruher Gruppe, jedoch tatsächlich gelungen war, [...] die Spaltung der Alten Frauenbewegung in bürgerliche und proletarische, in evangelische, katholische und jüdische, in liberale und konservative Vereine zu durchbrechen [...],⁸⁹ wäre genauer zu hinterfragen. Zwar wurde die Gründung des Vereins entscheidend von der Kommunistin Maria Weiterer mitgeprägt, Sozialdemokratinnen spielten jedoch offensichtlich auch hier keine Rolle.⁹⁰ Der *Heidelberger Frauenverein* konnte innerhalb kurzer Zeit beachtliche Erfolge erzielen. So gelang es 1947 auf Anhieb, vier Frauen in den Stadtrat zu entsenden. Trotz des Anknüpfens an Traditionen der Alten Frauenbewegung, beschritt der Verein auch neue Wege, die vor allem von einer jüngeren Generation von politisch aktiven und akademisch gebildeten Frauen getragen wurde.⁹¹ Zu ihnen gehörte die promovierte Juristin Erdmuthé Falkenberg, die zur ersten Vorsitzenden gewählt wurde.

Unter den nordbadischen Frauengruppen entwickelten sich im Lauf der Zeit Kontakte. Kathinka Himmelheber schilderte rückblick-

end: *Allmählich kamen wir aus der Isoliertheit der ersten Nachkriegszeit heraus. Es drangen Nachrichten zu uns, dass auch anderwärts sich Frauengruppen gebildet hatten. [...] Bald bekamen wir Fühlung mit der Heidelberger Gruppe, die unter dem Vorsitz von Frau Dr. Falkenberg [...] sehr tatkräftig arbeitete.*⁹² Bei einem Treffen im April 1947 in Heidelberg wurde schließlich beschlossen, die in Nordbaden bestehenden Gruppen zu einem Landesverband zusammenzuschließen. Erste Vorsitzende der nordbadischen überparteilichen Frauenverbände wurde ebenfalls Erdmuthé Falkenberg, die 1948 bei der *Karlsruher Frauengruppe* über *Aktuelle Rechtsfragen für Frauen* referierte.⁹³

In Südbaden schlossen sich die Frauengruppen im Herbst 1947 unter dem Vorsitz von Freda Wuesthoff zu einem Landesverband zusammen. Geprägt durch die Patentanwältin und Atomphysikerin, stand insbesondere die Arbeit der Gruppe in Baden-Baden zunächst unter dem zentralen Thema der Friedenssicherung.⁹⁴ Eine Zusammenarbeit der nord- und südbadischen Gruppen wurde zunächst durch die unterschiedlichen Besatzungszonen erschwert. 1952 erfolgte dann unter dem Dach des *Deutschen Frauenrings* die Zusammenlegung und Gründung eines Landesverbandes für den gesamten badischen Landesteil.

Schwieriger als die Verbindungen in das französisch besetzte Südbaden scheinen sich die Kontakte in das ebenfalls amerikanisch besetzte Nordwürttemberg gestalten zu haben, das die Amerikaner im September 1945 mit Nordbaden zum Land Württemberg-Baden zusammengefügt hatten. Der *Stuttgarter Frauen dienst* war in seiner Arbeit, Programmatik und personellen Zusammensetzung vergleichbar mit der *Karlsruher Frauengruppe*.⁹⁵ Auf seine Initiative ging ein Treffen von *Frauen mehrerer Städte Baden-Württembergs*⁹⁶ am 19. Juli 1947 zurück. Die *Welt der Frau* berichtete jedoch über eine Zusammenkunft von *Frauen mehrerer Städte Württembergs, die in überparteilichen Frauenorganisationen arbeiten*.⁹⁷ Kontakte mit nordbadischen Gruppen lassen

sich nicht nachweisen. Zwischen Badenerinnen und Schwäbinnen der bürgerlichen Frauenbewegung existierten offensichtlich keine historisch gewachsenen Netze.

Bald entstanden jedoch überregionale Kontakte. Bereits beim Heidelberger Treffen im April 1947 wurde der erste große Frauenkongress der Nachkriegszeit besprochen, der vom 20. bis 23. Mai 1947 in Bad Boll stattfinden sollte. Hier trafen Frauen aller vier Besatzungszonen – auch der sowjetischen – zu einer Frauenkonferenz zusammen.⁹⁸ Es lässt sich nicht mehr feststellen, wer aus Karlsruhe nach Bad Boll fuhr, sicher ist nur, dass die Vorsitzende Kathinka Himmelheber teilnahm. Sie äußerte sich beeindruckt von der Begegnung mit den bekannten Frauen aus der alten Frauenbewegung, wie Agnes von Zahn-Harnack, Marie-Elisabeth Lüders, Dorothee von Velsen, Helene Weber und Kathinka von Kardorff. Einen besonders nachhaltigen Eindruck hinterließ bei ihr jedoch die der jüngeren Generation angehörende Freda Wuesthoff mit einem Vortrag über die Atombombe und deren Auswirkungen.

Im Juni 1947 nahm Himmelheber dann am Gründungskongress des Frauenrings der britisch besetzten Zone in Bad Pyrmont teil. In ihrer 1951 verfassten Schilderung dieser Tagung zeichnete sie ein Bild der Harmonie. Die auch von anderen Teilnehmerinnen mit Begeisterung geschilderten Vorträge, das kulturelle Programm und der glänzende äußere Rahmen zeichneten jedoch nur einen Teil der Realität. Daneben war die Tagung auch von massiven Differenzen geprägt. Die Konstituierung des Frauenrings wurde trotz fehlender Aussprache und spürbarer Uneinigkeiten der schon bestehenden Landesverbände vorangetrieben.⁹⁹ *Der Spiegel* berichtete: *Denjenigen Frauenausschüssen, die mit den überparteilichen Clubs von Frau Bähnisch (Theanolte Bähnisch, SPD-Mitglied und Regierungspräsidentin in Hannover, wurde Vorsitzende des Frauenrings der britischen, später der gesamten westlichen Besatzungszonen) nicht übereinstimmen, verwehrte sie die Mitarbeit an der Zonenorganisation.*¹⁰⁰

Im rückblickenden Bericht Himmelhebers war davon nicht die Rede. Sie zog folgendes Resümee: *Angeregt von der Fülle der Aufgaben [...], beeindruckt von der Zusammenarbeit aller Frauen, sowohl der konfessionellen, als der politischen, sowie von dem guten Einvernehmen mit den Frauen der Gewerkschaft ging man mit dem Wunsch nach Hause, für die amerikanische Zone, wenn möglich für die französische, eine ebensolche Organisation zu schaffen.*¹⁰¹ Zu den Frauenorganisationen der sowjetischen Besatzungszone ging man, spätestens seit der Gründung des *Demokratischen Frauenbundes* (DFD) (s. S. 170) im März 1947, zunehmend auf Distanz. Die eilige Gründung des Frauenrings in der britischen Zone dürfte als eine Reaktion auf die Etablierung des DFD zu sehen sein. Bei einem weiteren interzonalen Kongress der Frauenverbände vom 22. bis 24. Mai 1948 in Frankfurt waren keine Vertreterinnen der sowjetischen Zone mehr anwesend. Sie waren ferngeblieben, weil sie als Rednerinnen nicht zugelassen werden sollten.¹⁰²

Die Frauenverbände der vier Länder der amerikanischen Besatzungszone hatten sich am 6. März 1948 zu *einer Arbeitsgemeinschaft der überparteilichen und überkonfessionellen Frauenverbände der US-Zone* zusammengeschlossen und bildeten gleichzeitig mit dem Frauenring der britischen Zone eine bizonale Arbeitsgemeinschaft.¹⁰³ Die Zusammenarbeit der einzelnen Gruppen wurde lose gehandhabt, die Arbeitsgemeinschaft trat als Dachorganisation nicht in Verhandlungen mit Behörden, sondern überließ dies weiterhin den einzelnen Mitgliedsorganisationen. Zur Bewältigung der inhaltlichen Arbeit wurden verschiedene Unterausschüsse gebildet, in denen auch Mitglieder der *Karlsruher Frauengruppe* saßen. Im Ausschuss für Staatsbürgerliche Erziehung arbeitete die Juristin Dr. Erika Libal mit und im Ausschuss für Jugendprobleme Dr. Ingeborg Hohlfeld, die später nach Freiburg zog und ab 1961 den Vorsitz des *Deutschen Frauenrings*, Landesverband Baden, innehatte. Kathinka Himmelheber wurde Mitglied des unter der Leitung von Dorothee von Velsen arbeitenden

Ausschusses für Völkerfrieden. Den Ausschuss *Recht und Verfassung* leitete die Heidelbergerin Erdmuthe Falkenberg, lediglich im Ausschuss *Volkswirtschaft, Hauswirtschaft* war keine Nordbadenerin vertreten.¹⁰⁴

Der Anschluss an den Deutschen Frauenring

Die seit 1945 gegründeten überparteilichen Frauenorganisationen der drei Westzonen schlossen sich bei einem Gründungskongress am 7.–10. Oktober 1949 in Bad Pyrmont im *Deutschen Frauenring* (DFR) zusammen. Die erste Vorsitzende Theanolte Bähnisch erklärte Ziel sei es, die seelischen und geistigen Kräfte der Frau zu wecken und sie [...] *für die Gesundheit des Volkes und zum Wohle der Allgemeinheit ... einzusetzen. Wir wollen nicht zum „Machtfaktor“ des öffentlichen Lebens werden, sondern zu einem „ordnenden Faktor“.*¹⁰⁵ Bähnisch skizzierte hiermit ein Konzept der alten bürgerlichen Frauenbewegung. Zur Legitimation ihres Anspruchs auf weibliche Mitwirkung zitierte sie Helene Lange: *Das Fehlen der Frau im Staat und im öffentlichen Leben hat sich wie Mutterlosigkeit in der Familie ausgewirkt.* Zu fragen ist allerdings, ob Frauen wie Theanolte Bähnisch, die als Regierungspräsidentin immerhin eine hohe Position innerhalb der staatlichen Administration innehatte, tatsächlich so wenig Machtbewusstsein entwickelten, oder ob es sich hier nicht vielmehr um rhetorische Beschwichtigungsformeln handelte.

Der DFR verstand sich als Nachfolgeorganisation des *Bundes Deutscher Frauenvereine* (BDF). Doch unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen nach 1945 hatte die Idee von einer Umgestaltung der Gesellschaft durch eine Höherbewertung *weiblicher Eigenschaften*, wie sie die Alte Frauenbewegung vertreten hatte, ihre politische Sprengkraft verloren. Die Postulate der alten Frauenbewegung gerieten zu Leerformeln. Auch war die Organisationsstruktur des DFR eine andere als die des BDF. Während sich der BDF aus den einzelnen Frauenverbänden konstituierte, wurde der

DFR lediglich aus den Orts- und Ländervereinigungen der überparteilichen Frauenorganisationen gebildet, mit anderen Frauenverbänden arbeitete er nur korporativ zusammen.¹⁰⁶ Der Anspruch des Frauenrings, Nachfolgerin des BDF zu sein, scheint daher nicht ganz angemessen.

Der Gründung des DFR war am 1. September d. J. eine Besprechung in Stuttgart vorangegangen, an der aus Karlsruhe Kathinka Himmelheber teilgenommen hatte. Himmelheber bezeichnete die Vorbesprechung als *fast hitzig*, ohne jedoch auf Inhalte der Gespräche und den Anlass möglicher Kontroversen einzugehen.¹⁰⁷

Die in Stuttgart vorbereitete Satzung wurde schließlich mit einigen Änderungen angenommen. Der DFR gab sich eine relativ straffe Organisationsstruktur, gegliedert in Ortsringe, Landesverbände und den Bundesvorstand. Die inhaltliche Arbeit wurde im Wesentlichen von neun Arbeitsausschüssen getragen: dem Ausschuss für die staatsbürgerliche Mitarbeit der Frau, für Rechtsfragen, für Volks- und Heimwirtschaft, einem Wohnungs- und Siedlungsausschuss, Kultur- sowie Sozialausschuss, einem Ausschuss für Frauenberufsfragen, für gesamtdeutsche Fragen sowie einem Friedensausschuss.

Eine wichtige Rolle kam dem Ausschuss für Rechtsfragen zu, dessen Vorsitz später die Karlsruher Bundesverfassungsrichterin Erna Scheffler innehatte. Die im Grundgesetz durchgesetzte Gleichberechtigung der Frau erforderte die Änderung einer großen Zahl von Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches und sollte bis 1952 abgeschlossen sein. Doch die erforderliche Neugestaltung des Ehe-, Familien- und Güterrechts musste gegen die erbitterten Widerstände der im Bundestag vertretenen Emanzipationsgegner durchgeföhrt werden und sollte erst in den 70er Jahren abgeschlossen sein.

Obwohl die rechtliche Umsetzung der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung noch lange nicht vollzogen war, verlor der DFR an politischer Eindeutigkeit und Schärfe. 1954 bedurfte es schon der Ermunterung, sich



47 Sitzung des Bundesverfassungsgerichts am 9. Dezember 1952, links Dr. Erna Scheffler.

nicht zu scheuen, das Bemühen der Frauen, die Dinge in ihren Zusammenhängen zu erkennen und klarzulegen und zu konstruktiven Vorschlägen zu kommen, „Frauenbewegung“ zu nennen.¹⁰⁸ Der DFR erklärte die staatsbürgerliche Bildung der Frauen zu seinem wichtigsten Verbandszweck und machte damit ein angebliches weibliches Defizit zum Ausgangspunkt seiner Arbeit. Veranstaltungsreihen, Seminare und Verbandstagungen des DFR wurden von bekannten Frauen getragen, doch Stil und Form der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit – angesiedelt zwischen *belehrendem Seminar und Kaffeekränzchen* – haben spätestens seit Mitte der 60er Jahre nur noch wenige zum Mitmachen bewegt.¹⁰⁹

Die *Karlsruher Frauengruppe* wurde im Adressbuch der Stadt Karlsruhe erst ab 1955 als *überparteiliche Gruppe des Deutschen Frauenrings* geführt. 1951 hatte Luise Riegger die über die Haltung des Frauenrings zur Wiederbewaffnung offensichtlich enttäuschte Kathinka Himmelheber als Erste Vorsitzende abgelöst.¹¹⁰ Obwohl mit Luise Riegger eine der Protagonistinnen der lokalen Frauenbewegung den Vorsitz übernahm, erfuhr die Arbeit der Karlsruher Gruppe eine zunehmende Entpoliti-

sierung. Die Erörterung wichtiger Inhalte fand immer weniger in den lokalen Gruppen statt, sondern wurde an die entsprechenden Ausschüsse auf Bundesebene verwiesen. So schaltete sich z. B. die Karlsruher Gruppe, soweit sich dies aufgrund der vorliegenden Materialien sagen lässt,¹¹¹ nicht öffentlich in die Diskussionen um die Umsetzung der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung ein. Veranstaltet wurden dagegen zunehmend Vorträge zu Themen wie *Frau und Einzelhandel – Gesundheit durch den Kochtopf der Frau*.¹¹² Zu sehen ist dies wohl auch vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands, in deren scharfer Abgrenzung gegen die Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR. Wesentlicher Bestandteil der staatsbürgerlichen Ausrichtung des DFR wurde die Aufklärung über den Kommunismus und man packte nun *Zonenpakete*. Wer dächte noch an Erdmuthé Falkenberg und ihren vehementen Anspruch auf politische Partizipation der Frauen (s. S. 45), wenn wir in der DFR-Festschrift über den Ortsring Heidelberg lesen: *Die Schwerpunkte [...] liegen seit Jahren in drei sozialen Einrichtungen: Die gemeinnützige Verkaufshilfe,*

die Aufgabenüberwachung, der Altenclub.¹¹³ Vorträge aus den Bereichen Kunst, Kultur, Geschichte und Politik, Literaturkreise, Sprachkurse, Museumsbesuche, Spielrunden, Patientenbetreuungsdienste, Angebote für Frauen ab 35 und insbesondere Initiativen für alte Menschen bilden heute die wesentlichen Tätigkeitsbereiche der 13 Ortsringe des DFR in Baden.¹¹⁴ Luise Riegger initiierte z. B. in Karlsruhe die Aktion *Alt, aber nicht einsam*. Dies alles sind notwendige und wertvolle gesellschaftliche Aktivitäten, die sich jedoch von den Gründungsideen der überparteilichen Frauengruppen nach dem Kriegsende weit entfernt haben. Eine Verknüpfung der gesellschaftlichen Arbeit an der Basis mit dem Anspruch nach Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen findet nicht mehr statt. Dazu zählt auch, dass die Bemühungen der Gründerinnen, anknüpfend an die Tradition der alten Frauenbewegung, eine neue zu schaffen, in Vergessenheit gerieten. In der Festschrift zum 40-jährigen Jubiläum des Landesverbandes Baden des DFR heißt es: *Der Ortsring Karlsruhe des Deutschen Frauenrings wurde 1946 als „Überparteiliche und überkonfessionelle Frauengruppe“ von der in unserer Stadt bekannten späteren Stadträtin Luise Riegger und von Franzl Bischoff gegründet. Inspiriert dazu wurden sie durch Auseinandersetzungen der Stadt mit der Besatzungsmacht wegen Freigabe von beschlagnahmten Wohnungen, bessere Versorgung mit Lebensmittelkarten etc.*¹¹⁵ Abgesehen davon, dass Franzl Bischoff zwar Mitglied der Frauengruppe war, in den Quellen jedoch nie als Gründerin auftaucht, wird hier der wahre Anlass für die Gründung des *Karlsruher Frauengruppe* gänzlich negiert. Da ist keine Rede mehr davon, in wel-

cher Tradition die Frauen um Luise Riegger standen und welche Ziele sie verfolgten. Das Bemühen um genügend Wohnraum und eine verbesserte Lebensmittelversorgung folgte den Erfordernissen der ersten Nachkriegsjahre, war aber niemals Zweck der Frauengruppe. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stand zunächst das Bemühen um eine Mitarbeit von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Irgendwie ist uns die Zeit davon gelaufen. Wir sind alle älter und alt geworden, und uns, der Mutter- und Großmutter-Generation, ist es nicht geglückt, die Töchter und Enkelkinder für unseren Verband, den Deutschen Frauenring, zu gewinnen, bilanzierte die Ehrenvorsitzende des Karlsruher Ortsringes des DFR, Waltraud Kesenheimer, im Dezember 1997.¹¹⁶ Eine Feierstunde zum 50. Jahrestag der Gründung des Frauenrings in der britischen Besatzungszone nahmen die Karlsruherinnen zum Anlass, offiziell die Auflösung ihres Ortsringes zu erklären. Waltraud Kesenheimer, die 1972 die Leitung des Karlsruher Frauenrings übernommen hatte, stellte in ihrer Abschiedsrede eine Traditionslinie zur alten Frauenbewegung her. *Entscheidend scheint mir, dass das wichtigste Ziel der klassischen Frauenbewegung unserer Mütter und Großmütter mit dem Art. 3, Abs. 2 in unserem Grundgesetz erreicht ist: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Wenigstens auf dem Papier und formaljuristisch.* Kesenheimer verknüpfte diese Feststellung mit einem Appell an die junge Frauengeneration, die wichtigen politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Weichenstellungen nicht alleine den Männern zu überlassen und sich über Parteien und Konfessionen hinweg mit *Sachverstand und zäher Energie* einzubringen.

EINE NEUE (ALTE) FRAUENBEWEGUNG? – KARLSRUHER FRAUENVERBÄNDE NACH 1945

Die Gründung der *Karlsruher Frauengruppe* 1946 war der Versuch gewesen, eine neue, überparteiliche und überkonfessionelle Frauenbewegung zu schaffen. Doch wurden in den Jahren nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges eine Reihe weiterer Frauenorganisationen unterschiedlichster Zielsetzungen (wieder-)gegründet, die teilweise ihre Wurzeln in der Zeit vor 1933 hatten und bis heute existieren. Eine 1950 im Auftrag der Amerikaner gefertigte Liste der Frauenorganisationen in Karlsruhe verzeichnete 16 Frauengruppen sowie die Frauenorganisationen der Parteien

CDU und SPD, die DVP/FDP hatte zu diesem Zeitpunkt keine eigenständige Frauengruppe. Der *Demokratische Frauenbund Deutschlands* (DFD) fehlt auf dieser Liste. Möglicherweise war er zum Zeitpunkt, als das Verzeichnis angefertigt wurde, in Karlsruhe noch nicht gegründet, denkbar ist aber auch, dass er im Zeichen des Kalten Krieges von amerikanischer Seite einfach ignoriert, bzw. für nicht erwähnenswert erachtet wurde. Einige der genannten Frauengruppen bestehen heute nicht mehr, andere haben offensichtlich kein sehr aktives Verbandsleben entwickelt.

Frauenorganisationen in Karlsruhe 1950¹

Organisation	Vorsitzende
1. Bund der Deutschen Akademikerinnen	Luise Pander, Weltzienstr. 11
2. CDU Frauengruppe	Anna Walch, Adlerstr. 50
3. Deutsch-Amerikanischer Frauenclub	Frau Jungblut, Bunsenstr. 18
4. Deutscher Lyceums Club	Frau Baronin Ochs, Moltkestr.
5. DVP – Frauen	Luise Riegger (Kontaktadresse, keine eigenständige Partei-Frauenorganisation)
6. Frauenbund der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen	Frieda Wagner, Kaiserallee 21
7. GEDOK	Frl. Proumen, Stephanienstr.
8. IDAD Frauenorganisation	Frau Tietz (über Landgerichtsrat Tietz)
9. Karlsruher Hausfrauenverband	Gertrud Holtzmann, Bahnhofstr. 12
10. Landfrauenverein Kreis Karlsruhe	Martha Bodemer, Augustenberg, Durlach
11. SPD-Frauengruppe	Kunigunde Fischer
12. Überparteiliche Frauengruppe	Lotte Böhne, Feldbergstraße
13. Verband Freier Schwestern	Erika von Babo, Neckarstraße
14. Katholischer Frauenbund e. V.	Dr. Toni Schwank, Perlstraße
15. Frauenwerk der evangelischen Kirche	Dr. Gillet, Klosestr. 9
16. Evangelischer Frauenbund	Frau Gaber
17. American Women's Club	Carrol E. Walker, Durlach, Burgwallstraße
18. Frauengruppe Hardeck-Siedlung	Maria Förderer, Siedlerstraße
19. Deutscher Berufsverband der Sozialarbeiterinnen/Verband der Fürsorgerinnen	Margarete Webel, Marstallstr. 26

Im Folgenden sollen nun einige der bis heute bestehenden Verbände dargestellt werden. Dabei kann kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden. Da Verbandsunterlagen in der Regel nicht in öffentlichen Archiven aufbewahrt werden, kann an dieser Stelle über die Arbeit der jeweiligen Frauenorganisationen nur in soweit berichtet werden, wie die Verbände oder einzelne aktive Frauen selbst Auskunft gaben und Materialien zugänglich machten.² Es handelt sich dabei um die bis heute bestehenden Verbände, die sich vor allem des Themas „Frauen und Arbeit“ annahmen, den *Deutschen Akademikerinnenbund* (DAB), den *Verband berufstätiger Frauen* und den *Karlsruher Hausfrauen-Verband e. V.* Mit der GEDOK wird die Geschichte einer traditionsreichen Vereinigung von Künstlerinnen und Kunstfreundinnen dargestellt. Die konfessionellen Frauenverbände, der *Deutsche Evangelische Frauenbund Karlsruhe* sowie der *Katholische Deutsche Frauenbund*, können nur eine kurze Darstellung finden, da wenig Material über ihre Arbeit vorlag. Insbesondere für den Zweigverein Karlsruhe des Katholischen Frauenbundes waren keine Unterlagen zugänglich. Hier konnte nur auf einige Auskünfte von Zeitzeuginnen über die Arbeit des Durlacher Zweigvereins zurückgegriffen werden. Auch über das Wirken des *Jüdischen Frauenvereins* konnte lediglich der mündlich Bericht einer Zeitzeugin Aufschluss geben. Schließlich wird, soweit dies noch möglich war, die Geschichte des *Demokratischen Frauenbunds Deutschlands* (DFD) rekonstruiert, einer Organisation aus dem linken politischen Spektrum, die 1957 verboten wurde und fast in Vergessenheit geraten ist. Unter fast allen Frauenverbänden gab es Kontakte, Verbindungen und personelle Verknüpfungen, die schließlich 1952 in der Gründung der *Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenorganisationen* (AKF) münden sollten.

[...] *eine kraftvolle und sachkundige Vertretung der kulturellen, rechtlichen und sozialen Interessen der Frau*
Der Deutsche Akademikerinnenbund (DAB)

Im Dezember 1949 meldeten die *Badischen Neuesten Nachrichten* (BNN) die Gründung des *Deutschen Akademikerinnenbundes* in Karlsruhe. Als Ziele wurden die Förderung von Studentinnen sowie ein Interessenaustausch der Angehörigen verschiedener Berufe genannt.³ Stattgefunden hatte die Gründungsversammlung am 14. Dezember an einem für Akademikerinnen bedeutsamen Ort, in der Fichteschule, in deren Gebäude 1893 das erste deutsche Mädchengymnasium eröffnet worden war.⁴ An der auf Initiative der Studienassessorin a. D. Luise Pander einberufenen Versammlung nahmen 20 Frauen teil, unter ihnen einige, die bereits vor 1933 aktiv gewesen waren und auch in anderen Frauenorganisationen mitarbeiteten: Dr. Charlotte Anders hatte bereits vor 1933 dem Deutschen Akademikerinnenbund (DAB) angehört und 1946 die *Karlsruher Frauengruppe* mitgegründet (s. S. 121 ff.), Dr. Ingeborg Hohlfeld, ebenfalls Mitglied der *Karlsruher Frauengruppe*, sollte 1961 schließlich den Vorsitz des badischen Landesverbandes des *Deutschen Frauenrings* (s. S. 131) übernehmen. Dr. Maria Roth war bis 1933 Mitglied des DAB gewesen, und Dr. Gertrud Carl hatte bis 1934 den Vorsitz des Karlsruher DAB geführt. Zur Vorsitzenden des neu gegründeten Akademikerinnenverbandes wurde Luise Pander gewählt. Um weitere Mitglieder zu gewinnen, sollten rund 140 Akademikerinnen in Karlsruhe angesprochen werden, die man auf einer Liste erfasst, jedoch noch nicht zur Gründungsversammlung eingeladen hatte. Geplant waren monatliche Zusammenkünfte, bei denen die Mitglieder jeweils über ihre Arbeitsgebiete referieren sollten. Für den ersten Vortrag wollte man eine Juristin gewinnen, um über die *kommende Rechtsreform im Hinblick auf die Gleichstellung von Männern und Frauen* zu informieren.

Der DAB war kein nach dem Zweiten Weltkrieg völlig neu entstehender Verband, vielmehr konnte er auf eine kurze Geschichte in der Weimarer Republik und zu Beginn des Nationalsozialismus zurückblicken. Bereits 1919 waren erste Planungen zur Gründung eines Verbandes aller Akademikerinnen angestellt worden. Ein *Mangel an Solidarität und an Zusammenhang unter den Akademikerinnen*, wie ihn Gertrud Bäumer 1922 konstatierte, verhinderte zunächst jedoch einen Zusammenschluss.⁵ Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Bedingungen, die sich auch auf die Situation in akademischen Berufen auswirkten, wurde es einerseits notwendig, eine berufspolitische Interessenvertretung zu schaffen, andererseits sollte der Einfluss der wissenschaftlich gebildeten Frauen auf die Gesellschaft gewährleistet werden.

Eine solche Zielsetzung erforderte eine interdisziplinäre Zusammenarbeit aller Akademikerinnen. Anfang 1925 gelang es schließlich, die einzelnen, bereits bestehenden Akademikerinnenverbände von der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Einzelvereine in einem Reichsverband zu überzeugen. Am 11. Mai 1926 wurde schließlich in Berlin der *Deutsche Akademikerinnenbund* gegründet, mit dem Zweck: *Die deutschen Akademikerinnen zur Sicherung des Einflusses und der Geltung der akademisch gebildeten Frauen im deutschen Kulturleben, zur geistigen und wirtschaftlichen Förderung und zur Vertretung ihrer beruflichen Interessen zusammenzuschließen.*⁶ Zur Ersten Vorsitzenden wurde Dr. Agnes Zahn-Harnack gewählt. Mitglied des Verbandes konnten sowohl interfakultative Akademikerinnenvereinigungen als auch einzelne Akademikerinnen werden. Studentinnen erhielten den Status *aufßerordentlicher Mitglieder*. Der DAB organisierte nun insgesamt rund 4.000 Akademikerinnen. 1928 hatte er 16 Ortsgruppen in Universitäts- und anderen großen Städten, eine davon in Karlsruhe. Die Karlsruher Gruppe entfaltete erste Aktivitäten im Jahr 1927. Von Anfang an wurde die Arbeit von Akademikerinnen getragen, die teilweise

wichtige Stellen im Karlsruher Kultur- und Wirtschaftsleben bekleideten.⁷

Die Oberstudienrätin Dr. Maria Roth war am Fichte- und Bismarck-Gymnasium tätig und übernahm in den Jahren nach 1945 im Rahmen des Studium generale der Technischen Hochschule Lehraufträge in Englisch sowie in amerikanischer Geschichte und Literatur. Maria Roth war eine sehr reiselustige Dame. Sie besuchte in den 20er und 30er Jahren mehrere Wochen England, reiste nach Ägypten, Palästina, Syrien und Nordamerika.⁸ Bereits in den 20er Jahren – wie auch nach der Wiedergründung 1949 – trug sie durch Vorträge über ihre zahlreichen längeren Auslandsaufenthalte zur Programmgestaltung des Karlsruher DAB bei. Dr. Charlotte Anders, die Anfang der 20er Jahre bei der Karlsruher Landesanstalt für Arbeitsvermittlung eine Berufsberatungsstelle für weibliche Arbeitskräfte aufgebaut hatte, referierte 1927 aus ihrem Arbeitsgebiet. Dr. Lilly Fischl, die die Karlsruher Malerinnenschule besucht, in Frankfurt Kunstgeschichte studiert hatte und vor 1933 kommissarische Leiterin der Karlsruher Kunsthalle wurde, führte die Akademikerinnen wiederholt durch Kunstausstellungen.⁹ Mit Dr. Gerda Kircher hielt eine weitere in der Kunsthalle beschäftigte Kunsthistorikerin Vorträge beim DAB.¹⁰

Die Tätigkeit der Karlsruher Akademikerinnengruppe beschränkte sich vor 1933 im Wesentlichen darauf, die Arbeitsgebiete ihrer Mitglieder darzustellen. Interessenpolitik im Sinne eines Berufsverbandes wurde kaum betrieben und beschränkte sich hauptsächlich auf die vom Vorstand in Berlin verbreiteten Informationen und Mitteilungen. So wurde z. B. in einem Informationsblatt über *Vortragshonorare für Akademikerinnen* darauf hingewiesen, dass das Honorar für einen Vortrag mindestens 100,- Mark sowie die Erstattung von Spesen betragen sollte.¹¹

Eine Zusammenarbeit des DAB mit anderen Karlsruher Frauenverbänden vor 1933 belegen Briefe und Einladungen. Im März 1933 unterzeichnete der DAB z. B. gemeinsam mit der Karlsruher Ortsgruppe des *Badischen Verban-*

des für Frauenbestrebungen, dem Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten, dem Verein badischer Lehrerinnen, dem Karlsruher Verband der Reichspost- und Telegrafenebeamten, dem Deutschen Verband für Sozialbeamtinnen, der Berufsorganisation der Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen und Jugendleiterinnen, der Landesgruppe Baden des Reichsverbandes der Säuglings- und Kleinkinderschwesterinnen und Pflegerinnen, dem Karlsruher Hausfrauenbund sowie dem Badischen Frauenverein vom Roten Kreuz eine Eingabe an Oberbürgermeister Dr. Julius Finter. Die Karlsruher Frauenverbände baten, dass den in einigen Abteilungen der Karlsruher Volksschulen eingeführte Französisch-Unterricht auf die übrigen Schul-Abteilungen auszudehnen. Dieses Anliegen entsprach auch dem Bildungsanspruch und der internationalen Ausrichtung des DAB, der als Mitglied der *International Federation of University Women* (IFUW) Kontakte zu ausländischen Kolleginnen pflegte und an internationalen Akademikerinnen-Tagungen teilnahm. Die internationale Arbeit des Verbandes wurde nach der nationalsozialistischen Machtübernahme stark beeinträchtigt. Im Frühjahr 1933 erfolgte zunächst durch Gertrud Scholtz-Klink, zu diesem Zeitpunkt Beauftragte der Badischen Regierung, die Auflösung des *Badischen Verbandes für Frauenbestrebungen*.¹² Nicht alle Verbände der bürgerlichen Frauenbewegung wurden jedoch aufgelöst oder lösten sich selbst auf. Der DAB vollzog in Teilen bis 1934 eine *Gleichschaltung* mit. Auf dieses bis heute wenig aufgearbeitete Kapitel der Geschichte der deutschen Frauenbewegung wird an anderer Stelle ausführlicher eingegangen (s. S. 56). Die Karlsruher Gruppe des Akademikerinnenbundes stellte, soweit sich dies nach den vorliegenden Quellen sagen lässt, 1934 ihre Arbeit ein.

Die Wiedergründung des DAB nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes erfolgte erst nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, als die härtesten Notzeiten überwunden waren und eine wirtschaftliche Stabilisierung eintrat. Am 21. Juni 1949 fand die of-

fizielle Gründungsversammlung des Akademikerinnenbundes in Berlin statt.¹³ Mit den Vorbereitungen zum Wiederaufbau der Akademikerinnenorganisation war in den einzelnen westlichen Besatzungszonen bereits früher begonnen worden. Im Dezember 1948 richteten Dorothee von Velsen und Elisabeth Serelmann-Küchler, in Zusammenarbeit mit dem in München angesiedelten *Verein für Fraueninteressen und Frauenarbeit e. V.*, einen Aufruf an einzelne Akademikerinnen, die Bemühungen um eine Wiedergründung des DAB in der amerikanischen Besatzungszone zu unterstützen. Dieses Schreiben kam auch in Karlsruhe an.¹⁴ Ende Juli 1949 verschickte E. Beckmann aus Hamburg ein Rundschreiben des DAB an Akademikerinnen anderer Städte, mit der Bitte, sich dem DAB anzuschließen. Dort hieß es, das Ziel sei, eine *kraftvolle, umfassende und sachkundige Vertretung der kulturellen, rechtlichen und sozialen Interessen der Frau* zu schaffen.¹⁵ Die Konstituierung einer Karlsruher DAB-Gruppe fand schließlich im Dezember 1949 statt.

Viele Mitglieder der neuen Akademikerinnen-Vereinigung in Karlsruhe hatten, wie bereits gezeigt, Erfahrungen in der Verbandsarbeit vor 1933 gesammelt. Sie begriffen sich als Teil der alten bürgerlichen Frauenbewegung, und so ist es nicht verwunderlich, dass etliche von ihnen auch in der *Karlsruher Frauengruppe* mitarbeiteten. Bei einer Zusammenkunft im März 1950 diskutierte man daher *die grundsätzliche Frage des Verhältnisses zur überparteilichen Frauengruppe*. Angestrebt wurde *eine freundschaftliche Zusammenarbeit*.¹⁶ Um die finanzielle Belastung für diejenigen, die beiden Organisationen angehörten, gering zu halten, wurde beschlossen, den Jahresbeitrag für beide Verbände auf drei Mark festzusetzen.

Die Zusammenkünfte des DAB fanden im *Amerikahaus* statt, das im April 1949 im Mönninger-Gebäude eröffnet worden war und bis 1953 an jener Stelle blieb. Im Oktober 1950 referierte dort z. B. mit Marie Baum eine der großen alten Damen der bürgerlichen Frauenbewegung über *Die Familie im Wandel der*



48 Die Zusammenkünfte des Deutschen Akademikerinnenbunds fanden zunächst im „Amerikahaus“ statt, das sich 1949–1953 im Moninger-Gebäude Ecke Karl-/Kaiserstraße befand.

Zeiten. Das gesamte Vortragsprogramm des Jahres 1950 hatte der DAB unter das Motto gestellt: *Viele Pflichten hat die deutsche Frau – hat sie auch Rechte?* Die Juristin Dr. Erika Libal hielt einen Vortrag *Wie kann die Frau am öffentlichen Leben teilnehmen?*, Dr. Hertha Curtius, Rechtsanwältin aus Heidelberg, referierte über die *Benachteiligung der Frau im neuen Beamtenrecht* und die Karlsruher Verwaltungsrätin Elena Lange (s. S. 122), Gründungsmitglied der *Karlsruher Frauengruppe* und 1955 bis zur ihrer Versetzung nach Freiburg Vorsitzende der Karlsruher GEDOK, sprach über die *familienrechtliche Stellung der Frau*.¹⁷

Die rechtliche Umsetzung der in Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes festgeschriebenen Gleichberechtigung der Frau nahm auch in den folgenden Jahren breiten Raum in der Arbeit des DAB sowohl bundesweit als auch in Karlsruhe ein.¹⁸ Bis zum 31. März 1953 sollte das Bürgerliche Gesetzbuch im Bereich von Ehe und Familie an den Gleichheitsgrundsatz der Ver-

fassung angepasst werden. Das vom Grundgesetz geforderte Gleichberechtigungsgesetz trat jedoch erst am 1. Juli 1958 in Kraft. Der bis dahin währende *Zeitabschnitt des Gesetzesvakuum*s war insbesondere durch die Auseinandersetzungen um den so genannten väterlichen Stichentscheid geprägt, d. h. für den Fall, dass Vater und Mutter sich in Fragen der elterlichen Gewalt nicht einigen konnten, sollte der Vater das letzte Wort haben.¹⁹ Frauenverbände wie der DAB begleiteten diese Diskussionen mit Stellungnahmen und Eingaben. Mit der Berufung Dr. Erna Schefflers an das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1951 konnten die Karlsruher Akademikerinnen eine profilierte Vertreterin im Kampf um die juristische Gleichstellung der Frau in ihren Reihen begrüßen.²⁰ Daneben wurden internationale Kontakte wieder aufgenommen und gepflegt. Der DAB schloss sich erneut der *International Federation of University Women* (IFUW) an. Eine intensive Zusammenarbeit entwickelte sich u. a. mit dem amerikanischen Akademikerinnen-

verband. In den ersten fünf Jahren nach Wiedergründung des DAB erhielten 18 deutsche Mitglieder von der *American Association of University Women* je ein einjähriges Stipendium in den USA. 1954 rief dann der DAB-Vorstand anlässlich des 70. Geburtstages von Agnes von Zahn-Harnack zur Gründung eines Stipendienfonds auf, der es ausländischen Akademikerinnen erlauben sollte, eine Zeit lang in Deutschland zu arbeiten.²¹ Außerdem unterstützte der DAB eine Hilfsaktion für *displaced university women*, das heißt, für Akademikerinnen, die während des Nationalsozialismus als Zwangsarbeiterinnen nach Deutschland gebracht worden waren und nicht in ihre Heimat hatten zurückkehren können.

In Karlsruhe lag es aufgrund der geographischen Nähe zu Frankreich sprichwörtlich nahe, die deutsch-französische Zusammenarbeit zu intensivieren. So führte der DAB beispielweise im März 1951 gemeinsam mit der Deutsch-Französischen Gesellschaft eine Veranstaltung mit einer Referentin aus Paris durch. Angesichts dieser internationalen Ausrichtung verwundert es jedoch etwas, wenn die Satzung von 1949 festlegte: *Ordentliche Mitglieder können alle deutschen Frauen sein, die ein abgeschlossenes Studium an einer Universität, Technischen Hochschule [...] nachweisen können.*²² Damit wurden Akademikerinnen, die in Deutschland arbeiteten, nicht aber die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, ausgeschlossen. Intensiv gestalteten sich regionale Kontakte der Karlsruher Akademikerinnen, insbesondere zu den DAB-Gruppen in Heidelberg und Freiburg. Der Kontakt zu den Freiburgerinnen war bereits vor 1934 relativ eng gewesen und auch nun wurden Programme ausgetauscht und gegenseitige Einladungen ausgesprochen. Im November 1951 veranstalteten die Karlsruherinnen ein *süddeutsches Akademikerinnen-Treffen*, an dem DAB-Mitglieder aus Freiburg, Pforzheim, Baden-Baden, Bruchsal sowie der Pfalz teilnahmen. Das Hauptreferat hielt Erna Scheffler.

1954 fand die bundesweite Tagung des DAB in Freiburg statt. Aus Karlsruhe nahmen Dr. Ger-

trud Carl, die Bundesrichterin Elisabeth Krumme, Dr. Maria Roth, Dr. Erna Scheffler, Dr. H. Schweikert, Dr. Paula Schweiger sowie die Rechtsassessorin Hannelore Zöller teil. Das Eröffnungsreferat hielt die Bundestagsabgeordnete Elisabeth Schwarzhaupt (CDU), die 1961 die erste Ministerin der Bundesrepublik werden sollte (s. S. 84). Sie sprach über *Aufgaben und Stellung der Akademikerinnen in der heutigen Gesellschaft*.²³ Die Arbeitsgruppen der Tagung befassten sich mit den Themengebieten: *Die politische Verantwortung der Akademikerin* sowie *Die Akademikerin im Beruf und Berufstätigkeit der Akademikerin und Familie*. Letztgenannter Arbeitskreis vertrat in einer Entschließung die Auffassung, der Staat könne auf die Mitarbeit der Akademikerinnen auch nach ihrer Heirat nicht verzichten und dürfe weder durch direkte Gebote – wie Bestimmungen zum *Doppelverdienertum* (s. S. 39) –, noch durch das indirekte Mittel der Steuergesetzgebung Druck auf die verheiratete, berufstätige Frau ausüben. Zur Unterstützung berufstätiger Mütter seien *neue elastische Formen der Berufsgestaltung* zu finden.²⁴ Diese Diskussionen verdeutlichen, welche wichtige Grundsteine für eine Verbesserung der Situation von Frauen Verbände wie der DAB vor über 40 Jahren legten. Die anlässlich des Akademikerinnenkongresses 1954 verfasste *Moritat von den janusköpfigen Frauen*, die die Frage der Vereinbarkeit von Beruf thematisierte, hat jedoch bis heute nicht an Aktualität verloren.²⁵ Auch die Feststellung des DAB, dass in Spitzen der Verwaltung und Politik Frauen nur einzeln in Männergremien vertreten seien, hat noch in den meisten Fällen Gültigkeit.

Das Arbeitsgebiet, das sich der DAB gestellt hatte, war breit. Zum einen wollte man ein Forum für den Austausch wissenschaftlicher und beruflicher Erfahrungen unter Akademikerinnen schaffen, sich gegenseitig Hilfe und Unterstützung gewähren und den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern. Zum anderen sollte die Mitarbeit von Akademikerinnen bei öffentlichen Aufgaben gefördert sowie die Wahrung ihrer Interessen im öffentlichen Leben gewähr-

Geselliger Abend am 2. Oktober.

Moritat von den janusköpfigen Frauen.

Viele Frauen, sie studierten
Einst Chemie und Medizin,
Jura oder Völkerkunde,
Oder wurden Lehrerin.

Viele blieben, viele gingen,
Manche machen nicht mehr mit,
Wenn der Augenblick gekommen,
dass e r in ihr Leben tritt.

Aber andre machen weiter,
Und die sind hier das Problem,
Was sie leisten, was sie wollen,
Was sie schulden : w a s und w e m ?

Gestern wurde lang verhandelt
Über unsere Doppelpflicht
In Beruf und in Familie :
Ob das gut geht oder nicht.-

Jeder Tag hat seine Plage,
Der Beruf kennt keine Gnad'-
Wie erträgt man seine Tage,
Wenn man z w e i Berufe hat ?

Leute, seht nun diese Wesen,
Diese Frauen, die zugleich
Der Familie gehören
Und beruflichem Bereich !

Sind sie nicht geteilte Wesen,
Zweigesichtig, arme Tröpf' ?
Tragen links den Ärztemantel,
Rechts die Schürze - J a n u s k ö p f ' !

Die Frau Doktor stieg ins Auto,
Weil Frau Maiers Herze litt -
Kommt das Töchterlein gelaufen :
"Mutti, Mutti, nimm mich mit !"



leistet werden.²⁶ Wie bereits vor 1933 wollte der Verband politische Arbeit und berufsständische Interessenvertretung verbinden. Dies gelang sicher teilweise, und der DAB leistete einen nicht unerheblichen Beitrag zur rechtlichen Verankerung der verfassungsmäßig garantierten Gleichberechtigung. Auf regionaler Ebene lässt sich jedoch, ähnlich wie beim *Deutschen Frauenring*, in den 50er Jahren eine fortschreitende Entpolitisierung der Arbeit feststellen. 1952 bot der DAB Karlsruhe beispielsweise Vorträge über Heilfasten oder Reiseimpressionen an und führte eine Wanderung durch. Veranstaltungen solcher Art nahmen in den folgenden Jahren zu. Offensichtlich war das Interesse der Mitglieder an *geselligen* Aktivitäten größer als an der Verbandspolitik. So nahmen etwa an der Mitgliederversammlung, die im März 1954 die bevorstehende Freiburger Tagung diskutieren sollte, nur fünf Frauen teil.²⁷

Auch der Freiburger DAB, dessen Programme größtenteils im Archiv des DAB Karlsruhe erhalten sind, vollzog eine ähnliche Entwicklung. Die Freiburger Vorsitzende, die Rechtsanwältin Dr. Maria Plum, die bereits nach 1933 den Freiburger Ortsverband geleitet hatte, legte 1956 in einem Schreiben an die Vorstände der DAB-Gruppen ihre Auffassung von der DAB-Arbeit dar: *Ich gestehe [...], dass mir die Entwicklung des DAB [...] wirkliche Sorgen bereitet. Die Aufgaben des DAB haben sich nach meiner Überzeugung im Laufe der letzten Jahrzehnte wesentlich gewandelt. Während früher mit allen Kräften das Ziel der Gleichberechtigung, insbesondere auch in der Frage der beruflichen Ausbildung und der beruflichen Tätigkeit anzustreben war, ist dieses Ziel inzwischen wenigstens formell erreicht. Jetzt kommt es darauf an, dass die Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier steht, sondern mehr und mehr selbstverständlich in der praktischen Auswirkung wird. [...] Bei der gegenwärtigen Situation hat es aber nach meiner Überzeugung wenig Sinn, die Schwierigkeiten, die immer noch bestehen, ständig zu betonen [...]. Nur dadurch, dass die wirklichen Leis-*

*tungen für die Allgemeinheit erkennbar werden, wird die Arbeit der Frau nach und nach für das Volksbewusstsein eine Selbstverständlichkeit werden. Von dieser Auffassung ausgehend, müsste z. B. in den Mitgliederversammlungen des DAB Wert darauf gelegt werden, dass Referate gehalten werden, die nicht über die Leistung der Frau und über deren Beteiligung in den einzelnen Berufen sprechen, sondern diese Leistungen in ihrem Beruf aufzeigen. [...] Das ist [...] wesentlich wirkungsvoller für die Ziele, die der DAB im Interesse des Ansehens und der Steigerung der Leistungen der Akademikerinnen erstreben sollte. Zur Zeit laufen wir Gefahr, ein reiner Verband zur Förderung der beruflichen Interessen der Akademikerinnen zu werden.*²⁸

Plum konstatierte die gesellschaftlichen Veränderung und wollte davon ausgehend die Arbeit des DAB reformieren. Sie vertrat das Konzept *durch Leistung zu wirklicher Gleichberechtigung* – so auch das Motto der Vortragsreihe des Karlsruher DAB 1951.²⁹ Plums Anliegen, den DAB nicht zu einem reinen Interessenverband der Akademikerinnen werden zu lassen, ist sicher nachvollziehbar. Betrachtet man jedoch die Programme des Freiburger und auch des Karlsruher DAB ab Mitte der 50er Jahre, entsteht der Eindruck, dass die andere Komponente der Arbeit, die des Austausches und *geselligen* Beisammenseins, stark an Übergewicht gewann. Bezeichnend erscheint auch, dass die Veranstaltungen des Karlsruher DAB nun im *Café Stephanie* am Kaiserplatz stattfanden. Gesellschaftspolitische Diskussionen oder eine Auseinandersetzung mit dem konkreten Stand der Gleichberechtigung in der bundesrepublikanischen Gesellschaft der 50er Jahre gab es nur selten.

Im Mai 1954 richtete der Karlsruher DAB immerhin noch ein von Bundesrichterin Elisabeth Krumme unterzeichnetes Schreiben gegen den Entwurf des neuen Familienrechts (s. S. 149) an den Bundesjustizminister: *Wir sehen darin den Versuch, patriarchalische Rechtszustände wieder einzuführen [...]* Und die Vorsitzende Gertrud Carl schrieb an den Vorsitzenden des

Rechtsausschusses des Bundestags, der Gesetzesentwurf stehe im Widerspruch zum Grundgesetz.³⁰ Das Jahresprogramm 1957 veranschaulicht dann jedoch deutlich die hauptsächliche Ausrichtung der Arbeit: Da wurde ein Diavortrag über Reisen in Griechenland, ein Besuch der Sternwarte Heidelberg, eine Fahrt ins Hohloh-Naturschutzgebiet, eine Führung in der Kunsthalle, ein Vortrag über Rilkes Entwicklung, ein Vortrag über Vorgänge in der Atmosphäre und vor Weihnachten ein Referat über *das gute Buch zum Lesen und Verschenken* angeboten. Die Verbandspolitik fand lediglich Niederschlag in einem Besuch der Bundesvorsitzenden und einem Bericht über die Würzburger Bundestagung.³¹

Die Versuche des Karlsruher DAB, den Kreis seiner Mitglieder über den Stand bei der Gründung hinaus zu erweitern, gestalteten sich schwierig. 1951 zählte man ca. 25 Mitglieder und beklagte, dass viele Akademikerinnen bereits in einem der 19 anderen in der Stadt bestehenden Frauenverbände organisiert seien. So zeitigte auch die Initiative, Akademikerinnen direkt anzusprechen und für eine Mitarbeit zu gewinnen, wenig Erfolg. Eine angesprochene Ärztin z. B. erklärte, sie finde die Ziele des DAB zwar interessant, sei aber bereits Mitglied im *Verband berufstätiger Frauen* und habe keine Zeit für andere Mitgliedschaften.³² Eine Mitgliederversammlung im Oktober 1953, an der 13 Akademikerinnen teilnahmen, diskutierte schließlich gar, ob der Ortsverband Karlsruhe aufgelöst werden sollte, beschloss jedoch mehrheitlich den Fortbestand. Gertrud Carl, die bereits bis 1934 den Vorsitz geführt hatte, löste nun die bisherige Vorsitzende Dr. Kirchenbauer ab, die ihr Amt zur Verfügung stellte.³³ In der Folgezeit scheint sich die Gruppe wieder stabilisiert zu haben, und sie wurde Mitglied in der *Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenorganisationen* (s. S. 179 ff.). Den Kreis der Mitglieder konnte sie jedoch nicht wesentlich erweitern. 1956 gehörten 30 Akademikerinnen dem Karlsruher Ortsverband an, elf nahmen an der Jahresvollversammlung teil.³⁴

Insbesondere mit der Gewinnung jüngerer Frauen tat man sich schwer. Die meisten Verbandsmitglieder gehörten, wie bereits erwähnt, der Generation an, die schon vor 1933 Erfahrungen in Beruf und Politik erworben hatten. Die Kandidatinnen zur Wahl des geschäftsführenden DAB-Bundesvorstandes 1958 z. B. waren alle in den 1890er Jahren geboren, bis auf eine mit dem Geburtsjahr 1909.³⁵ Um dies zu ändern, wurden wiederholt auch Vortragsveranstaltungen und Tagungen für Studentinnen durchgeführt. Dr. Erna Hamann vom Landesarbeitsamt Hessen berichtete z. B. im Dezember 1950 an die Karlsruher Vorsitzende Luise Pander über einen Vortrag in Frankfurt: *Der Abend war als Treffen der Jung- und Altakademikerinnen aufgezoogen und sollte beide Gruppen einander näher bringen, was – mindestens für diesen Abend – gelang.*³⁶ Bei der Freiburger Bundestagung des DAB 1954 wurde im Geschäftsbericht festgestellt: *[...] immer wieder müssen wir versuchen, den Kontakt zu den Studentinnen und Jungakademikerinnen herzustellen, gerade weil sie den Frauenorganisationen oft sehr ablehnend gegenüberstehen.*³⁷ Und die Vorsitzende des Hochschulausschusses des DAB hielt es für notwendig, die jungen Frauen zu unterstützen, *[...] weil Studentinnen es an den noch so stark männlich bestimmten Hochschulen besonders schwer haben, weil ihre Verbindung zur alten Frauenbewegung weithin abgerissen ist und mühsam neu angeknüpft werden muss, endlich weil mit dem Jüngerwerden der Studenten auch die Männerbünde wieder zunehmen, was den Studentinnen nicht gerade günstig ist.*³⁸ 1953 wurde eine Studentinentagung unter dem Motto *Verantwortliche Mitarbeit der Studentin in Hochschule und Staat* durchgeführt. Die verantwortliche Mitarbeit der Studentinnen im DAB war allerdings eingeschränkt. Wie schon in der Weimarer Republik billigte auch die Satzung von 1949 Studentinnen lediglich den Status einer *außerordentlichen* Mitgliedschaft zu. D. h., sie hatten nur ein passives, nicht aber das aktive Wahlrecht, Stimmrecht war ihnen nur *in Fragen des akademischen*

Nachwuchses zugebilligt.³⁹ Damit wurde innerhalb des Verbandes eine Hierarchie konstruiert, die Studentinnen faktisch zu Mitgliedern zweiter Klasse machte. Vielleicht war dies auch eine der Ursachen dafür, dass die Aktivitäten des DAB, wie die im Rahmen einer bundesweiten Werbekampagne 1957 durchgeführte Tagung für Studentinnen, offensichtlich auf nicht sehr große Resonanz stießen.

Es gelang letztendlich auch dem DAB nicht, in größerem Umfang jüngere Frauen anzusprechen und damit die Traditionen der alten Frauenbewegung der nächsten Generation nahe zu bringen. So konnte er nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr die Mitgliederstärke der Weimarer Republik erreichen. Hatte man Ende der 20er Jahre noch fast 4.000 Akademikerinnen organisiert, waren es Ende der 80er Jahre 1.600 in 35 Ortsgruppen.⁴⁰ Doch leisteten der DAB sowie einzelne seiner als Juristinnen tätige Mitglieder einen wichtigen Beitrag zur rechtlichen Gleichstellung der Frauen in der Bundesrepublik. Viele Probleme, denen sich der Verband bereits bei seiner Wiedegründung widmete, sind aber bis heute nicht befriedigend gelöst, so etwa das *Missverhältnis* (zwischen Männern und Frauen, B.G.) *bei der Besetzung von Lehrstühlen*.⁴¹

Die konkrete Arbeit der Karlsruher Gruppe hat sich seit den 50er Jahren wenig verändert. Nach wie vor trifft man sich einmal im Monat zu Vorträgen, Diskussionen oder Besichtigungen. Als dringendste Aufgabe sieht man es, [...] *den kommenden Frauengenerationen zu helfen bei der Vereinbarung ihrer Aufgaben in Familie und größeren Gemeinschaften*.⁴²

[...] da sitzt man mit der Sekretärin oder mit der Geschäftsfrau und all diesen anderen Frauen zusammen.

Der Deutsche Verband berufstätiger Frauen

In der Zeit nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde in Karlsruhe eine weitere Frauenorganisation ins Leben gerufen, die sich Fragen der weiblichen Berufstätigkeit widme-

te. Der *Verband berufstätiger Frauen* wollte jedoch, im Gegensatz zum DAB, eine Vereinigung für sämtliche berufstätige Frauen unterschiedlichster Qualifikationen und Arbeitsbereiche sein. Angesichts einer Situation, in der die Ausbildung zu einem qualifizierten Beruf und die Ausübung eines solchen für Frauen keineswegs eine Selbstverständlichkeit war, wie etwa die Kampagnen gegen das so genannte *Doppelverdienertum* zeigen (s. S. 39), kam diesem Verband im Nachkriegsdeutschland eine wichtige Funktion im Ringen um die Gleichberechtigung der Frau zu.

Der offiziellen Gründung des *Clubs berufstätiger Frauen*, wie er sich damals noch nannte, gingen in Karlsruhe seit 1949 informelle Treffen voran. Zunächst trafen sich einige berufstätige Frauen in der Mittagspause in einer Gaststätte in der Bürgerstraße.⁴³ Die Initiative hierzu war von Frau Schröder ausgegangen, die bei der örtlichen Militärregierung zeitweise für Frauenfragen zuständig war, bevor sie Karlsruhe wieder verließ und nach Berlin ging.⁴⁴ Frau Schröder hatte auch Hede Steilberger, die 1946 bis 1949 bei der Militärregierung beschäftigt war, wegen der Bildung einer Frauengruppe angesprochen. Zunächst fand sich jedoch anscheinend keine Frau, die bereit war, offiziell die Leitung eines *Clubs berufstätiger Frauen* in die Hand zu nehmen. Diese war 1950 gefunden, als die Juristin Dr. Alice Haidinger mit ihrem Mann, der als Richter ans Bundesverfassungsgericht berufen worden war, nach Karlsruhe kam.

Alice Haidinger hatte in Hamburg zunächst Volkswirtschaft studiert.⁴⁵ Zwar wäre das Wunschstudienfach Germanistik gewesen, der Zugang hierzu war ihr wegen ihres jüdischen Großvaters von den Nationalsozialisten jedoch verwehrt. Während des Volkswirtschaftsstudiums gewann sie Interesse an Jura, belegte auch juristische Vorlesungen und konnte schließlich nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft ihr erstes Staatsexamen in den Rechtswissenschaften ablegen. Sie war nach dem Krieg an den Vorbereitungen zur Gründung der ersten hanseatischen Studentenver-



50 Ein Treffen von Mitgliedern des „Clubs berufstätiger Frauen“, zweite von links: Dr. Alice Haidinger.

treten beteiligt und wurde durch den Kontakt zur Leiterin der Kunsthochschule, Frau Professor May, Gründungsmitglied des *Clubs berufstätiger Frauen* in Hamburg. Und dann kam ich mit dieser Idee des Clubs auch nach Karlsruhe, erinnert sie sich.⁴⁶ Alice Haidinger hatte diese Idee im Kopf und sie war genau die, die Frau Schröder gesucht hatte: 1. jung, 2. interessiert für Frauenfragen, 3. Juristin und dann noch Frau eines Bundesrichters. Und sie wollte berufstätig sein. [...] im ersten Ehejahr habe ich meinen Doktor gemacht, im zweiten meinen Assessor. Das war in jenen Jahren für die Frau eines Bundesrichters sehr ungewöhnlich. In Karlsruhe hätte sie gerne als Richterin angefangen, aber es gab keine Stelle. Eines Tages, bei einem Tanztee fragte sie einen Anwalt, was sie als Juristin in dieser Stadt tun könne. Auf's Arbeitsamt gehe und sich als Dienstmädle vermitteln lasse, bekam sie zur Antwort. Sie war sehr empört, doch am nächsten Tag rief sie eben diesen Anwalt an und fragte, ob sie Lust habe, in seiner Kanzlei zu arbeiten. Am 15. April 1951 nahm sie ihre Tätigkeit dort auf. Zunächst war sie halbtags tätig und bearbeitete hauptsächlich Wiedergutmachungsfälle für während des Nationalsozialismus enteignete jüdische Mandanten, u. a. für Lilly Lust, die

nach dem Freitod ihres Ehemanns, des von den Nationalsozialisten entlassenen Leiters der Kinderklinik Prof. Dr. Franz Lust, über die Schweiz nach New York emigriert war.⁴⁷ Morgens, wenn Alice Haidinger kam, wurde ein Spieltisch aufgeklappt, an dem sie arbeiten konnte. Die Verhältnisse waren aufgrund der Wohnungsnot in den Nachkriegsjahren recht beengt. So wohnten Schwester und Mutter des Anwalts mit in der Wohnung, in der auch die Kanzlei betrieben wurde.

Es handelte sich bei Alice Haidingers neuem Chef um den Bruder von Dr. Charlotte Anders, der Mitbegründerin der *Karlsruher Frauengruppe* (s. S. 121 ff.). Dem Anwalt Anders waren also qualifizierte berufstätige Frauen aus der eigenen Familie vertraut. Allerdings verkörperte Charlotte Anders den Typus der allein stehenden berufstätigen Frau, das *Fräulein Doktor*, wie sie selbst genannt zu werden wünschte. Die Berufstätigkeit verheirateter Frauen war in jenen Jahren besonders in bürgerlichen Kreisen, wo man *es nicht nötig hatte*, eher verpönt. Alice Haidinger erinnert sich, dass ihre Berufstätigkeit allgemein als *sehr merkwürdig* empfunden wurde. Dennoch gab sie ihre Berufstätigkeit auch dann nicht auf, als 1956 ihr erstes Kind geboren wurde, es folgten

zwei weitere. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie empfand sie nicht als sehr schwierig, da sie die Unterstützung einer ausgezeichneten Haushaltshilfe hatte. Dessen ungeachtet gab es Probleme mit der Akzeptanz ihrer Rolle durch Ehemann und Öffentlichkeit. *Aber ich habe mich sehr amüsiert, wenn mein Mann wütend war, wenn ich zu spät zu Tisch kam. Und dann sagte ich: Sollte ich etwa bei Gericht sagen, ich muss nach Hause, mein Mann wartet auf mich?* Auch die Anwaltskollegen brachten ihr als Frau im Beruf einige Skepsis entgegen und waren *nicht sehr nett*. Rücksichtsvoll verhielten sich dagegen die Richter, die sogar Termine so legten, dass sie ihre Kinder stillen konnte. Da hieß es schon mal: *Um die Zeit kann Frau Haidinger nicht, sie stillt.*

Als Anwältin und Frau eines Bundesverfassungsrichters befand sie sich, wie sie es selbst auch einschätzt, in einer privilegierten Situation. Daraus entsprang für sie der Wunsch, etwas für andere zu tun. Im Gegensatz zu vielen anderen in den Frauenverbänden Aktiven in jenen Jahren, mündete dieser Wunsch jedoch nicht in karitativer Arbeit, sondern im *Club berufstätiger Frauen*, in der juristischen Beratung und später, gemeinsam mit anderen, in der Gründung der *Beratungsstelle für Verlobte und Eheleute*.

Die Gründung des Karlsruher *Clubs berufstätiger Frauen* erfolgte 1950.⁴⁸ Das genaue Gründungsdatum konnte nicht ermittelt werden, doch dürfte es sich um einen eher unspektakulären Vorgang gehandelt haben. *Und dann setzten wir uns zusammen und gründeten den Club berufstätiger Frauen*, erinnert sich Alice Haidinger.⁴⁹ Zuvor hatte sie Bekanntschaft mit Toni Menzinger (s. S. 113), der *katholischen Kirchenfürstin*, wie Haidinger sie nennt, Hilde Schneider, *der evangelischen Kirchenfürstin* und – [...] *um die Ökumene voll zu machen* – mit der Jüdin Lotte Paepcke geschlossen.⁵⁰ Sie alle gehörten dann auch von Anfang an dem *Club berufstätiger Frauen* an. Ebenso Hede Steilberger, die seit Beendigung ihrer Tätigkeit bei der Militärregierung 1949 in derselben Anwaltskanzlei wie Alice Haidinger beschäftigt

war und später, von 1972 bis 1983, den Vorsitz des *Verbands berufstätiger Frauen* übernehmen sollte.

Die Gründung des *Clubs* entsprach einem Bedürfnis vieler Frauen: [...] *für uns alle war es eigentlich furchtbar wichtig, andere Frauen kennen zu lernen.*⁵¹ Und Alice Haidinger empfand es als besonders bereichernd, Kontakte zu Leuten aus anderen Berufen zu knüpfen. [...] *da sitzt man mit der Sekretärin oder mit der Geschäftsfrau und all diesen anderen Frauen zusammen.* Die Mitgliederliste des Verbands von 1958 verzeichnete in der Tat ein interessantes Spektrum unterschiedlichster Berufe. Da gab es die Fürsorgerin, Fotografin, Verkäuferin, Buchhalterin, Arzthelferin, Kanzleileiterin, Apothekerin, Prokuristin, Fußpflegerin, Ärztin, Unternehmerin, Kosmetikerin, Justiz-, Post- und Verwaltungsangestellte, Handwebermeisterin, Lehrerin, Chemikerin, Schriftstellerin, Buchhändlerin, Maklerin, Eheberaterin, Bildhauerin, Pianistin, Berufsberaterin, Regierungsrätin oder Vertreterin, um nur einige Tätigkeiten der insgesamt 96 Mitglieder zu nennen.⁵² Neben den bereits Genannten, Haidinger, Paepcke, Schneider und Menzinger, arbeiteten einige weitere, in der Karlsruher Öffentlichkeit bekannte Frauen im *Club* mit, so etwa die Landgerichtsärztin Dr. Annelise Cuny, die Abteilungsleiterin beim Arbeitsamt, Maria Hauck, die Bundesrichterin Dr. Gerda Krüger-Nieland, die BNN-Redakteurin Liselotte Nüchel sowie die Stadträtinnen Elisabeth Kamm (CDU) und Melitta Schöpf (FDP). Mit Olly Goyert war neben Lotte Paepcke eine weitere Jüdin vertreten, die das nationalsozialistische Regime überlebt hatte.⁵³ Goyert arbeitete in den Nachkriegsjahren des Weiteren in einer christlichen Hilfsstelle für NS-Verfolgte mit, war am Wiederaufbau der AWO beteiligt und baute die UNICEF-Gruppe Karlsruhe auf. Die Mitgliederliste des *Clubs berufstätiger Frauen* belegt enge personelle Verflechtungen zu einer Reihe weiterer Karlsruher Frauenverbände. Die Bundesverfassungsrichterin Dr. Erna Scheffler und die Landgerichtsärztin Hannelore Zöller, beide Mitglieder des DAB, die

Märchenerzählerin Elfriede Hasenkamp, 1950 bis 1952 erste Vorsitzende der GEDOK (s. u. S. 153), oder auch das Gründungsmitglied der *Karlsruher Frauengruppe* Elisabeth Seufert und Lotte Böhne, ebenfalls Mitglied der *Karlsruher Frauengruppe* sowie der FDP, arbeiteten im *Club berufstätiger Frauen* mit. Für einige Zeit nahmen auch Gewerkschaftsfrauen an den Zusammenkünften teil.⁵⁴ Sozialdemokratinnen oder gar Kommunistinnen waren, soweit sich das anhand der Verbandsunterlagen nachvollziehen lässt, nicht vertreten. Ähnlich wie die *Karlsruher Frauengruppe*, repräsentierte der *Club* in erster Linie das Spektrum der bürgerlichen Frauenbewegung, allerdings war dieses Spektrum ein recht breites, über Parteigrenzen, Konfessionen und Verbände hinausreichendes. All diese unterschiedlichen Frauen vereinte ein gemeinsames Interesse, die Berufstätigkeit. Ziel des *Clubs* war es:

- a) für die berufliche Ausbildung und berufliche Förderung aller Frauen zu wirken,
- b) Interessen der deutschen berufstätigen Frauen zu wahren,
- c) die Zusammenarbeit aller berufstätigen Frauen zu fördern,
- d) die wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen im Dienste der berufstätigen Frau zu verbessern.⁵⁵

Um dies zu erreichen, wollte man sich in der Öffentlichkeit für die Belange der berufstätigen Frauen einsetzen. Außerdem sollte darauf hingewirkt werden, dass jedes Mädchen und jede Frau eine Berufsausbildung erhalte. Mitglied des *Clubs* konnte jede berufstätige oder in der Berufsausbildung stehende Frau werden. Einen Unterschied im Status der Mitgliedschaft wie beim DAB sah die Satzung nicht vor. Auch nicht oder nicht mehr berufstätige Frauen konnten dem *Club* beitreten, allerdings sollte ihre Zahl 25 % der Gesamtmitgliedschaft nicht übersteigen. Um internationale Kontakte zu pflegen und Verbindung mit berufstätigen Frauen in der ganzen Welt zu halten, trat der *Verband berufstätiger Frauen der International Federation of Business and Professional Women* (IFBPW) bei. Außerdem war er Grün-

dungsmitglied des *Deutschen Frauenrats*.

Die Zusammenkünfte des *Karlsruher Clubs* fanden zunächst zweimal monatlich in Privatwohnungen der Mitglieder statt. Man tagte bei der ersten Senatspräsidentin des Bundesgerichtshofes Krüger-Nieland oder im *supermodernen Haus* von Lotte Böhne.⁵⁶ Anfangs nahmen 30 bis 35 Frauen an einem Clubabend teil. *Es war einfach, wir freuten uns, wenn wir zusammenkommen konnten*, erinnert sich Alice Haidinger. *Es gab eine Tasse Tee, weiter gab's nichts. [...] Und es waren auch sehr interessante Themen.*⁵⁷ Da hielt beispielsweise Maria Hauck, die beim Arbeitsamt die Arbeitsvermittlung für Frauen leitete, einen Vortrag über die Situation der Frau im Beruf in Karlsruhe. Sie appellierte an die Frauen, sich nicht darauf zu verlassen, dass ihnen der Ehemann eine gesicherte Existenz biete und den Beruf nicht als *Lückenbüßer* oder *bloße Durchgangsstation* zu betrachten. Es gelte, das *Berufsethos* unter den Frauen mehr zu pflegen, um einen *dauernden Platz im Wirtschaftsleben* zu erobern. Gleichzeitig plädierte Hauck jedoch, wie die CDU-Stadträtin Anna Walch (s. S. 112), für einen Ausbau des geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes, wenn sie die Ansiedlung *typischer Frauenindustrien* in Karlsruhe forderte.⁵⁸ Einen Betrieb der *typischen Frauenindustrien* besichtigte der *Club* im Februar 1954: den damals größten Wäschereibetrieb der Bundesrepublik, die Firma Printz in der Ettlinger Straße. Untypisch war, dass dieser Betrieb von einer Frau geleitet wurde. Frau Dr. Wolff führte die *Club-Damen* und stand ihnen anschließend bei einem Imbiss für Fragen zur Verfügung. Zum Thema *Gleicher Lohn für gleiche Leistung* referierte der Arbeitsamtsleiter und ehemalige Gewerkschaftsvorsitzende Karl Konz und die *Haltlosigkeit der Legende von der weiblichen Minderleistung* war, wie die Presse zu berichten wusste, an diesem Abend bald erbracht.⁵⁹ In der Erwartung, dass ein steigender Bedarf an Arbeitskräften nur durch *einen stärkeren Zustrom der Frauen* gedeckt werden könne, war man 1955 beim *Club berufstätiger Frauen* ganz zuversichtlich, die Unternehmer

der Forderung nach gleichem Lohn geneigter zu machen.

Nicht alle Erwartungen, die der *Club* in den 50er Jahren hinsichtlich einer Verbesserung der Situation berufstätiger Frauen hegte, sind bis heute erfüllt. Dennoch hat sich seither einiges verändert, und dazu hat auch die Arbeit des *Verbandes berufstätiger Frauen* ihren Teil beigetragen. Der Verband erarbeitete Vorschläge für Reformen und Verbesserungen der Situation berufstätiger Frauen und legte die Ergebnisse den zuständigen Institutionen und dem Gesetzgeber vor. Als es Mitte der 50er Jahre um die Familienrechtsreform ging, gab der Verband Stellungnahmen im Interesse einer Gleichberechtigung der Frau ab. Alice Haidinger hat diese Zeit in guter Erinnerung: *Es war eben alles in Bewegung.*⁶⁰ Sie führte Diskussionen mit ihrem Mann, der als Bundesverfassungsrichter keine unbedeutende Position in dieser Angelegenheit hatte, aber eine ganz andere Haltung als sie einnahm: *Also, er war nicht für die Gleichberechtigung.* Doch bei der privaten Diskussion beließ es Frau Haidinger nicht: [...] *und dann ging ich hin und schrieb unser Streitgespräch auf, schickte es an den Frauenfunk, und zu seiner maßlosen Verwunderung tönte es dann plötzlich über'n Frauenfunk ihm in die Ohren.*

Die Diskussionsbereitschaft, das Engagement und eine gewisse Vorbildfunktion einzelner berufstätiger Frauen trugen mit dazu bei, dass trotz aller Tendenzen in den 50er und 60er Jahren, Frauen wieder verstärkt auf „typisch weibliche“ Betätigungsfelder festzulegen, nicht gänzlich ohne Widerspruch und gelebte Gegenbeispiele blieben.

An der Situation berufstätiger Frauen hat sich seitdem einiges verbessert, viele Probleme existieren jedoch nach wie vor, und so haben Arbeit und Programm des *Deutschen Verbandes berufstätiger Frauen* bis heute nicht an Aktualität eingebüßt. Doch wie viele andere Verbände hat auch dieser Schwierigkeiten, jüngere Mitglieder zu gewinnen. Dies mag auch daran liegen, dass jüngere berufstätige Frauen, wenn sie Kinder haben, angesichts ihrer Mehrfachbelas-

tung keine Zeit für Verbandsarbeit finden. Dennoch ist der *Club* eine wichtige Organisation im Spektrum der Karlsruher Frauenverbände. Hier befindet sich auch die Kontaktstelle aller europäischen Verbände berufstätiger Frauen. *Ihre Aufgabe ist die Vermittlung von Informationen zwischen dem Europäischen Parlament in Straßburg und den europäischen Verbänden der International Federation of Business and Professional Women.*⁶¹

Eine Berufsorganisation der Hausfrau Der Karlsruher Hausfrauenverband (KHV) e. V.

Waren mit der Gründung des DAB und des *Verbandes berufstätiger Frauen* Vereinigungen entstanden, die sich vorrangig mit den Belangen erwerbstätiger Frauen auseinandersetzen, bildete sich in dem selben Zeitraum auch wieder eine Organisation der Hausfrauen. Der Hausfrauenverband verstand sich in erster Linie als ein Zusammenschluss der Frauen, die ihre Arbeitskraft ausschließlich Haushalt und Familie widmeten. Es ging ihm aber stets auch darum, diese Tätigkeit zu professionalisieren und ihr zu entsprechender gesellschaftlicher Anerkennung zu verhelfen. So bezeichnete er sich selbst als *Berufsorganisation der Hausfrau.*⁶² Die Neugründung des *Karlsruher Hausfrauenverbandes* (KHV) erfolgte 1950, doch konnte er zu diesem Zeitpunkt bereits auf eine über 30-jährige Geschichte zurückblicken.

Gegründet wurde der Karlsruher Hausfrauenverein 1915, um während des Ersten Weltkrieges bei der Lösung der Versorgungsprobleme mitzuarbeiten. In dem selben Jahr schlossen sich die bestehenden Hausfrauenvereine zum *Deutschen Verband der Hausfrauenvereine* zusammen. Weitere Ortsvereine waren in Baden in Freiburg, Mannheim und 1916 in Heidelberg gegründet worden. Die Karlsruher Gruppe erfreute sich zunehmender Beliebtheit, zählte sie 1915 bereits 350 Mitglieder, war ihre Zahl 1916 schon auf 550 angestiegen.⁶³

Getragen wurde der Verein hauptsächlich von Frauen der bürgerlichen Mittelschicht, die sich außerhalb der Kriegszeiten vor allem bei der Vermittlung von *zuverlässigen* Hausangestellten engagierten. Die Hausfrauenvereine verstanden sich durchaus als eine Arbeitgeberinnen-Organisation. Daneben wollten sie jedoch vor allem auch *die volkswirtschaftlichen Interessen der Hausfrauen als Konsumentin* vertreten.⁶⁴ Während des Krieges hatten jedoch die Erfordernisse der Kriegswirtschaft Vorrang vor den Interessen der Hausfrau. Der Karlsruher Verein arbeitete in diesen Jahren mit der von Großherzogin Luise mit der Gründung einer *landwirtschaftlichen Hausfrauenvereinigung* beauftragten Freifrau von Marschall zusammen. Die Leitung des *Deutschen Verbandes der Hausfrauenvereine* lag in den Händen parteipolitisch rechts stehender Frauen. Seine Vorsitzende Martha Zietz wurde 1917 Mitglied der *Vaterlandspartei*, deren Mitgliedschaft zum großen Teil mit der des *Deutschen Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation* identisch war. So erscheint es nicht verwunderlich, wenn der Hausfrauenverband nicht wie andere Verbände der Frauenbewegung nach der nationalsozialistischen Machtübernahme aufgelöst wurde oder sich selbst auflöste. Der *Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine*, wie er zu diesem Zeitpunkt hieß, ließ vielmehr seine Einrichtungen freiwillig in das *Deutsche Frauenwerk* eingliedern und übernahm 1934 selbst die Leitung der Abteilung Volkswirtschaft-Hauswirtschaft im Frauenwerk. Die jüdischen Verbandsmitglieder wurden ausgeschlossen.⁶⁵ In Karlsruhe reagierten die einzelnen Mitglieder hierauf unterschiedlich: *Die Damen des Vorstandes legten teilweise ihre Ämter nieder; einzelne Mitglieder traten aus, andere blieben auch in der neuen Organisation Mitglied.*⁶⁶

Die Neugründung des Hausfrauenverbandes erfolgte 1950. Ein erstes Treffen fand Anfang des Jahres im Gasthaus *Elefanten* statt. Als Ursache für die relativ späte Wiedergründung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die starke Belastung der Hausfrauen in der

unmittelbaren Nachkriegszeit genannt: *Auch in unserer Stadt waren die meisten Hausfrauen mit der Wiederinstandsetzung ihres Haushaltes und Hausrats restlos in Anspruch genommen*, heißt es in der Festschrift des *Karlsruher Hausfrauenverbandes* von 1965.⁶⁷ Nach den *Erschütterungen in den letzten Kriegsjahren* seien *alle Hausfrauen ausschließlich* damit beschäftigt gewesen, ihren Haushalt wieder zu *normalisieren*. Es erhebt sich allerdings auch die Frage, ob der Hausfrauenverband nach einer unter dem nationalsozialistischen Regime freiwilligen Gleichschaltung in den ersten Nachkriegsjahren von der amerikanischen Militärregierung eine Genehmigung zur Gründung erhalten hätte. In einem Bericht der BNN über die Gründungsversammlung wird betont, dass der Verband ideell an den früheren Hausfrauenverband anknüpfen, nicht jedoch im *Bisherigen* stecken bleiben wolle. So wolle er in seiner Arbeit den *sozialen Belangen* verstärkt Rechnung tragen.⁶⁸

Die in den folgenden Monaten ausgearbeitete und am 6. Juli 1951 beschlossene Satzung nannte schließlich folgenden Verbandszweck: *Gestaltung des Hausfrauenberufs zum Fachberuf, Ausbildung der Frauen und Mädchen in rationeller Haushaltsführung und moderner Küchentechnik [...], Festlegung der Bezahlung und Arbeitszeit der Hausangestellten [...], Wahrung der Interessen der Frauen im Beruf und in der Familie, Vertretung der Verbraucherinteressen in Produktionsfragen und Angelegenheiten des öffentlichen Lebens [...], Berufsförderung heranwachsender Mädchen durch Fachkurse in Lehrwerkstätten, Berufshilfe und Interessenvertretung der berufsfremden und erfahrenen Frauen.*⁶⁹ Eine neue, im April 1961 verabschiedete Satzung fasste den Verbandszweck dann kurz folgendermaßen zusammen: *Hausfrauen und interessierte berufstätige Frauen aller Kreise [...] zusammenschließen und die sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Belange der Hausfrauen zu vertreten und zu fördern.*⁷⁰

Mitglied des KHV konnten *alle volljährigen Frauen deutscher Staatsangehörigkeit* wer-

51 Eröffnung der neuen Räumlichkeiten der hauswirtschaftlichen Lehrwerkstätten des Hausfrauenverbands in der Kriegsstraße 176, Foto 14. November 1951.



den.⁷¹ Damit waren Frauen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, ausgeschlossen.

Der KHV verstand sich ausdrücklich als *Arbeitgeberverband* und knüpfte an seine Tradition aus dem Kaiserreich an, eine Interessenvertretung der Hausfrauen zu sein, die sich Hausangestellte leisten konnten. So legte auch die Satzung des *Deutschen Hausfrauen-Bundes e. V.*, dem der KHV bald nach seiner Neugründung wieder angehörte, den Abschluss von Tarifverträgen für die Hauswirtschaft mit Arbeitnehmerorganisationen als Verbandszweck fest. Bei der Neugründung des *Karlsruher Hausfrauenverbandes* wurden eine Reihe von Hausfrauen wieder Mitglied, die bereits vor 1945 dem Hausfrauenverein angehört hatten. Bis 1954 stieg die Zahl der Mitglieder auf 200 an. Vorsitzende wurde zunächst Gertrud Holtzmann, in deren Wohnung sich zu diesem Zeitpunkt auch die Geschäftsstelle des Verbandes befand.

Die 1899 geborene Gertrud Holtzmann hatte 1934 den Landesgewerbearzt Prof. Dr. med. Friedrich Holtzmann geheiratet, der 1947 verstarb. *Gertrud Holtzmann war eine große, kräftige, gutaussehende Frau [...] Sie verbreitete eine gemütliche und zwanglose Atmosphä-*

re, erinnert sich Edith Dietz, die Gertrud Holtzmann durch die *Karlsruher Frauengruppe* kennen gelernt und sich mit ihr angefreundet hatte.⁷² Als Gertrud Holtzmann krank wurde und das Haus nicht mehr verlassen konnte, gingen die Besucher/innen in ihrer großen Wohnung in der Bahnhofstraße ein und aus. Eine ihrer prominentesten Gäste war Elly Heuss-Knapp.

Trotz ihrer Krankheit verfolgte Gertrud Holtzmann das Ziel, eine Haushaltungsschule zu gründen. 1949 gelang es ihr, die *Hauswirtschaftlichen Lehrwerkstätten* unter dem Protektorat des Arbeitsamtes zu eröffnen. Hier sollten schulentlassene arbeitslose Mädchen – im November 1949 waren 2.000 beim Arbeitsamt gemeldet – eine Berufsschulung in Haushaltsarbeiten erhalten.⁷³ Durch systematischen Unterricht sollte eine Anerkennung hauswirtschaftlicher Tätigkeit als Fachberuf erreicht werden. Der Grundausbildungslehrgang dauerte ein Jahr und umfasste Unterweisungen in Kochen, Haushaltspflege, Schneidern und Bügeln. Den praktischen Unterricht leitete die Volkswirtin Dr. Ilse Erbrich, die bei den Stadtratswahlen 1951 und 1953 für die CDU kandidierte und auch in der *Karlsruher Frauengruppe* aktiv war. Die Pläne für den

theoretischen Unterricht gestaltete Gertrud Holtzmann selbst. Das Neuartige dieser Ausbildung war die konkrete Verbindung mit der Praxis. Jede Abteilung hatte ein Arbeitsfeld zu betreuen. Die Kochabteilung beispielsweise führte einen Mittagstisch, der täglich von über 100 Personen besucht wurde oder bereitete auf Bestellung Mahlzeiten für Feiern. Darüber hinaus standen die Schülerinnen der hauswirtschaftlichen Lehrwerkstätten vormittags gegen tariflichen Stundenlohn privaten Haushalten für bestimmte Arbeitsleistungen zur Verfügung. Neben ihrem ideellen Engagement investierte Gertrud Holtzmann viel Geld in die Realisierung des Projektes, aber auch die Stadtverwaltung konnte sie zur Förderung dieser Einrichtung gewinnen. Dennoch kamen die Lehrwerkstätten in finanzielle Schwierigkeiten und mussten schließlich aufgelöst werden.⁷⁴ Gertrud Holtzmann hatte mit dieser Idee der Karlsruher Haushaltungsschule jedoch ähnliche Projekte in anderen Städten inspiriert. Sie starb am 8. Mai 1954 infolge eines schweren Herzleidens.

Bis zum Tode Gertrud Holtzmanns waren die Führung der hauswirtschaftlichen Lehrwerkstätten sowie einer Haushalt-Akademie, in deren Rahmen Vorträge aus den Gebieten Ernährungslehre, Betriebswirtschaftslehre, Arbeitshygiene, Warenkunde oder auch Ethik und Ästhetik gehalten wurden, das hauptsächliche Tätigkeitsfeld des KHV.⁷⁵

Bereits während der Erkrankung Gertrud Holtzmanns übernahm im Juni 1953 Hertha E. Hofmann die Leitung des Verbandes. Zur Zweiten Vorsitzenden wurde 1954 Anni Voss gewählt, die den KHV in der *Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenverbände* vertrat und später den Vorsitz der 1955 gegründeten Verbrauchergemeinschaft übernahm. Die Funktion der Pressereferentin und später auch der Schriftführerin übernahm Dr. Helene Frommhold.

Die Arbeit des KHV in den 50er Jahren mutet aus heutiger Sicht in mancher Hinsicht sehr modern an, etwa wenn es um Fragen der Professionalisierung und gesellschaftlichen Be-

wertung von Hausarbeit ging. Zum Teil erfolgten jedoch auch Rückgriffe auf die traditionelle Verbandsarbeit des Kaiserreichs. So wurde 1954 eine *aner kennenswerte Gepflogenheit der beliebten Großherzogin Luise aufgenommen, die Ehrung verdienter Hausgehilfinnen*.⁷⁶ Hier wurden Hausangestellte für *Pflichtgefühl, Opferbereitschaft und Treue* mit einer Ehrennadel, die *als Symbol des Fleißes* eine Biene darstellte sowie einer Urkunde und Sammel-tasse der Stadt ausgezeichnet. Mit der Einrichtung von Lehrgängen zur Ausbildung von Hauswirtschaftsmeisterinnen wurde, wie in der Festschrift von 1965 ausdrücklich betont, die 1940 vom *Deutschen Frauenwerk* begründete Tradition der *Meisterhausfrau* wieder belebt.⁷⁷ Die Hauswirtschaftsmeisterinnen des KHV wurden schließlich im Rahmen einer Einrichtung tätig, die ganz im Zeichen der neuen Zeit stand, das *Deutsch-Amerikanische Kochstudio*. 1955 auf Anregung von Mrs. Lane, *im Namen einiger Damen des amerikanischen Offizierskorps*, von Hertha E. Hofmann und Anni Voss eingerichtet, diente es dem monatlichen Austausch deutscher und amerikanischer *Küchengeheimnisse* sowie der Pflege freundschaftlicher Kontakte.⁷⁸

1956 startete der KHV eine Initiative zur Vermittlung von so genannten *Familienpflegerinnen* für Familien, in denen die Hausfrau erkrankt war. Dies mündete im *Verein für Hauspflege e. V.*, der ab 1959 als eine selbstständige, mit dem KHV verbundene Organisation arbeitete. Darüber hinaus war der KHV an der Gründung der *Verbrauchergemeinschaft Karlsruhe e. V.*, einer Eheberatungsstelle, der so genannten *Vertrauensstelle für Verlobte und Eheleute e. V.* sowie der *Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenorganisationen* beteiligt (s. u.). Zur Darstellung der Arbeit und vielfältigen Aktivitäten des Hausfrauenverbandes gab die badische Landesvorsitzende Hilde Hertha Hofmann aus Heidelberg zunächst ein monatliches Mitteilungsblatt unter dem Titel *Die Hausfrau* heraus, das bald von anderen badischen, pfälzischen und württembergischen Hausfrauenverbänden übernommen wurde. Diese Ver-



52 Wohnheim für berufstätige Frauen, „Luitgardenheim“, Blick in eine Kochnische, Foto 1. Dezember 1952.

bandszeitschrift verfügte über einen einheitlichen Innenteil, in dem grundsätzliche Beiträge über den Beruf Hausfrau und allgemeine Berichte veröffentlicht wurden. Den Umschlag gestalteten jeweils die einzelnen Ortsverbände. Er bot diesen Raum für lokale Mitteilungen. Die Redaktion des Innenteils wurde von 1953 bis 1956 von der Karlsruherin Helene Frommhold betreut.

Die ständig wachsende Verbandsarbeit und Ausweitung der Arbeitsgebiete führte 1963 zur Einrichtung einer zentral gelegenen Beratungsstelle, dem *Heim der Frau und Familie* am Marktplatz, wo nach dem Vorbild der *Mutterschulen* langfristige Aufbaukurse für Frauen angeboten wurden. Durch die Gründung dieser Einrichtung wurde der KHV Mitglied im *Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband e. V.* Gegenwärtig ist der *Deutsche Hausfrauen-*

Bund e. V. in Karlsruhe durch zwei Gruppen vertreten, den Ortsverband Karlsruhe e. V. und den Ortsverband Fächerstadt Karlsruhe e. V. Der Letztgenannte ging aus dem um 1970 gegründeten *Club junger Hausfrauen* hervor. Er will die *Anliegen der modernen Hausfrau* vertreten, *die auch außerhäuslich erwerbstätig sein kann.*⁷⁹ Neben hauswirtschaftlichen und verbraucherpolitischen Themen werden in den Veranstaltungen auch staatsbürgerliche und kulturelle besprochen. Der *Ortsverband Karlsruhe e. V.* führt die Arbeit des KHV fort und bietet inzwischen ein umfangreiches Angebot hauswirtschaftlicher Fort- und Weiterbildung an. Die Teilnahme am landesweiten Modellprojekt *Neuer Start ab 35* sowie die Seniorenbetreuung sind weitere Arbeitsgebiete des Verbandes. Als Anlaufstelle für Mütter und Kinder dient der *Treffpunkt F.* All diese Aktivitäten finden Raum im Hausfrauenzentrum.⁸⁰

Die GEDOK – eine Vereinigung von Künstlerinnen und Kunstfreundinnen

In gewissem Sinne ist auch die GEDOK, die *Gesellschaft deutscher und österreichischer Künstlerinnen und Kunstfreundinnen*, wie die bereits dargestellten Verbände als eine Berufsorganisation von Frauen zu sehen. Sie vereint Künstlerinnen aus den unterschiedlichsten Sparten. Gleichzeitig brachte sie diese jedoch mit Förderern ihrer Arbeit zusammen, den *Kunstfreundinnen*. Die Gründungsfeier der Karlsruher GEDOK fand am 2. Juli 1949 statt.⁸¹ Wie bei vielen anderen Frauenverbänden handelte es sich hierbei jedoch um keine Neugründung, vielmehr reicht die Geschichte der GEDOK zurück bis in die Weimarer Republik, ihre Vorgeschichte, die Gründung einzelner lokaler Künstlerinnenvereine, bis ins 19. Jahrhundert.

Bereits 1867 hatte sich ein Künstlerinnenverein in Berlin gegründet.⁸² Da deutschen Künstlerinnen zu diesem Zeitpunkt der Zutritt zu den Akademien verwehrt war und sich für Frauen kaum Ausstellungsmöglichkeiten boten, gründete der Künstlerinnenverein eine Malerinnen-

schule, deren bekannteste Schülerin Paula Becker-Modersohn war.

In Karlsruhe entstand 1893 ein Malerinnenverein, der Ausstellungen im Badischen Kunstverein oder im Bibliothekssaal des Badischen Frauenvereins durchführte.⁸³ Neben Künstlerinnen aus Karlsruhe und anderen Städten gehörten diesem Verein auch *Kunstfreundinnen* an. Man pflegte Kontakte zu anderen Künstlerinnenvereinen, wie z. B. dem in München.

Karlsruher Malerinnen nahmen 1908 an einer Konferenz der Künstlerinnen in München teil, bei der die Schaffung eines Dachverbandes aller Künstlerinnenvereine in Deutschland und Österreich geplant wurde. Die Mitglieder des Karlsruher Malerinnenvereins verweigerten einem in München erarbeiteten Statutenentwurf für den neu zu schaffenden Verband jedoch mehrheitlich ihre Zustimmung. 1912 fand in Frankfurt die Gründung eines Frauenkunstverbandes mit Geschäftsstellen in Mannheim und Berlin statt. Über die Satzung des Verbandes herrschten zwischen den Berliner und Mannheimer Künstlerinnen unterschiedliche Auffassungen. Während die Berlinerinnen unter dem Vorsitz von Käthe Kollwitz für mehr Professionalität eintraten, wollte die Mannheimer Gruppe um die Bildhauerin Eugenie Kaufmann auch die Interessen von Kunsthandwerkerinnen und Autodidaktinnen im Verband vertreten sehen.⁸⁴ Eugenie Kaufmann ergriff die Initiative zur Gründung eines Zusammenschlusses der badischen Künstlerinnen.

Im Herbst 1912 wurde der *Bund Badischer Künstlerinnen* (BBK) ins Leben gerufen. Aus Karlsruhe arbeiteten in ihm Dora Horn-Zippelius und Alice Proumen mit.⁸⁵ Die erste große Ausstellung des BBK wurde 1915 im Badischen Kunstverein und in anderen deutschen Kunstvereinen gezeigt. Im Laufe des Krieges gestaltete sich die Verbandsarbeit jedoch zunehmend schwierig, und sie wurde im letzten Kriegsjahr schließlich eingestellt. Erst 1920 wurde die Arbeit wieder aufgenommen. 1919 war durch die Weimarer Verfassung den Frauen endlich der Zugang zu allen Akademien und Landeskunstschulen eröffnet worden.

1925 gründete die Kunsthandwerkerin Ida Dehmel den *Bund Hamburgerischer Künstlerinnen und Kunstfreundinnen*, nach dessen Vorbild weitere Gruppen in deutschen und österreichischen Städten entstanden, die sich schließlich in der *Gesellschaft deutscher und österreichischer Künstlerinnen und Kunstfreundinnen* zusammenfanden.⁸⁶ Die Ziele der GEDOK legte Ida Dehmel 1928 bei einer Tagung in Mannheim dar. Der Verband sollte nicht nur alle Kunstsparten umfassen, sondern sich auch durch eine offene Struktur und die Aufnahme von Kunstfreundinnen von berufsständischen Vereinigungen unterscheiden.

1929 erfolgte die Gründung einer GEDOK-Gruppe in Heidelberg, kurz darauf in Karlsruhe.⁸⁷ Hier sollte, der Verbandsüberlieferung zufolge, 1932 die Bundestagung der GEDOK durchgeführt werden, was von der Stadtverwaltung mit der Begründung, es seien *zu viele jüdische Frauen dem Verein zugehörig*, abgelehnt wurde.⁸⁸

Im April 1933 wurde Ida Dehmel von den Nationalsozialisten gezwungen, den GEDOK-Vorsitz niederzulegen. Der Verband wurde jedoch nicht verboten, und er löste sich auch nicht selbst auf, sondern ließ sich 1934 wie einige andere Frauenorganisationen (s. S. 55) *gleichschalten*.⁸⁹ Einige Ortsverbände, wie z. B. Hamburg, vollzogen diese Entwicklung nicht mit und lösten sich aus Protest auf. Ob zu ihnen, wie in der Chronik der Karlsruher GEDOK dargestellt, jedoch auch die Gruppe Karlsruhe gehörte, erscheint fraglich.⁹⁰ Immerhin führte Dora Horn-Zippelius den Vorsitz. Sie war bereits seit 1931 Mitglied der NS-Frauenschaft, fungierte 1932 als deren Kreis- und Gaupropagandaleiterin und trat im Januar 1933 der NSDAP bei. Von 1934 bis 1945 war sie Mitglied der Reichskammer der Bildenden Künste.⁹¹ Über die Haltung anderer Karlsruher GEDOK-Mitglieder zum Nationalsozialismus und die weitere Entwicklung des Verbandes nach 1933 kann anhand der vorliegenden Quellen leider keine Aussage gemacht werden. Auch wenn sich der Verband nicht auflöste, bedeutet das nicht, dass alle Mitglieder die



53



54



53–55 Faschingsveranstaltungen und kunstvoll gestaltete Kostümfeste der GEDOK kamen in den Nachkriegsjahren dem Bedürfnis nach Lebensfreude entgegen und zogen viele Menschen an.

Gleichschaltung mitvollzogen oder das nationalsozialistische Regime bejaht hätten. Viele derer, die aus der GEDOK austraten oder ausgeschlossen wurden, insbesondere die Jüdinnen, waren von Verfolgung durch das nationalsozialistische Regime bedroht, einigen gelang die Flucht ins Ausland. Die Gründerin Ida Dehmel beging 1942 angesichts der ihr drohenden Deportation Selbstmord.

Wie die meisten anderen Karlsruher Frauenverbände ging auch die GEDOK eine Neugründung erst nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland an. An der Gründungsfeier im Juli 1949 nahmen über 60 Künstlerinnen und Kunstfreundinnen bzw. -freunde teil.⁹² Zu den Gründungsmitgliedern gehörten u. a. auch die Schriftstellerinnen Toni Rotmund und Hermine Maierheuser. Die erste ordentliche Mitgliederversammlung fand am 31. Januar 1950 im *Haus der Jugend* in der Schubertstraße 11 statt, wo 1948 auch ein *girl-center* als Treffpunkt für die weibliche Jugend eröffnet worden war (s. S. 192).

Zur Ersten Vorsitzenden der GEDOK wurde bei dieser Versammlung die Märchenerzähle-

rin und Literatin Elfriede Hasenkamp, zur Zweiten Vorsitzenden Margot von Steffelin gewählt. Die Funktion der Schriftführerin übernahm die Malerin Alice Proumen, die bereits 1912 an der Gründung des *Bundes Badischer Künstlerinnen* (s. o. S. 154) beteiligt gewesen war. Lotte Überle-Doerner und die Bildhauerin Ilse Überschaer führten die Kasse. Zu Fachbeirätinnen für Musik wurden die Geigerin und Komponistin Margarete Voigt-Schweikert und die Pianistin Mathilde Preß-Rot gewählt, für Gesang und Theater die Altistin und Lehrerin an der Theaterakademie Hildegard von Fabeck. Beirätin für Schauspiel wurde Rita Graun, für den Bereich bildende Kunst waren die Malerin und Literaturpreisträgerin Martha Kropp sowie die Bildhauerin an der Majolika-Manufaktur Lilli Hummel-König zuständig.

1952 übernahm Alice Proumen den Vorsitz. Ihr folgte 1955 eine Kunstfreundin, die Verwaltungsgerichtsärztin Elena Lange, die daneben sowohl bei der *Karlsruher Frauengruppe* als auch beim DAB tätig war (s. S. 122). Als Lange im Zuge einer Dienstversetzung nach Freiburg ging, wurde Margarete Voigt-Schweikert

zur ihrer Nachfolgerin gewählt. Nach deren Tod führte zunächst ihre Tochter Christiane Voigt gemeinsam mit Edith Hatzky kommissarisch die Geschäfte weiter. Im Juni 1959 übernahm dann Kati Heidenhain den Vorsitz.

An jene Anfangsjahre der GEDOK, in denen viele Künstlerinnen sehr hart um ihre Existenz kämpfen mussten, erinnert sich die Malerin Hanna Rebske lebhaft.⁹³ Sie selbst kam aus einer Künstlerfamilie und hatte nach dem Abitur am Fichte-Gymnasium und einem Arbeitsdienstjahr ein Studium an der Karlsruher Akademie aufgenommen. Dort legte sie 1943 ihr Examen als Zeichenlehrerin ab. Den Beruf der Kunstlehrerin übte sie nie aus, sie malte jedoch stets, schrieb Gedichte und nahm Sprechunterricht. Nach Kriegsende kehrte sie aus Thüringen, wohin sie nach dem Examen mit ihrem Ehemann gegangen war, nach Karlsruhe zurück. Hier schloss sie sich bald der neu gegründeten GEDOK an. Damals konnte nicht jede Künstlerin Mitglied werden, eine Kommission beurteilte zunächst die Qualität ihrer Arbeiten. Da Rebske die Förderung von Künstlerinnen durch den Badischen Kunstverein und den Verband bildender Künstler, denen sie auch angehörte, in jener Zeit eher mangelhaft erschien, war für sie die GEDOK wichtig, um eine Lobby zu haben. Hier boten sich Künstlerinnen die Möglichkeit auszustellen. Einmal war Hanna Rebske bei einer Ausstellung des Verbandes in Nancy vertreten, konnte dort ein Bild verkaufen und sich aus dem Erlös eine Provence-Reise finanzieren. Darüber hinaus schätzte sie an der GEDOK, die Möglichkeit des Kontakts mit Künstlerinnen aus anderen Sparten. Zu allen Aktivitäten und Veranstaltungen des Verbandes trugen die Kunstfreundinnen sehr engagiert bei. Hanna Rebske ist überzeugt, dass ohne ihre tätige Mithilfe die Erfolge der GEDOK nicht möglich gewesen wären.

Die GEDOK bot – und bietet – Künstlerinnen ein Forum zur Veröffentlichung ihrer Arbeiten und dient sowohl dem Austausch von Künstlerinnen unterschiedlichster Sparten als auch dem zwischen Künstlerinnen und Kunst-

freundinnen, die nicht zuletzt die Arbeit ideell und materiell unterstützen. Daneben spielte aber gerade in den 50er Jahren der Aspekt *Geselligkeit* eine wesentliche Rolle.

Nach entbehrungsreichen Kriegsjahren waren nicht nur das Bedürfnis nach Kultur, sondern auch das, gemeinsam Freude am Leben zu haben und Freundschaften zu schließen, groß. So veranstaltete die GEDOK zahlreiche Lesungen, Konzerte, Ausstellungen und Kunstreisen, aber auch Feste. Positiv erinnert werden insbesondere die Faschingsveranstaltungen jener Jahre. Sie fanden in von den Künstlerinnen phantasievoll dekorierten Sälen statt und zogen viel Publikum an. *Hervorragende Darbietungen unserer Schauspielerinnen in kunstvollen Kostümen, die Gymnastikschule von Eleonore Härdle-Munz, Bertel Schwamberges Kinderballett und Emmy Lorbeer mit heiteren Sketchen schenkten allen Teilnehmern unbeschwerte Stunden*, erinnert sich Hanna Rebske.⁹⁴ Mottos, wie *Die Reise auf den Mond* oder *Schule*, regten die Besucher/innen zu phantastischen Verkleidungen an.

Auch Christiane Voigt erinnert sich mit Begeisterung an diese Kostümfeste, wo sie gemeinsam mit ihrer Mutter, der Musikerin Margarete Voigt-Schweikert, selbst verfasste Sketche vortrug.⁹⁵ Viel Spaß bereiteten ihr Konzerte, Ausstellungen, Vortragsabende und Ausfahrten der GEDOK. Durch die Mutter zum Künstlerinnenverband gekommen, konnte sie als junges *burschikoses Mädchen* eigentlich mit den *Damen* wenig anfangen. Doch die Aktivitäten und Veranstaltungen waren interessant, und so blieb sie der GEDOK bis heute verbunden. Sie hat durch diesen Verband innerhalb und außerhalb Karlsruhes *Freundschaften fürs Leben* geschlossen. Einst als jüngstes Mitglied gewissermaßen in die GEDOK hineingewachsen, konnte sie seit den 80er Jahren einen Generationswechsel innerhalb des Verbandes beobachten.

Im Unterschied zu vielen anderen Verbänden, deren Wurzeln in die alte Frauenbewegung zurückreichen, gelang es der GEDOK immer wieder, neue, jüngere Mitglieder zu gewinnen.

Das bedeutet aber auch, dass sich Arbeitsstil und Inhalte der Organisation verändern, und diese Veränderungen werden nicht immer von den langjährigen Mitgliedern gutgeheißen und mitgetragen. Manche traten deshalb auch aus. Denjenigen, die die Arbeit des Verbandes seit der Gründung 1949 mitprägten, missfällt teilweise, dass die jüngeren Künstlerinnen die GEDOK in erster Linie als Interessenverband sehen.

Die Karlsruher GEDOK thematisierte in einer Selbstdarstellung 1989 die Diskrepanz zwischen einer durch die Gründungssituation in den 20er Jahren geprägten Struktur der GEDOK und den aktuellen Gegebenheiten. *Die Situation der GEDOK und auch der Künstlerinnen sieht heute anders aus.*⁹⁶ Inzwischen sind über 50 % der Studierenden an den Kunstakademien Frauen. Doch nach dem Studium ist es für Künstlerinnen noch immer schwer, Fuß zu fassen. *Bei bedeutenden Ausstellungen zeitgenössischer Kunst [...] ist der Frauenanteil ungemein gering.* Die GEDOK sieht es daher als ihre Aufgabe, Frauen in allen Kunstbereichen zu fördern. Sie schreibt einen Literaturpreis aus und führt jährlich einen Musikwettbewerb durch. 1991 beteiligte sich die GEDOK erstmals an den Karlsruher Frauenkulturwochen *Frauenperspektiven*, und im darauf folgenden Jahr konnte das GEDOK-Künstlerinnenforum im Zentrum der Stadt eröffnet werden, das Raum für Ausstellungen, Lesungen, Versammlungen und Vorträge bietet.

Die konfessionelle Frauenarbeit – Jüdinnen und Christinnen

Bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts hatten sowohl evangelische als auch katholische Frauen konfessionelle Frauenverbände gegründet. Die Geschichte des Israelitischen Frauenvereins reicht gar ins 18. Jahrhundert zurück. Diese konfessionellen Frauenvereine leisteten wichtige karitative Arbeit und boten zugleich Frauen Raum, ihre Interessen innerhalb ihrer jeweiligen Gemeinde zu artikulieren

sowie im Rahmen ihres religiösen Bekenntnisses gesellschaftlich aktiv zu werden.⁹⁷

Durch die nationalsozialistische Machtübernahme wurde ihre Arbeit auf unterschiedliche Weise mehr oder weniger stark beeinträchtigt. Für die Jüdinnen begannen Jahre der Verfolgung, Hunderte von Karlsruherinnen sollte der nationalsozialistische Rassenwahn das Leben kosten. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft wurden einige der wenigen Jüdinnen, die überlebt hatten, wieder in der Jüdischen Gemeinde aktiv. Eine große Zahl von Frauen engagierte sich auch nach dem Kriegsende im Rahmen der evangelischen und katholischen Frauenarbeit. Im Folgenden sollen nun am Beispiel einzelner aktiver Frauen Schlaglichter auf die konfessionelle Frauenarbeit geworfen werden.⁹⁸

Frauen in der jüdischen Gemeinde

Bei Kriegsende waren einige Frauen der Jüdischen Gemeinde wieder in Karlsruhe, die bald lose Zusammentreffen veranstalteten.⁹⁹ Luise Kahn, die zum jüdischen Glauben übergetreten war, aber in der Terminologie der Nazis als „Nichtjüdin“ galt, hatte ihre Kinder Rudolf und Renate Kahn „freiwillig“ in die Deportation nach Gurs begleitet. 1943 gelang es ihnen, aus Gurs nach Karlsruhe zurückzukehren. Die letzten Kriegstage überlebten die gefährdeten Geschwister in einem Versteck am Turmberg.¹⁰⁰ Frau Krauss kehrte aus dem Lager Theresienstadt zurück, des Weiteren waren da Frau Gramlich, Lilo Zorn, Frau Mussel und Frau Berli. Außerdem kehrten die Familien Pistiner und Dr. Strauss zurück, nach 1955 kamen die Familien Alt aus Südamerika und Dr. Adler aus den USA zurück.¹⁰¹ Im Juni 1946 lebten in Karlsruhe insgesamt 91 Juden.¹⁰²

Hertha Nachmann

Um den Zusammenhalt der wenigen Gemeindeglieder und insbesondere auch der Frauen bemühte sich Hertha Nachmann, die sofort nach Kriegsende mit ihrem Ehemann Otto aus

dem südfranzösischen Exil nach Karlsruhe zurückgekehrt war. *Für die Familie Nachmann war es selbstverständlich zurückzukommen: Sie waren Karlsruher, sie waren deutsch.*¹⁰³

Diese Heimatverbundenheit war keineswegs selbstverständlich, hatten doch die wenigsten Deutschen versucht, der Verfolgung und Vernichtung von Millionen Juden etwas entgegenzusetzen. Über 2.000 jüdische Karlsruher Bürger/innen wurden während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft vertrieben, viele von ihnen fanden in Konzentrations- und Vernichtungslagern den Tod.¹⁰⁴ Hertha und Otto Nachmann flüchteten nach der Pogromnacht vom 9. November 1938 bei Lauterburg über die französische Grenze. Bereits einige Wochen zuvor hatten sie ihren damals 13-jährigen Sohn in Straßburg in einen Zug nach Paris gesetzt, wo er ein jüdisches humanistisches Gymnasium besuchte. Nach dem Einmarsch der Deutschen



56 Hertha Nachmann erhielt 1975 das Bundesverdienstkreuz von dem Ersten Bürgermeister Walter Wälde, Foto 5. August 1975.

im Mai 1940 flohen Hertha und Werner Nachmann in das französische Alpengebiet. Dort blieben sie auch nach der Besetzung Südfrankreichs durch die deutschen Truppen. Mit Hilfe der Widerstandsbewegung gelang es ihnen, sich zu verstecken. Werner Nachmann blieb bis zur Befreiung Frankreichs mit gefälschten Papieren als einziger jüdischer Schüler in einem Gymnasium in Aix-en-Provence.¹⁰⁵

Der 1945 nach Karlsruhe zurückgekehrten Familie Nachmann ist es mit zu verdanken, dass die jüdische Gemeinde wieder zum Leben erweckt wurde, jüdische Traditionen und Kultur auch in dieser Stadt nach dem Nationalsozialismus nicht gänzlich verschwanden. Bekannt sind Otto Nachmann,¹⁰⁶ als erster Vorsitzender des Oberrats der Israeliten in Baden und vor allem Werner Nachmann,¹⁰⁷ als Vorsteher der Jüdischen Gemeinde Karlsruhe ab 1961, als Nachfolger seines Vaters im Amt des Oberrats in Baden und insbesondere als späterer Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland. Wenig bekannt ist bislang das soziale und kulturelle Engagement Hertha Nachmanns,¹⁰⁸ die in den ersten Nachkriegsjahren einen beachtlichen Beitrag zur Wiederbelebung der Jüdischen Gemeinde Karlsruhes leistete. Gerade in den Notzeiten der ersten Nachkriegsjahre war die Gemeinde wichtig für die wenigen Überlebenden des Holocaust. Sie gab ihren Mitgliedern Rückhalt, war ihre *Heimat*, wie Frau Michel, die Ehefrau von Ernst Michel, einem der drei Auschwitz-Überlebenden aus Karlsruhe, sagt.¹⁰⁹

Die Bildung der Jüdischen Gemeinde wurde im November 1945 von der amerikanischen Militärregierung genehmigt, woraufhin am 7. Dezember in der Gaststätte *Weißer Berg* die Gründungsversammlung stattfand.¹¹⁰ Für Hertha Nachmann, die am 5. August 1900 als Tochter der alteingesessenen jüdischen Karlsruher Familie Homburger geboren worden war, war das Wirken in der Gemeinde aufgrund der Familientradition selbstverständlich.¹¹¹ Sie rief einen alten Brauch wieder ins Leben, den Kiddusch, d. h. samstags nach den Gottesdiensten setzt man sich zusammen und isst ei-

ne Kleinigkeit. Sehr wichtig waren für Hertha Nachmann die jüdischen Feiertage. Das erste Pessach-Fest¹¹² nach ihrer Rückkehr feierte sie mit den wenigen Überlebenden der Gemeinde in ihrer damaligen Wohnung in der Durlacher Lußstraße. Ab September 1946 konnten im früheren Gemeindehaus der Israelitischen Religionsgemeinschaft in der Herrenstraße 14 wieder regelmäßig freitags, samstags und an den jüdischen Feiertagen Gottesdienste abgehalten werden.¹¹³ Nun wurde an den Pessach-Festen die gesamte Gemeinde zu einem Mahl eingeladen. Hertha Nachmann organisierte und leitete die Zubereitung des Pessach-Mahls in ihrer eigenen Küche. Fünf bis sechs Frauen teilten sich die Zubereitung der einzelnen Gänge. Schließlich musste alles in die Herrenstraße transportiert werden. Ein solches Mahl wurde auch an Neujahr abgehalten. An Jom-Kippur, dem Versöhnungsfest nach Beendigung der Fastenzeit, wurde das Fasten in der Synagoge beendet. Hertha Nachmann legte eigens dafür Heringe ein. Es wurde ein Schnäpschen dazu gereicht, oder es gab Kaffee und Kuchen, damit man etwas Warmes zu sich nahm. Des Weiteren bekleidete Hertha Nachmann das ehrenvolle Amt der Totenwäsche. Wenn ein jüdischer Religionsangehöriger stirbt, wird er in ein Leichentuch gekleidet und in einen aus vier einfachen Brettern gezimmerten Sarg gebettet. Hertha Nachmann hat mit Hilfe anderer Frauen, u. a. Frau Kahn und Frau Zorn, die Totenwäsche der verstorbenen weiblichen Gemeindeglieder durchgeführt.

Neben diesen im Gemeindeleben wichtigen Tätigkeiten engagierte sich Hertha Nachmann vor allem sozial. Für jeden, der in diesen schwierigen Nachkriegsjahren mit einem Problem zu ihr kam, bemühte sie sich, eine Lösung zu finden. Sie kümmerte sich um Leute, die durch Nationalsozialismus und Krieg enturzelt waren und nicht mehr wussten, wo sie hingehörten. Sie organisierte für Hilfsbedürftige Essen, Kleidung oder Bargeld. *Manchmal kamen freitagabends Leute und klingelten, dann hat sie ihnen zwanzig Mark gegeben. Sie war da sehr großzügig.*¹¹⁴ Alte Leute und Kran-

ke erfreute sie durch ihre Besuche. Den verschiedenen karitativen Einrichtungen der Stadt stand sie mit Rat und Tat zur Verfügung.

Auch an der Wiederbelebung eines jüdischen Frauenvereins war Hertha Nachmann beteiligt. Wohltätige jüdische Frauenvereine hatten in Karlsruhe eine lange Tradition.¹¹⁵ Der *Israelitische Frauenwohltätigkeitsverein* war wahrscheinlich schon 1730 gegründet worden. 100 Jahre danach entstand der *Israelitische Frauenverein*, der 1913 447 Mitglieder zählte. Seit 1840 bestand daneben ein israelitischer Mädchenverein. Während diese Vereine vor allem karitative Hilfe und gegenseitige Unterstützung leisteten, jedoch keinerlei Verbindung zur emanzipativen Frauenbewegung hatten, wurde der 1904 auf Initiative von Bertha Pappenheim in Berlin gegründete *Jüdische Frauenbund* Teil dieser Bewegung.¹¹⁶ 1911 konstituierte sich auch in Karlsruhe ein Ortsverein des *Frauenbundes*, dessen Spuren sich nach dem Ersten Weltkrieg jedoch verlieren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Hertha Nachmann Vorsitzende des *Jüdischen Frauenvereins* und übte diese Funktion jahrzehntelang aus. Ihr dürfte es in erster Linie um die Wiederbelebung einer wohltätigen Frauenarbeit und gegenseitigen Unterstützung gegangen sein und weniger um ein Anknüpfen an die Traditionen der emanzipativen jüdischen Frauenbewegung des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Hertha Nachmann war auch an der Gründung des Dachverbandes der *Jüdischen Frauenvereine* in Deutschland beteiligt. Ihr Sohn Werner Nachmann, der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, war damit nicht ganz einverstanden. Er war der Meinung, der Frauenverein solle seine Arbeit auf lokaler Ebene machen, benötige aber nicht den *Wasserkopf* einer nationalen Organisation, sie erschien ihm überflüssig. Die Gründung des *Jüdischen Frauenvereins* auf deutscher Ebene erfolgte dennoch. Hertha Nachmann konzentrierte sich auch weiterhin auf die Arbeit vor Ort in Karlsruhe. In Würdigung ihres großen Engagements wurde Hertha Nachmann anlässlich ihres 75. Geburtstages

das Bundesverdienstkreuz verliehen.¹¹⁷ Ihre letzten Lebensjahre verbrachte sie im Stephaniensstift, wo sie am 3. März 1990 verstarb.¹¹⁸

Aus der katholischen Frauenarbeit

Bereits im Kaiserreich waren die bedeutendsten konfessionellen Frauenverbände in Karlsruhe von Katholikinnen gegründet worden. Um die Jahrhundertwende hatten sie ein Netz sozialer und kultureller Einrichtungen für Frauen errichtet.¹¹⁹ Eine reichsweite Organisation der katholischen Frauenvereine erfolgte 1904 mit der Konstituierung des *Katholischen Frauenbundes Deutschlands* in Köln. Zweck des Zusammenschlusses war: *1. wirksame Vertretung der allgemeinen Fraueninteressen auf sittlichem, sozialem, beruflichem, wirtschaftlichem und rechtlichem Gebiet; 2. Zusammenfassung der katholischen Frauen aller Betätigungskreise und sozialen Schichten [...]; 3. Aufklärung der katholischen Frauen über Fragen und Probleme, welche die Entwicklung der Gegenwart mit sich bringt, insbesondere soweit sie die Frauenwelt betreffen; 4. wissenschaftliche, soziale und karitative Gemeinschaftsarbeit [...]*¹²⁰

In Karlsruhe wurde 1909 unter Mitwirkung der späteren Landtags- und Reichstagsabgeordneten des Zentrums Clara Siebert (s. S. 81) ein Zweigverein gegründet, der im März 1911 bereits 702 Mitglieder zählte. 1919 erfolgte die Gründung des Katholischen Frauenbundes in Durlach, dem sich gleich über hundert Frauen anschlossen.¹²¹ In den Jahren bis 1933 entwickelte der Verband vielfältige Aktivitäten und schuf soziale Einrichtungen, deren Arbeit durch die nationalsozialistische Machtübernahme erschwert wurde. Das Konkordat vom Juli 1933 gewährte den katholischen Frauenorganisationen zwar die weitere Existenz, bald wurden sie jedoch in ihrer Öffentlichkeits- und Organisationsarbeit stark eingeschränkt und von der Gestapo überwacht. Die Mitglieder des Katholischen Frauenbundes hielten trotzdem ihre Verbindungen aufrecht und setzten,

soweit es ihnen möglich war, ihre religiösen und sozialen Aktivitäten fort. So konnten sie nach Beendigung des Krieges 1945 auf ein relativ intaktes Netz zurückgreifen und ihre Arbeit sofort weiterführen.¹²²

Anna Leimbach und der Katholische Deutsche Frauenbund, Zweigverein Durlach

Eine in Durlach und Karlsruhe bekannte Repräsentantin des Katholischen Frauenbundes war Anna Leimbach. 1887 in Karlsruhe geboren, folgte sie ihrem Ehemann Joseph Leimbach nach Posen. Nach dem Ersten Weltkrieg kehrte sie als Kriegerwitwe mit drei kleinen Kindern zurück und ließ sich in Durlach nieder. Dort war sie 1919 an der Gründung des Katholischen Frauenbundes beteiligt. Zwei Jahre später übernahm sie dessen Vorsitz, den sie dann fast 40 Jahre innehaben sollte. Die katholische Frauenarbeit wurde *ihre zweite Ehe*, wie ihre Tochter Gretel Leimbach sagt.¹²³ Anna Leimbach investierte ihre gesamte Energie und ihre vielfältigen Ideen in diese Arbeit und forderte auch die Mitarbeit ihrer Kinder. Sie führte seit den 20er Jahren eine Kinderferienerholung auf dem Lerchenberg durch, die 1934 unter dem Druck der Nationalsozialisten aufgegeben werden musste. Während der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre initiierte sie das vom Katholischen Frauenverein getragene *Notwerk der Jugend*, in dem arbeitslose Mädchen in Hauswirtschaft unterrichtet wurden. Ferner war sie in der von Clara Siebert eingerichteten Eheberatungsstelle in Karlsruhe tätig und arbeitete in der Jugend- sowie der Gefangenen- und Trinkerfürsorge mit. Sie entfaltete darüber hinaus ein breites Spektrum kultureller Aktivitäten. Schließlich saß sie als Vertreterin des Zentrums in der Durlacher Stadtverordnetenversammlung.

Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde diese engagierte Frau vielfältig tätig. Unter ihrer Leitung leisteten die Mitglieder des Katholischen Frauenbundes vielen bei Kriegsende in Not Geratenen Hilfe; so etwa, als in Durlach Wohnungen für die amerikanischen

Besatzungstruppen geräumt werden mussten: *Wie ein Lauffeuer kam zu allen Mitgliedern die Aufforderung, sofort mit Leiterwagen den betroffenen Familien zu helfen, aus den Häusern und Wohnungen zu retten, was lebensnotwendig war.*¹²⁴ Auch als an Ostern 1946 vertriebene Sudetendeutsche nach Durlach kamen, konnte durch ihre Initiative mit Unterstützung der Caritas innerhalb von einer Woche für viele Familien eine Unterkunft gefunden werden. Bald wurde in der Amtshausstraße, im Bereich der Orgelfabrik, eine Nähstube des Katholischen Frauenbundes eingerichtet, die von einer Schneidermeisterin, die Mitglied des Bundes war, betreut wurde. Anna Leimbach übernahm schließlich die Leitung der Durlacher Hoover-Speisung, die von Mitgliedern des Katholischen Frauenbundes zubereitet und ausgegeben wurde. 1947 kandidierte Anna Leimbach bei den Stadtratswahlen für die CDU (s. S. 102). Neben ihren sozialpolitischen Aktivitäten organisierte sie, die Verbindungen zu Literat/inn/en und Schauspieler/inne/n pflegte, für den Katholischen Frauenbund zahlreiche kulturelle Veranstaltungen. Für ihre Tochter Gretel Leimbach tat sich hier nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft eine *vollständig neue Welt auf*, sie fühlte sich kulturell *wie aus tiefstem Wasser gezogen.*¹²⁵ Die 1912 in Posen geborene Gretel Leimbach, die den Lehrerinnenberuf ausübte und schließlich stellvertretende Direktorin der Fortbildungsschule wurde, arbeitete nach Kriegsende zunächst bei der Kindererholung am Lerchenberg mit. Ihr Leben wurde durch die Tätigkeit der Mutter maßgeblich mit geprägt. Anna Leimbach starb am 24. März 1965. Heute erinnert an sie das von der Gemeinde St. Peter und Paul errichtete Anna-Leimbach-Haus am Hengstplatz.

Anna Leimbach war eine typische Vertreterin der katholischen Frauenbewegung, die bereits vor 1933 reichhaltige Erfahrungen sowohl in der Verbandsarbeit als auch der Kommunalpolitik hatte sammeln können. Es waren vor allem Frauen ihrer Generation, die auch nach 1945 die Frauenarbeit wie die kommunale So-

zialarbeit mitgestalteten. Jüngere Frauen engagierten sich hier in jenen Jahren selten. Im Folgenden soll nun eine Frau vorgestellt werden, die in der Zeit des Nationalsozialismus aufwuchs, jedoch, geprägt durch ein katholisches Umfeld, nach Kriegsende zunächst den Aufbau der katholischen Jugendbewegung mitgestaltete und schließlich im *Sozialdienst katholischer Frauen* (SkF) aktiv wurde.

Gisela Walter – eine Vertreterin der katholischen Jugendarbeit und des Sozialdienstes katholischer Frauen

Die 1925 in Rastatt geborene Gisela Walter war 1933, nach dem frühen Tod ihres Vaters, mit Mutter und Bruder nach Karlsruhe gekommen.¹²⁶ Nach dem Besuch des Fichte-Realgymnasiums und dem *Einjährigen*, der Mittleren Reife, besuchte sie die Haushaltungsschule des Roten Kreuzes und absolvierte anschließend die Krankenpflegeschule des St. Vincentius-Krankenhauses, die sie 1944 mit dem Examen der *Großen Krankenpflege* abschloss.

Der katholische Glaube und die kirchliche Jugendarbeit hatten das Leben Gisela Walters seit ihrer Kindheit wesentlich geprägt. Obwohl sie in kirchlichen Kinder- und Jugendgruppen engagiert war, übte jedoch der *Bund Deutscher Mädel* (BDM), insbesondere die Fahrten, die veranstaltet wurden, zunächst eine gewisse Faszination auf sie aus. Wenn sie mit dem BDM auf Wochenendfahrten ging, machte ihre Mutter jedoch stets zur Bedingung, dass sie sonntagmorgens den Gottesdienst besuche. Sie empfand die Mutter in ihrem Beharren streng. Erst im Nachhinein bewunderte sie ihr konsequentes Verhalten gegenüber dem nationalsozialistischen Regime. Bald verlor der BDM auch für sie seine Anziehungskraft. Nach einem Bombenangriff 1942, bei dem das Haus, in dem sie wohnten, zerstört wurde, verließ die Familie für einige Zeit Karlsruhe. Als sie zurückkehrte, wurde sie nicht mehr als BDM-Mitglied geführt, jedenfalls forderte sie keiner mehr zur Teilnahme auf. Im Mittelpunkt stand

für sie nun die katholische Mädchenarbeit in *St. Stefan*. Sie waren eine eingeschworene Gruppe, deren Zusammenhalt die Jahre überdauerte und bis in die Gegenwart in gemeinsame Arbeit im kirchlichen Spektrum mündete. Es war ihnen von den Nationalsozialisten nur erlaubt, eine *rein religiöse* Arbeit zu machen, doch sie fanden Wege, die engen Bestimmungen zu umgehen. Das Bewusstsein, diesem Regime entgegenzustehen, war stets lebendig. Als ein Jesuitenpater für einige Tage in *St. Stefan* weilte und Vorträge hielt, stenographierten Gisela Walter und drei andere Mädchen seine Worte mit. Noch in der folgenden Nacht transkribierten sie die Texte, die dann an Soldaten an der Front geschickt wurden. Ein anderes Mal skandierten die katholische Jugend auf dem Stefansplatz: *Wir wollen unseren Bischof (Fischer) sehen!* Wenn Gisela Walter als junges Mädchen auch nicht direkt bedroht war, bekam sie doch mit, dass diese Opposition gefährlich war. So sehnte man das Ende des nationalsozialistischen Regimes herbei, um sich endlich wieder frei und nach außen gerichtet religiös betätigen zu können.

Die Situation bei Kriegsende erlebte Gisela Walter dennoch zwiespältig: Einerseits war sie froh, dass der Nationalsozialismus besiegt war, doch sie konnte den Siegern nicht *um den Hals fallen*, war doch da auch die Ungewissheit, was diese vorhatten. Die Franzosen, die am 4. April die Stadt besetzt hatten, ließen sie zunächst in der nach der totalen Zerstörung ihres Elternhauses zugewiesenen Wohnung in der Welfenstraße wohnen. Als Krankenschwester des St. Vincentius-Krankenhauses wurde ihr das Recht zugestanden, in dem ansonsten geräumten Bezirk in der Südweststadt zu bleiben. Als Anfang Juni 1945 dann die Amerikaner kamen, *befreiten* diese sie von der Wohnung.¹²⁷ Vier Jahre waren sie und ihre Mutter gezwungen, in einem kleinen Zimmerchen unter primitivsten Verhältnissen zu hausen. Dies alles, ausgebombt zu sein, ohne Wohnung, ohne jegliches Hab und Gut dazustehen, hat sie lange nicht überwunden.

Dennoch, trotz aller Schwierigkeiten, hat sie

das Kriegsende auch als Erleichterung, als Befreiung empfunden. Es herrschte unter den katholischen Jugendlichen eine Aufbruchstimmung und Begeisterung, etwas miteinander leisten zu können. Ganz entscheidend war das Bewusstsein, nun endlich die Jugendarbeit ohne Zwänge entfalten zu können. Man veranstaltete große Kundgebungen. Gisela Walter leitete die Mädchengruppe von *St. Stefan*, später kam die Leitung einer Gruppe in Mühlburg hinzu. Die Jugendgottesdienste in *St. Stefan* waren von der Freude getragen, endlich wieder zusammen sein zu können. Das katholische Jugendbüro im *Gesellenhäuschen* in der Sophienstraße, geführt von Rektor Binder, Ludwig Walter und dem Jugenddekanatsleiter, erarbeitete Programmvorschlüsse für die einzelnen Gruppen und unterstützte deren Arbeit. Da wurden Lesekreise, Volkstanz-, Musikzirkel und Theater-Arbeitsgemeinschaften initiiert und für Jugendliche ab 18 Jahren Tanzabende mit Motto und Programm veranstaltet. Gemeindeabende und die großen Feste der Pfarreien wurden von der Jugend gestaltet. Höhepunkte stellten gemeinsame Fahrten und Lager dar. Jedes Jahr im September traf sich die gesamte katholische Jugend bei einem großen Zeltlager am Michelsberg. Es wurden politische und religiöse Themen diskutiert. Die Begeisterung dieser Jahre, die Freude am Frieden und an der Möglichkeit, etwas aufzubauen, vermittelt sich noch heute in den Erzählungen Gisela Walters.

Nun konnte sie auch ihren lange gehegten Entschluss, Sozialarbeiterin zu werden, in die Tat umsetzen. Die Ausbildung zur Krankenschwester war eine Station auf dem Weg zum Berufsziel gewesen, das Engagement in der Jugendarbeit lieferte weitere wichtige Erfahrungen und Kenntnisse. Zunächst absolvierte sie im Katholischen Männerfürsorgeverein ein Vorpraktikum, um dann ab 1949 die Soziale Frauenschule in Freiburg zu besuchen. 1951 schloss sie diese Ausbildung mit einem Diplom als Gesundheits- und Jugendfürsorgerin ab. Danach nahm sie eine Tätigkeit beim Jugend- und Sozialamt der Stadt Karlsruhe auf.

Im selben Jahr wurde sie für die katholische Jugend in den neu gegründeten Stadtjugendausschuss delegiert, dessen stellvertretenden Vorsitz sie im folgenden Jahr übernahm. Strukturen und Arbeitsweisen dieses von Männern dominierten Gremiums waren ihr zunächst etwas fremd, doch eröffnete ihr die Auseinandersetzung mit den anderen, ganz unterschiedlichen Jugendorganisationen neue Horizonte.

Nach ihrer Heirat im Mai 1955 und der Geburt ihrer ersten Tochter gab Gisela Walter 1956 die Berufstätigkeit als Fürsorgerin zunächst auf. Es war für sie selbstverständlich, sich nun, entsprechend den gängigen Vorstellungen der Zeit, ganz der Familie zu widmen. 1974, als ihre vier Töchter herangewachsen waren, kam sie als ehrenamtliche Mitarbeiterin zum *Sozialdienst katholischer Frauen* (SkF).

Der SkF, heute ein Frauen- und Fachverband im Deutschen Caritasverband, ist eine Organisation der katholischen Frauenarbeit mit einer über 90-jährigen Tradition in Karlsruhe. Bereits 1906 gründeten einige Frauen einen Fürsorgeverein als Unterabteilung des *Vinzensvereins*. Noch in dem selben Jahr schloss sich dieser jedoch dem 1899 reichsweit gegründeten *Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder* an. Die Erste Vorsitzende dieser Vorläuferorganisation des *Sozialdienstes Katholischer Frauen* wurde die spätere Zentrums-Stadträtin Maria Matheis.¹²⁸ 1908 eröffnete der Verein ein *Zufluchtsheim für gefallene Mädchen*. Seit den 1970er Jahren bietet das *Antoniusheim* auch misshandelten Frauen Schutz. Nach dem Zweiten Weltkrieg lag der Schwerpunkt der Arbeit des SkF bei der Sorge um [...] *durch Besatzungsgruppen gefährdete Frauen, um erziehungsschwierige Mädchen, bei der Betreuung nichtehelicher Mütter und Kinder, ebenso bei der Betreuung geistig schwacher und psychisch kranker Frauen*.¹²⁹ Die zunächst ausschließlich ehrenamtlich getragene Arbeit des Vereins wird seit dem Ende des Ersten Weltkrieges durch ausgebildete Sozialarbeiterinnen unterstützt. Bis heute ist diese intensive Zusammenarbeit zwischen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen ein wesentliches Merk-

mal des *Sozialdienstes katholischer Frauen*. Gisela Walter, die 1976 den stellvertretenden Vorsitz übernahm und seit 1980 die Erste Vorsitzende ist, kamen in dieser ehrenamtlichen Tätigkeit Wissen und Erfahrungen aus ihrem Beruf als Sozialarbeiterin zugute.

Aus der evangelischen Frauenarbeit

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hatten auch die Protestantinnen innerhalb und außerhalb ihrer Kirchengemeinden vielfältige karitative Initiativen entfaltet.¹³⁰ Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gründeten sie dann einen eigenständigen Frauenverband, der die Zeit des Nationalsozialismus überdauerte und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges seine konfessionell begründete sozial- und frauenpolitische Arbeit fortsetzte.

Der Deutsche Evangelische Frauenbund

Hunger nach Zusammenschluss ist da, aber da die Verkehrsmittel sehr beschränkt sind, ist es schwierig. Dann ist noch die Raumfrage schwierig, berichtete die Vorsitzende des *Deutschen Evangelischen Frauenbundes* (DEF) Karlsruhe, Erna Gaber, am 3. September 1945 an den Bundesvorstand der Organisation in Hannover.¹³¹ Eine weitere Schwierigkeit bei der Wiederaufnahme der Verbandsarbeit stellte der Umstand dar, dass [...] *kaum der 20. Teil der Bundesschwester noch in seiner alten Wohnung ist oder sonst aufzufinden*.¹³² Auch Erna Gaber war zu diesem Zeitpunkt bei Verwandten in Spessart bei Ettlingen untergekommen, da ihr Haus in Karlsruhe von den amerikanischen Besatzungskräften beschlagnahmt worden war. Folglich war es ihr fast unmöglich, Veranstaltungen und Zusammenkünfte des DEF zu besuchen. *So kann ich nur wenig für den Bund tun [...]*, bedauerte sie, [...] *aber allein schon 5 Stunden laufen* [von Spessart nach Karlsruhe und zurück], *da bleibt nicht viel Kraft sonst, und ich habe kaum genügend für das tägliche Leben*.¹³³ Es wird deutlich,

dass die letzten Kriegsjahre mit den immer häufiger werdenden Bombenangriffen und die unmittelbare Nachkriegszeit für die Arbeit dieses um die Jahrhundertwende gegründeten konfessionellen Frauenverbandes eine größere Zäsur darstellten als die nationalsozialistische Machtübernahme 1933.

Der DEF war 1899 in Kassel als selbstständiger Verband gegründet worden.¹³⁴ Ziel war es, *auf dem Grunde des evangelischen Bekenntnisses an der Lösung der Frauenfrage und der religiös-sittlichen Erneuerung und sozialen Hebung des Volkslebens* mitzuarbeiten.¹³⁵ Gefordert wurde das Frauenstimmrecht bei kirchlichen Gemeindewahlen. Das politische Stimmrecht und die staatsbürgerliche Gleichberechtigung lehnte der DEF jedoch im *Interesse des Vaterlandes* ausdrücklich ab, da die *noch vielfach mangelnde Reife der Frauen in absehbarer Zeit keinen Segen für das deutsche Volk bedeute*.¹³⁶ 1908 trat der DEF der Dachorganisation der bürgerlichen Frauenbewegung, dem *Bund Deutscher Frauenvereine* (BDF) bei, um dort in der Diskussion um den § 218 und die Sittlichkeitsfrage den konservativen Flügel zu stärken. Als der BDF jedoch 1918 das Wahlrecht für Frauen forderte, erklärte der DEF demonstrativ seinen Austritt. Im folgenden Jahr, im November 1919, sollte schließlich auch eine Gruppe des DEF in Karlsruhe gegründet werden.¹³⁷ Erste Bemühungen hierzu reichten bereits in das Jahr 1907 zurück, scheiterten vor dem Ersten Weltkrieg jedoch vor allem an der starken Stellung des *Badischen Frauenvereins*, [...] *der paritätisch und von der Großherzogin lebhaft unterstützt, alles in Anspruch nimmt. Für spezifisch evangelische Arbeit ist hier wenig Raum*, wurde aus Karlsruhe an den Bundesvorstand in Hannover gemeldet.¹³⁸ So bildete sich zunächst eine *Propagandagruppe Karlsruhe*, bestehend aus zwölf Damen. Auch nach der offiziellen Gründung des DEF 1919 gestaltete sich die Arbeit im Spannungsfeld zwischen *Badischem Frauenverein* und katholischer Frauenarbeit schwierig. Es fehlte an finanziellen Mitteln und Räumen. Dennoch wuchs der Verband

bis 1933 schließlich auf 200 Mitglieder an. *Der DEF ist einer der wenigen deutschen Frauenvereine, der [...] die Zeit des Nationalsozialismus ungeschoren überdauert hat [...]*¹³⁹

Auch in Karlsruhe konnte der Verband nach der nationalsozialistischen Machtübernahme seine Arbeit fortsetzen. Die Karlsruher Vorsitzende Baronin von Racknitz berichtete im Mai 1933 nach Hannover, dass die Ortsgruppe *unter den veränderten Verhältnissen keine Schwierigkeiten erfahren [...]* habe.¹⁴⁰ Sie selbst trat jedoch ein halbes Jahr später zurück, zu ihrer Nachfolgerin wurde Erna Gaber gewählt. Die Geschäftsstelle des Bundes in der Gartenstraße 27 blieb weiterhin bestehen. In der Arbeit des Verbandes wurden nun ausschließlich theologische und kirchliche Glaubensfragen thematisiert, politischer Äußerungen enthielt man sich aus Furcht vor Sanktionen. Im Dezember 1941 wurden die badischen Ortsverbände des DEF schließlich in die evangelische Landeskirche eingegliedert. Den Schutz der Kirche gegen mögliche nationalsozialistische Übergriffe auf seine Arbeit bezahlte der badische DEF mit dem Verlust seiner Eigenständigkeit.

Die Schwierigkeiten, die nach dem Ende des Krieges und der nationalsozialistischen Herrschaft für die Fortsetzung der Arbeit des Karlsruher DEF als selbstständige Organisation entstanden, konnten bis zur Währungsreform weitgehend überwunden werden. 1948 zählte die Gruppe schließlich wieder 112 Mitglieder.¹⁴¹ Und bis 1951 hatte sich die Verbandsarbeit gefestigt und ausgeweitet; regelmäßige Vortragsveranstaltungen, die Bibelarbeit und ein von Frau Dr. Gillet geleiteter Arbeitskreis für moderne Literatur waren feste Programmpunkte. Eine neue Aufgabe stellte sich zu Beginn der 60er Jahre mit der Hilfe für contergangeschädigte Kinder. 1964 legte Erna Gaber nach über 30 Jahren den Vorsitz nieder, ihre Nachfolgerinnen wurden Deta Löw und die Stadträtin Melitta Schöpf. Wie viele der traditionellen Frauenverbände tat sich auch der DEF zunächst schwer, einen Generationswechsel zu vollziehen. Anfang der 70er Jahre

bekundeten nur noch fünf der insgesamt 130 eingeschriebenen Mitglieder Interesse an der Verbandsarbeit.¹⁴² Diese Krise war jedoch dank vielfältiger neuer Initiativen bald überwunden. Junge Frauen konnten mittels einer Diskussionsrunde mit Kinderbetreuung am Nachmittag gewonnen werden. 1976 initiierte der DEF die Gründung des *Verbandes Alleinstehender Mütter und Väter (VAMV)* in Karlsruhe. 1984 baute er den *Verein für Internationale Jugendarbeit* als Nachfolgeorganisation des Vereins *Freundinnen junger Mädchen* neu auf. Im 75. Jubiläumsjahr 1994 zählte der Karlsruher DEF 123 Mitglieder. Der Literaturzirkel, eine ökumenische Gesprächsrunde, der Ökokeis in der Arbeitsgemeinschaft evangelischer Hausfrauen, ein Besuchsdienst in Alters- und Pflegeheimen sowie die *Freundschaftsbrücke Nicaragua* sind heute feste Bestandteile in der Arbeit des selbstständigen evangelischen Frauenverbandes.

Konnte der *Deutsche Evangelische Frauenbund* als Organisation die Zeit des Nationalsozialismus relativ unbeschadet überstehen und in der Nachkriegszeit fast bruchlos an seine bisherige Arbeit anknüpfen, soll im Folgenden von einer wichtigen Vertreterin der evangelischen Frauenarbeit in Baden die Rede sein, deren konfessionelles Engagement in der Nachkriegszeit auf ganz anderen Erfahrungen basierte.

Gertrud Hammann – erste Vorsitzende der evangelischen Frauenarbeit in Baden

Gertrud Hammann kehrte 1949 als Landesfürsorgerin beim Evangelischen Oberkirchenrat in ihre Geburtsstadt Karlsruhe zurück.¹⁴³ 1955 übernahm sie die Geschäftsführung des Frauenwerkes der Evangelischen Landeskirche in Baden. In dieser Funktion prägte und gestaltete sie insbesondere die sozialen und gesellschaftsorientierten Arbeitszweige der Frauenarbeit. Das Kriegsende hatte sie 1945 in Montpellier erlebt. Von der nationalsozialistischen Rassepolitik außer Landes getrieben, verbrachte sie zehn Jahre ihres Lebens in Frank-



57 Gertrud Hammann, 1949 Landesfürsorgerin beim Evangelischen Oberkirchenrat.

reich. Die Tatsache, einen jüdischen Vater zu haben, hatte ihr das Leben in Deutschland unmöglich gemacht.

Am 28. Februar 1910 als uneheliche Tochter einer protestantischen Modistin und eines orthodox jüdischen Firmeninhabers in Karlsruhe geboren, verbrachte sie die Kindheit in einer Heidelberger Pflegefamilie. Sie wuchs in einem protestantisch geprägten Umfeld auf und legte 1931 am Mannheimer Mutterhaus für evangelische Kinderschwestern und Gemeindepflege ihr Kindergärtnerinnen-Examen ab. Erst die nach der nationalsozialistischen Machtübernahme verstärkte antisemitische Propaganda setzte bei Gertrud Hammann, die kaum Kontakt mit ihrem Vater gehabt hatte, eine Auseinandersetzung mit der jüdischen Seite ihrer Herkunft in Gang. In Konflikt mit dem nationalsozialistischen Staat geriet sie zunächst jedoch im Rahmen ihrer Tätigkeit als evangelische Jugendleiterin. Ihre halb-jüdische Herkunft wurde ihr dann im Sommer 1937 zum Verhängnis. Da *jüdisch*

versippte Leute zur Erziehung der deutschen Jugend nicht fähig seien,¹⁴⁴ musste sie, entsprechend einem Erlass des Reichserziehungsministers, ihren Dienst als Leiterin des Gemeindekindergartens in Neumühl bei Kehl quittieren.¹⁴⁵ Für Gertrud Hammann folgten schwere Jahre. Es wurde ihr aufgrund ihrer Herkunft unmöglich gemacht, in Deutschland ihren Lebensunterhalt zu verdienen. So entschloss sie sich nach einer längeren Odyssee im Sommer 1938 schließlich zur Flucht nach Frankreich. Vermittelt über Gemeindeglieder aus Neumühl, fand sie bei einer Familie in Montpellier Aufnahme als Haushaltshilfe sowie Deutschlehrerin und Erzieherin der Kinder. Von den Nationalsozialisten außer Landes getrieben, wurde sie bei Beginn des Frankreichfeldzuges im Mai 1940 als in Frankreich lebende Deutsche im Lager Gurs interniert. Hier verbrachte sie einige Monate gemeinsam mit vielen anderen emigrierten Juden sowie den im Oktober aus Baden und der Pfalz deportierten Juden. Der Bürgerschaft des ihr bekannten Leiters des Konservatoriums von Montpellier verdankte sie schließlich, dass sie aus dem Lager freikam.

Gertrud Hammanns Wissensdurst und Lernbegierde dürften sie über die Einsamkeit hinweggetröstet und das Überleben in der Emigration erleichtert haben. Neben der existenzsichernden Arbeit als Haushaltshilfe studierte sie am Konservatorium von Montpellier Gesang und legte an der Fakultät für Ausländer ein Examen ab, das zum Eintritt in die Universität berechtigte. In den folgenden Jahren erwarb sie an der Fakultät für Literatur ein Diplom, das zum Unterrichten in französischer Sprache und Kultur befähigte und legte eine Reihe weiterer Prüfungen in Sprache, Literatur und Philologie ab. Sie erhielt ein Stipendium der Universität und nahm schließlich am psychologisch-pädagogischen Institut der Universität Studien in Erziehungswissenschaft auf. *Mein Ziel war, von nun an soviel als möglich zu lernen, um bereit zu sein, als Lehrerin in der deutschen Jugend zu arbeiten*,¹⁴⁶ erinnerte sie sich später. Doch als sie 1947 nach Deutschland zurückkehrte, zer-

schlugen sich ihre Hoffnungen, als Sprachlehrerin tätig sein zu können. Man erkannte hier ihr französisches Diplom nicht an. Sie musste erneute Studien und Prüfungen absolvieren. Im Frühjahr 1948 legte sie an der Evangelischen Sozialen Frauenschule in Freiburg das Staatsexamen ab.

Das Kriegsende erlebte Gertrud Hammann in Montpellier. Sie war zunächst in Frankreich geblieben, um ihre pädagogischen Studien abzuschließen und absolvierte in einem Pariser Erziehungsheim ein Praktikum. Erleichtert, dass die ständige Gefahr endlich vorüber war, empfand sie doch nicht die überschäumende Freude wie ihre französischen Kommilitonen, denn sie fühlte zugleich eine Verbundenheit mit Deutschland, aus dem sie hatte fliehen müssen. So war sie ständig hin- und hergerissen zwischen den Welten, Christentum – Judentum, Deutschland – Frankreich, nirgendwo ganz zugehörig. *Ich komme mir so entwurzelt vor*, schrieb sie im Juli 1946 aus Paris an ihre Familie nach Heidelberg.¹⁴⁷

Nach dem Abschluss der Sozialen Frauenschule in Freiburg nahm Gertrud Hammann zunächst eine Tätigkeit als Fürsorgerin des Hilfswerks der evangelischen Landeskirche Baden in Offenburg auf, wo sie Flüchtlinge und Vertriebene betreute. Im März 1949 kam sie als Landesfürsorgerin beim Evangelischen Oberkirchenrat in Baden nach Karlsruhe. Hier nahm sie sich auch der Wiederbelebung der evangelischen Jugendverbandsarbeit an und engagierte sich insbesondere in der Jugendarbeit an der Lutherkirche. Im Februar 1955 übernahm sie schließlich die Geschäftsführung der Frauenarbeit in der evangelischen Landeskirche Badens, die sie bis zu ihrer Pensionierung im Oktober 1971 ausübte. Arbeitsweise und Strukturen der evangelischen Frauenarbeit sind bis heute ganz wesentlich von Gertrud Hammann geprägt. Sie führte hier als einziges Werk der Landeskirche eine Teamleitung ein. Zwei Frauen, eine Sozialarbeiterin und eine Theologin, verantworten gemeinsam die Geschäftsführung. Die Arbeit der Müttergenesung, bis heute stärkster Arbeitsbereich der

evangelischen Frauenarbeit in Baden, wurde unter ihrer Leitung wesentlich ausgebaut.¹⁴⁸ 1956 initiierte sie die Gründung des *Evangelischen Dorfhelferinnenwerkes*. Besonders nahm sie sich der Frauen über 60 Jahren an und richtete für sie Erholungskuren ein. Neben diesen sozialen Arbeitsbereichen war ihr auch das Mitwirken der Frauen in Kirche und Gesellschaft ein Anliegen. Sie führte staatsbürgerliche Tagungen für Frauen sowie Schulungen für weibliche Kirchenälteste durch, Mütterschulungen, Freizeiten für Berufstätige und kunstgeschichtliche Freizeiten in Frankreich waren Aktivitäten, denen sie sich auch nach ihrer Pensionierung weiterhin widmete. Gertrud Hammann, die die Frauenarbeit der evangelischen Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg so wesentlich mitgeprägt hat, verstarb am 12. Juni 1990 in Karlsruhe.

Das Ende eines traditionsreichen Verbandes – Der Badische Frauenverein

Der größte badische Frauenverband des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, dessen Anhängerinnen sich zwar *als Teil der bürgerlichen Frauenbewegung* verstanden, *aber deren explizit emanzipatorische Forderungen ablehnten*, konstituierte sich nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wieder.¹⁴⁹ Der *Badische Frauenverein*, der 1859 unter dem Protektorat von Großherzogin Luise gegründet worden war, hatte 1919 landesweit 93 622 Mitglieder gezählt und hatte allein in der badischen Hauptstadt Karlsruhe 20 Adressen.

Für die Nationalsozialisten, deren Politik nach der Machtübernahme auf eine „Gleichschaltung“ der Bevölkerung zielte, wurde der Frauenverein mit seinen vielfältigen Institutionen und seinem Einfluss auf das Leben vieler Frauen als eigenständige Organisation untragbar.¹⁵⁰ Darüber hinaus waren insbesondere die diversen kriegswichtigen Einrichtungen, etwa zur Ausbildung von Samariterinnen, des seit 1921 mit dem *Badischen Männerhilfsverein* zum *Badischen Roten Kreuz* vereinigten *Badischen*

Frauenvereins für den nationalsozialistischen Staat von Interesse. Da sich der Frauenverein im Frühjahr 1933 nicht auflöste, unterlag er einer schrittweisen Entmachtung und Einbuße seiner Eigenständigkeit. Zunächst wurde die Kreisleiterin der NS-Frauenschaft, Else Paul, als Zweite Landesvorsitzende des Frauenvereins vom *Roten Kreuz* eingesetzt. Erste Versuche, die Arbeit des Vereins inhaltlich zu beeinflussen, erfolgten im September 1933 mit einer mehrtägigen Belehrungstagung für Helferinnen des *Badischen Frauenvereins* in Karlsruhe, bei der die badische Gaufrauenschaftsleiterin Gertrud Scholtz-Klink für die nationalsozialistische Idee und die Mitarbeit der Frauen als Helferinnen im neuen Staat warb. Dabei scheint sie keineswegs auf eine rundum ablehnende Haltung gestoßen zu sein, wie die Berichterstattung der *Blätter des Badischen Frauenvereins* verdeutlicht: *Ihre von hohen idealen Gedanken durchdrungenen Ausführungen ließen die geborene Führerin erkennen. [...] Eindringlich legte sie dar, dass Nationalsozialismus eine Weltanschauung, ein Glaube, ein inneres Erleben, eine Gnade sei. [...] Der neue Staat brauche Mitarbeiterinnen, und sie hoffe, die deutschen Schwestern werden sich in das Geschehen ihres Volkes einstellen.*¹⁵¹ Im November 1933 akzeptierte der *Badische Frauenverein* schließlich eine neue Satzung, die den nationalsozialistischen Forderungen entsprach. Ein halbes Jahr später erfolgte seine Eingliederung in den von Nationalsozialisten gegründeten *Reichsfrauenbund vom Roten Kreuz*, dessen Vorsitz Gertrud Scholtz-Klink führte. Die von den Mitgliedern des *Badischen Frauenvereins* gewählte Vorsitzende wurde durch einen neuen vom Präsidenten des *Deutschen Roten Kreuzes* ernannten Vorstand ersetzt. Damit gehörte der *Badische Frauenverein* dem *Deutschen Frauenwerk* an, bestand als Einzelverein jedoch weiter. Seine endgültige Auflösung erfolgte am 9. Dezember 1937, sein Besitz ging an die NS-Frauenschaft und die NS-Volkswohlfahrt über. Von dieser Auflösung waren 4 773 Frauen aus dem heutigen Stadtgebiet Karlsruhes betroffen, die fast

alle schon in den vorangegangenen Jahren in die nationalsozialistische Frauenarbeit integriert worden waren.

Einige der zuvor im *Badische Frauenverein* tätigen Frauen entzogen sich jedoch der völligen Vereinnahmung des *Roten Kreuzes* durch die Nationalsozialisten, indem sie sich aus der karitativen Arbeit zurückzogen.¹⁵² Auch war die Eingliederung des traditionellen badischen Frauenverbandes in das *Deutsche Frauenwerk* vermutlich nicht in allen Ortsverbänden reibungslos vonstatten gegangen. Durch das nationalsozialistische Organ *Der Stürmer* ist der Versuch einer Ortsgruppe des *Badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz* überliefert, der umfassenden *Gleichschaltung* ihre Auffassung von Gemeindearbeit entgegenzusetzen. Im kleinen badischen Ort Neumühl bei Kehl wurde im Sommer 1937 die Leiterin des evangelischen Gemeindekindergartens entlassen, weil sie einen jüdischen Vater hatte.¹⁵³ Die Solidarität eines großen Teils der Einwohnerschaft Neumühls mit ihrer entlassenen Kindergärtnerin demonstrierten vier Wochen später rund 50 Mitglieder des *Badischen Frauenvereins*, indem sie sich mit dieser an ihrem neuen Aufenthaltsort trafen. *Ein sonderbarer Frauenverein* titelte daraufhin *Der Stürmer* und prangerte das Handeln der Neumühler Frauen an: *Artveressene deutsche Weiber besuchen eine Jüdin [...]*¹⁵⁴ Doch damit nicht genug, während die Nationalsozialisten des Ortes sich freuten, dass nach der Entlassung der evangelischen Schwester [...] endlich der Weg für eine N.S.-Kindergärtnerin frei war, seien die Frauen des Neumühler Frauenvereins, der dem *Roten Kreuz* angeschlossen ist, schwer gekränkt. *Unter reichlichem Tränenfluss wurde die Jüdin von den Vorstandsfrauen zur Bahn geleitet. Das unglaublichste aber kommt noch. Diese sonderbaren deutschen Frauen boykottieren heute die N.S.-Kindergärtnerin, wo sie nur können.*

Mit der Auflösung des *Badischen Frauenvereins* 1937 hatte die Geschichte eines der traditionsreichsten Verbände des Landes ein Ende gefunden. Davon relativ unberührt arbeiteten

jedoch viele Frauen weiterhin im *Roten Kreuz* mit. Die Schwesternschaft vom *Roten Kreuz* vollzog die *Gleichschaltung* offensichtlich ohne größere Widerstände. So widmeten z. B. die *Blätter aus dem Mutterhaus der Schwestern des badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz* im April 1937 ihre Titelseite mit *Sieg Heil!* dem Führer Adolf Hitler zum Geburtstag. Das Zitat Hitlers, das hier als Motto gewählt wurde, wirft ein Licht auf die Involviertheit der Schwestern des *Roten Kreuzes* in die Kriegsvorbereitungen: *Die Politik ist nichts anderes [...] als Wahrung der Lebensinteressen eines Volkes und die praktische Durchführung seines Lebenskampfes mit allen Mitteln.*¹⁵⁵

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft wurden das *Deutsche Rote Kreuz* und seine Gliederungen von den Besatzungsmächten aufgelöst. Dessen ungeachtet, bemühten sich die Mutterhäuser der Schwesternschaft vom *Roten Kreuz*, ihre Arbeit fortsetzen zu können. 1947 konnte der *Verband deutscher Mutterhäuser vom Roten Kreuz* neu gegründet werden, im Juni 1949 konstituierte sich die *Badische Schwesternschaft vom Rotenkreuz (Luisenschwestern) e. V. Karlsruhe*. Es bedurfte in den folgenden Jahren langer und schwieriger Verhandlungen mit dem neu gebildeten Landesverein vom *Roten Kreuz*, um die Besitzverhältnisse der Schwesternschaft zu klären. Dabei ging es vor allem um die Zuerkennung von Gelände und Gebäuden an der Kaiserallee 10. Dieses Areal hatte der *Badische Frauenverein* 1923 vom Staat gepachtet. 1953 war der Pachtvertrag abgelaufen. Die folgenden langwierigen Verhandlungen führten schließlich zu einem Tausch von Grundstücken, Verkauf von Gebäuden und zu einer neuen Grenzziehung innerhalb des großen Geländes. Das Land Baden-Württemberg sollte schließlich an Stelle des zerstörten Mutterhauses eine neue Landesfrauenklinik errichten. Die Schwesternschaft konnte ein neues Mutterhaus entlang der Kochstraße bauen, das am 26. März 1957 eingeweiht wurde.¹⁵⁶ So hatte schließlich nur einer der ehemaligen Arbeitsbereiche des *Badischen Frauenvereins*, die Krankenpflege, auch

nach dem Zweiten Weltkrieg weiter Bestand. Zu einer Neukonstituierung des *Badischen Frauenvereins*, [...] der seit den 1860er Jahren vielen Frauen den Zugang zum öffentlichen Leben und zu sinnvoller Tätigkeit im Bereich der Kranken- und Kinderpflege und der Wohltätigkeit eröffnet und der die Geschichte der Stadt Karlsruhe maßgeblich mitgeprägt hatte, kam es nicht mehr.¹⁵⁷ Der durch das Protektorat der Großherzogin Luise von Anfang an stark mit dem badischen Fürstenhaus und Staat verbundene Verein hatte bereits mit dem Ende der Monarchie nach 1918 an Bedeutung verloren. Viele seiner Einrichtungen, etwa die Krankenhäuser, waren nach dem Ersten Weltkrieg verstaatlicht worden oder gingen, wie die Kinderhorte und Schulen, in die städtische Verwaltung über. Die an den Verhältnissen des Kaiserreichs ausgebildete Auffassung karitativer Arbeit und die traditionelle Arbeitsweise des Verbandes hatten sich überlebt. Anders als bei der sozialdemokratischen *Arbeiterwohlfahrt* (s. S. 28 ff.) oder den konfessionellen Verbänden *Caritas* und *Diakonisches Werk*, war es dem *Badischen Frauenverein* nicht gelungen, den Wandel zu einer modernen, professionell geführten Wohlfahrtsorganisation zu vollziehen. Auch die Vorstellungen des *Badischen Frauenvereins* hinsichtlich der Rolle der Frauen in der Gesellschaft waren bereits mit Einführung des Frauenwahlrechts 1918 von der gesellschaftlichen Realität überholt worden. Für eine Wiedergründung dieses gänzlich an Ideen und Vorstellungswelten des 19. Jahrhunderts orientierten Verbandes gab es nach 1945 keine gesellschaftliche Basis mehr.

Der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD)

Zu den wenigen eigenständigen, sich ausdrücklich als politisch verstehenden Frauenorganisationen, die sich in der Nachkriegszeit in Karlsruhe bildeten, gehörte der *Demokratische Frauenbund Deutschlands* (DFD).¹⁵⁸ Der DFD wird meist als Frauenorganisation der KPD/

SED gesehen, doch kann er in seiner Anfangszeit durchaus als Versuch gewertet werden, eine überregionale, überparteiliche Frauenorganisation in Deutschland zu etablieren. Hier fanden Vertreterinnen divergierender politischer Parteien und der traditionellen Frauenbewegung zusammen mit politisch ungebundenen Frauen für eine kurze Zeit gemeinsame Handlungsspielräume.¹⁵⁹

Frauen könnten sich auf die gebräuchlichen Organisationsformen, auch auf die Parteien, nicht mehr verlassen, da diese in der Mobilisierung von Frauen und in der Vertretung frauenspezifischer Interessen nicht genügten, hieß es beim *Deutschen Frauenkongress für den Frieden*, der vom 7. bis 9. März 1947 in Berlin tagte und die Gründung des DFD beschloss.¹⁶⁰ Hervorgegangen ist der DFD aus den Frauenausschüssen, die sich insbesondere in Berlin und der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) gebildet hatten und in erster Linie ein sozialpolitisches Netzwerk zur Unterstützung des Wiederaufbaus der kommunalen Verwaltungen darstellten. Daneben sollten sie der Schulung und Umerziehung von Frauen im demokratischen Sinn dienen.¹⁶¹ Am 13. Juli 1946 fand im Berliner Theater am Schiffbauerdamm eine erste Delegiertenkonferenz der Frauenausschüsse Berlins und der SBZ statt, bei der auch die Frage nach Notwendigkeit und Möglichkeit einer überparteilichen Frauenbewegung im Nachkriegsdeutschland diskutiert wurde.¹⁶² Als eine Lehre aus der Vergangenheit sollte die Spaltung der deutschen Frauenbewegung überwunden werden. Die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus hatte sich vor allem bei den Antifaschistinnen aller politischen Lager als Bereitschaft zu gemeinsamen politischen Handeln niedergeschlagen. So scheint die von der SED ausgehende Initiative zur Gründung des DFD von der Mehrzahl der Delegierten akzeptiert worden zu sein. Dennoch fand ein nahtloser Übergang der Frauenausschüsse in einen Frauenverband nicht die notwendige Mehrheit. Es wurde zunächst ein Vorbereitungskomitee für die Schaffung eines demokratischen Frauenbundes gebildet, in dem

die Berlinerinnen die stärkste Gruppe bildeten.¹⁶³ In Werbelisten für den neuen Verband trugen sich bis März 1947 über 200.000 Frauen aus Berlin und der SBZ ein. Am Gründungskongress im März 1947 nahmen schließlich 1.400 Frauen aller Besatzungszonen, aus Berlin, Vertreterinnen der *Internationalen Demokratischen Frauenföderation* (IDFF) und der schwedischen Sektion des *Internationalen Bundes demokratischer Frauen* teil. Der Konsens innerhalb des ersten überregionalen Frauenverbandes der Nachkriegszeit ließ sich zunächst fast konfliktlos mit dem Begriff „Frieden“ herstellen. Die Leitung des Verbandes übernahmen die parteilose Anne-Marie Durand-Wever als Vorsitzende, Else Lüders (CDU), Emmy Damerius (SED), Helene Beer (LDP) und Käthe Kern (SED) als Stellvertreterinnen. Zwar schien somit die Überparteilichkeit gewährleistet, doch wurde der Vorsitz des DFD in erster Linie auf Repräsentationsaufgaben beschränkt. Von den 38 Mitgliedern des Bundesvorstandes gehörten 20 der SED an. Dennoch boten sich in der Anfangszeit Freiräume, fanden von den Auffassungen der SED abweichende Meinungen im DFD durchaus Raum.¹⁶⁴ Die Westalliierten verweigerten dem DFD eine Lizenz für das gesamte Berlin. Daraufhin wurde die Gründung eines *Demokratischen Frauenbundes Berlin* (DFB) initiiert, der am 20. Dezember 1947 die offizielle Zulassung erhielt. Im Ostteil der Stadt erfolgte 1952 die Angliederung an den DFD, in West-Berlin existierte der DFB bis 1991 als eigenständiger Verband weiter.¹⁶⁵ In den Westzonen verboten die Besatzungsmächte die Vorbereitungen zur Gründung des DFD. Erst im September 1950 konnte der Verband in der Bundesrepublik bei einem Friedenskongress in München gegründet werden.¹⁶⁶ Zwar wurde hiermit ein eigenständiger Verband und nicht die Frauenorganisation der KPD konstituiert, doch fand diese Gründung in der Bundesrepublik zu einem Zeitpunkt statt, als sich der DFD in der DDR bereits vom überparteilichen Verband zum *Transmissionsriemen* der SED entwickelt hatte.¹⁶⁷

Der überregionalen westdeutschen Gründung waren teilweise schon lokale Zusammenschlüsse vorausgegangen. Hilde Wagner (s. S. 88), die nach dem Verbot der FDJ 1952 Landessekretärin des DFD in Baden-Württemberg wurde, erinnert sich, dass bereits um den 8. März 1950 örtliche DFD-Gruppen gegründet wurden.¹⁶⁸ Wann genau eine Gründung in Karlsruhe stattfand, lässt sich nicht mehr nachweisen. Erste Vorsitzende war Friedel Reger (s. S. 90). *Da sie berufstätig und bei der Stadtverwaltung beschäftigt war, musste sie ihre politische Arbeit reduzieren.*¹⁶⁹ Ihre Nachfolgerin wurde Ruth Grimm, die 1952 auch die Leitung des Bezirks Nordbaden übernahm und in dem selben Jahr in die KPD eintrat.

Ruth Grimm,¹⁷⁰ die 1948 nach Karlsruhe kam, war in einem Berliner Künstlerhaushalt aufgewachsen und bereits 1929 angesichts des drohenden Aufstiegs der Nationalsozialisten mit ihrer Familie emigriert.¹⁷¹ Die Jahre des nationalsozialistischen Regimes und des Krieges verbrachte sie in Frankreich, wo sie Kunstgeschichte studierte. Im Mai 1940, bei Beginn des Frankreichfeldzuges, wurden die in Frankreich lebenden Deutschen, darunter viele Juden, als *feindliche Ausländer* interniert. Ruth Grimm verbrachte viereinhalb Monate im Lager von Gurs, wohin im Oktober 1942 auch die badischen Juden deportiert wurden. Im September 1944 erlitt sie bei der Bombardierung eines Zuges, in dem sie nach Deutschland zurückkehren sollte, lebensgefährliche Verletzungen. Angesichts ihrer Erfahrungen wurde für Ruth Grimm nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges der Kampf um die Sicherung des Friedens, gegen die Wiederbewaffnung und atomare Rüstung ein wichtiges Anliegen. So lag es nahe, dass sie, die im linken Milieu groß geworden war und deren erster Ehemann mit den Internationalen Brigaden in Spanien gegen Franco gekämpft und anschließend im Konzentrationslager Dachau interniert gewesen war, 1951 den Weg in den DFD fand. Schließlich hatte dieser die Sicherung des Friedens an oberster Stelle in sein Programm geschrieben. Besonders interessant fand Ruth Grimm je-



58 Edith Dietz (Mitte) bei einer Veranstaltung des DFD um 1955, rechts Hilde Wagner.

doch den Aspekt der internationalen Zusammenarbeit mit Frauen aus anderen Ländern und den Anschluss des DFD an den IDFF. *Ruth Grimm entwarf für Karlsruhe das Programm des DFD und leitete die Veranstaltungen. [...] Da [sie] sich lange im Ausland aufgehalten und auch studiert hatte, fiel ihr diese Tätigkeit nicht schwer. Viel schwieriger war es für sie, Frauen zu interessieren und für die Ziele des DFD zu gewinnen.*¹⁷² Verbündete fand sie in der Kommunistin Irma Schnepf und in Edith Dietz, der Frau des KPD-Stadtrates Friedrich K. H. Dietz, mit der sie bis heute eine Freundschaft verbindet. *Wir drei [...] verstanden uns sofort und wurden ein gutes Team*, erinnert sich Edith Dietz.¹⁷³ Sie war in diesem Kreis die Jüngste und sagt von sich selbst, sie habe politisch keine Erfahrung gehabt. Mit der Politik kam sie durch ihren Ehemann in Berührung, den sie im Schweizer Exil kennen gelernt hatte, doch trat sie selbst nicht der KPD bei. Die Mitarbeit im DFD ermutigte sie jedoch zu eigen-

ständigem politischem Handeln, das sie rückblickend selbst etwas abwertet, wenn sie konstatiert: *Trotzdem glaubte ich damals, dass wir „drei“ [Dietz, Grimm, Schnepf] jetzt große Politik machten.*¹⁷⁴ Diese Einschätzung scheint nicht ganz frei von der weitverbreiteten Ansicht, „ernst zu nehmende“ Politik werde alleine in Parteien und Gremien gemacht, Engagement von Frauen diene mehr dem *Zeitvertreib*. Mit einzelnen Aktionen – auch wenn sie noch so klein gewesen sein mögen – setzten Edith Dietz und Ruth Grimm jedoch auch in Karlsruhe Zeichen des Widerspruchs gegen Wiederbewaffnung und atomare Rüstung, gegen die einsetzende gesellschaftliche Reaktion Mitte der 50er Jahre. Im Sommer 1954, während sich der Abwurf amerikanischer Atombomben auf Hiroshima (6. August 1945) und Nagasaki (9. August 1945) zum neunten Mal jährte, tagte in Karlsruhe ein Ärztekongress. Da der DFD das Gedenken an die Opfer der Atombomben mit Aktionen gegen die atomare Bewaffnung verknüpfen wollte, hatten Ruth Grimm und Edith Dietz die Idee, auf den Kongress zu gehen und mit den Ärzten ihre Forderungen nach einem Verbot der Atombombe zu diskutieren. Schon zuvor hatten die beiden Frauen eine gemeinsame friedenspolitische Aktion durchgeführt. Als bald nach der Währungsreform wieder Panzer, Gewehre, Soldaten u. Ä. in den Schaufenstern der Spielwarenläden auftauchten, besuchten sie die Inhaber und baten diese, das Kriegsspielzeug aus dem Sortiment zu nehmen.¹⁷⁵ Die unmittelbaren Erfolge und Auswirkungen solcher Aktivitäten auf das politische Geschehen insgesamt mögen gering gewesen sein, doch sind sie als Zeichen von Zivilcourage und Bereitschaft zu Engagement zu werten, die für die Existenz einer demokratischen Gesellschaft unabdingbar scheinen. Ihre Erfahrungen als von den Nationalsozialisten verfolgte Jüdin brachte Edith Dietz in jenen Jahren nicht in den DFD ein.¹⁷⁶ Dies mag zum einen darauf zurückzuführen sein, dass die Verfolgung und Vernichtung der Juden während des Nationalsozialismus in der deutschen Nachkriegsgesellschaft insgesamt lange

Zeit tabuisiert wurde. Aber auch die Linke, Kommunisten wie Sozialdemokraten, bezogen sich in ihrer Traditionsbildung allein auf die politisch Verfolgten. Dies ging im Extremfall so weit, dass z. B. der vom Magistrat der Stadt Berlin gegründete Hauptausschuss *Opfer des Faschismus* im Juni 1945 den Juden die Anerkennung als Opfer des Faschismus verweigerte: *Sie haben alle geduldet und Schweres erlitten, aber sie haben nicht gekämpft.*¹⁷⁷ Edith Dietz' Vergangenheit war in Karlsruhe kaum bekannt. Erst 1990, nach der Veröffentlichung ihrer Erlebnisse in der NS-Zeit, bekannte sie sich wieder zu ihrer Herkunft: *Das fiel mir nicht leicht. [...] Ich hatte Angst davor, die Angst, die ich 1933 bis 1942 vielfach erlebt hatte, kehrte wieder, ohne dass dafür konkrete Gründe zu nennen gewesen wären.*¹⁷⁸ Ermutigt durch viele positive Reaktionen, hat sie diese Angst überwunden. Sie sieht es heute als ihre Aufgabe, insbesondere durch Lesungen in Schulen, die Greuelthaten der Nazis nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und somit dazu beizutragen, dass nie wieder ein Terror-Regime Macht erhält.

Im DFD Karlsruhe engagierten sich insgesamt ca. 20 Frauen, meist Ehefrauen von KPD-Mitgliedern aus *eher einfachen Verhältnissen*, aber auch parteilose Frauen und ein kleiner Kreis bürgerlich-intellektueller Frauen, die sich auch außerhalb der DFD-Veranstaltungen trafen.¹⁷⁹ Es gab keine offizielle Mitgliedschaft, und es wurden auch keine Beiträge erhoben. Die Versammlungen fanden u. a. in der Gaststätte *Ziegler* statt. Einige Aktionen sind Ruth Grimm besonders in Erinnerung geblieben. So etwa eine vom DFD organisierte Demonstration in Stuttgart gegen die Hinrichtung des Ehepaars Rosenberg in den USA, zu der aus Karlsruhe mehrere Busse hinfuhren. Ferner protestierten die Frauen gegen die Errichtung des Militärflughafens in Söllingen, wo sich besonders eine dem DFD zugehörige Bäuerin engagierte. Darüber hinaus gab es Kontakte zu anderen DFD-Frauen der Region und Treffen der DFD-Gruppen- und Kreisvorsitzenden in Stuttgart, wo die Politik koordiniert wurde.

Den inhaltlichen Schwerpunkt seiner Arbeit sah der DFD im Kampf gegen die Wiederbewaffnung. Obwohl eine hierzu geforderte Volksbefragung verboten wurde, beteiligte sich der DFD an deren Durchführung. Im Oktober 1951 befragten Hunderte von Frauen die 12.000 Beschäftigten der Essener Krupp-Werke nach ihrer Meinung zur Remilitarisierung. 98 % aller Befragten sprachen sich gegen eine deutsche Wiederbewaffnung und für einen Friedensvertrag aus. 26 der beteiligten Frauen wurden verhaftet.¹⁸⁰ Auch Hilde Wagner erinnert sich an die Volksbefragung gegen Remilitarisierung. Morgens verteilten die Frauen des DFD, zusammen mit anderen Rüstungsgegnern, Stimmzettel vor den Betrieben, um sie nach Feierabend ausgefüllt wieder einzusammeln. *Da kamen meistens Polizisten, um die Stimmzettel zu beschlagnahmen. In einigen Städten, z. B. in Mannheim, waren die aber bereit, uns die Beschlagnahme der Stimmzettel zu bestätigen und zwar aufgeschlüsselt in Ja- und Nein-Stimmen. Damit ersparten sie uns Arbeit, denn wir konnten abends beim Volksbefragungsausschuss die amtlich bestätigten Bescheinigungen abliefern.*¹⁸¹

Neben dem Kampf gegen Remilitarisierung und atomare Rüstung setzte sich der DFD inhaltlich für die Gleichberechtigung der Frauen, insbesondere im Beruf sowie für eine Änderung des § 218 ein. Die rechtliche Umsetzung der im Grundgesetz verankerten Gleichberechtigung von Mann und Frau kam nur schleppend voran. Im Juni 1954 führte der westdeutsche Vorstand des DFD daher einen außerordentlichen Kongress zur Lage der Frauen in der Bundesrepublik durch. Dabei ging es vor allem um den umstrittenen Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum Ehe- und Familienrecht. Der DFD legte einen eigenen Entwurf für ein Gesetz zur Gleichberechtigung der Frau vor (s. S. 133).¹⁸²

Mit einer groß angelegten Aktion *Frohe Ferien für alle Kinder* sollte Kindern aus sozial schwachen Familien die Möglichkeit eines Ferienaufenthaltes in der DDR geboten werden. Darüber hinaus suchte man hiermit, Mütter der

Ferienkinder für den DFD zu gewinnen.¹⁸³ Die Stuttgarter Landesregierung sprach nach der Erinnerung Hilde Wagners im Jahr 1955 ein Verbot gegen die Ferienaktion aus, was dazu führte, dass die Bahn nicht mehr wie bisher bereit war, einen Sonderzug bereitzustellen. Die DFD-Frauen bemühten sich dennoch, die Ferienfahrt der Kinder in die DDR durchzuführen. Angesichts diverser organisatorischer Schwierigkeiten und behördlicher Schikanen, gelangten die Kinder aus Karlsruhe nicht zum schließlich dennoch genehmigten, aber in Hessen eingesetzten, Sonderzug.¹⁸⁴ Gerade diese Ferienaktion verdeutlicht, wie die Fronten des Kalten Krieges auf der Ebene der Frauenverbände verliefen. Während der der KPD/SED nahe stehende DFD bundesdeutsche Kinder zur *Erholung* vom Kapitalismus in die DDR schickte, holte das Frauenreferat der FDP Ferienkinder aus der *Ostzone* in den Westen.¹⁸⁵ Angesichts des sich ständig verschärfenden Antikommunismus gestaltete sich die Arbeit

des DFD im Westen immer schwieriger. Dies war sicher in erster Linie auf die konsequent oppositionelle Haltung des Frauenverbandes zum herrschenden Regierungskurs zurückzuführen. Die ideologische und personelle Nähe des DFD zur KPD sowie zur DDR jedoch zu leugnen und ihn als von seiner Programmatik und Zusammensetzung her *außerhalb des Parteienspektrums stehende* Organisation zu bezeichnen, erscheint als dem Druck der Antikommunisten nachgebende Rechtfertigungsstrategie.¹⁸⁶ Zu fragen wäre doch vielmehr, warum die Mitglieder eines Verbandes, der der kommunistischen Partei nahe stand – einer Partei, deren Mitglieder wegen ihres konsequenten Kampfes gegen das nationalsozialistische Regime verfolgt worden waren – ins Visier von Polizei und Justiz gerieten.

Lange vor dem im April 1957 ausgesprochenen Verbot des DFD wurden einzelne Mitglieder mit polizeilichen Maßnahmen und Prozessen belegt. Hilde Wagner erinnert sich: *Der ers-*

FRAUEN! Die Erhaltung des Friedens liegt in unserer Hand!

Kommt alle zur **öffentlichen Versammlung** am **Freitag, den 8. Mai 1953** um 20 Uhr im **Gasthaus „Nowack“** Karlsruhe, Ettlingerstraße zu der Sie herzlichst einladet der

vorbereitende Ausschuß für den Weltkongreß der Frauen

Der Weltkongreß der Frauen findet im Juni in Kopenhagen (Dänemark) statt.

Darüber spricht zu Ihnen

Frau Lilly Wächter

te Prozess fand bereits 1951 gegen die DFD-Funktionärin Irma Hertel statt. Kurze Zeit später folgten polizeiliche Maßnahmen gegen Hanna Melzer. Sie arbeitete im Bundesvorstand des DFD und war gleichzeitig Abgeordnete der KPD [...] Man muss dazu sagen, dass Hanna Melzer [...] nur die „Eiserne Johanna“ genannt wurde, weil sie in der Zeit des Hitler-Faschismus zehn Jahre lang im Zuchthaus und, darunter viele Jahre angeketet in einer Einzelzelle verbringen musste, [...] Die Einzelprozesse eskalierten im Laufe der Zeit. Ein Höhepunkt war der Prozess gegen die Vorsitzende des DFD, Lilli Wächter, die während des Korea-Krieges an einer Delegationsreise nach Korea teilgenommen hatte und als sie in einer öffentlichen Veranstaltung darüber berichten wollte, verhaftet wurde. [...] sie wurde auch aus der SPD ausgeschlossen, der sie viele Jahre lang angehört hatte.¹⁸⁷ Die Verhaftung Lilly Wächters war im Auftrag der amerikanischen Militärbehörde erfolgt. Man beschuldigte sie, die amerikanischen Besatzungstruppen zu diskriminieren und Hass gegen sie erzeugen zu wollen. Wächter hatte den amerikanischen Einsatz von Napalmbomben sowie bakteriologischen Waffen in Korea angeprangert. Das amerikanische Besatzungsgericht in Stuttgart verurteilte sie schließlich zu acht Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 15.000 DM.¹⁸⁸ In Karlsruhe war auch Ruth Grimm von polizeilichen Maßnahmen betroffen. Als sie 1957, noch vor dem Verbot des DFD, einen Vortrag über Käthe Kollwitz hielt und deren Werk anhand von Dias erläuterte, erfolgte im Anschluss eine Hausdurchsuchung. Diaprojektor und Dias wurden beschlagnahmt, sie selbst von Polizei und Staatsanwaltschaft vernommen.¹⁸⁹ Das offizielle Verbot des DFD erfolgte am 10. April 1957 auf Anweisung der Innenminister der Länder. Begründet wurde es damit, dass der DFD eine verfassungswidrige und staatsgefährdende Organisation sei. Dem Verbot ging weder ein Prozess voraus, noch lag eine richterliche Entscheidung vor. Eine Anfechtungsklage, die das Verbot als Verstoß gegen das Grundgesetz wertete, da [...] es einer gro-

ßen Zahl von Frauen das verfassungsmäßig garantierte Koalitionsrecht nimmt und sie hindert, regen Anteil an der Gestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse zu nehmen, blieb ohne Erfolg.¹⁹⁰ In den folgenden Jahren waren viele Frauen der strafrechtlichen Verfolgung vor allem für ihre Aktivitäten vor dem Verbot des DFD ausgesetzt. Auf Solidarität aus den Reihen anderer Frauenverbände konnten sie nicht setzen. Der DAB beispielsweise warnte im Januar 1954 seine Mitglieder in den Ortsverbänden in einer vertraulichen Mitteilung vor dem DFD, der bemüht sei, nichtkommunistische Frauen für den Verband zu gewinnen und zu diesem Zweck seine Arbeit nicht mehr so stark auf politische Dinge erstrecke, [...] sondern die Veranstaltungen werden getarnt als Hausfrauennachmittage [...]¹⁹¹ Viele DFD-Mitglieder zogen sich aus der politischen Arbeit zurück, waren ihre Aktivitäten doch gesellschaftlich diskreditiert und von staatlicher Seite gar kriminalisiert worden. Viele engagierten sich jedoch auch weiterhin in der Friedensbewegung wie Ruth Grimm. Gemeinsam mit Freunden unterschiedlichster politischer Richtungen und Weltanschauungen engagierte sie sich in der *Deutschen Friedensunion* (DFU) und nahm an den Ostermärschen gegen Wiederbewaffnung und atomare Rüstung teil.

Zwischen alter und neuer Frauenbewegung Die Karlsruher Frauenverbände 1945 bis 1955 – Versuch einer Einschätzung

Die Mehrzahl der hier dargestellten, nach 1945 (wieder-)gegründeten Frauenorganisationen suchte an die Traditionen der bürgerlichen oder konfessionellen Frauenbewegung vor 1933 anzuknüpfen. Größtenteils waren damit auch personelle Kontinuitäten verbunden. Nachdem der Versuch der 1946 als erste Frauenorganisation nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten überparteilichen *Karlsruher Frauengruppe*, eine alle Frauenbestrebungen einende neue Frauenbewegung zu schaffen, keinen Erfolg

gezeitigt hatte, konstituierten sich nach Gründung der Bundesrepublik eine Reihe von Organisationen aus der alten bürgerlichen Frauenbewegung, wie der DAB oder die GEDOK erneut. Die relativ späte Gründung der meisten Frauengruppen zu Beginn der 50er Jahre dürfte zum einen auf die schwierigen Lebensbedingungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit zurückzuführen sein, die den Frauen viel Kraft abverlangten und, wie Berichte des DEF aus jenen Jahren verdeutlichen, oft eine Verbandsarbeit nahezu unmöglich machten. Zum anderen mag auch die teilweise bis heute unbewältigte Geschichte einzelner Organisationen im Nationalsozialismus zunächst eine Neukonstituierung verhindert haben.

Wenn heute von Frauenbewegung die Rede ist, wird damit meist die alte Frauenbewegung vor 1933 oder die neue, autonome Frauenbewegung nach 1968 bezeichnet. Die Jahre zwischen 1945 und 1968 werden meist unter dem Begriff *traditionelle Frauenverbände* abgehandelt. Einen nicht unerheblichen Teil dazu beigetragen haben die Akteurinnen seit den 50er Jahren selbst, wenn sie sich scheuten, ihr Engagement als Frauenbewegung zu bezeichnen.¹⁹² Da aber hier von Verbänden die Rede ist, die eine eigenständige Organisation von Frauen im Interesse von Frauen darstellten und die sich selbst größtenteils ganz bewusst in einer Traditionslinie mit der alten Frauenbewegung sahen, kann auch für die späten 40er sowie die 50er Jahre von einer Frauenbewegung gesprochen werden. Die Karlsruher Frauenbewegung entwickelte nach dem Zweiten Weltkrieg eine ganz spezifische, von anderen deutschen Städten verschiedene Ausprägung. Konnte bereits für die Frauenbewegung des Kaiserreichs in Karlsruhe und Baden eine sehr gemäßigte, wenig radikale Ausrichtung konstatiert werden, lässt sich mit diesen Begriffen sicher auch die Frauenbewegung der Nachkriegszeit charakterisieren.¹⁹³ Bereits vor dem Ersten Weltkrieg waren die Frauenverbände in Baden und seiner Hauptstadt Karlsruhe überwiegend im karitativen oder im Bereich Frauenbildung und -berufstätigkeit tätig. Auch die

nach dem Zweiten Weltkrieg (wieder-)gegründeten Frauenorganisationen deckten hauptsächlich dieses Spektrum ab. Einen darüber hinausreichenden, allgemeinen politischen Anspruch formulierte im bürgerlichen Spektrum lediglich die *Karlsruher Frauengruppe*. An die Traditionen der alten sozialistischen Frauenbewegung knüpfte die Frauengruppe der SPD an, die jedoch auch weiterhin ihre Prioritäten innerhalb der Sozialdemokratie, nicht in der Frauenbewegung setzte. Die KPD suchte Frauen im DFD zu organisieren, der jedoch keine Gliederung der Partei, sondern eine eigenständige Frauenorganisation war. Während zwischen den einzelnen Karlsruher Frauenorganisationen – bei allen Differenzen – ein gewisses Einverständnis bestand, das schließlich zur Gründung der AKF (s. S. 179) führen sollte, wurde der DFD im Zeichen des Kalten Krieges auch in Karlsruhe von den anderen Frauenverbänden eher feindlich betrachtet. Die Karlsruher Frauenorganisationen setzten sich, soweit sich dies anhand der Quellen beurteilen lässt, mit dem DFD nicht offensiv auseinander, vielmehr scheint man sich gegenüber seiner Existenz in gewisser Ignoranz geübt zu haben. Davon relativ unberührt, bestanden dennoch einzelne persönliche Kontakte zwischen Mitgliedern des DFD und anderen Frauengruppen in Karlsruhe, wie etwa zwischen Edith Dietz und der Vorsitzenden des Hausfrauenverbandes Gertud Holtzmann.

Der DFD war eine der wenigen Organisationen in Karlsruhe, die sich gegen atomare Rüstung und eine Remilitarisierung aussprachen. Die anderen Frauenverbände hielten sich in diesen Fragen eher zurück, was die einstige Vorsitzende der *Karlsruher Frauengruppe* Kathinka Himmelheber dazu veranlasste, sich aus der Arbeit zurückzuziehen. Eine Frauenfriedensbewegung wie z. B. in Stuttgart entstand hier nach dem Zweiten Weltkrieg nicht. Doch hatte bereits vor 1933 die Frauenbewegung der schwäbischen Hauptstadt eine andere Entwicklung genommen als die der badischen. In der neuen württemberg-badischen Landeshauptstadt konstituierten sich nach 1945 die



60 Eine Frauenarbeitsgemeinschaft verschiebt 1955 Weihnachtspäckchen in die „SBZ“, Foto 10. Dezember 1955.

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF), die *Weltorganisation der Mütter aller Nationen* (WOMAN) und die *Westdeutsche Frauenfriedensbewegung* (WFFB).¹⁹⁴ Keine dieser Organisationen konnte in Karlsruhe Fuß fassen. Die Gründung der örtlichen Gruppe der *Internationalen der Kriegsdienstgegner* (IdK) 1957 ging jedoch auf die Initiative einer Frau zurück.

Irm de Ondarza, die 1914 geborene Tochter eines Offiziers, deren Ehemann 1942 im Lazarett gestorben war, begann ihr friedenspolitisches Engagement 1954, beunruhigt durch die Existenz der Wasserstoffbombe.¹⁹⁵ Sie nahm zunächst Kontakt zur Heidelberger IdK-Gruppe auf und bildete mit Karlsruher Freunden einen Arbeitskreis, der schließlich in der Gründung einer IdK-Gruppe mündete. Bald fand man auch Kontakt zu den noch in Karlsruhe lebenden Mitglieder der *Deutschen Friedensgesellschaft* (DFG). Irm de Ondarza wurde

schließlich in den Bundesvorstand der IdK gewählt, wo sie für Internationales und Frauenfragen zuständig war. Nach der Fusion von DFG und IdK gehörte sie bis 1987 dem Landesvorstand Baden-Württemberg an. Angesichts des Atomreaktorbaus bei Karlsruhe trat sie dem *Kampfbund gegen Atomschäden* bei, über den sie Kontakte zur *Westdeutschen Frauenfriedensbewegung* knüpfte. Durch diese Verbindung wurde es ihr möglich, im April 1958 mit der ersten westdeutschen Frauendelegation Polen zu besuchen. Die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Polen und Deutschen wurde ihr ein wichtiges Anliegen. Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre war Irm de Ondarza vielfach als Referentin zum Thema Kriegsdienstverweigerung, später auch zur Notstandsgesetzgebung unterwegs. Die Verbandspolitik der DFG-VK und deren Vorläuferorganisationen war stark auf die männliche Kriegsdienstverweigerung ausgerichtet

15. MAI

1 9 5 5



TAG DER
MÜTTER gegen die Atomgefahr

61 Mit diesem Plakat suchte man 1955 auch die Karlsruherinnen gegen atomare Rüstung zu mobilisieren.

und Internationales sowie die Frauenfrage fanden höchstens am Rande Beachtung. Irm de Ondarza, die oft den Eindruck hatte, dass die Mitarbeit von Frauen bei den Kriegsdienstgegnern gar nicht erwünscht war, fungierte eine Zeit lang als Verbindungsfrau der DFG-VK zu den Frauenorganisationen.

Während Fragen der Wiederbewaffnung und atomaren Rüstung, aber auch der rechtlichen Umsetzung der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung der Geschlechter die junge Bundesrepublik beschäftigten, scheinen die hier betrachteten Karlsruher Frauenverbände in jenen Jahren eher einen Prozess der Entpolitisierung ihrer Arbeit vollzogen zu haben. Die ersten Nachkriegsjahre hatten von Appellen an die Frauen widergehallt, ihrer Pflicht nachzukommen und den Aufbau der Demokratie aktiv mitzugestalten. Dies mag für viele Frauen angesichts ihrer starken Belastung wenig attraktiv gewesen sein. So war es sicher wichtig, dass die unterschiedlichsten Frauengruppen nach Jahren nationalsozialistischer Herrschaft und Krieg auch die Bedürfnisse nach kultureller Vielfalt, gegenseitigem Austausch und Geselligkeit aufgriffen und zu befriedigen suchten, doch scheint dieser Bereich, angesichts der drängenden Probleme jener Jahre, manches Mal in der Frauenarbeit etwas überhand genommen zu haben. Dennoch wäre es weit gefehlt, den Eindruck zu vermitteln, als habe sich die Karlsruher Frauenbewegung der 50er Jahre zu einem *Kaffeekränzchen* entwickelt. Die vielfältigen Aktivitäten der Frauen schufen wichtige Grundlagen für die Schaffung eines Sozial- und Beratungsnetzes in dieser Stadt. Als Beispiel sei hier die von verschiedenen Frauenorganisationen getragene Einrichtung einer Eheberatungsstelle genannt.

Die *Karlsruher Frauengruppe* hatte bereits seit Januar 1948 Sprechstunden zu Eheberatung durchgeführt (s. S. 121 ff.). Die Rechtsanwältin Dr. Alice Haidinger vom *Club der berufstätigen Frauen* gewann für die evangelischen Frauen Hilde Schneider sowie Stadt und Landkreis Karlsruhe zur Mitarbeit, und man gründete im Oktober 1951 einen Trägerverein,

die *Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Vertrauensstelle für Verlobte und Eheleute*. Über die Vermittlung von Toni Menzinger konnte schließlich auch die katholische Kirche für eine Mitwirkung interessiert werden.¹⁹⁶ 1957 wurde auch der *Karlsruher Hausfrauen-Verband* Mitglied dieser Initiative. Ganz im Geiste der 50er Jahre wurde es als Aufgabe der Vertrauensstelle bezeichnet, [...] *alle eheerhaltenden und eheaufbauenden Kräfte zu fördern und der Ehenot der Gegenwart [entgegen]zusteuern*.¹⁹⁷ Aufgabenstellung und Zielsetzung dieser Beratungsstelle erfuhren im Lauf der Jahre Veränderungen, es entstand schließlich die *Ehe-, Familien- und Partnerschaftsberatung Karlsruhe e. V.*, deren Vorsitz Alice Haidinger über 40 Jahre leiten sollte. Dieses Beispiel mag die vielfältigen Beziehungsnetze der einzelnen Frauen und ihrer Verbände untereinander verdeutlichen, und wie sie es in konkreten Fällen verstanden, diese effektiv umzusetzen. Die Zahl der in jenen Jahren in den Verbänden aktiven Frauen, die mit ihrer Arbeit auch zum Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens beitrugen, war größer als man zunächst angesichts der schwierigen Umstände vermuten mag. Dennoch verdeutlichte die nähere Betrachtung der Frauenorganisationen und ihrer Mitglieder auch, dass das Reservoir der Frauen, die bereit und in der Lage waren, sich gesellschaftlich zu engagieren, auch in Karlsruhe beschränkt war. So stoßen wir bei den Aktiven der einzelnen Verbände immer wieder auf dieselben Namen, Mehrfachmitgliedschaften stellten keine Seltenheit dar. Die auf vielfältige Weise praktizierte Zusammenarbeit der Karlsruher Frauenverbände und das Bestreben, die Kräfte zu bündeln und Überschneidungen in der Arbeit zu vermeiden, führte 1952 schließlich zur Gründung der AKF.

Die Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenorganisationen (AKF)

Bereits im Juni 1951 hatte sich ein Arbeitsausschuss zusammengefunden, um Informationen



62 Das DRK verschickte 1952 Weihnachtspakete an die noch kriegsgefangenen Karlsruher.
Foto 5. Dezember 1952.

auszutauschen und die Aktivitäten der Karlsruher Frauenverbände zu koordinieren. Frau Pöschl schlug die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft sämtlicher Frauenorganisationen vor, um die Überschneidung von Veranstaltungen zu vermeiden. Kathinka Himmelheber und Luise Riegger bekräftigten diese Idee, Lina von Kleist regte die Herausgabe eines gemeinsamen Veranstaltungsprogramms an.¹⁹⁸ 1952 wurde schließlich von über 20 Frauenverbänden die *Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenorganisationen (AKF)* ins Leben gerufen. Als Zweck dieser *losen Zusammenfassung* von Frauenorganisationen des Stadt- und Landkreises Karlsruhe mit *überparteilichem Charakter* wurde eine Vertretung der *allgemein gültigen*

Fraufaufgaben in der Öffentlichkeit genannt.¹⁹⁹ Die einzelnen Mitgliedsverbände wurden in den vierteljährlich stattfindenden Zusammenkünften jeweils durch ihre Vorsitzende vertreten. Erste Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft wurde Hilde Schneider vom Frauenwerk der evangelischen Landeskirche Baden. Durch die AKF waren nun auch die Frauenverbände mit einem Sitz im städtischen Kulturausschuss vertreten, den zunächst Elisabeth Kamm innehatte, nach ihrer Wahl in den Gemeinderat Dr. Helene Frommhold vom Hausfrauenverband. Zu den Kommunalwahlen 1953 rief die AKF auf, Frauen in den Stadtrat zu wählen: *In einer gesunden Familie bedarf es der Zusammenarbeit von Vater und Mutter.*

*In einem gesunden Stadtrat ist ebenfalls die Ergänzung von Stadtvätern und Stadtmüttern notwendig.*²⁰⁰ Das Ergebnis der Landtagswahlen 1956 nahm man *mit Bestürzung* zur Kenntnis, waren doch nun statt bisher acht nur noch fünf weibliche Abgeordnete im Landesparlament vertreten. Die AKF richtete gemeinsam mit der Heidelberger Arbeitsgemeinschaft der Frauenverbände ein Schreiben an die Kreisvorsitzenden der Parteien mit der Bitte, bei kommenden Wahlen die Frauen besser zu berücksichtigen.²⁰¹ So suchten die hier betrachteten Akteurinnen der Frauenbewegung in den fünfziger Jahren im privaten wie öffentlichen Bereich ihre Rechte durchzusetzen und sich – entgegen gesellschaftlicher Tendenzen und restaurativer Frauenbilder – nicht in den Hintergrund drängen zu lassen. Die Inhalte ihrer Politik waren jedoch weiterhin stark von einem auf dualistischen Ergänzungsvorstellungen basierenden Modell der Geschlechterverhältnisse geprägt. Dies verdeutlicht auch eine Aktion der AKF im Oktober 1952. Die Karlsruher Frauenverbände riefen zu einem Butterstreik auf, um gegen das rapide Ansteigen der Butterpreise zu demonstrieren.²⁰² Mit dieser bemerkenswerten Aktion hatte man die alleinige Zuständigkeit der Frauen für die Reproduktionsarbeit als Ansatzpunkt für eine sämtliche soziale Schichten

und Gruppen von Frauen vereinigende Aktion erkannt. Eine grundsätzliche Diskussion der gesellschaftlichen Arbeitsteilung erfolgte jedoch nicht.

Auch in der weiteren Arbeit konzentrierte sich die AKF auf die Frau als Hausfrau und Konsumentin. Am 20. Januar 1955 beschloss die Arbeitsgemeinschaft die Gründung einer *Verbrauchergemeinschaft*, der zunächst neun Frauenverbände beitraten. Die erste öffentliche Veranstaltung fand drei Monate später im Stadthallensaal zu den Themen *Augen auf beim Einkauf* und *Sind die Preise gerechtfertigt?* statt. Auch in der 1962 von der Verbraucherzentrale Stuttgart eingerichteten Verbraucherberatungsstelle haben Mitglieder der Frauenverbände mitgewirkt.²⁰³

Von Anfang an waren unter dem Dach der AKF nicht ausschließlich eigenständige Frauenorganisationen vereint. Vielmehr gehörten ihr auch Verbände aus dem politischen, dem kulturellen, dem Bildungs- und Sozialbereich an, in denen Frauen tätig waren, wie z. B. die Frauenorganisationen der Parteien und der Kirchen, aber auch karitative Organisationen wie die Schwesternschaft vom Badischen Roten Kreuz oder die Arbeiterwohlfahrt. Im 40. Jahr ihres Bestehens zählte die AKF 45 Mitgliedsverbände.²⁰⁴

*...teaching German women how to take an active part in community affairs*¹

Die Frauenpolitik der US-amerikanischen Besatzungsmacht

Die Gründung der unterschiedlichen Frauenorganisationen nach 1945 ging auf die Initiative von Frauen zurück, die bereits Erfahrungen in Verbandsarbeit während des Kaiserreichs sowie der Weimarer Republik gesammelt hatten und an diese Traditionen anzuknüpfen suchten. Ziele und Strukturen der (wieder) gegründeten Frauenverbände wurden wesentlich geprägt durch spezifisch deutsche Politikerfahrungen. Von amerikanischer Seite aus wurde versucht, im Rahmen eines Re-Education-Programms Einfluss auf politisches Denken und Handeln der Deutschen und den Aufbau der Demokratie zu nehmen. Betrachtet man die Entwicklung in Karlsruhe, erscheint es zunächst, als sei hier die Reorganisation der Frauenbewegung alleine durch die lokalen Akteurinnen initiiert und vorangetrieben worden, ohne Einflussnahme oder Unterstützung durch die amerikanische Besatzungsmacht und ihre Repräsentantinnen. Im Folgenden soll nun der Frage nachgegangen werden, ob es Berührungspunkte zwischen Karlsruher Frauenbewegung und US-Besatzungsmacht gab sowie, ob und auf welche Art und Weise diese Einfluss auf die Frauen zu nehmen suchte.

Militärregierung und Frauenpolitik

Aus Sicht der amerikanischen Besatzungsbehörden war die deutsche Gesellschaft durch autoritäre und militärische Strukturen gekennzeichnet, die die Herausbildung einer demokratischen Gesellschaft verhindert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu zwei Kriegen geführt hatten. In einer groß angelegten Umerziehungsaktion sollte die deutsche Bevölkerung nun zu den Werten und Spielregeln der Demokratie amerikanischer Proveni-

enz bekehrt werden. Die Ziele der US-amerikanischen Reformpolitik in Deutschland können kurz mit den Schlagworten *Denazification, Democratization, Demilitarization, Decartelization* umrissen werden.²

Den allgemeinen Dekreten der Besatzungsmächte zur Entnazifizierung und Demokratisierung unterlag selbstverständlich auch die weibliche Bevölkerung, über ein spezifisches Programm, das sich konkret an Frauen wandte, verfügte die US-Militärregierung (OMGUS – Office of Military Government for Germany [US]) bis März 1948 jedoch nicht. Die Gleichberechtigung der Geschlechter war in der Verfassung der USA formal festgeschrieben, und auch in Deutschland sollte prinzipiell eine Diskriminierung von Frauen in Politik und Arbeitswelt verhindert werden. Die leitenden Offiziere der Militärregierung waren jedoch Männer, die der Rolle der Frauen beim demokratischen Wiederaufbau Deutschlands ebenso wenig Interesse entgegenbrachten wie ihre in politischen Parteien und Gremien tätigen deutschen Geschlechtsgenossen. Berichte der Besatzungsbehörden über die deutschen Frauen waren von Klischees geprägt und zeichneten ein äußerst negatives Bild. Da wurde auf die traditionell untergeordnete Stellung der Frau in der patriarchalischen deutschen Gesellschaft verwiesen, ihre Entfernung aus dem politischen Leben während des Dritten Reichs, ihre Degradierung in der NS-Ideologie zur Nur-Hausfrau und Gebärmaschine [...].³ Es waren schließlich amerikanische Frauen, bei der Militärregierung Beschäftigte oder Vertreterinnen amerikanischer Frauenorganisationen, die ab 1946 die Militärregierung zu überzeugen suchten, die Probleme der deutschen Frauen ernst zu nehmen und eine spezifische Frauenpolitik

zu betreiben.⁴ Die Unterstützung für die deutschen Frauen bei ihren Reorganisationsversuchen auf lokaler und regionaler Ebene hatte in den ersten Jahren jedoch meist informellen Charakter und wurde von wenigen bei der Militäradministration tätigen Frauen gewährt. Nicht selten leisteten Emigrantinnen, die als Angehörige der Besatzungsbehörden zurückgekehrt waren, ideelle und materielle Hilfe. Eine besondere Abteilung der Militärregierung für Frauenfragen bestand zunächst jedoch nicht. Oft kümmerten sich Vertreterinnen der *Education and Religious Affairs Branch* (Abteilung für Bildung und religiöse Angelegenheiten) der Militärregierung, die ab 1948 *Education and Cultural Relations Division* (Abteilung für Bildung und kulturelle Beziehungen) hieß, auf freiwilliger Basis um Frauenangelegenheiten. Sie drängten auch auf eine stärkere Einbeziehung der deutschen Frauen in die allgemeinen gesellschaftspolitischen Ziele der Besatzungspolitik. Unterstützt wurden sie hierin durch Vertreterinnen amerikanischer Frauenverbände, die sich zeitweilig in Deutschland aufhielten. So schrieb die Präsidentin der *League of Women's Voters* [Vereinigung der Wählerinnen] nach einem Deutschlandbesuch im Sommer 1947 an den Oberkommandierenden General Clay und forderte ihn auf, schleunigst ein selbstständiges Frauenprogramm in der US-Zone ins Leben zu rufen.⁵

Dies geschah nicht ohne Hinweis auf die Verhältnisse in der britischen und sowjetischen Besatzungszone. Bei der britischen Militärregierung waren sechs Mitarbeiterinnen ausschließlich für frauenrelevante Themen zuständig. Den Ausschlag für die Installierung einer Frauenabteilung bei der US-Militärregierung gab jedoch offensichtlich das Unbehagen angesichts frauenpolitischer Aktivitäten in der sowjetisch besetzten Zone: *Soviet Military Administration and its controlled organizations make strenuous efforts to establish and encourage women's groups favorable to Communism. Political Affairs believes that we should no longer overlook the support for our political principals that could be mobilized in the ranks*

*of German women by an office within OMGUS dedicated to that purpose and completely staffed,*⁶ berichtete die *Political Affairs Division* (Abteilung für politische Angelegenheiten) der Militärregierung im Herbst 1947. Es sollte jedoch noch einige Monate dauern, bis schließlich die *Women's Affairs Section* bei OMGUS eingerichtet wurde. Wenn auch die Etablierung dieser Frauenabteilung bei der US-Militärregierung vor dem Hintergrund des Kalten Krieges zu sehen ist, dürfte sie ohne das beharrliche Drängen amerikanischer Frauenverbände wohl kaum zustande gekommen sein. Eine Institutionalisierung der *Women's Affairs Section* als eigenständige Abteilung konnte jedoch nicht erreicht werden. General Clay entschied, den neuen Arbeitsbereich als Unterabteilung bei der *Education and Cultural Affairs Branch* anzusiedeln.

Leiterin der Frauenabteilung wurde Lorena B. Hahn, die am 23. Januar 1948 ein vorläufiges Arbeitsprogramm vorlegte. Hahn ging von der grundsätzlichen Überlegung aus, dass die deutschen Frauen unter dem nationalsozialistischen Regime in ihren beruflichen und politischen Entfaltungsmöglichkeiten unterdrückt, von Vorgängen in der Welt isoliert und von der nationalsozialistischen Partei indoktriniert worden waren. Sie sah es als Hauptaufgabe, den deutschen Frauen die Fenster zur Welt zu öffnen. Das neue Programm sollte sie *stimulieren, führen und erziehen* für eine Demokratie westlicher Provenienz.⁷ Konkret sollte dies durch folgende Maßnahmen umgesetzt werden: Informationsvermittlung an Frauen und Frauenorganisationen, Hilfe bei Schaffung von Organisationen, Entwickeln von Diskusstech-niken und Themen für Konferenzen, Radiosendungen und parlamentarisch-demokratische Prozesse, Austausch zwischen deutschen Frauen und Frauen in USA sowie Westeuropa – insbesondere sollten deutschen Frauen Studienreisen in die USA ermöglicht und ein permanenter Austausch zwischen den USA und den Besatzungszonen gewährleistet werden. Für Gewerkschafts- und Berufsorganisationen sollten Sonderprogramme ent-

wickelt werden. Nicht zuletzt ging es darum, auch Frauen gegen *kommunistische Unterwanderungsversuche* zu *immunisieren*. Von den verschiedenen Verbänden wurde eine eindeutige Abgrenzung gegenüber kommunistischen oder als kommunistisch infiltriert betrachteten Personen und Organisationen erwartet. Ende 1948 berichtete z. B. die Abteilung ECRD Württemberg-Baden, die Jugendorganisationen hätten sich entscheiden müssen, ob sie mit kommunistischen Jugendverbänden zusammenarbeiten wollten. *The Trade Union and Friends of Nature youth organizations did the most house cleaning*⁸, heißt es da. Hinsichtlich der Frauenorganisationen wurde bemerkt, es sei, zwar in geringerem Umfang, ihre Aufgabe, [...] *to do the same job*.

Die offizielle Arbeitsaufnahme der *Women's Affairs Section* erfolgte am 1. März 1948. Der Leiterin Lorena Hahn wurden eine Stellvertreterin, Elizabeth Holt, sowie eine deutsche Beraterin und eine deutsche Sekretärin zugeordnet. Damit waren die Personalausstattung wie auch die Sachmittel, die der *Women's Affairs Section* zur Umsetzung ihres weitgesteckten Programms zur Verfügung standen, äußerst begrenzt. So griff auch nach Einrichtung dieser Abteilung die Frauenpolitik der amerikanischen Militärregierung nicht flächendeckend, und keineswegs wurde sie überall in der US-Besatzungszone mit gleicher Intention und Intensität durchgesetzt. Zunächst sollte es nochmals zwei weitere Monate dauern, bis General Clay die Anordnung zur Schaffung von *Women's Affairs Sections* bei den Militärregierungen der Länder der US-Zone und im amerikanisch besetzten Sektor von Berlin unterzeichnete. Personal stand dort erst Mitte Juni 1948 zur Verfügung.

Die *Women's Affairs Section* bei der amerikanischen Militärregierung von Württemberg-Baden

Bei der Militärregierung von Württemberg-Baden (OMGWB) erfolgte die Gründung der *Women's Affairs Section* im Juli 1948. Sie wur-

de als Unterabteilung der neu geschaffenen *Group Activities Branch* gebildet, die daneben die seit längerem bestehenden Bereiche *Adult Education* (Erwachsenenbildung) und *Youth Activities* (Jugendarbeit) umfasste. Die Leitung der Frauenabteilung wurde am 1. Juli 1948 Margaret M. Blewett übertragen, die zuvor beim Europäischen Kommando tätig gewesen war. Für den Bereich Mädchenarbeit wurde ihr Katherine R. Shankland, die frisch aus den USA eingetroffen war, zur Seite gestellt.⁹ Sie bezogen ein Büro in der Stuttgarter Olgastraße 13.¹⁰

Da zur Politik der amerikanischen Besatzungsmacht und insbesondere ihrer Frauenpolitik in Württemberg-Baden bislang keine Untersuchungen vorliegen, musste sich die folgende Darstellung zur Arbeit der Frauenabteilung und zu ihren Auswirkungen für Karlsruhe ausschließlich auf Quellen sowie die Informationen von Zeitzeuginnen stützen. Erfreulicherweise wurden die im Nationalarchiv Washington befindlichen Akten von OMGUS Ende der 1970er Jahre teilweise verfilmt, so dass die für Württemberg-Baden und Karlsruhe relevanten Quellen im Generallandesarchiv Karlsruhe eingesehen werden können. *Of no historical value* befand jedoch der zuständige deutsche Bearbeiter den Aktenbestand der *Women's Affairs Section* Württemberg-Baden.¹¹ Eine einzige Akte, die sich ausdrücklich mit frauenspezifischen Aktivitäten im Bereich der OMGWB befasst, findet sich unter den verfilmten Beständen der *Education and Cultural Relations Division* (ECRD). In den Vierteljahresberichten dieser Abteilung sowie in den Monatsberichten der *Community Education Branch* finden sich allerdings auch Berichte der *Women's Affairs Section* für die Zeit von Oktober 1948 bis Mai 1949. So konnten Informationen über die Arbeit der Frauenabteilung bruchstückhaft aus diversen Aktenbestände unterschiedlichster Abteilungen gewonnen werden.¹²

In ihrem ersten Vierteljahresbericht, den Margaret Blewett für die Zeit von Juli bis September 1948 vorlegte, steckte sie die Ziele ihrer Tätigkeit ab. Zunächst wollte sie das Vertrauen

der Frauen in Württemberg-Baden in ihre Abteilung und die Militärregierung insgesamt gewinnen. Es gelte, den Frauen bewusst zu machen, dass das amerikanische Militär die Freiheit gebracht habe, und dass die Amerikaner ein ernsthaftes Interesse an ihrem Wohlergehen hätten. Als eines der wichtigsten Ziele erachtete sie es jedoch, die deutschen Frauen für öffentliche Angelegenheiten zu interessieren und ihr Verantwortungsbewusstsein als Bürgerinnen zu wecken. Sie resümierte, dass die Reaktionen der Frauen in diese Richtung bislang sehr ermutigend gewesen seien. Außerdem merkte sie an, dass noch viel getan werden müsse, um die Flüchtlinge und *displaced persons* in die deutsche Gesellschaft einzugliedern und den Deutschen den Wert einer solchen Integration zu verdeutlichen.

Insgesamt hatte die *Women's Affairs Section* im ersten Vierteljahr ihres Bestehens 75 Treffen mit Frauenorganisationen, Kirchengruppen, Flüchtlingsverbänden und verschiedenen anderen Gruppen durchgeführt und 25 Diskussionsforen veranstaltet. Diskussionsgruppen hatten sich für nicht organisierte Frauen als wirksam erwiesen und stießen auf reges Interesse. Positiv äußerte Blewett sich über ihre Erfahrungen mit den deutschen Frauenorganisationen: *It was found that well established women's organisations were an excellent medium through which to work for the attainment of Military Government objectives.*¹³

Als vordringlichstes Problem ihrer Arbeit am Ende des Jahres 1948 sah es Blewett, wirksame Methoden zu entwickeln, um die deutschen Frauen zu lehren, wie sie eine aktive Rolle im öffentlichen Leben spielen können und sie zu befähigen, ihre eigene ökonomische und soziale Lage zu verbessern. Hierzu sollten sie auch mit der Stellung der Frauen und ihren Aktivitäten in anderen demokratisch entwickelten Ländern bekannt gemacht werden. Um die Rolle der Frauen im sozialen, politischen und kulturellen Leben Württemberg-Badens zu analysieren, bildete die *Women's Affairs Section* Ausschüsse, die sich aus Vertretern der Kirchen, Schulen, Parteien, Gewerkschaften und

der Presse sowie Repräsentanten des Staates zusammensetzten. Ein Ergebnis dieser Diskussionen war die Herausgabe einer Frauenzeitung in Stuttgart. *Women's Affairs Section* betrachtete die monatlich erscheinende Zeitung als einen wichtigen Teil ihres *reorientation program*.¹⁴ Sie sollte Frauen ermutigen, sich gesellschaftlich zu betätigen und ihnen Informationen über Projekte der Militärregierung im wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und Bildungsbereich liefern.

Die erste Ausgabe der Zeitschrift mit dem Titel *Die Weltbürgerin* erschien am 1. Februar 1949. Herausgeberin und Hauptschriftleiterin war die Stuttgarter Sozialdemokratin und Landtagsabgeordnete Anna Haag. Mit ihr hatte die Militärregierung im Oktober 1948 eine *Frau der ersten Stunde* als Mitarbeiterin in der Frauenabteilung gewonnen.¹⁵ Die 1888 geborene Publizistin, die in der Zeit der Weimarer Republik der SPD beigetreten und von den Nationalsozialisten mit einem Publikationsverbot belegt worden war, rief im Dezember 1945 die Stuttgarter Gruppe der *Internationalen Liga für Frieden und Freiheit* wieder ins Leben und gehörte bis 1946 dem Gemeinderat der Stadt Stuttgart an.¹⁶ Wie die meisten Frauenpolitikerinnen ihrer Generation war Haag einem auf gegenseitiger Ergänzung basierenden Geschlechterdualismus verpflichtet. Die Frau sollte an der Seite des Mannes *kraft ihres mütterlichen Instinkts und unverbognenen Verstandes* für den Aufbau der neuen Gesellschaft wirken und dabei stets *ihrem wahren Wesen, der Mütterlichkeit treu bleiben*.¹⁷ *Das Weib sieht tief./ der Mann sieht weit./ Dem Manne/ ist die Welt das Herz./ dem Weibe/ ist das Herz die Welt*, prangte ein Gedicht Christian Dietrich Grabbes auf der Titelseite der ersten Ausgabe der *Weltbürgerin*. Und Anna Haags frauenpolitische Vorstellungen entsprachen offensichtlich auch den amerikanischen. „*Die Weltbürgerin*“ *ist kein Blatt schreiender Frauenrechtlerinnen! Die Entwicklung hat diesen Begriff ja längst überholt, denn die Frauen haben ja die gleichen staatsbürgerlichen Rechte*, schrieb Haag im Leitartikel der ersten Ausgabe

Die WELTBÜRGERIN

Nr. 1 / 1. Jahrgang

Stuttgart, 1. Februar 1949

Preis DM — 25



Autonahme: Archiv

EINE NEUE ZEITUNG

Sie werden sagen: „Diese Weltbürgerin hat Mut, denn sie stürzt sich in ein wegendes Meer bereits vorhandener Zeitungen und Zeitschriften.“ Sie haben nicht unrecht mit Ihrem Pessimismus. Aber die „Weltbürgerin“ stürzt sich in diese Flut in der festen Überzeugung, daß sie eine Aufgabe zu erfüllen hat. Sie ist des Glaubens, daß sie nicht untergehen wird, daß sie gerade deshalb nicht untergehen kann, weil sie einem inneren Gesetze folgend, nicht immer mit dem Strom, sondern — wenn nötig — auch gegen den Strom schwimmen wird. Diese Tatsache wird ihr die Sympathie von Frauen und Männern einbringen.

Weil ich nun schon von den Männern rede und auch um Ihre Gunst werbe, will ich Ihnen ein Wort ins Ohr flüstern: Die Weltbürgerin ist kein Blatt schreiender Frauenstimmchen! Die Entwicklung hat diesen Begriff ja längst überholt, denn die Frauen haben ja die gleichen staatsbürgerlichen Rechte. (Und die zivilrechtlichen werden sie bald haben.) Aber die meisten Frauen stehen diesen Rechten noch etwas unbehellig gegenüber. Und das schadet der Allgemeinheit. Alle objektive urteilenden Männer — und wir wissen: 99 Prozent aller Männer sind objektiv! — haben die Überzeugung, daß die Frauen, wo immer sie im Verlaufe der letzten beiden Kriege als Ersatz für die in „berufsmäßiger Arbeit“ beschäftigten Männer hingestellt worden waren, Gütliches geleistet haben. Um diese Anerkennung braucht die Weltbürgerin also nicht mehr zu kämpfen. Aber so hat sich dafür einzusetzen, daß eben diese Frauen den Männern nicht nur in Kriegszuständen Kameraden sind, sondern daß sie es bei der aufbauenden Friedensarbeit bleiben. „Die Weltbürgerin“ wird daher dafür sorgen,

daß die Frauen von jenem heileren Selbstvertrauen erfüllt sind, das allein sie befähigt, an der Seite kluger Männer mutig für das einzutreten, was sie kraft ihres mütterlichen Instinktes und unverbogenen Verstandes für das Richtige halten. „Die Weltbürgerin“ wird also das Gewissen der Frauen schärfen, daß sie die Verantwortung für die Entwicklung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unserer Gegenwart nicht auf die Männer allein abwälzen können.

Wäre damit alles gesagt über das, was „Die Weltbürgerin“ will?

Nein. Da sind noch einige Charakteristika dieser Dame festzuhalten. Sie will nämlich

Das Weib nicht tief,
der Mann nicht weit.
Dem Manne
ist die Welt das Herz,
dem Weibe
ist das Herz die Welt.

GRABBE

„Das „Grundgesetz“ und die Frau

Der Parlamentarische Rat in Bonn berät seit Monaten über das „Grundgesetz“, das heißt über die gemeinsame Verfassung der westdeutschen Länder. In diesem „Grundgesetz“ wird festgelegt sein, wieviel „Recht“ den deutschen Frauen in Zukunft zugesprochen werden wird. Von allen Parteien sind den Frauen bis jetzt die gleichen staatsbürgerlichen Rechte zuerkannt worden. Das heißt: Die Frauen dürfen wählen, und sie können gewählt werden. Ein Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten, Frau Dr. Schöbert, der auch die zivilrechtliche Gleichstellung der Frau mit dem Mann forderte, wurde zunächst mit elf gegen neun Stimmen abgelehnt. Erfolgreicherweise schloßen die Frauen der CDU-CSU die mitnischen Mitglieder ihrer Partei überzeugt zu haben, daß die Beschränkung der Gleichberechtigung für die Frauen auf das aktive und passive Wahlrecht heute nicht mehr verteidigt werden kann. So ist zu hoffen, daß der von der Mehrheit der deutschen Frauen und von vielen geachteten und objektiv urteilenden Männern unterstützte Forderung auf Gleichstellung der Geschlechter auch im Zivilrecht im kommenden „Grundgesetz“ Rechnung getragen wird. Das bedeutet eine Abänderung verschiedener Abschnitte des Bürgerlichen Gesetzbuches. Es ist nicht ganz uninteressant zu wissen, daß schon die Weimarer Verfassung im Jahre 1919 den Absatz enthielt: „Männern und Frauen haben grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten.“ Bis 1933 jedoch waren die aus diesem Verfassungsauftrag resultierenden Änderungen (beispielsweise des ehelichen Güterrechts) in dem im Jahre 1900 herausgegebenen Bürgerlichen Gesetzbuch noch nicht erfolgt. Warum lag das? An der Laubheit der Frauen? An der Scheu, neue, einfache und leicht verständliche Gesetze zu machen? An der Furcht, die Frauen zuviel Freiheit und Unabhängigkeit zu gewähren? An der Angst vor einer sich daraus ergebenden neuen Situation und ihren etwaigen unabwehrbaren Folgen? Das „Neue“

nicht nur erreichen, daß Männer und Frauen miteinander das Haus eintreten sollen, in dem ihre gemeinsamen Kinder leben werden. Es scheint ihr darüber hinaus notwendig zu sein, auch die Frauen untereinander zu verbinden, das Gefühl der Gemeinsamkeit in ihnen zu stärken und ihre Arbeit dadurch erst richtig fruchtbar zu machen.

Da „Die Weltbürgerin“ bei allen sympathischen Charakterzügen „hergeleitet“ genannt werden kann, möchte sie außerdem noch versuchen, auch eine Brücke zwischen den Frauen unseres Landes und den Frauen in der weiten Welt zu bilden. Sie wird sich darum Mühe geben, das vielfältige Frauenleben auf den verschiedenen Erdteilen widerzuspiegeln und auf diese Weise menschlich zu zeigen, daß es in der Tat nichts gibt auf Erden, das in Frauen Gefühle folgenreicheren Feindschaft entstehen lassen könnte — vorausgesetzt, daß die Frauen ihrem wahren Wesen, der Mütterlichkeit, treu bleiben.

Und noch ein Letztes: Der grimmige Schopenhauer spricht einmal von „der Frauen unvergleichbaren Hang zum Egoismus“. Wenn der trotz seines Welberhasse so sympathische Pötkler noch leben würde, so würde er — Gerechtigkeitsfanatiker, der er war — „Die Weltbürgerin“ von diesem vornehmenden Urteil nehmen. Denn sie — das ist ihr vornehmster Grundatz — wird der Wahlzeit immer die Ehre geben. Und um gleich hier an dieser Stelle mit der Wahrheit zu beginnen! Die Weltbürgerin“ war bereits gefaßt, als der berühmte „Weltbürger Nr. 1“ die Aufmerksamkeit in so starkem Maß auf sich zog. Sie drückt diesem „Weltbürger Nr. 1“ ihre volle Sympathie aus, hält sich aber für verpflichtet, sich in keinem falschen Glanz zu sonnen und darum ebendeshalb zu vermeiden, daß „intimere“ Beziehungen zwischen ihr und dem rühmlich zitierten Herrn Garry Davis nicht bestehen.

Die Herausgeberin

kam doch, obwohl die Frau in ihre ihr durch das BGG auferlegte Uniformität gekostet blieb. Es war das Dritte Reich, das den Rahmen für uns gesimmet hat, innerhalb dessen wir uns einzurichten haben, und aus diesem zweifelhafte Erbe wir als ein Postivum den Mut für den Bau einer fortschrittlichen Verfassung retten sollten.

§§ 1365 und 1376 des Bürgerlichen Gesetzbuches

„Das Vermögen der Frau wird durch die Eheschließung der Verwaltung und Nutzung des Mannes unterworfen (eingebrautes Gut). Zum eingebrachten Gut gehört auch das Vermögen, das die Frau während der Ehe erwirbt. Ohne Zustimmung der Frau kann der Mann über Geld und andere verbrauchbare Sachen der Frau verfügen.“

Aber was Bonn wird berichten: „Die Juristen schütteln den Kopf.“ Sie sehen vor Arbeit nicht mehr hinaus, denn sie können sich unmöglich vorstellen, wie die Frau aus einem entsprechenden Artikel in der neuen Verfassung resultierende Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches bis 1930 durchgeführt werden könnte. (So fordern er die Frauen.) Offen gestanden: Ich sehe dafür auch keine Möglichkeit, denn Bonn arbeitet ja bis jetzt noch in einem „unerbötlichen Elterntum!“ Wenn man die schuldhaften Gesetzgeber noch mehr antreiben würde, so bliebe ihnen womöglich keine Zeit mehr zum Sitzen, zu parteipolitischen Auseinandersetzungen, zu längeren schönen Reden und zu Debatte (wie die Presse berichtet über die bei der marmaladen „Gleichberechtigung“ der Frau mit dem Mann auf-tauchende schwere Frage: „Wenn die Frau Stillgeld bekommt, bekommt es dann auch der Mann?“ Meine Herren! Wir Frauen sind fair. Wir bieten Euch die doppelte Höhe des Stillgeldes, das wir bekommen. Aber: wenn Ihr Euch nicht nur in das Geld, sondern auch in das Stillgeld mit uns teilt. Anna Haag.

Appell an den

„Demokratischen Frauenbund“

Schickt unsere Kriegsgefangenene heim! Der „Demokratische Frauenbund Deutschlands“ (Fédération Internationale Démocratique) meldet von jenseits des „Eisernen Vorhangs“ phantastische Mitgliderzahlen. Sie gehen in die Millionen, wenn man die Mitglieder der Sowjetunion dazu zählt. Und in diesem Fall zählen sie doppelt dazu. Diese gewaltige Zusammenballung von Frauen bedeutet eine Macht. Wird sie diese Macht nun ausüben, um nach echter Frauen Art und Weise bei der Sowjetregierung die längst versprochene Entlassung unserer Kriegsgefangenene durchzusetzen? Werden diese Frauen daran denken, wie die Mütter, die Gattinnen und die Kinder dieser Männer zu Hause warten und was diese neue Entlassung für sie bedeutet? Werden diese Millionen Frauen bewußt sein, daß sie das Vertrauen der Menschheit auf Frauen lediglich verlieren würden, wenn sie bei dieser Gelegenheit nicht unter Bewußtstellen, daß es in wichtigen menschlichen Fragen doch so etwas geben kann wie eine Gemeinsamkeit der Frauen?

Und wie wird der Kredit dieses Frauenbundes steigen oder fallen, je nach seiner Entscheidung?

und sie fuhr fort: „Die Weltbürgerin“ wird also das Gewissen der Frauen schärfen, dass sie die Verantwortung für die Entwicklung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unserer Gegenwart nicht auf die Männer allein abwälzen.¹⁸ Haags Editorial weist deutliche inhaltliche Parallelen zu einer Passage aus dem Lagebericht zur Situation der Frau in der deutschen Nachkriegsgesellschaft der amerikanischen Kongressabgeordneten Chase Going Woodhouse auf. Woodhouse, die 1948 auf Einladung der Militärregierung drei Monate in Deutschland verbracht hatte, warnte ausdrücklich davor, Feministinnen mit der Frauennarbeit zu beauftragen: *The job is not one for a feminist. Much of the work is with men. It is a task of coordinating the interests and abilities of the German women so that they make the fullest possible contribution to the reconstruction and democratization of a Germany which will be a productive element in the economic life of a peaceful and federated or at least cooperating Europe.*¹⁹ Die erste Ausgabe der *Weltbürgerin* berichtete dann auch über den Deutschlandbesuch Woodhouse'. Der Leitartikel beschäftigte sich mit der Grundgesetzdebatte um staatsbürgerliche und zivilrechtliche Gleichberechtigung der Frau. Des Weiteren berichtete die Zeitschrift über Aktivitäten von Frauen in aller Welt sowie über aktuelle wirtschaftliche und soziale Probleme. Außerdem bot sie ein Feuilleton und eine Modeseite. Breiten Raum nahm auch in den folgenden Ausgaben die Berichterstattung aus den USA ein. Anna Haag selbst weilte dort im Mai 1949 und schilderte in der Zeitschrift mehrfach ihre Eindrücke. *So sah ich Amerika*, war die vierte Ausgabe vom Juli 1949 überschrieben.²⁰ Bereits zwei Monate später sollte jedoch die letzte Nummer der *Weltbürgerin* erscheinen. Die Einstellung blieb in der Zeitschrift ohne Ankündigung oder Kommentar.²¹ Möglicherweise ist dies vor dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, dass im Mai 1949 nach Erlass des Grundgesetzes die Militärregierungen der westlichen Besatzungszonen von einer Obersten Hohen Kommission abgelöst wur-

den, die nun die Überwachungsaufgaben übernahm. Das Frauenprogramm in der amerikanischen Zone lief jedoch erst 1952 aus. In Württemberg-Baden entwickelte *Women's Affairs Section* seit dem Sommer 1948 eine rege Tätigkeit. Alleine von Oktober bis Dezember 1948 führte sie 56 öffentliche Veranstaltungen und 85 Diskussionsrunden und Foren durch. Des Weiteren kam es zu einem Treffen mit Vertreterinnen der vier politischen Parteien. *Women's Affairs Section* unterbreitete auch Vorschläge, wie die Parteien für Frauen attraktiver werden könnten, die jedoch in Blewetts Bericht nicht näher ausgeführt wurden. Blewett kam insgesamt zu der Einschätzung, dass die zahlreichen Treffen für deutsche Frauen die Möglichkeit geschaffen hätten, die Kommunen wie auch Deutschland und die Weltpolitik betreffende Probleme öffentlich zu diskutieren.²² Wenn sie jedoch die Treffen als Übungsterrain für Frauen sah, um die präzise und knappe Darstellung ihrer eigenen Ideen vor Gruppen zu erlernen, verdeutlicht das, dass auch sie das Klischeebild der vom Nationalsozialismus unselbstständig und unmündig gehaltenen Frau vor Augen hatte. Die meisten in Verbänden und Parteien aktiven Frauen, mit denen sie ja in erster Linie zu tun hatte, hatten doch bereits vor 1933 vielfältige Erfahrungen in dieser Richtung erwerben können. Möglicherweise war es diese die politischen Fähigkeiten deutscher Frauen eher gering schätzende Haltung, die dazu führte, dass die deutschen Aktivistinnen jener Jahre das frauenpolitische Engagement der Amerikaner distanziert betrachteten und im Nachhinein deren Unterstützung beim Aufbau ihrer Organisationen verdrängten oder für nicht erwähnenswert hielten. Die Frauen, die bereits vor 1933 politische Erfahrungen gesammelt hatten und nach 1945 an diese anzuknüpfen suchten, stellten allerdings eine kleine Minderheit dar, und so kann man der *Women's Affairs Section* zugute halten, dass sie die Mehrheit der Frauen im Blick hatte und diese für ein gesellschaftliches Engagement zu gewinnen suchte. In Betracht zu ziehen ist darüber hinaus, dass beide Seiten von einem je-

weils unterschiedlichen Politikbegriff und verschiedenen Organisationsformen ausgingen. In Deutschland erfolgte die politische Betätigung von Frauen vor allem im Rahmen von Parteien, Gewerkschaften und Interessengruppen, während die in den USA üblichen adhoc-Gruppenaktivitäten auf kommunaler Ebene fast gänzlich fehlten.²³ Allerdings könnte man die Frauenausschüsse der unmittelbaren Nachkriegszeit als solch spontane lokale Gruppenbildungen werten, die jedoch in ihrer Entstehungszeit wenig Beachtung seitens der amerikanischen Militärregierung fanden. Zu dem Zeitpunkt, als die *Women's Affairs Section* ihre Arbeit aufnahm, vollzog sich deutsche Frauenpolitik bereits wieder weitgehend in den geregelten und abgegrenzten Bahnen der Parteien und Verbände.

Ein für den Zeitraum von Juli 1948 bis April 1949 vorliegender Bericht der *Women's Affairs Section* Württemberg-Baden liefert einen guten Überblick über die Arbeit der Abteilung. In diesem Zeitraum wurden insgesamt 310 Treffen mit Frauengruppen veranstaltet, davon rund 250 im württembergischen Landesteil, jedoch nur 60 im badischen.²⁴ Während beispielsweise allein in Stuttgart 125 solcher Treffen stattfanden, waren es im selben Zeitraum nur sieben in Karlsruhe. Am intensivsten gestaltete sich die Zusammenarbeit der *Women's Affairs Section* im badischen Raum mit der Heidelberger Frauenbewegung. Hier wurden immerhin 30 gemeinsame Treffen durchgeführt. Dies dürfte auf die Stellung Heidelberg als europäisches Hauptquartier der amerikanischen Besatzungsmächte sowie die Tatsache, dass Margaret M. Blewett zuvor hier tätig gewesen war und in dieser Zeit sicher Kontakte zu den Vertreterinnen der lokalen Frauenorganisationen geknüpft hatte, zurückzuführen sein.

Die württemberg-badische *Women's Affairs Section* suchte Anfang des Jahres 1949 in jedem Landkreis spezielle Gruppen zu installieren, die die aktive Teilnahme von Frauen in der Kommunalpolitik fördern sollten. Das hochgesteckte Ziel war, im folgenden Jahr in jeden

Gemeinderat zwei Frauen zu bringen. Doch in der Mehrheit der Kommunalparlamente des Landes war keine einzige Frau vertreten (s. S. 110), und das sollte auch auf lange Zeit noch so bleiben. Erste Erfolge bei der Bildung solcher Frauengruppen konnten laut Blewetts Bericht in über 20 Kreisen erzielt werden, darunter in Bruchsal, Pforzheim und Karlsruhe.²⁵ Über die Existenz einer solchen Karlsruher Gruppe und ihrer Aktivitäten konnte jedoch nichts in Erfahrung gebracht werden, auch Zeitzeuginnen konnten hierzu keine Hinweise liefern. Möglicherweise war hier aber auch die seit 1946 bestehende *Karlsruher Frauengruppe* gemeint.

Women's Affairs Section war bemüht, ihre Aktivitäten nicht alleine auf die Städte zu beschränken, sondern ebenso die Frauen in kleinen ländlichen Gemeinden zu erreichen. Hier sei nicht viel los, die Frauen seien an Traditionen gebunden, eher von ihren Ehemännern abhängig, und sie entwickelten wenig Interesse an dem, was in der Stadt, im Land oder der Welt vor sich gehe. Dies alles mache sie manchmal anfällig für Einflüsse, die einem demokratischen Aufbau nicht zum Vorteil gereichten, begründete Blewett das Engagement ihrer Abteilung in ländlichen Regionen.²⁶ Damit versuchte sie den Zustand, dass gesellschaftliche Aktivitäten und politische Partizipation von Frauen sich überwiegend im städtischen Raum vollzogen, aufzubrechen. Doch konzentrierte sich auch dieses Bemühen in erster Linie auf württembergische Gemeinden.

Lediglich eine abseits der Zentren gelegene Gemeinde im badischen Landesteil erfuhr eine intensive Betreuung durch die *Women's Affairs Section*. In der Odenwaldgemeinde Mosbach gründeten ca. 100 Frauen aus verschiedensten Organisationen und Berufen eine Gruppe, um einmal im Monat Vortrags- und Diskussionsabende zu veranstalten. Außerdem wurden Untergruppen gebildet, die mit dem Bürgermeister zusammen an der Lösung drängender kommunaler Probleme arbeiten sollten. Das erste offizielle Treffen fand am 14. Februar 1949 im Beisein von Margaret Blewett statt. Blewett er-

läuterte das Programm ihrer Abteilung und appellierte an die Verantwortung der Frauen für die Zukunft. Bei einem zweiten Treffen wählte die *Mosbacher Frauengruppe* ihren Vorstand.²⁷ Am Beispiel der Arbeit dieser Gruppe in den folgenden Monaten wird deutlich, was *Women's Affairs Section* unter einer Beteiligung der Frauen am kommunalen Geschehen verstand. Offensichtlich lagen die Vorstellungen der Amerikanerinnen und der Akteurinnen aus der alten deutschen Frauenbewegung hinsichtlich einer Mitarbeit der Frauen in der Kommune nicht sehr weit auseinander. Die *Mosbacher Frauengruppe* leistete in erster Linie karitative Arbeit und unterstützte damit ihre Gemeinde bei der Bewältigung der sozialen Probleme der Nachkriegszeit. Es wurde geplant, zusammen mit dem *Roten Kreuz* ein Durchgangslager einzurichten. Im Juli und August führte die Frauengruppe ein Ferienlager für Kinder aus den Städten durch. Um eine finanzielle Basis für diese Aktivitäten zu schaffen, wurden Wohltätigkeitsveranstaltungen organisiert. Das Frühlingsfest 1949 erbrachte einen Gewinn von 700 DM.²⁸ Letztendlich wurde auch hier das Konzept verfolgt, Frauen über karitative Arbeit an eine politische Mitwirkung heranzuführen. Gleichzeitig gab es jedoch auch Bemühungen zur Vermittlung demokratischer Politikpraxis. So schlug die Militärregierung vor, dass einige Mitglieder der *Mosbacher Frauengruppe* an einem Treffen der Heidelberger *women's activity group* teilnehmen sollten, um parlamentarische Verfahrensweisen besser kennen zu lernen.

Die Betreuung der *Mosbacher Frauengruppe* durch die *Women's Affairs Section* hatte einen eher exemplarischen Charakter. Im Übrigen konzentrierte sich die Arbeit der Frauenabteilung der württemberg-badischen Militärregierung, abgesehen von Heidelberg, vor allem auf den württembergischen Landesteil. Natürlich waren Fläche und Bevölkerungszahl des württembergischen Landesteils erheblich größer als die des badischen. Dennoch stand die Zahl der jeweiligen Aktivitäten in keiner Relation hierzu. Dies dürfte auf verschiedene Ursachen

zurückzuführen sein. Zum einen war das Büro der *Women's Affairs Section* in Stuttgart. Hier hatten auch die württembergischen Landesverbände ihre Geschäftsstellen, so dass der Kontakt relativ leicht herzustellen und zu halten war. In Stuttgart ansässige Vertreterinnen der Frauenbewegung wie Anna Haag konnten darüber hinaus auf alte, vor 1933 entwickelte Netze und Strukturen zurückgreifen. Diese beschränkten sich jedoch weitgehend auf Württemberg, Kontakte zwischen der württembergischen und badischen Frauenbewegung waren aufgrund der bis 1946 bestehenden territorialen Grenzen so gut wie nicht vorhanden. Aufgrund der relativ dürftigen personellen und finanziellen Ausstattung der *Women's Affairs Section* dürfte diese aber überwiegend auf bereits bestehende Kontakte angewiesen gewesen sein, wie auch ihre gute Präsenz in Heidelberg zeigt.

Frauenpolitik im Bereich des Liaison and Security Office Karlsruhe

Die Unterrepräsentanz der Frauenarbeit der Militärregierung in Nordbaden scheint den bislang gewonnen Eindruck zu bestätigen, dass die Entwicklung der Karlsruher Frauenverbände zwischen 1945 und 1955 weitgehend ohne amerikanischen Einfluss vonstatten ging. Verifiziert werden konnte dieser Sachverhalt auch anhand der Akten der regionalen Militäradministration, des *Liaison and Security Office* (LSO) für den Kreis Karlsruhe. Die diversen Berichte der Organe der örtlichen Militärregierung sind sehr aufschlussreich hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Karlsruhe, die Frage der Mitarbeit von Frauen thematisieren sie jedoch in keiner Weise.²⁹ So wurde beispielsweise 1947 wiederholt über die Anstrengungen der Parteien, die Jugend zu gewinnen, berichtet, von Frauen war jedoch nicht die Rede.³⁰ Lediglich vier Frauenveranstaltungen der Parteien SPD und CDU im Verlauf des Jahres 1946 fanden kurze Erwähnung. Über eine Veranstaltung im Oktober 1946, bei der Kunigunde Fischer zum Thema *Frauen*

und Politik sprach, wurde lapidar vermerkt, es hätten rund 100 Personen teilgenommen, [...] *attended with 3 men making themselves conspicuous by their presence.*³¹ Als im August 1946 der Antrag auf Gründung der *Karlsruher Frauengruppe* vorgelegt wurde, vermerkte die für die politische Überwachung zuständige Abteilung der örtlichen Militärregierung wohlwollend, die Antragstellerinnen repräsentierten einen guten Querschnitt der unterschiedlichen politischen Strömungen der lokalen Frauenbewegung.³² Es erfolgte die Zulassung der Gruppe, deren Arbeit im Folgenden jedoch offensichtlich kaum die Beachtung der Amerikaner fand. Insgesamt scheint sich das Hauptaugenmerk der örtlichen Militäradministration auf die Durchführung des *Re-orientation-Programms* mit Jugendlichen gerichtet zu haben. Im Winter 1946/1947 und dem darauf folgenden Frühjahr nahmen Berichte über die Jugendarbeit breiten Raum ein. Die geschlechtsspezifische Dimension der Jugendarbeit wurde jedoch von Seiten der örtlichen Militärbehörden nicht thematisiert. Da wurde kommentarlos gemeldet, dass an einer Veranstaltung der Jungsozialisten im September 1946 110 Männer, aber nur zehn Frauen teilnahmen.³³ Beachtlich, im Gegensatz zur üblichen deutschen Berichterstattung, ist allerdings, dass die Teilnehmer/innen/zahl überhaupt nach Geschlecht differenziert wurde.

Die Frage ist, ob sich der Blick der örtlichen Militärregierung auf die Geschlechterverhältnisse nach Einrichtung der *Women's Affairs Section* Württemberg-Baden im Juli 1948 veränderte, ob und in welcher Weise sie sich nun Frauenfragen widmete und inwieweit sich dies auf die Arbeit der Frauenbewegung in Karlsruhe auswirkte. Erste Auswirkungen der im März 1948 erfolgten Arbeitsaufnahme der *Women's Affairs Section* für die amerikanische Besatzungszone erreichten bereits Anfang Juni vor Etablierung einer Frauenabteilung bei der württembergisch-badischen Militärregierung Karlsruhe. Am 6./7. Juni 1948 fand in den Räumen der Oberpostdirektion eine amerikanisch-deutsche Frauenkonferenz statt. Von amerika-

nischer Seite nahmen die demokratische Kongressabgeordnete Chase Going Woodhouse, die stellvertretende Leiterin der *Women's Affairs Section* bei der Militärregierung in Deutschland, Elizabeth Holt, die Präsidentin und eine weitere Vertreterin des christlichen Verbandes weiblicher Jugend, YWCA, sowie eine Vertreterin des Weltbundes der Pfadfinderinnen, teil. Aus Karlsruhe waren Vertreterinnen der Frauenorganisationen, des Jugend-, des Arbeits- und des Gesundheitsamtes, der weiblichen Polizei, der Kirchen, des *Roten Kreuzes*, der *Arbeiterwohlfahrt*, der Studentenschaft sowie der Presse anwesend. Ziel der amerikanischen Veranstalterinnen war es, einen Überblick zu erhalten, welche Unterstützung die demokratischen Frauenorganisationen in Deutschland benötigten.³⁴ Die Ergebnisse dieser Karlsruher Tagung dürften auch in den Bericht, den Woodhouse im September d. J. über die Situation der Frauen in Deutschland vorlegte (s. S. 187), Eingang gefunden haben. Eröffnet wurde die Konferenz von CDU-Stadträtin und Gründungsmitglied der *Karlsruher Frauengruppe* Anna Walch (s. S. 112), die für die amerikanische Hilfe durch Hoover-Speisung und Care-Pakete dankte. Holt versicherte für die Amerikanerinnen, sie seien nicht als Richterinnen gekommen, sondern wüssten um die Probleme der deutschen Frauen und hofften, diese würden auch für die ihren Verständnis aufbringen. Sie schlug vor, eine *Arbeitsgemeinschaft* zu bilden, um gegenseitig voneinander zu lernen. Im weiteren Verlauf der Tagung berichtete Frau Dr. Gillet aus der evangelischen Frauenarbeit und Frau Horn von der *Caritas* über ihre Arbeit mit *gefährdeten* Mädchen und Frauen. Frau von der Heyden vom Karlsruher Arbeitsamt sprach über die durch die schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen verursachten Probleme und ihre Folgen für die Frauenerwerbsarbeit. Sie verwies auf Artikel 20 der württembergisch-badischen Verfassung der Frauen gleiche Rechte bei Berufswahl und Entlohnung garantierte und die Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieses Grundsatzes. Die Schulärztin Dr. Wort-

mann berichtete über die gesundheitliche Lage der Schuljugend. Anschließend wurde die Konferenz in Arbeitsgruppen fortgesetzt. Unter der Leitung von Woodhouse diskutierte eine Gruppe die Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit. Eine weitere Gruppe setzte sich mit der Situation der Flüchtlinge und der in Deutschland lebenden Ausländer auseinander. Ein heißes Eisen packte die Arbeitsgruppe zur *Gefährdetenfürsorge* an. Hier wurde über junge Mädchen und Frauen, die Beziehungen zu Besatzungssoldaten eingingen, und über die daraus hervorgehenden Kinder, insbesondere die Probleme schwarzer Kinder, gesprochen. Die vierte Arbeitsgruppe, die sich unter Leitung der Vorsitzenden des Welt-Pfadfinderinnenbundes mit der Jugendarbeit auseinander setzte, appellierte an die mütterlichen Fähigkeiten der Frauen. Den nächsten Tag nutzten die amerikanischen Gäste, um soziale Einrichtungen der Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Frauenorganisationen zu besuchen.³⁵

Der in den Akten der LSO Karlsruhe überlieferte Bericht über diese Tagung gibt wieder, wie man von Seiten der amerikanischen Militärregierung die Karlsruher Frauenbewegung einschätzte. Da heißt es, zuerst sei der Eindruck entstanden, die Konferenz würde aus nichts als langen Reden bestehen, doch das Ziel der amerikanischen Teilnehmerinnen sei es gewesen, zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Dies habe durch die Arbeit in Diskussionsgruppen geleistet werden können, und so bestehe schließlich kein Zweifel, dass die Konferenz den Frauen in Karlsruhe ein beachtliches Maß an Ermutigung und neuer Hoffnung gebracht habe.³⁶ Leider ist nicht überliefert, wie die Karlsruher Teilnehmerinnen diese Tagung gesehen und ihre Ergebnisse eingeschätzt haben. Ein von Elisabeth Großwendt für die BNN verfasster Bericht mit der Überschrift *Helfende Frauenhände von drüben*, blieb in seiner Darstellung äußerst nüchtern und enthielt sich jeglicher Einschätzung.³⁷

War die Atmosphäre tatsächlich von dem von Elizabeth Holt formulierten Wunsch, sich gegenseitig zu verstehen und voneinander zu ler-

nen, geprägt? Der amerikanische Kommentar, dessen Verfasser/in nicht bekannt ist, vermittelt eher den Eindruck, als hätten die engagierten Karlsruher Frauen in keiner Weise amerikanischen Vorstellungen entsprochen. Die besonders kritischen Passagen wurden zwar nachträglich durchgestrichen, doch sind sie noch leserlich und geben interessante Hinweise, wie man bei der örtlichen Militäradministration die gesellschaftlich aktiven Karlsruherinnen einschätzte. Den jüngeren Frauen wurde argumentative Kompetenz, Urteilsvermögen und gesunder Menschenverstand bescheinigt. Doch einige der älteren Damen hätte man am liebsten in den Ruhestand geschickt. Sie verstünden, wohlformuliert zu reden, allerdings habe man den Eindruck, ihre Stellung in den Frauenorganisationen sei in erster Linie auf Parteipolitik zurückzuführen und nicht auf praktische Ergebnisse ihrer Arbeit. Man müsse den Jüngeren und Fähigeren die Chance geben, für die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Frauen zu kämpfen.³⁸

Diese Einschätzung verweist auf das bereits angesprochene unterschiedliche Politikverständnis. Die amerikanische Kritik an der Fixierung deutscher politischer Aktivitäten auf Parteien war sicher nicht ganz unberechtigt, im Hinblick auf die Karlsruher Frauenbewegung jedoch nicht ganz zutreffend, wenn man etwa betrachtet, welch distanzierendes Verhältnis Frauen wie Luise Riegger oder Elisabeth Großwendt zu ihrer Partei hatten.

Hier entsteht der Eindruck, dass die Arbeit der lokalen Frauenorganisationen nur sehr oberflächlich zur Kenntnis genommen wurde und man vorschnell mit Klischees bei der Hand war. Die *Karlsruher Frauengruppe* beispielsweise müsste mit ihrem Bemühen, praktische kommunale Arbeit und politische Forderungen bei gleichzeitiger Überparteilichkeit zu verbinden, doch eigentlich den amerikanischen Vorstellungen von Frauenarbeit recht nahe gekommen sein. Das Bild der amerikanischen Administration über die örtliche Frauenbewegung scheint sich dann doch im Verlauf der Arbeit der württemberg-badischen *Women's Affairs*

Section etwas differenziert zu haben. In ihrem Bericht vom August 1949 ist von einer *extremely intelligent group of women* im Kreis Karlsruhe die Rede.³⁹

Ein nicht zu übersehendes Problem war jedoch die im Bericht über die Konferenz im Juni 1948 angesprochene „Überalterung“, die nicht alleine die Frauenbewegung, sondern durchaus auch politische Parteien und Gewerkschaften betraf. War die Jugendarbeit ein wichtiger Schwerpunkt der *Education and Cultural Relations Division* der Militärregierung, bemühte sich auch die *Women's Affairs Section*, junge Frauen anzusprechen und für ein gesellschaftliches Engagement zu interessieren. Der Abteilungsleiterin in Württemberg-Baden war ja eigens eine für Mädchenarbeit zuständige Mitarbeiterin zur Seite gestellt worden. In Stuttgart führte Anna Haag im Herbst 1948 an Gymnasien mit 17- bis 18-jährigen Mädchen Diskussionen über Parlamente und ihre Funktion, über politische Parteien etc. und führte sie zur praktischen Anschauung in den Landtag.⁴⁰

In Karlsruhe wurde Anfang des Jahres 1948 begonnen, im Rahmen des von der Militärregierung initiierten Jugendprogramms *German Youth Activities* (GYA) ein Haus für die weibliche Jugend im Alter von zehn bis 25 Jahren einzurichten. Das *Girl-Center* in der Schubertstraße 11, das von Amerikanerinnen in Zusammenarbeit mit deutschen Frauen geführt wurde, verfügte über Aufenthalts- und Diskussionsräume, Näh- und Bastelzimmer sowie Tischtennisräume und ein Badezimmer. Die angebotenen Kurse waren überwiegend an traditionell weiblichen Erziehungsmustern orientiert: Nähen, Basteln, Modellieren, Zeichnen, Weben und Gymnastik. Außerdem wurde einmal wöchentlich Schwimmunterricht im Vierordtbad angeboten. Anfang März 1948 konnte das von 10.00 bis 22.00 Uhr geöffnete Mädchenzentrum bis zu 230 Besucherinnen in der Woche zählen. Die Mädchen machten ihr Kommen allerdings von einigen Bedingungen abhängig, wie die in Karlsruhe erscheinende Jugendzeitschrift *Du* berichtete: *männliche Gesellschaft ist unerwünscht, und sie wollen*

*keine theoretisch-politische Schulung.*⁴¹ Die Leitung des Hauses habe sich diesen Bedingungen *lächelnd* gefügt, doch seien bald mit Zustimmung der Mädchen Debattierklubs eröffnet worden, in denen auch politische Fragen Erörterung fanden. Die Kurse wurden zwar jeweils von einer Amerikanerin und einer Deutschen geleitet, doch fanden sich anscheinend nicht genügend deutsche Frauen zur Mitarbeit bereit. Am 23. März 1948 lud die Militärregierung *Frauen aller Richtungen* zu einer Informationsveranstaltung über das *Girl-Center* ein. Die Sachverständige der Militärregierung für Jugendarbeit, Ltnt. Berta Hunter aus Heidelberg, erklärte, es sei notwendig, dass sich mehr Karlsruher Frauen als bisher neben den Amerikanerinnen an der Arbeit des Hauses beteiligten.⁴² In einem von Dr. Charlotte Anders ebenfalls im März für die Zeitschrift *Die Welt der Frau* verfassten Bericht über die Arbeit der *Karlsruher Frauengruppe* ist zu lesen: *Außerdem arbeiten Mitglieder der Gruppe hauptberuflich wie ehrenamtlich in dem von Amerikanerinnen und der Militärregierung eingerichteten Girls-Center tatkräftig mit.*⁴³ Näheres über diese Arbeit war jedoch nicht in Erfahrung zu bringen, Zeiteuginnen erinnern sich nur noch vage. So konnte auch nicht geklärt werden, wann und warum das *Girl-Center* seine Arbeit einstellte, während andere von den Amerikanern initiierte Jugendhäuser bis heute bestehen.⁴⁴

Als ein Versuch, jüngere berufstätige Frauen in einem Verband zu organisieren, der der amerikanischen Vorstellung von Frauenarbeit nahe kam, dürfte die Gründung des *Clubs berufstätiger Frauen* zu werten sein (s. S. 145). Zwar hatte auch dieser Verband eine 1931 gegründete Vorläuferorganisation gehabt, doch war deren Geschichte so kurz, dass sie der Tradition der alten Frauenbewegung sicher bei weitem nicht in dem Maße verpflichtet war wie andere Organisationen.⁴⁵ Die Aktiven des neuen, 1950 gegründeten, Verbandes waren etliche Jahre jünger als beispielsweise die Protagonistinnen der *Karlsruher Frauengruppe*. Hier war eine neue Frauengeneration angetreten, die ihre

Vorkämpferinnen mit freundlicher Distanz betrachtete. Die Vorsitzende des *Clubs berufstätiger Frauen*, die 1921 geborene Alice Händinger, erinnert sich beispielsweise an die 40 Jahre ältere Mitgründerin der *Karlsruher Frauengruppe* Elisabeth Großwendt: *Also die hab ich sehr geliebt. Die hat meinen Mann immer sehr beschimpft, wenn er mich nicht anständig behandelt hat. Das war so richtig 'n altes Original.*⁴⁶ Diese Frauen hatten einen anderen Typus verkörpert, den der allein stehenden, manchmal in ihrer Eigenständigkeit etwas sonderlich wirkenden Frauenrechtlerin. Der *Club berufstätiger Frauen* dürfte eine der wenigen in den Nachkriegsjahren gegründeten Frauenorganisationen gewesen sein, der sich nicht aus vorwiegend über 60-jährigen Frauen konstituierte. Und die Gründung dieses Clubs ist der einzig belegbare Versuch der amerikanischen Militärregierung, in Karlsruhe aktiv in die Reorganisation der Frauenbewegung einzugreifen.

Am 27. November 1948 hatte Margaret Blewett bei einer Veranstaltung im zu diesem Zeitpunkt in der Münze befindlichen *Amerikahaus* die neu gegründete *Women's Affairs Section* Württemberg-Baden den Karlsruherinnen vorgestellt. Blewett bezeichnete die Einrichtung dieser Abteilung als Ausdruck dafür, welche Bedeutung man den Problemen der deutschen Frauen beimesse und versicherte, den deutschen Frauen mit Rat und Tat zur Seite stehen zu wollen. Anschließend berichtete die Journalistin Pauline Mandigo über die Situation der Frauen in den USA.⁴⁷ Weitere Hinweise auf direkte Auswirkungen der Arbeit der *Women's Affairs Section* in Karlsruhe sind äußerst spärlich. Zu belegen ist, dass die Karlsruher Juristin Dr. Erika Libal (s. S. 42) im Juni 1949 als Referentin für die Frauenabteilung tätig war.⁴⁸ Inwieweit die nach der Währungsreform auf Initiative der *Karlsruher Frauengruppe* und Anna Walchs eröffnete Vermittlungsstelle für Notkäufe (s. S. 124) auf eine Anregung der Militärregierung zurückging, ließ sich nicht ermitteln. Nachzuweisen ist, dass im Sommer und Herbst 1948 eine Reihe durch *Women's*

Affairs Section initiierte *self-help stores* und *repair shops* eröffnet wurden. Diese Einrichtungen gaben Frauen die Möglichkeit, in Heimarbeit erstellte Produkte zu verkaufen und wurden durch Gaben der Organisation *Women of America* unterstützt. Sie existierten in Stuttgart, Heidelberg, Ulm, Ludwigsburg und weiteren Städten.⁴⁹ Von der Karlsruher Verkaufsstelle war in den Berichten der *Women's Affairs Section* nicht die Rede. Da sie bereits bei Arbeitsaufnahme Blewetts geschaffen worden war und sich als Stelle für An- und Verkauf konzeptionell von den amerikanischen Einrichtungen in anderen Städten unterschied, war sie möglicherweise eine eigenständige Schöpfung der Karlsruher Frauen, die unabhängig von amerikanischen Initiativen entstand.

Insgesamt kümmerte sich die *Women's Affairs Section* Württemberg-Baden wenig um die Karlsruher Frauen. Auch die örtliche Militäradministration zeigte kein großes Interesse an deren Arbeit und entwickelte im Rahmen ihres Reorientation-Programms keine spezifischen Angebote für Frauen. Die Existenz einer speziellen Frauenabteilung in Karlsruhe ist bis zur Ablösung der Militärregierung im Frühjahr 1949 nicht nachzuweisen. Dennoch war es keineswegs so, dass die deutschen Frauen in jenen Jahren völlig frei von amerikanischen Einflüssen geblieben wären. Sicher dürfte es auf informeller Ebene auch in Karlsruhe Kontakte zwischen Angehörigen der Militäradministration und der Frauenbewegung gegeben haben. Eine wichtige Rolle spielten oft die Ehefrauen amerikanischer Offiziere. Nach der Umwandlung der Militärregierung in die Hohe Kommission wurden ab Herbst 1949 auch die Kreisresidenzoffiziere und ihre Ehefrauen für die Arbeit der *Women's Affairs Section* auf regionaler und lokaler Ebene eingespannt. Der *Karlsruher Hausfrauenverband* z. B. traf sich ab 1955 regelmäßig mit Ehefrauen ortsansässiger amerikanischer Offiziere (s. S. 149). Eine in den Akten des Präsidenten des Landesbezirks Baden befindliche Liste der Karlsruher Frauenorganisationen aus dem Jahr 1950 weist schließlich den Absender *Womens Affairs US*

Resident Office, Karlstraße 11, auf.⁵⁰ In diesem Rahmen dürfte die Tätigkeit von Frau Schröder, die die Gründung des *Clubs berufstätiger Frauen* initiiert hatte (s. S. 145), anzusiedeln sein.

Eine wichtige Rolle spielte für viele Frauen die im August 1946 im Münzgebäude eingerichtete amerikanische Bücherei und Lesehalle. Das *Amerikahaus* in der Münze war Treffpunkt für etliche Frauenorganisationen, die *Karlsruher Frauengruppe* beispielsweise hängte dort an einem Schwarzen Brett Informationen aus und kündigte ihre Veranstaltungen an. In Gesprächen mit Zeitzeuginnen wurde immer wieder deutlich, dass diese die Nachkriegszeit auch als einen Aufbruch in Bezug auf das kulturelle Leben empfanden. Der Nationalsozialismus hatte ihre Generation von einer Fülle kultureller, geisteswissenschaftlicher oder auch psychologischer Diskussionen ausgeschlossen. Viele, insbesondere Frauen mit einer gehobenen Bildung, nahmen die Angebote des *Amerikahauses* in diesen Bereichen begierig auf.⁵¹ Andere, wie z. B. das Mitglied der *Karlsruher Frauengruppe* und des *Deutschen Akademikerinnenbundes*, Dr. Ingeborg Hohlfeld, wurden dort selbst als Dozentinnen tätig. Hohlfeld hielt in dem im Mai 1949 in das Möninger-Gebäude an der Kaiserstraße verlegten *Amerikahaus* wiederholt Vorträge und leitete eine *Discussion Group*.⁵² Als einzige Frau neben dem Polizeipräsidenten, einem Stadtrat, einem Kreisschulrat und einem Studenten besuchte Hohlfeld 1951 im Rahmen eines Austauschprogramms der Stadt Karlsruhe drei Monate die USA. Nach ihrer Rückkehr berichtete sie in der örtlichen Presse über die Situation der amerikanischen Frau.⁵³

Ingeborg Hohlfeld war keineswegs die einzige Karlsruherin, die in jenen Jahren im Rahmen der Austauschprogramme in den USA weilte. Bei Nachfragen ergab sich, dass einige der gesellschaftlich engagierten Frauen zu Beginn der 50er Jahre Amerika besuchten. Allerdings handelte es sich hierbei meist um Frauen aus dem bürgerlichen Spektrum. USA-Aufenthalte von Sozialdemokratinnen sind nicht bekannt.

Insgesamt wurden in den Jahren 1947 bis 1954 über 13.350 Besucher/innen aus Mitteln der Militärregierung zu Studienreisen in die USA geschickt. 1950 waren 28,7 % dieser USA-Reisenden Frauen, insgesamt dürfte ihr Anteil bei ca. 25 % gelegen haben.⁵⁴

Dr. Alice Haidinger war bereits, bevor sie nach Karlsruhe kam, als *Fullbright Student* nach Amerika geschickt worden, ... *to learn how democracy works*.⁵⁵ Auch Luise Riegger oder die BNN-Redakteurin Liselotte Nüchel nahmen an diesem *visiting program* teil. Im Frühjahr 1954 besuchten Karlsruher Richter Amerika. Unter ihnen befand sich die einzige Richterin am Bundesverfassungsgericht, Dr. Erna Scheffler. Die BNN berichteten: *Mit unverhohlener Freude gab Dr. Erna Scheffler ihrer Genugtuung über den starken Einfluss der amerikanischen Frauenverbände auf das politische Leben Ausdruck [...]*⁵⁶

Die meisten Frauen machten in den USA äußerst positive Erfahrungen und kehrten überwältigt zurück, wie eine Auswertung ihrer Reiseberichte ergab. Diese Berichte wurden für die amerikanischen Gastgeber auf deren ausdrücklichen Wunsch verfasst und waren somit sicher nicht der Ort, an dem offen Kritik geübt wurde. Doch selbst wenn man dies berücksichtigt, bleibt der von den meisten Teilnehmerinnen des *visiting program* geäußerte positive Eindruck. Nahezu einhellig war in den Berichten die Rede von der Liberalität der amerikanischen Gesellschaft, der Diskussionsbereitschaft und dem ungezwungenen Umgang der Amerikaner miteinander, der Bereitschaft hoher Staatsbeamter, dem Bürger Rede und Antwort zu stehen, dem höheren Lebensstandard und der Gastfreundschaft.⁵⁷ Dies bestätigt auch der Bericht einer Durlacherin.

Gretel Leimbach, Lehrerin an der landwirtschaftlichen Berufsschule Grünwettersbach und Tochter von Anna Leimbach (s. S. 162) weilte von April bis Juli 1950 im Rahmen eines Besuchsprogramms für Lehrer an Berufsschulen in den USA. Ihr Bericht über diesen Studienaufenthalt liest sich über weite Strecken wie ein Loblied auf das *Land der unbegrenzten*



64 Gretel Leimbach (Mitte) bei einer Fabrikbesichtigung am 17. Mai 1950, Elkhart, Indiana, links Luise Fuchs, Lehrerin an einer Handelsschule für Mädchen in Stuttgart.

Möglichkeiten. Sie selbst merkte an, dass der Report nach kurzem zeitlichen Abstand der *Wochen so intensiven Erlebens* verfasst wurde und folglich noch ganz unter den Eindrücken der Reise entstanden war.⁵⁸ Doch bei allen positiven Wahrnehmungen, die sie hinsichtlich der amerikanischen Gesellschaft und auch des Schulwesens – das ja ein wichtiger Studiengegenstand ihres Aufenthaltes war – machen konnte, entschloss sich Gretel Leimbach zu einigen kritischen Anmerkungen. Sie äußerte sich u. a. etwas irritiert über das fast nicht vorhandene amerikanische Sozialversicherungssystem. Ihr Interesse habe u. a. der Alters- und Krankenversorgung gegolten, allerdings sei hier wenig in Erfahrung zu bringen gewesen, und diese Belange erschienen ihr relativ ungesichert. Sie bemängelte, dass kein gesetzlicher Kündigungsschutz bestehe, was sie als Wider-

spruch zur *Freiheit von Furcht* empfand, die sie ansonsten in den USA auszumachen glaubte. So kam sie auch zu der Vermutung, dass die durch ständige Leistungsanforderungen permanente berufliche Anspannung und die drohende soziale Unsicherheit im Alter eine Ursache für *die große Zahl von Nervenkranken* sein könnte.⁵⁹ Leimbach unterbreitete schließlich Verbesserungsvorschläge für die Durchführung künftiger Besuchsprogramme, so regte sie beispielsweise eine gründlichere Vorbereitung der Reise in Deutschland an, u. a. die Durchführung von Sprachkursen. Diese recht offenen Ausführungen Gretel Leimbachs legen die Vermutung nahe, dass auch die äußerst positiven Schilderungen durchaus ihrer subjektiven Wahrnehmung entsprachen und nicht in erster Linie mit Blick auf die Adressaten des Berichts erfolgt waren.

Die genaue Zahl der Karlsruher Frauen, die im Rahmen des Austauschprogramms die USA besuchten, lässt sich nicht benennen, und es war insgesamt sicher eine kleine, privilegierte Gruppe. Doch dürften nicht wenige Karlsruherinnen in irgendeiner Form mit Maßnahmen im Rahmen des amerikanischen Re-Education-Programms in Berührung gekommen sein. Wenn auch die örtliche Militärregierung keine aktive Frauenpolitik betrieb, gab es doch wiederholt Berührungspunkte mit den örtlichen Frauenverbänden. Die Zusammenarbeit deut-

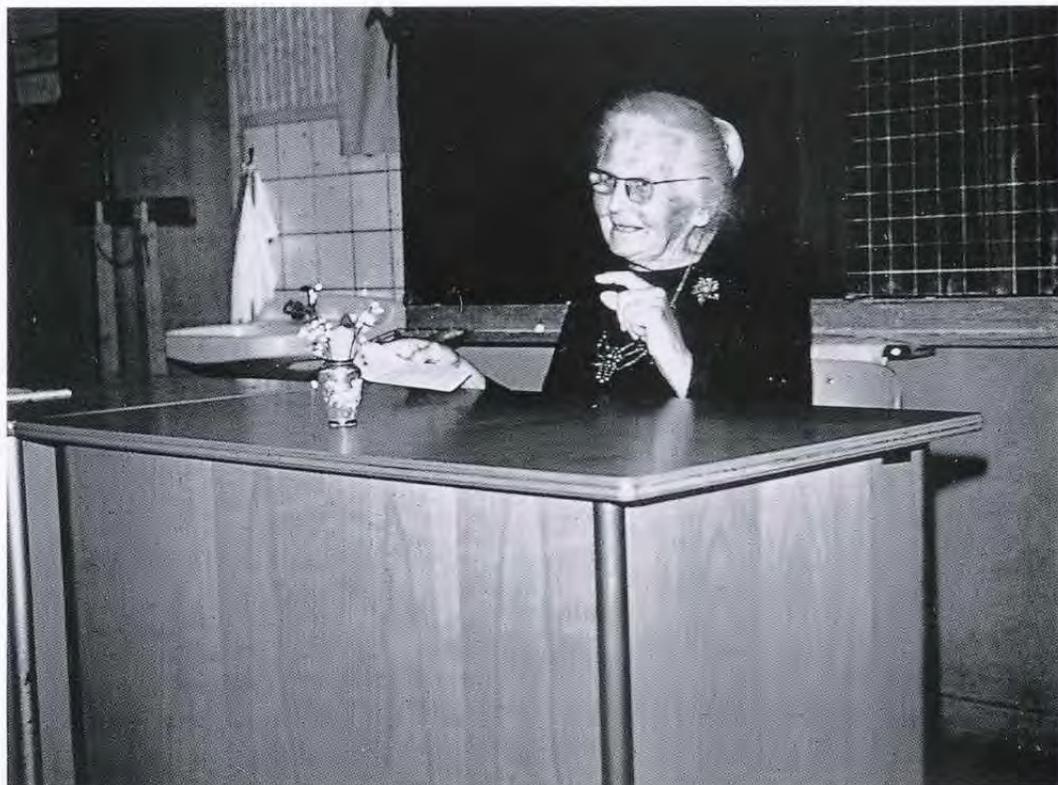
licher und amerikanischer Frauen wird schließlich bis heute mit dem *Internationalen Frauenclub Karlsruhe e. V.*, der dem Verband der *Deutsch-Amerikanischen Clubs* angehört, fortgeführt. Bekannt wurde diese Organisation vor allem durch die seit 1968 jährlich veranstalteten *Pfennig-Basare*. Gegründet worden war diese amerikanisch-deutsche Frauenorganisation jedoch erst 1957, zu einem Zeitpunkt, als die frauenpolitischen Programme der Amerikaner in Deutschland bereits seit fünf Jahren ausgelaufen waren.⁶⁰

Frauen und Politik in der Nachkriegszeit – Aufbruch oder verpasste Chance? Zusammenfassung

*Eine große Macht ist den Frauen in die Hand gegeben. Schon von jeher den Männern an Zahl überlegen, hat der Krieg das Verhältnis der Geschlechter noch mehr verschoben, so dass die Stimmen der Frauen bei den Wahlen jetzt noch mehr als bisher den Ausschlag geben. Der Aufbau der Zukunft fordert von der Frau, sich mit diesen Fragen eingehend zu beschäftigen [...],¹ hatte Elisabeth Großwendt in der ersten Ausgabe der BNN am 1. März 1946 geschrieben. Sie war sich durchaus bewusst, dass viele Frauen, *zermürbt und müde von den Schrecken und Leiden der Vergangenheit*, nicht leicht für Politik zu interessieren oder gar für eine politische Mitarbeit zu gewinnen waren. Dennoch setzte sie auf deren Wille, das Leben neu zu gestalten und sich somit in das zu schaffende demokratische Gemeinwesen einzubrin-*

gen. Hier kam durchaus eine gewisse Aufbruchstimmung und Hoffnung zum Ausdruck, die Nachkriegssituation für eine neue, von Frauen mitbestimmte Politik zu nutzen. Die Frage, ob es jedoch zu einem *massenhaften politischen Aufbruch von Frauen* kam, muss für Karlsruhe, wie das gesamte amerikanisch besetzte Nordbaden, verneint werden.²

Diejenigen Karlsruherinnen, die sich nach 1945 in Parteien, Gewerkschaften oder der überparteilichen *Karlsruher Frauengruppe* engagierten, stellten eine kleine Minderheit der weiblichen Bevölkerung dar. 1950 waren von 198.840 Karlsruher Einwohnern 107.961 weiblich.³ Insgesamt konnten für die ersten zehn Jahre nach Beendigung des Krieges über 150 (gesellschafts-)politisch aktive Frauen namentlich ermittelt werden.⁴ Sie fanden Erwäh-



65 Luise Rieger bei einem Vortrag am 4. Mai 1975.

nung in der Presse oder in städtischen Akten, weil sie für eine Partei kandidierten, einen Vortrag hielten, im Vorstand einer Organisation, in einem städtischen Ausschuss oder im Gemeinderat saßen. Die Zahl derjenigen, die an der Basis tätig waren und deren Arbeit nicht in irgendeiner Form aktenkundig wurde, dürfte um einiges größer gewesen sein. Zahlreiche Karlsruherinnen waren zur Stelle, errichteten Wärme- und Nähstuben oder organisierten Suppenküchen. Die Beschaffung von Wohnraum, Nahrungsmitteln und sämtlichen Dingen des täglichen Bedarfs, die Sicherung des Überlebens waren die vorrangigen Aufgaben der Kommunalpolitik der unmittelbaren Nachkriegszeit. Hier fielen Alltagsbewältigung und Politik zusammen, hier trugen Frauen ihren Anteil zur Errichtung des städtischen Gemeinwesens bei. Den Schritt in die wieder aufzubauenden politischen Entscheidungsgremien

vollzogen jedoch nur die wenigsten der eher im Hintergrund Wirkenden. Insgesamt war der Kreis der Frauen, die die Arbeit in Parteien, Verbänden und Frauenorganisationen aktiv gestalteten, recht klein. Darüber hinaus engagierten sich diese Frauen meist in unterschiedlichen Zusammenhängen und übten nicht selten Mehrfachfunktionen aus.

Die meisten dieser Frauen, die in den unmittelbaren Nachkriegsjahren kommunalpolitisch aktiv wurden, gehörten der Generation der vor und um 1900 Geborenen an.⁵ Sie hatten bereits im Kaiserreich politische Erfahrungen gesammelt, kannten sich untereinander und pflegten über die Grenzen von Parteien und Organisationen hinaus Kontakte. Mit ihnen konnte an die Traditionen und die Netze der alten lokalen Frauenbewegung angeknüpft werden.

Eine *Zwischengeneration* hatte zwar Kindheit und frühe Jugend unter dem Einfluss der De-

mokratie verbracht, doch wurden erste politische Erfahrungen durch den Nationalsozialismus unterbrochen – oder auch in einer bestimmten Art und Weise geprägt. Sie, die in den Jahren von 1901 bis 1920 Geborenen, stellten in Karlsruhe in den fünfziger und sechziger Jahren den größten Anteil der im Kommunalparlament vertretenen Frauen. Die vor 1900 geborenen Politikerinnen dienten ihnen teilweise als Vorbilder und Mentorinnen, wie beispielweise Kunigunde Fischer für Hanne Landgraf. Zwar hatten die jüngeren Frauen meist andere Lebensentwürfe als die Frauenrechtskämpferinnen alten Typus⁵, wie etwa Luise Riegger oder Elisabeth Großwendt, dennoch war eine Verständigung zwischen den Generationen möglich. Die 1921 geborene Erste Vorsitzende des *Clubs berufstätiger Frauen* Dr. Alice Haidinger, die berufliche Karriere, Familie und frauenpolitisches Engagement zu vereinen suchte, sagt z. B. über die 40 Jahre ältere, berufstätige und alleine lebende Elisabeth Großwendt: *Also die hab ich sehr geliebt. Die hat meinen Mann immer sehr beschimpft, wenn er mich nicht anständig behandelt hat. Das war so richtig 'n altes Original.*⁶ Hier fand ein Austausch unter verschiedenen Generationen gesellschaftlich engagierter Frauen statt, konnte an die Erfahrungen vor 1933 angeknüpft werden.

Gab es unter den um 1920 geborenen Frauen noch einzelne, die, geprägt durch ein anti-nationalsozialistisches Umfeld wie Elternhaus oder Kirche, das Ende des NS-Regimes als Chance für ein gesellschaftliches Engagement nutzten, so übte sich die Generation der nach 1925 Geborenen nach 1945 in größter Enthaltsamkeit hinsichtlich eines frauenpolitischen Aufbruchs. Diese Frauen hatten ihre Sozialisation im Nationalsozialismus erfahren und bis dahin keine demokratischen Politikformen kennen gelernt. Auffällig ist eine häufige Betonung ihres *Unpolitisch-Seins*. Sicher spielte angesichts der im Dritten Reich gemachten Erfahrungen eine *Politikmüdigkeit*, die übrigens auch bei den Männern dieser Generation beklagt wurde, eine Rolle. Daneben dürfte die

weitgehende politische Zurückhaltung der jungen Frauen auch mit darauf zurückzuführen sein, dass die Generation der *Mütter*, die vor 1933 politisch aktiv gewesen war, es nicht verstand, diese jungen Frauen anzusprechen oder gar zur Mitarbeit zu motivieren. Zwar waren die Aktiven der älteren Generation sehr bemüht, Wissen über die Arbeit der alten Frauenbewegung zu vermitteln und somit politisches Handeln in eine positive, vom Nationalsozialismus nicht besetzte historische Tradition zu stellen, doch bedeutete dies auch ein Anknüpfen an den bürgerlich dualistischen Entwurf der Geschlechterverhältnisse. Die Politikerinnen der älteren Generation selbst deuteten ihre politische Rolle als *Ergänzerin* des Mannes. Elisabeth Großwendt schrieb im Juli 1946: *Die Aufgabe der Frau wird wohl darin liegen, zunächst ihren persönlichen Pflichtenkreis mit möglicher Vollkommenheit auszufüllen [...] wobei die Eigenart der Frau ihre besondere Betonung wiederbekommen sollte: Das Zugewendetsein zum anderen und dessen Not. Nicht die eigene Not anstarren, sondern versuchen, die größere Not zu lindern ...*⁷ Unermüdlich wurde die Frau in jenen Jahren als pflegende, bewahrende Erfüllungsgehilfin des Mannes angemahnt. Dieses Beharren auf der Erfüllung weiblicher Pflichten mag bei der jüngeren Frauengeneration auf wenig Begeisterung gestoßen sein. Nach entbehrungsreicher Kriegs- und Nachkriegszeit, die an die Frauen tagtäglich hohe Anforderungen stellte, um das Überleben zu sichern, erscheint die Verpflichtung auf weitere Aufgaben als wenig verheißungsvolles Programm. Den Frauen, die ihre Jugend im Krieg verbringen mussten, mag viel eher der Sinn nach Zerstreuung, Vergnügen und Tanz, weg vom alltäglichen Pflichtpensum, gestanden haben. Wie diese junge Frauengeneration zu den Idealen der alten Frauenbewegung stand, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, denn gerade die, die für diese Politik nicht zu begeistern waren, meldeten sich öffentlich nicht zu Wort.

Die Akteurinnen der lokalen Frauenbewegung des Kaiserreichs hatten den Schritt in die ge-

sellschaftlich-politische Öffentlichkeit vollzogen, indem sie die in der privaten Sphäre geübten sozialpflegerischen Tätigkeiten zu einer öffentlichen Sache umformten. Dabei hatten sie ein anderes als das männliche Politikkonzept entwickelt. Dies hatte der Nationalsozialismus nicht völlig auslöschen können, und es gelang, nach seinem Ende wieder Anknüpfungspunkte zu finden. Doch Inhalte und Formen der Arbeit erfuhren keine Weiterentwicklung. So trat die Frauenbewegung 1945 mit einem Konzept an, das den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen nicht gerecht werden konnte. Das Beharren auf einem Konzept, das von einer auf gegenseitiger Ergänzung basierenden Polarität der Geschlechter ausging, drohte nun den Frauen zur Fessel zu geraten. Schließlich sollte in den 50er Jahren ein Frauenbild übermächtig werden, das die Erfüllung *weiblicher Wesensart* wieder alleine auf den Bereich der Familie zu beschränken suchte.

Neben der Generationszugehörigkeit spielten vor allem auch die Schichtzugehörigkeit und das soziale Umfeld der agierenden Frauen eine wesentliche Rolle hinsichtlich ihres Zugangs zur Politik. Diskussionen über eine politische Partizipation sowie allgemeine Fragen der Emanzipation wurden vor allem von dem Bildungsbürgertum zugehörigen Frauen geführt. Die aus dem sozialdemokratischen Arbeitermilieu stammenden Frauen hingegen engagierten sich in erster Linie in Projekten, die das unmittelbare Überleben sicherten und entwickelten einen pragmatischen Zugang zur Politik.

Allen politisch aktiven Frauen jener Jahre ist gemeinsam, dass sie entweder berufstätig und alleine lebend waren oder Familie hatten, aber zu der Zeit keiner beruflichen Tätigkeit nachgingen. Beruf, Familie und gesellschaftliches Engagement waren in der Nachkriegszeit nicht gleichzeitig unter einen Hut zu bringen.

Darüber hinaus wurde deutlich, dass bei den meisten gesellschaftlich engagierten Frauen, aus den unterschiedlichsten sozialen Schichten und politischen Lagern, bestimmte biographische Voraussetzungen das Handeln wesentlich geprägt haben. Eine wichtige Rolle spielte bei

nahezu allen das Elternhaus. Während Birgit Meyer in ihrer Studie über zwei Politikerinnen-Generationen für die jüngere Generation der nach 1970 Aktiven eine starke Prägung durch den Vater als wesentliche biographische Voraussetzung konstatierte,⁸ ergaben die mit Karlsruher Politikerinnen der älteren Generation geführten Gespräche, dass für eine Mehrheit von ihnen auch die Mutter starken Vorbildcharakter hatte: Sie war für eine Frau überdurchschnittlich gebildet, sie war selbstständig, modern, berufstätig, sie fuhr schon in den 20er Jahren Auto. Aber auch Geschwister, insbesondere ältere Brüder, gaben manches mal den Anstoß für politisches Engagement. Insbesondere für die in der SPD, aber auch für einige in der KPD engagierten Frauen war darüber hinaus das Milieu der Arbeiterbewegung mit ihren vielfältigen Jugend-, Freizeit- und Kulturorganisationen prägend. Ähnliches kann auch für eine junge Katholikin gesagt werden, deren späteres gesellschaftspolitisches Engagement wesentlich durch die Mutter, eine engagierte Katholikin, sowie die Erfahrungen in einer katholischen Mädchengruppe beeinflusst wurde. Auch in Karlsruhe scheint auf den ersten Blick eine politische Selbstbescheidung oder eine *machtpolitische Bescheidenheit* als charakteristisch für die Mehrheit der in den Nachkriegsjahren politisch aktiven Frauen zu sein.⁹ Sie engagierten sich zwar in Wohlfahrts-, Kultur- und Frauenorganisationen, versicherten jedoch, nie daran gedacht zu haben, [...] *in die Politik zu gehen*.¹⁰ Zu politischen Kandidaturen und Ämtern kamen sie *durch Zufall* oder wurden von Parteien nahezu *gedrängt*, zumindest gebeten. Doch bei genauerer Betrachtung erscheint dieser Duktus eher darauf bedacht, keine Machtansprüche laut zu formulieren und damit möglicherweise Männer (und Frauen?) zu verschrecken. Den Frauen, die den Weg in die institutionalisierte Politik schließlich beschritten, war durchaus bewusst, dass die Ausübung eines Stadtrats- oder gar Landtagsmandats ihnen die Möglichkeit gab, politische Weichenstellungen mit zu beeinflussen und somit Rahmenbedingungen für die ihnen wichtige

soziale oder kulturelle Arbeit mitzugestalten, d. h., an der politischen Macht teilzuhaben. *Die Würfel fallen oben*, hatte beispielsweise Toni Menzinger ihren Entschluss, für den Stadtrat zu kandidieren, begründet.¹¹ Trotz politischer Bescheidenheitsgesten zeichnet die (gesellschafts-)politischen Akteurinnen der Jahre 1945 bis 1955 doch ein ausgeprägter Wille aus, die jeweiligen persönlichen und politischen Ziele zu verfolgen.

Erziehung, familiäres Umfeld, eine gewisse materielle Sicherheit, bestimmte Bildungsvoraussetzungen sowie Eigenwille scheinen das Handeln der Nachkriegspolitikerinnen mindestens im selben Maße bedingt zu haben, wie die jeweiligen gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen.¹² So suchten die hier betrachteten Akteurinnen der Frauenbewegung auch in den fünfziger Jahren im privaten wie öffentlichen Bereich ihre Rechte durchzusetzen und sich – entgegen gesellschaftlicher Tendenzen und restaurativer Frauenbilder – nicht in den Hintergrund drängen zu lassen.

Die fünfziger Jahre brachten mit Hilfe des *Marshall-Plans* und der Einführung der *Sozialen Marktwirtschaft* einen wirtschaftlichen Aufwärtstrend, der mit einer restaurativen politischen Programmatik der Regierungsparteien einherging. Die Maxime „keine Experimente“ hatten gerade auch im Hinblick auf die Situation der Frauen in Familie und Gesellschaft verstärkt Geltung. In der Adenauer-Ära trieb Bundesfamilienminister Wuermeling die staatlich-moralische Aufrüstung der Familie voran. Insbesondere die Frauenzeitschriften beteiligten sich nun verstärkt an der Propagierung eines traditionellen Frauenbildes, das den Wirkungskreis der Frau wieder ausschließlich auf das Haus begrenzt sehen wollte.¹³ Kritische, emanzipatorische Ansätze, wie sie bis 1949 beispielsweise noch Elisabeth Großwendt auf der Frauenseite der BNN vertreten hatte, unterblieben nun weitgehend.

Dennoch kann diese Phase nicht ausschließlich unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Restauration und der damit einhergehenden Zurückdrängung der Frauen aus dem öffentli-

chen Leben gesehen werden. Dies würde der vielschichtigen Realität von Frauenleben nicht gerecht. Politische Passivität sowie konservatives Wahlverhalten zeichneten die Mehrheit der Frauen aus, doch eine Minderheit engagierte sich auch weiterhin im öffentlichen Leben. Zwischen gesellschaftlich verordneten Frauenbildern und dem Willen, die persönliche und auch gesellschaftliche Situation von Frauen zu verändern, vollzog sich dieses Engagement nicht immer frei von Widersprüchlichkeiten. Da setzten sich die Frauenverbände einerseits für die rechtliche Umsetzung der im Grundgesetz festgeschriebenen Gleichberechtigung von Mann und Frau ein, andererseits ist auch für die hier dargestellten Karlsruher Frauenorganisationen in den fünfziger Jahren eine zunehmende Entpolitisierung ihrer Arbeit zu beobachten (s. S. 179). 1952 schlossen sie sich in einem Dachverband, der *Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenorganisationen (AKF)* zusammen, doch setzten sie die durch den Zusammenschluss gewonnene Stärke selten offensiv für die Durchsetzung frauenpolitischer Forderungen ein. Es blieb eher bei Programmkoordinationen und einem allgemeinen Austausch.

Der Anteil der Frauen im Karlsruher Stadtrat stieg in den fünfziger Jahren an. Insofern kann Rebecca Boehlings These, dass in der Kommunalpolitik der unmittelbaren Nachkriegsjahre viele Frauen sehr aktiv gewesen seien, der hohe Frauenanteil in den frühen fünfziger Jahren jedoch langsam sank, nicht bestätigt werden.¹⁴ Dies mag für das von Boehling betrachtete München gelten, jedoch nicht für Karlsruhe. Damit sei nochmals vor voreilig verallgemeinernden Schlüssen hinsichtlich der politischen Partizipation von Frauen in der Nachkriegszeit gewarnt und für die Notwendigkeit von Lokalstudien plädiert. Es zeichnet sich ganz deutlich ab, dass beispielsweise Entstehungsgeschichte und Ziele überparteilicher Frauenzusammenschlüsse, die Mitarbeit von Frauen in Parteien oder die spezifische Ausprägung einer lokalen Frauenbewegung in Berlin, Bonn, Frankfurt, München oder Karls-

ruhe sich jeweils verschieden gestalteten, wenn auch punktuell Gemeinsamkeiten zu konstatieren sind.

Die Kommunalpolitik war das Terrain, auf dem Frauen bereits im Kaiserreich, vor Erlangung der politischen Gleichberechtigung, Erfahrungen sammeln können. Im ersten 1919 demokratisch gewählten Bürgerausschuss waren 23 Frauen vertreten gewesen. *Mitarbeit in der Gemeinde ist das Erprobungsfeld für eine Politik, die nicht ihren Sinn in Machtkämpfen von Interessengruppen sieht, sondern in der Befriedigung der Lebensbedürfnisse aller [...]. Im besonderen kann die Sozialarbeit auf Gemeinde-Ebene zu einer Pflanzstätte dieser neuen Politik werden [...]*,¹⁵ hatte die im Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt tätige Emma Schulze nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Hoffnungen formuliert. Doch eine auch in der Kommunalpolitik rasch wieder nach alten Normen etablierte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern bot keine günstigen Voraussetzungen für die Entwicklung einer tatsächlich neuen Politik. Zwar konnten über die Wohlfahrtsarbeit Frauen für eine kommunalpolitische Mitarbeit gewonnen werden, indem diese dann aber auch im Gemeindeparlament der nahezu ausschließliche Zuständigkeitsbereich von Frauen blieb, erfolgte keine Weiterentwicklung der weiblichen Politikbeteiligung. Die Gestaltung von Finanz-, Bau-, Verkehrs- oder Gewerbepolitik blieb weiterhin den Männern überlassen. Die Frage, ob das kommunalpolitische Engagement von Frauen als Einstieg in die Politik diene oder letztendlich eine Begrenzung weiblicher Politikbeteiligung auf das kleine, überschaubare Gemeinwesen bedeutete, während die politischen Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene nahezu unter Ausschluss der Frauen gesetzt wurden, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Für zwei Karlsruher Nachkriegspolitikerinnen, Hanne Landgraf und Toni Menzinger, war das kommunalpolitische Engagement tatsächlich ein Einstieg in die Landespolitik. Insgesamt entstand jedoch der Eindruck, als sei es den kommunalpolitisch

aktiven Frauen jener Jahre in erster Linie darum gegangen, die von Helene Lange 1914 formulierte Aufgabe der Frau in Gemeinwesen, [...] *für Behagen, Ordnung und Ausschmückung im Staate Sorge zu tragen*, zu erfüllen.¹⁶ Frauen suchten das Leben in den Trümmern wieder erträglich zu gestalten und Nöte und soziale Härten zu mindern, während Männer die Rahmenbedingungen des Wiederaufbaus bestimmten.

Bis heute bietet die Kommunalpolitik Frauen Spielräume, über Parteigrenzen hinweg, ganz unmittelbar und pragmatisch konkrete Verbesserungen des alltäglichen Lebens zu erreichen. Dies mag ein Grund dafür sein, dass auf kommunaler Ebene noch immer der höchste Frauenanteil in den Parlamenten zu verzeichnen ist. Kommunalpolitische Arbeit ist aber auch ehrenamtliches Engagement, und „Ehrenämter“ sind heute weitgehend Frauenämter. Männer streben eher die gut dotierten Positionen in den Schaltzentralen der Macht an.

Die „große Welt des deutschen Mannes“ war untergegangen; die „kleine Welt der deutschen Frau“ hatte überlebt, schätzt Annette Kuhn die Situation in Deutschland nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges ein.¹⁷ Zu fragen wäre jedoch, was an dieser *kleinen Welt der Frau* überlebenswert war und um welchen Preis sie erhalten wurde. Ermöglichte nicht schließlich das Festhalten der Mehrheit der Frauen an ihrer *kleinen Welt* die rasche Restauration der „großen Welt des Mannes“? Vor diesem Hintergrund ist sicher auch das Politikverständnis der Minderheit von politisch aktiven Frauen kritisch zu hinterfragen, die ihre Aufgabe darin sahen, die traditionelle Männerpolitik, *weiblich* zu ergänzen. *Die strukturellen, auch die zukünftige Politik determinierenden Kontinuitäten wurden von ihnen nicht wahrgenommen.*¹⁸

Die Politik der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde nicht zuletzt durch den Rückgriff der Besatzungsmächte auf die (männlichen) Weimarer Funktionsebenen bestimmt. Für einen konzeptionellen Neuanfang hinsichtlich der weiblichen Gleichberechtigung war das Ende

des Zweiten Weltkrieges nicht so günstig, wie es die Tatsache einer erheblichen quantitativen Überlegenheit sowie gewonnener innerfamiliärer Stärke von Frauen nahe legen mag. Schon bald nach Kriegsende waren die Weichen für eine Wiederherstellung der geschlechtsspezifischen Hierarchien auch innerhalb der (wieder) gegründeten Parteien und politischen Organisationen sowie der Gemeindeparlamente gestellt. Eine Chance für eine wirklich neue, demokratische Politik, die von beiden Geschlechtern gemeinsam gestaltet wurde, wie sie sich beispielsweise die Vorsitzende der nordbadischen überparteilichen Frauenverbände, Erdmuthe Falkenberg, erhoffte (s. S. 45), hatte es nicht gegeben. Und in dem Maß, wie die Machtkämpfe der Parteien untereinander wieder das politische Geschehen bestimmten, gerieten die Versuche von Frauen, neue, über Parteigrenzen hinausgehende Politikformen zu etablieren, in den Hintergrund.

Dennoch, die politisch aktiven Frauen der Nachkriegsjahre sorgten dafür, dass die weiblichen Stimmen nicht ganz verstummen. Mit

ihrem Kampf um juristische und berufliche Gleichberechtigung legten die Frauenberufsverbände und insbesondere die Juristinnen, die gerade in Karlsruhe – etwa mit der Bundesverfassungsrichterin Erna Scheffler – präsent waren, wichtige Grundsteine, auf der die neue Frauenbewegung nach 1968 aufbauen konnte. Die Stadträtinnen der fünfziger Jahre beschränkten sich selbst zwar weitgehend auf das Gebiet der Sozialpolitik, ohne sie hätte jedoch das städtische Gemeinwesen nach dem Zweiten Weltkrieg ein anderes Gesicht erhalten. Wenn es den Frauen in den Jahren nach 1945 auch nicht gelang, ein ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entsprechendes politisches Gewicht zu erlangen, sind doch die Aktivitäten der *Frauen der ersten Stunde* und ihrer Zusammenschlüsse Bestandteil unserer demokratischen Tradition. Mit der Darstellung der Partizipationsbemühungen von Frauen nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges wollte die vorliegende Studie auch die geschlechtsspezifischen Dimensionen des demokratischen Neuaufbaus verdeutlichen.

Anmerkungen Seiten 12 bis 16

Einleitung

- ¹ Susanne Asche, Barbara Guttman, Olivia Hochstrasser, Sigrid Schambach, Lisa Sterr: *Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte*, Karlsruhe 1992 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 15).
- ² Vgl. ausführlicher zum Forschungsstand Barbara Guttman: *Frauen in der Kommunalpolitik der Nachkriegszeit (1945 bis 1955)*. Das Beispiel Karlsruhe, in: *Geschlecht. Macht. Arbeit. Kategorien in der historischen Frauenforschung*, hrsg. von Frauen & Geschichte Baden-Württemberg, Tübingen 1995 (= Frauenstudien Baden-Württemberg Bd. 8), S. 77–88. Die Arbeiten am Manuskript zu dieser Veröffentlichung wurden im Wesentlichen 1997 abgeschlossen. Danach erfolgte Veröffentlichungen konnten nur noch am Rande berücksichtigt werden.
- ³ Vgl. Jutta Beyer, Everhard Holtmann: „Auch die Frau soll politisch denken“ oder „Die Politik des Herzens“. Frauen und Frauenbild in der Kommunalpolitik der frühen Nachkriegszeit 1945–1950, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. XXV (1985), S. 385–420.
- ⁴ Vgl. Annette Kuhn (Hrsg.): *Frauen in der deutschen Nachkriegszeit*, Bd. 2: *Frauenpolitik 1945–1949*, Düsseldorf 1986 (= Geschichtsdidaktik. Studien, Materialien. Bd. 22), und Anna E. Freier, Annette Kuhn (Hrsg.): „Das Schicksal Deutschlands lag in der Hand seiner Frauen.“ Frauen in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Düsseldorf 1984 (= *Frauen in der Geschichte* Bd. V).
- ⁵ Vgl. zu Berlin Sibylle Meyer, Eva Schulze: *Wie wir das alles geschafft haben. Alleinstehende Frauen berichten über ihr Leben nach 1945*, München 1984, dies.: *Von Liebe sprach damals keiner. Frauenalltag in der Nachkriegszeit*, München 1985, Renate Genth, Reingard Jäckel, Rita Pawlowski, Ingrid Schmidt-Harzbach, Irene Stoehr: *Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945 bis 1949*, hrsg. von der Senatorin für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen, Berlin, Berlin 1996, und Bettina Michalski: *Louise Schroeders Schwestern. Berliner Sozialdemokratinnen in der Nachkriegszeit*, hrsg. v. Franz-Neumann-Archiv, Bonn 1996. Zu Hamburg vgl. Jan Kolossa: *Neubeginn oder Restauration? Frauenalltag und Frauenbewegung Hamburgs in den Gründungsjahren der Bundesrepublik Deutschland*, in: Karen Hagemann Jan Kolossa: *Gleiche Rechte – Gleiche Pflichten? Der Frauenkampf für „staatsbürgerliche Gleichberechtigung“*. Ein Bilder-Lese-Buch zu Frauenalltag und Frauenbewegung in Hamburg, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg, Hamburg 1990, S. 179–243. Zu Bremen vgl. Beate Hoecker, Renate Meyer-Braun: *Bremerinnen bewältigen die Nachkriegszeit. Frauenarbeit, Frauenalltag, Frauenpolitik. Frauen in Bremen*, Bremen 1988.
- ⁶ Vgl. Rebecca Boehling: *Geschlechterpolitik in der US-Besatzungszone unter besonderer Berücksichtigung der Kommunalpolitik*, in: Gabriele Clemens (Hrsg.): *Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949*, Stuttgart 1994 (= *Historische Mitteilungen*, Beihefte Bd. 10), S. 69–82.
- ⁷ Vgl. Ulla Wischermann, Elke Schüller, Ute Gerhard (Hrsg.): *Frauenpolitik in Hessen 1945–1955*, Frankfurt/Main 1993, Ingrid Langer (Hrsg.), Ulrike Ley, Susanne Sander: *Alibi Frauen? Hessische Politikerinnen*, Bde I–III, Frankfurt/Main 1994–1996, und Elke Schüller: „Neue, andere Menschen, andere Frauen?“ Kommunalpolitikerinnen in Hessen 1945–1956 – ein biographisches Handbuch I, II, Frankfurt/Main 1995.
- ⁸ Vgl. Thomas Herrmann, Sabine Jebens-Ibs, Uta Cornelia Schmatzler, Maria Zachow-Ortmann: „Alle Mann an Deck!“ – „Und die Frauen in die Kombüse?“ Frauen in der schleswig-holsteinischen Politik 1945–1958, hrsg. von der Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein, Kiel 1993 (= *Gegenwartsfragen* 70).
- ⁹ Vgl. Andrea Hauser: „Alle Frauen unter einen Hut? – Zur Geschichte des Stuttgarter Frauenausschusses“, in: Kuhn (wie Anm. 4), S. 102–109, dies.: *Frauenöffentlichkeit in Stuttgart nach 1945 – Gegenpol oder hilflos im Abseits?*, in: Freier/Kuhn (wie Anm. 4), S. 51–90, dies.: *Stuttgarter Frauen für den Frieden. Frauen – Politik – Alltag nach 1945*, Tübingen 1996 (= *Frauenstudien Baden-Württemberg* Bd. 7), und Sonja Hosseinzadeh: *Nur Trümmerfrauen und Ami-Lieben? Stuttgarterinnen in der Nachkriegszeit. Ein geschichtliches Lesebuch*, hrsg. von der Gleichstellungsstelle Stuttgart und dem Frauenmuseum Stuttgart e. V., Tübingen 1998.
- ¹⁰ *Der Anfang nach dem Ende Mannheim 1945–49*. Text Christian Peters, Red. Michael Caroli, Mannheim 1985 (= *Sonderveröff. d. Stadtarchivs Mannheim*, Nr. 12), S. 124–132.
- ¹¹ Zur Begriffsdefinition vgl. Anne Ballhausen, Uta Brandes, Marva Karrer, Robert Schreiber: *Zwischen traditionellem Engagement und neuem Selbstverständnis – weibliche Präsenz in der Öffentlichkeit. Eine empirische Untersuchung zur politischen und sozialen Partizipation von Frauen*, Bielefeld 1986 (= *Schriftenreihe des Instituts Frau und Gesellschaft. Theorie und Praxis der Frauenforschung* Bd. 5), S. 77 ff.
- ¹² Zur Methode vgl. u. a. Fritz Schütze: *Die Technik des narrativen Interviews in Interaktionsfeldstudien – dargestellt an einem Projekt zur Erforschung von kommunalen Machtstrukturen*, in: Fakultät der Univ. Bielefeld (Hrsg.): *Arbeitsberichte und Forschungsmaterialien* Nr. 1, Bielefeld 1977, und Herwart Vorländer (Hrsg.): *Oral History. Mündlich erfragte Geschichte*, Göttingen 1990.
- ¹³ Zum Zeitpunkt der Recherchen für diesen Teil der Arbeit lag die Publikation „*Karlsruhe. Die Stadtgeschichte*“, hrsg. vom Stadtarchiv Karlsruhe, Karlsruhe 1998 von Susanne Asche, Ernst Otto Bräunche, Manfred Koch, Heinz Schmitt, Christina Wagner, noch nicht vor, so dass hier weitgehend mit Quellen gearbeitet werden musste. An einigen wesentlichen Stellen wird allerdings nachträglich darauf verwiesen.
- ¹⁴ Vgl. z. B. das Vorwort von Annette Kuhn in Susanne Fuchs: *Frauen bewältigen den Neuaufbau. Eine lokalgeschichtliche Analyse der unmittelbaren Nachkriegszeit am Beispiel Bonn*, Pfaffenweiler 1993 (= *Bonner Studien zur Frauengeschichte* Bd. 1).
- ¹⁵ Vgl. Barbara Guttman: *Entnazifizierung – (k)ein Thema der historischen Frauenforschung?*, in: Ariadne, H. 27 (Mai 1995), S. 14–21.
- ¹⁶ Vgl. Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.): *Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte*, Stuttgart [...] 1978 (= *Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs* Bd. 2), Paul Rothmund, Erhard Wien (Hrsg.): *Die FDP/DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte*,

Stuttgart [...] 1979 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 4), und Jörg Schadt, Wolfgang Schmierer (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart [...] 1979 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg Bd. 3).

¹⁷ Vgl. Karlsruher Frauen (wie Anm. 1), S. 206 ff.

¹⁸ Der Frage nach dem Zusammenhang von US-amerikanischer Demokratisierungspolitik und politischem Denken und Handeln der in der US-Zone aktiven Frauen wurde bislang von der Forschung kaum berücksichtigt. Derzeit wird ihr nun im Rahmen von zwei Dissertationen nachgegangen: Marion Böker: Frauenpolitik von US-Amerikanerinnen und deutsch-US-amerikanischen (Re-)

Emigrantinnen im Rahmen US-amerikanischer Demokratisierungspolitik im Nachkriegsdeutschland. Motivationen und Handlungsspielräume zwischen multilateralen Geschlechterrollen und Machtpolitik 1933–1995, und Marianne Zepp: Frauenpolitik zwischen re-education und Demokratisierung. Politisches Denken und Handeln verschiedener Frauengenerationen in den westlichen US-Zonen 1945–1955. Eine Begriffsgeschichte.

¹⁹ Erste Ergebnisse für die amerikanische Besatzungszone lieferte Hermann-Josef Rupieper: Bringing Democracy to the Frauleins. Frauen als Zielgruppe der amerikanischen Demokratisierungspolitik in Deutschland 1945–1952, in: Geschichte und Gesellschaft, 17. Jg. (1991), S. 61–91.

Anmerkungen Seiten 17 bis 45

Kriegsende und unmittelbare Nachkriegszeit in Karlsruhe – Die Situation der Frauen

¹ Vgl. auch zum Folgenden Josef Werner: Karlsruhe 1945. Unter Hakenkreuz, Trikolore und Sternenbanner, Karlsruhe 1986, S. 52–98, und Hermann Ehmer: Die Besetzung Südwestdeutschlands, in: Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Zusammenbruch und Neuanfang im Jahr 1945 in Dokumenten und Bildern, hrsg. vom Generallandesarchiv Karlsruhe, Karlsruhe 1975, S. 92–99.

² Ute Daniel hat darauf hingewiesen, dass Gewalt nicht als Spezifikum der Geschlechtergeschichte von Kriegen zu erklären ist, sondern Gewalt gegen Frauen auch die Geschlechterverhältnisse zu Friedenszeiten kennzeichnet. In Kriegszeiten wird sie jedoch massiv und blutig sichtbar. Vgl. Ute Daniel: Krieg der Frauen. Der Wandel der Geschlechterverhältnisse unter Kriegsbedingungen, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 213, 16. September 1997.

³ Vgl. Kirsten Poutrus: Vergewaltigung und Abtreibung – Massenphänomene bei Kriegsende (1945), in: Badische Heimat 2/1995, S. 229–240.

⁴ Gespräch mit Frau V. am 24. Januar 1996.

⁵ Vgl. Poutrus (wie Anm. 3), S. 238.

⁶ Undatiertes Bericht eines unbekanntes Arztes aus dem Nachlass des Erzbischofs Dr. Gröber, zit. n. Silke Kral: Vergewaltigungen „nach dem Krieg“, Blitzlichter zu einem Tabuthema in der Grenzstadt Lörrach, in: Badische Heimat 2/1995, S. 241–245, S. 243.

⁷ Vgl. ebd., vgl. auch die Berichte von Zeitzeuginnen in Werner (wie Anm. 1), S. 111 ff.

⁸ Vgl. Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 481/585. Geht man davon aus, dass dies nur ein Bruchteil der insgesamt nach einer Vergewaltigung vorgenommenen Aborte war und wiederum auch nur ein Teil der Vergewaltigten schwanger wurde, dürfte die Zahl der insgesamt Betroffenen mehrere Hundert überschritten haben. Ausmaße wie in Berlin haben hier die Vergewaltigungen sicher nicht angenommen, dennoch kann wohl gesagt werden, dass auch in Karlsruhe Frauen nicht nur vereinzelt Gewaltopfer der Besatzungsarmee wurden.

⁹ GLA 481/585.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Vgl. Elmar Krautkrämer: Kriegsende und Besatzungszonen, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-

Württemberg (Hrsg.): Der Weg zum Südweststaat. Red. u. Bearb.: Jörg Thierfelder, Uwe Uffelman, Karlsruhe 1991, S. 17–37, S. 21–34.

¹² Vgl. Werner (wie Anm. 1), S. 158 ff.

¹³ Stadtarchiv Karlsruhe (StAK) 1/H–Reg 834.

¹⁴ Werner (wie Anm. 1), S. 116. Vgl. dort auch zum Folgenden, S. 158 f.

¹⁵ Das Urteil über die französische Besatzungspolitik war auch in der Forschung bis vor wenigen Jahren nahezu einhellig negativ. Neuere Untersuchungen versuchen diese Sicht zu revidieren und bei allen Fehlgriffen und Härten positive Ansätze der französischen Besatzungspolitik freizulegen. Vgl. Peter Fäßler: Das Land Baden unter französischer Besatzung 1945–1952. Ergebnisse eines Forschungsprojekts, in: Badische Heimat 2/1995, S. 259 bis 266.

¹⁶ Zit. n. Werner (wie Anm. 1), S. 161.

¹⁷ Barbara Guttman: „Zwischen Trümmern und Träumen“ Karlsruherinnen in Politik und Gesellschaft der Nachkriegszeit. Portraits, hrsg. v. d. Stadt Karlsruhe, Frauenbeauftragte und Stadtarchiv, Karlsruhe 1997, S. 120. Vgl. auch Werner (wie Anm. 1), S. 163, und Susanne Asche, Die Bürgerstadt, in: Dies., Olivia Hochstrasser: Durlach. Staufgründung – Fürstenresidenz – Bürgerstadt, Karlsruhe 1996 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 17), S. 147–444, S. 434.

¹⁸ StAK 1/H–Reg 834.

¹⁹ Vgl. Ruth Seifert: Krieg und Vergewaltigung, in: Alexandra Stiglmeier (Hrsg.): Massenvergewaltigung. Krieg gegen die Frauen, Frankfurt/Main 1993, S. 92 ff.

²⁰ Vgl. auch zum Folgenden StAK 1/H–Reg 852.

²¹ StAK 1/H–Reg 2932.

²² StAK 1/Bez.Verw.Amt 94.

²³ StAK 1/H–Reg 852.

²⁴ Ebd. Unterstreichungen im Original.

²⁵ StAK 1/Bez.Verw.Amt 28, Tätigkeitsbericht Bezirksstelle Innenstadt-Ost 1.–15. Februar 1946.

²⁶ Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) vom 31. März 1948.

²⁷ Rassistische und antisemitische Anschauungen und Verhaltensweisen der alten Frauenbewegung wurden bislang

- auch von der historischen Frauenforschung nur in Ansätzen untersucht. Vgl. Martha Mamozai: Herrenmenschen, Frauen im deutschen Kolonialismus, Reinbek bei Hamburg 1982, und Mechthild Bereswill, Leonie Wagner: (Un)bewusste Verstrickungen. Die Bedeutung von Antisemitismus in den politischen Konzepten und Strategien der bürgerlichen Frauenbewegung. Unveröff. Abschlussbericht. Forschungsprojekt: Antisemitismus in der bürgerlichen Frauenbewegung (1900–1918), Kassel 1997.
- ²⁸ Eine solche Vorgehensweise fand nicht alleine in Karlsruhe, sondern in fast allen Städten, statt. Vgl. z. B. Der Anfang nach dem Ende, Mannheim 1945–1949, hrsg. v. Stadtarchiv Mannheim, Mannheim 1985 (= Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim Nr. 12), S. 124 f., und exemplarisch für einen Ort der französischen Besatzungszone, Sabine Mücke: „Dornröschenheim“ – eine verdrängte Geschichte aus der Nachkriegszeit, in: FrauenOrte in Ravensburg. Ein Spaziergang durch die Geschichte, Hrsg. v. Dorothee Breucker, Ravensburg 1996, S. 132–137, S. 134. Für die britische Besatzungszone vgl.: Doris Foitzik: „Sittlich verwahrlost“. Disziplinierung und Diskriminierung geschlechtskranker Mädchen in der Nachkriegszeit am Beispiel Hamburg, in: 1999, H. 1/1997, S. 68–82. Hier kommt im Rahmen eines von der Universität Bremen geförderten Forschungsprojektes über „Jugend und Jugendpolitik während der britischen Besatzungszeit“ nachgewiesen werden, dass Geschlechtskrankheiten und „Unsittlichkeit“ als typisch weibliches Problem gesehen wurden und ausschließlich weibliche Geschlechtskranke die Missbilligung der Öffentlichkeit erfahren.
- ²⁹ Vgl. auch zum Folgenden StAK I/Bez.Verw.Amt 17.
- ³⁰ Statistische Zahlen aus Nordbaden, Kurzbericht Nr. 3., hrsg. v. Bad. Stat. Landesamt Karlsruhe, o. J., S. 6 f.
- ³¹ StAK I/H-Reg 852, Tätigkeitsbericht der 16 Stadtbezirke vom 16.–30. September 1945.
- ³² Vgl. Lutz Niethammer (Hrsg.): Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis, Frankfurt/Main 1980, S. 29.
- ³³ Vgl. Mannheim (wie Anm. 28), S. 125. Vgl. auch Mücke (wie Anm. 28) und Foitzik (wie Anm. 28), S. 74 ff.
- ³⁴ BNN vom 31. Oktober 1946.
- ³⁵ Nori Möding: Die Stunde der Frauen? Frauen und Frauenorganisationen des bürgerlichen Lagers, in: Martin Broszat (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, S. 619–647, S. 640. Vgl. auch Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, hrsg. v. Annette Kuhn, Bd. 1: Doris Schubert: Frauenarbeit 1945–1949. Quellen und Materialien, Düsseldorf 1984, S. 48 f. Schubert spricht von einer „Behaglichkeit“ im Chaos, die die Frauen herzustellen suchten.
- ³⁶ StAK I/H-Reg 852, Protokoll der Bezirksvorsteher-Sitzung, 14. März 1946.
- ³⁷ Zit. n. Renate Genth, Ingrid Schmidt-Harzbach: Kriegsende und Nachkriegszeit in Berlin, in: Renate Genth u. a.: Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945–49, Berlin 1996, S. 25–46, S. 32.
- ³⁸ Vgl. ebd.
- ³⁹ StAK I/H-Reg 2932.
- ⁴⁰ Vgl. Mannheim (wie Anm. 28), S. 130.
- ⁴¹ Vgl. Jan Kolossa: Neubeginn oder Restauration? Frauenalltag und Frauenbewegung Hamburgs in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland, in: Ders., Karen Hagemann: Gleiche Rechte – gleiche Pflichten? [...] Ein Bilder-Lesebuch zu Frauenalltag und Frauenbewegung in Hamburg, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, Hamburg 1990, S. 179–243, S. 195 f., und Beate Hoecker, Renate Meyer-Braun: Bremerinnen bewältigen die Nachkriegszeit. Frauen – Alltag – Arbeit – Politik, Bremen 1988, S. 90.
- ⁴² StAK I/Bez.Verw.Amt 1, Schreiben der Hausbewohner an die Bezirksstelle vom 2. Dezember 1946.
- ⁴³ Vgl. StAK I/H-Reg 852, I/H-Reg 2932, I/Bez.Verw.Amt 94, Manfred Koch: Karlsruhe im Jahr 1947. Beschwerlicher Alltag zwischen Ernährungsfrage, Wohnungsnot und Entnazifizierung, in: Badische Heimat 2/1997, S. 293–311, hier bes. S. 294 ff., ders.: Trümmerstadt – Residenz des Rechts – Zentrum der Technologieregion. Wechselvoller Weg in die Gegenwart, in: Karlsruhe. Die Stadtgeschichte, hrsg. vom Stadtarchiv Karlsruhe, S. 519–675, S. 545 ff., und Werner (wie Anm. 1) S. 217–225.
- ⁴⁴ Vgl. Koch, Alltag (wie Anm. 43), S. 300. Vgl. auch Werner (wie Anm. 1), S. 209 f.
- ⁴⁵ Statistische Zahlen aus Nordbaden, Kurzbericht Nr. 24, August 1948, S. 8. Vgl. auch im Folgenden Koch, Alltag (wie Anm. 43), S. 300.
- ⁴⁶ Vgl. Koch, Alltag (wie Anm. 43), S. 300, und Statistische Zahlen aus Nordbaden, Kurzbericht Nr. 34, Juni 1949, S. 6 f.
- ⁴⁷ Vgl. Ute Grau: „Wenn Mutter und Tochter in einer Küche kochen.“ – Flüchtlinge und Vertriebene in Karlsruhe in den ersten Nachkriegsjahren, in: Angekommen! – Angenommen? Flucht und Vertreibung 1945–1995, hrsg. vom Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Filderstadt 1996 (= Die Deutschen und ihre Nachbarn im Osten, H. 5), S. 95–109.
- ⁴⁸ Zit. n. ebd., S. 102.
- ⁴⁹ StAK I/H-Reg 834.
- ⁵⁰ Vgl. auch zum Folgenden Koch, Trümmerstadt (wie Anm. 43), S. 544 f., und Werner (wie Anm. 1), S. 137 ff.
- ⁵¹ Hoover-Bericht über die deutsche Ernährungslage, zit. n. Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Bd. 2: Frauenpolitik 1945–1949. Quellen und Materialien, Düsseldorf 1986, S. 190.
- ⁵² Vgl. Koch, Alltag (wie Anm. 43), S. 303 ff.
- ⁵³ Vgl. ebd., S. 307.
- ⁵⁴ Statistische Zahlen (wie Anm. 29), S. 2 f.
- ⁵⁵ StAK I/H-Reg 834. Der Frage, wie diese Situation von den Kindern wahrgenommen wurde, geht nach: Ulla Roberts: Starke Mütter – ferne Väter. Töchter reflektieren ihre Kindheit im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit, Frankfurt/Main 1994.
- ⁵⁶ StAK I/Bez.Verw.Amt 28.
- ⁵⁷ DU vom 13. September 1948.
- ⁵⁸ Vgl. auch zum Folgenden Statistische Zahlen aus Nordbaden, Kurzbericht Nr. 6, Februar 1947, S. 4.
- ⁵⁹ Statistische Zahlen aus Nordbaden, Kurzbericht Nr. 19, März 1948, S. 6. Vgl. auch Kurzbericht Nr. 30, Februar 1949.
- ⁶⁰ Vgl. auch zum Folgenden Christiane Eifert: Frauenpolitik und Wohlfahrtspflege. Zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterwohlfahrt, Frankfurt/Main 1993 (= Geschichte und Geschlechter Bd. 5), S. 160 ff.
- ⁶¹ Vgl. auch zum Folgenden maschinenschriftliches Manuskript zur Geschichte der Arbeiterwohlfahrt von Hanne Landgraf (veröff. in Mitteilungsblatt der AWO, 1986–1989) und 70 [siebzig] Jahre Arbeiterwohlfahrt Karlsruhe 1919–1989, hrsg. von der Arbeiterwohlfahrt Karlsruhe o. O., o. J. [Karlsruhe 1989].
- ⁶² Vgl. Eifert (wie Anm. 60), S. 163 f.
- ⁶³ Manuskript Hanne Landgraf (wie Anm. 61).
- ⁶⁴ Vgl. ebd.

- ⁶⁵ Vgl. Eifert (wie Anm. 60), S. 169.
- ⁶⁶ Vgl. StAK 1/H-Reg 1985. Solche Notgemeinschaften bildeten sich auch in anderen Städten, vgl. Eifert (wie Anm. 60), S. 178.
- ⁶⁷ Vgl. StAK 1/H-Reg 1984, Räume für die Geschäftsstelle stellte in den 1930er Jahren der *Badische Frauenverein* in der Gartenstraße 47 zur Verfügung. Der traditionelle Frauenverband wurde 1932 in der Notgemeinschaft durch Klara Blankenhorn vertreten, die *Arbeiterwohlfahrt* durch Kunigunde Fischer, der *Israelitische Wohlfahrtsbund* durch Antonie Elsas, die *Hilfsstelle Vaterländischer Verbände* durch Frau von Berg. Die übrigen Organisationen entsandten männliche Vertreter, der *Nationalsozialistische Wohlfahrtsdienst* den NSDAP-Statdrat Schindler. Vgl. auch Ernst Otto Bräunche: Residenzstadt, Landeshauptstadt, Gauhauptstadt, in: Karlsruhe. Die Stadtgeschichte (wie Anm. 43), S. 357–517, S. 404 ff.
- ⁶⁸ Vgl. StAK 8/StS 17/106. Gesprächsprotokoll Hanna Landgraf, 10. April 1984. Sicher wurden diese Aktivitäten auch durch die anderen Wohlfahrtsorganisationen getragen. Die Presse sowie die städtischen Akten berichten jedoch vor allem über die Arbeiterwohlfahrt.
- ⁶⁹ Vgl. Koch, Alltag (wie Anm. 43), S. 305.
- ⁷⁰ Vgl. StAK 1/H-Reg 1985 und BNN vom 13. Oktober 1950.
- ⁷¹ Vgl. Werner (wie Anm. 1), S. 204 f.
- ⁷² StAK 1/H-Reg 853.
- ⁷³ Vgl. StAK 1/H-Reg 852, Protokoll der Bezirksvorsteher-sitzung vom 6. 1. 1946.
- ⁷⁴ Vgl. BNN vom 20. März 1948, 11. März 1949 und vom 17. August 1948.
- ⁷⁵ BNN vom 27. April 1948; mündliche Auskunft Toni Menzinger vom 1. Dezember 1994.
- ⁷⁶ StAK 1/Bez.Verw.Amt/28, Tätigkeitsbericht Bezirksstelle Innenstadt-Ost vom 1.–15. Dezember 1945.
- ⁷⁷ Vgl. auch zum Folgenden StAK 1/Bez.Verw.Amt 28 und Werner (wie Anm. 1), S. 212 f.
- ⁷⁸ Vgl. Manfred Koch: Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern und Analysen. Karlsruhe 1992 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 14), S. 187 und S. 296, ders.: Trümmerstadt (wie Anm. 43), S. 534 ff., und Werner (wie Anm. 1), S. 126.
- ⁷⁹ Vgl. auch zum Folgenden Manfred Koch: Mit Dezentralisierung der Verwaltung gegen große Not, in: BNN vom 22. Dezember 1995, ders.: Trümmerstadt (wie Anm. 43), S. 535, und Werner (wie Anm. 1), S. 128 f.
- ⁸⁰ Vgl. StAK 1/Bez.Verw.Amt 38. Zu diesem Zeitpunkt war der Personalstand gegenüber 1946/47 bereits reduziert, jedoch stellten Frauen auch zu Zeiten des Höchststandes in den Bezirksverwaltungsstellen insgesamt nur rund ein Drittel der Beschäftigten.
- ⁸¹ Vgl. StAK 1/Bez.Verw.Amt 90.
- ⁸² Vgl. StAK 1/Bez.Verw.Amt 94.
- ⁸³ Zit. n. Hanne Landgraf. Stadträtin und Landtagsabgeordnete (Interview, Manfred Koch) in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1989–1993, Karlsruhe 1994, S. 218–221, S. 219.
- ⁸⁴ Gespräch mit Hanne Landgraf am 21. Februar 1995.
- ⁸⁵ StAK 1/Bez.Verw.Amt 1, Bezirksverwaltung Innenstadt-Ost, Tätigkeitsbericht 16.–26. Mai 1945.
- ⁸⁶ Vgl. StAK 1/Bez.Verw.Amt 1.
- ⁸⁷ Vgl. Sigrid Schambach: Eigenständigkeit und Abhängigkeit – Karlsruherinnen in einer Zeit des Übergangs (1806–1859), in: Susanne Asche, Barbara Guttman, Olivia Hochstrasser, Sigrid Schambach, Lisa Stern: Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte. Karlsruhe 1992 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 15), S. 102–159, S. 147 ff., und S. 198 ff., sowie Olivia Hochstrasser: Auf den Spuren Karlsruher Frauen. Ein historischer Stadtrundgang, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Frauenbeauftragte, Karlsruhe 1994, S. 24 ff. StAK 1/Bez.Verw.Amt 28.
- ⁸⁸ Auch im Folgenden StAK 1/Bez.Verw.Amt 28, Bezirksverwaltung Innenstadt-Ost, Tätigkeitsbericht Juni 1946.
- ⁸⁹ Vgl. Barbara Guttman: Weibliche Heimarnee. Frauen in Deutschland 1914–1918, Weinheim 1989, S. 117–166.
- ⁹⁰ Vgl. Jan Kolossa: Neubeginn oder Restauration? Frauenalltag und Frauenbewegung Hamburgs in den Gründungsjahren der Bundesrepublik Deutschland, in: Karen Hagemann, Jan Kolossa: Gleiche Rechte – Gleiche Pflichten? Der Frauenkampf für „staatsbürgerliche Gleichberechtigung“. Ein Bilder-Lese-Buch zu Frauenalltag und Frauenbewegung in Hamburg, Hg. v. d. Landeszentrale f. pol. Bildung, Hamburg, Hamburg 1990, S. 179–243, S. 204–208.
- ⁹¹ Vgl. Andrea Hauser: Stuttgarter Frauen für den Frieden. Frauen – Alltag – Politik nach 1945, Tübingen 1996 (= Frauenstudien Baden-Württemberg Bd. 7), S. 28–33, Vgl. Koch, Chronik (wie Anm. 78), S. 188 und S. 296.
- ⁹² StAK 1/POA2 1635.
- ⁹³ Vgl. StAK 1/POA2 486.
- ⁹⁴ Vgl. auch zum Folgenden StAK 1/POA2 487, Stand 23. Oktober 1945 sowie StAK 1/POA2 486.
- ⁹⁵ Vgl. Kolossa (wie Anm. 41), S. 201 f.
- ⁹⁶ Vgl. Die Frau im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden (= Statistische Berichte, Arb. Nr. II/2/3), Wiesbaden 1956, S. 11.
- ⁹⁷ Vgl. Guttman, Heimarnee (wie Anm. 90), S. 205–215.
- ⁹⁸ Vgl. auch zum Folgenden StAK 1/POA2 1635.
- ⁹⁹ Die Weltbürgerin, Nr. 2, 1949.
- ¹⁰⁰ Ebd.
- ¹⁰¹ Ebd.
- ¹⁰² Ebd.
- ¹⁰³ Vgl. BNN vom 25. November 1949.
- ¹⁰⁴ BNN vom 1. März 1946.
- ¹⁰⁵ Vgl. Werner (wie Anm. 1), S. 203 f., und Military Government Gazette vom 27. September 1945.
- ¹⁰⁶ Vgl. Lisa Stern: Aufbrüche, Einschnitte und Kontinuitäten – Karlsruher Frauen in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“, in: Karlsruher Frauen (wie Anm. 87), S. 293–390, S. 310–312.
- ¹⁰⁷ Vgl. GLA RG 260 OMGWB 12/168–1/1, History of Labor 1.–30. September 1945.
- ¹⁰⁸ Vgl. Unser die Zukunft. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Karlsruhe 1845–1952, hrsg. von der IG Metall, Verwaltungsstelle Karlsruhe. Bearb. u. eingel. von Wolfgang Glaser, Heilbronn 1991, S. 208.
- ¹⁰⁹ Vgl. Hauptregistratur Stadt Karlsruhe, Stadtratsprotokoll vom 29. Juli 1946.
- ¹¹⁰ Vgl. Statistische Zahlen aus Nordbaden, Kurzbericht Nr. 17, Januar 1948, S. 8.
- ¹¹¹ Vgl. Statistische Zahlen aus Nordbaden, Kurzbericht Nr. 24, August 1948, S. 8 f.
- ¹¹² Vgl. auch zum Folgenden Statistische Zahlen aus Nordbaden, Kurzbericht Nr. 31, März 1949, S. 10 f.
- ¹¹³ Vgl. Die Industrie im Landesbezirk Baden, hrsg. vom Badischen Statistischen Landesamt, Karlsruhe 1949, S. 29 und auch zum Folgenden Statistische Zahlen aus Nordbaden, Kurzbericht Nr. 29, Januar 1949, S. 1 f.
- ¹¹⁴ Vgl. StAK 8/StS 27/4,4 und 4,5, Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuss Karlsruhe, Tätigkeitsbericht 1953/54 und 1955/56.

- ¹¹⁷ Württemberg–Baden im Vergleich mit anderen Ländern der Bundesrepublik. Zahlenunterlagen aus allen Gebieten der Wirtschafts- und Sozialstatistik, hrsg. von den Statistischen Landesämtern in Stuttgart und Karlsruhe, [o-O] 1950, S. 60. Prozentangaben n. Berechn. d. Verf. Zur geschlechtsspezifischen Aufteilung des Arbeitsmarktes vor dem Ersten Weltkrieg vgl. Guttman (wie Anm. 90), S. 36–42.
- ¹¹⁸ Vgl. Kolossa (wie Anm. 41), S. 203. Für die SBZ hatte der SMAD-Befehl Nr. 253 vom 17. 8. 1946 gleichen Lohn für gleiche Arbeit angeordnet. Vgl. Renate Genth: Zur Frauenpolitik in FDGB und UGO, in: Genth u. a. (wie Anm. 37), S. 158.
- ¹¹⁹ Vgl. Statistische Zahlen aus Nordbaden, Kurzbericht Nr. 10. Juni 1947, S. 1, und Art. 20 der Verfassung für Württemberg–Baden, in: Regierungsblatt der Regierung Württemberg–Baden vom 30. November 1946.
- ¹²⁰ Vgl. auch zum Folgenden BNN vom 30. Juli 1946.
- ¹²¹ Vgl. BNN vom 18. und 23. Dezember 1948.
- ¹²² Vgl. auch zum Folgenden BNN vom 30. Juli 1946.
- ¹²³ Ebd.
- ¹²⁴ Vgl. BNN vom 1. Oktober 1948.
- ¹²⁵ BNN vom 12 April 1949.
- ¹²⁶ Vgl. Christine von Oertzen, Almut Rietzschel: Neuer Wein in alten Schläuchen: Geschlechterpolitik und Frauentarbeitsarbeit im besetzten Deutschland zwischen Kriegsende und Währungsreform, in: Ariadne, H. 27 (Mai 1995), S. 28–35.
- ¹²⁷ Welche Rolle die Frage der weiblichen Gleichberechtigung in der Verfassungsdiskussion von Baden–Württemberg 1946 spielte und welche Positionen die weiblichen Abgeordneten hier einnahmen, ist bislang nicht erforscht.
- ¹²⁸ Mit der 1912 geborenen Maria Fritze trat eine jüngere Frau auf die politische Bühne, was in der unmittelbaren

- Nachkriegszeit eher selten war. Nach ihrer Verheiratung hieß sie Friedemann. Die Amtsgerichtsrätin im Justizministerium arbeitete aktiv an der juristischen Gestaltung zur demokratischen Neuordnung mit. Sie veröffentlichte z. B. eine juristische Stellungnahme zur Entnazifizierung: Maria Fritze: Friede und Gerechtigkeit durch das Befreiungsgesetz?, Stuttgart 1947 (= Schriftenreihe „Neue Politik“ Stuttgart, H. 4). Vgl. Ina Hochreuther: Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919, hrsg. vom Landtag Baden–Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung Baden–Württemberg, Stuttgart 1992, S. 100 f.
- ¹²⁹ Verhandlungen der Verfassungsgebenden Landesversammlung für Württemberg–Baden, 4 Sitzung, 16. September 1946, S. 77.
- ¹³⁰ Vgl. auch zum Folgenden ebd., S. 77 f.
- ¹³¹ Vgl. Verhandlungen (wie Anm. 129), S. 78 f. Zu Anna Haag vgl. Hochreuther (wie Anm. 128), S. 103 ff.
- ¹³² Vgl. Verhandlungen (wie Anm. 129), S. 79 f. Zu Antonie Langendorf vgl. Hochreuther (wie Anm. 128), S. 108 ff.
- ¹³³ Ebd., Art. 16.
- ¹³⁴ Vgl. Verhandlungen (wie Anm. 129), S. 78.
- ¹³⁵ Vgl. Schubert (wie Anm. 35), 32–70.
- ¹³⁶ Vgl. BNN vom 28. Februar 1948.
- ¹³⁷ Vgl. auch zum Folgenden GLA 481/1417.
- ¹³⁸ Zu diesem Schluss kommen auch eine Reihe anderer Lokalstudien. Vgl. z. B. Kolossa (wie Anm. 41), S. 241 ff., Birgit Panke-Kochinke: „Dienen lerne beizeiten das Weib...“ Frauengeschichten aus Osnabrück. Pfaffenweiler 1990, S. 127 ff., und Magdalena Heuvelmann, Barbara Hüppe: „Ein Zurück zum alten Zustand ist unmöglich.“ Frauen in der Nachkriegszeit in Münster, in: Frauenleben in Münster: ein historisches Lesebuch, hrsg. vom Arbeitskreis Frauengeschichte Münster 1991, S. 89–108.
- ¹³⁹ Vgl. BNN vom 16. November 1946.

Anmerkungen Seiten 47 bis 63

Als der Krieg vorbei war, hatte ich keine Lust, mich mit den Nazis rumzuschlagen ... Schwierigkeiten der Frauenbewegung mit der Vergangenheitsbewältigung

- ¹ Renate Genth, Ingrid Schmidt-Harzbach: Frauen in den Parteien, in: Renate Genth, Reingard Jäkl, Rita Pawlowski, Ingrid Schmidt-Harzbach, Irene Stoehr: Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945 bis 1949, hrsg. von der Senatorin für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen, Berlin 1996, S. 105 bis 150, S. 108.
- ² Vgl. Badische Neueste Nachrichten (BNN) vom 5. März 1946 und 15. März 1946.
- ³ Dies konnte inzwischen durch jüngere Forschungsergebnisse widerlegt werden. Vgl. Annemarie Tröger: Die Dolchstoßlegende der Linken: „Frauen haben Hitler an die Macht gebracht.“, in: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Juli 1976, Berlin 1977?, S. 324–355.
- ⁴ So z. B. in einem Artikel von Dr. Edith Reiß-Vasek zur Geschichte der Frauenbewegung, in: Badische Neueste Nachrichten (BNN) vom 8. Juni 1946.
- ⁵ Eine differenzierte Erforschung der „Auflösung“ oder „Gleichschaltung“ der Organisationen der alten Frauenbewegung nach 1933 steht noch aus und konnte im Rahmen dieses Projektes nicht geleistet werden.

- ⁶ Hannah Arendt: Besuch in Deutschland, Berlin 1993, S. 49.
- ⁷ Vgl. Klaus-Dietmar Henke: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1994 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 27), S. 78 ff. und S. 813 ff.
- ⁸ Die Frage nach der Rolle von Frauen (und Männern) im Prozess der Entnazifizierung wurde bislang so gut wie nicht gestellt. Auf der einen Seite vernachlässigten Studien zur Entnazifizierung die in der „politischen Säuberung“ nach 1945 aufscheinenden Geschlechterverhältnisse gänzlich, auf der anderen Seite berücksichtigten Publikationen zur Thematik „Frauen in der Nachkriegszeit“ den Bereich „Entnazifizierung“ kaum. Vgl. exemplarisch Clemens Vollnhals (Hrsg.): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991, S. 354–360, und Lerke Grafenhorst, Carmen Tatschmurat (Hrsg.): Töchter-Fragen. NS-Frauen-Geschichte, Freiburg 1990 (= Forum Frauenforschung Bd. 5).
- ⁹ Vgl. Manfred Koch: Karlsruhe am Kriegsende – Erste politische Säuberungen unter wechselnder Besetzung, in: Badische Heimat, 75. Jg. 1995, S. 189–199, und ders.:

- Trümmerstadt – Residenz des Rechts – Zentrum der Technologieregion, Wechselvoller Weg in die Gegenwart, in: Karlsruhe. Die Stadtgeschichte, hrsg. vom Stadtarchiv Karlsruhe, S. 519–675, S. 529–534.
- ¹⁰ Vgl. auch zum Folgenden Vollnhals (wie Anm. 6), S. 10 ff.
- ¹¹ BNN vom 15. November 1947.
- ¹² Zunächst war in jedem der 16 Verwaltungsbezirke ein Entnazifizierungsausschuss aus bekannten Antifaschisten gebildet worden.
- ¹³ Vgl. Stadtarchiv Karlsruhe (StAK) I/Bez.Verw.Amt 83.
- ¹⁴ Vgl. StAK I/Bez.Verw.Amt 93 und Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 235/Zug. 1967 Nr. 41/3764.
- ¹⁵ Vgl. GLA 465h/153, 157.
- ¹⁶ Vgl. StAK I/POA2 1646.
- ¹⁷ Vgl. auch zum Folgenden GLA 465h/153.
- ¹⁸ Vgl. StAK I/POA2 1646.
- ¹⁹ Vgl. StAK I/POA1 1011: Dr. Franz Fichtl an den Bürgermeister, 14. Juli 1933. Vgl. Lisa Sterr: Aufbrüche, Einschnitte und Kontinuitäten – Karlsruher Frauen in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“, in: Susanne Asche, Barbara Guttman, Olivia Hochstrasser, Sigrid Schambach, Lisa Sterr: Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte, Karlsruhe 1992 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 15), S. 293–390, S. 327 ff.
- ²⁰ Vgl. auch zum Folgenden StAK I/POA1 1011.
- ²¹ Vgl. ebd., schriftliche Auskunft Georg Himmelheber, München, vom 9. 4. 1996 sowie Adressbuch der Stadt Karlsruhe 1932/33 ff.
- ²² I/POA1 1011, dort auch das folgende Zitat.
- ²³ Vgl. StAK I/POA1 2828 und Hauptregistrator. Protokoll der Stadtratssitzung vom 27. November 1951. Bemerkenswerterweise setzt die Personalakte Fichtls erst 1947 ein. Über seine Amtszeit 1933–1945 sind keinerlei Unterlagen erhalten.
- ²⁴ StAK I/POA2 1646.
- ²⁵ Vgl. Erlebte Geschichte, Karlsruher Frauen berichten aus der Zeit des Nationalsozialismus, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Karlsruhe 1983, S. 5–16. Barbara Guttman: „Zwischen Trümmern und Träumen.“ Karlsruherinnen in Politik und Gesellschaft der Nachkriegszeit. Portraits, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Frauenbeauftragte und Stadtarchiv, Karlsruhe 1997, S. 65–73, GLA 465h/153 und mündliche Auskunft Hanne Landgraf vom 21. Mai 1995.
- ²⁶ Zit. n. Renate Meyer-Braun: Frauen und Entnazifizierung, in: Dies., Beate Hoecker: Bremerinnen bewältigen die Nachkriegszeit. Frauenarbeit, Frauenalltag, Frauenpolitik, Bremen 1988, S. 144–154, S. 150 f. Vgl. auch Ute Gerhard: „Fern von jedem Suffragettenum“ – Frauenpolitik nach 1945, eine Bewegung der Frauen?, in: Ulla Wischermann, Elke Schüller, Ute Gerhard (Hrsg.): Frauenpolitik in Hessen 1945–1955, Frankfurt/Main 1993, S. 9–40, S. 29.
- ²⁷ Ilse Lagner: Zwischen den Trümmern, Berlin 1948, S. 13–14.
- ²⁸ Hannah Arendt (wie Anm. 6), S. 24 f.
- ²⁹ Gespräch mit Frau N. am 9. Oktober 1996.
- ³⁰ Vgl. zur Situation von Remigrantinnen Martina Kliner-Fruck: „Das Komische war, die Frauen wollten immer nicht zurück.“ Deutsch-jüdische Frauen in der Remigration, in: Ariadne, H. 27 (Mai 1995), S. 22–27.
- ³¹ Vgl. Manfred Koch: Karlsruhe am Kriegsende (wie Anm. 9), S. 191 f.
- ³² Dies ergab auch eine quantitative Auswertung der einschlägigen Entnazifizierungsakten für die nordbadische Gemeinde Waghäusel. In den drei ehemals ländlichen Teiltoren der heutigen Stadt machten Frauen jeweils mit einem Anteil von weit über 60 % die Mehrheit der Nichtbetroffenen aus, d. h. derjenigen, die keiner nationalsozialistischen Organisation angehört hatten. Vgl. Barbara Guttman (Hrsg.): Stadt Waghäusel. Die Geschichte von Kirrlach, Wiesental und Waghäusel, Karlsruhe 1994, S. 546 ff.
- ³³ So z. B. auch im Fall einer Waghäuseler Führerin der NS-Frauenschaft, vgl. GLA 465a/54/20/1668.
- ³⁴ Vgl. Ute Frevert: Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit, Frankfurt/Main 1986.
- ³⁵ Zur Tätigkeit Gertrud Scholtz-Klinks in Karlsruhe vgl. Lisa Sterr: Aufbrüche (wie Anm. 19), S. 319 ff., Anette Michel: Nationalsozialistische Frauenorganisationen: Aufbau, Führung, Struktur und Funktion. Der Deutsche Frauenorden, die NS-Frauenschaft und das Deutsche Frauenwerk in Karlsruhe, Unveröff. Examensarbeit, Univ. Karlsruhe 1995, S. 69–76.
- ³⁶ Vgl. auch zum Folgenden GLA 465a/51/68/1225.
- ³⁷ Vgl. Meyer-Braun (wie Anm. 26), S. 144.
- ³⁸ Robert Wistrich: Wer war wer im Dritten Reich [...] Überarb. u. erw. v. Hermann Weiß, Frankfurt/1987, S. 316.
- ³⁹ Zit. n. Michel (wie Anm. 34), S. 76.
- ⁴⁰ GLA 465a/51/68/1225, dort auch das folgende Zitat.
- ⁴¹ Zit. n. Michel (wie Anm. 35), S. 71.
- ⁴² StAK I/H-Reg 1984.
- ⁴³ Nadine Hauer: Die Müläufer – Oder die Unfähigkeit zu fragen, zit. n. Ariadne, H. 27 (Mai 1995): „Stunde null“ – Kontinuitäten und Brüche, S. 4.
- ⁴⁴ Das Schreiben Luise Rieggers an die Vorsitzenden der Karlsruher Frauenverbände vom 2. Juni 1933 ist im Archiv des DAB Karlsruhe überliefert und liegt d. Verf. in Kopie vor.
- ⁴⁵ GLA 465a/51/4/4353.
- ⁴⁶ Kopie eines Schreibens von Elsbeth C. Shellens an Fred Weissman, Selfhelp of Emigres from Central Europe, New York, vom 21. 8. 1946. GLA N Veit/626, vgl. dort auch zum Folgenden.
- ⁴⁷ Gespräch mit Dr. Roswitha Baumann am 17. Juni 1996.
- ⁴⁸ Gespräch mit Werner Hettich am 13. November 1996.
- ⁴⁹ Aktennotiz August Furrer vom 26. September 1946. GLA N Veit/626.
- ⁵⁰ GLA 465a/51/4/4353 Vgl. dort auch zum Folgenden. Gesprächsprotokoll Luise Riegger vom 27. Juli 1984, StAK 8/StS 17/106.
- ⁵¹ Maria Fritze: Friede und Gerechtigkeit durch das Befreiungsgesetz?, Stuttgart 1947 (= Schriftenreihe „Neue Politik“ Stuttgart, H 4), S. 12.
- ⁵² Annette Kuhns These, die Frauenpublizistik nach 1945 habe die eigene Rolle im nationalsozialistischen „Männerstaat“ kritisch reflektiert, kann so nicht bestätigt werden, vgl. Annette Kuhn: Die stille Kulturrevolution der Frau. Versuche einer Deutung der Frauenöffentlichkeit (1945–1947), in: Gabriele Clemens (Hrsg.): Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949, Stuttgart 1994 (= Historische Mitteilungen, Beihefte Bd. 10), S. 83–101, S. 96.
- ⁵³ Hierbei handelt es sich um ein in der zeitgenössischen Diskussion häufig auftretendes Argumentationsmuster, vgl. z. B. Agnes v. Zahn-Harnack, in Ute Gerhard: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 379.
- ⁵⁴ Zit. n. Barbara Henicz, Margrit Hirschfeld: „Wenn die Frauen wüssten, was sie könnten, wenn sie wollten“ – Zur Gründungsgeschichte des Deutschen Frauenrings, in: An-

- nette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit. Bd. 2: Frauenpolitik 1945–1949. Quellen und Materialien. Düsseldorf 1986, S. 135–156, S. 137. Vgl. dort auch zum Folgenden.
- ⁵⁵ Zit. n. ebd., dort auch das folgende Zitat.
- ⁵⁶ Gertrud Bäumer: Der Auftrag der Frau in der deutschen Wiedergeburt, in: Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit. Bd. 2: Frauenpolitik 1945 bis 1949. Düsseldorf 1986 (= Geschichtsdidaktik. Studien, Materialien Bd. 22), S. 167.
- ⁵⁷ Gertrud Bäumer: Die deutschen Frauen und der Nationalsozialismus, ebd., S. 168 f.
- ⁵⁸ Gertrud Bäumer: Der neue Weg der deutschen Frau, Stuttgart 1946, S. 28 und S. 42 f.
- ⁵⁹ Angelika Schaser: „Innere Emigration“ als „konformer Widerstand“ Gertrud Bäumer 1933 bis 1945, in: Ariadne, H. 32 (November 1997), S. 16–25, S. 24.
- ⁶⁰ Ella Barowsky: Sechzig Jahre Deutscher Akademikerinnenbund, in: Frauen in Wissenschaft und Politik [Sammelband anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Deutschen Akademikerinnenbundes e V.], hrsg. von D. Franken, U. Huffmann, A. Kuhn, Düsseldorf 1987, S. 15–22, S. 20.
- ⁶¹ Reingard Jäkl: Ella Barowsky, in: Genth u a., Frauenpolitik (wie Anm. 1), S. 261.
- ⁶² Ebd., S. 263.
- ⁶³ Diese Unterlagen stellte die Vorsitzende des DAB Karlsruhe Anita Sandmann-Kern der Verfasserin freundlicherweise zur Verfügung. Während jedoch die Verbandsunterlagen für die Zeit nach der Wiedergründung 1950 dem Stadtarchiv Karlsruhe zur Aufbewahrung überlassen wurden, konnte sich der DAB Karlsruhe leider nicht dazu entschließen, ebenso mit den Unterlagen aus der Zeit des Nationalsozialismus zu verfahren.
- ⁶⁴ Sämtliche im Folgenden zitierte Schreiben entstammen dem Archiv des DAB Karlsruhe und liegen d. Verf. in Kopie vor.
- ⁶⁵ Handschriftliche Notiz vom 3 März 1933, ebd.
- ⁶⁶ Vgl. Schaser (wie Anm. 59), S. 16.
- ⁶⁷ Protokoll der Gesamtvorstandssitzung des DAB am 18. Mai 1933, Archiv DAB Karlsruhe.
- ⁶⁸ Britta Lohscheder: „Die Knäbin mit dem Dokortitel“ Akademikerinnen in der Weimarer Republik, Pfaffenweiler 1994, S. 206. Lohscheder sieht die Darstellung Barowskys jedoch durchaus kritisch und verweist darauf, dass eine Untersuchung der Auseinandersetzungen des DAB mit dem Nationalsozialismus noch aussteht.
- ⁶⁹ Rundschreiben DAB Berlin an Verbände und Ortsgruppen vom 2 Juni 1933, Archiv DAB Karlsruhe, dort auch das folgende Zitat.
- ⁷⁰ DAB Karlsruhe, Dr. Gertrud Carl, an DAB Mannheim, 3. August 1933, Archiv DAB Karlsruhe.
- ⁷¹ Bund akademisch gebildeter Frauen Freiburg an Gertrud Carl, 25 Juli 1933, Archiv DAB Karlsruhe. Vgl. dort auch zum Folgenden. Erste Vorsitzende in Freiburg war die Rechtsanwältin Dr. Maria Plum.
- ⁷² DAB Mannheim an Gertrud Carl, 7 August 1933, Archiv DAB Karlsruhe.
- ⁷³ DAB Karlsruhe an DAB Mannheim/Ludwigshafen, 11. September 1933, Archiv DAB Karlsruhe.
- ⁷⁴ Johanna Willich: Bericht über die neuen Ziele und die Umgestaltung des Deutschen Akademikerinnenbundes, 13. Oktober 1933, Archiv DAB Karlsruhe, dort auch das folgende Zitat.
- ⁷⁵ Die Arbeit des Deutschen Akademikerinnenbundes im neuen Deutschland. Denkschrift von Dr. Lore Liebenam-Holzhausen, 13. Oktober 1933, Archiv DAB Karlsruhe, dort auch das folgende Zitat.
- ⁷⁶ DAB Rundschreiben an alle Ortsgruppen und Verbände, 14. Oktober 1933, Archiv DAB Karlsruhe.
- ⁷⁷ Handschriftliche Notiz vom 9. November 1933, Archiv DAB Karlsruhe.
- ⁷⁸ Vgl. Schreiben Johanna Maas an Dr. Carl, 30. Juli 1933, Archiv DAB Karlsruhe.
- ⁷⁹ Vgl. Josef Werner: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich. Karlsruhe 1988 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 9), S. 154 f., S. 435 und S. 437 f.
- ⁸⁰ Vgl. ebd., S. 234.
- ⁸¹ Vgl. Liste der ausgeschiedenen Mitglieder 1933, Archiv DAB Karlsruhe.
- ⁸² Dr. Maria Roth an die Vorsitzende des DAB Karlsruhe Dr. Carl, 29. November 1933, Archiv DAB Karlsruhe.
- ⁸³ Vgl. Rundschreiben DAB Berlin vom 2. Juli 1934, Archiv DAB Karlsruhe.
- ⁸⁴ Vgl. Archiv DAB Karlsruhe. Der Anteil der Jüdinnen unter den Akademikerinnen war vergleichsweise hoch. Vgl. Claudia Huerkamp: Jüdische Akademikerinnen in Deutschland 1900–1938, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 311–331.
- ⁸⁵ Rundschreiben Deutsches Frauenwerk, Gertrud Scholtz-Klink, an DAB, 9. Oktober 1934, Archiv DAB Karlsruhe.
- ⁸⁶ Vgl. Rundschreiben DAB Berlin, 2. Juli 1934, Archiv DAB Karlsruhe.
- ⁸⁷ Vgl. Rundschreiben Deutsches Frauenwerk, Gertrud Scholtz-Klink, an DAB, 9. Oktober 1934, Archiv DAB Karlsruhe.
- ⁸⁸ Vgl. RDA Karlsruhe, Dr. Gertrud Carl, an RDA im Deutschen Frauenwerk, 7. Mai 1935, Archiv DAB Karlsruhe.
- ⁸⁹ Vgl. GLA 465a/51/7/21107, Aussage Prof. Johanna Schlechter, Handschriftliche Notiz vom 9. November 1933, Archiv DAB Karlsruhe.
- ⁹⁰ Vgl. StAK 8/StS 20/1181–1187.
- ⁹¹ Vgl. GLA 467/Zug. 1983/56, Nr. 140.
- ⁹² Vgl. auch zum Folgenden GLA 465a/57/7/21107.
- ⁹³ Insgesamt gab es fünf Gruppen: Hauptbelastete (I), Belastete (II), Minderbelastete (III) und Mitläufer (IV) sowie die Entlasteten (V).
- ⁹⁴ Vgl. auch zum Folgenden GLA 465a/57/7/21107, Berufungsantrag Gertrud Carl vom 19. März 1947.
- ⁹⁵ Ebd., Stellungnahme Gertrud Carl zur Klageschrift vom 7. Dezember 1946.
- ⁹⁶ Ebd., Spruch vom 31. Juli 1947.
- ⁹⁷ Vgl. GLA 235/Zug. 1967 Nr. 41/3764.
- ⁹⁸ Gerhard (wie Anm. 26), S. 35. Vgl. Irene Brandhauer-Schöffmann, Ela Hornung.: Trümmerfrauen – ein kurzes Heldinnenleben. Nachkriegsgesellschaft als Frauengesellschaft, in: Andrea Graf (Hrsg.): Zur Politik des Weiblichen: Frauenmacht und -ohnmacht. Beiträge zur Innenwelt und Außenwelt, Wien 1990, S. 93–120, S. 99. Der Wiederaufbaumythos gründet sich auf die Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit.

Anmerkungen Seiten 64 bis 120

Ist die Politik ein Reservatrecht der Männer?

Frauen in Gewerkschaften, Parteien und Gemeinderat

¹ Dr. M. E. Lüders zit. n. Badische Neueste Nachrichten (BNN) vom 21. November 1946.

² Zit. n. Hermann-Josef Rupieper: Bringing Democracy to the Frauleins. Frauen als Zielgruppe der amerikanischen Demokratisierungspolitik in Deutschland 1945–1952, in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), S. 61–91, S. 61 (Übers. d. Verf.): *In the fields, in the rubble, in the factories, it is the women who are and who will have to continue to bear the major part in the reconstruction of Germany [...] psychologically women are better oriented to reconstruction on a democratic basis than are the men. They have no „face“ to save.*

³ Vgl. BNN vom 8. Juni 1948.

⁴ Vgl. Military Government Gazette (MGZ) vom 16. August 1945.

⁵ Zur Zulassung von demokratischen Parteien und Gewerkschaften im Landeskommisariatsbezirk Karlsruhe vgl. MGZ vom 30. August 1945.

⁶ Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden Ortsausschuss Karlsruhe, Geschäftsbericht für das Jahr 1948, Stadtarchiv Karlsruhe (StAK) 8/ST5 2/75,2.

⁷ Es erschien mir jedoch verfehlt, wie Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949. Zur politischen Geschichte einer Stadt in der Nachkriegszeit, Heidelberg 1994 (= Buchreihe der Stadt Heidelberg Bd. 5), S. 156 f., die Beschäftigung mit Problemen des Alltags als „unpolitisch“ zu bezeichnen. Vielmehr wäre zu fragen, wie die „Probleme des Alltags“ mit der Politik verknüpft wurden und ob, ausgehend von ihnen, mögliche Perspektiven gesellschaftlicher Veränderungen entwickelt wurden. Hier scheinen mir die Gewerkschaften mit ihrem Beharren auf einem rein an der Produktion ausgerichteten Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell versagt zu haben (s. u.).

⁸ Erst 1993 erschien eine Studie zum Thema: Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): „Da haben wir uns alle schrecklich geirrt...“ Die Geschichte der gewerkschaftlichen Frauenarbeit im Deutschen Gewerkschaftsbund von 1945 bis 1960, Pfaffenweiler 1993. Bis dahin lag nur eine Veröffentlichung vor, die die gewerkschaftliche Frauenarbeit unter dem Aspekt eines Vergleichs zwischen Deutschland und Frankreich untersuchte, vgl. Angelika Lippe: Gewerkschaftliche Frauenarbeit. Parallelität ihrer Probleme in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1979), Frankfurt/Main, New York 1983.

Auch die jüngeren (regionalen) Untersuchungen zur politischen Partizipation von Frauen nach 1945 blenden die Gewerkschaften weitgehend aus oder berühren sie nur am Rande. Ausführlicher widmete sich dem Thema bislang Ute Cornelia Schmatzler: Frauen in der Gewerkschaft, in: Thomas Herrmann u. a.: „Alle Mann an Deck!“ – „Und die Frauen in die Kombüse?“ Frauen in der schleswig-holsteinischen Politik 1945–1958, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein, Kiel 1993 (Gegenwartfragen 70), S. 247–314, und Renate Genth: Zur Frauenpolitik in FDGB und UGO, in: Renate Genth u. a.: Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945 bis 1949, Hrsg. von der Senatorin f. Arbeit, berufliche Bildung und Frauen, Berlin, Berlin 1996, S. 153–170.

⁹ Die vorliegenden Quellen zum DGB Karlsruhe sind leider im Hinblick auf die Partizipation von Frauen nicht sehr ergiebig. Im Stadtarchiv Karlsruhe liegen die Geschäftsberichte der örtlichen DGB-Organisation 1945–1956 vor. Mehrmalige Anfragen beim DGB-Kreisverband und -Frauenausschuss haben zur freundlichen Überlassung eines Ordners mit Protokollen aus jenen Jahren geführt. Die Namen aktiver Gewerkschafterinnen der Nachkriegszeit oder mögliche Zeitzeuginnen konnten nicht in Erfahrung gebracht werden. So kann an dieser Stelle leider nicht auf Selbstzeugnisse von Gewerkschafterinnen zurückgegriffen werden, und die Perspektive der Frauen auf die Gewerkschaften kommt zu kurz.

Uta Engelhardt-Schwarz, die eine Studie über die IG Metall Verwaltungsstelle Karlsruhe nach 1945 erarbeitete, danke ich für ihre Diskussionsbereitschaft. Die Veröffentlichung dieser Darstellung erfolgte nach Abschluss des Manuskriptes. Sie widmet ein längeres Kapitel den *Frauen in der Männergewerkschaft*: Uta Engelhardt-Schwarz: „... denn nichts ist stärker als unsere Solidarität...“ IG Metall Verwaltungsstelle Karlsruhe. Von 1945 bis heute, hrsg. von der IG Metall Verwaltungsstelle Karlsruhe, Karlsruhe 1998, S. 122–134.

¹⁰ Zu den Anfängen der Karlsruher Gewerkschaftsbewegung nach 1946 vgl. Josef Werner: Karlsruhe 1945. Unter Hakenkreuz, Trikolore und Sternenbanner, Karlsruhe 1986¹, S. 274–281, und Unser die Zukunft. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Karlsruhe 1845–1952, Bearb. u. eingel. von Wolfgang Glaeser, Hrsg. von der IG Metall, Verwaltungsstelle Karlsruhe, Heilbronn 1991, S. 210–232. Nach Abschluss des Manuskriptes erschienen ist: Manfred Koch: Trümmerstadt – Residenz des Rechts – Zentrum der Technologieregion. Wechselvoller Weg in die Gegenwart, in: Karlsruhe. Die Stadtgeschichte, hrsg. vom Stadtarchiv Karlsruhe, S. 519–675, S. 539.

¹¹ Unser die Zukunft (wie Anm. 10), S. 210. Hier wird der 18. Juni als Datum genannt, doch muss es sich dabei um einen Druckfehler handeln, das entsprechende Dokument 54a nennt den 18. Juli, ebenso Werner (wie Anm. 10), S. 276.

¹² Vgl. Unser die Zukunft (wie Anm. 10), S. 211.

¹³ Zur Auseinandersetzung um das Festhalten an einer Einheitsorganisation oder Schaffung eines selbständigen Industrieverbandes vgl. Reutter (wie Anm. 7) S. 150 ff. und Unser die Zukunft (wie Anm. 10), S. 212 ff.

¹⁴ Vgl. ebd., S. 213 f. und Christfried Seifert: Entstehung und Entwicklung des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden bis zur Gründung des DGB 1945–1949, Marburg 1980.

¹⁵ Vgl. Werner Müller: Die Gründung des DGB, der Kampf um die Mitbestimmung, programmatisches Scheitern und der Übergang zum gewerkschaftlichen Pragmatismus, in: Hans-Otto Hemmer, Kurt Thomas Schmitz: Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1990, S. 90.

¹⁶ Unser die Zukunft (wie Anm. 10), S. 212.

¹⁷ Vgl. Anwesenheitsliste in: ADGB – Protokolle des Ortsausschusses Karlsruhe 1945–1949, DGB Karlsruhe.

¹⁸ Vgl. Unser die Zukunft (wie Anm. 10), S. 211.

¹⁹ ADGB Karlsruhe und Umgebung Geschäfts- und Kassen-

- bericht für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1945; StAK 8/StS 27/3,1.
- ²⁰ Vgl. Schmatzler (wie Anm. 8), S. 249, und Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuss Karlsruhe, Tätigkeitsbericht 1953/54, StAK 8/StS 27/4,4.
- ²¹ Die Zahlen zu Karlsruhe wurden den Geschäftsberichten des ADGB, bzw. DGB Karlsruhe entnommen (Prozentangaben n. Berechnung d. Verf.), StAK 8/StS 27/3,1–3,2; 5,1–5,2; 4,1–4,5. Zu den Zahlen auf Bundesebene vgl. Schmatzler (wie Anm. 4), S. 252.
- ²² Vgl. Mitgliederstand DGB Württemberg-Baden am 31. Dezember 1952, StAK 8/StS 27/4,3.
- ²³ Württemberg-Baden im Vergleich mit anderen Ländern der Bundesrepublik, Zahlenunterlagen aus allen Gebieten der Wirtschafts- und Sozialstatistik, hrsg. v. d. Stat. Landesämtern in Stuttgart und Karlsruhe, [o.O.] 1950, S. 60 (Prozentangaben n. Berechnung d. Verf.).
- ²⁴ Vgl. Karlsruhe im Zahlenbild, hrsg. v. Statistischem Amt der Stadt Karlsruhe, Jg. 1955, H. 2, S. 24 (Prozentangaben n. Berechnung d. Verf.).
- ²⁵ Vgl. Unser die Zukunft (wie Anm. 10), S. 217.
- ²⁶ Vgl. Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Ortsgruppe Karlsruhe: 5 Jahre Gewerkschaftliche Angestelltenbewegung in Karlsruhe, 1946–1950.
- ²⁷ Vgl. StAK 8/StS 27/4,4.
- ²⁸ Vgl. Mitgliederstand 1952 (wie Anm. 22).
- ²⁹ Vgl. Schmatzler (wie Anm. 8), S. 250 f.
- ³⁰ Auch zum Folgenden ADGB (wie Anm. 17).
- ³¹ BNN vom 1. März 1946. Karl Flößer hatte im September 1945, nachdem Karl Konz Leiter des Arbeitsamtes Karlsruhe geworden war, das Amt des Ersten Vorsitzenden übernommen.
- ³² Vgl. auch zum Folgenden BNN vom 5. November 1946.
- ³³ Vgl. auch zum Folgenden Christine von Oertzen, Almut Rietzschel: Neuer Wein in alten Schläuchen: Geschlechterpolitik und Frauenerwerbsarbeit im besetzten Deutschland zwischen Kriegsende und Währungsreform, in: Ariadne, H. 27 (Mai 1995), S. 28–35, S. 30.
- ³⁴ Ebd.
- ³⁵ Schmatzler (wie Anm. 22), S. 298, vgl. auch Genth (wie Anm. 22), S. 167.
- ³⁶ Irene Brandhauer-Schöffmann/Ela Horning: Trümmerfrauen – ein kurzes Heldinnenleben. Nachkriegsgesellschaft als Frauengesellschaft, in: Andrea Graf (Hrsg.): Zur Politik des Weiblichen: Frauenmacht und -ohnmacht. Beiträge zur Innenwelt und Außenwelt, Wien 1990, S. 93–120, S. 93.
- ³⁷ Vgl. auch zum Folgenden Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Protokoll über die 1. Generalversammlung am 9. März 1946 in Karlsruhe, StAK 8/StS 27/2,1.
- ³⁸ Zu diesem Ergebnis kommt Lippe (wie Anm. 8), S. 68–83, vgl. dort auch zum Folgenden.
- ³⁹ Zit n. Schmatzler (wie Anm. 8), S. 260.
- ⁴⁰ Zit n. ebd., S. 268.
- ⁴¹ Karin Derichs-Kunstmann: Frauen in der Männergewerkschaft. Die Geschichte des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Nachkriegszeit unter dem Gesichtspunkt des Geschlechterverhältnisses, in: Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): „Da haben wir uns alle schrecklich geirrt...“ Die Geschichte der gewerkschaftlichen Frauenarbeit im Deutschen Gewerkschaftsbund von 1945 bis 1960, Pfaffenweiler 1993, S. 63–129, S. 75.
- ⁴² Vgl. auch zum Folgenden Geschäftsbericht 1948 (wie Anm. 6).
- ⁴³ Geschäftsbericht 1949, StAK 8/StS 27/4,1.
- ⁴⁴ Vgl. BNN vom 5. November und vom 1. März 1946.
- Derichs-Kunstmann (wie Anm. 41), S. 104, kommt am Beispiel des DGB-Bundeskongresses von 1956 zu dem Ergebnis, dass gönnerhaftes Verhalten charakteristisch für den Umgangsstil der Männer mit den Frauen war.
- ⁴⁵ Zit. n. Schmatzler (wie Anm. 8), S. 256.
- ⁴⁶ Vgl. auch zum Folgenden Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuss Karlsruhe, Geschäftsbericht 1950–1951, StAK 8/StS 27/4,2.
- ⁴⁷ Vgl. auch zum Folgenden BNN vom 13. April 1946.
- ⁴⁸ Vgl. Schmatzler (wie Anm. 8), S. 273 ff.
- ⁴⁹ Vgl. Lippe (wie Anm. 8), S. 63.
- ⁵⁰ Vgl. BNN vom 3. Juni 1997.
- ⁵¹ Vgl. Schmatzler (wie Anm. 8), S. 268–272.
- ⁵² Vgl. ebd., S. 294.
- ⁵³ Vgl. Geschäftsbericht 1950–1951 (wie Anm. 46).
- ⁵⁴ Vgl. Protokoll 1946 (wie Anm. 33).
- ⁵⁵ Vgl. Geschäftsbericht 1950–1951 (wie Anm. 46) und Geschäftsbericht 1952, StAK 8/StS 27/4,3.
- ⁵⁶ Vgl. Geschäftsbericht 1948 (wie Anm. 6).
- ⁵⁷ Vgl. Geschäftsbericht 1949 (wie Anm. 43).
- ⁵⁸ Vgl. Geschäftsbericht 1950–1951 (wie Anm. 46).
- ⁵⁹ Vgl. Geschäftsbericht 1952 (wie Anm. 55).
- ⁶⁰ Vgl. Lippe (wie Anm. 8), S. 69 ff. Diese Entwicklung zeichnet sich auch in den Geschäftsberichten des DGB Karlsruhe ab.
- ⁶¹ Deutlich macht dies insbesondere ein Vergleich der DGB-Programme von 1949 und von 1963 Vgl. Lippe (wie Anm. 8), S. 81 f.
- ⁶² DGB Kreisfrauenausschuss Karlsruhe (KFA), in: 1989. Karlsruher Frauenverbände stellen sich vor. Zusammengefasst v. Evamaria Wunsch, Hannelore Kohlmann, AKF, [Karlsruhe 1989], S. 13, vgl. dort auch zum Folgenden.
- ⁶³ Derichs-Kunstmann (wie Anm. 3), S. 129.
- ⁶⁴ Bettina Michalski: Louise Schroeders Schwestern. Berliner Sozialdemokratinnen der Nachkriegszeit, hrsg. v. Franz-Neumann-Archiv, Bonn 1996, S. 16, stellte z. B. für Berlin fest, die SPD habe zu keinem Zeitpunkt Bemühungen unternommen, wenigstens die Leistungen ihrer am meisten hervorgetretenen Vertreterinnen zu dokumentieren. Ähnliches lässt sich für andere Landesbezirke und auch die anderen Parteien bestätigen. Selbst neuere Veröffentlichungen zur Politikgeschichte vermitteln den Eindruck, als hätte es keine Frauen in Parteien und Gewerkschaften gegeben, Der Anspruch „allgemein“-historische Darstellung zu sein, kann hier nur gehalten werden, indem männliches Wirken als Norm gesetzt und Frauen unausgesprochen subsumiert werden. Als Beispiel hierfür: Reutter (wie Anm. 7).
- ⁶⁵ Im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung ist die Korrespondenz des SPD-Frauenreferates mit den Kreisorganisationen der Partei erhalten. Eine Überprüfung, inwieweit hier auch Unterlagen über die Partei-Frauenarbeit im Kreis Karlsruhe überliefert sind, konnte im Rahmen dieses Projektes leider nicht erfolgen.
- ⁶⁶ Diese Unterlagen wurden im Rahmen meiner Forschungsarbeiten durch die Stadträtin Rita Fromm dem Stadtarchiv übergeben und sind im Bestand 7/N1 Rieger aufgegangen.
- ⁶⁷ Der Umfang der Darstellung wird jeweils durch die Bedeutung der Frauenarbeit innerhalb der einzelnen Parteien bestimmt. In Anbetracht der desolaten Quellenlage kann kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden. Es geht hier vor allem darum, die Entwicklung der Frauenarbeit der Parteien zu dokumentieren, so weit es vorliegende Quellen und Zeitzeuginnen-Aussagen zuließen.
- ⁶⁸ Überschrift einer Werbeschrift der SPD Südbaden 1948.

- Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) N Veit/691.
- ⁶⁹ Zur Gründungsgeschichte der Karlsruher Parteien 1945 vgl. Josef Werner: Karlsruhe 1945 (wie Anm. 10), S. 283 ff., und Manfred Koch: Trümmerstadt (wie Anm. 10), S. 534–542.
- ⁷⁰ Vgl. Hermann Ehmer: Der Neubeginn in Parteien, Gewerkschaften und Kirchen, in: Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Zusammenbruch und Neuanfang im Jahr 1945 in Dokumenten und Bildern, hrsg. vom Generallandesarchiv Karlsruhe, Karlsruhe 1975, S. 209–224, S. 212 f., und Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hrsg. von Jörg Schadt, Wolfgang Schmierer, Stuttgart 1979 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg Bd. 3), S. 220 ff. Die Geschichte der Frauen in der baden-württembergischen SPD nach 1945 sowie der Frauenpolitik dieser Partei bedarf dringend einer Aufarbeitung. Im Rahmen dieses lokal begrenzten Projektes können jedoch nur einige Schlaglichter gesetzt werden.
- ⁷¹ Vgl. Werner (wie Anm. 10), S. 284 f.
- ⁷² Auch die einschlägigen Schriften, wie z. B. 100 [hundert] Jahre SPD Karlsruhe. Von Jutta Stehling, hrsg. vom SPD-Kreisverband Karlsruhe, Karlsruhe 1977, thematisieren die Mitarbeit von Frauen in der Partei nicht. Kurze Erwähnung findet lediglich Kunigunde Fischer.
- ⁷³ Vgl. auch zum Folgenden BNN vom 5. März 1946.
- ⁷⁴ Ein ausführliches Porträt Kunigunde Fischers findet sich in: Barbara Guttman: „Zwischen Trümmern und Träumen.“ Karlsruherinnen in Politik und Gesellschaft der Nachkriegszeit. Portraits, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Frauenbeauftragte und Stadtarchiv, Karlsruhe 1997, S. 17–21.
- ⁷⁵ Vgl. Susanne Asche: Fürsorge, Partizipation und Gleichberechtigung – die Leistungen der Karlsruherinnen für die Entwicklung zur Großstadt (1859–1914), in: Dies., u. a.: Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte. Karlsruhe 1992 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 15), S. 171–256, S. 246 f.
- ⁷⁶ BNN vom 5. März 1946 und 15. März 1946.
- ⁷⁷ Rednerin beim ersten SPD-Parteitag 1946 in Hannover, zit. n. Ingrid Langer: Die Situation der Frauen in den Parteien nach 1945, in: Dies. (Hrsg.), Ulrike Ley, Susanne Sander: Alibi-Frauen? Hessische Politikerinnen I. In den Vorparlamenten 1946–1950, Frankfurt/Main 1994, S. 10–41, hier S. 11.
- ⁷⁸ BNN vom 14. März 1949.
- ⁷⁹ Vgl. Kurt Klotzbach: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965. Unveränd. Nachdr. d. Ausg. v. 1982, Bonn 1996 (= Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945 Bd. 1), S. 428 ff.
- ⁸⁰ BNN vom 14. März 1949.
- ⁸¹ Vgl. Asche (wie Anm. 75), S. 249–256.
- ⁸² Hauptregistratur der Stadt Karlsruhe, Stadtprotokoll vom 1. Dezember 1953.
- ⁸³ Rednerin beim ersten SPD-Parteitag 1946 in Hannover, zit. n. Langer (wie Anm. 77), S. 11.
- ⁸⁴ Vgl. Langer (wie Anm. 77), S. 12.
- ⁸⁵ Zit. n. ebd., S. 11.
- ⁸⁶ Jahrbuch der SPD 1946, S. 30.
- ⁸⁷ Vgl. Langer (wie Anm. 77), S. 10 ff.
- ⁸⁸ Entschließung zur Frauenfrage des am 21. und 22. August 1946 in Frankfurt/Main tagenden Vorstandes und Parteiausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, GLA N Veit/450.
- ⁸⁹ Ebd., S. 12, vgl. dort auch zum Folgenden.
- ⁹⁰ Vgl. Protokoll Landesparteitag Eßlingen, 26./27. April 1947, GLA N Veit/691.
- ⁹¹ Jahrbuch der SPD 1950/51, hrsg. vom Vorstand der SPD, Hannover, S. 193.
- ⁹² Vgl. Langer (wie Anm. 77), S. 12, und Mechthild Füllmes: Frauen in Partei und Parlament, Köln 1969 (= Die Frau in der Politik Bd. 1), S. 25.
- ⁹³ BNN vom 26. Februar 1948.
- ⁹⁴ Vgl. SPD (wie Anm. 70), S. 318.
- ⁹⁵ Vgl. Protokoll 5. Landesparteitag 9./10. Oktober 1948 in Rheinfelden, GLA N Veit/691.
- ⁹⁶ Zur Mitgliederentwicklung der badischen Sozialdemokratie im Kaiserreich vgl. Barbara Guttman: Weibliche Heimarmer. Frauen in Deutschland 1914–1918, Weinheim 1989, S. 112 ff.
- ⁹⁷ Vgl. Renate Genth, Ingrid Schmidt-Harzbach: Frauen in den Parteien, in: Renate Genth, Reingard Jäkl, Rita Pawlowski, Ingrid Schmidt-Harzbach, Irene Stoehr: Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945 bis 1949, hrsg. von der Senatorin für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen, Berlin, Berlin 1996, S. 105–150, S. 124 f.
- ⁹⁸ Vgl. Langer (wie Anm. 77), S. 12 f.
- ⁹⁹ Vgl. auch zum Folgenden Protokoll Eßlingen 1947 (wie Anm. 90).
- ¹⁰⁰ Vgl. BNN vom 27. Juni 1946.
- ¹⁰¹ Vgl. Protokoll Eßlingen 1947 (wie Anm. 90). Zu Anna Haag vgl. Ina Hochreuther: Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919, hrsg. vom Landtag Baden-Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1992, S. 103 f., zu Emmy Meyer-Laule vgl. ebd., S. 205 f.
- ¹⁰² Protokoll Eßlingen 1947 (wie Anm. 90).
- ¹⁰³ Vgl. BNN vom 26. Februar 1948.
- ¹⁰⁴ Vgl. Protokoll Eßlingen 1947 (wie Anm. 90).
- ¹⁰⁵ Vgl. BNN vom 6. April 1946.
- ¹⁰⁶ Else Schmiel, Leserbrief, BNN vom 8. März 1946.
- ¹⁰⁷ BNN vom 15. März 1946.
- ¹⁰⁸ Vgl. BNN vom 31. Oktober 1946.
- ¹⁰⁹ Vgl. Guttman, Heimarmer (wie Anm. 96), S. 199 f.
- ¹¹⁰ Vgl. BNN vom 5. November 1946.
- ¹¹¹ Vgl. BNN vom 6. Juni 1948.
- ¹¹² Vgl. BNN vom 17. Mai 1947, 21. Juni 1947, 16. Oktober 1948 und 22. April 1949.
- ¹¹³ Ein ausführliches Porträt Hanne Landgrafs findet sich in: Guttman, Trümmer und Träume (wie Anm. 74), S. 65–73.
- ¹¹⁴ Hanne Landgraf: Rückblick auf meine Tätigkeit der ASF Karlsruhe ab dem Jahr 1959, Masch. Manuskript 1977, S. 1.
- ¹¹⁵ Gespräch mit Hanne Landgraf am 21. Februar 1995.
- ¹¹⁶ Gespräch mit Grete Vogt am 24. Januar 1996. Auch die folgenden biographischen Angaben beziehen sich auf dieses Gespräch. Vgl. Grete Vogt: In Bulach daheim, in: Doris Lott (Hrsg.): Vom Glück in Karlsruhe zu leben. Bd. 2, Karlsruhe 1995, S. 143–148.
- ¹¹⁷ Landgraf (wie Anm. 114), S. 1.
- ¹¹⁸ Gespräch mit Hanne Landgraf am 21. Februar 1995.
- ¹¹⁹ Landgraf (wie Anm. 114), S. 4.
- ¹²⁰ Vgl. auch zum Folgenden ebd.
- ¹²¹ Wahlauftritt der CDU Karlsruhe 1946, StAK PBS X 1361.
- ¹²² Vgl. Werner (wie Anm. 10), S. 285.
- ¹²³ Vgl. auch zum Folgenden Gerd Hepp: Die CDU im Landesbezirk Nordbaden, in: Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1978 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 2), S. 113–133.

- ¹²⁴ Vgl. Werner (wie Anm. 10), S. 285.
- ¹²⁵ Zit. n. Hepp (wie Anm. 123), S. 115.
- ¹²⁶ Vgl. Joachim Irek: Mannheim in den Jahren 1945–1949. Geschichte einer Stadt zwischen Diktatur und Republik. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1983, Reutter (wie Anm. 7), S. 203–208.
- ¹²⁷ Vgl. ebd., S. 119, und Werner (wie Anm. 10), S. 287.
- ¹²⁸ Vgl. Hochreuther (wie Anm. 101), S. 111.
- ¹²⁹ Vgl. Hepp (wie Anm. 123), S. 123.
- ¹³⁰ Vgl. Genth/Schmidt-Harzbach (wie Anm. 97), S. 133 bis 143.
- ¹³¹ Zit. n. Langer (wie Anm. 77), S. 37.
- ¹³² Anfragen beim CDU-Kreisverband Karlsruhe, dem Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie der Karlsruher Frauen-Union erbrachten keine Hinweise. Auch fand sich keine Zeitzeugin, die aus den Anfangsjahren der Partei hätte berichten können. Eine ähnlich desolate Quellenlage musste Ingrid Langer auch für die CDU in Hessen konstatieren, vgl.: Langer (wie Anm. 77), S. 36.
- ¹³³ Gerd Hepp: Die Badische CDU in Nordbaden (1952–1970), in: Weinacht (wie Anm. 123), S. 217 und Füllmes (wie Anm. 92), S. 25 und S. 41.
- ¹³⁴ Vgl. Heide-Marie Lauterer: Marie Baum (1874–1964) und der gesellschaftliche und politische Wiederaufbau im Heidelberg der Nachkriegszeit, in: Standpunkte. Ergebnisse und Perspektiven der Frauengeschichtsforschung in Baden-Württemberg, hrsg. von Susanne Jenisch, Tübingen 1993 (= Frauenstudien Baden-Württemberg Bd. 1), S. 143–151.
- ¹³⁵ Vgl. auch zum Folgenden Linus Bopp: Klara Siebert – Versuch ihrer Lebensbeschreibung und der Würdigung ihrer Lebensleistung, Freiburg 1971, S. Asche (wie Anm. 75), S. 233 f., und Guttman, Heimarmee (wie Anm. 33), S. 136 ff.
- ¹³⁶ Guttman, Heimarmee (wie Anm. 96), S. 203.
- ¹³⁷ Zit. n. Hochreuther (wie Anm. 101), S. 44.
- ¹³⁸ Clara Siebert: Marie Ellenrieder, Freiburg i. Br. 1916.
- ¹³⁹ CDU Mittelbaden an Clara Siebert, 12. Dezember 1945, GLA N/Siebert 14.
- ¹⁴⁰ Flugblattentwurf, GLA N/Siebert 14.
- ¹⁴¹ Ebd.
- ¹⁴² Vgl. auch zum Folgenden Clara Siebert an den Vorstand der christlich-demokratischen Partei in Karlsruhe, 29. März 1952, GLA N/Siebert 14, Unterstreichungen im Original.
- ¹⁴³ Vgl. Hochreuther (wie Anm. 101), S. 98. 1952 hatte außerdem Maria Scherer aus Mannheim für drei Monate ein Mandat im württemberg-badischen Landtag inne, Vgl. ebd., S. 111.
- ¹⁴⁴ Vgl. auch zum Folgenden StAK 8/PBS X 1361.
- ¹⁴⁵ Vgl. Langer (wie Anm. 77), S. 37.
- ¹⁴⁶ Vgl. ebd., S. 38 f.
- ¹⁴⁷ Vgl. Hepp (wie Anm. 123), S. 22.
- ¹⁴⁸ Vgl. BNN vom 9. April 1946.
- ¹⁴⁹ Vgl. auch zum Folgenden BNN vom 26. September 1946.
- ¹⁵⁰ Vgl. auch StAK 1/H-Reg 2896, 1/H-Reg 2888 sowie GLA 465h/157. Biographische Daten Luise Anzlingers konnten leider nicht ermittelt werden.
- ¹⁵¹ BNN vom 26. September 1946.
- ¹⁵² BNN vom 29. November 1947.
- ¹⁵³ Vgl. auch zum Folgenden BNN vom 3. Mai 1947.
- ¹⁵⁴ Vgl. BNN vom 17. Mai, 28. Juni, 11. Oktober, 8. November, 22. November und 29. November 1947.
- ¹⁵⁵ BNN vom 29. November 1947.
- ¹⁵⁶ Vgl. BNN vom 9. August 1949.
- ¹⁵⁷ Helene Weber saß im Parlamentarischen Rat und gehörte damit zu den vier „Müttern des Grundgesetzes“. Sie war 1881 in Elberfeld geboren und hatte 1919 schon als eine der Jüngsten der verfassungsgebenden Weimarer Nationalversammlung angehört. Danach war sie Abgeordnete des Zentrums im Preußischen Landtag und von 1924 bis 1933 im Reichstag. Die studierte Oberlehrerin gründete 1916 die „Soziale Frauenschule“ in Köln mit und übernahm deren Leitung. 1919 wurde sie Referentin im preußischen Wohlfahrtsministerium. 1920 die erste Ministerialrätin in Preußen. Als Leiterin des Dezernats für Ausbildung und Jugendfragen, diese Position hatte sie bis 1933 inne, setzte sie die Anerkennung der Sozialen Frauenschulen in Preußen durch. Die Universität Münster verlieh ihr für diese Verdienste 1930 die Ehrendoktorwürde. Helene Weber gehörte zu den führenden Persönlichkeiten der katholischen Frauenbewegung, an deren Reorganisation sie nach 1945 maßgeblich beteiligt war. Parteipolitisch orientierte sie sich nach dem Nationalsozialismus neu und schloss sich nicht mehr dem Zentrum an, sondern der neu gegründeten CDU. 1949 wurde sie Mitglied des Bundestages, dem sie bis zu ihrem Tod 1962 angehörte. Helene Weber galt als einflussreichste Frau in der CDU-Fraktion.
- ¹⁵⁸ Vgl. BNN vom 31. Juli 1948 und 5. August 1949.
- ¹⁵⁹ Zit. n. Langer (wie Anm. 77), S. 37 f.
- ¹⁶⁰ Vgl. BNN vom 25. November 1948.
- ¹⁶¹ Vgl. Frauenuktion Karlsruhe-Stadt, in: 1989. Karlsruher Frauenverbände stellen sich vor, Zusammengestellt v. Evamaria Wunsch, Hannelore Kohlmann, AKF, o.O. o. J. [Karlsruhe 1989], S. 26. Zu Luise Naumann vgl. BNN vom 14. Juli 1954.
- ¹⁶² Resolution der Landeskonferenz der KPD Württemberg-Baden zur Arbeit unter Frauen am 21/22. Juni 1947, BArch Bundesarchiv (BArch) By 1/324, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO).
- ¹⁶³ Organisationsbericht des U. B. Karlsruhe, 10. September 1945, SAPMO BArch By 1/375. Noch nicht wieder gegründet waren zu diesem Zeitpunkt die ehemaligen Parteigruppen in Jöhlingen, Wössingen, Bruchsal und Malsch.
- ¹⁶⁴ Vgl. auch zum Folgenden Werner (wie Anm. 10), S. 292. Werner stützt sich hier auf Hinweise von Zeitzeugen. Schriftliche Unterlagen hierzu sind nicht überliefert. Auch im BArch, SAPMO (wie Anm. 162), sind nur einige wenige Berichte aus Karlsruhe erhalten. Das Verbot der KPD 1956 dürfte zur Vernichtung von Unterlagen durch Parteimitglieder geführt haben und schuf kein Klima, in dem ehemalige Mitglieder bereit gewesen wären, ihre Erinnerungen zu erzählen. Die Kriminalisierung ihrer politischen Aktivitäten hinterließ ihre Spuren. Inzwischen sind außerdem viele Betroffene verstorben. Verf. konnte nur noch mit einer Zeitzeugin sprechen, die die unmittelbare Gründungsphase und die ersten Nachkriegsjahre in der KPD Karlsruhe, allerdings zunächst in Grötzingen, miterlebt hat.
- ¹⁶⁵ Vgl. Organisationsbericht (wie Anm. 163).
- ¹⁶⁶ Vgl. Susanne Asche: Eintaused Jahre Grötzingen. Die Geschichte eines Dorfes. Karlsruhe 1991 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 13), S. 270 ff.
- ¹⁶⁷ Hilde Wagner ist die einzige Frau, die der KPD angehörte und das unmittelbare Kriegsende in Karlsruhe erlebte, mit der d. Verf. noch sprechen konnte. Aus diesem Grund wird an dieser Stelle auf ihre Erfahrungen näher eingegangen.

- ¹⁶⁸ Auch zum Folgenden Gespräch mit Hilde Wagner, Grötzingen, am 13. Juli 1995. (Transkript: Katja Schmalholz).
- ¹⁶⁹ Ebd.
- ¹⁷⁰ Vgl. Bericht über die Kreiskonferenz der KPD für Jugendfragen, BNN vom 5. April 1947.
- ¹⁷¹ SAPMO BArch By 1/318.
- ¹⁷² Vgl. BNN vom 5. April 1947.
- ¹⁷³ Bezirkskonferenz KPD Nord-Baden, 16/17. Oktober 1946, Heidelberg, SAPMO BArch By 1/318.
- ¹⁷⁴ Bericht KPD [Nord-]Baden, 1. Dezember 1945, SAPMO BArch By 1/321.
- ¹⁷⁵ Rundschreiben Landesleitung Baden, Kaderabteilung, SAPMO BArch By 1/320.
- ¹⁷⁶ Politische Resolution der Landeskongress der KPD Bez. Baden am 9./10. März 1946, SAPMO BArch By 1/318.
- ¹⁷⁷ BNN vom 11. April 1946.
- ¹⁷⁸ Entschließung zu den Gemeindewahlen in Baden, SAPMO BArch By 1/318.
- ¹⁷⁹ Vgl. auch zum Folgenden Bezirksparteitag KPD, Landesbez. Baden, 19./20. April 1946, Mannheim, SAPMO BArch By 1/318. Aus Bruchsal nahmen neun Männer und eine Frau teil. Für die Delegierten aus den übrigen Kreisen ist der Frauenanteil nicht aufgeführt.
- ¹⁸⁰ KPD, Landesvorstand Württemberg-Baden, Abt. Frauen: Die Frauenarbeit der Partei. SAPMO BArch By 1/324.
- ¹⁸¹ Resolution der Landeskongress zur Arbeit unter den Frauen, 21/22. Juni 1947, SAPMO BArch By 1/324.
- ¹⁸² Ebd.
- ¹⁸³ Vgl. Guttman, Heimarmee (wie Anm. 96), S. 98–114.
- ¹⁸⁴ Zit. n. Langer (wie Anm. 77), S. 31.
- ¹⁸⁵ Resolution (wie Anm. 181).
- ¹⁸⁶ Vgl. Genth/Schmidt-Harzbach (wie Anm. 97), S. 122 f.
- ¹⁸⁷ Gespräch mit Hilde Wagner (wie Anm. 167).
- ¹⁸⁸ Vgl. BNN vom 4. Juni 1947.
- ¹⁸⁹ Vgl. Lisa Stern: Aufbrüche, Einschnitte, Kontinuitäten – Karlsruher Frauen in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“, in: Karlsruher Frauen (wie Anm. 75) S. 293–390, S. 374 f.
- ¹⁹⁰ BArch Berlin NJ 12825.
- ¹⁹¹ Vgl. StAK 8/StS 17/106 und 1/H-Reg 2896.
- ¹⁹² Vgl. Edith Dietz: „...der Kreis schließt sich.“ Doch 50 Jahre Frieden sind keine Garantie, Frankfurt/Main 1997, S. 69.
- ¹⁹³ Vgl. Hauptregistratur der Stadt Karlsruhe, Stadtratsprotokoll 27. April 1948. Gespräch mit Edith Dietz, Ruth Grimm am 30. Mai 1995.
- ¹⁹⁴ Vgl. BNN vom 12. Juli sowie vom 2. und 30. August 1947.
- ¹⁹⁵ Vgl. BNN vom 8. November 1947. Die BNN meldete die Teilnahme einer Anette Langendorf aus Mannheim. Es muss jedoch Antonie heißen. Vgl. Hochreuther (wie Anm. 101), S. 108 ff.
- ¹⁹⁶ Zit. n. Dietz (wie Anm. 192), S. 66 f.
- ¹⁹⁷ Edith Dietz hat ihre Lebensgeschichte in drei biographischen Bänden beeindruckend festgehalten. Edith Dietz: Den Nazis entronnen, Frankfurt/Main 1990. Dies.: Freiheit in Grenzen, Frankfurt/Main 1993 und dies.: ... der Kreis (wie Anm. 129).
- ¹⁹⁸ Vgl. Christiane Toyka-Seid: „Nicht in die Lage versetzt, Erbauer eines friedlichen Deutschlands zu sein.“ Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Württemberg-Baden, in: Formen des Widerstands im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung und des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg, Ulm 1994, S. 270–283, S. 273.
- ¹⁹⁹ BArch Berlin NJ 34 56. Vgl. dort auch zum Folgenden sowie Gespräch mit Lina Betz am 11. März und 30. Mai 1996.
- ²⁰⁰ SAPMO BArch By 1/318.
- ²⁰¹ Die Frauenarbeit der Partei (wie Anm. 180).
- ²⁰² SAPMO BArch By 1/318.
- ²⁰³ Ebd.
- ²⁰⁴ Protokoll Sekretariat u erw. Landesleitung, 5. Juli 1946, SAPMO BArch By 1/319.
- ²⁰⁵ BNN vom 22. Juli 1949.
- ²⁰⁶ Vgl. auch zum Folgenden Resolution der Frauen, Bezirksparteitag KPD, Landesbez. Baden, 19./20. April 1946, Mannheim, SAPMO BArch By 1/318.
- ²⁰⁷ Zit. n. Langer (wie Anm. 77), S. 35.
- ²⁰⁸ Eine bemerkenswerte Flexibilität der Frauenpolitik konnte anfänglich selbst für die Berliner KPD nachgewiesen werden, die stark beeinflusst war von den aus der Sowjetunion zurückgekehrten Emigranten sowie durch die Sowjetische Militäradministration (SMA). Vgl. Genth/Schmidt-Harzbach (wie Anm. 97), S. 116 ff.
- ²⁰⁹ Vgl. BNN vom 4. Februar, 12. März, 9. April, 6. Mai, 3. Juni, 10. Juni und 24. Juni 1949.
- ²¹⁰ Vgl. BNN vom 9., 11., 12. und 13. August 1949.
- ²¹¹ Langer (wie Anm. 77), S. 33.
- ²¹² Sitzungsbericht Gründung des Bezirksfrauenausschusses der FDP Nordbaden am 3. März 1954, StAK 7/Nl Riegger/69.
- ²¹³ Vgl. Günther Serfas: „Lieber Freiheit ohne Einheit als Einheit ohne Freiheit.“ Der Neubeginn der Demokratischen Volkspartei in Württemberg-Baden 1945/46, Heidelberg 1986, S. 41.
- ²¹⁴ Vgl. Uwe Dietrich Adam: Politischer Liberalismus im deutschen Südwesten 1945–1978, in: Paul Rothmund, Erhard Wien (Hrsg.): Die FDP/DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 4), S. 220–253.
- ²¹⁵ Zur Gründung der Karlsruher DVP vgl. auch zum Folgenden Serfas (wie Anm. 213), S. 39–44, und Werner (wie Anm. 10), S. 288 ff.
- ²¹⁶ Zit. n. Werner (wie Anm. 10), S. 290.
- ²¹⁷ Vgl. Serfas (wie Anm. 213), S. 43. Serfas nennt den *Freiburger Hof* als Versammlungsstätte, Werner (wie Anm. 10), S. 290, den *Weißßen Berg*. Letzteres dürfte wahrscheinlicher sein, da Werner sich auf eine Pressemeldung stützt, Serfas auf die Aussage eines Zeitzeugen.
- ²¹⁸ Vgl. Adam (wie Anm. 214), S. 225 ff.
- ²¹⁹ Ein ausführliches Porträt Luise Rieggers findet sich in: Guttman, Trümmer und Träume (wie Anm. 74), S. 93 bis 103.
- ²²⁰ Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 17. November 1931.
- ²²¹ Das Schreiben Luise Rieggers an die Vorsitzenden der Karlsruher Frauenverbände vom 2. Juni 1933 ist im Archiv des DAB Karlsruhe überliefert und liegt d. Verf. in Kopie vor.
- ²²² Vgl. auch zum Folgenden GLA 465a/51/4/4353.
- ²²³ Ein ausführliches Porträt Elisabeth Großwendts findet sich in: Guttman, Trümmer und Träume (wie Anm. 74), S. 33–43.
- ²²⁴ StAK 1/POA 1/1011.
- ²²⁵ Vgl. Barbara Guttman: Marie Baum, Chemikerin, Fabrikinspektorin, Abgeordnete, in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1988–1993, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Forum für Stadtgeschichte und Kultur, Karlsruhe 1994, S. 239 f., und Heide-Marie Lauterer: „Weil von dem Einsatz meiner Kräfte die Überwin-

- dung der Schwierigkeiten erhoffte.“ Marie Baum (1874 bis 1964). Frauenbewegung, Politik und Beruf, in: Frauengestalten. Soziales Engagement in Heidelberg, Heidelberg 1995 (= Schriftenreihe des Stadtarchivs Heidelberg H. 6), S. 55–116.
- ²²⁶ StAK I/POA I/1011: Dr. Franz Fichtl an den Bürgermeister, 14. Juli 1933.
- ²²⁷ Vgl. Genth/Schmidt-Harzbach (wie Anm. 97), S. 143 f.
- ²²⁸ Vgl. Schreiben Luise Riegger vom 26. Januar 1957; StAK 7/NI Riegger/39.
- ²²⁹ Vgl. StAK 7/NI Riegger/36, 37, 39, 69.
- ²³⁰ Dies bestätigten auch ehemalige Schüler/innen Luise Riegger in einem Gespräch mit d. Verf. am 13. November 1996.
- ²³¹ Vgl. StAK I/H-Reg 2885 und 2887.
- ²³² Vgl. StAK I/H-Reg 853.
- ²³³ Vgl. Irene Stoehr: Marie Elisabeth Lüders, in: Genth u. a. (wie Anm. 97), S. 289–301.
- ²³⁴ Auch zum Folgenden zit. n. Langer (wie Anm. 77), S. 20.
- ²³⁵ Ebd., S. 19 ff.
- ²³⁶ Ebd., S. 22.
- ²³⁷ Ebd., S. 23.
- ²³⁸ Zit. n. Langer (wie Anm. 77), S. 28.
- ²³⁹ Sitzungsbericht Bezirksfrauenausschuss, der FDP Nord-Baden am 3. März 1954, StAK 7/NI Riegger/69.
- ²⁴⁰ Vgl. StAK 7/NI Riegger/34, Diemer war 1946 in den Stuttgarter Gemeinderat gewählt worden, 1949 wurde sie Abgeordnete des Landtags von Württemberg-Baden, später der Verfassunggebenden Landesversammlung und schließlich des Landtags von Baden-Württemberg. Dieses Landtagsmandat legte sie 1957 mit ihrer Wahl in den Bundestag nieder, dem sie bis 1972 angehörte. Ihr Arbeitsschwerpunkt lag dort besonders in Rechtsfragen, und sie hatte entscheidenden Anteil an der Reform des Ehe- und Scheidungsrechts. Vgl. Hochreuther (wie Anm. 101), S. 178 ff.
- ²⁴¹ Vgl. FDP-Frauenreferat Baden-Württemberg an Landesfrauenausschuss, 31. Dezember 1954 und 28. Februar 1955, StAK 7/NI Riegger/34.
- ²⁴² Vgl. Wahlen Landesvorstand am 5. Januar 1957, StAK 7/NI Riegger/5.
- ²⁴³ Vgl. StAK 7/NI Riegger 5. Zu Anna Hartnagel vgl. Hochreuther (wie Anm. 101), S. 137.
- ²⁴⁴ Vgl. StAK 7/NI Riegger/39.
- ²⁴⁵ Vgl. Genth/Schmidt-Harzbach (wie Anm. 97), S. 143 f.
- ²⁴⁶ Schreiben Lotte Böhnes vom 15. November 1951, StAK 7/NI Riegger/53.
- ²⁴⁷ StAK 7/NI Riegger/61, 64 Berufsaufgaben lt. Mitglieder-Liste.
- ²⁴⁸ Protokoll Gesamtvorstand FDP Karlsruhe, 25. Februar 1955, StAK 7/NI Riegger/66.
- ²⁴⁹ Protokoll Generalversammlung FDP Karlsruhe, 21. Juni 1956, StAK 7/NI Riegger/66.
- ²⁵⁰ Protokoll Landes-Frauenausschuss 28. November 1953, StAK 7/NI Riegger/37.
- ²⁵¹ In den Protokollen taucht sowohl die Schreibweise Gönnewein als auch Gönnewein auf. Möglicherweise handelte es sich hier um die Ehefrau des Professors für Rechtsgeschichte und Landtagsabgeordneten der DVP Dr. Otto Gönnewein.
- ²⁵² Vgl. Protokoll Landes-Frauenausschuss 28. November 1953, StAK 7/NI Riegger/37.
- ²⁵³ Protokoll Gründung Bezirksfrauenausschuss der FDP Nord-Baden, 3. März 1954, StAK 7/NI Riegger/69.
- ²⁵⁴ Vgl. FDP-Fraudienst Baden-Württemberg Nr. 3/54, StAK 7/NI Riegger/4.
- ²⁵⁵ Vgl. Protokoll Landesfrauenausschuss 3. Oktober 1955 und Bericht Landesfrauenausschuss 26. November 1956, StAK 7/NI Riegger/37.
- ²⁵⁶ FDP-Fraudienst Baden-Württemberg Nr. 3/54, StAK 7/NI Riegger/4.
- ²⁵⁷ Vgl. Andrea Hauser: Stuttgarter Frauen für den Frieden. Frauen – Politik – Alltag nach 1945, Tübingen 1996 (= Frauenstudien Baden-Württemberg Bd. 7).
- ²⁵⁸ Auch zum Folgenden FDP-Fraudienst Baden-Württemberg Nr. 3/54, StAK 7/NI Riegger/4.
- ²⁵⁹ Beschluss-Protokoll Landesfrauenausschuss 9. Oktober 1954, StAK 7/NI Riegger/37.
- ²⁶⁰ Vgl. auch zum Folgenden Protokoll Bezirksfrauenausschuss Nord-Baden 22. März 1955, StAK 7/NI Riegger/37.
- ²⁶¹ Vgl. auch zum Folgenden Arbeitskreis „Liberaler Frauenpolitik“ der FDP-Kreisverband Karlsruhe, in: 1989 (wie Anm. 161), S. 4.
- ²⁶² Badische Neueste Nachrichten (BNN) vom 6. April 1946.
- ²⁶³ BNN vom 25. April 1946.
- ²⁶⁴ BNN vom 25. April 1946.
- ²⁶⁵ Vgl. auch zum Folgenden BNN vom 16. November 1946.
- ²⁶⁶ Vgl. Stadtarchiv Karlsruhe I/H-Reg 2896.
- ²⁶⁷ BNN vom 25. Mai 1946.
- ²⁶⁸ BNN vom 12. Oktober 1946.
- ²⁶⁹ Vgl. ebd. Ida Scherer ist die einzige der fünf Kandidatinnen, zu der keinerlei biographische Hinweise ermittelt werden konnten.
- ²⁷⁰ Vgl. Susanne Asche: Die Bürgerstadt, in: Susanne Asche/Olivia Hochstrasser: Durlach. Stauffergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, Karlsruhe 1996 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 17), S. 147–444, S. 378, und Gespräch mit Gretel Leimbach (Tochter Anna Leimbachs) am 18. Dezember 1996.
- ²⁷¹ Vgl. GLA 465h/1 57.
- ²⁷² Vgl. auch hinsichtlich der zum Folgenden angeführten Wahllisten und Wahlergebnisse StAK II/H-Reg 2896.
- ²⁷³ Außer zu den bekannten Sozialdemokratinnen Fischer und Landgraf konnten zu den Kandidatinnen keine biographischen Daten ermittelt werden.
- ²⁷⁴ Vgl. BNN vom 6. Januar 1948.
- ²⁷⁵ BNN vom 6. Januar 1948.
- ²⁷⁶ Zit. n. BNN vom 15. November 1947.
- ²⁷⁷ BNN vom 15. November 1947. Vgl. auch zum Folgenden BNN vom 25. November 1947.
- ²⁷⁸ BNN vom 25. Mai 1946.
- ²⁷⁹ BNN vom 6. Januar 1947.
- ²⁸⁰ Vgl. auch zum Folgenden BNN vom 19. November 1946.
- ²⁸¹ BNN vom 27. Juni 1946.
- ²⁸² StAK 7/NI Riegger 50.
- ²⁸³ StAK 7/NI Riegger/33.
- ²⁸⁴ StAK Stadtratsprotokoll vom 1. Dezember 1953.
- ²⁸⁵ Vgl. BNN vom 4. Dezember 1956.
- ²⁸⁶ Vgl. Elke Schüller: „Neue, andere Menschen, andere Frauen?“ Kommunalpolitikerinnen in Hessen 1945 bis 1956. Ein biographisches Handbuch. 1.: Kreisfreie Städte, Frankfurt a. Main 1995. So umfassend wie für Hessen wurde der Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik bislang für kein anderes Bundesland erfasst.
- ²⁸⁷ Vgl. BNN vom 11. November 1965.
- ²⁸⁸ Vgl. auch zum Folgenden BNN vom 23. September 1975.
- ²⁸⁹ Vgl. Staatsanzeiger Baden-Württemberg vom 20. August 1994.

- ²⁹⁰ Vgl. auch zum Folgenden Barbara Guttman: „Zwischen Trümmern und Träumen.“ *Karlsruherinnen in Politik und Gesellschaft der Nachkriegszeit. Portraits*, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Frauenbeauftragte und Stadtarchiv, Karlsruhe 1997, S. 17–21.
- ²⁹¹ Zur Geschichte der sozialdemokratischen Frauenbewegung Karlsruhes im Kaiserreich vgl. Susanne Asche: *Fürsorge, Partizipation und Gleichberechtigung – die Leistungen der Karlsruherinnen für die Entwicklung zur Großstadt*, in: Dies., Barbara Guttman, Olivia Hochstrasser, Sigrid Schambach, Lisa Sterr: *Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte*, Karlsruhe 1992 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 15), S. 171–236, S. 245–249.
- ²⁹² Vgl. auch zum Folgenden Guttman, *Zwischen Trümmern* (wie Anm. 30), S. 65–73.
- ²⁹³ Vgl. auch zum Folgenden Gespräch mit Hanne Landgraf am 21. Februar 1995.
- ²⁹⁴ Ebd.
- ²⁹⁵ Vgl. auch zum Folgenden Guttman, *Zwischen Trümmern* (wie Anm. 30), S. 113–115.
- ²⁹⁶ BNN 10, Juli 1954.
- ²⁹⁷ Vgl. Ina Hochreuther: *Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919*, hrsg. vom Landtag Baden-Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1992, S. 118.
- ²⁹⁸ Vgl. auch zum Folgenden Guttman, *Zwischen Trümmern* (wie Anm. 30), S. 89–92.
- ²⁹⁹ BNN 14, Juli 1954.
- ³⁰⁰ Vgl. auch zum Folgenden Guttman, *Zwischen Trümmern* (wie Anm. 30), S. 75–81.
- ³⁰¹ Toni Menzinger. *Stadträtin und Landtagsabgeordnete*, in: *Blick in die Geschichte. Karlsruher Stadthistorische Beiträge 1989–1993*, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Forum für Stadtgeschichte und Kultur, Karlsruhe 1994, S. 222.
- ³⁰² Gespräch mit Toni Menzinger am 1. Dezember 1994.
- ³⁰³ StAK I/POA2 1646.
- ³⁰⁴ Vgl. StAK I/H-Reg 1878, 2879 und 2880.
- ³⁰⁵ StAK 7/NI Riegger 50.
- ³⁰⁶ Vgl. StAK I/H-Reg 3138.
- ³⁰⁷ StAK Stadtratsprotokoll vom 14. Oktober 1946.
- ³⁰⁸ StAK Stadtratsprotokoll vom 4. Juli 1946.
- ³⁰⁹ Ebd., 23. Dezember 1946.
- ³¹⁰ Vgl. auch zum Folgenden ebd., 2. Juni 1947.
- ³¹¹ Ebd., 27. Februar 1951.
- ³¹² Ebd., 22. März 1949.
- ³¹³ Gespräch mit Toni Menzinger am 7. Februar 1996, vgl. Guttman, *Zwischen Trümmern* (wie Anm. 30), S. 80 f.
- ³¹⁴ StAK Stadtratsprotokoll vom 20. September 1955.
- ³¹⁵ Toni Menzinger (wie Anm. 41), S. 222.
- ³¹⁶ Gespräch mit Hanne Landgraf am 21. Februar 1995.
- ³¹⁷ Vgl. auch zum Folgenden StAK Stadtratsprotokoll vom 1. Oktober 1945 und I/Bez.Verw.Amt 83.
- ³¹⁸ Vgl. StAK Stadtratsprotokoll vom 27. Februar 1951.
- ³¹⁹ Vgl. ebd., 18. Oktober 1945. Hier wird an einer Stelle Dr. Lij[e]bal falsch geschrieben.
- ³²⁰ Vgl. auch zum Folgenden StAK I/H-Reg 2861.
- ³²¹ Die aufgelisteten Namen konnten folgenden Akten entnommen werden: StAK Stadtratsprotokolle 1945–1956, StAK I/H-Reg 2878, 2879, 2880, 2881, 2888, 2883, 2885, 3137 und 3138.
- ³²² Vgl. StAK I/H-Reg 2878, 2879, 2880, 2881, 2888, 2883, 2885, 3137 und 3138.
- ³²³ Vgl. auch zum Folgenden StAK I/H-Reg 2885.
- ³²⁴ Gespräch mit Toni Menzinger am 1. Dezember 1994. Zu Menzingers vielfältigen Aktivitäten hierzu auf nationaler und internationaler Ebene vgl. Guttman, *Zwischen Trümmern* (wie Anm. 30), S. 78.
- ³²⁵ StAK I/H-Reg 2878.
- ³²⁶ Susanne Asche: *Friedrich Hecker und die Frauenbewegung*, in: Alfred G. Frei (Hrsg.): *Friedrich Hecker in den USA. Eine deutsch-amerikanische Spurensicherung*, Konstanz 1993, S. 107–115, S. 113.
- ³²⁷ Vgl. Ute Frevert (Hrsg.): *Bürgerinnen und Bürger. Geschlechterverhältnisse im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1988.
- ³²⁸ BNN vom 16. November 1946.
- ³²⁹ Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Reingard Jäkl: *1945 – eine politische Chance für Frauen?*, in: *„Ich bin meine eigene Frauenbewegung.“ Frauen-Ansichten aus der Geschichte einer Großstadt*, hrsg. vom Bezirksamt Schöneberg, Berlin 1991, S. 268–297, S. 273.

Anmerkungen zu den Seiten 121 bis 135

Karlsruher Frauen organisieren sich.

Die überparteiliche *Karlsruher Frauengruppe* – ein Versuch, neue politische Wege zu beschreiten?

- ¹ Vgl. Ute Frevert: *Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit*, Frankfurt/Main 1986, S. 274 f. Auf die unterschiedlichen Organisationsstrukturen und Einflussmöglichkeiten dieser Frauenzusammenschlüsse wird weiter unten eingegangen.
- ² Vgl. auch zum Folgenden *Badische Neueste Nachrichten* (BNN) vom 12. Oktober 1946. Die BNN bildeten eine der Hauptquellen zur Geschichte der Karlsruher Frauengruppe, da kein Archiv des Verbandes vorhanden ist. Die Berichte in den BNN wurden vom Gründungsmitglied der Frauengruppe Elisabeth Großwendt verfasst und geben somit die Sichtweise einer wichtigen Protagonistin des Verbandes wieder.
- ³ Vgl. Ansprache Kathinka Himmelheber vor dem Karlsruher Lyceumsclub, Sommer 1951, Stadtarchiv Karlsruhe (StAK) 8/StS 13/824. Die im Nachlass Kathinka Himmelhebers befindlichen Unterlagen zur Karlsruher Frauengruppe sind im Besitz ihres Sohnes Dr. Georg Himmelheber, München, und wurden im Zuge der Forschungsarbeiten freundlicherweise dem Stadtarchiv Karlsruhe überlassen.
- ⁴ Die Bildung politischer und sonstiger Gruppierungen musste von der Militärregierung genehmigt werden. Zur Frauenpolitik der amerikanischen Militärregierung vgl. S. 182 ff.
- ⁵ Vgl. Schreiben an die Militärregierung Karlsruhe, Juni 1946, StAK 8/StS 20/750.
- ⁶ Vgl. Generalandesarchiv Karlsruhe (GLA) RG 260

- OMGWB 12/168-3/6, Bericht vom 26. August 1946 und Gründungsgeschichte in StAK 8/StS 13/824.
- ⁷ Vgl. BNN vom 12. Oktober 1946.
- ⁸ Vgl. Die Welt der Frau, Dezember 1946 und Rede Kathinka Himmelhebers vor dem Karlsruher Lyceumsclub, Sommer 1951, StAK 8/StS 13/824.
- ⁹ Frieda Goldschmidt ist die einzige der Gründungsmitglieder, über die keine weiteren biographischen Daten ermittelt werden konnten. Sie war eine Tochter des Karlsruher Malers Bergmann, Witwe eines Juden, der jedoch vor der nationalsozialistischen Machtergreifung verstorben war. Schriftliche Auskunft Dr. Georg Himmelheber, München, vom 18. April 1996.
- ¹⁰ Vgl. Schreiben an die Militärregierung Karlsruhe, Juni 1946, StAK 8/StS 20/750.
- ¹¹ Vgl. Adressbuch der Stadt Karlsruhe 1949 und Karlsruher Frauengruppe, Protokoll der Mitgliederversammlung vom 19. April 1947, StAK 8/StS 20/750. Sämtliche befragte Zeitzeuginnen erinnern Luise Riegger als „die“ Protagonistin der Karlsruher Frauengruppe. Der Name Kathinka Himmelheber tauchte eigenartigerweise nie auf. Erst auf Rückfragen erinnerten sich einige an sie. Edith Dietz (telefon. Nachfrage am 29. Mai 1996) z. B. war aber der Meinung, Himmelheber sei Schriftführerin oder zweite Vorsitzende gewesen. Die vorliegenden schriftlichen Quellen weisen jedoch eindeutig Himmelheber als Vorsitzende der ersten Jahre aus. Luise Riegger wurde erst 1951 Erste Vorsitzende, vgl. Adressbuch der Stadt Karlsruhe 1951. Dies verweist auf die Problematik von ZeitzeugInnen-Befragungen. Möglicherweise erinnern sich die meisten vor allem an Riegger, da diese bis in die 1970er Jahre in der Frauengruppe, später Deutscher Frauenring, aktiv war, während Himmelheber sich Anfang der 1950er Jahre aus der Arbeit zurückzog.
- ¹² Vgl. Lisa Sterr: Aufbrüche, Einschnitte, Kontinuitäten – Karlsruher Frauen in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“, in: Susanne Asche, Barbara Guttman, Olivia Hochstrasser, Sigrid Schambach, Lisa Sterr: Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte, Karlsruhe 1992 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 15), S. 293–390, S. 204, und Barbara Guttman: Weibliche Heimarmee. Frauen in Deutschland 1914–1918. Weinheim 1989, S. 88 f.
- ¹³ Brief vom Juni 1947, StAK 8/StS 20/750.
- ¹⁴ Zu Elisabeth Seufert konnten leider keine weiteren biographischen Angaben ermittelt werden.
- ¹⁵ Vgl. Die Welt der Frau, Dezember 1946.
- ¹⁶ Vgl. BNN vom 8. August 1949.
- ¹⁷ Vgl. Archiv DAB Karlsruhe, Fasz. 1955/56.
- ¹⁸ Vgl. Karlsruher Frauengruppe, Protokoll der Mitgliederversammlung vom 19. April 1947, StAK 8/StS 20/750.
- ¹⁹ Vgl. BNN vom 31. Juli 1974.
- ²⁰ Vgl. Die Welt der Frau, August 1947, März 1948, Charlotte Anders zeichnete die Artikel mit Dr. C. A. oder C. A.
- ²¹ Vgl. StAK 1/H-Reg 2896 und 2888 sowie GLA 465h/157. Weitere biographische Daten Luise Anzlingers konnten nicht ermittelt werden.
- ²² Elisabeth Großwendt veröffentlichte unter den Kürzeln Elgro, E. G., Eg. oder E. Gw.
- ²³ Vgl. BNN vom 1. März 1946.
- ²⁴ Vgl. BNN vom 12. Oktober 1946.
- ²⁵ Helene Lange: Die Frauenbewegung in ihren modernen Problemen. Berlin 1914, Seite 143.
- ²⁶ Rede Kathinka Himmelhebers vor dem Karlsruher Lyceumsclub, Sommer 1951, StAK 8/StS 13/824.
- ²⁷ BNN vom 12. Oktober 1946.
- ²⁸ Vgl. BNN vom 12. Oktober 1946 und Satzung der Karlsruher Frauengruppe vom 14. Juli 1947, StAK 8/StS 20/750.
- ²⁹ Vgl. Rede Kathinka Himmelheber (wie Anm. 26).
- ³⁰ Vgl. Die Welt der Frau, Dezember 1946.
- ³¹ Vgl. BNN vom 14. Mai 1947.
- ³² Vgl. BNN vom 30. August 1947.
- ³³ Vgl. auch zum Folgenden BNN vom 14. Mai 1947.
- ³⁴ BNN vom 4. Dezember 1948.
- ³⁵ Vgl. Irene Stoehr: Traditionsbewusster Neuanfang. Zur Organisation der Alten Frauenbewegung in Berlin, in: Renate Genth, Ingrid Schmidt-Harzbach: Frauen in den Parteien, in: Renate Genth, Reingard Jäkl, Rita Pawlowski, Ingrid Schmidt-Harzbach, Irene Stoehr: Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945 bis 1949, hrsg. von der Senatorin für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen Berlin, Berlin 1996, S. 212.
- ³⁶ Vgl. StAK 1/Bez. Verw. Amt 83.
- ³⁷ Vgl. BNN vom 8. Januar 1948 und 6. Juli 1948.
- ³⁸ Vgl. BNN vom 17. Juli 1948 und 11. Februar 1949.
- ³⁹ BNN vom 20. Mai 1947.
- ⁴⁰ Vgl. BNN vom 17. Juni 1947.
- ⁴¹ Vgl. BNN vom 26. Juli 1947 und Die Welt der Frau, Juli 1947.
- ⁴² Vgl. BNN vom 22. Februar 1949.
- ⁴³ Vgl. BNN vom 18. Dezember 1947 und 20. Mai 1948.
- ⁴⁴ BNN vom 14. Mai 1947, 5. Juli 1947, 19. Juni 1947 und 23. Oktober 1947.
- ⁴⁵ Vgl. BNN vom 15. November 1947.
- ⁴⁶ Vgl. auch zum Folgenden BNN vom 25. November 1947.
- ⁴⁷ Die Welt der Frau, Januar, Februar und April 1947.
- ⁴⁸ Vgl. BNN vom 14. Mai 1947.
- ⁴⁹ Luise Riegger zit. n. BNN vom 8. Februar 1949, vgl. auch zum Folgenden BNN vom 14. März 1949.
- ⁵⁰ Vgl. BNN vom 12. Oktober 1946.
- ⁵¹ Vgl. Satzung der Karlsruher Frauengruppe vom 14. Juli 1947, StAK 8/StS 20/750.
- ⁵² Vgl. BNN vom 18. Dezember 1947.
- ⁵³ Vgl. BNN vom 22. Juni 1948.
- ⁵⁴ Vgl. BNN vom 13. November 1948.
- ⁵⁵ StAK 8/StS 13/823.
- ⁵⁶ Mitgliederliste KAFG StAK 8/StS 20/750.
- ⁵⁷ Rundschreiben an die Mitglieder der Karlsruher Frauengruppe vom 15. Juli 1948, StAK 8/StS 20/750.
- ⁵⁸ Vgl. auch zum Folgenden Rundschreiben an die Mitglieder der Karlsruher Frauengruppe vom 4. Oktober 1948, StAK 8/StS 20/750.
- ⁵⁹ Vgl. ebd.
- ⁶⁰ GLA RG 260 OMGWB 12/168-3/6, Civil Administration Reports, hier vom 16. August 1946, Übers. d. Verf.
- ⁶¹ Mündliche Auskunft Edith Dietz, Karlsruhe, 17. Mai 1995.
- ⁶² BNN vom 18. Juli.
- ⁶³ Mündliche Auskunft Gisela Walter, Karlsruhe, 6. Februar 1996.
- ⁶⁴ Gründungsantrag an die Militärregierung Karlsruhe, Juni 1946, StAK 8/StS 20/750.
- ⁶⁵ Vgl. Mitgliederliste KAFG StAK 8/StS 20/750. Mündliche Auskunft Lina Betz, Karlsruhe, 30. Mai 1996.
- ⁶⁶ Edith Dietz: „... der Kreis schließt sich.“ Doch 50 Jahre Frieden sind keine Garantie. Frankfurt/Main 1997, S. 33.
- ⁶⁷ Vgl. Badische Allgemeine Zeitung vom 11. Mai 1954.
- ⁶⁸ Mündliche Auskunft Edith Dietz, Karlsruhe, 17. Mai 1995.
- ⁶⁹ Edith Dietz, Unveröff. Manuskript, S. 6 f.

- ⁷⁰ Vgl. Stoehr (wie Anm. 35), S. 201: Auch in Berlin wurden die an die Tradition der alten Frauenbewegung anknüpfenden Organisationen von *berufstätigen Mittelschichtsfrauen mittleren Alters* getragen.
- ⁷¹ Vgl. BNN vom 30. Oktober 1947.
- ⁷² Vgl. BNN vom 23. Oktober 1947.
- ⁷³ Vgl. Bettina Michalski: Louise Schroeders Schwestern. Berliner Sozialdemokratinnen der Nachkriegszeit, hrsg. vom Franz-Neumann-Archiv, Bonn 1996, S. 25 und S. 47 ff.
- ⁷⁴ Zit. n. Elke Schüller: „Keine Frau darf fehlen!“ – Frauen und Kommunalpolitik im ersten Nachkriegsjahrzehnt in Hessen, in: Staatsbürgerinnen zwischen Partei und Bewegung. Frauenpolitik in Hessen 1945–1955, hrsg. von Ulla Wischermann, Elke Schüller, Ute Gerhard, Frankfurt/Main 1993, S. 88–149, S. 111.
- ⁷⁵ Vgl. ebd., S. 91–98.
- ⁷⁶ Vgl. Schüller (wie Anm. 74), S. 99.
- ⁷⁷ Vgl. BNN vom 15. November 1947.
- ⁷⁸ Vgl. BNN vom 8. November 1947.
- ⁷⁹ Satzung der Karlsruher Frauengruppe vom 14. Juli 1947, StAK 8/StS 20/750. Vgl. auch Gründungsauftrag in BNN vom 12. Oktober 1946.
- ⁸⁰ BNN vom 22. März 1949.
- ⁸¹ Vgl. Zur Geschichte des Karlsruher Hausfrauen-Verbandes e. V. Berufsorganisation der Hausfrau 1915–1965, hrsg. vom Karlsruher Hausfrauenverband e. V. Karlsruhe 1965, S. 46 f.
- ⁸² Vgl. auch zum Folgenden Renate Genth, Ingrid Schmidt-Harzbach: Die Frauenausschüsse: Das halb gewollte, halb verordnete Netz, in Genth u. a. (wie Anm. 35), S. 47–74. Die Berliner waren aus einer Reihe von Frauenversammlungen im Mai und Juni 1945 hervorgegangen. Sie scheiterten schließlich an den Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD.
- ⁸³ Rede Kathinka Himmelhebers (wie Anm. 26).
- ⁸⁴ Vgl. auch zum Folgenden StAK 1/Bez. Verw. Amt 17.
- ⁸⁵ Vgl. Deutscher Frauenring: 40 Jahre Landesverband Baden 1952–1992, Mannheim 1992, S. 16–22.
- ⁸⁶ Vgl. Die Welt der Frau, August 1946.
- ⁸⁷ Vgl. Guttman (wie Anm. 12), S. 82–97.
- ⁸⁸ Zur Geschichte des *Heidelberger Frauenvereins* vgl. Heide-Marie Lauterer: „Eine Organisation, in der die Frauen über alle Parteien hinaus, einfach als Frauen zusammengeschlossen sind.“ Zur Gründung des *Heidelberger Frauenvereins* e. V. in der Nachkriegszeit, in: Petra Nellen u. a.: Die Vergangenheit ist die Schwester der Zukunft. 800 Jahre Frauenstadtgeschichte in Heidelberg, hrsg. von der Stadt Heidelberg, Amt für Frauenfragen, Ubstadt-Weiher 1996, S. 285–291.
- ⁸⁹ Ebd., S. 288.
- ⁹⁰ Vgl. ebd., S. 288 ff. Leider geht Lauterer nicht auf die Haltung der Heidelberger SPD zur Frauengruppe ein.
- ⁹¹ Ebd., S. 187.
- ⁹² Vgl. auch zum Folgenden Rede Kathinka Himmelhebers (wie Anm. 26).
- ⁹³ Vgl. Süddeutsche Allgemeine. Karlsruher Neue Zeitung (SAZ) vom 4. Dezember 1948.
- ⁹⁴ Vgl. Die Welt der Frau, März 1948, und Deutscher Frauenring (wie Anm. 85), S. 10, 16.
- ⁹⁵ Vgl. auch zum Folgenden Andrea Hauser: Stuttgarter Frauen für den Frieden. Frauen – Politik – Alltag nach 1945, Tübingen 1996 (= Frauenstudien Baden-Württemberg Bd. 7), S. 38 ff. Im Juli 1946 wurde in Stuttgart zunächst *Stuttgarter Frauenausschuss* als *überparteiliche Dachorganisation* gegründet. Er umfasste ein sehr breites Spektrum von Mitgliedern aus allen Parteien, den Gewerkschaften, katholischen und evangelischen Organisationen sowie aus Frauen- und Wohlfahrtsverbänden und orientierte sich am *Frankfurter Frauenausschuss*. Er trat jedoch bereits ab Mai 1947 nicht mehr in Erscheinung.
- ⁹⁶ Ebd., S. 41. Es muss hier wohl heißen: „Württemberg-Baden“.
- ⁹⁷ Vgl. auch zum Folgenden Die Welt der Frau, August 1947.
- ⁹⁸ Vgl. Die Welt der Frau, Juli 1947.
- ⁹⁹ Vgl. Barbara Henicz, Margrit Hirschfeld: „Wenn die Frauen wüssten, was sie könnten, wenn sie wollten“ – Zur Gründungsgeschichte des Deutschen Frauenrings, in: Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit. Bd. 2: Frauenpolitik 1945–1949. Quellen und Materialien, Düsseldorf 1986, S. 135–156, S. 139 f.
- ¹⁰⁰ Der Spiegel, 28. Juni 1947, zit. n. ebd., S. 139.
- ¹⁰¹ Rede Kathinka Himmelhebers (wie Anm. 26).
- ¹⁰² Zu den vorausgegangenen Auseinandersetzungen vgl. Henicz, Hirschfeld (wie Anm. 99), S. 140 f.
- ¹⁰³ Vgl. Die Welt der Frau, März 1948.
- ¹⁰⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft überparteilicher Frauenorganisationen der amerikanischen Zone am 30. 10. 1948, Archiv DAB Karlsruhe, Fasz. 2 (1948–1953).
- ¹⁰⁵ Zit. n. BNN vom 28. November 1949, dort auch das folgende Zitat.
- ¹⁰⁶ Vgl. Ute Gerhard: „Fern von jedem Sufragettentum“ – Frauenpolitik nach 1945, eine Bewegung der Frauen? In: Staatsbürgerinnen zwischen Partei und Bewegung, Frauenpolitik in Hessen 1945–1955, hrsg. von Ulla Wischermann, Elke Schüller, Ute Gerhard, Frankfurt/Main 1993, S. 9–40, S. 30 ff.
- ¹⁰⁷ Vgl. auch zum Folgenden Rede Kathinka Himmelhebers (wie Anm. 26).
- ¹⁰⁸ Mila Ketterer, zit. n. Gerhard (wie Anm. 106), S. 34.
- ¹⁰⁹ Ebd., S. 35.
- ¹¹⁰ Vgl. Adressbuch der Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1949 ff.
- ¹¹¹ Hier musste ich mich auf die Presse, auf die im politischen Nachlass Luise Riegers sowie im Archiv des DAB Karlsruhe überlieferten Schriftstücke sowie die Eigendarstellung des DFR, in: Karlsruher Frauenverbände stellen sich vor, Karlsruhe 1989, S. 12, stützen. Unterlagen des Ortsringes Karlsruhe des DFR lagen leider keine vor.
- ¹¹² Vgl. BNN vom 28. Oktober 1949.
- ¹¹³ Deutscher Frauenring (wie Anm. 85), S. 18.
- ¹¹⁴ Vgl. Ebd., S. 16–22.
- ¹¹⁵ Deutscher Frauenring (wie Anm. 85), S. 18.
- ¹¹⁶ Vgl. auch zum Folgenden Redemanuskript Waltraut Kesenheimer zum letzten Zusammensein des Ortsringes Karlsruhe im deutschen Frauenring e. V., 17. Dezember 1997.

Anmerkungen Seiten 136 bis 181

EINE NEUE (ALTE) FRAUENBEWEGUNG? – KARLSRUHER FRAUENVERBÄNDE NACH 1945

- ¹ Vgl. Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 481/798.
- ² Im September 1994 sowie Dezember 1995 wurden sämtliche Karlsruher Frauenverbände angeschrieben und jeweils zu einer Informationsveranstaltung über das Forschungsprojekt „Karlsruher Frauen in der Nachkriegszeit“ eingeladen. Wo daraufhin keine Resonanz erfolgte, wurden nochmals gezielte schriftliche und telefonische Anfragen gestellt, die leider nicht immer zu einem Ergebnis führten. Verbände, zu deren Geschichte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges keine Unterlagen vorlagen, können hier leider nicht dargestellt werden. Den Verbänden, die im Folgenden eine Darstellung finden, sei an dieser Stelle nochmals für die gute Zusammenarbeit gedankt.
- ³ Vgl. Badische Neueste Nachrichten (BNN) vom 22. Dezember 1949.
- ⁴ Vgl. auch zum Folgenden Protokoll und Anwesenheitsliste der Gründungsversammlung des DAB Karlsruhe, 14. Dezember 1949, Stadtarchiv Karlsruhe (StAK) 8/StS 20/1181. Eine ausführliche Darstellung der Geschichte des Karlsruher DAB ist möglich, da die derzeitige Vorsitzende Frau Sandmann-Kern dem Stadtarchiv Karlsruhe freundlicherweise die seit der Gründung nahezu lückenlos erhaltenen Verbandsunterlagen überlassen hat. Zur Geschichte des ersten Mädchengymnasiums vgl. Susanne Asche: Fürsorge, Partizipation und Gleichberechtigung – die Leistungen der Karlsruherinnen für die Entwicklung der Großstadt (1859–1914), in: Susanne Asche, Barbara Guttmann, Olivia Hochstrasser, Sigrid Schambach, Lisa Sterr: Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte, Karlsruhe 1992 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 15), S. 171–256, S. 203 ff.
- ⁵ Britta Lohscheder: „Die Knäbin mit dem Dokortitel“ Akademikerinnen in der Weimarer Republik. Pfaffenweiler 1994, S. 199 f., vgl. dort auch zum Folgenden.
- ⁶ Zit. n. Ella Barowsky: Sechzig Jahre Deutscher Akademikerinnenbund, in: Frauen in Wissenschaft und Politik [Sammelband anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Deutschen Akademikerinnenbundes e. V.], hrsg. v. D. Franken, U. Huffmann, A. Kuhn, Düsseldorf 1987, S. 15–22, S. 17. Vgl. dort auch zum Folgenden.
- ⁷ Vgl. auch zum Folgenden Archiv DAB Karlsruhe 1927–1937 und StAK 8/StS 20/1181.
- ⁸ Maria Roth war 1895 als Tochter des späteren Direktors des Statistischen Amtes Karlsruhe in Frankfurt am Main geboren worden und hatte 1915 am Karlsruher Mädchengymnasium ihre Abitur abgelegt. Im Anschluss studierte sie in Frankfurt, Bonn, München und Heidelberg Deutsch und Englisch. 1919 schloss sie das Studium mit einer Promotion ab. Nach Lehramtspraktika in zahlreichen Orten Badens kam sie 1923 als Assessorin an die Karlsruher Fichteschule, wo sie 1930 zum *Professor* ernannt wurde. Vgl. GLA 235/Zug. 1967 Nr. 41/3764 und BNN vom 27. März 1956.
- ⁹ Vgl. BNN vom 27. Juni 1956 und 3. Januar 1979. 1933 wurde Fischl entlassen, da ihr Vater Jude war und sie eine den Nationalsozialisten missliebige Kunstauffassung vertrat. Vgl. Ernst Otto Bräunche: Residenzstadt, Landeshauptstadt, Gauhauptstadt. Zwischen Demokratie und Diktatur 1914–1945, in: Karlsruhe. Die Stadtgeschichte, hrsg. vom Stadtarchiv Karlsruhe, Karlsruhe 1998, S. 357–502, S. 448 und 468.
- ¹⁰ Vgl. StAK 8/StS 17/106.
- ¹¹ Vgl. auch zum Folgenden Archiv DAB Karlsruhe 1927–1937.
- ¹² Vgl. Schreiben Luise Rieggers an die Vorsitzenden der Karlsruher Frauenverbände vom 2. Juni 1933, Archiv DAB Karlsruhe 1927–1937.
- ¹³ E. Beckmann nennt in ihrem Rundschreiben vom 26. Juli 1949, StAK 8/StS 20/1181, den 21. 6. d. J. als Gründungsdatum, Barowsky (wie Anm. 6), S. 21, den 19. Juni 1949.
- ¹⁴ Schreiben vom 19. Dezember 1948, StAK 8/StS 20/1181.
- ¹⁵ Rundschreiben vom 26. Juli 1949, StAK 8/StS 20/1181.
- ¹⁶ Vgl. auch zum Folgenden Protokoll vom 2. März 1950, StAK 8/StS 20/1181.
- ¹⁷ Vortragsprogramm des DAB Karlsruhe für 1950, StAK 8/StS 20/1181.
- ¹⁸ Zur Arbeit des DAB Karlsruhe vgl. auch zum Folgenden StAK 8/StS 20/1181.
- ¹⁹ Jutta Limbach: Die Reform des Bürgerlichen Gesetzbuchs unter der Herrschaft des Gleichberechtigungssatzes, in: Ariadne H. 30 (September 1996), S. 36–39, S. 36. Vgl. auch Gabriele Müller-List: Gleichberechtigung als Verfassungsauftrag. Eine Dokumentation zur Entstehung des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957, Düsseldorf 1996.
- ²⁰ Vgl. Barbara Guttmann: „Zwischen Trümmern und Träumen.“ Karlsruherinnen in Politik und Gesellschaft der Nachkriegszeit. Portraits, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Frauenbeauftragte und Stadtarchiv, Karlsruhe 1997, S. 105–111.
- ²¹ Vgl. Schreiben des DAB-Vorstandes vom 19. Juni 1954, StAK 8/StS 20/1182.
- ²² Satzung DAB, StAK 8/StS 20/1181. Hervorhebung d. Verf.
- ²³ Vgl. auch zum Folgenden StAK 8/StS 20/1182.
- ²⁴ BNN vom 7. Oktober 1954.
- ²⁵ StAK 8/StS 20/1182.
- ²⁶ Satzung DAB, StAK 8/StS 20/1181.
- ²⁷ Vgl. StAK 8/StS 20/1182.
- ²⁸ Schreiben Dr. M. Plum vom 9. April 1956, StAK 8/StS 20/1184.
- ²⁹ Vortragsreihe „Außergewöhnliche akademische Frauenberufe – durch Leistung zu wirklicher Gleichberechtigung“, StAK 8/StS 20/1181.
- ³⁰ Schreiben E. Krummes vom 24. Mai 1954 und Schreiben G. Carls vom 28. Mai 1954, StAK 8/StS 20/1183.
- ³¹ StAK 8/StS 20/1185.
- ³² Schreiben DAB Karlsruhe an Bundesvorstand (o. D.) und Schreiben Dr. med. Ruth Katz vom 9. Juni 1951, StAK 8/StS 20/1181.
- ³³ Bericht über die Mitgliederversammlung vom 5. Oktober 1953, StAK 8/StS 20/1182.
- ³⁴ Vgl. Vollversammlung am 12. März 1956, StAK 8/StS 20/1184.
- ³⁵ Vgl. auch zum Folgenden StAK 8/StS 20/1186.
- ³⁶ Schreiben Dr. Erna Hamann vom 21. 12. 1950, StAK 8/StS 20/1181.

- ³⁷ Geschäftsbericht DAB 1953/54, StAK 8/StS 20/1182.
- ³⁸ Bericht der Vorsitzenden des Hochschulausschusses vom 2. Oktober 1954, StAK 8/StS 20/1182.
- ³⁹ Satzung DAB 1949, StAK 8/StS 20/1181.
- ⁴⁰ Vgl. Deutscher Akademikerinnenbund Gruppe Karlsruhe, in: 1989. Karlsruher Frauenverbände stellen sich vor. Zusammengestellt von Evamaria Wunsch, Hannelore Kohlmann. AK, o. O., o. J. [Karlsruhe 1989], S. 10.
- ⁴¹ Ebd.
- ⁴² Ebd.
- ⁴³ Diese Informationen verdankt d. Verf. Hede Steilberger, die dem Club von Anfang an angehörte und freundlicherweise zu einem Gespräch bereit war. Vgl. auch zum Folgenden Gespräch mit Hede Steilberger am 29. Februar 1996.
- ⁴⁴ Hede Steilberger, Gespräch am 29. Februar 1996, und Dr. Alice Haidinger, Gespräch am 12. Februar 1996, berichten übereinstimmend von der initiativen Rolle dieser Frau Schröder, deren Vorname nicht ermittelt werden konnte. Auch in den einschlägigen OMGUS-Akten, LSO Karlsruhe, fanden sich keine Hinweise zu ihrer Person und Tätigkeit. Es war nicht zu verifizieren, in welchem konkreten Zeitraum Frau Schröder in Karlsruhe tätig war. Im Mai 1949 hörten die Militärregierungen der Westzonen auf zu existieren und wurden von „Hohen Kommissaren“ abgelöst. Wahrscheinlich dürfte Frau Schröders Karlsruher Tätigkeit genau in diese Umbruchzeit gefallen sein. Zur Frauenpolitik der amerikanischen Militärregierung s. S. 182 ff.
- ⁴⁵ Die folgende Darstellung stützt sich auf ein Gespräch mit Dr. Alice Haidinger am 12. Februar 1996. Alice Haidingers Erfahrungen finden hier eine ausführlichere Darstellung, da sie zum einen Vorgeschichte und Motivationen einer der wenigen jüngeren Frauen, die sich nach 1945 in der lokalen Frauenbewegung engagierten, aufzeigen. Zum anderen wird hier exemplarisch die berufliche und familiäre Situation qualifizierter Frauen sowie die öffentliche Meinung hierzu in jenen Jahren beleuchtet. Schließlich werfen Haidingers Schilderungen ein Licht auf personelle Verbindungen sowie generationspezifische Sichtweisen innerhalb der Frauenbewegung.
- ⁴⁶ Gespräch mit Dr. Alice Haidinger am 12. Februar 1996.
- ⁴⁷ Vgl. Josef Werner: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich. Karlsruhe 1988 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 9), S. 155 f. und S. 239 f.
- ⁴⁸ Vgl. Deutscher Verband Berufstätiger Frauen, Club Karlsruhe e. V., in: 1989. Karlsruher Frauenverbände stellen sich vor (wie Anm. 40), S. 6.
- ⁴⁹ Gespräch mit Dr. Alice Haidinger am 12. Februar 1996. Die Unterlagen des Verbandes selbst, die seit 1951 überliefert sind und die die Vorsitzende Frau Hegner d. Verf. freundlicherweise zur Einsicht überließ, liefern keinen Hinweis zum Gründungsdatum oder gar ein Protokoll der Gründungsversammlung.
- ⁵⁰ Vgl. Lotte Paepcke: Ich wurde vergessen. Bericht einer Jüdin, die das Dritte Reich überlebte. Freiburg 1979.
- ⁵¹ Vgl. auch zum Folgenden Gespräch mit Dr. Alice Haidinger am 12. Februar 1996.
- ⁵² Vgl. auch zum Folgenden Mitglieder-Verzeichnis, Stand: 1. Juli 1958, Archiv des Deutschen Verbandes Berufstätiger Frauen, Club Karlsruhe e. V.
- ⁵³ Vgl. Werner (wie Anm. 47), S. 371, S. 375 und S. 399.
- ⁵⁴ Gespräch mit Hede Steilberger am 29. Februar 1996.
- ⁵⁵ Vgl. auch zum Folgenden Satzung für den Club berufstätiger Frauen e. V. Karlsruhe/Baden, 9. Dezember 1960.
- ⁵⁶ Archiv des Deutschen Verbandes Berufstätiger Frauen, Club Karlsruhe e. V.
- ⁵⁷ Gespräch mit Dr. Alice Haidinger am 12. Februar 1996.
- ⁵⁸ Nicht näher bezicherter Zeitungsausschnitt [Januar 1954] in Album, Archiv des Deutschen Verbandes Berufstätiger Frauen, Club Karlsruhe e. V. Vgl. dort auch zum Folgenden.
- ⁵⁹ Nicht näher bezicherter Zeitungsausschnitt [Mai 1955] in Album, Archiv des Deutschen Verbandes Berufstätiger Frauen, Club Karlsruhe e. V.
- ⁶⁰ Vgl. auch zum Folgenden Gespräch mit Dr. Alice Haidinger am 12. Februar 1996.
- ⁶¹ Vgl. Deutscher Verband Berufstätiger Frauen, Club Karlsruhe e. V. (wie Anm. 48).
- ⁶² Vgl. auch zum Folgenden Karlsruher Hausfrauenverband e. V. (Hrsg.): Zur Geschichte des Karlsruher Hausfrauenverbandes e. V. Berufsorganisation der Hausfrau 1915 bis 1965, Karlsruhe 1965.
- ⁶³ Zur Geschichte des Hausfrauenvereins während des Ersten Weltkrieges vgl. Barbara Guttman: Weibliche Heerarmee. Frauen in Deutschland 1914–1918. Weinheim 1989, S. 152–158.
- ⁶⁴ Zit. n. ebd., S. 154.
- ⁶⁵ Vgl. Anette Michel: Nationalsozialistische Frauenorganisationen: Aufbau, Führung, Struktur und Funktion. Der Deutsche Frauenorden, die NS-Frauenschaft und das Deutsche Frauenwerk in Karlsruhe. Unveröff. Examensarbeit, Univ. Karlsruhe 1995, S. 63.
- ⁶⁶ Karlsruher Hausfrauenverband (wie Anm. 62), S. 8.
- ⁶⁷ Vgl. auch zum Folgenden ebd., S. 9.
- ⁶⁸ Vgl. BNN vom 4. April 1940.
- ⁶⁹ Zit. n. Karlsruher Hausfrauenverband (wie Anm. 63), S. 10.
- ⁷⁰ Zit. n. ebd., S. 17.
- ⁷¹ Vgl. auch zum Folgenden ebd., S. 12 f.
- ⁷² Vgl. auch zum Folgenden Edith Dietz: „... der Kreis schließt sich.“ Doch 50 Jahre Frieden sind keine Garantie. Frankfurt/Main 1997, S. 38 f.
- ⁷³ Vgl. BNN vom 4. November 1949 und Karlsruher Hausfrauenverband (wie Anm. 63), S. 11 f.
- ⁷⁴ Vgl. Dietz (wie Anm. 73), S. 39.
- ⁷⁵ Vgl. auch zum Folgenden Karlsruher Hausfrauenverband (wie Anm. 63).
- ⁷⁶ Vgl. auch zum Folgenden ebd., S. 23 f.
- ⁷⁷ Ebd., S. 30 ff.
- ⁷⁸ Ebd., S. 26 f.
- ⁷⁹ Deutscher Hausfrauen-Bund e. V. Ortsverband Fächerstadt Karlsruhe e. V. im Landesverband Baden e. V. Berufsverband der Hausfrau, in: 1989. Karlsruher Frauenverbände stellen sich vor. (wie Anm. 40), S. 15.
- ⁸⁰ Vgl. Deutscher Hausfrauen-Bund Ortsverband Karlsruhe e. V., in: Ebd., S. 14.
- ⁸¹ Hanna Rebske stellte freundlicherweise die von ihr verfasste Chronik der GEDOK zur Verfügung und war zu einem Gespräch bereit. Folgende Darstellung der Verbandsgeschichte stützt sich im Wesentlichen auf das masch. Manuskript von Hanna Rebske: Kleine Chronik der GEDOK-Ortsgruppe Karlsruhe.
- ⁸² Vgl. auch zum Folgenden Elisabeth Stephan-Geißler: Kleine Chronologie der GEDOK-Vorgeschichte. Masch. Manuskript.
- ⁸³ Zur Geschichte des Karlsruher Malerinnenvereins vgl. Gerlinde Brandenburger-Eisele: Malerinnen in Karlsruhe 1715–1918. in: Susanne Asche, Barbara Guttman, Olivia Hochstrasser, Sigrid Schambach, Lisa Sterr: Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte. Karlsruhe 1992

- (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 15), S. 257–267, S. 265 f., Vgl. dort auch zum Folgenden.
- ⁸⁴ Vgl. Stephan-Geißler (wie Anm. 82).
- ⁸⁵ Vgl. Gerlinde Brandenburger-Eisele: Dora Horn-Zippelius (1876–1967), in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1988–1993, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Forum für Stadtgeschichte und Kultur, Karlsruhe 1994, S. 243 f.
- ⁸⁶ Vgl. GEDOK, Verband der Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfreunde e. V., in: 1989. Karlsruher Frauenverbände stellen sich vor (wie Anm. 40), S. 28.
- ⁸⁷ Vgl. Stephan-Geißler (wie Anm. 82), Verbandsunterlagen aus dieser Zeit sind in Karlsruhe leider nicht mehr erhalten.
- ⁸⁸ Ebd. und Rebske (wie Anm. 81).
- ⁸⁹ Vgl. Anette Michel: „Alte Kämpferinnen.“ Dora Horn-Zippelius und Gertrud Gilg, Propaganda- und Gauschulungsleiterin der NS-Frauenenschaft in Baden, in: Michael Kibener, Joachim Scholtyseck (Hrsg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997 (= Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus Bd. 2), S. 225–265, S. 233.
- ⁹⁰ Vgl. Stephan-Geißler (wie Anm. 82) und Rebske (wie Anm. 81). Die Geschichte der Auflösung oder „Gleichschaltung“ der Frauenverbände unter dem nationalsozialistischen Regime ist noch weitgehend unerforscht. Dies gilt auch für die GEDOK. Vgl., Michel, Frauenorganisationen, (wie Anm. 65), S. 61–66. Leider konnte auch im Rahmen dieses Projektes aufgrund der zeitlichen Begrenzung keine umfassende Aufarbeitung der Geschichte der Karlsruher Frauenbewegung nach 1933 erfolgen.
- ⁹¹ Vgl. Michel, Kämpferinnen, (wie Anm. 89).
- ⁹² Vgl. auch zum Folgenden Rebske (wie Anm. 81).
- ⁹³ Vgl. auch zum Folgenden Gespräch mit Hanna Rebske am 1. Juni 1995.
- ⁹⁴ Rebske (wie Anm. 81).
- ⁹⁵ Vgl. auch zum Folgenden Gespräch mit Christiane Voigt am 4. März 1996.
- ⁹⁶ Vgl. auch zum Folgenden GEDOK (wie Anm. 86).
- ⁹⁷ Zur konfessionellen Frauenbewegung in Karlsruhe vor 1914 vgl. Asche (wie Anm. 4), S. 229–234.
- ⁹⁸ Eine umfassende Darstellung der konfessionellen Frauenarbeit würde eine gesonderte Studie erfordern und konnte im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht geleistet werden. Die Verfasserin musste sich auf die Informationen und Materialien beschränken, die die jeweiligen Organisationen ihr zur Verfügung stellten.
- ⁹⁹ Die folgende Darstellung stützt sich im Wesentlichen auf ein Gespräch, das ich am 9. Oktober 1996 mit Evelyne Nachmann führen konnte und der ich an dieser Stelle für ihre Gesprächsbereitschaft danken möchte.
- ¹⁰⁰ Vgl. Werner (wie Anm. 47), S. 353 und S. 429 f.
- ¹⁰¹ Gespräch mit Evelyne Nachmann am 9. Oktober 1996, Die Namen sind so wiedergegeben, wie sie Evelyne Nachmann erinnerte.
- ¹⁰² Vgl. Werner (wie Anm. 47), S. 436.
- ¹⁰³ Gespräch mit Evelyne Nachmann am 9. Oktober 1996.
- ¹⁰⁴ Vgl. Werner (wie Anm. 47), S. 12, s. dort auch Gedenktafel S. 443–480.
- ¹⁰⁵ Vgl. auch zum Folgenden Werner (wie Anm. 47), S. 243 und S. 353 f.
- ¹⁰⁶ Vgl. ebd., S. 435–440.
- ¹⁰⁷ Vgl. ebd., S. 439 und S. 441 f.
- ¹⁰⁸ Vgl. Guttman, Zwischen Trümmern und Träumen (wie Anm. 20), S. 83–88.
- ¹⁰⁹ Gespräch mit Frau Michel am 29. Mai 1996. Vgl. Werner (wie Anm. 47), S. 412–419.
- ¹¹⁰ Zur Karlsruher Jüdischen Gemeinde nach 1945 vgl. ebd., S. 435 ff.
- ¹¹¹ Vgl. Esther Ramon: Die Familie Homburger aus Karlsruhe, in: Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, hrsg. v. von Ernst Otto Bräunche, Manfred Koch und Heinz Schmitt, Karlsruhe 1988 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 8), S. 465–468.
- ¹¹² Das Pessach-Fest beginnt am 14/15. Nisan (März/April) und dauert in Israel sieben, in der Diaspora acht Tage. Es wird zur Erinnerung an den Auszug Israels aus Ägypten gefeiert. Das Fest trägt auch den Namen *Fest der ungesäuerten Brote* (Matzen). Das christliche Abendmahl geht auf das Pessach-Fest zurück und auch das christliche Osterfest hängt historisch mit ihm zusammen.
- ¹¹³ Vgl. Werner (wie Anm. 47), S. 436 ff, 1951 wurde der Betsaal in der Herrenstraße erneuert und zur Synagoge umgewidmet. Erst am 4. Juli 1971 konnte eine neue Synagoge an der Knielinger Allee eingeweiht werden.
- ¹¹⁴ Gespräch mit Evelyne Nachmann am 9. Oktober 1996.
- ¹¹⁵ Vgl. auch zum Folgenden Asche (wie Anm. 4), S. 229.
- ¹¹⁶ Vgl. Ute Gerhard: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 206 f.
- ¹¹⁷ Vgl. BNN vom 6. August 1975.
- ¹¹⁸ Vgl. Nachruf des Oberbürgermeisters Gerhard Seiler zum Tode von Hertha Nachmann. Stadt Karlsruhe, Presse- und Informationsamt, Pressedienst vom 6. März 1990.
- ¹¹⁹ Zur Geschichte der katholischen Frauenbewegung in Karlsruhe vor 1914 vgl. Asche (wie Anm. 4), S. 230–234.
- ¹²⁰ Gerhard (wie Anm. 115), S. 205.
- ¹²¹ Vgl. Susanne Asche, Die Bürgerstadt, in: Dies., Olivia Hochstrasser: Durlach. Staufergründung – Fürstenresidenz – Bürgerstadt, Karlsruhe 1996 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 17), S. 147–444, S. 377 f. Zum Folgenden vgl. Michel, Frauenorganisationen (wie Anm. 64), S. 66.
- ¹²² Zur Geschichte des Katholischen Deutschen Frauenbundes, Zweigverein Karlsruhe, liegt leider nur eine kurze Darstellung vor in: 1989. Karlsruher Frauenverbände stellen sich vor (wie Anm. 40), S. 32. Diese gibt keinen Aufschluss über die Arbeit des Ortsverbandes in der Nachkriegszeit. Im Folgenden wird daher kurz die Arbeit des Zweigvereins Durlach in jenen Jahren dargestellt. Informationen hierzu lieferten Christa Nist, Gertrud Petri und Gretel Leimbach, denen ich hierfür danken möchte.
- ¹²³ Gespräch mit Gretel Leimbach am 18. Dezember 1996. Vgl. dort auch zum Folgenden sowie Asche, Die Bürgerstadt (wie Anm. 121), S. 378.
- ¹²⁴ Schriftliche Erinnerungen von Gertrud Petri, 15. Oktober 1996. Vgl. dort auch zum Folgenden.
- ¹²⁵ Gespräch mit Gretel Leimbach am 18. Dezember 1996.
- ¹²⁶ Vgl. Guttman, Zwischen Trümmern und Träumen (wie Anm. 20), S. 116–122. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf zwei Gespräche, die d. Verf. am 6. Februar 1996 sowie am 30. Juli 1997 mit Gisela Walter führte sowie auf schriftliche Notizen, die Gisela Walter freundlicherweise d. Verf. überließ.
- ¹²⁷ Zit. Gisela Walter bei einer Veranstaltung zur Situation von Frauen bei Kriegsende am 11. April 1995.
- ¹²⁸ Vgl. Asche, Fürsorge (wie Anm. 4), S. 231.
- ¹²⁹ Sozialdienst Katholischer Frauen e. V., in: 1989. Karlsruher Frauenverbände stellen sich vor (wie Anm. 40), S. 37.
- ¹³⁰ Vgl. Asche, Fürsorge (wie Anm. 4), S. 229 f.

- ¹³¹ Die Kopie dieses und einiger anderer Schreiben der DEF-Gruppe Karlsruhe aus den ersten Nachkriegsjahren hat Frau Jutta Scholz freundlicherweise der Verfasserin überlassen.
- ¹³² Schreiben DEF-Verband Baden, Erna Gaber an den Bundesvorstand vom 17. Dezember 1945.
- ¹³³ Schreiben DEF Karlsruhe, Erna Gaber, vom 3. September 1945 an den Bundesvorstand.
- ¹³⁴ Vgl. Doris Kaufmann: Frauen zwischen Aufbruch und Reaktion. Protestantische Frauenbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, München 1988.
- ¹³⁵ Zit. n. Gerhard (wie Anm. 116), S. 204. Vgl. dort auch zum Folgenden.
- ¹³⁶ Ebd.
- ¹³⁷ Vgl. Eva-Maria Dietrich: Die Ortsgruppe Karlsruhe des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes von 1918 bis 1933, masch. Magisterarbeit, Universität Karlsruhe 1991.
- ¹³⁸ Zit. n. Elga Roellecke: Die Geschichte der Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen Evangelischen Frauenbundes 1919 bis 1994, in: Deutscher Evangelischer Frauenbund, 75 Jahre Ortsverband Karlsruhe, Karlsruhe 1994, S. 15–32, S. 19. Vgl. dort auch zum Folgenden.
- ¹³⁹ Gerhard (wie Anm. 116), S. 205.
- ¹⁴⁰ Zit. n. Roellecke (wie Anm. 138), S. 26. Vgl. auch zum Folgenden ebd., S. 27 ff.
- ¹⁴¹ Vgl. auch zum Folgenden ebd., S. 29 ff.
- ¹⁴² Vgl. Grußwort Christel Wolfinger, in: Deutscher Evangelischer Frauenbund, 75 Jahre Ortsverband Karlsruhe, Karlsruhe 1994, S. 8 ff.
- ¹⁴³ Die folgende Darstellung basiert hauptsächlich auf Unterlagen aus dem Nachlass von Gertrud Hammann, die Doris Eck freundlicherweise dem Stadtarchiv Karlsruhe überlassen hat. Ein ausführliches Porträt Gertrud Hammanns findet sich in: Guttmann, Zwischen Trümmern und Träumen (wie Anm. 20), S. 45–56.
- ¹⁴⁴ Handgeschriebener Lebenslauf aus dem NL Gertrud Hammann.
- ¹⁴⁵ Vgl. Jörg Thierfelder: Leben in gefährlicher Zeit. Gertrud Hammann. im Dritten Reich, in: Erziehen im Glauben. Bernhard Mauerey zum 60. Geburtstag, Karlsruhe 1989 (= Beiträge päd. Arbeit, Sonderbd.), S. 87–98, S. 90.
- ¹⁴⁶ Lebenslauf (wie Anm. 144).
- ¹⁴⁷ Schreiben Gertrud Hammanns vom 22 Juli 1946 im NL Gertrud Hammann.
- ¹⁴⁸ Vgl. auch zum Folgenden 40 [Vierzig] Jahre evangelische Frauenarbeit in Baden 1916–1956. Ein Rechenschaftsbericht.
- ¹⁴⁹ Susanne Asche: Fürsorge und Emanzipation – oder Rassenhygiene Die Frauenbewegung im Großherzogtum Baden (Teil 2), in: Standpunkte, Ergebnisse und Perspektiven der Frauengeschichtsforschung in Baden-Württemberg, hrsg. von Susanne Jenisch, Tübingen, Stuttgart 1993 (= Reihe Frauenstudien Baden-Württemberg, Bd. 1), S. 132–142, S. 132. Zur Geschichte des Badischen Frauenvereins vgl. Asche, Fürsorge (wie Anm. 4), S. 206–229, und Guttmann, Heimarmee (wie Anm. 63), S. 85 ff. und S. 141–146.
- ¹⁵⁰ Zur Geschichte des Badischen Frauenvereins im Dritten Reich vgl. Lisa Sterr: Aufbrüche, Einschnitte und Kontinuitäten – Karlsruher Frauen in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“, in: Karlsruher Frauen (wie Anm. 4), S. 293–390, S. 328–332, und Anette Michel: Nationalsozialistische Frauenorganisationen: Aufbau, Führung, Struktur und Funktion. Der Deutsche Frauenorden, die NS-Frauenschaft und das Deutsche Frauenwerk in Karlsruhe., Masch. Examensarbeit, Universität Karlsruhe 1995, S. 64 ff.
- ¹⁵¹ Blätter des Badischen Frauenvereins, Oktober 1933, Nr. 10, S. 80.
- ¹⁵² Vgl. Susanne Asche: Eintausend Jahre Grötzingen. Die Geschichte eines Dorfes, Karlsruhe 1991 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 13), S. 244.
- ¹⁵³ Vgl. Guttmann, Zwischen Trümmern und Träumen (wie Anm. 20), S. 47 ff.
- ¹⁵⁴ Vgl. auch zum Folgenden Der Stürmer, Jg. 15 (1937), Nr. 40.
- ¹⁵⁵ Blätter aus dem Mutterhaus der Schwestern des badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz, Jg. 13, Nr. 4, April 1937.
- ¹⁵⁶ Vgl. 100 [hundert] Jahre Badische Schwesternschaft vom Roten Kreuz (Luisenschwester) Karlsruhe 1860–1960, Karlsruhe 1960, S. 28 ff. und STAK ZGS 43 a.
- ¹⁵⁷ Sterr (wie Anm. 150), S. 332.
- ¹⁵⁸ Die Geschichte des DFD, insbesondere in den westlichen Besatzungszonen, bedarf noch einer umfassenden Aufarbeitung. Bislang liegt vor (relativ oberflächlich und etwas tendenziös): Ingeborg Nödinger: Für Frieden und Gleichberechtigung. Der Demokratische Frauenbund Deutschland. In: Florence Hervé (Hrsg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung, 3. überarb. u. erw. Aufl. Köln 1987, S. 206–223, dies.: „Mitwissen, mitverantworten und mitbestimmen.“ Zu den Anfängen des Demokratischen Frauenbundes Deutschland, in: Kuhn, Annette (Hg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit. Bd. 2: Frauenpolitik 1945–1949, Düsseldorf 1986 (= Geschichtsdidaktik: Studien, Materialien Bd. 22), S. 122–126. Zu berücksichtigen ist, dass bis zur „Wende“ der größte Teil der Quellen zur Geschichte des Verbandes nicht zugänglich war. Auf Grundlage der Materialien des ehemaligen DFD-Archivs liegt nun für Berlin vor: Rita Pawlowski: Der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD), in: Renate Genth, Reingard Jäckel, Rita Pawlowski, Ingrid Schmidt-Harzbach, Irene Stoehr: Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945 bis 1949, hrsg. von der Senatorin für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen, Berlin, Berlin 1996, S. 75–104. Nach Abschluss des Manuskriptes wurde vorgelegt: Grit Bühler: Mythos Gleichberechtigung in der DDR. Politische Partizipation von Frauen am Beispiel des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, Frankfurt a. Main 1997.

Für den DFD Karlsruhe liegen keine schriftlichen Quellen vor. Dies dürfte insbesondere auf das 1957 erfolgte Verbot des DFD zurückzuführen sein. Auch eine Recherche im Bundesarchiv Berlin, wo das ehemalige DFD-Archiv Eingang in die Bestände der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) fand, erbrachte keine Hinweise für Karlsruhe. Wertvolle mündliche Hinweise lieferten Hilde Wagner, ehemalige Landessekretärin des DFD Baden-Württemberg, Ruth Grimm, ab 1952 Kreisvorsitzende des DFD Karlsruhe sowie Edith Dietz. Zu berücksichtigen ist natürlich, dass sich dadurch die Darstellung des Karlsruher DFD weitgehend auf die subjektive Erinnerungsweise und Einschätzung des Verbandes durch Zeitzeuginnen stützen muss. Diese vertreten jedoch unterschiedliche Positionen und Einschätzungen: Hilde Wagner, ehemaliges KPD-Mitglied, sieht DFD und KPD relativ ungebrochen positiv, während Ruth Grimm, ebenfalls ehemaliges KPD-Mitglied, sich durch eine differenziert kritische Betrachtungsweise auszeichnet und Edith Dietz

- ein eher distanziertes Verhältnis zu KPD und DFD hatte. Angesichts der Tatsache, dass dieser Teil deutscher Politikgeschichte bislang wenig aufgearbeitet und im regionalen Bereich zur Geschichte des DFD keine Überlieferung gebildet werden konnte, sollen im Rahmen d. vorl. Studie auch die persönlichen Erinnerungen von Zeitzeuginnen dokumentiert werden.
- ¹⁵⁹ Pawlowski (wie Anm. 158), S. 90 ff., kann anhand bislang nicht ausgewerteten Quellenmaterials nachweisen, dass der DFD keineswegs von Anfang an eine bloße „Tarnorganisation“ der SED war, sondern durchaus versuchte, eine eigenständige Politik zu entwickeln. Damit wird sowohl der einseitigen Darstellung des Verbandes aus westlicher Sicht als auch aus DDR-Sicht endlich eine differenziertere Betrachtungsweise entgegengesetzt.
- ¹⁶⁰ Nödinger, Mitwissen (wie Anm. 158), S. 124.
- ¹⁶¹ Vgl. Renate Genth, Ingrid Schmidt-Harzbach: Die Frauenausschüsse: Das halb gewollte, halb verordnete Netz, in: Genth u. a., Frauenpolitik (wie Anm. 158), S. 47–74.
- ¹⁶² Vgl. auch zum Folgenden Pawlowski (wie Anm. 158), S. 75 ff.
- ¹⁶³ Zu den pol. Auseinandersetzungen in der Vorbereitungsphase und der Einflussnahme der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vgl., ebd., S. 77 ff.
- ¹⁶⁴ Vgl. Pawlowski (wie Anm. 158), S. 90 ff.
- ¹⁶⁵ Vgl. ebd., S. 95 ff.
- ¹⁶⁶ Die Gründung des DFD in Westdeutschland war vor dem Hintergrund der Bewegung gegen Wiederaufrüstung und der Unterschriftensammlung für den *Stockholmer Appell* gegen den Atomtod erfolgt.
- ¹⁶⁷ Diese Entwicklung belegt Pawlowski (wie Anm. 158), S. 90–95.
- ¹⁶⁸ Gespräch mit Hilde Wagner am 13. Juli 1995.
- ¹⁶⁹ Edith Dietz: „...der Kreis schließt sich.“ Doch 50 Jahre Frieden sind keine Garantie, Frankfurt/Main 1997, S. 66.
- ¹⁷⁰ Ein ausführliches Porträt Ruth Grimms findet sich in: Guttman, Zwischen Trümmern und Träumen (wie Anm. 20), S. 22–31.
- ¹⁷¹ Vgl. auch zum Folgenden Gespräche mit Ruth Grimm am 30. Mai 1995 und 24. Juli 1997.
- ¹⁷² Dietz, „...der Kreis schließt sich“ (wie Anm. 169), S. 66.
- ¹⁷³ Ebd., S. 67.
- ¹⁷⁴ Ebd.
- ¹⁷⁵ Vgl. ebd., S. 67 f.
- ¹⁷⁶ Gespräch mit Edith Dietz am 17. Mai 1995.
- ¹⁷⁷ Zit. n. Ines Koenen: Die Geschichte der VVN – Differenzen in Ost und West, in: Hypatia 8 (Dez. 1996), S. 35–39, S. 35, Vgl. Bettina Völter: Der Holocaust im antifaschistischen Diskurs der DDR. Zur Tradierung der Verfolgungsgeschichte in Familien mit kommunistisch orientierten Großeltern jüdischer Herkunft, in: Hypatia 8 (Dez. 1996), S. 40–48.
- ¹⁷⁸ Dietz (wie Anm. 159), S. 125.
- ¹⁷⁹ Vgl. auch zum Folgenden Gespräch mit Ruth Grimm, Edith Dietz am 30. Mai 1995.
- ¹⁸⁰ Vgl. Nödinger, Frieden (wie Anm. 158), S. 209 f.
- ¹⁸¹ Gespräch mit Hilde Wagner am 13. Juli 1995.
- ¹⁸² Vgl. Bundesarchiv Koblenz (BArch) SAPMO DY 31/1291.
- ¹⁸³ Vgl. Gespräch mit Hilde Wagner am 13. Juli 1995 und Dietz (wie Anm. 159), S. 64.
- ¹⁸⁴ Gespräch mit Hilde Wagner am 13. Juli 1995.
- ¹⁸⁵ Vgl. Informationsrundsreiben der FDP Ba.-Wü. Nr. 4/54, StAK 7/NL Riegger/5.
- ¹⁸⁶ Nödinger, Frieden (wie Anm. 158), S. 210.
- ¹⁸⁷ Gespräch mit Hilde Wagner am 13. Juli 1995.
- ¹⁸⁸ Vgl. Nödinger, Frieden (wie Anm. 158), S. 213.
- ¹⁸⁹ Gespräch mit Ruth Grimm am 30. Mai 1995.
- ¹⁹⁰ Zit. n. Nödinger, Frieden (wie Anm. 158), S. 219.
- ¹⁹¹ Schreiben des DAB an die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes und die Vorsitzenden der Ortsgruppen vom 12. Januar 1954, StAK 8/StS 20/1183.
- ¹⁹² Vgl. Ute Gerhard: „Fern von jedem Suffragettentum“ – Frauenpolitik nach 1945, eine Bewegung der Frauen?, in: Ulla Wischermann, Elke Schüller, Ute Gerhard (Hg.): Frauenpolitik in Hessen 1945–1955, Frankfurt/Main 1993, S. 9–40, S. 34.
- ¹⁹³ Vgl. Barbara Guttman: Der „friedliche Krieg zwischen den Geschlechtern“. Die Frauenbewegung im Großherzogtum Baden (Teil 1) und Susanne Asche: Fürsorge und Emanzipation – oder Rassenhygiene, Die Frauenbewegung im Großherzogtum Baden (Teil 2), in: Standpunkte. Ergebnisse und Perspektiven der Frauengeschichtsforschung in Baden-Württemberg, hrsg. v. Susanne Jenisch, Tübingen, Stuttgart 1993 (= Reihe Frauenstudien Baden-Württemberg Bd. 1), S. 124–142, und Susanne Asche, Barbara Guttman: Die Frauenbewegung als gesellschaftsstabilisierende Kraft – das Beispiel Baden, in: Hypatia 6 (August 1995).
- ¹⁹⁴ Vgl. Andrea Hauser: Stuttgarter Frauen für den Frieden. Frauen – Politik – Alltag nach 1945, Tübingen 1996 (= Frauenstudien Baden-Württemberg Bd. 7).
- ¹⁹⁵ Folgende Darstellung stützt sich auf einen Beitrag von Sonnhild Thiel: Der lange Atem. Zum 80. Geburtstag von Irm de Ondarza. 1994, den Frau Thiel d. Verf. freundlicherweise zur Verfügung stellte.
- ¹⁹⁶ Gespräch mit Alice Haidinger am 12. Februar 1996.
- ¹⁹⁷ Karlsruher Hausfrauenverband (wie Anm. 62), S. 47.
- ¹⁹⁸ Vgl. Protokoll der Arbeitsausschuss-Sitzung vom 20. Juni 1951, Archiv AKF. In diesem Protokoll werden nicht die Vornamen der Damen genannt. Frau Kohlmann und Frau Elga Roellecke sei an dieser Stelle für ihre Gesprächsbereitschaft und die Bereitstellung von Verbandsmaterialien der AKF gedankt.
- ¹⁹⁹ Vgl. auch zum Folgenden AKF-Richtlinien vom 9. November 1953, Archiv AKF.
- ²⁰⁰ Archiv AKF
- ²⁰¹ Vgl. BNN vom 1. Juni 1956.
- ²⁰² Vgl. BNN vom 15. und 16. Oktober 1952.
- ²⁰³ Vgl. Karlsruher Hausfrauenverband (wie Anm. 62), S. 45 f. Rundschreiben AKF und Verbrauchergemeinschaft Karlsruhe, StAK 8/StS 20/1184.
- ²⁰⁴ Vgl. BNN vom 8. September 1992.

Anmerkungen Seiten 182 bis 196

...teaching German Women how to take an aktive part in community affairs Die Frauenpolitik der US-amerikanischen Besatzungsmacht

- ¹ Women's Activities, Bericht I. 10.–31. 12. 1948, General-landesarchiv Karlsruhe (GLA) RG 260 OMGWB 12/87-2/7. ... die deutschen Frauen lehren, wie sie eine aktive Rolle in Staats-/Gemeinde-Angelegenheiten einnehmen können.
- ² Diese Ziele waren in der Direktive JCS 1067 festgeschrieben worden. Vgl. auch im Folgenden Hermann-Josef Rupieper: Bringing Democracy to the Frauleins. Frauen als Zielgruppe der amerikanischen Demokratisierungspolitik in Deutschland 1945–1952, in: Geschichte und Gesellschaft. 17. Jg. (1991), S. 61–91, S. 65.
- ³ Vgl. ebd., S. 65 f.
- ⁴ Vgl. Rebecca Boehling: Geschlechterpolitik in der US-Besatzungszone unter besonderer Berücksichtigung der Kommunalpolitik, in: Gabriele Clemens (Hrsg.): Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949, Stuttgart 1994 (= Historische Mitteilungen, Beihefte Bd. 10), S. 69–82, S. 70 f.
- ⁵ Vgl. auch im Folgenden Rupieper (wie Anm. 2), S. 72 ff.
- ⁶ Zit. n. ebd., S. 73. Die Sowjetische Militäradministration und die von ihr kontrollierten Organisationen unternehmen eifrige Anstrengungen, um Frauengruppen zu gründen und zu unterstützen, die der kommunistischen Idee nahe stehen. Die Abteilung „Politische Angelegenheiten“ glaubt, dass wir nicht länger von einer Verfolgung unserer politischen Prinzipien absehen können, was durch ein Büro von OMGUS unterstützt werden könnte, das sich der Aufgabe widmet, die Reihen der deutschen Frauen zu mobilisieren und das personell entsprechend ausgestattet ist.
- ⁷ Vgl. auch zum Folgenden ebd., S. 75 f.
- ⁸ Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) RG 260 OMGWB 3/408-1/2. Die Gewerkschafts- und die Naturfreunde-Jugendorganisationen unternehmen die größten Anstrengungen, ihr Haus (politisch) zu säubern. Die Frauenorganisationen sollten dies auch tun. (Hier wurde die Terminologie des „Hausputzens“ auf eine „politische Säuberung“ übertragen. Das heißt, der politische Gegner wurde als Schmutz betrachtet.)
- ⁹ Vgl. GLA RG 260 OMGWB 12/87-2/13, 12/87-2/2.
- ¹⁰ Vgl. Die Welt der Frau, September 1948.
- ¹¹ (GLA) RG 260 OMGWB/ECRD – Folder of No Historical Value (Archivar: Schöntag, 1979). Zwar wurden insgesamt 60 % der Akten von OMGBW nicht verfilmt, bezeichnend scheint jedoch, dass auch für die anderen Länder der amerikanischen Besatzungszone gerade die Aktenbestände der Frauenabteilung als *nicht archivwürdig* bewertet wurden. Vgl. GLA Repertorium RG 260 OMGWB und OMGUS-Handbuch, Hrsg. v. Christoph Weisz, München 1994 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 35), darin bes.: Wilfried Schöntag: Office of Military Government for Württemberg-Baden, S. 454–596.
- ¹² Auf die hierbei auftretenden Schwierigkeiten hat bereits hingewiesen: James J. Hastings: Die Akten des Office of Military Government for Germany (US), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 24 (1976), S. 75–101. Da die OMGUS-Akten nicht als zentral geordneter Bestand, sondern als vielfältige Einzelüberlieferungen zahlreicher verschiedener Ämter und Aktivitäten vorliegen und es keine allgemeinen Richtlinien für die Ordnung der Akten gab, gestaltet sich ihre Sichtung zeitintensiv und erfordert Geduld.
- ¹³ Vgl. GLA RG 260 OMGWB 12/87-2/2. Es hat sich herausgestellt, dass die gut geführten Frauenorganisationen ein hervorragendes Instrument sind, um für die Durchsetzung der Ziele der Militärregierung zu arbeiten.
- ¹⁴ Vgl. GLA RG 260 OMGWB 12/87-2/7.
- ¹⁵ Vgl. GLA RG 260 OMGWB 12/92-3/14.
- ¹⁶ Vgl. Ina Hochreuther: Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919, hrsg. vom Landtag Baden-Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1992, S. 103 ff., und Andrea Hauser: Stuttgarter Frauen für den Frieden. Frauen – Politik – Alltag nach 1945, Tübingen 1996 (= Frauenstudien Baden-Württemberg Bd. 7), S. 22 ff., 42 ff.
- ¹⁷ Die Weltbürgerin, Nr. 1, Februar 1949. Vgl. Anna Haag: ... und wir Frauen? Hrsg. v. d. IFFF, Gruppe Württemberg, Stuttgart 1946, S. 10.
- ¹⁸ Die Weltbürgerin, Nr. 1, Februar 1949.
- ¹⁹ Zit. n. Rupieper (wie Anm. 2), S. 78. Die Stelle ist nicht für eine Feministin geeignet. Die meiste Arbeit geschieht mit Männern. Aufgabe ist es, die Interessen und Möglichkeiten der deutschen Frauen so zu koordinieren, dass sie den höchst möglichen Beitrag zum Wiederaufbau und zur Demokratisierung eines Deutschland erbringen, das ein fruchtbares Element im wirtschaftlichen Leben eines friedlichen und vereinigten oder zumindest zusammenarbeitenden Europas sein wird.
- ²⁰ Die Weltbürgerin, Nr. 4, Juli 1949.
- ²¹ Vgl. Die Weltbürgerin, Nr. 6, September 1949.
- ²² Vgl. GLA RG 260 OMGWB 12/87-2/7.
- ²³ Vgl. Rupieper (wie Anm. 2), S. 66.
- ²⁴ Vgl. auch zum Folgenden GLA RG 260 OMGWB 12/92-3/14.
- ²⁵ Vgl. GLA RG 260 OMGWB 3/408-1/3, 12/92-3/14.
- ²⁶ GLA RG 260 OMGWB 12/92-3/14, February 1949.
- ²⁷ Blewetts Ausführungen in Mosbach sind ausführlich überliefert im Intelligence Report Mosbach. Vgl. auch zum Folgenden GLA RG 260 OMGWB 12/92-3/14, April 1949 und February 1949.
- ²⁸ Vgl. GLA RG 260 OMGWB 12/92-3/14, May 1949, August 1949.
- ²⁹ Vgl. GLA RG 260 OMGWB 5/10-2/10, 12/168-1/1, 12/157-2/8, 12/157-2/12, 12/169-3/8, 12/158-3/3, 12/169-3/8, 12/152-1/6.
- ³⁰ Vgl. GLA RG 260 OMGWB 12/168-3/6.
- ³¹ Ebd., Bericht vom 21. Oktober 1946: ... darunter drei Männer, die durch ihre bloße Anwesenheit deutlich auffielen.
- ³² Ebd., Bericht vom 26. August 1946.
- ³³ Ebd., Bericht vom 14. September 1946.
- ³⁴ Bericht Conference of American and German Women in Karlsruhe, 7 and 8 June 1948, GLA RG 260 OMGWB 12/154-2/14.
- ³⁵ Vgl. ebd.: BNN vom 8. Juni und 17. Juni 1948.
- ³⁶ Bericht Conference of American and German Women in Karlsruhe, 7 and 8 June 1948, GLA RG 260 OMGWB 12/154-2/14.

- ³⁷ BNN vom 8. Juni 1948.
- ³⁸ Bericht *Conference of American and German Women in Karlsruhe, 7 and 8 June 1948*, GLA RG 260 OMGWB 12/154-2/14.
- ³⁹ GLA RG 260 OMGWB 12/92-3/14, August 1949.
- ⁴⁰ Vgl. GLA RG 260 OMGWB 12/92-3/14.
- ⁴¹ Vgl. auch zum Folgenden Du, Nr. 45, 1. März 1948.
- ⁴² BNN vom 20. Juli 1948.
- ⁴³ Die Welt der Frau, März 1948.
- ⁴⁴ Sicher wäre es interessant, diese Frage im Rahmen einer Untersuchung über die amerikanische Jugendarbeit in Karlsruhe nach dem Zweiten Weltkrieg zu verfolgen. Möglicherweise schenken die in der Jugendarbeit verantwortlichen deutschen Mitarbeiter, als sich die Amerikaner zurückzogen, der Mädchenarbeit keine Aufmerksamkeit mehr.
- ⁴⁵ Vgl. Deutscher Verband Berufstätiger Frauen, Club Karlsruhe e. V., in: 1989. Karlsruher Frauenverbände stellen sich vor. Zusammengestellt v. Evamaria Wunsch, Hannelore Kohlmann, AKF, o. O., o. J. [Karlsruhe 1989], S. 6.
- ⁴⁶ Gespräch mit Dr. Alice Haidinger am 12. Februar 1996.

- ⁴⁷ Vgl. U.S. Information Center Karlsruhe, Monatsbericht 20. 11.–20. 12. 1948, GLA RG 260 OMGWB 12/152-1/6; BNN vom 30. November 1948.
- ⁴⁸ Vgl. 12/92-3/14, May 49.
- ⁴⁹ Vgl. GLA RG 260 OMGWB 12/92-3/14, October 1948.
- ⁵⁰ GLA 481/798.
- ⁵¹ Vgl. Gespräch mit Liselotte Nüchel am 20. März 1995.
- ⁵² Vgl. BNN vom 21. November 1949.
- ⁵³ Vgl. Badische Allgemeine Zeitung vom 13. Oktober 1951.
- ⁵⁴ Vgl. Rupieper (wie Anm. 2), S. 83 f.
- ⁵⁵ Gespräch mit Dr. Alice Haidinger am 12. Februar 1996.
- ⁵⁶ BNN vom 15. April 1954.
- ⁵⁷ Vgl. Rupieper (wie Anm. 2), S. 84.
- ⁵⁸ Gretel Leimbach überließ diesen vom 19. Juli 1950 datierenden Bericht freundlicherweise d. Verf.
- ⁵⁹ Bericht Gretel Leimbach
- ⁶⁰ Vgl. Internationaler Frauenclub / The International Women's Club Karlsruhe e. V., in: 1989. Karlsruher Frauenverbände stellen sich vor. Zusammengestellt v. Evamaria Wunsch, Hannelore Kohlmann, AKF. [Karlsruhe 1989], S. 31.

Anmerkungen zu den Seiten 196 bis 202

Frauen und Politik in der Nachkriegszeit – *Aufbruch oder verpasste Chance?* Zusammenfassung

- ¹ Badische Neueste Nachrichten (BNN) vom 1. März 1946.
- ² Vgl. Vorwort Annette Kuhn, in: Annette Kuhn (Hrsg.): *Frauen in der deutschen Nachkriegszeit*. Bd. 2: *Frauenpolitik 1945–1949*. Düsseldorf 1986 (= *Geschichtsdidaktik, Studien, Materialien* Bd. 22).
- ³ Vgl. *Karlsruhe in Zahlen*. Jahresbericht 1952 [H. 8], hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Karlsruhe 1953.
- ⁴ Die ermittelbaren Daten dieser Frauen wurden in einer Kartei erfasst.
- ⁵ Die folgende einschätzende Zusammenfassung basiert auf der Auswertung von schriftlichen Quellen, Selbstzeugnissen dieser Frauen und Interviews. Die Detailinformationen der Quellenrecherche und Interviews sind in den jeweiligen Kapiteln dargestellt.
- ⁶ Gespräch mit Dr. Alice Haidinger am 12. Februar 1996.
- ⁷ BNN vom 18. Juli 1946.
- ⁸ Vgl. Birgit Meyer: „Hat sie heute denn überhaupt gekocht?“ Frauen in der Politik von der Nachkriegszeit bis heute, in: Dies., Margit Brückner (Hrsg.): *Die sichtbare Frau. Die Aneignung der gesellschaftlichen Räume*, Freiburg 1994 (= *Forum Frauenforschung* Bd. 7), S. 369–409, S. 398–402.
- ⁹ Vgl. ebd., S. 380, und dies.: Wenn ich gebraucht werde, dann bin ich da. Frauen in der Politik der Nachkriegszeit bis heute, in: *Frankfurter Rundschau* vom 27. August 1994.
- ¹⁰ Hanne Landgraf. Stadträtin und Landtagsabgeordnete, in: *Blick in die Geschichte. Karlsruher stadtgeschichtliche Beiträge 1989–1993*, Karlsruhe 1994, S. 218–221, S. 219.
- ¹¹ Gespräch mit Toni Menzinger am 1. Dezember 1994.
- ¹² Vgl. Angela Pitzschke: *Frauenleben und Frauenpolitik*,

- Lebensgeschichte und politisches Engagement von Frauen der politischen Linken in der Nachkriegszeit*, dargestellt am Beispiel Kassel, Pfaffenweiler 1994, S. 253–444.
- ¹³ Vgl. ebd., S. 387–421, und Beate Hoecker, Renate Meyer-Braun: *Bremerinnen bewältigen die Nachkriegszeit. Frauenarbeit, Frauenalltag, Frauenpolitik. Frauen in Bremen*, Bremen 1988, S. 192 ff.
- ¹⁴ Vgl. Rebecca Boehling: *Geschlechterpolitik in der US-Besatzungszone unter besonderer Berücksichtigung der Kommunalpolitik*, in: Gabriele Clemens (Hrsg.): *Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949*, Stuttgart 1994 (= *Historische Mitteilungen, Beihefte* Bd. 10), S. 69–82, S. 75 f.
- ¹⁵ Zit. n. Christiane Eifert: *Frauenpolitik und Wohlfahrtspflege. Zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterwohlfahrt*, Frankfurt/Main etc. 1993 (= *Geschichte und Geschlechter* Bd. 5), S. 182 f.
- ¹⁶ Helene Lange: *Die Frauenbewegung in ihren modernen Problemen*, Berlin 1914, S. 143.
- ¹⁷ Annette Kuhn: *Die stille Kulturrevolution der Frau. Versuche einer Deutung der Frauenöffentlichkeit (1945–1947)*, in: Gabriele Clemens (Hrsg.): *Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949*, Stuttgart 1994 (= *Historische Mitteilungen, Beihefte* Bd. 10), S. 83–101, S. 88.
- ¹⁸ Susanne Fuchs: *Frauen bewältigen den Neuaufbau. Eine lokalgeschichtliche Analyse der unmittelbaren Nachkriegszeit am Beispiel Bonn, Pfaffenweiler 1993* (= *Bonner Studien zur Frauengeschichte* Bd. 1), S. 91. Diese Einschätzung Fuchs' für Bonner Politikerinnen ist hinsichtlich der Karlsruher Nachkriegspolitikerinnen zu teilen.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivalien

Bundesarchiv Berlin (BArch)
NJ Reichsjustizministerium

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch)
By 1 KPD – Westzonen/BRD
Dy 31 DFD-Bundesvorstand

Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA)

Bestand 235 Kultusministerium
Bestand 465a Spruchkammer Karlsruhe
Bestand 465h Organisation Spruchkammer Karlsruhe

Bestand 467 Oberschulamt Nordbaden
Bestand 481 Präsident des Landesbezirkes Baden
Bestand N Siebert Nachlass Clara Siebert
Bestand N Veit Nachlass Hermann Veit
Bestand OMGUS RG 260 OMGWB

Stadtarchiv Karlsruhe (StAK)

1/H-Reg Hauptregistrator
1/Bez.Verw.Amt Bezirksverwaltungsamt
1/POA Personalamt
7/N1 Riegger Nachlass Luise Riegger
8/StS Stadtgeschichtliche Sammlung
8/ZGS Zeitgeschichtliche Sammlung
8/PBS Plan- und Bildersammlung
Stadtratsprotokolle 1945–1955

Unveröffentlichte Verbandsunterlagen

ADGB – Protokolle des Ortsausschusses Karlsruhe 1945–1949, DGB Karlsruhe.
Archiv der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenorganisationen (AKF).
Archiv des Deutschen Akademikerinnenbundes im Stadtarchiv Karlsruhe (StAK 8/StS 20).
Archiv des Deutschen Verbandes Berufstätiger Frauen, Club Karlsruhe e. V.
Kesenheimer, Waltraut: Redemanuskript zum letzten Zusammensein des Ortsrings Karlsruhe im deutschen Frauenring e. V., 17. Dezember 1997.
Landgraf, Hanne: Geschichte der Arbeiterwohlfahrt, Masch. Manuskript (veröffentlicht in: Mitteilungsblatt der AWO, 1986–1989).
Landgraf, Hanne: Rückblick auf meine Tätigkeit der AsF Karlsruhe ab dem Jahr 1959, Masch. Manuskript 1977.
Rebske, Hanna: Kleine Chronik der GEDOK Ortsgruppe Karlsruhe, Masch. Manuskript.
Stephan-Geißler, Elisabeth: Kleine Chronologie der GEDOK – Vorgeschichte, Masch. Manuskript.

Zeitungen und Zeitschriften

Badische Allgemeine Zeitung (BAZ)
Badische Neueste Nachrichten (BNN)
Blätter des Badischen Frauenvereins
Blätter aus dem Mutterhaus der Schwestern des Badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz

„DU“ findest hier jeden Montag all das, was dich interessiert (Illustrierte)
Military Government Gazette (MGG)
Karlsruher Tagblatt
Staatsanzeiger Baden-Württemberg vom 20. August 1994
Der Stürmer, Jg. 15 (1937), Nr. 40.
Süddeutsche Allgemeine. Karlsruher Neue Zeitung (SAZ)
Die Welt der Frau
Die Weltbürgerin

Gedruckte Quellen, Quelleneditionen, Verbandschriften, zeitgenössische Literatur

Adressbuch der Stadt Karlsruhe 1945 ff.
Arendt, Hannah: Besuch in Deutschland [1950], Nördlingen 1993.
Bäumer, Gertrud: Der Auftrag der Frau in der deutschen Wiedergeburt, in: Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Bd.2: Frauenpolitik 1945 bis 1949, Düsseldorf 1986 (= Geschichtsdidaktik. Studien, Materialien Bd. 22), S. 167.
Bäumer, Gertrud: Der neue Weg der deutschen Frau, Stuttgart 1946.
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Ortsgruppe Karlsruhe: 5 Jahre Gewerkschaftliche Angestelltenbewegung in Karlsruhe. 1946–1950.
Deutscher Evangelischer Frauenbund. 75 Jahre Ortsverband Karlsruhe, Karlsruhe 1994.
Deutscher Frauenring: 40 Jahre Landesverband Baden 1952–1992, Mannheim 1992.
Die Frau im Staat, in Haushalt und Familie, hrsg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn 1960.
Die Frau im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden 1952.
Fritzle, Maria: Friede und Gerechtigkeit durch das Befreiungsgesetz?, Stuttgart 1947 (= Schriftenreihe „Neue Politik“ Stuttgart Heft 4).
100 [hundert] Jahre Badische Schwesternschaft vom Roten Kreuz (Luisenschwestern) Karlsruhe. 1860–1960, Karlsruhe 1960.
100 [hundert] Jahre SPD Karlsruhe, von Jutta Stehling, hrsg. vom SPD-Kreisverband Karlsruhe, Karlsruhe 1977.
Die Industrie im Landesbezirk Baden, hrsg. vom Badischen Statistischen Landesamt, Karlsruhe 1949.
Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, hrsg. v. E. Noelle, E. P. Neumann, Allensbach 1956.
Jahrbuch der SPD 1950/51, hrsg. vom Vorstand der SPD, Hannover 1951.
Karlsruhe in Zahlen. Jahresberichte 1945 [H.1] – 1952 [H. 8], hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Karlsruhe 1946–1953.
Karlsruhe im Zahlenbild, Jg. 1954–1955, hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Karlsruhe.
Kuhn, Annette (Hrsg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit Bd.1: Doris Schubert. Frauennarbeit 1945–1949, Düsseldorf 1984 (= Geschichtsdidaktik. Studien, Materialien Bd. 21).
Bd.2: Frauenpolitik 1945–1949, Düsseldorf 1986. (= Geschichtsdidaktik. Studien, Materialien Bd. 22).
Kuhn, Annette/Schubert, Doris (Hrsg.): Frauen in der Nach-

- kriegszeit und im Wirtschaftswunder, 1945–1960, Frankfurt am Main 1980 (Bd. 4: Frauenalltag und Frauenbewegung im 20. Jahrhundert, Materialsammlung zur Abteilung 20. Jahrhundert im Historischen Museum Frankfurt).
1989. Karlsruher Frauenverbände stellen sich vor. Zusammengestellt von Evamaria Wunsch, Hannelore Kohlmann. AKF, o.O. o.J., [Karlsruhe 1989].
- Ruhl, Klaus-Jörg (Hg.): Frauen in der Nachkriegszeit 1945–1963, München 1988.
- Statistische Zahlen aus Nordbaden, Kurzbericht Nr. 1–Nr. 40, hrsg. vom Badischen Statistischen Landesamt, Karlsruhe September 1946–Dezember 1949.
- 70 [siebzig] Jahre Arbeiterwohlfahrt Karlsruhe 1919–1989, hrsg. von der Arbeiterwohlfahrt Karlsruhe, o.O., o.J. [Karlsruhe 1989].
- Verfassung für Württemberg-Baden. Regierungsblatt der Regierung Württemberg-Baden vom 30. November 1946.
- Verhandlungen der Verfassungsgebenden Landesversammlung für Württemberg-Baden, 4. Sitzung, 16. September 1946.
- Württemberg-Baden im Vergleich mit anderen Ländern der Bundesrepublik. Zahlenunterlagen aus allen Gebieten der Wirtschafts- und Sozialstatistik, hrsg. von den Statistischen Landesämtern in Stuttgart und Karlsruhe 1950.
- Zur Geschichte des Karlsruher Hausfrauen-Verbandes e. V. Berufsorganisation der Hausfrau 1915–1965, hrsg. v. Karlsruher Hausfrauenverband e. V., Karlsruhe 1965.

Biographische Literatur

- Bopp, Linus: Klara Siebert – Versuch ihrer Lebensbeschreibung und der Würdigung ihrer Lebensleistung, Freiburg 1971.
- Brandenburger-Eisele, Gerlinde: Dora Horn-Zippelius (1876 bis 1967), in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1988–1993, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Forum für Stadtgeschichte und Kultur, Karlsruhe 1994, S. 243 f.
- Dietz, Edith: „...der Kreis schließt sich.“ Doch 50 Jahre Frieden sind keine Garantie, Frankfurt/Main 1997.
- Erlebte Geschichte. Karlsruher Frauen berichten aus der Zeit des Nationalsozialismus, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Karlsruhe 1983.
- Guttman, Barbara: Marie Baum, Chemikerin, Fabrikinspektorin, Abgeordnete, in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1988–1993, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Forum für Stadtgeschichte und Kultur, Karlsruhe 1994, S. 239 f.
- Guttman, Barbara: Kathinka Himmelheber (1898–1977), in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge Bd. 2, 1993–1998, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Forum für Stadtgeschichte und Kultur, Karlsruhe 1998, S. 280 f.
- Guttman, Barbara: Luise Riegger. (1887–1985), in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge Bd. 2, 1993–1998, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Forum für Stadtgeschichte und Kultur, Karlsruhe 1998, S. 277–279.
- Guttman, Barbara: „Zwischen Trümmern und Träumen.“ Karlsruherinnen, in: Politik und Gesellschaft der Nachkriegszeit. Portraits, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Frauenbeauftragte und Stadtarchiv, Karlsruhe 1997.
- Hanne Landgraf. Stadträtin und Landtagsabgeordnete, in:

- Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1989–1993, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Forum für Stadtgeschichte und Kultur, Karlsruhe 1994, S. 218–221.
- Lauterer, Heide-Marie: Marie Baum (1874–1964) und der gesellschaftliche und politische Wiederaufbau im Heidelberg der Nachkriegszeit, in: Standpunkte. Ergebnisse und Perspektiven der Frauengeschichtsforschung in Baden-Württemberg, hrsg. v. Susanne Jenisch, Tübingen 1993 (= Frauenstudien Baden-Württemberg Bd. 1), S. 143–151.
- Lauterer, Heide-Marie: „Weil von dem Einsatz meiner Kräfte die Überwindung der Schwierigkeiten erhoffte.“ Marie Baum (1874–1964). Frauenbewegung, Politik und Beruf, in: Frauengestalten. Soziales Engagement in Heidelberg, Heidelberg 1995 (= Schriftenreihe des Stadtarchivs Heidelberg Heft 6), S. 55–116.
- Lott, Doris (Hrsg.): Vom Glück in Karlsruhe zu leben Bd. 2, Karlsruhe 1995.
- Toni Menzinger. Stadträtin und Landtagsabgeordnete, in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1988–1993, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Forum für Stadtgeschichte und Kultur, Karlsruhe 1994, S. 221–223.
- Paepeke, Lotte: Ich wurde vergessen. Bericht einer Jüdin, die das Dritte Reich überlebte, Freiburg 1979.
- Siebert, Clara: Marie Ellenrieder, Freiburg i. Br. 1916.
- Strecker, Gabriele: Überleben ist nicht genug. Frauen 1945–1950, Freiburg 1981.
- Thiel, Sonnhild: Der lange Atem. Zum 80. Geburtstag von Irm de Ondarza, in: ZC 4/1994, S. 18 f.
- Thierfelder, Jörg: Leben in gefährlicher Zeit. Gertrud Hammann im Dritten Reich, in: Erziehen im Glauben. Bernhard Mauerer zum 60. Geburtstag, Karlsruhe 1989 (= Beiträge päd. Arbeit, Sonderbd.), S. 87–98.
- Grete Vogt: In Bulach daheim, in: Doris Lott (Hrsg.): Vom Glück in Karlsruhe zu leben Bd. 2, Karlsruhe 1995, S. 143–148.

Sekundärliteratur

- Asche, Susanne/Hochstrasser, Olivia: Durlach. Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, Karlsruhe 1996 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 17).
- Asche, Susanne: Eintausend Jahre Grötzingen. Die Geschichte eines Dorfes, Karlsruhe 1991 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 13).
- Asche, Susanne/Guttman, Barbara: Die Frauenbewegung als gesellschaftsstabilisierende Kraft – das Beispiel Baden, in: Hypatia 6 (August 1995).
- Asche, Susanne: Friedrich Hecker und die Frauenbewegung, in: Alfred G. Frei (Hrsg.): Friedrich Hecker in den USA. Eine deutsch-amerikanische Spurensicherung, Konstanz 1993, S. 107–115.
- Asche, Susanne: Fürsorge und Emanzipation – oder Rassehygiene. Die Frauenbewegung im Großherzogtum Baden (Teil 2), in: Susanne Jenisch (Hrsg.): Standpunkte. Ergebnisse und Perspektiven der Frauengeschichtsforschung in Baden-Württemberg. Tübingen und Stuttgart 1993, S. 132–142.
- Asche, Susanne/Bräunche, Ernst Otto/Koch, Manfred/Schmitt, Heinz/Wagner, Christina: Karlsruhe. Die Stadtgeschichte, hrsg. vom Stadtarchiv Karlsruhe, Karlsruhe 1998.
- Asche, Susanne/Guttman, Barbara/Hochstrasser, Olivia/Schambach, Sigrid/Sterr, Lisa: Karlsruher Frauen

- 1715–1945. Eine Stadtgeschichte, Karlsruhe 1992 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 15).
- Ballhausen, Anne/Brandes, Uta/Karrer, Marva/Schreiber, Robert: Zwischen traditionellem Engagement und neuem Selbstverständnis – weibliche Präsenz in der Öffentlichkeit. Eine empirische Untersuchung zur politischen und sozialen Partizipation von Frauen, Bielefeld 1986 (= Schriftenreihe des Instituts Frau und Gesellschaft. Theorie und Praxis der Frauenforschung Bd. 5).
- Barowsky, Ella: Sechzig Jahre Deutscher Akademikerinnenbund, in: Frauen in Wissenschaft und Politik [Sammelband anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Deutschen Akademikerinnenbundes e. V.], hrsg. von D. Franken, U. Hufmann, A. Kuhn, Düsseldorf 1987, S. 15–22.
- Bereswill, Mechthild/Wagner, Leonie: (Un)bewusste Verstrickungen. Die Bedeutung von Antisemitismus in den politischen Konzepten und Strategien der bürgerlichen Frauenbewegung. Unveröff. Abschlussbericht Forschungsprojekt: Antisemitismus in der bürgerlichen Frauenbewegung (1900–1918), Kassel 1997.
- Beyer, Jutta/Holtmann, Everhard: „Auch die Frau soll politisch denken“ oder „Die Politik des Herzens.“ Frauen und Frauenbild in der Kommunalpolitik der frühen Nachkriegszeit 1945–1950, in: Archiv für Sozialgeschichte Bd. XXV (1985), S. 385–420.
- Boehling, Rebecca: Geschlechterpolitik in der US-Besatzungszone unter besonderer Berücksichtigung der Kommunalpolitik, in: Gabriele Clemens (Hrsg.): Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949, Stuttgart 1994 (= Historische Mitteilungen, Beihefte Bd. 10), S. 69–82.
- Boehling, Rebecca: „Mütter in der Politik: Amerikanische Demokratisierungsbemühungen nach 1945. Eine Antwort auf Hermann Josef Rupieper, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1993), S. 504–511.
- Bouillot, Corinne/Schüller, Elke: „Eine machtvolle Frauenorganisation“ – oder: „Ein Schwamm, der die Frauen aufsaugen soll.“ Ein deutsch-deutscher Vergleich der Frauenzusammenschlüsse der Nachkriegszeit, in: Ariadne, Heft Mai 1995, S. 47–55.
- Brandhauer-Schöffmann, Irene/Hornung, Ela: Trümmerfrauen – ein kurzes Heldinnenleben. Nachkriegsgesellschaft als Frauengeschichte, in: Andrea Graf (Hrsg.): Zur Politik des Weiblichen: Frauenmacht und -ohnmacht. Beiträge zur Innenwelt und Außenwelt, Wien 1990, S. 93–120.
- Bremme, Gabriele: Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluss der Frauen bei Wahlen in Partei und Parlament, Göttingen 1956.
- Brückner, Margit/Meyer, Birgit (Hrsg.): Die sichtbare Frau. Die Aneignung der gesellschaftlichen Räume, Freiburg 1994 (= Forum Frauenforschung Bd. 7).
- Bühler, Grit: Mythos Gleichberechtigung in der DDR. Politische Partizipation von Frauen am Beispiel des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, Frankfurt/M. 1997.
- Clemens, Gabriele (Hrsg.): Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949, Stuttgart 1994 (= Historische Mitteilungen, Beihefte Bd. 10).
- Daniel, Ute: Krieg der Frauen. Der Wandel der Geschlechterverhältnisse unter Kriegsbedingungen, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 213, 16. September 1997.
- Delille, Angelika/Grohn, Andrea: Blick zurück aufs Glück. Frauenleben und Familienpolitik in den 50er Jahren, Berlin 1985.
- Delille, Angelika/Grohn, Andrea: Perlonzeit. Wie die Frauen ihr Wirtschaftswunder erlebten, Berlin 1985.
- Derichs-Kunstmann, Karin: Frauen in der Männergewerkschaft. Die Geschichte des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Nachkriegszeit unter dem Gesichtspunkt des Geschlechterverhältnisses, in: Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): „Da haben wir uns alle schrecklich geirrt...“ Die Geschichte der gewerkschaftlichen Frauennarbeit im Deutschen Gewerkschaftsbund von 1945 bis 1960, Pfaffenweiler 1993, S. 63–129.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): „Da haben wir uns alle schrecklich geirrt...“ Die Geschichte der gewerkschaftlichen Frauennarbeit im Deutschen Gewerkschaftsbund von 1945 bis 1960, Pfaffenweiler 1993.
- Dietrich, Eva-Maria: Die Ortsgruppe Karlsruhe des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes von 1918 bis 1933, Magisterarbeit, Universität Karlsruhe 1991.
- Ehmer, Hermann: Die Besetzung Südwestdeutschlands, in: Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Zusammenbruch und Neuanfang im Jahr 1945 in Dokumenten und Bildern, hrsg. vom Generallandesarchiv Karlsruhe, Karlsruhe 1975, S. 92–99.
- Eifert, Christiane: Frauenpolitik und Wohlfahrtspflege. Zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterwohlfahrt, Frankfurt/Main 1993 (= Geschichte und Geschlechter Bd. 5).
- Engelhardt-Schwarz, Uta: „... denn nichts ist stärker als unsere Solidarität...“ IG Metall Verwaltungsstelle Karlsruhe. Von 1945 bis heute, hrsg. von der IG Metall Verwaltungsstelle Karlsruhe, Karlsruhe 1998.
- Fäßler, Peter: Das Land Baden unter französischer Besatzung 1945–1952. Ergebnisse eines Forschungsprojekts, in: Badische Heimat 2/1995, S. 259–266.
- Foitzik, Doris: „Sittlich verwahrlost.“ Disziplinierung und Diskriminierung geschlechtskranker Mädchen in der Nachkriegszeit am Beispiel Hamburg, in: 1999, Heft 1/1997, S. 68–82.
- Den Frauen ihr Recht – Zum 10. Geburtstag von Elisabeth Selbert, Ariadne Heft 30 Sept. 1996, S. 100.
- Freier, Anna E./Kuhn, Annette (Hrsg.): „Das Schicksal Deutschlands lag in der Hand seiner Frauen.“ Frauen in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Düsseldorf 1984 (= Frauen in der Geschichte Bd. V).
- Frevert, Ute (Hrsg.): Bürgerinnen und Bürger. Geschlechterverhältnisse im 19. Jahrhundert, Göttingen 1988.
- Frevert, Ute: Frauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung – Hindernisse, Umleitungen, Einbahnstraßen, in: Martin Broszat (Hrsg.): Zäsuren nach 1945, München 1990, S. 113–130.
- Frevert, Ute: Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit, Frankfurt/Main 1986.
- Fuchs, Susanne: Frauen bewältigen den Neuaufbau. Eine lokalgeschichtliche Analyse der unmittelbaren Nachkriegszeit am Beispiel Bonn, Pfaffenweiler 1993 (= Bonner Studien zur Frauengeschichte Bd. 1).
- Füllmes, Mechthild: Frauen in Partei und Parlament, Köln 1969 (= Die Frau in der Politik Bd. 1).
- Genth, Renate/Jäckel, Reingard/Pawlowski, Rita/Schmidt-Harzbach, Ingrid/Stoehr, Irene: Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945 bis 1949, hrsg. von der Senatorin für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen Berlin, Berlin 1996.
- Gerhard, Ute: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Reinbek bei Hamburg 1990.
- Grafenhorst, Lerne/Tatschmurat, Carmen (Hrsg.): Töchter-Fragen. NS-Frauen-Geschichte, Freiburg 1990 (= Forum Frauenforschung Bd. 5).

- Grau, Ute: „Wenn Mutter und Tochter in einer Küche kochen.“ – Flüchtlinge und Vertriebene in Karlsruhe in den ersten Nachkriegsjahren, in: *Angekommen! – Angekommen? Flucht und Vertreibung 1945–1995*, hrsg. vom Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Filderstadt 1996 (= *Die Deutschen und ihre Nachbarn im Osten* Heft 5), S. 95–109.
- Guttman, Barbara: Entnazifizierung – (k)ein Thema der historischen Frauenforschung?, *Ariadne*, Heft 27 Mai 1995, S. 14–21.
- Guttman, Barbara: Frauen in der Kommunalpolitik der Nachkriegszeit (1945 bis 1955). Das Beispiel Karlsruhe, in: *Geschlecht, Macht, Arbeit. Kategorien in der historischen Frauenforschung*, hrsg. v. Frauen & Geschichte Baden-Württemberg, Tübingen 1995 (= *Frauenstudien Baden-Württemberg* Bd. 8), S. 77–88.
- Guttman, Barbara: Der „friedliche Krieg zwischen den Geschlechtern“. Die Frauenbewegung im Großherzogtum Baden (Teil 1) in: Susanne Jenisch (Hrsg.) *Standpunkte. Ergebnisse und Perspektiven der Frauengeschichtsforschung in Baden-Württemberg, Tübingen und Stuttgart 1993* (= *Frauenstudien Baden-Württemberg* Bd.1), S. 124–131.
- Guttman, Barbara: Weibliche Heimarnee. Frauen in Deutschland 1914–1918, Weinheim 1989.
- Hastings, James J.: Die Akten des Office of Military Government for Germany (US), in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (VfZ) 24 (1976), S. 75–101.
- Hauser, Andrea: Stuttgarter Frauen für den Frieden. Frauen – Politik – Alltag nach 1945, Tübingen 1996 (= *Frauenstudien Baden-Württemberg* Bd. 7).
- Hemmer, Hans-Otto/Schmitz, Kurt Thomas: *Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1990.
- Heniez, Barbara/Hirschfeld, Margrit: „Wenn die Frauen wüssten, was sie könnten, wenn sie wollten.“ – Zur Gründungsgeschichte des Deutschen Frauenrings, in: Annette Kuhn (Hrsg.): *Frauen in der deutschen Nachkriegszeit* Bd. 2: *Frauenpolitik 1945–1949. Quellen und Materialien*, Düsseldorf 1986, S. 135–156.
- Henke, Klaus-Dietmar: *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, München 1994 (= *Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte* Bd. 27).
- Herrmann, Thomas/Jebsen-Ibs, Sabine/Schmatzler, Uta Cornelia/Zachow-Ortmann, Maria: „Alle Mann an Deck!“ – „Und die Frauen in die Kombüse?“ Frauen in der schleswig-holsteinischen Politik 1945–1958, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein, Kiel 1993 (= *Gegenwartsfragen* 70).
- Heuvelmann, Magdalena/Hüppe, Barbara: „Ein Zurück zum alten Zustand ist unmöglich.“ Frauen in der Nachkriegszeit in Münster, in: *Frauenleben in Münster: ein historisches Lesebuch*, hrsg. vom Arbeitskreis Frauengeschichte, Münster 1991, S. 89–108.
- Hochreuther, Ina: *Frauen im Parlament, Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919*, hrsg. vom Landtag Baden-Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1992.
- Hoecker, Beate/Meyer-Braun, Renate: *Bremerinnen bewältigen die Nachkriegszeit. Frauenarbeit, Frauenalltag, Frauenpolitik. Frauen in Bremen*, Bremen 1988.
- Hörner, Ina: *Frauen nach 1945. Die vergessene Mehrheit*, Mühlheim 1986.
- Hosseinzadeh, Sonja: *Nur Trümmerfrauen und Ami-Liebchen? Stuttgarterinnen in der Nachkriegszeit. Ein geschichtliches Lesebuch*, hrsg. von der Gleichstellungs-
- stelle Stuttgart und dem Frauenmuseum Stuttgart e. V., Tübingen 1998.
- Huerkamp, Claudia: *Jüdische Akademikerinnen in Deutschland 1900–1938*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 311–331.
- IG Metall, Verwaltungsstelle Karlsruhe (Hrsg.): *Unser die Zukunft. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Karlsruhe 1845–1952*. Bearbeitet und eingeleitet von Wolfgang Glaser, Heilbronn 1991.
- Irek, Joachim: *Mannheim in den Jahren 1945–1949. Geschichte einer Stadt zwischen Diktatur und Republik*, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1983.
- Jäkl, Reingard: 1945 – eine politische Chance für Frauen?, in: „Ich bin meine eigene Frauenbewegung.“ *Frauen-Ansichten aus der Geschichte einer Großstadt*, hrsg. vom Bezirksamt Schöneberg, Berlin 1991, S. 268–297.
- Kaufmann, Doris: *Frauen zwischen Aufbruch und Reaktion. Protestantische Frauenbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, München 1988.
- Kliner-Fruck, Martina: „Das Komische war, die Frauen wollten immer nicht zurück.“ *Deutsch-jüdische Frauen in der Remigration*, in: *Ariadne*, Heft 27 Mai 1995, S. 22–27.
- Klotzbach, Kurt: *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965*. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1982, Bonn 1996 (= *Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945* Bd. 1).
- Koch, Manfred: *Karlsruhe am Kriegsende – Erste politische Säuberungen unter wechselnder Besatzung*, in: *Badische Heimat*, 75. Jg. 1995, S. 189–199.
- Koch, Manfred: *Karlsruhe im Jahr 1947. Beschwerlicher Alltag zwischen Ernährungsnot, Wohnungsnot und Entnazifizierung*, in: *Badische Heimat*, 77. Jg. 1997, S. 293–311.
- Koch, Manfred: *Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern und Analysen*, Karlsruhe 1992 (= *Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs* Bd. 14).
- Koch, Manfred: *Mit Dezentralisierung der Verwaltung gegen große Not*, in: *BNN* vom 22. Dezember 1995.
- Koch, Manfred: *Trümmerstadt – Residenz des Rechts – Zentrum der Technologieregion. Wechselvoller Weg in die Gegenwart*, in: *Asche, Susanne/Bräunche, Ernst Otto/Koch, Manfred/Schmitt, Heinz/Wagner, Christina: Karlsruhe. Die Stadtgeschichte*, hrsg. vom Stadtarchiv Karlsruhe, Karlsruhe 1998, S. 519–673.
- Koch, Manfred: „Wir wollen sie gemeinsam ehren“. Vom Umgang mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Karlsruhe, in: *Formen des Widerstands im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken*, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung und dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Ulm 1994, S. 284–294.
- Koenen, Ines: *Die Geschichte der VVN – Differenzen in Ost und West*, in: *Hypatia* 8 (Dez. 1996), S. 35–39.
- Kolossa, Jan: *Neubeginn oder Restauration? Frauenalltag und Frauenbewegung Hamburgs in den Gründungsjahren der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Karen Hagemann, Jan Kolossa: Gleiche Rechte – Gleiche Pflichten? Der Frauenkampf für „staatsbürgerliche Gleichberechtigung“*. Ein Bilder-Lese-Buch zu Frauenalltag und Frauenbewegung in Hamburg, Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg, Hamburg 1990, S. 179–243.
- Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: *Gleichberechtigung als Verfas-*

- sungsauftrag. Eine Dokumentation zur Entstehung des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957. Dokumente und Texte Bd. 2. Bearb. von Gabriele Müller-List, Düsseldorf 1996.
- Kral, Silke: Vergewaltigungen „nach dem Krieg“. Blitzlichter zu einem Tabuthema in der Grenzstadt Lörrach, in: *Badische Heimat* 2/1995, S. 241–245.
- Krautkrämer, Elmar: Kriegsende und Besatzungszonen, in: *Landeszentrale für pol. Bildung Baden-Württemberg* (Hrsg.): *Der Weg zum Südweststaat*. Red. und Bearb.: Jörg Thierfelder, Uwe Uffelmann, Karlsruhe 1991, S. 17–37.
- Kuhn, Annette: 1945 – Versäumte Emanzipationschancen? Feministische Überlegungen zur Refamilialisierung nach 1945, in: *Frauen in den neuen Bundesländern. Rückzug in die Familie oder Aufbruch zur Gleichstellung in Beruf und Familie?*, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1991, S. 17–43.
- Kuhn, Annette: Die stille Kulturrevolution der Frau. Versuche einer Deutung der Frauenöffentlichkeit (1945 bis 1947), in: Gabriele Clemens (Hrsg.): *Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949*, Stuttgart 1994 (= *Historische Mitteilungen Beihefte* Bd. 10), S. 83–101.
- Lange, Helene: *Die Frauenbewegung in ihren modernen Problemen*. Berlin 1914.
- Langer, Ingrid (Hrsg./Ley, Ulrike/Sander, Susanne): *Alibi Frauen? Hessische Politikerinnen* Bd I-III, Frankfurt/Main 1994–1996.
- Lauterer, Heide-Marie: „Eine Organisation, in der die Frauen über alle Parteien hinaus, einfach als Frauen zusammengeschlossen sind.“ Zur Gründung des „Heidelberger Frauenvereins e. V.“ in der Nachkriegszeit, in: *Die Vergangenheit ist die Schwester der Zukunft. 800 Jahre Frauenstadgeschichte in Heidelberg*, hrsg. von der Stadt Heidelberg, Ubstadt-Weiher 1996, S. 285–291.
- Lauterer, Heide-Marie: „Das Recht, anders geartete Menschen, weibliche Menschen zu sein.“ Zur Frage einer gemeinsamen politischen Praxis von Parlamentarierinnen in der Weimarer Republik, in der britischen Besatzungszone und in der frühen Bundesrepublik Deutschland, in: *Westfälische Studien* 45, 1995, S. 134–155. *Das Leben geht weiter. Magdeburger Frauen bewältigen die Probleme der Nachkriegszeit (1945–1949/50)*. Projektbericht „Magdeburger Frauen machen Geschichte“, Magdeburg: Amt für Gleichstellungsfragen o. J.
- Limbach, Jutta: *Die Reform des Bürgerlichen Gesetzbuchs unter der Herrschaft des Gleichberechtigungsgesetzes*, in: *Ariadne* Heft 30 (September 1996), S. 36–39.
- Lippe, Angelika: *Gewerkschaftliche Frauenarbeit. Parallelität ihrer Probleme in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1979)*, Frankfurt/Main, New York 1983.
- Lohscher, Britta: „Die Knäbin mit dem Dokortitel.“ Akademikerinnen in der Weimarer Republik, Pfaffenweiler 1994.
- Mamozai, Martha: *Herrenmenschen. Frauen im deutschen Kolonialismus*. Reinbek bei Hamburg 1982.
- Mannheim, Stadtarchiv (Hrsg.): *Der Anfang nach dem Ende, Mannheim 1945–1949*. Mannheim 1985 (= *Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim* Nr. 12).
- Melchert, Monika: Die Reflexion der Schuldfrage aus weiblicher Sicht – ein Tabuthema?, in: *Ariadne*, Heft 27 Mai 1995, S. 6–12.
- Meyer, Birgit: „Hat sie heute denn überhaupt gekocht?“ Frauen in der Politik von der Nachkriegszeit bis heute, in: Dies., Margit Brückner (Hrsg.): *Die sichtbare Frau. Die Aneignung der gesellschaftlichen Räume*, Freiburg 1994 (= *Forum Frauenforschung*, Bd. 7), S. 369–409.
- Meyer, Birgit: Wenn ich gebraucht werde, dann bin ich da. Frauen in der Politik der Nachkriegszeit bis heute, Frankfurter Rundschau vom 27. August 1994.
- Meyer, Sibylle/Schulze, Eva: Von Liebe sprach damals keiner. *Frauenalltag in der Nachkriegszeit*. München 1985.
- Meyer, Sibylle/Schulze, Eva: Wie wir das alles geschafft haben. *Alleinstehende Frauen berichten über ihr Leben nach 1945*. München 1984.
- Michalski, Bettina: Louise Schroeders Schwestern. *Berliner Sozialdemokratinnen der Nachkriegszeit*, hrsg. vom Franz-Neumann-Archiv, Bonn 1996.
- Michel, Anette: „Alte Kämpferinnen“. Dora Horn-Zippelius und Gertrud Gilg, Propaganda- und Gauschulungsleiterin der NS-Frauenschaft in Baden, in: Michael Kießner, Joachim Scholtzsek (Hrsg.): *Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg*, Konstanz 1997 (= *Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus* Bd. 2), S. 225–265.
- Michel, Anette: *Nationalsozialistische Frauenorganisationen: Aufbau, Führung, Struktur und Funktion. Der Deutsche Frauenorden, die NS-Frauenschaft und das Deutsche Frauenwerk in Karlsruhe*. Magisterarbeit, Universität Karlsruhe 1995.
- Möding, Nori: Die Stunde der Frauen? Frauen und Frauenorganisationen des bürgerlichen Lagers, in: Martin Broszat (Hrsg.): *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1988, S. 619–647.
- Mücke, Sabine: „Dornröschenheim“ – eine verdrängte Geschichte aus der Nachkriegszeit, in: *FrauenOrte in Ravensburg. Ein Spaziergang durch die Geschichte*, hrsg. von Dorothee Breucker, Ravensburg 1996, S. 132–137.
- Müller-List, Gabriele: *Gleichberechtigung als Verfassungsauftrag. Eine Dokumentation zur Entstehung des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957*, Düsseldorf 1996.
- Niethammer, Lutz (Hrsg.): *Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis*, Frankfurt/Main 1980.
- Nödinger, Ingeborg: Für Frieden und Gleichberechtigung. *Der Demokratische Frauenbund Deutschland*, in: Florence Hervé (Hrsg.): *Geschichte der deutschen Frauenbewegung*, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Köln 1987, S. 206–223.
- Nödinger, Ingeborg: „Mitwissen, mitverantworten und mitbestimmen.“ Zu den Anfängen des Demokratischen Frauenbundes Deutschland, in: Kuhn, Annette (Hrsg.): *Frauen in der deutschen Nachkriegszeit* Bd. 2: *Frauenpolitik 1945–1949*, Düsseldorf 1986 (= *Geschichtsdiagnostik. Studien, Materialien* Bd. 22), S. 122–126.
- Notz, Gisela: Die Nachkriegsgesellschaft war eine Frauengesellschaft – Warum blieb sie es nicht?, in: *Hypatia*, Dezember 1992, S. 4–12.
- Oertzen, Christine von/Rietzschel, Almut: Neuer Wein in alten Schläuchen. *Geschlechterpolitik und Frauenerwerbsarbeit im besetzten Deutschland zwischen Kriegsende und Währungsreform*, in: *Ariadne*, Heft 27 Mai 1985, S. 28–35.
- Panke-Kochinke, Birgit: „Dienen lerne beizeiten das Weib...“. *Frauengeschichten aus Osnabrück*, Pfaffenweiler 1990.
- Pilgert, Henry P./Waschke, Hildegard: *Women in West Germany. With Special Reference to the Policies and Programs of the Women's Affairs Branch, Office of Public Affairs, Office of the U.S. High Commissioner for Germany*, Bad Godesberg-Mehlem 1952.

- Pitzschke, Angela: Frauenleben und Frauenpolitik. Lebensgeschichte und politisches Engagement von Frauen der politischen Linken in der Nachkriegszeit – dargestellt am Beispiel Kassel, Pfaffenweiler 1994 (= Forum Frauengeschichte Bd. 15).
- Poutrus, Kirsten: Vergewaltigung und Abtreibung – Massenphänomene bei Kriegsende (1945), in: Badische Heimat 2/1995, S. 229–240.
- Ramon, Esther: Die Familie Homburger aus Karlsruhe, in: Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, hrsg. von Ernst Otto Bräunche, Manfred Koch und Heinz Schmitt, Karlsruhe 1988 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 8), S. 465–468.
- Reutter, Friederike: Heidelberg 1945–1949. Zur politischen Geschichte einer Stadt in der Nachkriegszeit, Heidelberg 1994 (= Buchreihe der Stadt Heidelberg Bd. 5).
- Roberts, Ulla: Starke Mütter – ferne Väter. Töchter reflektieren ihre Kindheit im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit, Frankfurt/Main 1994.
- Rothmund, Paul/Wien, Erhard (Hrsg.): Die FDP/DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979 (= Schriften zur pol. Landeskunde Baden-Württemberg, Bd. 4).
- Ruhl, Klaus J.: Verordnete Unterordnung. Berufstätige Frauen zwischen Wirtschaftswachstum und konservativer Ideologie in der Nachkriegszeit (1945–1963), München 1994.
- Rupieper, Hermann-Josef: Bringing Democracy to the Frauleins. Frauen als Zielgruppe der amerikanischen Demokratisierungspolitik in Deutschland 1945–1952, in: Geschichte und Gesellschaft 17. Jg. (1991), Heft 1, S. 61–91.
- Schadt, Jörg/Schmierer, Wolfgang (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979 (= Schriften zur pol. Landeskunde Baden-Württemberg, Bd. 3).
- Schaser, Angelika: „Innere Emigration“ als „konformer Widerstand“. Gertrud Bäumer 1933 bis 1945, in: Ariadne, Heft 32 November 1997, S. 16–25.
- Scheffler, Erna: Die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft im Wandel der Rechtsordnung seit 1948, Frankfurt a. M. 1970.
- Schöntag, Wilfried: Office of Military Government for Württemberg-Baden, in: Christoph Weisz (Hrsg.): OMGUS-Handbuch, München 1994 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 35), S. 454–596.
- Schüller, Elke: „Neue, andere Menschen, andere Frauen?“ Kommunalpolitikerinnen in Hessen 1945–1956 – ein biographisches Handbuch I: Kreisfreie Städte, Frankfurt/Main 1995.
- Schüller, Elke: „Neue, andere Menschen, andere Frauen?“ Kommunalpolitikerinnen in Hessen 1945–1956 – ein biographisches Handbuch II: Landkreise, Städte und Gemeinden, Frankfurt/Main 1995.
- Schüller, Elke: Wer stimmt bestimmt? Elisabeth Selbert und die Frauenpolitik der Nachkriegszeit, hrsg. vom Hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Wiesbaden 1996.
- Schütze, Fritz: Die Technik des narrativen Interviews in Interaktionsfeldstudien – dargestellt an einem Projekt zur Erforschung von kommunalen Machtstrukturen, in: Fakultät der Univ. Bielefeld (Hrsg.): Arbeitsberichte und Forschungsmaterialien Nr. 1, Bielefeld 1977, S. 23–S. 37.
- Sechzig Jahre Deutscher Akademikerinnenbund, in: Frauen in Wissenschaft und Politik [Sammelband anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Deutschen Akademikerinnenbundes e. V.], hrsg. von D. Franken, U. Huffmann, A. Kuhn, Düsseldorf 1987, S. 15–S. 22.
- Seifert, Christfried: Entstehung und Entwicklung des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden bis zur Gründung des DGB 1945–1949, Marburg 1980.
- Seifert, Ruth: Krieg und Vergewaltigung, in: Alexandra Stiglmayer (Hrsg.): Massenvergewaltigung. Krieg gegen die Frauen, Frankfurt a. Main 1993, S. 92–101.
- Serfas, Günther: „Lieber Freiheit ohne Einheit als Einheit ohne Freiheit“. Der Neubeginn der Demokratischen Volkspartei in Württemberg-Baden 1945/46, Heidelberg 1986.
- Toyka-Seid, Christiane: „Nicht in die Lage versetzt, Erbauer eines friedlichen Deutschlands zu sein.“ Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Württemberg-Baden, in: Festschrift des Widerstands im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung und dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Ulm 1994, S. 270–283.
- Tröger, Annemarie: Die Dolchstoßlegende der Linken: „Frauen haben Hitler an die Macht gebracht.“, in: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Juli 1976, Berlin 1977², S. 324–355.
- Völter, Bettina: Der Holocaust im antifaschistischen Diskurs der DDR. Zur Tradierung der Verfolgungsgeschichte in Familien mit kommunistisch orientierten Großeltern jüdischer Herkunft, in: Hypatia 8 Dezember 1996, S. 40–48.
- Vorländer, Herwart (Hrsg.): Oral History. Mündlich erfragte Geschichte, Göttingen 1990.
- Vollnhals, Clemens (Hrsg.): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991.
- Weinacht, Paul-Ludwig (Hrsg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1978 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg Bd. 2).
- Werner, Josef: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, Karlsruhe 1988 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 9).
- Werner, Josef: Karlsruhe 1945. Unter Hakenkreuz, Trikolore und Sternenbanner, Hg. von der Stadt Karlsruhe, Stadtarchiv, Karlsruhe 1986².
- Wischermann, Ulla/Schüller, Elke/Gerhard, Ute (Hg.): Frauenpolitik in Hessen 1945–1955, Frankfurt a. Main 1993.
- Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich, [...] Überarb. u. erw. v. Hermann Weiß, Frankfurt/Main 1987.

Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund	FDP	Freie Demokratische Partei
AWO	Arbeiterwohlfahrt	GEDOK	Gesellschaft deutscher und österreichischer Künstlerinnen und Kunstfreundinnen
AKF	Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenorganisationen	GLA	Generallandesarchiv Karlsruhe
Barch	Bundesarchiv	KHV	Karlsruher Hausfrauenverband
BGB	Bundesgesetzbuch	KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
BNN	Badische Neueste Nachrichten	LSO	Liaison and Security Office
BDF	Bund Deutscher Frauenvereine	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
CDU	Christlich Demokratische Union	OMGUS	Office of Military Government for Germany (US)
DAB	Deutscher Akademikerinnenbund	OMGWB	Office of Military Government (Land) Württemberg-Baden
DDP	Deutsche Demokratische Partei	SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund	StAK	Stadtarchiv Karlsruhe
DVP	Deutsche Volkspartei		
ECRD	Education and Cultural Relations Division		

Abbildungsnachweis

- 1 Stadtarchiv Karlsruhe (StadtAK), 8/Diaslg. X 172
- 2 StadtAK 8/Diasammlung VI 10
- 3 Foto Erich Bauer
- 4 StadtAK 8/PBS X 1782
- 5 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger Bd. 2 A 3, Bl. 20, Sp. 7
- 6 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 7, S. 806 u.
- 7 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 7, S. 783
- 8 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger Bd. 3 A 3, Bl. 60, Sp. 2
- 9 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 7, S. 770 u.
- 10 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger Bd. 3 A 3, Bl. 49, Sp. 16
- 11 70 Jahre Arbeiterwohlfahrt Karlsruhe, S. 9
- 12 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 8, S. 876 u.
- 13 70 Jahre Arbeiterwohlfahrt Karlsruhe, S. 17
- 14 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger Bd. 3 A 3, Bl. 53, Sp. 4
- 15 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 8, S. 867 o.
- 16 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger Bd. 3 A 3, Bl. 58, Sp. 4
- 17 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger Bd. 3 A 3, Bl. 53, Sp. 5
- 18 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger Bd. 2 A 3, Bl. 7, Sp. 7
- 19 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger Bd. 1 A 2, Bl. 38, Sp. 7
- 20 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger Bd. 2 A 2, Bl. 50, Sp. 1
- 21 StadtAK 8/Diaslg III 166
- 22 StadtAK 8/Diaslg III 167
- 23 Archiv Deutscher Akademikerinnenbund (DAB) Karlsruhe
- 24 Privat
- 25 StadtAK 8/Diasammlung III 134
- 26 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger Bd. 3 A 3, Bl. 153, Sp. 5
- 27 StadtAK 8/PBS X 1843
- 28 StadtAK 8/Diasammlung III 255
- 29 Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA), N/Siebert 11
- 30 StadtAK 8/PBS X 1361
- 31 StadtAK 8/PBS X 1331
- 32 StadtAK 8/Diasammlung III 256
- 33 StadtAK 8/Diasammlung III 254
- 34 StadtAK 8/PBS °IV/55
- 35 StadtAK 8/PBS Xa 1
- 36 Badische Neueste Nachrichten 4. Dezember 1956
- 37 StadtAK 8/Diasammlung III 248
- 38 StadtAK 8/Diasammlung III 251
- 39 StadtAK 8/Diasammlung III 253
- 40 StadtAK 8/Diasammlung III 252
- 41 StadtAK 8/Diasammlung III 245
- 42 StadtAK 8/Diasammlung III 250
- 43 StadtAK 8/Diasammlung III 249
- 44 StadtAK 8/Diasammlung III 247
- 45 Privat
- 46 StadtAK 8/PBS °III 1726
- 47 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger Bd. 1 A 2, Bl. 48, Sp. 1
- 48 StadtAK 8/PBS oXIVe 1040
- 49 StadtAK 8/StS 20/1182
- 50 Privat
- 51 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 1/67/3/4
- 52 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger/ A 2 50/3/31
- 53-55 GEDOK
- 56 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 30/39/2/30
- 57, 58 Privat
- 59 StadtAK 8/PBS X 1842
- 60 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger Bd. 3 A 3, Bl. 158, Sp. 4
- 61 StadtAK 8/PBS X 1980
- 62 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger Bd. 2 A 2, Bl. 50, Sp. 1
- 63 Die Weltbürgerin vom 1. Februar 1946
- 64, 65 Privat

Ortsregister

Bearbeitet von Katja Schmalholz

- Aalen 100
Adlerstraße 136
Ägypten 138
Aix-en-Provence 159
Akademiestraße 52
Alters- und Pflegeheime 166
– Anna-Leimbach-Haus 162
– Altersheim Durlach 124
– Stephaniensstift 161
Altstadt/Dörfle 33, 35
Amerika/USA 32, 54, 60, 141, 158, 173, 182–184, 187, 188, 193–196
– Nordamerika 138
– Südamerika 158
Amerikahaus 139, 193, 194
Amtshausstraße 162
Antoniusheim 21, 164
Atomreaktor s. Kernforschungszentrum
Augustenberg 136
- Bad Boll 55, 132
Bad Godesberg 80
Bad Pyrmont 132, 133
Baden 18, 40, 58, 82, 89, 95, 132, 135, 139, 149, 159, 166–168, 176, 180, 193
– Mittelbaden 75, 80, 82
– Nordbaden 17, 28, 40, 41, 65, 72, 80, 83, 87, 89, 91, 92, 99, 96, 100, 103, 125, 131, 171, 189, 196, 202
– Südbaden 75, 76, 87, 99, 131
– Unterbaden 75
Baden-Baden 131, 141
Baden-Württemberg 13, 16, 70, 75, 81, 82, 97, 99, 100, 107, 110, 131, 169, 171, 177
Bahnhofstraße 136, 151
Basel 81
Bayern 94
Begegnungszentren
– Girl-Center 156, 192
– Haus für die weibliche Jugend 192
– Heim für allein stehende berufstätige Frauen 31
– Jugendhäuser 192
– Mädchenclubheim 31
– Zufluchtsheim für gefallene Mädchen 164
Beiertheim 78, 86
Berghausen 87, 90
Berlin 13, 23, 36, 52, 56–59, 61, 74, 75, 80, 81, 96, 124, 130, 138, 139, 145, 153, 154, 160, 170, 171, 173, 184, 200
Besatzungszonen 18, 66, 67, 131, 132, 139, 171, 183, 187
– amerikanische 13, 26, 40, 64, 94, 131, 132, 139, 183, 184, 187, 190
– britische 135, 183
– französische 131
– sowjetische (SBZ) 132, 134, 170, 171, 183
Bibliothekssaal 154
Blumenstraße 22
Bonn 97, 200
Bremen 13, 24, 50, 97
Brettach 96
Bretten 63, 90
Bruchsal 90, 92, 141, 188
- Bulach 78
Bunsenstrasse 136
Burgwallstraße 136
Bürgerstraße 145
- Café Stephanie 143
- Dachau 171
Dammerstock 49, 124
Daxlanden 80, 86, 87
DDR 72, 134, 171, 173, 174
Deutschland 12, 16, 17, 18, 20, 22, 23, 37, 41, 46, 51, 56, 57, 59, 60, 61, 64, 66, 74, 84, 86, 91, 93, 101, 122, 126, 127, 136, 137, 139, 141, 145, 154, 156, 159, 160, 161, 166, 167, 170, 171, 173, 176, 179, 182, 183, 187, 188, 190, 191, 195, 196, 201
– Süddeutschland 52
– Südwestdeutschland 13, 41, 66, 75
– Westdeutschland 134
Dörzenbach 189
Durlach 33, 91, 102, 122, 124, 136, 161, 162
Durlacher Allee 60, 112, 124
- England 138
Essen 22, 32, 96, 160, 173
Ettlingen 52, 87, 164
- Feldbergstraße 136
Festhalle Durlach 91
Forchheim 87
Frankfurt 60, 74, 93, 110, 124, 129, 132, 138, 144, 154, 200
Frankreich 19, 141, 166–168, 171
– Südfrankreich 159
Frauenalb 91, 92, 128
Freiburg 58, 75, 122, 131, 132, 140, 141, 143, 144, 149, 156, 163, 167
Friedrichstal 90
Fürth 74
- Gartenstadt 20
Gartenstraße 165
Gasthäuser/Wirtshäuser 67, 90, 145
– Auerhahn 91
– Elefanten 150
– Hirsch (Daxlanden) 87
– Rose (Heidelberg) 99
– Weißer Berg 73, 159
– Ziegler 76, 91, 125, 129, 173
Gefängnis 22, 52
Gemeindehaus, jüdisches 34, 160
Gesellenhäuschen 163
Graf-Rhena-Straße 42
Griechenland 144
Grötzingen 87, 88
Grünwinkel 86
Gurs 158, 167, 171
- Hagsfeld 32
Halle/Saale 96
Hamburg 13, 24, 36, 74, 139, 145, 146, 154

- Hannover 13, 74, 132, 164, 165
 Hardt 26
 Heidelberg 28, 45, 65, 74, 76, 80, 81, 83, 86–89, 90, 92, 94, 97, 99, 100, 101, 103, 113, 122, 131, 132, 134, 140, 141, 144, 149, 152, 154, 166, 167, 177, 181, 188, 189, 192, 193
 Hengstplatz 162
 Herrenstraße 160
 Hessen 13, 90, 122, 129, 144, 174
 Hilda-Promenade 91
 Hiroshima 172
 Hohloh-Naturschutzgebiet 144

 Innenstadt-Ost 20, 28, 32–35
 Israel 122

 Jahnstraße 49

 Kaiserallee 136, 169
 Kaiserplatz 143
 Kaiserstraße 29, 33, 194
 Kapellenstraße 35
 Karlstraße 11, 194
 Kassel 74, 165
 Kehl 167, 169
 Kernforschungszentrum 116, 177
 Kindergärten/-hort/-tagesstätten 28, 30, 114, 124, 167, 169, 170
 Kirche
 – Ev. Landeskirche Baden 165–167, 180
 – Ev. Oberkirchenrat 166, 167
 – Lutherkirche 167
 – St.-Bernhardus-Pfarrei 112
 Kislau 20
 Klosestraße 136
 Knielingen 17
 Knielinger Kaserne 52
 Kochstraße 169
 Köln 161
 Konzerthaus 93, 104
 Korea 175
 Kraichgau 26
 Krankenhäuser 170
 – Landesfrauenklinik 18, 169
 – Vincentiuskrankenhaus 162, 163
 Kreuzstraße 33, 124
 Kriegsstraße 124
 Kronenstraße 30, 31, 34, 35
 Kunsthalle 138, 144

 Lauterburg 159
 Lazarett 81, 177
 Lehmannstraße 79
 Lerchenberg 161, 162
 London 126
 Ludwigsburg 52, 193
 Ludwigshafen 58
 Lußstraße 160

 Mannheim 13, 22, 23, 31, 40, 44, 58, 65, 80, 87, 90–92, 97, 99, 100, 103, 124, 131, 149, 154, 166, 173
 Marstallstraße 136
 Mathystraße 9, 31, 42
 Metz 95
 Michelsberg 163
 Militärflughafen Söllingen 173

 Moltkestraße 136
 Moninger-Gebäude 139, 194
 Montpellier 166, 167
 Mörsch 87
 Mosbach 87, 92, 131, 188
 Moskau 122, 127
 Mühlburg 163
 München 13, 65, 68, 139, 154, 171, 200
 Münzgebäude 194
 Mutterhaus 166, 169

 Nagasaki 172
 Nähstuben (siehe auch Sachregister, Nähschule) 31–33, 124, 162, 197
 Nancy 157
 Neckarstraße 136
 Neumühl 167, 169
 Neureut 17, 65, 87
 New York 146

 Nordrhein-Westfalen 41
 Nürnberg 100

 Oberpostdirektion 121, 190
 Orgelfabrik 162
 Ostberlin 127
 Österreich 154
 Oststadt 32

 Palästina 138
 Paris 141, 159, 167
 Perlstraße 136
 Pforzheim 40, 92, 94, 99, 100, 141, 188
 Polen 177
 Posen 161, 162
 Rastatt 47, 162
 Rathäuser 34
 – Rathaus an der Beiertheimer Allee 72, 80
 Redtenbacher-Hörsaal 125
 Rhein 18, 26
 Rheinland-Pfalz 94
 Riefstahlstraße 22, 52, 111
 Rintheim 32
 Rüppurr 20, 86, 91

 Scheffelstraße 37, 32
 Schleswig-Holstein 13, 70
 Schliengen 81
 Schöneberg 56
 Schubertstraße 156, 192
 Schülerhorte 125
 Schwarzwald 17
 Schweiz 51, 60, 87, 91, 128, 146, 172
 Siedlerstraße 136
 Sinsheim 92, 131
 Söllingen 87, 90, 173
 Sophienstraße 124, 163
 Spanien 171
 Spessart 164
 Sportplatz 30
 Stadthallensaal 181
 Ständehaus 80
 Stefansplatz 163
 Stephaniestraße 136
 Straßburg 95, 149, 159
 Stuttgart 13, 18, 36, 38, 41, 44, 54, 64, 65, 67, 72, 74, 76,

93–95, 97, 98, 100, 101, 104, 122, 124, 125, 131, 133,
173–176, 181, 184, 185, 188, 189, 192, 193
Südweststadt 34, 163
Suppenküchen 197
Syrien 138

Theresienstadt 60, 158
Thüringen 157
Turmberg 158

Überlingen 131
Ulm 18, 193
Unna 13
USA s. Amerika

Vierordtbad 192
Volksküche 32

Waldhornstraße 35
Wärmestuben 32, 33, 197

Washington 184
Weiherfeld 30
Weingarten 87
Welfenstraße 20, 163
Weltzienstraße 136
Weststadt 33, 98, 130
Württemberg 13, 14, 16, 29, 31, 33, 40, 41, 43, 44, 53, 62,
65–68, 70, 74–76, 81–84, 87, 90, 92, 94, 97, 99, 100,
106, 107, 113, 131, 169, 171, 176, 177, 184, 185,
187–193
– Nordwürttemberg 40, 87, 99, 100, 131
Württemberg-Baden 13, 14, 16, 29, 31, 40, 41, 43, 44, 62,
65–68, 74–76, 83, 84, 90, 92, 94, 106, 113, 131, 184,
185, 187, 188, 190, 192, 193
Württemberg-Hohenzollern 75, 87, 100
Würzburg 144

Zähringerstraße 24
Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) 40
Zürich 91

Personenregister

Bearbeitet von Katja Schmalholz

Adenauer, Konrad 84
Adler 158
Adler, Elise 60
Adler, Erich 60
Adler-Rosenberg, Irene 60
Aichinger, Paula 106, 118
Alt 158
Anders, Charlotte 122, 126, 137, 138, 146, 192
Anders, Reinhard 122
Anzlinger, Luise 42, 48, 84, 102, 118, 122, 128
Arendt, Hannah 46, 51, 54
Aschinger, Fritz 87

Babo, Erika von 136
Baden, Großherzogin Luise von 150, 152, 165, 168, 170
Bähnisch, Theanolte 132, 133
Barowsky, Ella 56
Baum, Marie 81, 95, 131, 139
Baum, Paula 118
Bäumer, Gertrud 55, 56, 73, 95, 125, 138
Baur, Wilhelm 79
Beck 86
Becker-Modersohn, Paula 154
Beckmann, E. 139
Beer, Helene 171
Beisel, Wilhelm 72
Berli 158
Bernardi, Irma 118
Bernhard, Lisbeth 97
Berthold, Hermine 50
Betz, Adolf 87, 91
Betz, Lina 47, 91, 92, 125, 128
Beyer, Anna 74

Binder 163
Bischoff, Anneliese 118
Bischoff, Franz 98, 99, 135
Bischoff, Resi (Theresia) 98
Bittdorf, Marie 129
Blewett, Margaret M. 184, 185, 187, 188, 193
Bodemer, Martha 136
Boehling, Rebecca 200
Böhne, Lotte 98, 136
Brandenburg, Peter 106
Brennecke, Brunhilde 79
Britting, Emilie 98
Burger-Deimling 60

Camphausen, Juliane von 86
Carl, Gertrud 58, 6–63, 137, 141, 143, 144
Cassin, Marta 99
Chmiellewski, Maria 106
Clay, General 183, 184
Coblenz, Lina 29
Cortier, Maria 79
Cuny, Anneliese 147
Curie, Marie 126
Curtius, Hertha 140

Damerius, Emmy 171
Deck, Karl 65, 68, 87
Dehler, Thomas 94
Dehmel, Ida 154, 156
Derichs-Kunstmann, Karin 71
Deusch, Juliane 118
Diemer-Nicolaus, Emmy 97, 99, 1000
Dietz, Edith 51, 91, 128, 151, 172, 176

- Dietz, Friedrich K. H. 91, 116, 172
 Döhring, Clara 68, 70
 Dörzenbach 87
 Droste-Hülshoff, Annette von 125
 Durand-Wever, Anne-Marie 171
- Ebertsheim 60
 Eisenhower, Dwight D. 64
 Eistetter, Amanda 106
 Ellenrieder, Marie 82
 Erbrich, Ilse-Maria 106, 151
 Euler 94
- Fabeck, Hildegard von 156
 Falkenberg, Erdmuthe 45, 101, 120, 131, 133, 134, 202
 Fath, Venna 79
 Fichtl, Franz 48–50
 Finter, Julius 139
 Fischer 163
 Fischer, Kaspar 111
 Fischer, Kunigunde 15, 28–30, 46, 48, 50, 73, 77, 101–103, 106, 110–118, 125, 129, 136, 189, 198
 Fischl, Lilly 138
 Flößer, Karl 67
 Förderer, Maria 136
 Forkert, Emilie 118
 Franco Bahamonde, Francisco 171
 Frank, Annemarie 118
 Frey, Karoline 106
 Freyss 58
 Friese-Korn 100
 Fritze, Maria 43, 44, 54
 Frommhold, Helene 152, 153, 180
 Fruhstorfer 113
 Furrer sen., August 20, 34, 72
- Gaber, Erna 136, 164, 165
 Gebhardt, Ruth 79
 Geisler, Claire 118
 Giesemann, Martha 76
 Gillet 136, 165, 190
 Glatzer, Erna 30, 118
 Goldschmidt, Frieda 122
 Goldschmidt, Maria 60
 Gönnewein 99
 Gosses, Trudel 79
 Gotthelf, Herta 73
 Goyert, Olly 147
 Grabbes, Christian Dietrich 185
 Gramlich 158
 Graun, Rita 156
 Grimm, Ruth 171
 Großwendt, Elisabeth 21, 42, 43, 48–50, 89, 94–98, 99, 101–104, 118, 121–125, 128, 130, 191, 193, 196, 198, 200
- Haag, Anna 38, 44, 76, 77, 101, 185, 187, 189, 192
 Hagen 125
 Hahn, Lorena B. 183, 184
 Haidinger, Alice 122, 145–149, 179, 193, 194, 198
 Hamann, Erna 144
 Hammann, Gertrud 51, 166–168
 Härdle-Munz, Eleonore 157
 Hartnagel, Anna 97
 Hasenkamp, Elfriede 148, 156
 Hatzky, Edith 157
- Hauck, Maria 147, 148
 Heidenhain, Kati 157
 Heidt, Rose 98, 102
 Heinrich, Josef 19, 33
 Heller 100
 Henninger, Loni 118
 Hertel, Irma 175
 Heurich, Fridolin 65, 79
 Heuß, Theodor 94
 Heuss-Knapp, Elly 95, 151
 Heyden, Frau von der 42, 190
 Himmelheber, Kathinka 121–124, 126, 127, 130–134, 176, 180
 Himmelheber, Luitgard 122
- Hirschmann, Karl 87, 88
 Hitler, Adolf 23, 31, 46, 54, 56, 82, 89, 91, 93, 111, 169, 175
 Höfer, Hanna 48
 Hofmann, Elisabeth 126
 Hofmann, Else 84
 Hofmann, Hertha E. 152
 Hofmann, Hilde Hertha 152
 Hohlfeld, Ingeborg 132, 137, 194
 Holt, Elizabeth 184, 190, 191
 Holtzmann, Friedrich 129, 151
 Holtzmann, Gertrud 129, 136, 151, 152, 176
 Homburger 159
 Hoover, Herbert 26, 32
 Horch, Frieda 79
 Horn 190
 Horn-Zippelius, Dora 154
 Hueh, Ricarda 125
 Hummel, Rosa 106
 Hummel-König, Lilli 156
 Hunter, Berta 192
 Hust, Hilde 130
- Jaffé 60
 Jäger, Friedrich 48
 Jochmus 87
 Jordan, Margarete 118
 Jost, Anna 106
 Jungblut(h) 136
- Kahn, Luise 158, 160
 Kahn, Renate 118, 158
 Kahn, Rudolf 158
 Kaiser, Jakob 80
 Kamm, Elisabeth 110, 115, 118, 147, 180
 Kapp, Else 122
 Kardorff, Kathinka von 132
 Kasper, Thusnelda 118
 Kästel, Frieda 48
 Katz, Hanna 97
 Kaufmann, Eugenie 154
 Kern, Käthe 79, 171
 Kern, Rosel 79
 Kesenheimer, Waltraud 135
 Keßler, Albert 94
 Keßler, Ursula 98
 Kessler, Hermann 94
 Kessner, Anni 98
 Keussen 118
 Kirchenbauer 144
 Kircher, Gerda 138
 Kleist, Lina von 180

- Klotz, Günther 20, 23, 73, 107, 114, 116
 Klozbieger, Erna 34
 Knittel, Frau E. 98
 Knoll, Helli 129
 Koffka 57
 Kohler 24
 Kölbach, Christian 69
 Kollwitz, Käthe 126, 154, 175
 Konz, Karl 65, 67, 69, 77, 148
 Konz 23, 29, 40
 Konz, Marie 29
 Köbler, Dorothea 102
 Krämer, Liesel 79
 Krauss 158
 Kropp, Martha 156
 Krüger-Nieland, Gerda 147, 148
 Krumme, Elisabeth 141, 143
 Kühn 84
 Kühn, Siegfried 79
 Künzler, Paula 102
 Kurz, Paula 48, 102
- Lamberg, Annemarie 106
 Landgraf, Hanne 30, 34, 35, 50, 77–79, 87, 102, 106,
 110–116, 118, 119, 198, 201
 Landgraf, Rolf 111
 Lane 152
 Lange, Elena 122, 140, 156
 Lange, Helene 73, 95, 123, 133, 201
 Langendorf, Antonie 44, 91
 Langner, Ilse 50, 51
 Lau, Wilhelmine 98
 Leicht, Sofie 79
 Leidig, Sabine 71
 Leimbach, Anna 102, 161, 162, 194
 Leimbach, Gretel 161, 162, 194, 195
 Leimbach, Joseph 161
 Libal, Erika 48, 117, 118, 124, 132, 140, 193
 Liebenam-Holzhausen, Lore 59
 Liebler, Doris 48, 76
 Litwa, Roswita 118
 Lorbeer, Emmy 157
 Löw, Deta 86, 126, 165
 Löw, Hanns 86, 126
 Lüders, Marie Elisabeth 56, 57, 95, 96, 98, 125, 132, 171
 Lust, Franz 146
 Lust, Lilly 146
 Luxemburg, Rosa 79
- Maas, Johanna 60
 Maier, Auguste 102
 Maier, Elise 98
 Maier, Elsbeth 117, 118
 Maier, Reinhold 94
 Maierheuser, Hermine 156
 Mainhardt, Mathilde 79
 Mandigo, Pauline 193
 Mangler, Emil 19
 Mantel, Susi 84
 Marx, Lore 60
 Matheis, Maria 164
 Mattern, Elise 79
 Matthias, Friederike 57, 61
 May 146
 May, Hannelore 98
 Mayer 87
- Mayer, Gertrud 118
 Meier, Liesel 79
 Melzer, Hanna 175
 Menzinger, Toni 107, 110, 111, 113–116, 118, 119, 147, 179,
 200, 201
 Menzinger, Willy 113
 Meyer, Birgit 199
 Meyer-Laule, Emmy 76
 Michel 159
 Michel, Ernst 159
 Müller, Elfriede 118
 Müller, Leonie 48
 Münzesheimer-Kander 60
 Mußler, Luise 118
 Mussel 158
- Nachmann, Hertha 158–160
 Nachmann, Otto 158, 159
 Nachmann, Werner 159, 160
 Napoleon Bonaparte 76
 Naumann, Erich 113
 Naumann, Luise 87, 102, 103, 107, 110, 111, 113, 114, 118
 Nückel, Liselotte 147, 194
- Ochs, Baronin Emma 136
 Ollenhauer, Erich 74
 Ondarza, Irm de 177, 179
 Orth, Luise 48
- Paech, Meta 106
 Paepcke, Lotte 147
 Pander, Luise 136, 137, 144
 Pappenheim, Bertha 160
 Paul, Elfriede 106
 Paul, Else 52, 53, 168
 Peach, Meta 117
 Pfalzgraf, Frieda 118
 Pfirmann, Walter 70
 Pissawotzki, Erna 118, 125
 Pistiner 158
 Pitz-Savelsberg 81, 86
 Plum, Maria 143
 Pöschl 180
 Preß-Rot, Mathilde 156
 Proumen, Alice 136, 154, 156
- Racknitz, Baronin von 165
 Ramstein, Karl 79
 Rebske, Hanna 157
 Reger, Frieda (Friedel) 30, 90, 91, 102, 103, 118, 171
 Reger, Rudolf 90
 Reichel 106
 Reicke, Ilse 22
 Reifenberg 35
 Remmele, Gertrud 106, 107, 118
 Richter, Hildegard 98
 Riedinger, Berthold 31, 87, 92, 117
 Riegger, Luise 54, 55, 72, 94–96, 98–100, 102–104, 106,
 107, 114, 117–119, 121, 122, 126, 129, 130, 134–136,
 180, 191, 194, 198
 Riesterer, Otto 29
 Rinser, Luise 125
 Ritter 92
 Ritter, Lina 102, 106
 Rosenberg 173
 Rosenberg, Maria 91

Roth, Maria 48, 60, 62, 63, 125, 137, 138, 141
Rothweiler, Else 79, 110, 118
Rotmund, Toni 156
Rüde, Albert 79

Sanders, Therese 125
Schanzenbach, Marta 73, 75
Schaser, Angelika 56
Scheffler, Erna 133, 140, 141, 147, 194, 202
Scherer, Ida 102
Scherer, Maria 80, 84
Schilling, Lina 79
Schindelka, Hedwig 106
Schlüter-Hermeks 57
Schmid-Burgk 99
Schmidt, Berta 70
Schmidt, Elisabeth 98, 117, 118
Schmitteckert, Irma 66
Schneider, Hilde 147, 179, 180
Schnepf, Irma 91, 106, 172
Scholtz-Klink, Gertrud 52–54, 58, 61, 95, 139, 168
Schönborn, A. 56
Schöpf, Carl 98
Schöpf, Melitta 97–100, 110, 118, 147, 165
Schröder 145, 146, 194
Schroth, Erika 118
Schulze, Emma 201
Schumacher, Kurt 74, 76, 106
Schütz, Lena 79
Schwamberg, Bertel 157
Schwank, Toni 136
Schwarz, Ruth 48, 84, 118
Schwarzhaupt, Elisabeth 84, 141
Schweiger, Paula 141
Schweikert 74
Schweikert, H. 141
Schweitzer, Lina 66
Seib, Franz 87
Seitz, Sofie 48, 106
Selbert, Elisabeth 74
Serelmann-Küchler, Elisabeth 139
Seufert, Elisabeth 118, 122, 148
Seul, Frieda 98
Shankland, Katherine R. 184
Siebert, Albert 81
Siebert, Clara 81, 82, 86, 125, 161
Siebert, Karl 30, 34, 36
Sillus, Martha 106
Singer, Max 72
Sinner 117, 118
Spiess, Leonie 48, 98, 102
Sprauer, Elisabeth 79
Sprauer, Franz 79
Steffelin, Margot von 156
Steilberger, Hede 145, 147
Stocker, Fanny 118
Stocker, Stefanie 48
Stöcker, Helene 92
Storbeck, Grete 102

Strauss 158
Strohbach 93
Stüber, Lisa 118
Suttner, Berta von 126
Szagunn, Ilse 57

Teichmann, Charlotte 102
Tietz 136
Töpfer, Friedrich 72, 124
Trinks, Emma 29
Turek, Ida 102

Überle-Doerner, Lotte 156
Überschaer, Ilse 156
Umhauer 115

Veit, Hermann 37, 72, 97, 99, 106, 115
Velsen, Dorothee von 126, 132, 139
Vietzen, Hanne 97, 99
Vögt, Grete 78, 110
Voigt, Christiane 156, 157
Voigt-Schweikert, Margarete 156, 157
Voss, Anni 152

Wächter, Lilli 175
Wagner, Frieda (Friedel) 106, 136
Wagner, Hilde 87–91, 106, 136, 171, 173, 174
Waibel, Renate 98, 99
Walch, Anna 43, 48, 83, 84, 86, 87, 102, 103, 106, 107,
111–116, 118, 124, 136, 148, 190, 193
Walker, Carol E. 136
Walter, Gisela 30, 118, 128, 162–164
Walter, Ludwig 163
Webel, Margarete 136
Weber, Helene 84, 86, 132
Weber, Maria 68, 106
Weber, Marianne 131
Weik, Hanna 118
Weiler, Marta 29
Weiler, Tilly 106
Weis, Ida 118
Weiterer, Maria 131
Weymann, Martha 106
Willich, Johanna 57, 58, 61
Wittmann, Maria 48
Wolff 148
Woodhouse, Chase Going 64, 120, 187, 190, 191
Wortmann 190
Wuermeling 200
Wuesthoff, Freda 131, 132

Zahn-Harnack, Agnes von 57, 79, 132, 138, 141
Zepp, Paula 106
Zetkin, Klara 79
Zietz, Martha 150
Zöller, Hannelore 141, 147
Zöller, Irma 102
Zöllner 87
Zorn, Lilo 158, 160

Sachregister

Bearbeitet von Ernst Otto Bräunche

- Abtreibung 18
- Alliiertes Kontrollrat 40, 41
- Ami-Liebchen 20, 22
- Ämter, staatliche
 - Arbeitsamt 23, 40, 67, 148, 190
 - Arbeitsministerium Baden 95
 - Badische Fabrikinspektion 95
 - Bundesverfassungsgericht 140, 145 194
 - Finanz- und Wirtschaftsministerium Baden 113
 - Generallandesarchiv Karlsruhe 184
 - Gesundheitsamt 22, 26, 190
 - Kriegsamt 81
 - Kriegsamtstelle Straßburg 95
 - Landesamt für Arbeitsvermittlung Württemberg 95
 - Landesanstalt für Arbeitsvermittlung 122, 138
 - Landesarbeitsamt Hessen 122
 - Oberlandesgericht Karlsruhe 91
 - Reichskammer der Bildenden Künste 154
 - Spruchkammer (siehe auch Entnazifizierung und Ämter, städtische, Entnazifizierungsausschuss) 47, 48, 50, 52, 53, 61–63, 102
 - Verwaltungsgericht 122
- Ämter und Ausschüsse, städtische
 - Armen- und Waisenrat 111
 - Ausschuss für Schulwesen 117
 - Bauausschuss 115
 - Beirat für die Höheren Schulen 113
 - Bezirksverwaltungsamt 20, 22, 33, 34, 36, 130
 - Bezirksverwaltungsamt Innenstadt-Ost 28
 - Ernährungsamt 37
 - Entnazifizierungsausschuss 117
 - Flüchtlingsausschuss 117
 - Fürsorgeamt 48
 - Fürsorgeausschuss 96, 114, 115, 117
 - Gewerbeausschuss 118
 - Jugend- und Schulausschuss 112
 - Jugend- und Sozialamt 163
 - Jugendamt 49, 96, 190
 - Jugendamtsausschuss 116, 117
 - Jugendwohlfahrtsausschuss 96
 - Kraftfahrzeugzulassungsausschuss 117
 - Krankenhausausschuss 114, 115
 - Kulturausschuss 117
 - Personalamt 37–39
 - Personalausschuss 115
 - Ratschreiberei 19
 - Schätzungsausschuss 117
 - Schulausschuss 96, 114, 115, 117, 119
 - Sozialamt 37
 - Sozialausschuss 114, 115, 118
 - Stadtjugendausschuss 164
 - Technikausschuss 118
 - Verwaltungsausschuss 115, 118
 - Wirtschafts- und Beschaffungsamt 37
 - Wirtschafts- und Kontrollamt 37
 - Wirtschaftsausschuss 118
 - Wirtschaftskontrollausschuss 117
 - Wohnungsausschuss 114, 117
 - Wohnungs- und Quartieramt 117
- Antikommunismus 174
- Antisemitismus 166
- Arbeiterbewegung 46, 86, 92, 111, 199
- Arbeitslager 52
- Arbeitslosigkeit 76, 116
- Ausländer 139, 141, 167, 171, 191
- Ausstellung 154, 157, 158
- Beratungsstellen
 - Beratungsstelle für Verlobte und Eheleute 147
 - Berufsberatungsstelle 122, 138
 - Ehe-, Familien- und Partnerschaftsberatung Karlsruhe e. V. 179
 - Eheberatungsstelle 124, 152, 161, 179
 - Heim der Frau und Familie 153
 - Verbraucherberatungsstelle 181
- Berufe
 - Akademikerin 56–58, 61, 62, 136–141, 143–145
 - Amtsgerichtsrätin 54
 - Angestellte/Angestellter 57, 76, 92
 - Anwalt/Anwältin 146, 147
 - Apothekerin 147
 - Arbeiter/Arbeiterin 26, 57, 68, 70, 92
 - Arzt/Ärztin 58, 92, 124, 147
 - Assessor/Assessorin 122, 146
 - Atomphysikerin 131
 - Bauer/Bäuerin 92, 173
 - Berufsberaterin 147
 - Bibliothekarin 122
 - Bildhauerin 147, 156
 - Buchhalterin 147
 - Buchhändlerin 147
 - Bürgermeister 19, 31, 33, 87, 88, 92, 106, 117, 188
 - Bundesrichter/Bundesrichterin 143, 146
 - Bundestagsabgeordnete 79, 81, 86, 96, 100, 141
 - Bundesverfassungsrichter/Bundesverfassungsrichterin 133, 147
 - Chemikerin 87
 - Dekorateur 67
 - Deutschlehrerin 167
 - Diplom-Ingenieurin 60
 - Dolmetscherin 37
 - Dozentin 194
 - Eheberaterin 147
 - Elektriker 87
 - Erzieherin 167
 - Fabrikarbeiterin 76
 - Facharbeiterin 41
 - Feinmechaniker 67
 - Fotograf/Fotografin 67, 147
 - Frauenreferentin 99
 - Fürsorgerin 147, 164, 167
 - Fußpflegerin 147
 - Geigerin 156
 - Gesundheits- und Jugendfürsorgerin 163
 - Gewerbeamt 129
 - Gewerbeaufsichtsbeamtin 95
 - Glaser 67
 - Handwerker 92
 - Hauptlehrerin 122
 - Hausfrau 25, 42, 44, 68, 69, 74, 76, 92, 104, 121, 123,

- 137, 149–153, 166, 179, 181, 182
- Haushaltshilfe 167
- Hebamme 35
- Historikerin 56
- Honorarprofessor 57
- Jugendamtsleiterin 103
- Jugenddekanatsleiter 163
- Juristin 43–45, 48, 84, 97, 101, 117, 122, 124, 131, 132, 137, 140, 145, 146, 193
- Justizangestellte 147
- Kanzleileiterin 147
- Kindergärtnerin 167
- Komponistin 156
- Kosmetikerin 147
- Kreisschulrat 194
- Kunsthandwerkerin 154
- Kunsthistorikerin 138
- Kunstlehrerin 157
- Landesfürsorgerin 166
- Landesgewerbearzt 151
- Landgerichtsärztin 147
- Landtagsabgeordnete 54, 76, 86, 91, 111, 112, 161, 185
- Lehrer/Lehrerin 62, 118, 119, 156, 162, 194
- Literatin 156
- Maklerin 147
- Maler/Malerin 67, 82, 154, 156, 157
- Märchenerzählerin 148, 156
- Ministerialrat 113
- Ministerin 84, 106, 141
- Möbelfabrikant 122
- Modistin 166
- Mühlenbesitzer 111
- Notar 57
- Oberbürgermeister 20, 23, 37, 38, 50, 72, 73, 106, 107, 114–116, 124, 130, 139
- Oberstudienrätin 87
- Optiker 67
- Parteisekretärin 99
- Patentanwalt/Patentanwältin 58, 131
- Pfarrer 126
- Pianistin 147, 156
- Polizeikommissarin 125
- Polizeipräsident 194
- Postangestellte 147
- Privatdozent 57
- Professorin 60
- Prokuristin 147
- Prostituierte 35
- Publizistin 185
- Putzfrau 34, 39
- Rechnungsdirektor 56
- Rechtsanwältin 83, 124, 140, 143, 179
- Rechtsassessorin 141
- Redakteurin 96, 103, 122, 147
- Regierungsrätin 147
- Reichstagsabgeordnete 161
- Rektor 163
- Rentner 76, 92
- Richter/Richterin 194
- Schneidermeisterin 162
- Schreibkraft 34, 38
- Schreiner 67
- Schriftleiterin 96
- Schriftstellerin 50, 147, 156
- Schularztin 190
- Sozialarbeiterin 163, 167
- Stadtdekan 79
- Stenotypistin 38, 88
- Straßenbahn-Oberschaffner 38
- Student/Studentin 137, 138, 144, 145, 194
- Studienassessorin 137
- Studienrat/Studienrätin 58, 106
- Theologin 167
- Unternehmerin 147
- Verkäuferin 147
- Vertreterin 147
- Verwaltungs-Obersekretärin 38
- Verwaltungsangestellte 147
- Verwaltungsgerichtsrätin 122, 140
- Volkswirtin 151
- Wirtschaftsminister 106
- Zahnarzt 58
- Zahntechniker 58
- Zeichenlehrerin 157
- Besatzungsmacht 13, 16–19, 22, 23, 25, 33–35, 51, 87, 88, 130, 135, 171, 182, 184, 188, 201
- Besatzungstruppen 14, 17–20, 33, 125, 162, 164, 175
- Besetzung 17–20, 33, 48, 70, 72, 111, 115, 119, 145, 159
- Bevölkerung 15, 17, 19, 26, 32, 34, 36, 40, 44, 47, 52, 64, 82, 87, 88, 101, 117, 125, 129, 168, 182, 196
- Bombenangriff 162
- Care-Pakete 190
- Demokratie 45–47, 64, 65, 73, 77, 90, 101, 120, 179, 182, 183, 198
- Demokratisierung 13, 182
- Deportation 156, 158
- Doppelverdiener 38, 39, 141, 145
- Drittes Reich (siehe auch Nationalsozialismus) 36, 62, 198
- Education and Religios Affairs Branch 183
- Education und Cultural Relations Division 183
- Ehescheidung 28
- Eingliederung 58, 168, 169
- Emanzipation 14, 96, 123, 199
- Emigrantin 183
- Entnazifizierung 36, 39, 46–48, 50–55, 61, 63, 88, 124, 182
- Entnazifizierungsausschuss 48, 50, 114, 117
- Ernährungskrise 24
- Erwachsenenbildung 184
- Europäisches Parlament Straßburg 149
- Evangelische Landeskirche in Baden 166
- Evangelischer Oberkirchenrat 166
- Fabriken und Firmen 64, 122
 - Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken (DWM) 40
 - Himmelheber, Möbelfabrik 122
 - Industrierwerke Karlsruhe (IWKA) 40
 - Junker & Ruh 78
 - Krupp-Werke 173
 - Majolika-Manufaktur 156
 - Orgelfabrik 162
 - Printz 148
 - Wolff & Sohn 41
- Familienrechtsreform 149
- Feministin 187
- Flüchtling 24, 25, 136, 167, 185, 191
- Franzosen 19, 20, 33, 47, 50, 52, 163
- Fraternisierung 20
- Frauenarbeit 16, 37, 43, 52, 62, 65, 67–71, 73–76, 78, 79, 82, 84, 86, 87, 90–92, 96, 98–100, 102, 122, 139, 158,

- 160–162, 164–169, 179, 187, 189–192
- Frauenbewegung 12, 14–16, 21, 29, 41–43, 46, 48, 50, 51, 53–56, 58, 59, 71, 73, 79, 81, 94–96, 98, 102, 114, 121–123, 125–129, 131–136, 139, 144, 145, 148, 150, 157, 160, 162, 165, 168, 170, 175, 176, 179, 181, 182, 188–193, 197–200, 202
- Frauenbild 92, 181, 199, 200
- Frauenfriedensbewegung 176
- Frauentgeschichte 14, 63
- Frauenpolitik 13, 15, 16, 31, 67, 71, 86, 93, 101, 129, 130, 182, 184, 188, 189, 196
- Frauenquote 74
- Frauenrechte 14, 96, 97
- Frauenrechtskämpferin 198
- Frauenstimmrecht 165
- Frauenverbände (einzelne Frauenverbände siehe Vereine und Verbände) 14–16, 36, 95, 131, 132, 136, 137, 139, 140, 144, 147, 149, 152, 156, 158, 161, 165, 174–176, 179–183, 189, 194, 200, 202
- Frauenwahlrecht 73, 77, 82, 111, 170
- Frieden 25, 46, 76, 84, 86, 93, 123, 126, 127, 163, 170, 171, 177, 185
- Fürsorgepolitik
- Gefangenenfürsorge 161
- Gemeindeordnung 115
- Gemeinderat 14, 15, 64, 78, 101, 102, 110–114, 116, 117, 119, 180, 185, 188, 197
- Gericht 63, 147
- Geschlechterverhältnisse 23, 48, 120, 181, 190, 198
- Gesetze
- Ermächtigungsgesetz 82
 - Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus 48, 54
 - Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums 57
 - Grundgesetz 13, 39, 44, 45, 96, 126, 133–135, 140, 144, 173, 175, 179, 200
 - Nürnberger Gesetze 113
- Gestapo 62
- Gewerkschaften 14, 15, 23, 31, 46, 64, 65–71, 81, 89, 120, 129, 130, 132, 148, 185, 188, 192, 196
- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB) 65–68, 70, 130
 - Christliche Gewerkschaften 65
 - Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) 66
 - Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 65–71
 - Deutscher Metallarbeiter-Verband 65
 - Freier Deutscher Gewerkschaftsbund 65
 - Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen 66
 - Gewerkschaft Textil und Bekleidung 66
 - Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden 65
 - Gewerkschaftsjugend 78
 - I.G. Bau, Steine, Erden 66
 - I.G. Metall 66, 70
- Gleichberechtigung 12, 15, 44, 45, 74, 77, 79, 89, 90, 92, 93, 96, 127, 133, 134, 140, 143, 145, 149, 165, 173, 179, 182, 187, 200–202
- Gleichschaltung 156
- Gleichstellung 84, 100, 126, 137, 140, 145
- Hamsterfahrten 26
- Hitlerjungen 17
- Hochschulen (siehe Schulen)
- Hoover-Speisung 32, 33, 162, 190
- Industrialisierung 43, 68
- Industrie 40, 41, 66, 69, 71
- Internationale Brigaden 171
- Internierungslager 55
- Israelitische Religionsgemeinschaft 160
- Jugendarbeit 162, 163, 184
- Jugendfürsorge 161
- Jungsozialisten 190
- Kaiserreich 28, 46, 73, 75, 79, 90, 98, 131, 151, 152, 160, 161, 168, 170, 176, 182, 197, 198, 201
- Katholiken 80, 199
- Kirche 51, 136, 165, 168, 179, 181, 185, 190, 191, 198
- Komitee, antifaschistisches 47
- Kommunist/Kommunistin 30, 44, 65, 87, 88, 91, 93, 131, 148, 172, 173
- Kriege
- Erster Weltkrieg 12, 18, 29, 36, 38, 53, 95, 114, 160, 161, 165, 170, 176
 - Kalter Krieg 86, 93, 117, 127, 136, 174, 176, 183
 - Korea-Krieg 175
 - Zweiter Weltkrieg 16, 17, 31, 96, 98, 114, 138, 145, 160, 164, 168, 170, 175, 176, 201, 202
- Kriegerwitwe 28
- Kriegsende 13, 14, 17, 18, 23, 24, 29, 39, 44, 51, 74, 81, 82, 91, 104, 111, 113, 118, 122, 125, 127, 135, 157, 158, 161–163, 166, 167, 202
- Kriegsgefangene 24
- Konzentrationslager (KZ) 19, 20, 34, 87, 91
- Landesfrauenausschuss 68, 99, 100
- Landtag 65, 77, 79–81, 83, 116, 117, 192
- Lebensmittelkarten 26, 34, 40, 135
- Liaison and Security Office (LSO) 189, 191
- Luftangriff 17, 24, 162
- Machtergreifung, -übernahme 12, 48, 91, 95, 111, 113, 139, 150, 158, 161, 165, 166, 168
- Mädchenbildung 41, 61, 62
- Marshall-Plan 200
- Militärregierung 16, 19, 22, 26, 29, 38, 40, 47, 48, 50, 61, 65, 72, 87, 88, 94, 106, 117, 121–125, 128, 129, 145, 147, 150, 159, 182–185, 187–194, 196
- Moskauer Außenministerkonferenz 93
- Nahrungsmangel 14, 24–26, 104
- Nationalsozialismus 14, 15, 18, 20, 21, 29, 30, 36, 37, 39, 46–49, 50, 52–56, 61–64, 73, 78, 81, 82, 88, 91, 102, 111, 113, 114, 120–122, 128, 138, 141, 145, 146, 154, 159, 160–169, 170–172, 176, 185, 187, 194, 198, 199
- Nationalversammlung 95, 96
- Oberkirchenrat 167
- Oberrat der Israeliten in Baden 159
- Office of Military Government for Germany [US] (OMGUS) 182–184
- Paragraph (§) 218 18, 79, 92, 124, 125, 165, 173
- Parteien 12–16, 21, 23, 25, 29, 46, 48–50, 55, 62, 64–67, 69, 71, 72, 74–84, 86–104, 106, 107, 110, 111, 113–115, 117, 118, 120, 122, 125, 126, 128, 129, 130, 135, 136, 170, 172, 174, 176, 181–183, 185, 187–189, 191, 192, 196, 197, 199, 200, 202
- Christlich Demokratische Union (CDU) 15, 42, 43, 48, 54, 71, 72, 79–84, 86, 87, 101–103, 106, 107, 110–117, 122, 124, 125, 128, 136, 141, 147, 148, 151, 162, 171,

- 189, 190
- Christlich Demokratische Partei (CDP) 80, 94
- Christlich Soziale Union (CSU) 81
- Deutsche Demokratische Partei (DDP) 21, 81, 94–96, 102, 122
- Demokratische Volkspartei (DVP) 48, 72, 93, 94, 96–98, 101–103, 106, 125, 136
- Deutsche Friedensunion (DFU) 175
- Die Grünen 111
- Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei (FDP/DVP) 15, 56, 72, 81, 93, 94, 96–102, 106, 107, 110, 117, 122, 125, 136, 147, 148, 174
- Freie Soziale Union (FSU) 106
- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD, siehe auch Kommunist/Kommunistin) 15, 29, 31, 34, 43, 44, 46, 48, 66, 72, 87–93, 102, 103, 106, 111, 116, 117, 125, 128, 170–176, 199
- Kommunistische Partei Deutschlands/Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (KPD/SED) 170
- Liberaldemokratische Partei (LDP) 96, 171
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 34, 46, 47, 52, 54, 57, 59, 61, 62, 95, 117, 154
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD, siehe auch Sozialdemokrat/Sozialdemokratin) 13, 15, 29, 30, 34, 43, 46, 48, 66, 67, 71–79, 81, 87, 90–92, 100–103, 106, 110–112, 115, 117, 125, 129, 132, 136, 175, 176, 185, 189, 199
- Vaterlandspartei 150
- Wählergemeinschaft der Heimatvertriebenen (WdH) 106
- Zentrum 65, 79–81, 102, 161, 164
- Partizipation 12–14, 46, 71–73, 76, 89, 102, 111, 115, 119, 120, 125, 134, 188, 199, 200
- Polizei 17, 39, 79, 125, 174, 175, 190
- Post 147
- Presse 41, 148, 185, 190, 194, 197
- Prostitution 35, 43
- Radio Stuttgart 104
- Re-Education-Programm 182, 196
- Reichstag 82, 96
- Revolution 1848/1849 120
- Schulen und Hochschulen 89, 113, 125, 170, 173, 185, 192
 - Akademien 153, 154
 - Bismarck-Gymnasium 61, 138
 - Einheitschule 125
 - Evangelische Soziale Frauenschule in Freiburg 167
 - Fichte-Gymnasium 60, 62, 137, 138, 157, 162
 - Fortbildungsschule 162
 - Gymnasium Durlach 122
 - Gymnastikschule Hürde-Munz 157
 - Haushalt-Akademie 152
 - Haushaltungs- und Frauenfachschule 42, 115
 - Haushaltungsschule 151, 152
 - Hauswirtschaftliche Lehrwerkstätten 151, 152
 - Hochschulen 89, 144
 - Karlsruher Akademie 157
 - Konservatorium Montpellier 167
 - Krankenpflegeschule des St. Vincentius-Krankenhauses 162
 - Kunsthochschule 146
 - Landeskunstschulen 154
 - Landwirtschaftliche Berufsschule Grünwettersbach 194
 - Lessing-Gymnasium 98
 - Malerinnenschule 138, 153
 - Mütterschulen 153
 - Musikhochschule 113
 - Nähsschule 42
 - Soziale Frauenschule Freiburg 163
 - Soziale Frauenschule Mannheim 124
 - Städtische Haushaltungs- und Frauenfachschule 42
 - Technische Hochschule 41, 125, 138, 141
 - Theaterakademie 156
 - Universitäten 89, 131, 141, 167
 - Volksschulen 119, 139
- Schulreform 119
- Schutzhaft 91
- Schwangerschaftsabbruch 18, 125
- Schwarzmarkt 26
- Sozialdemokrat/Sozialdemokratin 12, 20, 15, 30, 34, 38, 44, 46, 50, 65, 72, 73, 76–79, 80, 88, 93, 101, 113, 115, 125, 129, 131, 148, 173, 176, 185, 194
- Soziale Marktwirtschaft 200
- Sozialpolitik 115
- Sozialversicherungssystem 195
- Spruchkammer 47, 48, 50, 52, 53, 61–63, 102
- Stadtrat/Stadträtin 15, 43, 49, 77–80, 83, 86, 87, 91, 96, 98, 101–103, 106, 107, 110–119, 124, 130, 131, 135, 147, 148, 164, 165, 180, 181, 190, 194, 200, 202
- Stadtverordnete 101, 102
- Stadtverordnetenversammlung Durlach 161
- Streik 181
- Sudetendeutsche 162
- Trinkerfürsorge 161
- Trümmerfrau 12, 23
- Trümmerräumung 24
- US-Besatzungsmacht 182
- US-Militärregierung 183
- Verbände und Vereine 12, 16, 46, 55, 61, 73, 137, 139, 141, 148–150, 153, 169, 179, 181, 188
 - American Women's Club 136
 - Arbeiterwohlfahrt (AWO) 28, 29–34, 78, 91, 112, 114, 147, 170, 181, 190, 201
 - Arbeitsgemeinschaft deutscher Frauen und Mädchen 58
 - Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenorganisationen (AKF) 16, 99, 137, 144, 152, 176, 179–181, 200
 - Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) 79
 - Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Vertrauensstelle für Verlobte und Eheleute 130
 - Arbeitskreis Frau in der Gesellschaft 100
 - Arbeitskreis Liberale Frauenpolitik 101
 - Aufräumungs-Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe (AAK) 23
 - Badischer Verband für Frauenbestrebungen 58
 - Badischer Frauenverein 12, 16, 53
 - Badischer Kunstverein 154, 157
 - Badischer Verband für Frauenbestrebungen 54, 95, 138, 139
 - Berliner Frauenausschüsse 36, 130
 - Berliner Frauenbund 124
 - Bund Badischer Künstlerinnen (BBK) 154, 156
 - Bund der Deutschen Akademikerinnen 136
 - Bund Deutscher Ärztinnen 61
 - Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) 12, 73, 95, 96, 125, 128, 133, 165
 - Bund Deutscher Mädel (BDM) 162
 - Bund Hamburgerischer Künstlerinnen und Kunstfreundinnen 154
 - Caritas 21, 31, 162, 170, 190

- Centre Sanitaire Suisse (CSS) 91
- Christlicher Verband weiblicher Jugend YWCA 190
- Club berufstätiger Frauen 130, 147, 148, 179, 193, 198
- Dachverband der Jüdischen Frauenvereine in Deutschland 160
- Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD) 16, 91, 132, 136, 137, 170–176
- Demokratischer Verein 94
- Deutsch-Amerikanischer Frauenclub 136
- Deutsch-Evangelischer Frauenbund 98
- Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) 179
- Deutscher Akademikerinnenbund (DAB) 15, 16, 56–63, 122, 137–141, 143–145, 147–149, 156, 175, 176, 194
- Deutscher Berufsverband der Sozialarbeiterinnen 136
- Deutscher Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation 150
- Deutscher Caritasverband 164
- Deutscher Evangelischer Frauenbund (DEF) 137, 164
- Deutscher Frauenrat 148
- Deutscher Frauenring (DFR) 131–135, 143
- Deutscher Hausfrauen-Bund e. V. 151, 153
- Deutscher Lyceums Club 136
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e. V. 153
- Deutscher Staatsbürgerinnen-Verband 126
- Deutscher Verband berufstätiger Frauen 149
- Deutscher Verband der Hausfrauenvereine 149, 150
- Deutsches Frauenwerk 58, 60, 150, 168
- Diakonisches Werk 170
- Die Falken 72
- Evangelischer Frauenbund 136
- Evangelisches Dorfhelferinnenwerk 168
- Frankfurter Frauenausschuss 129
- Frauen-Ausschuss Hamburg e. V. 36
- Frauen-Vinzenz-Konferenzen Karlsruhe 113
- Frauenbund der Flüchtlinge und Heimatbertriebenen 136
- Frauengruppe Hardeck Siedlung 136
- Frauenliga für Frieden und Freiheit 76
- Frauensektion der sozialdemokratischen Partei 111
- Frauenstaffel des Kampfbundes gegen Faschismus 91
- Frauenuunion 87
- Frauenverein, Heidelberg 131
- Frauenwerk der evangelischen Kirche 136
- Frauenwerk der evangelischen Landeskirche Baden 180
- Freie Deutsche Jugend (FDJ) 88
- Freie Turnerschaft 30
- Gesellschaft deutscher und österreichischer Künstlerinnen und Kunstfreundinnen (GEDOK) 16, 122, 127, 130, 136, 137, 140, 148, 153, 154, 156–158, 176
- Hauptausschuss Opfer des Faschismus Berlin 173
- Hilfswerk der evangelischen Landeskirche Baden 167
- IDAD Frauenorganisation 136
- Innere Mission 31, 130
- International Federation of Business and Professional Women (IFB) 148, 149
- International Federation of University Women (IFUW) 59, 139, 140
- Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF) 171
- Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) 177
- Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) 177, 185
- Internationaler Frauenclub Karlsruhe e. V. 196
- Israelitischer Frauenverein 158, 160
- Israelitischer Frauenwohltätigkeitsverein 160
- Israelitischer Mädchenverein 160
- Israelitischer Wohlfahrtsverband 31
- Jüdischer Frauenverein 137, 160
- Juristinnenverband 61
- Kampfbund gegen Atomschäden 177
- Karlsruher Frauenforum 39
- Karlsruher Frauengruppe 15, 33, 48, 84, 87, 91, 95, 96, 98, 102, 104, 112, 121–132, 134–137, 139, 140, 146, 148, 151, 156, 175, 176, 179, 188, 190–194, 196
- Karlsruher Hausfrauenverband (KHV) e. V. 16, 136, 137, 149–153, 176, 179, 180, 193
- Karlsruher Notgemeinschaft 28, 31, 32, 53, 115
- Karlsruher Winterhilfe 53
- Katholische Arbeitsgemeinschaft 113
- Katholischer Deutscher Frauenbund 136, 137
- Katholischer Deutscher Frauenbund Durlach 102, 161, 162
- Katholischer Männerfürsorgeverein 163
- Landesfrauenvereinigung der CDU 87
- Landfrauenverein Kreis Karlsruhe 136
- League of Women's Voters 183
- Mädchen-Wandervogel 95
- Malerinnenverein 154
- Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) 49, 53, 61, 168
- Nationalsozialistischer Lehrerbund 61
- NS-Frauenschaft 52, 54, 58, 61, 168
- Notwerk der Jugend 161
- Philologinnenverband 61
- Reichsbund Deutscher Akademikerinnen (RDA) 61
- Reichsfrauenbund vom Roten Kreuz 168
- Reichsverband der Säuglings- und Kleinkinderschwestern 139
- Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine 150
- Reichsverbandes der Säuglings- und Kleinkinderschwestern und Pflegerinnen 139
- Reichslandbund (RLB) 62
- Rotes Kreuz 31, 53, 98, 112, 124, 139, 162, 168, 169, 181, 189, 190
- Sozialdienst katholischer Frauen (SKF) 162, 164
- Sozialistische Arbeiterjugend 78
- Sozialistische Wohlfahrt 29, 31
- Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) 92
- Stuttgarter Frauendienst 131
- Süddeutsche Ärzte- und Sanitätshilfe 91
- Überparteiliche Frauengruppe 136
- UNICEF 147
- Verband Alleinstehender Mütter und Väter (VAMV) 166
- Verband berufstätiger Frauen 16, 122, 137, 144, 145, 147–149
- Verband bildender Künstler 157
- Verband der Deutsch-Amerikanischen Clubs 196
- Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten 139
- Verband Freier Schwestern 136
- Verband für Sozialbeamtinnen 139
- Verbrauchergemeinschaft Karlsruhe e. V. 152
- Verein badischer Lehrerinnen 139
- Verein Frauenbildung – Frauenstudium 122
- Verein für Fraueninteressen und Frauenarbeit e. V., 139
- Verein für Hauspflege e. V. 152
- Vereinigung der Nationalökonominnen Deutschlands 61
- Vermittlungsstelle für Notkäufe 112, 124, 193
- Vertrauensstelle für Verlobte und Eheleute e. V. 152
- Vinzenzverein 164
- Weltorganisation der Mütter aller Nationen (WOMAN) 177
- Westdeutsche Frauenfriedensbewegung (WFFB) 177
- Winterhilfswerk 32, 49

- Winternothilfe 53
- Women's Affairs Section 184, 185, 187–183
- Verfassung, Württemberg-Baden 190
- Verfassungsgebende Nationalversammlung Württemberg-Baden 113
- Verfassungsgebende Nationalversammlung Baden 111
- Vergewaltigung 18, 20, 125
- Volksbefragung 173
- Volkssturmänner 17

- Wahlen 15, 76, 82, 86, 101, 102, 106, 110, 181, 196
 - Bundestag 93, 97
 - Gemeinderat 83, 89, 104, 120, 125
 - Kommunalwahlen 15, 92, 101–103, 106, 107, 110, 180
 - Verfassungsgebende Landesversammlung von Württemberg-Baden 76, 106
 - Reichstag 91
 - Stadtrat 42, 48, 91, 102–104, 106, 113, 129, 151, 162
- Wahlrecht 73, 110, 117, 125, 144, 165
- Währungsreform 31, 32, 40, 43, 74–76, 112, 123, 124, 127, 165, 172, 193
- Weimarer Republik 15, 28, 29, 31, 40, 52, 87, 95, 98, 138, 144, 145, 153, 160, 168, 182, 185
- Widerstandsbewegung 159
- Wiederaufbau 12–16, 23, 24, 29, 30, 33, 51, 52, 55, 63, 64, 67, 68, 87, 93, 102, 120, 123, 139, 147, 182

- Wirtschaftswunder 71
- Wohlfahrtspolitik 102
- Wohnung 20, 24, 25, 34, 35, 43, 135, 161
- Wohnungsbeschlagnehmung 20
- Wohnungsmangel 104, 120

- Zeitungen und Zeitschriften 14, 82, 122, 130, 185
 - Badische Neueste Nachrichten (BNN) 21, 22, 42, 67, 77, 84, 89, 90, 96, 97, 101, 103, 104, 110, 121–124, 126, 137, 147, 150, 191, 194, 196, 200
 - Blätter des Badischen Frauenvereins 168, 169
 - Der Spiegel 132
 - Der Stürmer 169
 - Die Hausfrau 152
 - Die Welt 55
 - Die Welt der Frau 122, 125
 - Die Weltbürgerin 185, 187
 - „DU“ findest hier jeden Montag all das, was dich interessiert (Illustrierte) 28
 - FDP-Frauendienst 99
- Zentralrat der Juden in Deutschland 159, 160
- Zuchthaus 87, 175
- Zwangsarbeiterin 141

Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs

Band 1 Ernst Schneider: Die Stadtgemarkung Karlsruhe im Spiegel der Flurnamen, 1965, 210 Seiten

Band 2 Ludwin Langenfeld: Die Badische Revolution 1848–1849, Dokumente des Karlsruher Stadtarchivs und des Pfinzgaumuseums, 1973, 48 Seiten, vergriffen

Band 3 Das Pfinzgaumuseum in Karlsruhe-Durlach, Akzente seiner Neugestaltung, 1976, 80 Seiten

Band 4 Ludwin Langenfeld und Ernst Schneider: Die Stauer am Oberrhein – Geschichte, Handschriften, Urkunden, Kunst, 1977, 52 Seiten, vergriffen

Band 5 Ernst Schneider: Durlacher Volksleben 1500 bis 1800, Volkskundliches aus archivalischen Quellen, zugleich ein Beitrag zur Geschichte der ehemaligen Stadt Durlach, 1980, 239 Seiten

Band 6 Industriearchitektur in Karlsruhe. Beiträge zur Industrie- und Baugeschichte der ehemaligen badischen Haupt- und Residenzstadt bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, 1987, 200 Seiten

Band 7 Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe 1715–1945, 2. Aufl. 1989, 720 Seiten

Band 8 Juden in Karlsruhe – Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, 2. Auflage 1990, 640 Seiten

Band 9 Josef Werner: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage 1990, 560 Seiten

Band 10 Alltag in Karlsruhe – Vom Lebenswandel einer Stadt in drei Jahrhunderten, 1990, 304 Seiten

Band 11 Ernst Otto Bräunche, Angelika Herkert und Angelika Sauer: Geschichte und Bestände des Stadtarchivs Karlsruhe, 1990, 224 Seiten

Band 12 Gerhard F. Linder: 1000 Jahre Hagsfeld. Die Geschichte eines Dorfes, 1991, 440 Seiten

Band 13 Susanne Asche: 1000 Jahre Grötzingen. Die Geschichte eines Dorfes, 1991, 400 Seiten

Band 14 Manfred Koch: Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen, 1992, 356 Seiten

Band 15 Susanne Asche, Barbara Guttmann, Olivia Hochstrasser, Sigrid Schambach, Lisa Sterr: Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte, 1992, 456 Seiten

Band 16 Peter Pretsch: „Geöffnetes Narren-Turney.“ Geschichte der Karlsruher Fastnacht im Spiegel gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen, 1995, 208 Seiten

Band 17 Susanne Asche, Olivia Hochstrasser: Durlach – Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, 1996, 560 Seiten

Band 18 Erich Lacker: Zielort Karlsruhe – Die Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg, 1996, 232 Seiten

Band 19 Barbara Guttmann: Hopfen und Malz. Die Geschichte des Brauwesens in Karlsruhe, 1998, 184 Seiten.

Band 20 Unter Strom. Geschichte des öffentlichen Nahverkehrs in Karlsruhe, hrsg. von: Stadtarchiv Karlsruhe/Verkehrsbetriebe Karlsruhe durch Manfred Koch, 2000, 336 Seiten.

Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte

Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe

Band 1

Christina Müller: Karlsruhe im 18. Jahrhundert. Zur Genese und zur sozialen Schichtung einer residenzstädtischen Bevölkerung, 1992, 464 Seiten

Band 2

Ernst Otto Bräunche: Die Karlsruher Ratsprotokolle des 18. Jahrhunderts. Teil 1: 1725–1763, 1995, 340 Seiten

Band 3

Jürgen Schuhladen-Krämer: Zwangsarbeit in Karlsruhe 1933–1945. Ein unbekanntes Kapitel Stadtgeschichte, 1997, 170 Seiten

Band 4

Wolfgang Erb: Hagsfelder Familienbuch, 1998, 198 Seiten

Band 5

Rainer Gutjahr (Hg.): Eduard Kolle. Drei Tage der Karlsruher Bürgerwehr 1849, 1999, 170 Seiten

Band 6

Wolfgang Erb: Rintheimer Familienbuch, 1999, 178 Seiten

Band 7

Birgit Bublies-Godau (Hg.): „Dass die Frauen bessere Democraten, Geborene Democraten seyen ...“ Henriette Obermüller-Venedey Tagebücher und Lebenserinnerungen 1817–1871, 1999, 278 Seiten

Häuser- und Baugeschichte.

Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe

Band 1

Ute Grau: Schloss Augustenburg, 2000, 64 Seiten

Veröffentlichungen des Stadtmuseums im Prinz-Max-Palais und des Pfinzgau-Museums in der Karlsburg

Ausstellungsreihe Karlsruher Stadtteile

- Heinz Schmitt: Mühlburg, 1982, 40 Seiten
Peter Pretsch: Rüppurr, 1985, 48 Seiten, vergriffen
Peter Pretsch: Knielingen 1986, 72 Seiten
Peter Pretsch: Hagsfeld, 1988, 52 Seiten
Peter Pretsch: Bulach, 1993, 52 Seiten
Peter Pretsch: Daxlanden, 1999, 22 Seiten

Ausstellungskataloge

- Karl Friedrich Drais von Sauerbronn 1785–1851. Ein badischer Erfinder. Ausstellung zu seinem 200. Geburtstag, 1985, 103 Seiten
- Hubert Collin: Nancy und Lothringen in der Französischen Revolution, 1989, 144 Seiten
- World Games 1989 – Vom Spiel zum Wettkampf. Ausstellung zur Geschichte nichtolympischer Sportarten, 1989, 72 Seiten
- Brigitte Baumstark: Rund um den Turmberg. Führer durch das Pfinzgaumuseum, 1994, 296 Seiten
- Brigitte Baumstark: Rund um den Turmberg. Führer durch die Abteilung Landwirtschaft und Handwerk des Pfinzgaumuseums, 1996, 48 Seiten
- Eine Vision und ihre Geschichte: Führer durch die Ausstellung zum Werdegang der Stadt Karlsruhe. Hrsg. vom Stadtmuseum, bearb. von Peter Pretsch, 1999, 95 Seiten
- Protestanten und Katholiken. Die Durlacher Stadtkirchen. Hrsg. vom Pfinzgaumuseum, Red.: Susanne Asche, 2000, 111 Seiten

Weitere Veröffentlichungen des Stadtarchivs

Susanne Asche, Ernst Otto Bräunche, Manfred Koch, Heinz Schmitt, Christina Wagner: Karlsruhe – Die Stadtgeschichte, Hg. Stadt Karlsruhe – Stadtarchiv, 1998, 792 Seiten

Das neue Ständehaus. Stadtbibliothek und Erinnerungsstätte. Hg. Stadt Karlsruhe – Stadtarchiv, Bearb.: Heinz Schmitt, Susanne Asche, 1993, 84 Seiten

Hans Fenske: 175 Jahre badische Verfassung. Hg. Stadt Karlsruhe – Stadtarchiv, 1993, 206 Seiten

Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1988–1993. Hg. Stadt Karlsruhe, Forum für Stadtgeschichte und Kultur; Red.: Leonhard Müller und Manfred Koch, 1994, 344 Seiten

Die badische Verfassung von 1818. Südwestdeutschland auf dem Weg zur Demokratie, hg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg und dem Stadtarchiv Karlsruhe durch Ernst Otto Bräunche und Thomas Schnabel, 1996, 80 Seiten

Manfred Koch (Hg.): Auf dem Weg zur Großstadt. Karlsruhe in Plänen, Karten und Bildern 1834–1915, 1997, 80 Seiten

Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1993–1998. Hg. Stadt Karlsruhe, Forum für Stadtgeschichte und Kultur, Red.: Leonhard Müller und Manfred Koch, 1998, 387 Seiten

Manfred Koch/Jürgen Morlok (Hg.): Von Graspisten zum Baden-Airport. Luftfahrt in Mittelbaden, hrsg. im Auftrag der Baden Air-Park AG in Verbindung mit dem Stadtarchiv Karlsruhe, 1999, 306 Seiten

Jürgen Schuhladen-Krämer: Akkreditiert in Paris, Wien, Darmstadt. Badische Gesandte zwischen 1771 und 1945. Hg. Stadt Karlsruhe – Stadtarchiv, 2000, 80 Seiten



Wer kennt die ersten Karlsruher Stadträtinnen nach 1945 oder hat von der 1945 gegründeten überparteilichen *Karlsruher Frauengruppe* gehört? Die Leistungen von Frauen beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg werden meist unter dem Begriff „Trümmerfrauen“ abgehandelt. Im Mittelpunkt dieses Buches steht nun die Beteiligung von Frauen beim Aufbau des demokratischen Gemeinwesens, der Verwaltung, der politischen Parteien und Gremien sowie der (Frauen-)Verbände und Interessenorganisationen in Karlsruhe. Vor dem Hintergrund der Lebensbedingungen in der teilweise zerstörten Stadt wird das vielschichtige Bild weiblichen politischen Engagements entfaltet. Die ersten Jahre des demokratischen Neubeginns stehen im Vordergrund. Viele heute noch bestehende Fraueninitiativen nahmen dort ihren Ausgang; ihre weitere Entwicklung wird mit einem kurzen Ausblick bis in die Gegenwart verfolgt.

Die Geschichte der *Karlsruher Frauen in der Nachkriegszeit* ist ein Beitrag zur Stadtgeschichte und zugleich ein Baustein einer noch zu schreibenden allgemeinen Geschichte der politischen Partizipation von Frauen nach 1945.